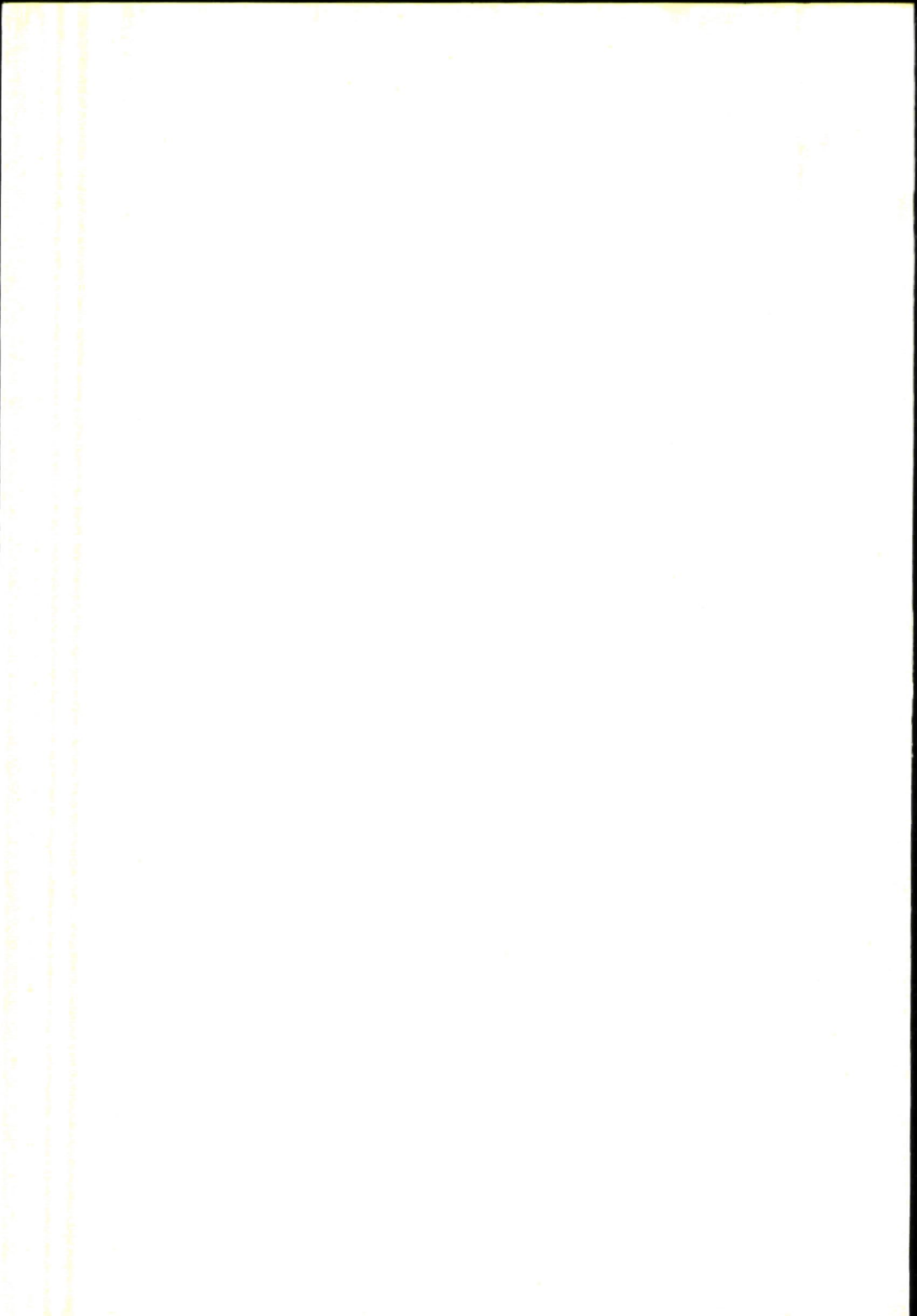


Protokoll

23. Bundesparteitag

Mannheim
23.-25.6.1975

Alternative '76
CDU



**Herausgeber: Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus**

Verlag: Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelander Straße

**23. Bundesparteitag
der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands**

Niederschrift

Mannheim, 23.–25. Juni 1975

I n h a l t

Tagesordnungspunkt	Seite
1. Eröffnung	7
2. Wahl des Tagungspräsidiums	12
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung	14
4. Beschlußfassung über die Verfahrensordnung	15
5. Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission	15
6. Wahl der Mandatsprüfungskommission	15
7. Wahl der Stimmzählkommission	16
8. Grußworte	16; 151
9. Bericht des Parteivorsitzenden	24
10. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages	46
11. Bericht des Bundesschatzmeisters	69
12. Bericht der Rechnungsprüfer	73
13. Bericht der Mandatsprüfungskommission	75
14. Entlastung des Bundesvorstandes	75
15. Neuwahl des Bundesvorstandes	
15.1 des Vorsitzenden	
15.2 der fünf stellvertretenden Vorsitzenden	
15.3 des Bundesschatzmeisters	
15.4 der weiteren 20 Mitglieder des Bundesvorstandes	75; 148
16. Neuwahl der Rechnungsprüfer	91
17. Verabschiedung einer Geschäftsordnung für Bundesparteitag und Bundesausschuß (Antrag des Bundesvorstandes)	92
18. Änderungen des Statuts und der Parteigerichtsordnung der CDU (Antrag des Bundesvorstandes)	94; 271
19. Beitragsregelung (Antrag des Bundesvorstandes)	141
20. Bericht des Generalsekretärs	167
21. "Mannheimer Erklärung" - Vorlage des Bundesvorstandes	167
22. "Frau und Gesellschaft" (Antrag des Bundesvorstandes)	277
23. Sonstige Anträge	315
24. Schlußrede des Parteivorsitzenden	337

Anhang: "Mannheimer Erklärung"

Namenverzeichnis

Montag, 23. Juni 1975

1. Plenarsitzung

Beginn: 9.30 Uhr

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit anhaltendem, lebhaftem Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Gäste! Liebe Freunde! Lassen Sie mich für Ihr freundliches Willkommen hier gleich diese kurze persönliche Bemerkung sagen: Versuchen wir, in den nächsten 16 Monaten in diesem Geiste gemeinsam zu kämpfen! Dann wird der Sieg unser sein!

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Freunde! Liebe Gäste! Im Auftrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands eröffne ich den 23. Bundesparteitag in Mannheim. Meine Damen und Herren, in diesen Tagen blicken viele unserer Mitbürger hierher auf diesen Parteitag, unsere Wähler, unsere Freunde und unsere Mitglieder, voller Hoffnung und Zuversicht, unsere politischen Gegner mit ihren Erwartungen. Sie alle schauen hierher nach Mannheim, um nach den drei Tagen des Mannheimer Parteitages eine Bilanz über das politische Wollen, das Streben und die Erwartungen der CDU Deutschlands ziehen zu können. Wir haben uns hier vor allem mit den Wünschen, mit den politischen Forderungen und den Hoffnungen unserer Freunde und Anhänger zu beschäftigen - mit dem, was die Wähler in diesem Lande uns als Fragen stellen und was sie mit Recht als Antwort erwarten dürfen. Sie erwarten die klare Antwort, daß die CDU Deutschlands die Alternative '76 der deutschen Politik ist.

(Beifall)

Wir werden diese Hoffnungen nicht erfüllen können, wenn wir nicht auf diesem Wege gemeinsam und solidarisch, hart um die beste Politik ringend und hart arbeitend voranschreiten. Dazu gehört auch die offene und faire Diskussion miteinander auf diesem Parteitag, denn dieser Parteitag - nicht der letzte vor der Bundestagswahl 1976 - ist doch in jenen 16 Monaten, die bis zu diesem Ereignis jetzt noch vor uns liegen, ein entscheidender, ein wesentlicher Markstein auf dem Wege zur Erreichung dieses Zieles.

Wir beginnen diesen Parteitag zu einem Datum, an dem mancher, der damals dabei war und der hier im Saal noch unter uns ist, mit seinen Gedanken in jene Wochen und Monate im Sommer 1945, vor 30 Jahren, zurückgeht, als in vielen Teilen unserer heutigen Bundesrepublik Deutschland die Männer und Frauen, die dann diese CDU Deutschlands gründeten, zusammensaßen, Gründungsauftrufe besprachen und darüber nachdachten, was das ist: das Gesetz des Anfangs einer neuen Politik nach der Nazibarbarei für ein neues demokratisches Deutschland aus den großen Traditionen und aus der Lehre der Geschichte, der wir uns auch heute, 30 Jahre danach, noch ganz selbstverständlich verpflichtet fühlen.

Ich rate uns allen, liebe Freunde, den Maßstab unseres Tuns und die Bewertung für den eigenen Weg immer wieder aus jenen Prinzipien, die vor 30 Jahren zugrunde gelegt wurden, zu beziehen und

uns, die nachgeborene Generation, an dem Erbe zu messen, das uns aus jener Zeit übertragen wurde. Wenn wir das tun - dessen bin ich ganz sicher -, werden diese Tage in Mannheim nicht nur Tage der Hoffnung, sondern auch Tage des Aufbruchs zu einem überzeugenden Wahlsieg 1976, zu einer neuen, zu einer besseren Politik für unser deutsches Vaterland sein.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor allem auch: liebe Gäste! Ich kann hier mit großer Freude eine ungewöhnlich große Zahl von ausländischen Persönlichkeiten und Gästen begrüßen, die aus vielen Ländern hierhergekommen sind, aus unseren Schwesterparteien, aus den uns befreundeten Parteien in Europa und außerhalb Europas, die bei uns sind, um zu sehen, wie wir unseren Weg in der deutschen Politik gehen. Ich darf ganz allgemein unsere ausländischen Gäste und Freunde sehr, sehr herzlich begrüßen.

(Beifall)

Ich begrüße ganz besonders herzlich den Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei, unseren Freund Karl Schleinzer.

(Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich als Vertreter der konservativen Parteien Europas einen besonders treuen Gast unserer Parteitage, Baronin Elles aus England.

(Beifall)

Ich begrüße mit besonderer Freude, mit der ganzen Sympathie, zu der wir in diesen kritischen Tagen für sein Vaterland fähig sind, den stellvertretenden Vorsitzenden unserer portugiesischen Schwesterpartei, Herrn da Costa.

(Lebhafter Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich aus Lateinamerika den Generalsekretär der christlich-demokratischen Parteien dieses Kontinents, unseren Freund Dr. Herrera-Campins.

(Beifall)

Ich begrüße mit großer Herzlichkeit die Herren Botschafter und Repräsentanten der diplomatischen Missionen und konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland, die zu diesem, unserem Parteitag gekommen sind.

(Beifall)

Ich habe die Ehre, den Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, deren Gast wir in diesen Tagen sind, Herrn Dr. Ratzel, auf diesem Parteitag sehr herzlich willkommen zu heißen und ihm gleichzeitig schon vorab dafür zu danken, daß sich die bekannte Gastlichkeit der Mannheimer auch auf diesem Parteitag so überzeugend bewährt hat.

(Beifall)

Ich begrüße den Herrn Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Herrn Benda.

(Beifall)

Ich begrüße den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Herrn Josef Stingl,

(Beifall)

und will gleich hinzufügen, daß in diesen auch in seinem Arbeitsbereich kritischen Monaten er und alle Mitarbeiter der Bundesanstalt davon ausgehen können, daß wir, die CDU Deutschlands, das Menschenmögliche tun werden, um ihm und seinen Mitarbeitern bei ihrer Arbeit zu helfen.

(Beifall)

Ich begrüße ganz besonders herzlich auf dem Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union die Repräsentanten und Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland, Herrn Bischof Kunst und Herrn Landesbischof Professor Dr. Hans-Wolfgang Heidland.

(Beifall)

Ich begrüße für die Katholische Kirche Herrn Domkapitular Schäubele.

(Beifall)

Ich begrüße sehr, sehr herzlich in unserer Mitte den Vorsitzenden des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland, Herrn Werner Nachmann.

(Beifall)

Mit Dankbarkeit und Freude heiße ich die Damen und Herren in wichtigen und führenden Funktionen des sozialen, des wirtschaftlichen, des kulturellen und des wissenschaftlichen Lebens unseres Landes willkommen. Ich darf hier begrüßen - und wir freuen uns schlicht und einfach, daß er da ist - den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herrn Heinz Oskar Vetter.

(Beifall)

Ich begrüße den stellvertretenden Vorsitzenden der DAG, Herrn Hans Katzbach.

(Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich den Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Herrn Alfred Krause.

(Beifall)

Ich begrüße sehr, sehr herzlich den Vorsitzenden des Christlichen Gewerkschaftsbundes, Herrn Günter Vollmer.

(Beifall)

Ich begrüße den Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, Herrn Clemens Christians

(Beifall)

und den Präsidenten der Union der Leitenden Angestellten, Herrn Walter Schwarz.

(Beifall)

Ich begrüße sehr den Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Herrn Dr. Hanns Martin Schleyer.

(Beifall)

Mein besonderer Gruß gilt dem Vorsitzenden des Deutschen Bauernverbandes, Konstantin Freiherr von Heeremann.

(Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich den Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Herrn Paul Schnitker

(Beifall)

und den Präsidenten des Zentralverbandes Deutscher Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, Herrn Dr. Theodor Paul.

(Beifall)

Ich begrüße in besonderer Verbundenheit den Vizepräsidenten des Deutschen Sportbundes, Herrn Graf Landsberg-Velen.

(Beifall)

Ich darf sehr herzlich begrüßen den Präsidenten des Verbandes der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands, Herrn Staatssekretär a. D. Karl Weishäupl

(Beifall)

und den Vorsitzenden des Reichsbundes der Kriegs- und Zivilbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen, Herrn Rudolf Kleine,

(Beifall)

und den Geschäftsführenden Präsidenten des Verbandes der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermißtenangehörigen Deutschlands, Herrn Werner Kießling.

(Beifall)

Ich grüße auf diesem Parteitag sehr herzlich die Repräsentanten der Bundeswehr, des Deutschen Bundeswehrverbandes und des Verbandes der Reservisten der Bundeswehr; ich nenne für sie alle Herrn Generalmajor Reichenberger.

(Beifall)

Ich darf sehr herzlich begrüßen die Repräsentanten und Vertreter von Rundfunk, Presse und Fernsehen, insbesondere die hier anwesenden Intendanten von ARD und ZDF.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn ich jetzt sozusagen in der Familie fortfahren darf: ich grüße besonders herzlich die Repräsentanten und Kollegen aus der CSU, Werner Dollinger und Richard Stücklen.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, Sie erleben: Richard Stücklen hat in der ihm eigenen Art den richtigen Auftritt erwischt.

(Heiterkeit)

Ich darf aber auch jetzt und an dieser Stelle gerade diesen beiden Freunden, Richard Stücklen und Werner Dollinger, danken für die Bereitschaft und kameradschaftliche Hilfe, die ich und andere in diesen Tagen gerade von diesen beiden Freunden und Kollegen erfahren haben.

Ich grüße mit großer Herzlichkeit die Ehrenvorsitzenden der CDU Deutschlands, Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger.

(Anhaltender stürmischer Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich meinen Vorgänger im Amt des Parteivorsitzenden, unseren Freund Rainer Barzel.

(Lebhafter Beifall)

Ich freue mich, daß wir gestern im Bundesvorstand und im Präsidium der Bundespartei eine vernünftige kameradschaftliche Form gefunden haben, um Rainer Barzel in der jetzt vor uns liegenden schweren Zeit mit seiner Mitarbeit im Parteipräsidium und Bundesvorstand bei uns zu haben.

(Beifall)

Ich begrüße mit großer Herzlichkeit aus der großen Zahl der Freunde, die hiernach Mannheim gekommen sind - und ich darf die einschließen, die aus vielen Gründen, wie aus ihren Briefen voller Bedauern anklang, nicht nach Mannheim gekommen sind -, diejenigen, die für uns, die CDU Deutschlands, die für unser Vaterland in den vergangenen 25 Jahren in wichtigen Funktionen unseres Staates besondere Verantwortung getragen haben; ich darf drei hier für alle nennen und begrüßen: Frau Aenne Brauksiepe, Paul Lücke und Kurt Schmücker.

(Beifall)

Mein Gruß an sie und alle Freunde, die in diesen 20 Jahren der Regierungsverantwortung der CDU/CSU an führender Stelle tätig waren, enthält auch die Bitte, uns in diesen nächsten Monaten und Jahren ihren Rat und ihre Unterstützung nicht zu versagen.

Meine Damen und Herren, ich kann hier nicht alle begrüßen, die es verdient haben. Wir wissen die Arbeit und die Unterstützung zu schätzen, und wir sind Ihnen dankbar, daß Sie hierher gekommen sind. Aber Sie verstehen und erlauben, daß ich besonders herzlich jetzt noch einmal die Delegierten und Gastdelegierten der CDU Deutschlands zum Mannheimer Bundesparteitag begrüße.

Ich begrüße mit ihnen unsere Repräsentanten, die überall in der Bundesrepublik für die CDU Verantwortung tragen: die Herren Landtagspräsidenten, Ministerpräsidenten, Landesminister, Fraktionsvorsitzende, Mitglieder der Landtage, des Bundestages und der vielen Kommunalparlamente in der Bundesrepublik Deutschland. Sie alle tragen für Ihren Teil wichtige Verantwortung, und ich danke Ihnen für Ihre Arbeit.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, wollen wir unserer heimgegangenen Freunde gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Ich nenne stellvertretend für die vielen, die seit unserem letzten Hamburger Parteitag von uns gegangen sind: Herrn Friedrich Bernhard aus Hamburg, Stellvertretender Landesvorsitzender der Jungen Union und Landesvorsitzender der KPV; den Bundestagsabgeordneten Werner Ferrang aus Neunkirchen; unseren alten Freund Friedrich Freiwald aus Frankfurt, von 1965 bis 1974 Mitglied des Deutschen Bundestages; ich nenne Dr. Josef Hofmann aus Aachen, von 1946 bis 1966 Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen, 16 Jahre lang Vorsitzender des Bundeskulturausschusses der CDU.

Ich erinnere an Josef Illerhaus aus Duisburg, von 1953 bis 1969 Mitglied des Bundestages.

Ich nenne Dr. Karl Kanka aus Offenbach, 1946 Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung des Landes Hessen, 10 Jahre Mitglied des Hessischen Landtags, 9 Jahre Mitglied des Deutschen Bundestages.

Ich nenne Alfred Klose aus Neuß, Stellvertretender Vorsitzender der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Mitglied des Landtags in Nordrhein-Westfalen.

Ich nenne Dr. Hans Maurer aus St. Wendel, Präsident des Saarländischen Landtags bis zu seinem Tode.

Und ich nenne Helmut Tietje aus Rotenburg an der Wümme, Mitglied

des Niedersächsischen Landtags und Landrat in Rotenburg.
Wir wollen unseren heimgegangenen Freunden ein stilles Gebet widmen.

(Minute des Gedenkens)

Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir treten in die Tagesordnung ein. Ich rufe den Tagesordnungspunkt auf:

Wahl des Tagungspräsidiums

In Ihren Unterlagen befindet sich der Vorschlag zum Tagungspräsidium. Es sind vorgeschlagen unser Freund Hans Filbinger als Präsident, Professor Dr. Beske, Herr Dübel, Frau Griesinger, Herr Hasselmann, Herr Lorenz, Herr Neumann, Herr Soënius, Dr. Wallmann, Frau Beckmann, Richard von Weizsäcker, Herr Windelen, Herr Wissmann und Professor Zeitel.

Werden weitere Vorschläge gemacht ? - Das ist nicht der Fall. Wird Geheimabstimmung gewünscht ? - Das ist nicht der Fall. Wer dem Vorschlag zum Tagungspräsidium seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen ? - Damit ist das Tagungspräsidium einstimmig bestätigt.

Ich darf Sie, Herr Kollege Filbinger, und die Damen und Herren des Präsidiums bitten, die Geschäfte des Parteitags zu übernehmen.

(Beifall)

Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger, Tagungspräsidium: Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Tagungspräsident möchte ich Ihnen auch namens meiner Kolleginnen und Kollegen den Dank für das Vertrauen aussprechen.

Als Vorsitzender des gastgebenden Landesverbandes Baden-Württemberg rufe ich Ihnen ein herzliches Willkommen zu. Wir haben uns zu einem der wichtigsten Parteitage unserer Union zusammengefunden. Hier in Mannheim geht es darum, den Grundstein für unseren Erfolg bei den Bundestagswahlen 1976 zu legen. Wir wollen die absolute Mehrheit der Linkskoalition in Bonn brechen

(Beifall)

und eine überzeugende Mehrheit für unsere Union erringen. Mit grossem Nachdruck, meine Freunde, sage ich: Für dieses Ziel kämpfen wir mit Helmut Kohl.

(Beifall)

Wir haben uns für ihn als Kanzlerkandidaten entschieden. Zu dieser Nominierung, lieber Helmut Kohl, unser aller herzlichster Glückwunsch.

(Anhaltender, lebhafter Beifall)

Für die CDU und CSU gibt es jetzt nur einen Weg, nämlich den Weg nach vorn bis zum vollen Erfolg.

(Beifall)

Wenn unsere politischen Gegner versuchen sollten, einen Keil in die Union zu treiben, so sagen wir ihnen: Wer Zwietracht sät, wird Sturm ernten - den Sturm einer geschlossen und entschlossen um den Sieg kämpfenden Union.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, ich freue mich, daß dieser Parteitag in Baden-Württemberg stattfindet. Er liegt zeitlich zwischen den Kommunalwahlen in diesem Lande und den Landtagswahlen vom nächsten Frühjahr. Die baden-württembergischen Landtagswahlen sind die letzten vor der Bundestagswahl. Sie werden ein Meilenstein sein.

Vor acht Wochen fanden hier in Baden-Württemberg Kommunalwahlen statt. Sie haben erneut bewiesen: In diesem Lande ist die CDU die bestimmende Kraft. Wir haben in den ländlichen Gebieten, unseren bisherigen Hochburgen, Stimmen hinzugewonnen. In kleinen und mittleren Städten haben wir großartige Erfolge erzielt. In den größeren Städten aber sind unsere Siege spektakulär ausgefallen: in Heilbronn, in Stuttgart, in Freiburg, in Ulm, in Heidelberg, in Karlsruhe und nicht zuletzt hier in meiner Vaterstadt Mannheim.

(Beifall)

Meine Freunde, genau die gleichen Erfolge haben wir vor 14 Tagen bei Nachwahlen in Konstanz gehabt, und am gestrigen Sonntag hat die CDU in zwei Mittelstädten, wo sie noch nie den Bürgermeister oder Oberbürgermeister gestellt hat, ihre Kandidaten mit absoluter Mehrheit durchgebracht.

(Beifall)

Diese Regional- und Kommunalwahlergebnisse sind die Morgengabe des Landesverbandes Baden-Württemberg an diesen Parteitag.

Jetzt, meine Freunde, wollen wir den Blick in die Zukunft richten. Wir müssen uns den drängenden Problemen unserer Zeit stellen, in erster Linie der Beseitigung und Verhütung der Arbeitslosigkeit, auch in diesem Land Baden-Württemberg. wo der Bund versagt hat, haben wir in diesem Land alles unternommen, um unsere Wirtschaft in Gang zu halten zugunsten der bedrängten mittelständischen Wirtschaft, zur Steuerung von regionalen Beschäftigungseinbrüchen, etwa im Raum Heilbronn. Ich denke an den Betrieb von Audi/NSU. Wir können und wollen es nicht zulassen, daß für viele junge Menschen das Berufsleben mit einer Enttäuschung beginnt. Deshalb wurde die Jugendarbeitslosigkeit mit gezielten Maßnahmen hier bekämpft. Und denen, die vor verschlossenen Türen der Hochschulen stehen, wollen wir mit Berufsakademien neue Wege weisen.

Meine lieben Parteifreunde, lassen Sie mich hier im Lande der klassischen liberalen Tradition südwestdeutscher Prägung folgendes sagen. Die Union ist ebenso die soziale wie die liberale Volkspartei der Mitte. Wie sie sich der sozialen Fragen und Probleme annimmt, so wird sie nachdrücklich auch um das Vertrauen der Bürger ringen, die sich zu liberalen Positionen bekennen. Die FDP hat diese Positionen längst geräumt. Sie ist zur Partei der Pünktchen und der Pöstchen geworden.

(Beifall)

In Baden-Württemberg tummelt sich deren stellvertretender Landesvorsitzender mit DKP-Leuten in einem Ausschuß gegen die sogenannten Berufsverbote. In diesem Ausschuß herrscht strenge Parität: ein Drittel SPD, ein Drittel FDP und ein Drittel DKP.

(Pfui-Rufe)

Da kann ich nur sagen: armer Herr Genscher!

Als die liberale Volkspartei der Mitte wendet sich die CDU gegen ideologische Manipulation von Lehrern, Eltern und Kindern. Wir

bleiben dabei: Schulische Reformen dürfen nicht auf dem Rücken unserer Kinder und Familien ausgetragen werden.

(Beifall)

Wir sind es, die die Freiheit des Lehrens und des Studierens an unseren hohen Schulen gegen ideologischen Terror sichern.

(Beifall)

Als die liberale Volkspartei der Mitte verfällt die CDU nicht dem Irrglauben, mehr staatlicher Einfluß könne in der Berufsausbildung alles besser machen. Es liegt auf der Hand, daß diejenigen, die bisher Jahre und Jahrzehnte erfolgreiche Ausbildung geleistet haben, diffamiert werden, wenn man sie neuen Eignungs- und Befähigungsprüfungen unterwerfen will. Das ist doch Torheit, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Als die liberale Volkspartei der Mitte tritt die CDU für eine Politik zur Erhaltung und Stärkung der mittelständischen Wirtschaft ein. Blutzufuhr für die mittelständische Wirtschaft heißt Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft. Wenn wir aus dem wirtschaftlichen Tief herauskommen wollen, muß das Vertrauen in die marktwirtschaftliche Ordnung zurückkehren. Wer Jahre hindurch die Profite verteufelt, wer in Langzeitprogrammen kaum verhüllt von Sozialisierung spricht, wer Investitionslenkung, wer Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und der Banken immer wieder fordert, der kann unserer Wirtschaft das so dringend benötigte Vertrauen nicht zurückgeben.

(Beifall)

Die Zeche dieser verfehlten Politik zahlt der Arbeitnehmer. Heute ist es offensichtlich geworden: Die angeblich Begünstigten solcher Politik sind in Wahrheit ihre Opfer. Diese soziale Demontage trifft gerade die Schwächsten am meisten. Auch wenn SPD und FDP es nicht wahrhaben wollen: Sie allein tragen die Verantwortung für diese soziale Demontage.

(Beifall)

Jetzt soll der Schwarze Peter anderen in die Tasche gemogelt werden. Aber diese Versuche werden gründlich scheitern.

Meine lieben Parteifreunde, wir werden an den sozialen und liberalen Grundsätzen unserer Politik festhalten. Für diese Politik werden wir offensiv und geschlossen kämpfen. Möge dieser Parteitag uns dem Sieg näherbringen, möge dieser Parteitag ein glücklicher Auftakt für unseren endgültigen Erfolg sein. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der Entwurf der Tagesordnung ist Ihnen bereits mit der Einladung zugegangen und liegt außerdem in Ihrer Tagungsmappe. Wenn Sie mit dieser Tagesordnung einverstanden sind, bitte ich Sie, Ihre Stimmkarte zu erheben. - Vielen Dank! Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Damit ist die Tagesordnung festgestellt.

Ich darf darauf hinweisen, daß nach den Punkten 9 bis 11 der Tagesordnung - Bericht des Parteivorsitzenden, Bericht des Fraktionsvorsitzenden, Bericht des Bundesschatzmeisters - eine allgemeine Aussprache vorgesehen ist.

Wir kommen nun zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Beschlußfassung über die Verfahrensordnung

Der Bundesvorstand schlägt Ihnen entsprechend der Übung bei den letzten Bundesparteitage eine Verfahrensordnung zur Ergänzung der Geschäftsordnung vor. Diese besondere Verfahrensordnung kann, wenn der Parteitag unter Tagesordnungspunkt 17 die Geschäftsordnung neu gefaßt hat, für zukünftige Parteitage entfallen. Der Entwurf des Bundesvorstandes ist in Ihren Tagungsmappen enthalten. Ich mache besonders auf Ziffer 3 der vorgeschlagenen Verfahrensordnung aufmerksam, in der der Parteitag sich selbst Fristen für die Einreichung von Kandidatenvorschlägen zur Wahl des Bundesvorstandes setzt. Diese Fristen sind notwendig, damit rechtzeitig vor den Wahlen die jeweils notwendigen Stimmzettel geschäftsordnungsgemäß produziert werden können. Eine Aufstellung der bislang bei der Bundespartei eingegangenen Vorschläge für die Wahl zum Bundesvorstand ist heute morgen auf Ihren Plätzen verteilt worden.

Erhebt sich gegen die vorgeschlagene Verfahrensordnung Widerspruch?
- Das ist nicht der Fall; damit ist sie angenommen.

Nunmehr schlägt Ihnen das Tagungspräsidium vor, folgende Fristen für das Einreichen von Initiativanträgen zu beschließen: zu den Tagesordnungspunkten 17 - Verabschiedung einer Geschäftsordnung -, 18 - Änderung des Status - und 19 - Beitragsregelung - heute, Montag, 23. Juni, 17 Uhr; zu den Tagesordnungspunkten 22 - Frau und Gesellschaft - und 23 - Sonstige Anträge - morgen, Dienstag, 24. Juni, 19 Uhr. Diese Fristen ermöglichen es der Antragskommission, sich gerade noch rechtzeitig vor der Beratung der betreffenden Gegenstände durch den Parteitag mit Initiativanträgen zu befassen und dem Parteitag entsprechende Empfehlungen zu unterbreiten.

Sie haben die Antragsfristen gehört: heute 17 Uhr bzw. morgen 19 Uhr. Erhebt sich gegen diese vorgeschlagenen Fristen Widerspruch?
- Das ist nicht der Fall; es ist so beschlossen.

Ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung auf:

Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission

Meine Damen und Herren, Sie finden in Ihrer Tagungsmappe die Aufstellung der Mitglieder der Antragskommission, die vom Bundesvorstand zur Beratung der bis zum Ablauf der Antragsfrist am 9. Juni eingegangenen Anträgen eingesetzt worden ist. Der Bundesvorstand schlägt vor, diese Antragskommission auch für die Beratung von Initiativanträgen beim Bundesparteitag zu bestätigen. - Werden weitere Vorschläge für die Mitgliedschaft in der Antragskommission des Bundesparteitages gemacht? - Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, daß die Antragskommission hiermit in der vom Vorstand beschlossenen Zusammensetzung bestätigt ist.

Wir kommen zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Meine Damen und Herren, Sie finden den Vorschlag des Bundesvorstandes in Ihren Tagungsmappen. Vorgeschlagen sind die Parteifreunde Manfred Kanther - als Vorsitzender -, Franz Grandl, Hans-Albrecht Körner, Günter Meyer und Martin Schiestl. - Gibt es Widerspruch

gegen diesen Vorschlag? Werden weitere Vorschläge gemacht? - Beides ist nicht der Fall. Es ist so beschlossen; die Kommission ist bestellt.

Ich rufe Punkt 7 der Tagesordnung auf:

Wahl der Stimmzählkommission

Entsprechend der Verfahrensordnung wird die Auszählung der Stimmen von einer Kommission vorgenommen, die der Parteitag wählt. Sind Sie mit dem Vorschlag des Bundesvorstandes, der sich bei Ihren Unterlagen befindet, einverstanden? - Ich stelle fest, daß sich kein Widerspruch erhebt; dann ist so beschlossen.

Nun kommen wir zu Tagesordnungspunkt 8:

Grußworte

Ich erteile das Wort dem Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt Mannheim Herrn Professor Dr. Ratzel.

Dr. Ludwig Ratzel, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Namen des Gemeinderates der Stadt Mannheim begrüße ich Sie recht herzlich. Wir freuen uns und fühlen uns geehrt, daß Ihr diesjähriger Bundesparteitag in unserer Stadt stattfindet. Die Konzentration der hier versammelten politischen Prominenz macht es mir unmöglich, all jene zu begrüßen, die in der bundesdeutschen Politik Rang und Namen haben. Gestatten Sie mir deshalb, zwei von Ihnen - stellvertretend für alle anderen - namentlich willkommen zu heißen: Ihren Bundesvorsitzenden, den Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz, Herrn Dr. Helmut Kohl,

(Beifall)

sowie den Ministerpräsidenten unseres Bundeslandes und Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg, Herrn Dr. Hans Filbinger.

(Beifall)

auf Mannemerisch: Ich begrüße den Ministerpräsidenten von driiwe und den von hiwwe.

(Zustimmung)

Damit sind wir schon bei einem die Städte Ludwigshafen und Mannheim gemeinsam berührenden Problem. Wir Kurpfälzer wünschen, daß sich diese Redensart "hiwwe und driiwe" nur auf den Rhein, nicht aber auf eine Ländergrenze beziehen soll. Es ist durchaus symbolisch, daß die beiden Ministerpräsidenten Söhne der Nachbarstädte Mannheim und Ludwigshafen sind.

Im Jahre der Bundesgartenschau können wir viele Gäste bei Kongressen und Tagungen in Mannheim begrüßen. Sie versichern uns immer wieder, wie positiv sie von unserer Stadt beeindruckt sind. Daß wir uns darüber freuen, ist natürlich, denn das gespendete Lob gilt den Leistungen der Mannheimer Bürger im Aufbau der letzten 30 Jahre. Daß 1975 auch der Bundesparteitag der SPD in Mannheim stattfinden wird, ist, glaube ich, ebenfalls von Bedeutung. Es ist schon ehrenvoll für eine Stadt, wenn die Bundesparteitage der beiden großen politischen Parteien in ihren Mauern stattfinden, denn hier wird die große bundespolitische Auseinandersetzung des Jahres 1976 vorbereitet.

So schön sich Mannheim heute mit dem Blumenfest der Bundesgartenschau, dem neuen Kongreßzentrum des Rosengartens, dem in die Höhe strebenden Fernmeldeturm und der eindrucksvollen Fußgängerzone in den Planken darbietet, so wenig frei ist unsere Stadt wie andere - ob Bund, Länder oder Kommunen - von finanziellen Problemen und Sorgen. Wir haben die Jahre des Wiederaufbaues mit seinem steilen Aufstieg hinter uns, und wir stehen vor der Aufgabe, jetzt kürzer zu treten, als wir noch vor kurzem gedacht haben.

Dadurch wird auch die Verwirklichung politischer Wunschvorstellungen nicht unwesentlich eingeengt. Das aber führt zwangsläufig zu einem wachsenden Druck auf die Parteien und in den Parteien. Für uns alle, die sich der Politik verpflichtet haben, wird in Zukunft mehr als in den zurückliegenden Jahren gelten müssen: "Landgraf, bleibe hart!" Wir alle werden standhaft sein müssen gegenüber der Vielzahl berechtigter, aber auch unberechtigter Forderungen. Opportunismus ist da fehl am Platz. Er kann vielleicht zu Augenblickserfolgen führen, aber langfristig wird er beim Bürger wegen der Nichteinhaltung von Versprechungen Unbehagen schaffen, Unbehagen gegenüber dem Staat und den ihn tragenden demokratischen Parteien. Dieses Unbehagen aber kann, wenn es nicht zum Entschluß aktiver Mitarbeit führt, gefährlich werden.

Das politische Engagement der Bürger ist in den letzten Jahren angestiegen; die wachsenden Mitgliederzahlen der Parteien zeigen dies an. In den demokratischen Parteien ist der rechte Ort, an dem jeder an den gesellschaftlichen Veränderungen mitwirken kann. Das Recht auf Demonstration ist in unserer Verfassung garantiert. Die Straße sollte aber auch nur in Ausnahmefällen der Platz für politische Willenserklärungen oder gar für politische Willensbildungen sein. Demokratie ist ohne Kompromisse nicht denkbar. Das gilt für Kompromisse zwischen gegensätzlichen Auffassungen, ebenso aber auch für Kompromisse zwischen dem, was man realisieren möchte, und dem, was man realisieren kann.

Die Auseinandersetzungen über solche Kompromisse müssen letzten Endes in den Parteien und in den parlamentarischen Gremien geführt werden. Die Väter des Grundgesetzes haben der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie nach den Erfahrungen der Weimarer Zeit zu Recht den Vorzug gegeben. Es ist sicherlich richtig und notwendig, wenn zwischen den Regierungen, den Parlamenten und dem Volke ein guter und ausreichender Informationsfluß hergestellt wird. Auf diesem Gebiet haben, meine ich, alle demokratischen Parteien zu Recht einiges lernen müssen. Aber hüten wir uns, von den Grundsätzen der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie abzuweichen. Das Ergebnis könnte ein Räte-system und somit die Diktatur sein.

(Beifall)

Auch bei Ihnen wird es hier in den nächsten Tagen gewiß manche heiße Debatte geben. Dafür sorgt schon die kurpfälzische Atmosphäre dieser Stadt und dieser Raum. Ich bin überzeugt, daß dabei, wie es einer demokratischen Partei ansteht, die Spielregeln der Fairneß gelten werden. Sie sollten auch bei Auseinandersetzungen unter den Parteien gelten; nicht nur, weil es richtig und vernünftig ist, sondern deshalb, weil unsere Bürger den berechtigten Streit der Parteien häufig als Zerstrittenheit betrachten: "Politisch Lied, ein garstig Lied." Tatsächlich aber gibt es ohne politische Auseinandersetzungen innerhalb der Parteien und zwischen den Parteien keinen Fortschritt.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, einen guten und fruchtbaren Verlauf Ihres Parteitages, da-

mit Sie auch aus diesem Grunde Mannheim in guter Erinnerung behalten. Ich wünsche, daß von Ihrem Parteitag positive Impulse für die deutsche Politik und für das deutsche Volk ausgehen mögen. Kommen Sie bald wieder; Sie werden stets willkommen sein!

(Beifall)

Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger, Tagungspräsidium:

Ich gebe das Wort dem Bundesparteiohmann der Österreichischen Volkspartei, Karl Schleinzer.

Karl Schleinzer: (Mit Beifall begrüßt) Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Und - wenn ich Sie so ansprechen darf - liebe Freunde!

(Beifall)

Es ist für mich eine besondere Ehre, daß ich heute für die christlich-demokratischen Parteien Europas ein Grußwort entbieten darf. Sie dürfen überzeugt sein: Wir alle blicken auf diesen Parteitag und verfolgen mit einer sehr großen Aufmerksamkeit die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, weil wir einfach wissen, was dieses Land für christliche Demokratie in Europa für eine Bedeutung hat. Für diesen Parteitag, meine Damen und Herren, und für Ihre nächsten Bundestagswahlen begleiten Sie unsere besten Wünsche.

Die christlich-demokratischen Parteien stehen zweifellos in einer großen Verantwortung. Von ihnen erwarten sich immer mehr Menschen die Erneuerung dieses Kontinents. Man erwartet von uns, daß wir die Wirtschaft wieder in Gang und das Sozialgefüge wieder in Ordnung bringen.

(Beifall)

Es ist gar kein Zweifel: Der Verteilungssozialismus hat einige Jahre lang von dem wirtschaftlichen Erbe, das ihm die christlich-demokratischen Parteien in etlichen Ländern hinterlassen haben, ganz gut gelebt.

(Beifall)

Nun aber, meine Damen und Herren, wo diese eiserne Ration aufgebraucht ist, sind die unverbindlichen Plauderer am Ende ihres Lateins und die selbstgefälligen Politiker am Ende ihrer Weisheit.

(Lebhafter Beifall)

Es ist gar keine Frage: Der Sozialismus als gestaltende Kraft hat versagt, und wo die Sozialisten regieren, da haben sie abgebaut, was in vorangegangenen Jahren geschaffen wurde: Stabilität, Vollbeschäftigung, konsolidierte Haushalte und gesicherte Sozialleistungen.

(Lebhafter Beifall)

Wo die Sozialisten regieren, werden sie aber auch zu einer zunehmenden Bedrohung unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung.

(Beifall)

Dieser Herausforderung müssen wir uns stellen, und ich glaube, in jedem einzelnen Land und über die Grenzen hinweg durch eine verstärkte Zusammenarbeit. Ohne diese verstärkte Zusammenarbeit oder gar als eine zersplitterte politische Mitte werden wir auf die

europäische Zukunft nur noch einen begrenzten Einfluß haben. Das sollten wir uns mit aller Deutlichkeit vor Augen führen.

(Beifall)

Nun aber, meine Damen und Herren, ist es mir vor allem eine große Freude, Ihnen auch als Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei die Grüße der Schwesterpartei aus dem Nachbarland zu überbringen. Ich freue mich, heute einen Gegenbesuch bei Gesinnungsfreunden abzustatten. Wir haben Ihren Parteivorsitzenden auf unserem Jubiläumsparteitag heuer im Frühjahr in Wien zu Gast gehabt. Mein besonderer und persönlicher Gruß gilt meinem Freund Helmut Kohl, und mit ihm, meine Damen und Herren, grüße ich zugleich Ihren Kanzlerkandidaten. Ich wünsche ihm und damit der CDU/CSU bei der nächsten Bundestagswahl den vollen Erfolg.

(Lebhafter Beifall)

Wir in Österreich werden zu der nächsten Nationalratswahl bereits heuer im Herbst antreten. Ich bin davon überzeugt: Bei uns zu Hause wie auch bei Ihnen weiß und fühlt eine ständig wachsende Mehrheit von Menschen mit uns, daß es unseren Ländern besser gehen wird, wenn die christlich-demokratischen Parteien wieder die führende politische Kraft sind. Das ist unser Ziel, und der Erreichung dieses Zieles gilt unsere Arbeit, gilt unser Kampf. In diesem Geiste des Aufbruchs, der Erneuerung und der Verantwortung wünsche ich Ihrem Parteitag sehr viel Erfolg.

(Anhaltender Beifall)

Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger, Tagungspräsidium: Das Wort hat nun für die konservative Partei Großbritanniens Baroness Elles. Baroness Elles (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf als erstes ein Grußwort meiner Parteivorsitzenden vorlesen:

(Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung)

"Ich möchte den Freunden der CDU, die an diesem Parteitag teilnehmen, meine besten Wünsche übermitteln. Das Referendum in Großbritannien ist vorbei und hat uns einen überwältigenden Erfolg gezeitigt.

(Beifall)

Ich freue mich darauf, die Kontakte mit den Gesinnungsfreunden in der Gemeinschaft zu verstärken, und ich hoffe, daß dieser Parteikongreß Anregungen bieten und erfolgreich verlaufen wird. Im übrigen freue ich mich darauf, in der kommenden Woche mit führenden Mitgliedern der CDU zusammenzutreffen.

Margret Thatcher"

(Beifall)

Ich möchte Ihnen auch die Grüße der Europäischen Frauenunion überbringen. Vielleicht ist es für Sie interessant zu erfahren, daß Margaret Thatcher bereits vor 19 Jahren der Europäischen Frauenunion beitrug, der einzigen Organisation, die christdemokratische und konservative Parteien vereint. Diese Organisation hat die Notwendigkeit eines vereinten Europa erkannt, die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den Parteien gegen die Bedrohung des Sozialismus.

1972 ist es der Konservativen Partei gelungen, Großbritannien in die EWG zu bringen. 1975 haben wir erreicht, daß Großbritannien in der EWG verbleibt.

Wir haben die Absicht, mit unseren europäischen Gesinnungsfreunden zusammenzuarbeiten, um das zu erhalten, was gut ist, und was zu verändern, was schlecht ist, um zu erreichen, daß sich das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit durchsetzt und die Rechte des einzelnen geachtet werden.

Demokratie darf heutzutage nicht als etwas Selbstverständliches angesehen werden. Das Gleichgewicht der Mächte hat sich verschoben. Im Osten sind Vietnam, Kambodscha und Laos an die kommunistischen Kräfte gefallen. Im Westen ist Portugal von einem totalitären Regime befreit worden, aber nur, um durch ein anderes totalitäres Regime ersetzt zu werden.

Die Konservative Partei Großbritanniens unterstützt voll und ganz den tapferen Kampf von do Amaral, dem Vorsitzenden der CDS, der versucht, daß die pluralistische Demokratie in Portugal am Leben bleibt und überleben kann.

(Beifall)

Die Westeuropäer werden in ein falsches Gefühl von dem eingelullt, was Frieden und Sicherheit ist, was auf der anderen Seite Entspannungspolitik genannt wird.

(Beifall)

Während wir versuchen, unsere christlichen Prinzipien am Leben zu erhalten, müssen wir zusehen, wie das Familienleben zerstört wird, wobei wiederum von demokratischen Prozessen gesprochen wird.

(Beifall)

Demokratie jedoch stützt sich auf Menschen.

In diesem Zusammenhang möchte ich zwei Punkte unterstreichen. Ich glaube, für unsere Parteien besteht eine absolute Notwendigkeit, mehr Literatur auf allen Ebenen zur Verfügung zu stellen, Literatur sowohl intellektuellen als auch informativen Charakters, Literatur, die vor allen Dingen an die Jugend gehen sollte, nämlich die neuen und zukünftigen Wähler. Ich glaube, daß die Erziehungspolitik ein Schlüssel für unser Überleben sein kann.

Wir kämpfen zur Zeit einen Krieg der politischen Demokratie. Wörter wie "Demokratie", "Menschenrechte" und "Befreiung" werden mißbraucht und lassen unsere Völker im unklaren. Wir müssen eine Politik verfolgen, die ganz genau reflektiert, was wir unter diesen Termini verstehen. In den sozialistischen Parteien gibt es zahlreiche Unterschiede und Divergenzen.

(Die Rednerin fährt in deutscher Sprache fort)

Wir von den christdemokratischen und konservativen Parteien müssen unsere Zusammenarbeit mit der besonders starken und immer größer werdenden CDU auf unseren gemeinsamen Grundsätzen und Prinzipien aufbauen, die uns verbinden. Wir müssen uns für das gemeinsame Ziel einsetzen: die Freiheit unserer Völker im westlichen Europa zu erhalten und uns zu bewahren.

(Lebhafter Beifall)

Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger, Tagungspräsidium: Das Wort hat nun der stellvertretende Vorsitzende des Demokratisch-Sozialen Zentrums aus Portugal, Adelino Amaro da Costa.

Adelino Amaro da Costa (mit lebhaftem Beifall begrüßt):

(Niederschrift auf der Grundlage der
deutschen Übersetzung)

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde!
Es ist eine Ehre und ein Vergnügen für mich, heute hier bei
Ihnen zu sein. Ich möchte dem Herrn Vorsitzenden dafür danken,
daß er die freundliche Einladung an mich ausgesprochen hat, an
diesem CDU-Parteitag teilzunehmen. Ohne Zweifel kommen darin
das Interesse und die Sorge der CDU hinsichtlich der Zukunft
Europas zum Ausdruck. Gleichzeitig spiegelt sich in dieser Ein-
ladung die weit angelegte Perspektive der CDU wider.

Ein vereintes Europa ist nicht ohne die Partnerschaft der west-
europäischen Länder möglich. Ein vereintes Europa braucht außer-
dem die aktive Präsenz von Ländern wie Portugal, wo sich nach
vielen Jahren der Diktatur neue Möglichkeiten einer Demokratie
eröffnen. Daher unterstreichen wir die Prinzipien der Solidari-
tät, die Prinzipien der Teilhabe am Prozeß des Aufbaus eines
Europas. Meine Gegenwart hier ist eine deutliche Demonstration
der Tatsache, daß sich die CDU der genannten Herausforderung
bewußt ist. Sie hat ihre Verpflichtung erkannt, mit uns zusamen-
zuarbeiten und gibt sich nicht nur vagen Absichtserklärungen oder
Erklärungen des guten Willens hin.

Ich glaube, dies zeigt gleichzeitig, daß die Politik der CDU auf
realistischen Prinzipien gegründet ist. Sie weiß, daß Realismus
die Basis für echten Fortschritt ist. Meine Partei, die CDS
Portugals, teilt diese Ansichten auch. Wir wollen Portugal hel-
fen. Wir wollen ihm dazu verhelfen, den europäischen Institu-
tionen beizutreten, so daß ein menschliches und vereintes Europa
aufgebaut werden kann, das auf den Prinzipien des Friedens, der
Sicherheit und der Zusammenarbeit der europäischen Länder basiert.
Wir sind auch an Resultaten der europäischen Sicherheitskonfe-
renz interessiert. Wir wollen bei der Erstellung dieses neuen,
herausfordernden internationalen Modells faire und echte Partner
sein, eines Modells, das sich auf gegenseitige Achtung, Zusamen-
arbeit und friedliche Koexistenz gründet. Wir wissen, daß der
Weg zu diesem Ziel noch sehr weit ist und daß Europa sich sehr
vielen Problemen gegenüber sieht, bis diese Zielsetzungen reali-
siert werden können.

Einige der Probleme rühren daher, daß es auch noch einen ande-
ren Teil Europas gibt, der hinsichtlich der Demokratie und der
Freiheit andere Ansichten hat. Wir müssen mit diesem anderen
Teil Europas zusammenarbeiten, aber wir erwarten von dem ande-
ren Teil Europas gleichzeitig auch Aufrichtigkeit, was die De-
finition der Begriffe "Frieden", "Zusammenarbeit" und "Sicher-
heit" betrifft. Wir können vage Erklärungen nicht akzeptieren.
Portugal braucht Ihre Unterstützung und Ihr Verständnis. Portu-
gal muß geholfen werden - trotz allem! Sie müssen Portugal als
einen echten Bruder und nicht nur als Cousin ansehen.

(Beifall)

Sie müssen Portugal mit Freundschaft begegnen, auch wenn es zum
gegenwärtigen Zeitpunkt nicht alle Erfordernisse dessen erfüllt,
was die CDU oder die CDS unter Demokratie verstehen. Wir hoffen
auf Ihr Verständnis und auf Ihr Mitgefühl, damit sich Portugal
dem demokratischen und freien Europa anschließen kann und inner-

halb dieses Europa seine Rolle spielt. Bitte helfen Sie Portugal!

Das ist eigentlich alles, was ich Ihnen im Namen des Vorsitzenden meiner Partei, Freitas do Amaral, sagen möchte.

Letztendlich möchte ich Ihnen noch viel Erfolg für Ihren Parteitag wünschen!

(Der Redner fährt in deutscher Sprache fort)

Es lebe das demokratische Portugal! Es lebe Deutschland!

(Lebhafter Beifall)

Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger, Tagungspräsidium:
Das letzte Grußwort spricht der Generalsekretär der Organisation Christdemokratischer Parteien Lateinamerikas, Dr. Luis Herrera-Campins aus Venezuela.

Dr. Luis Herrera-Campins (mit Beifall begrüßt):

(Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung)

Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Ich möchte einen besonders herzlichen Gruß vom Dachverband der lateinamerikanischen Christdemokraten, OCTA, und in besonderer Weise von dem Expräsidenten Venezuelas, Rafael Caldera, überbringen.

(Beifall)

Die christdemokratischen Parteien Lateinamerikas möchten diesem Parteitag die allerbesten Wünsche übermitteln, daß es ein erfolgreicher Parteitag werde, und insbesondere dem Vorsitzenden der CDU, Helmut Kohl, Erfolg wünschen.

(Beifall)

Die Christdemokratie in Lateinamerika stellt eine entscheidende demokratische Alternative im politischen Leben dar, eine Alternative gegenüber den Militärdiktaturen von rechts und von links, eine Alternative zu den traditionellen Oligarchien, die bis jetzt den Fortschritt auf unserem Kontinent verhindert haben, und sie stellt eine Alternative zur Demagogie des Populismus und der Bedrohung der Freiheit durch Marxisten und Kommunisten dar.

(Beifall)

Wir haben den Kampf aufgenommen, um das Recht des Menschen auf Freiheit und Gerechtigkeit zu garantieren. Die Christdemokraten in Lateinamerika haben in allen Ländern, in denen in den letzten Jahren Wahlen stattgefunden haben, das Rückgrat aller Verbindungen, Bündnisse und Kampfgruppierungen gebildet, die zum Ziel hatten, diejenigen Regierungen zu beseitigen, die mit Gewalt und Machtstreben herrschten. In den Jahren zwischen 1964 und 1975 haben wir in fünf Ländern Wahlsiege errungen: in Chile, in Venezuela, auf den Niederländischen Antillen, in El Salvador und in Guatemala. Allerdings muß ich hinzufügen, daß wir in den beiden letztgenannten Ländern unseren wohlverdienten Sieg bisher deshalb noch nicht feiern konnten, weil der Wille des Volkes, der in der Wahl zum Ausdruck gekommen ist, durch Wahlunregelmäßigkeiten verfälscht wurde.

(Beifall)

Wir haben den Kampf aufgenommen, um den demokratischen Prozeß für Freiheit und Gerechtigkeit zu stärken. Wir wollen unseren Völkern eine umfassende Entwicklung garantieren, die die menschlichen und materiellen Ressourcen und damit die Wirtschaft stärken soll, die wiederum die Grundlage einer Besserung der Lebensqualität darstellt. Wir suchen nach einer Politik des Wandels, damit die soziale und wirtschaftliche Realität eine bessere und gesündere werde und wir in die Welt der Wissenschaft, der Technik und der Forschung auch auf internationaler Ebene eindringen können, damit die lateinamerikanischen Länder eines Tages im Konzert einer Vielzahl von Ländern auch eine entscheidende Stimme haben.

(Beifall)

Auf unserem Wege zur Integration der einzelnen lateinamerikanischen Ländern waren uns die europäischen christdemokratischen Parteien ein gutes Vorbild; denn es ist ihnen mit ihren herausragenden Führern Adenauer, de Gasperi und Schumann gelungen, nach dem letzten Weltkrieg Europa in der Europäischen Gemeinschaft zu einigen.

Die Christdemokratischen Parteien Lateinamerikas vertreten eine durchschlagende Politik zur Verteidigung der Rohstoffpreise auf internationaler Ebene. Wir glauben, daß die Erreichung dieses Zieles bei entsprechendem Verständnis von Erzeugern und Verbrauchern möglich sein wird, damit es eines Tages zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit kommt und das zügellose Konkurrenzdenken überwunden werden kann.

(Beifall)

Wir setzen uns auch dafür ein, daß soziale Gerechtigkeit, die wir für unsere eigenen Länder fordern, auch im internationalen Rahmen durchgesetzt wird.

(Beifall)

Wir danken für alle Zusammenarbeit und Unterstützung, die die lateinamerikanischen Christdemokratischen Parteien von den europäischen Christdemokratischen Parteien erhalten haben. Die Rückwirkungen von Siegen oder auch Niederlagen der Christdemokratischen Parteien Europas auf Lateinamerika sind ungeheuer. Man kann auch sagen, daß die öffentliche Meinung ein System von kommunizierenden Röhren darstellt, durch das die jeweiligen Erfolge oder Mißerfolge reflektiert werden. Deshalb, meine Freunde von der CDU, möchte ich Ihnen sagen, daß wir Christdemokraten Lateinamerikas neue Siege, neue Triumphe in Europa brauchen, um auch in unseren Ländern neue Siege und Triumphe unserer Parteien feiern zu können.

(Beifall)

Wir treten ein für eine Politik des sozialen Wandels, des Friedens, der Freiheit, der menschlichen Solidarität, der Gerechtigkeit und der Beteiligung der Menschen an der Bestimmung ihres eigenen Schicksals. Ich wage zu behaupten, daß sowohl in Europa als auch in Lateinamerika die Christdemokraten die beste Alternative darstellen, um eine freie Welt zu erringen und zu behaupten, um eine bessere Zukunft für freie Menschen zu erkämpfen. - Danke schön.

(Lebhafter Beifall)

Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich möchte allen Rednern den herzlichen Dank des Parteitages für ihre Ausführungen zum Ausdruck bringen. Besonders

aber möchte ich für den Ausdruck der Verbundenheit danken, der sich in den Reden unserer ausländischen Freunde niedergeschlagen hat. Vielen herzlichen Dank!

(Beifall)

Ich darf nun noch die Begrüßung zweier Persönlichkeiten nachholen. Ich begrüße den Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, Dr. Herbert Czaja MdB

(Beifall)

und den Präsidenten des Bundes der Mitteldeutschen, Staatssekretär Dorenburg.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben heute unter den Delegierten drei Geburtstagskinder. Wir gratulieren sehr herzlich Herrn Oberbürgermeister Hansheinz Hauser; er wird 53 Jahre alt.

(Beifall)

Wir gratulieren Herrn Dr. Hugo Hammans zum 48. Geburtstag

(Beifall)

und unserem Freund Ernst Eichelbaum zur Vollendung des 82. Lebensjahres.

(Beifall)

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 9:

Bericht des Parteivorsitzenden Ministerpräsident
Dr. Helmut Kohl

Ich erteile das Wort zu seinem Bericht dem Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union und dem gemeinsamen Kanzlerkandidaten von CDU und CSU für die Bundestagswahl 1976, unserem Freund Helmut Kohl.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! In weniger als eineinhalb Jahren stehen wir in der Bundesrepublik Deutschland vor der wichtigen Wahlentscheidung der Bundestagswahl 1976. Es sind dann sieben Jahre Regierungszeit der Koalition der SPD/FDP. Und schon jetzt ist klar zu erkennen, daß diese sieben Jahre als die sieben mageren Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik ihren Platz haben.

(Beifall)

Diese sieben Jahre sozialdemokratischer Politik sind schon zuviel.

(Beifall)

Es ist Zeit für eine Wende in der deutschen Politik.

(Beifall)

Es ist Zeit für die Übernahme der politischen Führung durch die CDU/CSU.

(Beifall)

Wir alle, meine Freunde, sind gefordert, mit Mut und Entschlossenheit, mit Klugheit und Phantasie die Zügel unseres Staates in die Hand zu nehmen, den Bürgern im Lande wieder Zuversicht zu geben, Hoffnung auf eine neue Zukunft, Hoffnung auf einen Aufbruch zu einer besseren Politik für unser Land.

(Beifall)

Dafür treten wir an, darum kämpfen wir, heute genauso wie vor 30 Jahren bei der Gründung der CDU. Nur 30 Jahre trennen uns von der Angst und dem Schrecken des zweiten Weltkrieges, von der Zerstörung des Deutschen Reiches, vom Ende der Nazibarbarei, von Nachkriegselend und wirtschaftlicher Not.

30 Jahre, meine Freunde, sind im Leben eines Volkes und vor der Geschichte eine kurze Spanne Zeit. 30 Jahre wie diese letzten verkörpern in ihrer historischen Bedeutung aber eine einzigartige Epoche des Friedens und der Freiheit, der Demokratie, des Rechts, der politischen Stabilität und auch des sozialen Fortschritts hier im freien Teil unseres Vaterlandes, in der Bundesrepublik Deutschland.

Das wurde vor allem und entscheidend deshalb möglich, weil wir gemeinsam mit und unter Konrad Adenauer zu Beginn dieser Bundesrepublik die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, daß zum erstenmal in der deutschen Geschichte unsere Bürger freiheitliche Demokratie als selbstverständlich akzeptieren und daß in diesen 30 Jahren eine Generation heranwachsen konnte, die nie etwas anderes erlebt hat als die freiheitliche Demokratie des Grundgesetzes unserer Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Wir haben uns gemeinsam mit allen Demokraten in unserem Lande dafür entschieden, der politischen Freiheit und dem Rechtsstaat den Vorrang vor staatlicher Einheit zu geben. Einheit - das muß jeder in diesem Land wissen - ist für uns in der CDU Deutschlands nur in Freiheit möglich, und wir wollen die Freiheit für alle Deutschen.

(Beifall)

Am Beginn unserer Bundesrepublik waren alle Demokraten entschlossen, soziale Gegensätze und gesellschaftliche Gräben durch eine Ordnung sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit zu überwinden.

Wir haben uns gemeinsam, unter der Führung der CDU, im Bewußtsein unserer geschichtlichen Verantwortung aus der nationalistischen Isolierung gelöst und uns für immer und irreversibel der Solidarität der europäischen Nationen angeschlossen.

(Beifall)

Meine Freunde, gerade weil jetzt eine fragwürdige Diskussion entstanden ist, muß dieser Satz hier ausgesprochen werden: Der überzeugende Ausdruck unseres gemeinsamen Wollens war und ist unsere Verfassungsordnung, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland; kurz gesagt: Wir wollen diese unsere Bundesrepublik, wir wollen keine andere Republik!

(Beifall)

Auf der Grundlage dieses Grundgesetzes hat das staatliche Leben der Bundesrepublik neue Legitimität und Kraft gewonnen. Es hat sich bewährt. Wir sind mit allen, die guten Willens in unserem Lande sind, entschlossen, alle Angriffe aller Feinde der Demo-

kratie von innen und außen gegen diese freiheitliche Grundordnung entschieden abzuwehren.

(Beifall)

Die Zeit des neuen Anfangs nach dem Kriege war zugleich die Geburtsstunde der CDU. Unsere Partei ist natürlich und in besonderer Weise durch den neuen Geist jener Tage geprägt; denn sie hat ja einen entscheidenden Anteil an diesem freiheitlichen und sozialen Weg der Bundesrepublik.

In diesen Tagen genau vor 30 Jahren, liebe Freunde, erfolgte der Gründungsauftrag der Berliner CDU, und unsere Freunde in Köln legten den Entwurf zu einem Programm der "Christlichen Demokraten Deutschlands" vor. Heute, bei unserem Mannheimer Parteitag, gedenken wir voll Dankbarkeit der Männer und Frauen der ersten Stunde, die diese Partei neu gestaltet haben und damit die entscheidende politische Kraft der Bundesrepublik ins Leben riefen.

(Beifall)

Es war die Stunde eines neuen Anfangs, die Geburtsstunde einer Partei, die es wagte, die jahrhundertalte politische Spaltung der Konfessionen zu überwinden. Wir sind stolz auf diesen Beitrag zur Vernunft und zum Ausgleich, zum inneren Frieden unseres Landes.

(Beifall)

Es ist bis heute die Partei, der es gelang, religiöse Orientierungen und Grundwerte für eine menschliche und freiheitliche Politik bewußt zu machen. Das war damals so notwendig wie heute. Das ist zutiefst progressiv in der Politik unseres Landes.

(Beifall)

Das ist die Partei, die sich seit damals verpflichtet hat, aus christlicher Verantwortung heraus das Wagnis einer Politik für alle Bürger unseres Landes zu unternehmen, eine Partei, die vom Tage ihrer Gründung an Volkspartei war, ist und bleibt und in der alle Gruppen unseres Volkes ihre politische Heimat finden und die in den deutschen politischen Ereignissen immer entschlossen dagegen angehen wird, wenn einzelne Gruppen unserer Bevölkerung ins Abseits manövriert werden sollen.

(Beifall)

In den ersten 20 Jahren der Bundesrepublik Deutschland wurden grundlegende Entscheidungen getroffen. Sie wurden getroffen unter der Führung der CDU/CSU. Sie haben eine breite Zustimmung, einen breiten Konsens bei den Bürgern unseres Landes gefunden, und sie sind heute Quelle für die politische und soziale Lebenskraft dieses Staates.

Alle diese Entscheidungen stellen heute im politischen Bewußtsein selbstverständliche und allgemein akzeptierte Grundlagen unseres politischen Lebens dar. Dennoch - und das muß wieder einmal nachgetragen werden - mußten einige dieser Grundsatzentscheidungen gegen den erbitterten Widerstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands durchgesetzt werden.

(Beifall)

So können wir mit Recht und auch mit Stolz sagen: Wir haben entscheidend die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Menschen in der Bundesrepublik ein lebenswertes Leben führen können, daß privates Glück möglich ist, daß viele unserer Mitbürger Verantwortung für andere übernehmen.

Konrad Adenauer, meine Freunde, seinerzeit - so wandelt sich die Einsicht! - von der SPD als rückwärts gewandter Verderber Deutschlands bekämpft, wird 1976 aus Anlaß seines 100. Geburtstages von allen demokratischen Kräften der Bundesrepublik - auch von der jetzigen Regierungskoalition - als der überragende Staatsmann Deutschlands nach dem Krieg gefeiert werden.

Meine Freunde, wir sind stolz darauf, daß wir - die CDU Deutschlands - in unseren Reihen Männer wie Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger haben, Männer, die sich als Kanzler um unser Vaterland verdient gemacht haben.

(Lebhafter Beifall)

Es blieb den Sozialdemokraten und blieb Willy Brandt überlassen, den Geist demokratischer Solidarität und Gemeinsamkeit jener Jahre in Frage zu stellen. Es war - und dies soll nicht vergessen werden - die SPD, die den Regierungswechsel des Jahres 1969 nicht als das verstand, was er in einer freien Demokratie ist: ein normaler demokratischer Vorgang. Nein, sie hat diesen Regierungswechsel vom ersten Tag an als einen Machtwechsel begriffen, und immer mehr Sozialdemokraten können sich gar nicht mehr vorstellen, daß "Machtwechsel" danach etwas Selbstverständliches im Leben eines freien Landes ist.

(Beifall)

Es war die SPD und ihr Vorsitzender, die 20 Jahre demokratisches Handeln und Aufbauarbeit für unser Land mit der linken Hand beiseiteschoben und behaupteten: Wir fangen jetzt - 1969 - mit der Demokratie erst richtig an. Meine Damen und Herren - und das ist wichtig für unsere Beurteilung -, es sind die linken Hilfstruppen der SPD, die in Instituten einiger Universitäten und an anderer Stelle drauf und dran sind, die ersten 20 Jahre der Geschichte unserer Bundesrepublik zu Jahren der Erfolglosigkeit umzuschreiben. Wir vertrauen auf das objektive Urteil der Geschichte: Vor diesem Urteil werden diese 20 Jahre die guten 20 Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sein.

(Beifall)

Die Jahre der SPD-Regierungen haben uns nicht mehr Demokratie gebracht, sondern ein Freund-Feind-Denken wie nie zuvor, dogmatische Fixierung an Stelle von Offenheit und Vielfalt, Intoleranz und Konfrontation an Stelle von Krompromißbereitschaft und mehr innere Feinde unserer Verfassungsordnung denn je zuvor in unserem Lande.

Wir haben nicht mehr sozialen Frieden und soziale Gerechtigkeit, sondern erleben künstlich erzeugtes Klassendenken, Mobilisierung des Neides, verstärkten Egoismus einzelner Gruppen und Verbände, den rapiden Verlust wirtschaftlicher Stabilität, die Zerrüttung der Staatsfinanzen und eine zunehmende Unfähigkeit dieser Bundesregierung, die notwendigen, die vernünftigen und die auch bezahlbaren Reformen in unserem Lande durchzuführen.

Wir haben in der Außenpolitik heute mehr nationalen Egoismus, der die Grundfesten der Europäischen Gemeinschaft und auch der Atlantischen Allianz gefährdet; wir haben eine nicht zu bestreitende weitere Aufrüstung der Sowjetunion, einen verstärkten ideologischen Kampf zwischen Ost und West und mehr Forderungen an uns, die neue Konflikte in sich bergen.

Die SPD hat sich als unfähig erwiesen, die Probleme von heute und erst recht die Probleme von morgen in diesem Lande zu lösen!

(Beifall)

Stattdessen hat sie in den vergangenen Jahren nicht nur über ihre und unsere Verhältnisse gelebt, sondern auch - und das ist das besonders Schlimme - zum Teil schon über die Verhältnisse der kommenden Generation unseres Landes.

(Beifall)

Das Ergebnis dieser Politik, meine Freunde, ist eine zunehmende Lähmung der schöpferischen und produktiven Kräfte unseres Landes. Aber genau das brauchen wir: das Freilegen des Ideenreichtums, des Erfindergeistes, der Kreativität und jene Aufbruchstimmung, die schon einmal vor fast 30 Jahren in einer aussichtslosen Lage dieses Land vom Abgrund weggebracht hat und in eine bessere Zukunft führen konnte.

(Beifall)

Wir empfinden angesichts dieser Entwicklung keine Freunde oder Genugtuung. Wir sind von dieser Entwicklung zutiefst betroffen. Aber wir sind nicht bereit, zu resignieren oder gar den Karren laufenzulassen. Wir wollen unseren Teil für die Zukunft unseres Landes mittragen, heute in der Rolle der Opposition und morgen in der Rolle der Partei der Regierungsverantwortung für die Legislaturperiode von 1976 bis 1980.

(Beifall)

Es ist Zeit für eine Alternative zur sozialistischen Politik. Meine Freunde, lassen wir uns auch nichts einschwätzen von jenen Politik- und Kulturpessimisten, die meinen, die freiheitliche Demokratie der modernen Industriegesellschaften führe - das ist der Popanz geworden - zwangsläufig dahin, daß demokratische Staaten unregierbar seien. Die Probleme und Fragen moderner Industriestaaten und freiheitlicher Gesellschaften sind natürlich nicht mit sozialistischen Heilslehren und Dogmen zu lösen; und andere Lösungen wollen die Sozialisten ja gar nicht gelten lassen.

(Beifall)

Aber wir sollten nicht zulassen, daß die geistige Krise der Sozialdemokraten zu einer Krise unseres Staates hochstilisiert wird. Der Selbstbehauptungswille der Deutschen ist heute so ungebrochen wie vor 30 Jahren bei der Wiederbegründung deutscher Demokratie. Unser Land will seine Zukunft gewinnen, will sie nicht aufgeben oder gar verlieren.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir stehen vor ernststen Herausforderungen. Sie erfordern Grundsatzentscheidungen, die weit über den Tag hinaus gelten. In der Auseinandersetzung mit SPD und FDP geht es um den zukünftigen Kurs Deutschlands und nicht um irgendwelche Teilkorrekturen. Unsere freiheitliche Grundordnung steht in einer ernststen Bewährungsprobe. Wirtschaftliche Stabilität und sozialer Friede werden durch die Entwicklungen zunehmend in Frage gestellt. Der Wohlstand wird langsamer wachsen. Die Bildungskrise ist unübersehbar. Die Voraussetzungen für die internationale wie für unsere nationale Friedens- und Entspannungspolitik sind einem stürmischen Wandel unterworfen.

Wir alle haben in diesen Monaten die Anschläge fanatisierter Terroristen erlebt, die Anschläge politischer Gangster, die diesen freiheitlichen Rechtsstaat erpressen wollen. Nur wenn dieser Staat voll handlungsfähig bleibt, werden wir der terroristischen Gewalt den Boden unter den Füßen entziehen können, werden wir jenen Sumpf einer verblendeten Herausforderung austrocknen können. Und das ist notwendig!

(Beifall)

Wir, die CDU, werden auch die andere Herausforderung annehmen, entschieden all jenen entgegenzutreten, die auf dem Wege einer Doppelstrategie versuchen, die Machtmittel unseres Staates in ihre Hand zu bekommen, um sie für die Verwirklichung eines totalitären Sozialismus zu mißbrauchen. Jeder in unserem Lande muß wissen: Die CDU Deutschlands kämpft entschieden gegen alle Feinde unserer freiheitlichen Verfassungsordnung - ob sie nun von rechts oder von links kommen -, gegen alle, die diesen Staat zerstören wollen.

(Beifall)

Wir stehen heute vor der zentralen Entscheidung, ob wir unseren Staat als freiheitliche, offene, pluralistische Demokratie erhalten und ausbauen oder ob wir zusehen, wie Verfassung, Recht und Gesetz zum Vollstrecker einer menschenverachtenden Ideologie gemacht werden.

Ich stelle hier keinen Zusammenhang her, aber wer bei Wahlkämpfen, wenn es um einen Regierungswechsel geht, fragt, ob soziale Unruhe ins Haus steht, der muß die Nachbarschaft beachten, in die er mit einer solchen Anmaßung geraten muß.

(Beifall)

Ich rufe all jenen Sozialisten, die so reden - auch in der SPD -, zu: Wer für den Fall eines Regierungswechsels unser Land für unregierbar erklärt, wer zu seiner Politik keine demokratische Alternative zulassen will, wer Demokratie mit Sozialismus gleichsetzt, wer den politisch anders Denkenden und Gegner zum Feind erklärt, der will einen anderen Staat, als wir ihn wollen!

(Lebhafter Beifall)

Unsere Alternative ist klar: Wir wollen die politischen Entscheidungen aus der offenen Konkurrenz der Meinungen und im demokratischen Verfahren entstehen lassen, und wir wollen, daß sie eingebunden sind in die Pflicht zum Wohle unseres Landes. Wir wollen nicht Feindschaft, sondern wir vertrauen auf Partnerschaft, Toleranz und Mitmenschlichkeit. Wir werden uns, auch wenn es unbequem ist, immer auch für das Recht des anderen einsetzen. Weil unsere Verfassung die Konkurrenz um die Macht sichert, bietet sie die beste Kontrolle von Macht, und das ist eine Voraussetzung einer wirklich lebendigen Demokratie bei uns in Deutschland.

(Beifall)

Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik liegt die Herausforderung darin, daß einerseits die Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums spürbar geworden sind, daß wir aber andererseits eine Wirtschafts- und Sozialordnung aufgebaut haben, die auf Wachstum angewiesen

ist. Verzicht auf Wachstum muß deshalb mit Sicherheit soziale Spannungen herbeiführen.

Der Mangel an Tatkraft der Bundesregierung gegenüber den Problemen von morgen ist erschreckend. Die Beispiele, die jetzt diskutiert werden, sagen dies deutlich. Was geschieht, wenn Hunderttausende von Mitbürgern länger als ein Jahr arbeitslos sind, wenn Jugendarbeitslosigkeit, der Skandal unserer Tage in der Bundesrepublik, zu einem chronischen Übel wird, wenn beispielsweise ausgebildete Akademiker, Lehrer und Juristen, keine Anstellung mehr im öffentlichen Dienst finden können?

Das, was wir jetzt als Politik der Regierung erfahren, ist blind für solche Fragen, denn diese Politik hinkt ja von Wahltermin zu Wahltermin, um so mit billiger Münze über die Runden zu kommen.

(Beifall)

Wer die Skrupellosigkeit der Sozialdemokraten beim Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen in diesen letzten Monaten erlebt hat, der kann sich nur die Frage stellen: Für wie dumm halten Heinz Kühn und seine Genossen eigentlich die Bürger dieser Bundesrepublik Deutschland?

(Beifall)

Wir brauchen doch - dies ist doch keine parteipolitische Frage - das Vertrauen in die Aussage der Regierenden beim Bürger. Jeder von uns weiß seit den Tagen Ludwig Erhards, der dies immer in großartiger Weise gemeistert hat, daß Wirtschaftspolitik immer auch ein Stück Psychologie, ein Stück Vertrauen des Bürgers in seinen Staat und in seine Wirtschaft ist. Wer so wie Schmidt und Kühn das Vertrauen in wirtschaftliche Aussagen der Regierung mutwillig zerstört, darf sich nicht über die Konsequenzen wundern, die auf Dauer aus einer solchen Täuschung des Bürgers entstehen. Wir haben keine Freude daran, denn dies schadet der Demokratie und damit allen demokratischen Gruppen in unserem Lande.

Und da nützt es auch nichts, nachdem die Fata Morgana des Aufschwungs verblaßt ist, das Gerede von gestern vergessen zu machen und neue Buhmänner zu suchen. Erst waren es die Unternehmer, das Großkapital. Jetzt braucht man sie wieder, jetzt werden sie aus dem Angriff gezogen. Dann sind es die angeblich falschen Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute, die Kassandrarufer der Bundesanstalt für Arbeit, dann sind es wieder die Ölscheichs und jetzt die OECD, wobei darauf vertraut wird, daß die meisten nicht wissen, was das ist.

(Heiterkeit)

Das, meine Damen und Herren, ist der Sinn dieser Propaganda.

(Beifall)

Tatsache ist - und dies ist unübersehbar -, daß die Bundesregierung mit ihrer Konjunkturpolitik gescheitert ist: Die Steuerreform brachte nicht mehr Konsum; das Angstsparen hat dies verhindert. Die Investitionsprämie brachte nicht mehr Investitionen, sondern belastet nur die öffentlichen Haushalte der nächsten Jahre. Die Geldschöpfung der Bundesbank wurde von der Wirtschaft so nicht angenommen; sie blieb im Bankenapparat und wird möglicherweise Munition für eine neue Inflationswelle sein. Die Orientierungsdaten für die Lohnpolitik erwiesen sich als falsch, weil die Annahmen über das Wirtschaftswachstum falsch waren; deswegen gehen die Gewinnerwartungen nicht auf, und damit sind zwangsläufig weitere Arbeitsplätze gefährdet.

Meine Freunde, wir müssen unsere Konjunkturpolitik stärker als bisher auch auf das Verhalten der Verbraucher, der Investoren und Tarifparteien abstellen. Wir müssen alles tun, um sie international besser zu koordinieren. Appelle an die Solidarität, wenn der Bürger noch den Glauben haben darf, haben ihren Sinn nicht verloren.

Es ist doch auch ganz interessant, gerade dies einmal zu Ludwig Erhard zu sagen, daß jene, die ihn damals wegen des Appells zum Maßhalten verspottet haben, heute von morgens bis abends nur über das Maßhalten reden, sich in ihren Handlungen aber leider nicht danach verhalten.

(Beifall)

Entscheidend für die Zukunft unseres Landes wird es sein, welche Wirtschafts- und Sozialordnung wir morgen haben werden, denn hier liegt die zentrale Herausforderung der 70er und der 80er Jahre. Wer aber, meine Freunde, die Probleme der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts auf der Grundlage des im 19. Jahrhundert geschriebenen "Kapital" von Karl Marx analysiert, wer Klassenkampfdenken begünstigt, wer die Soziale Marktwirtschaft von unserer Verfassungsordnung lösen will, wer Probleme der Wirtschaftsordnung, beispielsweise die Bodenpolitik, mit nackten Berufsverboten in Parteitagsbeschlüssen beantwortet, wer angesichts der Energiekrise sofort nach Preiskontrollen ruft, wer zentrale Investitionslenkung und die Verstaatlichung von Banken fordert, wer unsere Wirtschaft also immer mehr durch staatliche Bürokratie gängeln will, der stellt, ob er es zugibt oder nicht, diese unsere Soziale Marktwirtschaft bereits im Grundsätzlichen in Frage.

(Beifall)

Wer Mitbestimmung und Vermögensbildung will, nicht um die Mitverantwortung und Mitwirkung der Bürger, der Arbeitnehmer, im Betrieb zu stärken, sondern um sozialistisch beherrschte Machtverhältnisse in diesem Lande durchzusetzen, der trifft auf den entschlossenen Widerstand der CDU Deutschlands.

(Beifall)

Auch hier ist unsere Alternative klar: Wir wollen keinen Dirigismus und keine staatliche Bevormundung, sondern mehr Wettbewerb, mehr schöpferische Initiative und mehr Wagemut des einzelnen. Wir wollen keine Verstaatlichungen, sondern Förderung von sozial gebundenem Eigentum. Wir wollen nicht weniger Leistung, sondern motivierte Leistung, d.h. Leistung, mit der die Menschen in unserem Lande einen Sinn verbinden, mit dem sie einem persönlich erstrebenswerten Ziele näherkommen können. Wir wollen keine Verteufelung von Profit, sondern wir sagen klar, daß Gewinne Antriebskräfte unserer Wirtschaft sind und daß die Möglichkeit, die Chance des Gewinns Antriebskraft für den einzelnen ist. Das ist unsere klare Alternative der Sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall)

Wir wollen also nicht mehr und nicht weniger als die Durchsetzung, die Fortgeltung und die Angleichung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft; denn diese Ordnung ist keine statische Größe. Sie wird fortentwickelt. Bewährte Prinzipien wirft man nicht über Bord, sondern man paßt sie mit Phantasie und Klugheit den Wirklichkeiten unserer Zeit an. Sozialistische Politik, meine Freunde, war schon immer phantastisch, aber nie phantasievoll, sie war immer

sehr theoretisch, aber selten klug. Das müssen die Bürger in unserem Lande wieder wissen.

(Beifall)

Gewinnbeteiligung und partnerschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb sind das Programm der CDU. Sie sollen mehr Solidarität, Freiheit und Gleichheit in die Unternehmen hineinbringen und damit einen entscheidenden Teil, eine Grundlage unserer Wirtschaftsordnung absichern. So wird Marktwirtschaft praktiziert, die wirklich sozial ist, weil sie dem sozialen Frieden auch in Zukunft dienen soll.

Wir müssen jetzt erleben, wie die Bundesregierung durch ihre fahrlässige Haushaltspolitik den Handlungsspielraum der Sozialpolitik bedrohlich einengt. Jetzt kommt das Gerede von der sozialen Demontage. Meine Freunde, dies muß von diesem Saal aus überall ins Land hinausgetragen werden: In unserer Bundesrepublik erfolgt nur aus einem Grunde soziale Demontage, und das schon seit Jahren: nämlich durch Inflation, durch Arbeitslosigkeit, durch Kurzarbeit und Nullwachstum als Ergebnis sozialdemokratischer Politik. Das ist der Grund für soziale Demontage.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Dafür trägt eine Partei die Verantwortung, die einmal ausgezogen ist, für die kleinen Leute im Lande zu sorgen. Die Kinderreichen, die Alten und die Mitbürger mit kleinen Einkommen zahlen die Zechen. Soziale Demontage, SPD und Helmut Schmidt sind unlösbar miteinander verbunden.

(Bravo-Rufe und anhaltender lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, diese Entwicklung können, wollen und dürfen wir nicht mit dem Hinweis abtun, daß das alles vorauszusehen war und daß die Bundesregierung eben jetzt an den Ansprüchen scheitert, die sie selbst geweckt hat. Hier geht es auf Dauer um Veränderungen von grundsätzlicher Bedeutung für die zukünftige Gesellschaft unseres Landes. Unser Grundgesetz verpflichtet den einzelnen Bürger zur sozialen Verantwortung und Hilfe. Wir wollen kein sozialistisches System, das darüber bestimmt, wer wann welche Leistungen zu erwarten hat. Unsere Alternative heißt: Individuelle Verantwortung und solidarisches Handeln sind unverzichtbar; das übersteigerte Anspruchsdenken mancher muß wieder auf das Maß des Möglichen zurückgeführt werden; die Verteilung des Sozialprodukts muß sich nach den Maßstäben der Leistung und der sozialen Gerechtigkeit ausrichten.

Wirtschaftliches Wachstum, meine Freunde, bleibt die entscheidende Voraussetzung für eine weitere und ständige Leistungsverbesserung auch im sozialen Bereich unserer Gesellschaft.

(Beifall)

Die soziale Sicherung ist nicht nur eine Voraussetzung für die unabhängige Existenz des Bürgers, sondern zugleich auch eine Sicherung für eine dynamische Wirtschaft. Soziale Sicherung garantiert den von Strukturveränderungen Betroffenen im Betrieb, nicht fürchten zu müssen, mit ihrer bisherigen Beschäftigung auch die Grundlage ihrer Existenz für sich und ihre Familie zu verlieren. Bei sozialer Sicherung ist die Bereitschaft zur Strukturveränderung eben größer. Das gibt unserem Lande und unserer Gesellschaft die notwendige Dynamik.

Ich glaube, dies müssen wir wieder deutlicher sagen: Soziale Sicherung wird damit auch zu einem Produktionsfaktor im besten Sinne.

ne des Wortes und trägt auch auf diese Weise zu einem Wachstum unserer Wirtschaft bei. Gerade an diesem Beispiel zeigt sich, daß die Soziale Marktwirtschaft allen sozialistischen Denksystemen weit überlegen ist.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben erfahren müssen, daß eine Politik, die vielen etwas bringen will, Minderheiten gegenüber immer unempfindlicher wird. Die Rücksichtnahme auf besondere Notsituationen, auf individuell bedingte Notwendigkeiten verkümmert. Im Verteilungskampf um das Bruttosozialprodukt werden wichtige Gruppen immer mehr zu kurz kommen, wenn wir nicht aufpassen: die Frauen in Familie, Betrieb und Beruf, die kinderreichen Familien, die alten Mitbürger, die älteren Erwerbstätigen, die jugendlichen Arbeitslosen, die Behinderten.

Anwalt dieser Menschen und Mitbürger, die immer häufiger in das soziale Abseits geraten, muß unser gerechter sozialer Rechtsstaat der Bundesrepublik sein.

(Beifall)

Deshalb, meine Freunde, wollen wir einen starken Staat, einen Staat mit Autorität. Wir wollen überhaupt keinen autoritären Staat; denn wir sind von der Stunde der Geburt dieser Union an eine zutiefst antiautoritäre Partei. Wir wollen nicht den Obrigkeitsstaat von gestern. Wir wollen den Staat der freien Bürger der Bundesrepublik von heute. Das ist unser Ziel und wird es bleiben.

(Lebhafter Beifall)

Wir wollen einen Staat mit Autorität, der die Ziele unserer Gemeinschaft durchsetzt, sie nach den gemeinsamen Grundsätzen von Freiheit und soziale Gerechtigkeit gestaltet und weiterentwickelt.

Wir werden entschlossen jener Ansicht entgegentreten, die unseren Staat so begreift, als ob er ein Selbstbedienungsladen sei. Wir werden verhindern, daß diejenigen - einzelne oder Gruppen -, die stark und mächtig sind, die Druck ausüben können, weitgehende Zugriffsmöglichkeiten auf staatliche Leistungen gewinnen. Gerade wenn der Staat, gerade wenn die öffentliche Hand weniger Geld hat, ist es notwendig, an jene im Lande zu denken, die keine machtvollen Interessengruppen hinter sich haben, die nicht der Allgemeinheit drohen können, die aber von einem gerechten Staat solidarische Unterstützung erfahren müssen.

(Beifall)

Sozialpolitik in unserer Gesellschaft kann nicht länger nur verstanden werden im Sinne der sozialen Fragen des 19. Jahrhunderts - auch wenn es sie in einzelnen Punkten noch gibt. Die kritische Linie der Konflikte verläuft in vielen Bereichen. Sie verläuft heute beispielsweise nicht mehr ausschließlich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern auch zwischen organisierten und nicht organisierten Interessen. Das ist das, was wir in der "Mannheimer Erklärung" mit dem Stichwort Neue Soziale Frage in die Diskussion in Deutschland einführen.

Es gilt, neue sozialpolitische Lösungen zu entwickeln. Wir wollen deswegen in der Mannheimer Erklärung einen besonderen Nachdruck darauf legen und erwarten auch hier aus dem Kreis der Delegierten die Anregungen und Vorschläge.

Liebe Freunde, wir dürfen darüber nicht nur reden. Wir haben das auch nicht getan. Wir haben in den letzten Jahren konkret damit begonnen, diese Politik auszuformen. Ich erinnere an die Gesetzentwürfe der CDU/CSU-Fraktion zur Einführung des Erziehungsgeldes, an den Vorschlag der Partnerrente und an das Programm "Frau und Gesellschaft", das wir in diesen Tagen hier in Mannheim diskutieren werden. Ich erinnere an das Aktionsprogramm für die Familie und die so leidenschaftlich geführte Diskussion um die Fragen der Gesundheitspolitik. Wir werden es dabei nicht belassen. Unsere Mitbürger sollen wissen, daß wir uns um ihre wirklichen Sorgen kümmern und dementsprechend zum Handeln bereit sind.

(Beifall)

Wir sind bereit, auf allen Ebenen, auf denen wir Verantwortung tragen - Bund, Länder und Gemeinden -, an der Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten mitzuwirken. Aber dies, meine Freunde, setzt voraus, daß die Bundesregierung die Verantwortlichkeiten nicht verwischt, daß sie in einer umfassenden Bilanz endlich die Wahrheit über die wirkliche finanzielle und wirtschaftliche Lage in unserem Land sagt.

(Beifall)

Wir stehen vor zentralen Herausforderungen im Bereich der Bildungspolitik, wir alle, alle demokratischen Gruppen. Staat, Gesellschaft und Parteien können nicht länger an den zunehmenden Sorgen von Schülern und Eltern vorbeigehen. Der numerus clausus an unseren Hochschulen erzeugt in unseren Schulen einen unerträglichen Leistungsdruck.

Eltern und Schüler müssen heute die Folgen einer Bildungspolitik ertragen, die ihren Erfolg nur an der Quote der Abiturienten gemessen hat und in weiten Bereichen Bildung zur bloßen Ausbildung degenerieren wollte.

Auch wir haben uns - wir sollten das ganz selbstkritisch sagen - alle zu lange und zu sehr auf die Probleme der Hochschule konzentriert. Wir werden die Hochschule auch in Zukunft in unsere Betrachtung einbeziehen müssen. Wir lassen nicht zu - das muß ich warnend sagen -, daß ein Keil zwischen Bürger und Studenten getrieben wird, weil einige wenige Studenten und Dozenten an deutschen Hochschulen drauf und dran sind, aus ihrer linken Ideologie heraus die Universität zu zerstören. Wir wollen, daß die Studenten wissen, daß wir ihre Sorgen kennen, aufgeschlossen sind und für die Freiheit von Lehre und Forschung an unseren Universitäten eintreten. Das muß jeder wissen.

(Beifall)

Wir müssen aber auch sagen, daß die berufliche Bildung lange Zeit zu einem Stiefkind der Bildungspolitik geworden ist und daß jetzt, wo uns die Probleme auf den Nägeln brennen, endlich eine klare Antwort gegeben werden muß.

Die Reideologisierung der SPD und ihre Hilfstruppen haben uns in eine tiefgreifende Krise der Bildungspolitik hineingeführt. Was sozialdemokratische Politiker in den Ländern oder auch Herr Dohnanyi beim Bund bei der Reform der Bildungsorganisation und Bildungsinhalte angerichtet haben, ist schlicht und einfach ein Vergehen an der Zukunft der Kinder unseres Landes.

(Beifall)

Ich nenne nur das Stichwort "Rahmenrichtlinien". Meine Freunde, das sind nicht nur die persönlichen Eskapaden der Herren von Friedeburg und von Oertzen. Sie sind zwar aus dem Verkehr gezogen worden, ihr Machwerk aber ist geblieben, und das muß beseitigt werden.

(Lebhafter Beifall)

Einer der schlimmen Punkte dieser verhängnisvollen Bildungspolitik - meine Damen und Herren, man kann ihn nicht ernst genug nehmen - ist die bewußte und gewollte Vernachlässigung des geschichtlichen Denkens, des historischen Bewußtseins der jungen Generation in unserem Land.

(Lebhafter Beifall)

Die Existenz und die Leistungen der Bundesrepublik Deutschland, ihre Fähigkeit, die Herausforderung dieses Jahrhunderts zu bewältigen, bleiben auf schwankendem Grund gebaut, wenn dieser Existenz die geschichtliche Kontinuität und Grundlage entzogen werden.

(Beifall)

Wie wollen wir, meine Freunde, denn erwarten, daß die Menschen und vor allem die jungen Bürger in unserem Land demokratischen Bürgersinn aufbringen, um die Aufgaben der Zukunft zu lösen, wenn ihnen das Bewußtsein der gemeinsamen Geschichte absichtlich entzogen wird? Wir wollen keine künstliche Wiederbelebung vergangener oder gar überholter nationalistischer Vorstellungen.

Aber, meine Freunde, wir machen uns die Bemerkung eines klugen Amerikaners zu eigen, der einmal gesagt hat: Wer sich nicht an die eigene Vergangenheit erinnern kann, der wird dazu verurteilt, sie zu wiederholen.

(Beifall)

Wenn wir die geschichtliche Identität und Kontinuität und damit die Zukunft nicht verlieren wollen, brauchen wir ein Bild der Geschichte unseres Landes, das nichts beschönigt, nach keiner Seite etwas unterschlägt, sondern in die Zukunft weist.

(Beifall)

Was hat sich eigentlich der Bundeskanzler dabei gedacht, als er aus Anlaß der Würdigung des Tages der deutschen Kapitulation nach allem, was deutsche Geschichte, was Hilfe der Vereinigten Staaten und vieles andere mehr ausmachte, die mit uns befreundeten Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion in einem Atemzug nannte und ihnen für ihre Hilfe, Versöhnungsbereitschaft, gute Nachbarschaft und Partnerschaft dankte? Ich frage Sie: Behandelt man so Freunde, die uns, die wir damals Schüler waren, unmittelbar nach dem Krieg auf den Schulhöfen deutscher Schulen vor dem Verhungern gerettet haben?

(Beifall)

Wir fragen die Führer der SPD, die doch das Wort vom Fortbestehen der einen deutschen Nation immer wieder und - Gott sei Dank - heranziehen, aber auch als Alibi für ihre Vertragspolitik benutzen, wie wollen sie es begründen, wenn Geschichte in nicht wenigen deutschen Schulen sozialdemokratisch geführter Länder nicht mehr stattfindet. Das ist doch die Frage, die wir stellen müssen.

(Beifall)

Unsere Antwort heißt: Die entscheidende Voraussetzung für den Bestand einer Nation ist der Wille des Volkes, Nation zu sein. Deutschland, unser Vaterland, bleibt so lange eine Nation, solange dies die Deutschen selber wollen und auch bekunden. Der nationale Wille ist für uns unlösbar mit dem Willen zu Freiheit und Recht verbunden. Es kann und wird für uns keine nationale Einheit auf Kosten unserer demokratischen und freiheitlichen Verfassung geben. Dieses nationale Selbstverständnis wollen wir in ein europäisches Bürgerbewußtsein einbringen; denn wir sind ein lebendiger Teil einer an gemeinsamen Idealen orientierten Gemeinschaft der freien Völker.

(Beifall)

Wenn wir Nation so begründen, dann ist unserem Volk ein Weg geöffnet, der in der Gemeinschaft der europäischen Völker Frieden und Freiheit sichert. Dies war seit 1949 die Politik der Bundesrepublik unter Führung Konrad Adenauers, und hieran hat sich nichts geändert. Ich sage dies vor allem deswegen so entschieden, weil die SPD seit 1969 - ob sie es zugibt oder nicht - dabei ist, außenpolitische Grundsatzentscheidungen zu treffen, mit denen sie sich bedenkenlos über das Prinzip notwendiger Gemeinsamkeit der demokratischen Parteien unseres Landes hinwegsetzt. So ging die sozialdemokratische Politik der Annäherung an die Sowjetunion unübersehbar zu Lasten der europäischen Einigung und des atlantischen Bündnisses.

(Beifall)

Unter Entspannungspolitik versteht die Bundesregierung - und Helmut Schmidt hat sich hier voll in die Kontinuität zu seinem Vorgänger gestellt -, daß sie auf unverhüllte Einmischungsversuche der Sowjetunion und der DDR in unsere Angelegenheiten und auf heftige politische und polemische Ausfälle gegen uns entweder schweigt oder nur zaghaft reagiert und daß sie es kaum mehr wagt, unsere eigenen Überzeugungen klar und entschieden zum Ausdruck zu bringen. Meine Damen und Herren, wer eine solche Politik betreibt, darf sich über immer neue und weitergehende Zumutungen nicht wundern.

Entspannungspolitik in unserem Sinne kann nur heißen, daß sich beide Seiten die unterschiedlichen Interessen und politischen Auffassungen und Ziele zugestehen und daß man sich deswegen nicht gegenseitig verteufelt oder verdächtigt. Entspannungspolitik, wie wir sie wünschen, heißt, trotz aller Gegensätze sachlich über Differenzen verhandeln und sich bemühen, Ansatzpunkte der Verständigung und der Zusammenarbeit zu finden. Meine Freunde, was uns Sorge bereitet, ist eine Politik, die um einer imaginären Gemeinsamkeit willen gegenüber dem Osten auf die klare Selbstdarstellung unserer Überzeugung verzichtet, eine Politik, die über die Schicksalsfragen unseres Volkes nur noch mit solchen Worten und Ausdrücken spricht, die auch für Kommunisten annehmbar sind. Die DKP ist keine Staatspartei der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Wahren Frieden kann es nur auf der Grundlage der Menschenwürde, auf der Grundlage von Freiheit und Recht geben. Was Menschenwürde verletzt - Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl -, kann unmöglich dem Frieden dienen. Wer dies ausspricht, ist kein kalter Krieger, sondern einer, der um den Frieden und damit um den Ausgleich besorgt ist.

(Beifall)

Meine Freunde, Frieden wird von uns nicht so definiert, daß dies die bloße Abwesenheit von Krieg - auch von kaltem Krieg - ist. Wirklicher Frieden herrscht erst dann, wenn alle Beteiligten in Freiheit und nach gemeinsam anerkanntem Recht über ihre gegenseitigen Interessen verhandeln und ihre Konflikte austragen. Es bleibt unsere unerschütterliche Überzeugung, daß Recht und Freiheit die Voraussetzungen für einen menschenwürdigen Frieden und ein menschenwürdiges Leben sind. Wir, die CDU/CSU - und dies hat Konrad Adenauer schon 1949 in seiner ersten Regierungserklärung deutlich gemacht -, wünschen die Verständigung und die Zusammenarbeit, die gute Nachbarschaft mit den Völkern und Staaten Ost- und Mitteleuropas nicht weniger als mit den Staaten im Westen. Die Gemeinsamkeit mit unseren westlichen Freunden gewinnt ihre Festigkeit gerade dadurch, daß wir abweichende Auffassungen offen aussprechen und unsere Interessen verteidigen. Unser zentrales nationales Anliegen bleibt es, die Freiheit für unser ganzes deutsches Volk zu erringen und die Einheit Deutschlands wiederherzustellen. Meine Freunde, auch wenn dies nicht kurzfristig zu erreichen ist: Niemand gibt uns das Recht, zukünftigen Generationen die Chance zu nehmen, in freier Selbstbestimmung darüber zu entscheiden, unter welcher politischer Ordnung und in welchem Staate sie leben wollen.

Solange dieses Ziel nicht erreicht ist, bleiben wir für die eine deutsche Nation in der Pflicht. Wir müssen als freie deutsche Bürger gemäß unserem eigenen moralischen Anspruch dafür eintreten, daß die Menschenrechte auch für die in Unfreiheit im anderen Teil Deutschlands lebenden Deutschen Wirklichkeit werden. Dies ist eine politische Forderung, und dies ist ein mitmenschlicher Dienst.

(Beifall)

Wer diese Forderung unter Deutschen und mitten in Deutschland nicht erhebt, verliert seine Glaubwürdigkeit auch dort, wo er für die demokratischen Rechte der Menschen in Portugal, in Chile oder in Spanien eintritt.

(Beifall)

Freiheit ist unteilbar. Menschenrechte sind unteilbar. Friede und Entspannung sind unteilbar. Deshalb war und ist für uns Deutschlandpolitik immer auch freiheitliche Gesellschaftspolitik. Sie ist unsere geistige, moralische und politische Herausforderung an das Unrechtssystem der DDR.

Meine Freunde, wir werden auch in Zukunft dazu stehen und die DDR, wenn es sein muß, dazu zwingen, nicht nur von der Erfüllung der Menschenrechte zu sprechen, sondern auch vor der Weltöffentlichkeit den Beweis dafür zu erbringen. Wir wollen und können nicht schweigen, wenn die Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Wer glaubt, darüber aus Gründen der politischen Opportunität des Tages nicht reden zu können; entzieht dem freiheitlichen Rechtsstaat die moralische Grundlage.

(Beifall)

Unsere Deutschlandpolitik baut auf das Fundament eines sich einigenden Europa und der atlantischen Partnerschaft. Auf diesem Fundament suchen wir Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen beiden Teilen Deutschlands, die vor allem den Menschen das Leben erleichtern. Wir wollen alle Verbindungen und Begegnungen fördern, die den Graben nicht noch tiefer machen, sondern überbrücken. Meine Damen und Herren, dazu gehört - lassen Sie uns diesen Aufruf an uns selbst und an unsere Freunde in der Partei

richten -, daß möglichst viele von uns die Chance wahrnehmen, in die DDR hinüberzufahren, mit den Menschen, den Freunden und Verwandten dort sprechen und deutlich machen: Wir sind da, und wir sind - trotz Mauer und Stacheldraht mitten in Deutschland - nicht bereit, uns trennen zu lassen!

(Beifall)

Die Ostverträge und der Grundvertrag sind geltendes Recht. Der Deutsche Bundestag hat in seiner einstimmig gefaßten Entschliessung vom 17. Mai 1972 den für uns verbindlichen Interpretationsrahmen festgelegt. Meine Damen und Herren, dies ist kein Fetzen Papier; dies ist eine Grundsatzentscheidung deutscher Politik. Ebenso verbindlich ist für uns das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundvertrag.

Hier, meine Freunde, liegen die Instrumente bereit, um diese Verträge, die nun einmal da sind, im wohlverstandenen Interesse der Nation zu nutzen. Deswegen dringen wir darauf, daß auch die DDR endlich ihre Absichtserklärungen einlöst, ohne daß wir zunächst wieder neue Zugeständnisse und Gegenleistungen erbringen.

(Beifall)

Wir wollen nicht hinnehmen, daß die östliche Seite nur auf eine "strikte Einhaltung" der Verträge pocht. Sie muß auch bereit sein, diejenigen vertraglichen Vereinbarungen "voll anzuwenden", die menschlichen Erleichterungen und der Wahrung der Einheit der Nation dienen. Dafür werden wir kämpfen und uns nicht beirren lassen. Das - ich sage es noch einmal - ist keine Politik des Kalten Krieges; das ist eine zutiefst menschliche Politik, und das ist eine progressive Politik, weil sie den Menschen in unserem Lande und dessen wirkliches Selbstverständnis in den Mittelpunkt der Ziele stellt.

In dem empfindlichen Gleichgewicht der Beziehungen zwischen West und Ost bleibt Berlin der Prüfstein für die Entspannungsbereitschaft und für den Friedenswillen der Sowjetunion und der DDR. Meine Damen und Herren, auch das soll jeder wissen: Wir werden es auf keinen Fall zulassen, daß West-Berlin - in welcher Weise auch immer - von der Bundesrepublik isoliert wird.

(Beifall)

Wir danken unseren amerikanischen Freunden, die kürzlich durch ihren Außenminister in Berlin erneut gesagt haben: "Die untilgbare Sehnsucht nach Freiheit symbolisiert stets die Inspiration einer Stadt, die eine Stadt freier Menschen war." Wer die Freiheit West-Berlins antastet, trifft den Freiheitswillen der Völker in der ganzen Welt. Wer die Interessen West-Berlins untergräbt, verletzt zutiefst die Interessen der ganzen Bundesrepublik Deutschland. Wer wirtschaftlichen, technologischen Austausch und finanzielle Hilfe von der Bundesrepublik erwartet, kann nicht im gleichen Atemzug den Interessen West-Berlins und damit den zentralen Interessen unserer Bundesrepublik zuwiderhandeln.

(Beifall)

Ich sage es noch einmal: Wir wollen vernünftige, gute Beziehungen mit der Sowjetunion und allen Völkern in Mittel- und Osteuropa, insbesondere auch mit unserem polnischen Nachbarn. Wir respektieren die unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen und nationalen Interessen. Aber wir erwarten den gleichen Respekt vor

unserer Entscheidung für Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Wir sind bereit, an einer Friedensordnung für Gesamteuropa mitzuwirken. Sie kann für uns aber auf gar keinen Fall eine Alternative zur europäischen Integration und ein Alibi zum Hinauschieben der europäischen Integration sein. Auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wird beispielsweise die Sowjetunion beweisen müssen, inwieweit sie tatsächlich zu einer wirklichen dauerhaften, echten, gesamteuropäischen Friedensordnung bereit ist. Ich muß leider sagen: Die bisher bekanntgewordenen Ergebnisse sind wenig ermutigend. Meine Freunde, auch das will ich herausstellen: - sonst verlieren wir den Anspruch, realistische Politik betreiben zu wollen - : Wer in diesen Tagen von europäischer Sicherheit spricht, der kann nicht über die Entwicklung in Portugal hinwegsehen.

(Beifall)

Die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Ost und West kann nur gelingen, wenn sie durch eine kluge Sicherheitspolitik abgesichert wird. Das heißt für uns im Klartext: Die Bundeswehr behält ihren Auftrag. Wir müssen unsere Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit im Rahmen der Allianz stärken, und wir sagen auch bei knapperen Kassenverhältnissen: Wir sind bereit, die dazu notwendigen finanziellen Opfer zu bringen.

(Beifall)

Für die CDU sind gegenseitige und ausgewogene Abrüstung und Rüstungskontrolle ein unverzichtbarer Bestandteil europäischer und weltweiter Entspannungspolitik.

Meine Freunde, die Arbeit an der "Mannheimer Erklärung" hat deutlich gezeigt: Die zukünftige Gestaltung unserer Staats- und Gesellschaftsordnung steht zunehmend in einer Wechselwirkung mit der Dynamik des weltweiten wirtschaftlichen, technologischen und damit sozialen Wandels. Jeder in unserem Land soll wissen, daß wir diese Herausforderung nur in der Gemeinschaft mit den anderen freien Völkern, mit den Europäern und den atlantischen Verbündeten bestehen können. Wir müssen immer mehr von einer deutschen Innenpolitik zu einer europäischen Innenpolitik kommen. Sie muß einmünden in das große Ziel eines vereinigten, freiheitlich-demokratisch bestimmten Europas mit einem starken wirtschaftlichen Fundament und mit der sozial fortschrittlichsten Ordnung in der Welt. Das darf nicht Utopie bleiben, und diesen Auftrag - das rufe ich Willy Brandt zu - können wir auch nicht auf die nächste Generation vertagen.

(Beifall)

Das ist die erklärte und nicht revidierbare Politik der CDU Deutschlands.

Aber, meine Freunde, das setzt auch voraus, daß wir in unserem eigenen Land wie in den anderen europäischen Ländern wieder mehr für ein gemeinsames europäisches Bewußtsein tun, einen gemeinsamen europäischen Bürgersinn entwickeln. Dieses Ziel werden wir nur erreichen, wenn es gelingt, schnell gemeinsame demokratische Entscheidungsprozesse innerhalb der Europäischen Gemeinschaft einzuführen. Deswegen sind wir fest entschlossen, nach der Bundestagswahl und im Fall einer Regierungsübernahme die Direktwahl zum Europäischen Parlament endlich bei uns Wirklichkeit werden zu lassen.

(Beifall)

Das Wagnis Europa kann nur gewonnen werden, wenn wir es nicht verordnen, sondern wenn es von allen Bürgern getragen wird. Deswegen rufen wir alle in unserem Lande auf, zu neuen Formen der Zusammenarbeit über die nationalen Grenzen hinaus zu kommen.

Die CDU wird gemeinsam mit unseren Freunden in Europa die Zusammenarbeit mit den christlich-demokratischen und konservativen Parteien Europas intensivieren. Wir werden schon im September - hierbei hat unser Freund Karl Schleizer große Verdienste - bei einem gemeinsamen Treffen der Regierungschefs und Parteivorsitzenden unserer Parteien in Österreich deutlich machen, daß die christlich-demokratische Kraft die bestimmende Kraft Europas ist, daß sie es in Zukunft bleibt und daß Europa, meine Freunde, keine Funktion des Büros der sozialistischen Internationale ist.

(Beifall)

Dieses Verständnis von Europapolitik schließt selbstverständlich die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten, unsere Solidarität mit der Atlantischen Allianz ein. Wir stehen nicht vor der Entscheidung: Europa oder Amerika. Wir brauchen Europa und die Vereinigten Staaten von Amerika.

(Beifall)

Wir müssen mit Europa Ernst machen, weil auch immer mehr Länder der Dritten und Vierten Welt darauf warten. Sie warten auf ein Europa, das den Imperialismus überzeugend überwunden hat, auf ein Europa ohne hegemoniale Ansprüche, auf ein Europa mit eigenem Gesicht gegenüber den Supermächten, auf ein Europa, das Partner im Austausch von Ideen, Informationen und Waren ist, auf ein Europa, das bereit ist, seine weltpolitische Verantwortung zu übernehmen.

Kämpfen wir für dieses Ziel Europa! Es lohnt sich für uns, es lohnt sich für die kommenden Generationen.

(Beifall)

Bei der Bundestagswahl des nächsten Jahres geht es um grundsätzliche Entscheidungen auf allen Gebieten der Politik. Es geht um die Frage, welchen Weg wir zukünftig in der Fortentwicklung unserer freiheitlichen Gesellschaft gehen werden, wer den Ausschlag gibt: die Vorstellungswelt der Idee der personalen Freiheit oder die einer sozialistischen Ideologie.

Die SPD hat für dieses Treffen, für diese Auseinandersetzung ihr letztes Aufgebot präsentiert. Doch die "Ohnmacht der Macher", wie eine bekannte Hamburger Wochenzeitung vor wenigen Wochen schrieb, zeigt sich von Tag zu Tag mehr. Selbst der pathetisch markige Aktionismus des Kanzlers hat Stück für Stück an Glaubwürdigkeit eingebüßt.

Helmut Schmidt hat recht, wenn er sich auf die Kontinuität zur Politik seines Vorgängers beruft: Es ist die Kontinuität leerer Versprechungen, der Verharmlosung, des Mißerfolges, der vieldeutigen Verschommenheit. Es ist die Fortsetzung des mühsamen Verhüllens von Reformruinen, der Politik der sozialen Demontage, die neue Minderheiten schuf. Es ist die Fortführung einer Politik, die durch ihr Zaudern und durch ihre Handlungsunfähigkeit auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen wird. Ich verweise auf die drastischen Beispiele: die Diskussion um die berufliche Bildung, die Jugendarbeitslosigkeit, die Vermögensbildung, das Bodenrecht und die Mitbestimmung.

Für uns ist wichtig, daß wir in diesem Zusammenhang erkennen, mit welcher Strategie wir es zu tun haben: mit der Doppelherrschaft der Rivalen Brandt und Schmidt. Während der Bundeskanzler versucht, sich über die Niederungen seiner Partei zu erheben, ist Brandt wieder dorthin zurückgekehrt - einmal als Beruhigungsspiße, manchmal als Scharfmacher.

Und es ist an der Zeit, meine Freunde, daß wir das Wort an die FDP richten. Wir stehen vor wichtigen Grundsatzentscheidungen der deutschen Politik, und wir werden die Freien Demokraten zwingen, Farbe zu bekennen, wie es mit ihrem selbständigen politischen Anspruch und ihrer politischen Wirklichkeit steht.

(Beifall)

Wer in den Wahlkämpfen den Anspruch auf Vernunft erhebt - was das immer auch sein mag -, wer den Anspruch erhebt, eine liberale Partei zu sein, der kann doch nicht, meine Freunde, mit einer SPD paktieren, die drauf und dran ist, liberale Grundüberzeugungen über Bord zu werfen, Überzeugungen, die wir mit Theodor Heuß und anderen gemeinsam in dieses Grundgesetz hineingeschrieben haben.

(Beifall)

Wenn die FDP glaubt, sie sei Bremser in einem Zug, so wollen wir ihr hier lapidar zurufen: Aber dies ist ein sozialistischer Zug, und sie fährt mit, und sie trägt die Mitverantwortung für die Entwicklung in unserem Lande.

(Beifall)

Wer da glaubt, auf diese Art die Entwicklung der SPD aufzuhalten oder grundsätzlich verändern zu können, der weiß nichts von der SPD. Die Freien Demokraten stehen in der Beweispflicht, ob sie eine selbständige Partei sind oder ob sie zunehmend zum bloßen Erfüllungsgehilfen des sozialdemokratischen Partners werden. Wer in Niedersachsen die Chance, eine verbrauchte Regierung durch neue Männer abzulösen, nicht genutzt hat, wer in Hessen eine rundherum abgewrackte Landesregierung mühsam wieder auf die Beine stellt,

(lebhafter Beifall)

wer in Nordrhein-Westfalen in den letzten Wochen dies alles mitgemacht hat und wer jetzt, meine Damen und Herren, an der Saar uns sagt, daß das Beste aller Dinge eine Allparteienkoalition sei, der hat sich mit großen meilenweiten Schritten von dem liberalen Gesetz des Anfangs der Freien Demokraten entfernt. Wir sind heute die liberale Partei der Bundesrepublik.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Die CDU ist heute die liberale, die soziale, die konservative Partei in der Bundesrepublik Deutschland, auf festen Prinzipien, aber nicht ideologisch verklemmt, sie ist bereit zu entschlossenem Handeln, mit klaren Alternativen in der deutschen Politik.

Wir kommen nicht als die besseren Verwalter, als christliche Technokraten oder als Macher mit Herz, sondern wir kommen, um unserem Vaterland Maß und Mitte zurückzugeben.

(Lebhafter Beifall)

Und wir werden den Fehler von Helmut Schmidt nicht wiederholen, den Lack zu pflegen und den Motor verrotten zu lassen.

(Erneuter lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, wir werden mit aller Leidenschaft um die politische und um die geistig-moralische Führung in diesem Lande kämpfen. Dies ist ein Kampf für Freiheit und Solidarität, für eine bessere Gesellschaft. Dazu sind wir auf Grund unserer christlichen Überzeugung von Freiheit und Brüderlichkeit aufgerufen.

Aber wir wissen auch, daß eine Gesellschaft der vollen Freiheit und der Versöhnung aller Gegensätze nicht einfach Produkt unserer Politik oder unserer Reformen sein kann. Es ist wichtig: Diese Einsicht in unsere menschlichen Grenzen macht uns zugleich gelassener und wacher, geduldiger und ungeduldiger. Sie gibt uns die Möglichkeit, daß wir uns uneingeschränkt und ohne Vorbehalte für die Nöte und die Hoffnungen der Menschen in unserem Lande einsetzen, ohne ihnen illusionär oder doktrinär das Paradies auf Erden zu versprechen oder gar mit totalitären Mitteln aufzudrängen zu wollen.

Alles um des Menschen willen: Das muß der kritische Maßstab einer christlich-demokratischen Politik sein. Wir müssen Anwalt der Menschlichkeit in einer zunehmend kalten und oft unmenschlichen Welt sein.

Unsere Bürger erwarten von uns ja nicht nur rechtliche Regelungen, gesetzliche Maßnahmen, institutionelle Perfektion, nein, meine Freunde, sie erwarten neue Horizonte, neue Ziele, neue Ideale.

(Beifall)

Wir wollen keine Gleichmacherei, die die Vielfalt der Talente und Gaben einebnet. Wir wollen Gerechtigkeit. Sie macht es möglich, daß unterschiedliche Anlagen, Lebensstile und Weltanschauungen glücklich zusammenleben können, in einen gegenseitigen Wettbewerb treten können. Daraus kommt Vorteil für uns alle. Gerechtigkeit muß gleiche Startchancen ermöglichen, die zugleich jedem angemessen sind und nicht alle Menschen auf das gleiche Ziel hin zwingen. Gerechtigkeit in unserem Sinne bedeutet eine Gleichheit, die nicht zu dem Zwang führt, daß jeder das Gleiche leisten muß, die es niemandem verbietet, Besseres zu leisten und dafür anerkannt zu werden. Vielmehr soll jeder zu den Leistungen kommen können, für die er das Zeug und den Willen in sich trägt. Aber unsere Verpflichtung zur Solidarität fordert von uns, die eigene Leistung in ihrem Erfolg mit anderen zu teilen. Wer CDU wählt, muß wissen, daß er nicht weniger leisten und gleichzeitig mehr erwarten kann.

(Beifall)

Er darf aber gewiß sein, daß sich seine und unser aller Leistung in dieser Bundesrepublik Deutschland wieder lohnt.

(Lebhafter Beifall)

Wir beschönigen nichts. Wir dramatisieren nicht. Wir versprechen nichts Unmögliches. Wer aber glaubt, immer weniger leisten zu sollen und immer mehr von anderen, vom Staat, von der Gemeinschaft, von der Gesellschaft verlangen zu können, der ist bei uns, der ist bei der CDU an der falschen Adresse. Dieses Ziel, diesen Aufbruch für die nächsten 16, 18 Monate gilt es jetzt in die Tat umzusetzen. Das, meine Freunde, können wir nur gemeinsam tun, CDU und CSU in freundschaftlichem kameradschaftlichem Geist, im Miteinander um das gemeinsame Ziel der Übernahme der Verantwortung für unser Land.

(Lebhafter Beifall)

Wenn ich "freundschaftlich" und "kameradschaftlich" sage, dann schließt das nicht aus, daß wir Gegensätze und Diskussionen - und auch einmal Krach, der notwendig ist - eben freundschaftlich, verwandschaftlich miteinander austragen. Wir wissen, daß zu einer menschlichen Beziehung immer gehört, daß wir uns gegenseitig nichts zumuten, was wir uns selbst nicht zugemutet haben wollen.

(Beifall)

Die Ausgangsposition, meine Freunde, für 1976 ist gut. In den letzten zwei Jahren sind weit über 130 000 neue Mitglieder zu uns gekommen. Das ist ein Drittel mehr. Wir dürfen erwarten - und das ist nicht nur irgendeine Prognose -, daß die CDU/CSU mit der Jungen Union und der Schülerunion rund eine Million Mitglieder zur Bundestagswahl haben werden. Wenn wir zusammen mit unseren Freunden auf die Straße gehen, wenn wir um die Alternative der deutschen Politik kämpfen, dann wird auch der Sieg 1976 unser sein.

(Lebhafter Beifall und Bravo-Rufe)

Wir errangen gemeinsam mit der CSU in den zurückliegenden Wahlen zu den Landtagen über 50 % der Stimmen. Das ist ein gutes Ergebnis. Wir haben unsere Position gegenüber der Bundestagswahl 1972 um über sechs Punkte verbessern können. Wir haben unser Versprechen vom Bonner Parteitag vor zwei Jahren gehalten und haben viele rote Rathäuser gestürmt, auch in Großstädten.

(Beifall)

Erntemals, meine Freunde, verfügt die CDU in allen Gemeinden über 10 000 Einwohner in der Bundesrepublik über mehr Mandate als die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

(Lebhafter Beifall)

Das ist eine Bilanz, auf die wir stolz sind, auch wenn wir offen sagen: Wir haben nicht alle Ziele erreicht. Es ist eine Bilanz, die zeigt, daß wir neue Wählerschichten erschließen konnten und daß sich gleichzeitig die Zahl der Stammwähler konsolidiert hat. Ich danke allen, die mit äußerster Hingabe bei diesen Wahlkämpfen mit uns gekämpft haben, allen Freunden und Kollegen für ihre kameradschaftliche Hilfe und Unterstützung in diesen letzten zwei Jahren, ich danke den Mitgliedern des Präsidiums und den Mitgliedern des Bundesvorstands. Ich habe mich herzlich zu bedanken für manchen klugen Rat und für manche Unterstützung in kritischen Stunden. Ich nenne in diesem Zusammenhang vor allem unseren Freund und Generalsekretär Kurt Biedenkopf. Unser Dank gilt auch unserem Bundesgeschäftsführer und Freund Karl-Heinz Bilke.

(Lebhafter Beifall und Bravo-Rufe)

Ich nenne unsere hauptamtlichen Mitarbeiter im Adenauer-Haus in Bonn, in den Landesgeschäftsstellen, in den Kreisgeschäftsstellen, in den Bereichen unserer Vereinigungen.

Meine Freunde, in dem Maße, in dem wir begriffen haben, daß eine moderne Massenpartei leidenschaftlich der Sache ergebene hauptamtliche Mitarbeiter braucht, in dem wir diese Mitarbeiter hineinnehmen ins Leben der Partei und ihrer Funktion das rechte Maß geben, in dem Maße werden wir als moderne Volkspartei vorankommen. Bitte, helfen Sie uns dabei.

(Beifall)

Ich habe herzlich zu danken dem Bundesschatzmeister Walther Leisler Kiep und allen Landesschatzmeistern und Kreisschatzmeistern der Partei.

(Beifall)

Wer weiß, wie bei der letzten Bundestagswahl der Versuch unternommen wurde, über das sogenannte große Geld die allgemeine Diffamierung der CDU zu betreiben, der weiß, wie wichtig es ist, fähig zu sein, die Bilanz der Partei aus eigener Kraft so zu konsolidieren. Dies ist ein Parteitag, in dem ein Schatzmeister vor Sie hinstreten und sagen kann, wir haben keine Schulden. Dafür hat er unseren herzlichen Dank verdient.

(Beifall)

Mein herzlicher Dank gilt meinem Freund Karl Carstens, dem Vorsitzenden unserer Bundestagsfraktion.

(Beifall)

Es ist ein Dank für freundschaftliche Gesinnung und Unterstützung, für loyale Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion in einem Amt, in dem die Kritik sehr leicht wächst. Für das, was Karl Carstens mit äußerster Entschlossenheit und Hingabe getan hat, wollen wir ihm sehr herzlich danken.

(Beifall)

Meine Freunde, die entscheidende Auseinandersetzung liegt jetzt vor uns. Es liegt an uns, ob wir gewinnen werden. Wir dürfen nicht glauben, daß wir nur auf die Fehler der anderen vertrauen können. Unsere eigene überzeugende Leistung ist notwendig, wenn wir 1976 gewinnen wollen.

Es ist offenkundig: Diese Bundesregierung ist gescheitert. Sie hat das Vertrauen ihrer Wähler verloren. Die Bürger unseres Landes wollen eine neue Politik, eine Politik der vernünftigen Mitte, eine Politik der Tat, eine Politik unter der Führung der Union. Wir wollen unser Land in eine menschliche, in eine freiheitliche Zukunft führen, und wir haben dafür ein klares Konzept. Es muß in den nächsten Monaten deutlich werden, daß wir eine Gesellschaft wollen, die auf Partnerschaft und Toleranz beruht. Wenn wir von Mitmenschlichkeit sprechen, wenn wir die Liebe zum Nächsten wirklichen wollen, dann tun wir dies, weil wir wissen, daß nur so eine humane Gesellschaft lebendig bleibt.

Diese Gesellschaft, die wir wollen, braucht einen starken Staat, einen starken Staat als Anwalt der Schwachen, einen gerechten Staat, einen starken Staat, der Frieden und Sicherheit nach innen und nach außen garantiert.

Unsere christlich-demokratische Politik, die diesen Staat so gestalten will, orientiert sich an klaren Prinzipien. Durch die entschlossene Bindung an Freiheit und Solidarität, an Gerechtigkeit und Offenheit, meine Freunde, gewinnt die Politik der CDU Deutschlands ihren unverwechselbaren Charakter.

In diesem Sinne muß der Mannheimer Parteitag ein Signal für uns alle sein. Es ist das Signal der Herausforderung, das Signal des kämpferischen Aufbruchs, der uns die politische Führung in unserem Lande sichern wird. Dieser Kampf um das Vertrauen der Bürger

fordert uns alle - ohne jede Ausnahme. Und, meine Freunde, es geht um eine große Sache. Es geht um die Zukunft und das Wohl unserer Bundesrepublik Deutschland, es geht um unser Vaterland.

(Minutenlanger starker Beifall)

Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Ihnen, lieber Parteifreund Kohl, hat der Parteitag durch seinen Beifall für Ihre Rede gedankt. Sie haben in einer umfassenden Weise die Position der Christlich Demokratischen Union Deutschlands dargestellt - die Abgrenzung gegen SPD und FDP, die freiheitliche Position unserer Gesellschaftspolitik gegen sozialistische Tendenzen -, Sie haben den Bogen von Konrad Adenauer bis heute gespannt. In dieser Rede ist die realistische Konzeption unserer Politik aufgezeigt worden, mit der wir siegen wollen. Nochmals herzlichen Dank!

(Erneuter Beifall)

Meine Damen und Herren, das Präsidium schlägt Ihnen vor, in die Aussprache über den Bericht des Parteivorsitzenden und den Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages gemeinsam heute nachmittag einzutreten.

Nun folgen noch zwei Bekanntgaben: Die Antragskommission trifft sich jetzt sofort im Konferenzraum 2. Die Mittelstandsvereinigung trifft sich ebenfalls sofort im Hotel "Mannheimer Hof". Bevor ich unterbreche, weise ich nochmals darauf hin, daß Sie die Möglichkeit haben, hier im Hause an den Imbißständen und in einem Selbstbedienungsrestaurant im Musensaal Ihr Mittagessen einzunehmen.

Ich unterbreche den Parteitag bis 14.30 Uhr und bitte Sie, dann pünktlich die Plätze einzunehmen. - Ich danke Ihnen sehr.

(Schluß: 12.57 Uhr)

Montag, 23. Juni 1975

2. Plenarsitzung

Beginn: 14.34 Uhr

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich eröffne die 2. Plenarsitzung dieses Bundesparteitages und möchte, bevor ich Tagesordnungspunkt 10 aufrufe, darauf hinweisen, daß nach dem nun folgenden Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages zum erstmal eine Aussprache zum Bericht des Parteivorsitzenden und zum Bericht des Fraktionsvorsitzenden erfolgt. Wortmeldungen dazu bitte ich jetzt schon dem Präsidium heraufzugeben, und zwar schriftliche Wortmeldungen, liebe Freunde, auf vollständig ausgefüllten Wortmeldezetteln.

Ich rufe Punkt 10 der Tagesordnung auf:

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestags,
Professor Dr. Karl Carstens.

Ich weise darauf hin, daß den Delegierten des Parteitages ein schriftlicher Bericht der Bundestagsfraktion zusammen mit den Unterlagen in der Tagungstasche überreicht worden ist. Ich empfehle diesen schriftlichen Bericht, der sehr interessant ist, Ihrer Aufmerksamkeit.

Ich erteile dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages das Wort, unserem Freund Professor Dr. Carstens.

Prof. Dr. Karl Carstens: (mit Beifall begrüßt). Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, daß Sie auf den schriftlichen Bericht der CDU/CSU-Fraktion hingewiesen haben, der an alle Delegierten verteilt worden ist. Ich möchte das unterstreichen, was Sie gesagt haben. Es ist nicht nur ein sehr ausführlicher, sondern auch ein sehr inhaltsreicher Bericht. Ich darf ihn Ihrer Aufmerksamkeit daher herzlich anempfehlen.

Ich möchte diesen Bericht jetzt mündlich ergänzen. Ich habe meinen mündlichen Bericht so eingeteilt, meine verehrten Damen und Herren, daß ich während der ersten Hälfte im wesentlichen referieren werde, womit ich zugleich dem Umstand Rechnung tragen möchte, daß Sie gerade vom Mittagessen hier eintreffen und daher sicherlich eine gewisse Zeit brauchen werden, um sich wieder in die richtige Stimmung eines Parteitages hineinzusetzen. In dem zweiten Teil meiner Ausführungen möchte ich dann allerdings zu einigen mehr kontroversen Fragen Stellung nehmen. Bis dahin, so hoffe ich, wird dann dieser Prozeß, von dem ich eben gesprochen habe, zum Abschluß gelangt sein.

Meine lieben Freunde! Ich möchte zunächst einige Worte über das Rollenverständnis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als parlamentarische Opposition sagen. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, die Tätigkeit der Regierung zu kontrollieren, die Regierung da, wo sie Fehler macht, zu kritisieren und, wo die allgemeine Richtung der Regierungspolitik nach unserer Auffassung falsch ist, die Regierung anzugreifen. Solche Angriffspunkte bietet die Regierung vor allen Dingen auf dem Gebiet der Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik, auf dem Gebiet der inneren

Sicherheit sowie in einigen Bereichen ihrer Außen- und ihrer Deutschland-Politik.

Die CDU/CSU-Fraktion betreibt gegenüber der Regierung und der Regierungspolitik keine Obstruktion. Dafür hat die Bundestagsfraktion zahlreiche Beispiele gegeben. In allen von mir soeben erwähnten Bereichen hat die Fraktion eigene Vorschläge gemacht. Mit manchen der von ihr geforderten Alternativen hat die Bundestagsfraktion sich auch in den drei Jahren dieser Legislaturperiode gegenüber der Regierung durchgesetzt. Die Regierung ist in einigen Punkten auf die Linie der Opposition eingeschwenkt - wenn auch nicht vollständig, so doch wenigstens in der Tendenz, z.B. was eine hartnäckigere Vertretung der Interessen Berlins durch den jetzigen Außenminister anbelangt oder in der Frage der Bekämpfung des politischen Terrorismus oder aber auch, als die Regierung der von uns seit anderthalb Jahren geforderten Entlastung der kleineren und mittleren Einkommen von der inflationsbedingten Steuer nachkam.

Darüber hinaus hat die CDU/CSU-Fraktion einzelnen Regierungsinitiativen auch ihre Zustimmung gegeben, so z.B. bei einer Reihe sozialpolitischer Gesetze, die nach unserer Auffassung im Interesse der Betroffenen notwendig waren und die auf früher von der CDU/CSU gelegten Fundamenten unserer Sozialpolitik aufbauten. Wir haben unsere Zustimmung auch dort gegeben, wo diese Initiativen im Interesse unseres Landes von uns als notwendig und geboten angesehen wurden, so beim Energiesicherungsgesetz. Wir haben anderen Gesetzen sehr widerstrebend unsere Zustimmung gegeben, weil sonst überhaupt keine Entscheidung zustande gekommen wäre, wir aber alle der Meinung waren, daß eine Entscheidung in der jeweils gegebenen Lage notwendig war.

So haben wir dem Steueränderungsgesetz für 1975, das ich eben schon erwähnt habe, zugestimmt, obwohl dieses Gesetz, wie wir von Anfang an erkannten, schwere fundamentale Mängel aufwies. Hätten wir aber unsere Zustimmung versagt, wäre auch der Teil nicht Gesetz geworden, den wir selbst gefordert hatten, nämlich die Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen.

(Beifall)

Die CDU/CSU-Fraktion hat in den von mir erwähnten Fragen ihre Entscheidungen mit großer Geschlossenheit getroffen. Die Solidarität innerhalb der Fraktion hat sich erheblich verstärkt. Das gilt besonders, aber nicht nur für das Verhältnis der beiden Fraktionsteile CDU und CSU. Ich möchte meinem Stellvertreter im Fraktionsvorsitz, dem Vorsitzenden der Landesgruppe der CSU im Deutschen Bundestag, meinem Freund Richard Stücklen, dafür bei dieser Gelegenheit meinen allerherzlichsten Dank aussprechen.

(Beifall)

Die Fraktion hat eng zusammengearbeitet mit unserer Partei, mit Helmut Kohl und mit Kurt Biedenkopf. Die Fraktion verdankt der Partei wichtige Unterstützung bei der Ausarbeitung grundlegender Vorhaben. Meine Zusammenarbeit mit Helmut Kohl - ich kann das voll bestätigen, was er eben sagte - ist eng und vertrauensvoll.

Ich stehe uneingeschränkt hinter der Kanzlerkandidatur von Helmut Kohl.

(Beifall)

Ich möchte beiden, Helmut Kohl und Kurt Biedenkopf, für diese Zusammenarbeit herzlich danken.

Vertrauensvoll war auch die Zusammenarbeit zwischen der Fraktion und der CSU. Sie kam zum Ausdruck in meiner Mitwirkung auf den Parteitag der CSU und in meinen regelmäßigen Gesprächen mit Franz Josef Strauß und anderen Freunden der CSU. Ihnen möchte ich ebenfalls von dieser Stelle aus für diese Zusammenarbeit aufrichtig danken. Ich bin, meine lieben Freunde, auf das tiefste davon überzeugt, daß nur, wenn CDU und CSU zusammenstehen, sie die für unser Land entscheidende politische Auseinandersetzung des Jahres 1976 bestehen werden.

(Lebhafter Beifall)

Ich werde mich mit meiner ganzen Kraft für diesen Zusammenhalt einsetzen.

Ich sagte soeben, daß einer unserer Hauptangriffspunkte gegenüber der Regierung die Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik ist. Wie sich die Lage in den letzten vier Jahren entwickelt hat, haben die meisten Mitbürger mittlerweile ganz persönlich schmerzhaft zu spüren bekommen. Inflation, Arbeitslosigkeit, Rezession, Verschuldung des Bundes, der Länder und der Gemeinden, zunehmende Verschuldung der Krankenversicherung und der Rentenversicherung sind die traurigen Marksteine dieser Entwicklung.

Besonders beunruhigend ist dabei die Tatsache, daß innerhalb der sich aufblähenden öffentlichen Haushalte der Anteil der Personalausgaben ständig steigt und der Anteil der investiven Ausgaben ständig sinkt. Lassen Sie mich diese Entwicklung durch drei Zahlen verdeutlichen. Von 1969 bis 1973 stieg die Zahl der in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes Beschäftigten um 26 %.

(Zuruf: Hört! Hört!)

In derselben Zeit stieg die Zahl der in der Wirtschaft Beschäftigten um 1,7 %. Damit erwirtschaftete die Wirtschaft eine Steigerung des Bruttosozialprodukts um real 18 %. Meine Damen und Herren, diese Diskrepanz zwischen der Entwicklung der Personalausgaben und der investiven Ausgaben, insbesondere der öffentlichen Haushalte, muß gestoppt und in ihr Gegenteil verkehrt werden.

(Beifall)

Wir sind nicht müde geworden, der Regierung ihre Verantwortung für diese Entwicklung vorzuhalten. Die Schmidt'sche Inflationspolitik der Jahre 1969 bis 1973 ist einer der folgenschwersten Fehler der gesamten Nachkriegsentwicklung der Bundesrepublik gewesen.

(Beifall)

Auf die verfehlte Steuerpolitik habe ich schon hingewiesen. Die Diffamierung der Unternehmer und der Selbständigen taten ein Übriges.

Der Fehlschlag des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 steht uns allen lebhaft vor Augen. Wieder einmal hat sich die alte Wahrheit bestätigt: Sozialisten können nicht mit dem Geld umgehen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall)

Während die Finanzminister der CDU und CSU - Schäffer, Etzel, Strauß - die Bundesfinanzen in einem jeweils geordneten Zustand

hinterlassen haben, sind die Finanzminister Schmidt und Apel für den heutigen trostlosen Zustand unserer öffentlichen Finanzen verantwortlich.

(Beifall)

Für uns kommt es jetzt darauf an - und die CDU/CSU-Fraktion ist nicht müde geworden, das immer wieder zu sagen -, daß die Arbeitslosigkeit abgebaut wird. Dazu ist nötig, daß die Wirtschaft ermutigt wird, wieder zu investieren, damit eine neue Wachstumsphase in Gang gesetzt wird. Dazu wiederum ist nötig, daß die Wirtschaft Vertrauen gewinnt.

Auch materielle Investitionsanreize sind notwendig. Ganz gewiß würden Steuererhöhungen das Gegenteil von dem bewirken, was nötig ist. Sie würden die erhofften Ansätze für ein neues Wachstum im Keim ersticken. Bisher ist allerdings von diesem Wachstum von dem uns vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und an der Saar soviel erzählt wurde, ohnehin nichts zu sehen. Ich komme darauf noch einmal zurück.

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein paar Worte über die verschiedenen Reformprojekte sagen, die auf dem Hamburger Parteitag beschlossen wurden und die eine wichtige Leitlinie für die Arbeit der Bundestagsfraktion gewesen sind. Ich meine die Reform des Bodenrechts, die Mitbestimmung, die Vermögensbildung und die berufliche Bildung. Wir haben zu dem Komplex Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand am 21. Mai dieses Jahres einen Antrag im Bundestag eingebracht, der die Vermögensbildung auf freiwilliger Grundlage erleichtern soll, und haben dafür konkrete Voranschläge gemacht. Nach der Auffassung der überwiegenden Mehrheit der Fraktion ist das ein in der heutigen Lage möglicher praktischer Schritt zur Verwirklichung der am Ziele der Partnerschaft orientierten Vermögensbildungsprogramme von CDU und CSU.

Zu einem weitergehenden umfassenden vermögenspolitischen Schritt, der Einführung des Beteiligungslohns, sah sich die Fraktion im jetzigen Zeitpunkt allerdings nicht in der Lage, weil sie damit verbundene erhebliche finanzielle Belastung der Wirtschaft die ohnehin vorhandenen finanziellen Schwierigkeiten zahlreicher Unternehmen noch vergrößern würde.

Ich möchte betonen, daß das die Auffassung der großen Mehrheit der Fraktion ist. Es ist nicht richtig, wenn gelegentlich gesagt wurde, daß das ein Gegenstand eines Konfliktes zwischen dem CDU- und CSU-Teil der Fraktion war. Das war nicht der Fall. Aber ich möchte auch ganz klar zum Ausdruck bringen, daß sich dieser Beschluß der Fraktion nur auf den jetzigen Zeitpunkt bezog und die weitergehenden Entwicklungen, wie wir sie auf dem Hamburger Parteitag ins Auge gefaßt haben, nicht ausschließt. Ich persönlich halte mich durch die Hamburger Beschlüsse weiterhin für gebunden.

(Beifall)

Im Bereich des Bodenrechts haben wir unseren Standpunkt bei der ersten Lesung des Regierungsentwurf vorgetragen. Inzwischen sind in den zuständigen Ausschüssen Sachverständige gehört worden. Dabei hat sich herausgestellt, daß das von der Regierung vorgesehene Abschöpfungs-system planungsbedingter Wertsteigerungen auf grose Bedenken stößt. Die Regierung steht offenkundig selbst nicht mehr hinter diesem Entwurf. Wir haben in den Ausschüssen zahlreiche Anträge gestellt und bereiten weitere Anträge vor. Sie

finden in dem eben erwähnten schriftlichen Bericht der Fraktion eine ausführliche Darstellung aus der Feder unseres Kollegen Mick, auf die ich Sie verweisen darf.

Zum Thema Mitbestimmung haben wir unseren Standpunkt ebenfalls in der ersten Lesung vorgetragen.

Wir waren und sind uns alle einig in der Ablehnung des undemokratischen indirekten Wahlverfahrens,

(Beifall)

das nur den Zweck haben kann, unter Verfälschung des Willens der Betriebsangehörigen bestimmten Gruppen und bestimmten Funktionären eine möglichst große Chance auf einen Aufsichtsratssitz zu verschaffen.

(Beifall)

Wir sind alle miteinander eindeutig für den Grundsatz der Urwahl eingetreten. Wir haben auch die im Regierungsentwurf vorgesehenen Modalitäten der Pattauflösung kritisiert. Für die Weiterberatung haben wir Anträge vorbereitet, aber noch nicht eingebracht. Das haben wir uns reiflich überlegt. Wir sind alle miteinander in der Fraktion zu dem Ergebnis gekommen, daß es falsch wäre, unsere Anträge jetzt, in einem Zeitpunkt einzubringen, wo die Regierungskoalition selber nicht weiß, was sie will. Wir sind nicht dazu da, die Regierungskoalition aus ihren Schwierigkeiten zu befreien und ihr da herauszuhelfen.

(Beifall)

Ich glaube, diese Strategie hat sich als richtig erwiesen.

In der Frage der beruflichen Bildung schließlich haben wir schon vor einem Jahr eine konkrete Initiative ergriffen. In der vorletzten Woche haben wir einstimmig einen Initiativantrag zur weiteren Reform der beruflichen Bildung verabschiedet. Dieser Antrag ist am 19. Juni zusammen mit dem Regierungsentwurf behandelt worden.

In der besonders schwierigen Frage der Finanzierung der beruflichen Bildung haben wir uns auf eine Lösung geeinigt, die nach meiner Auffassung im jetzigen Zeitpunkt das Optimum des Erreichbaren darstellt und an der wir alle miteinander festhalten sollten. Wir haben nämlich die Anhörung von Sachverständigen zur Klärung der Frage vorgeschlagen, ob ein neues Finanzierungssystem geeignet ist, die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe zu stärken und ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot zu sichern. Dabei soll insbesondere geprüft werden, inwieweit ein solches System des Lastenausgleichs geschaffen werden kann, das Fondsbildungen ausschließt, im Rahmen bestehender Einrichtungen der Selbstverwaltung durchgeführt werden kann und den Aufbau einer neuen Bürokratie vermeidet.

Meine Damen und Herren, auf den letzteren Punkt lege ich ganz besonderes Gewicht. Es stellt sich heraus, daß jedes Gesetz, wenn es die Regierungskoalition verabschiedet, den Gemeinden, den Ländern oder dem Bund neue Aufgaben zuweist, die nur durch eine weitere Aufblähung des Verwaltungsapparats gelöst werden können. Das ist genau das Gegenteil von dem, was in der jetzigen Lage nötig ist.

(Beifall)

Unser Antrag zur beruflichen Bildung ist entscheidend durch den Hamburger Parteitagbeschuß von 1973 geprägt worden. Wir streben

die Gleichwertigkeit von beruflicher Bildung und allgemeiner Bildung an. Wir halten an dem dualen System der Ausbildung in Betrieb und Schule fest, und wir schlagen die Errichtung einer Zentralstelle für berufliche Bildung vor, in der alle Beteiligten - Bund, Länder, Betriebe und Schulen - ihre Maßnahmen aufeinander abstimmen sollten.

In der besonders brennenden Frage der Jugendarbeitslosigkeit haben wir vor Monaten eine Initiative ergriffen. Wir haben konstruktive Wege gezeigt, um dieses drängende Problem schnell zu lösen. Wir haben die Möglichkeit aufgezeigt, wie man 40- bis 50 000 zusätzliche Lehrstellen schaffen könnte. Die Regierung hat diesen unseren Vorschlag abgelehnt, weil sie zu dem damaligen Zeitpunkt nicht wußte, welches Berufsbildungsgesetz sie vorlegen würde.

Meine Damen und Herren, das alles soll Ihnen zeigen, daß wir in der Frage der beruflichen Bildung der Regierung und der Regierungskoalition immer um mehrere Längen voraus gewesen sind,

(Beifall)

sowohl was die zeitliche Abfolge unserer Anträge wie aber auch was den Inhalt unserer Vorschläge betrifft.

In dem wichtigen Bereich der Agrarpolitik haben wir seit 1972 darauf hingewirkt, daß die Folgen der fehlenden Ausgewogenheit zwischen einer vollintegrierten EWG-Agrarpolitik einerseits und einer ungenügend koordinierten Wirtschafts- und Konjunkturpolitik in der EWG andererseits nicht auf dem Rücken der deutschen Landwirtschaft ausgetragen werden.

(Beifall)

Wir sehen die Erhaltung einer gesunden, lebensfähigen Landwirtschaft als wichtiges Ziel unserer Politik an.

(Erneuter Beifall)

Meine Damen und Herren, wir treten in all unseren wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorlagen für die Interessen des Mittelstands ein. Es geht nicht an, daß es in der jetzigen Phase der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Entwicklung, die diese Regierung zu verantworten hat, vornehmlich die mittelständischen Betriebe sind, die der Rezession zum Opfer fallen.

(Beifall)

Von den über 8 000 Konkursen des letzten Jahres trafen die meisten die mittelständische Wirtschaft. Deswegen wird das Augenmerk der Fraktion bei allen steuerpolitischen, bei allen finanzpolitischen, bei allen wirtschaftspolitischen Vorlagen ganz besonders den mittelständischen Interessen gelten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, meine lieben Freunde, ein weiterer wichtiger Angriffspunkt der Regierungspolitik ist das Kapitel der inneren Sicherheit. Regierungsmitglieder und Mitglieder der Koalitionsfraktionen haben bis in die jüngste Zeit hinein die Gefährdung der inneren Sicherheit durch Bandenkriminalität und politischen Terror in einer unverantwortlichen Weise zu verharmlosen versucht. Noch am 11. Juni sagte Herr Brandt, es sei kein Geheimnis, daß die innere Sicherheit ein Feld sei, auf dem sich mit Vorliebe Demagogen und Angstmacher tummelten. So sieht Herr Brandt das Problem der inneren Sicherheit, meine Damen und Her-

ren! Dem müssen wir allerdings entschieden widersprechen und entgegenzutreten.

(Beifall)

Die Koalition macht sich mehr Sorge darüber, daß sie durch verschiedene Maßnahmen gegen die Terroristen die linken Flügel von SPD und FDP verärgern könnte, als daß sie etwas Tatkräftiges gegen den Terror unternähme.

(Beifall)

Erst von Drenkmanns Tod, Peter Lorenz' Entführung und das Attentat auf die Stockholmer Botschaft haben die Regierung zu den allernotwendigsten, von uns seit Jahren geforderten Schritten veranlaßt.

Meine lieben Freunde, seit Jahren fordern wir, daß der Verkehr der Anwälte mit den Mitgliedern der Terrorbande Baader-Meinhof überwacht wird, weil bekannt ist, daß die Anwälte als Komplizen und Zwischenträger für die Bande fungieren. Es hat anderthalb Jahre gedauert, bis sich die Regierung schließlich zu einem solchen Schritt durchgerungen hat. Ich gehe so weit, zu behaupten: Vielleicht wären von Drenkman nicht ermordet, Peter Lorenz nicht entführt und das Attentat auf die Stockholmer Botschaft nicht durchgeführt worden, wenn man unserer Forderung rechtzeitig entsprochen hätte.

(Beifall)

Im November 1974 verkündete der Bundesminister Maihofer voller Stolz, der harte Kern der Baader-Meinhof-Bande sei zerschlagen; und heute muß er eingestehen, daß wir uns damit noch jahrelang werden auseinandersetzen müssen.

In unglaublicher Weise wurden führende Politiker der Unionsparteien, die vor Terrorismus gewarnt hatten, von den linken Gruppen in der SPD und der FDP diffamiert. Wir erinnern uns alle noch des Satzes, daß einige Unionspolitiker, die dann auch namentlich genannt wurden, für die Demokratie gefährlicher seien, als die Rote-Armee-Fraktion. Ich glaube nicht, daß durch diese absurden Verunglimpfungen den namentlich Genannten - es waren unsere Freunde Dregger, Stoltenberg, Strauß und ich - ein Schaden zugefügt wurde; vielleicht war sogar eher das Gegenteil der Fall. Aber diese Aussprüche werfen doch ein erschreckendes Licht auf den Geisteszustand der in den beiden Koalitionsparteien vorhandenen Gruppen.

Ungelöst ist weiter die Frage der Beschäftigung von Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst. Die Diskussion darüber wird immer schwieriger. Diejenigen, die den Mitgliedern der DKP den Eintritt in den Staatsdienst offenhalten wollen, formieren sich. Durch die ständige Wiederholung bestimmter Schlagworte wie "Berufsverbot", "Gesinnungsnüffelei", "Nazi-Methoden" versuchen sie, die öffentliche Meinung auf ihre Seite zu ziehen.

Für die CDU/CSU kann es nur eine klare Position geben: Mitglieder verfassungsfeindlicher Organisationen dürfen nicht Richter, Staatsanwälte, Lehrer oder Hochschullehrer werden,

(Beifall)

es sei denn, es gelingt ihnen der Nachweis, daß sie trotz der Zugehörigkeit zu diesen Organisationen auf dem Boden unserer Verfassung stehen. Jede andere Lösung ist eine Gefahr für die Sicherheit und die freiheitliche Ordnung unseres Landes. Man

stelle sich doch nur einmal vor, was passieren würde, wenn Herr Kühn mit seiner vor anderthalb Jahren erhobenen Forderung durchgedrungen wäre, daß kommunistische Funktionäre auch noch zu Richtern in unserem Lande gemacht werden dürfen. Meine Damen und Herren, die Regierungskoalition ist in dieser Frage hilflos. Das gilt sowohl für die SPD wie für die FDP, denn in beiden Parteien wollen die jeweils linken Flügel die Staatsfunktionen, den Staatsdienst den Kommunisten offenhalten, weil - ich scheue mich nicht, es hier auszusprechen - die linken Flügel in den beiden Parteien Kommunisten als ihre natürlichen Bundesgenossen ansehen. Darüber muß die deutsche Bevölkerung endlich aufgeklärt werden, und dem muß endlich entgegengetreten werden.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, damit bin ich bei dem zentralen Thema der Auseinandersetzung mit der Regierung und der Regierungskoalition angelangt. Es geht um die künftige Gestaltung unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung schlechthin. Es geht um die Frage, ob in unserem Lande Kollektivismus und Sozialismus siegen werden oder ob wir das seit 1949 kontinuierlich fortentwickelte System einer freien, gerechten Gesellschaftsordnung, einer Sozialen Marktwirtschaft, einer Bewahrung der natürlichen Bindungen von Ehe, Familie und Eltern-Kind-Beziehungen erhalten wollen oder nicht. Dies ist ein geschichtlicher Kampf, in dem wir stehen, und sein Ausgang ist ungewiß. Diejenigen, die für Kollektivismus und Sozialismus eintreten, formieren sich nach Rückschlägen immer wieder von neuem und setzen ihren zielbewußten Marsch durch Institutionen und Massenmedien unbeirrt fort.

Wir stehen hier - so möchte ich es nennen - einer unheiligen Allianz gegenüber, in der sich linke Gruppen der SPD, linke Gruppen der FDP mit der DKP und Tausenden von nichtorganisierten radikalen politischen Linken zu einem faktischen Bündnis vereinigen. In dieser unheiligen Allianz stehen nebeneinander: erstens Sozialisten, die auf dem Boden des demokratischen Rechtsstaates stehen, zweitens Sozialisten, die ein autoritäres System des Sozialismus nach dem Modell der DDR offen propagieren, allerdings ohne daß sie dabei - jedenfalls vorläufig - Gewalt anwenden wollen, und drittens Sozialisten, die die Anwendung von Gewalt, die Anwendung revolutionärer Mittel zur Erreichung dieses Zieles fordern. All diesen Gruppen ist die unsinnige Behauptung gemeinsam, daß unser staatliches und gesellschaftliches System ein solches der Ausbeutung sei und daß der Ausbeutung nur durch Klassenkampf und die Schaffung einer permanenten Konfliktsituation begegnet werden könnte. Sie verwerfen die Soziale Marktwirtschaft; sie verwerfen den Gedanken der Partnerschaft zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern. Sie fordern die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der Banken, und sie lassen sich überhaupt nicht dadurch beirren, daß die bisherigen Erfahrungen mit der Verstaatlichung der Banken alles andere als vielversprechend und ermutigend sind. Sie fordern die Kontrolle privater Investitionen durch den Staat. Sie fordern unter dem Stichwort der Emanzipation die Lösung des Menschen - vor allem des Kindes - aus seinen natürlichen Bindungen an seine Eltern und seine Familie, von seiner Religion und seinen ihm überkommenen Wertvorstellungen. Sie diffamieren die Bundeswehr und die Verteidigungsbereitschaft. Das Kampffeld dieser unheiligen Allianz sind Schulen, Universitäten, Betriebe und Massenmedien. Ich sehe es als die Aufgabe der Union an, dieser Entwicklung entgegenzutreten, die Ideologisierung des Menschen - vor allem der Jugend - zu verhindern, den Staat auf das zurückzuführen,

was er sein muß und nur sein darf, nämlich ein Instrument, welches den Menschen dient, welches Frieden und Freiheit wahrt und Gerechtigkeit zu verwirklichen hilft, nicht aber ein Instrument zur Durchsetzung einer bestimmten Ideologie.

(Beifall)

Das gilt nicht nur für den Staat im Ganzen, sondern das gilt für alle Institutionen des Staates, vor allem für die Schulen. Die Schulen sind für die Kinder da, nicht aber für die Propagierung und Ausbreitung sozialistischer Thesen.

(Beifall)

Wir treten dafür ein, daß Ehe und Familie den ihnen im Grundgesetz zugesagten Schutz wirklich genießen. Wir wenden uns gegen eine Regelung der Ehescheidung, die auf eine Verstoßung des schwächeren Partners hinausläuft. Wir treten für die Erhaltung der natürlichen Bindungen zwischen Eltern und Kindern ein und wenden uns gegen die sozialistische These, die uns kürzlich in der Begründung zu einem Regierungsentwurf im Bundestag unterbreitet wurde, in dem gesagt wurde, daß schon das kleine Kind durch den Willen seiner Eltern fremdbestimmt würde. Das kann doch im Sinne der emanzipatorischen Sozialisten wohl nur bedeuten, daß man das kleine Kind so schnell wie möglich aus dieser Art von Fremdbestimmung befreien müsse. Wir halten es mit Richard von Weizsäckers Wort, daß wir, wenn wir schon so viel von Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit sprechen, dem kleinen Kind die größte Chance erhalten sollten, die es in seinem ganzen Leben haben wird, nämlich von seiner Mutter großgezogen zu werden.

(Beifall)

Ich möchte, auch wenn ich mich hier so scharf mit gewissen Tendenzen auseinandersetze, ausdrücklich sagen, daß es in der Sozialdemokratischen Partei Männer und Frauen gibt, die ich achte und bei denen ich, wenn ich mich mit ihnen auseinandersetze, das Gefühl habe, daß wir auf einem gemeinsamen demokratischen Boden stehen. Ich wende mich hier aber gegen die Gruppe von Sozialdemokraten, anderen Sozialisten und auch gegen die Gruppe von Freien Demokraten, die zu der von mir beschriebenen unheiligen Allianz gehören und die von Willy Brandt, dem Vorsitzenden der SPD, doch bei jeder Gelegenheit ermutigt werden.

(Beifall)

Ein weiteres Feld, auf dem sich scharfe Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion abgespielt haben, ist die Bekämpfung der Methoden, deren sich Regierung und Regierungskoalition in den Wahlkämpfen und auch dazwischen bedienen. Täuschung ist ein von Sozialisten von jeher offen propagiertes Instrument zur Erlangung und Erhaltung politischer Macht gewesen. Herr Bahr, der jetzige Entwicklungsminister, prägte zu Beginn dieser Legislaturperiode folgenden Satz, den man sich immer wieder in die Erinnerung zurückerufen sollte - ich zitiere -:

"Nach den Wahlen war eine politische Entscheidung gefallen, die es ermöglichte, dem allgemeinen Grundsatz Rechnung zu tragen, daß, wenn möglich, in der Demokratie und in der Politik die Wahrheit gesagt werden soll."

Jochen Steffen, Mitglied des Bundesvorstandes und der Langzeitkommission der SPD und Altmeister vieler engagierter Linker, sagt in einem seiner Bücher, daß ein politischer Führer schwach-

sinnig wäre, wenn er dem Volke die Wahrheit sagte, solange es noch eine Gruppe gäbe, die ihn an der Verwirklichung seines Vorhabens hindern könnte. Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Diese Sätze sollten wir immer im Ohr haben, wenn wir diese unerhörten Versuche der Täuschung und der Irreführung erleben, deren sich die Regierung und die Regierungskoalition in den Wahlkämpfen und bei anderen Gelegenheiten schuldig machen. Wir müssen die Bevölkerung unseres Landes noch mehr, als wir das bisher haben tun können, davon überzeugen, daß sie es hier mit einer Gruppe von Männern und Frauen zu tun hat, die sich systematisch der Täuschung als eines Mittels ihrer Politik bedient.

(Beifall)

Im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen und an der Saar wurde wieder besseres Wissen der Aufschwung prophezeit, von dem schon wenige Tage nach der Wahl die Regierung selbst eingestehen mußte, daß er nicht kommen würde. Die Zahlen über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, die am Vorabend des Wahltages veröffentlicht wurden, waren manipuliert. Kaum war der Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen vorbei, erlind die Regierung eine neue gegen die CDU/CSU gerichtete Diffamierungssparole. Sie bezichtigte uns plötzlich, daß wir soziale Demontage betrieben. Dies schlägt nun allerdings dem Faß den Boden aus. Eine Regierung, die hinnimmt und mitverantwortlich dafür ist, daß in unserem Lande eine Million Menschen arbeitslos sind und weitere 900.000 kurzarbeiten, eine Regierung, die die staatlichen Finanzen zerrüttet, die Schulden über Schulden macht - nicht für produktive oder investive Zwecke, sondern um ihre laufenden Ausgaben damit zu decken -, eine solche Regierung betreibt soziale Demontage.

(Beifall)

Wir werden nicht müde werden, dies den deutschen Bürgern und Wählern immer wieder deutlich zu machen. Helmut Schmidt ist der Kanzler der Inflation und der Arbeitslosigkeit.

Meine lieben Freunde, gegen diese Erscheinungen hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine scharfe Sprache gesprochen, und das wird sie auch weiter tun. Wir werden nicht aufhören, die schweren Verfehlungen der Regierungskoalition aus der Vergangenheit beim Namen zu nennen. Denn es ist eine der elementaren Forderungen, die jeder, der sich überhaupt im politischen Kampf betätigt, beherzigen muß: Wenn man bestimmte Dinge in das Bewußtsein der Menschen bringen und im Bewußtsein der Menschen halten will, dann muß man sie wiederholen. Auch wenn es manchen langweilig wird: Man kommt darum nicht herum. Wenn man dasselbe, was man schon oft gesagt hat, zum wiederholten Male sagt, dann sollte das niemanden irritieren, sondern dann sollte man diese Methode übernehmen und sie ebenfalls anwenden.

(Beifall)

Wir sind das Opfer schwerer persönlicher Verunglimpfungen seitens der Regierung und der Regierungskoalition geworden. Dagegen hilft nur eines, meine Freunde, die Solidarität unter uns. Ich meine, daß, wenn einer von uns von den politischen Gegnern verunglimpft wird, wir alle zusammenstehen sollten, um ihn zu verteidigen.

(Beifall)

Unsere Lage wird dadurch erschwert, daß wir es in der öffentlichen Auseinandersetzung mit einer Gruppe politischer Gegner zu tun haben, die in einigen großen Zeitschriften und Magazinen

und in bestimmten Bereichen unserer Massenmedien eine Schlüsselrolle einnehmen. In den letzten Monaten konnte man mehrfach beobachten, daß gewissermaßen auf einen Knopfdruck eine riesige Propagandamaschine gegen uns, die derzeitige parlamentarische Opposition, anließ, an der sich "Stern" und "Spiegel", bestimmte Programme im 1. und 2. Fernsehen - ich sage ausdrücklich "bestimmte Programme", meine Damen und Herren, ich verallgemeinere hier in gar keiner Weise -, bestimmte Radiokommentatoren und auch bestimmte gewerkschaftliche Zeitschriften unter klarer Verletzung der Gebote von Fairneß und Objektivität beteiligten.

Nach meiner Überzeugung hängt Sieg oder Niederlage bei den Bundestagswahlen 1976 davon ab, ob es uns gelingt, durch diesen Ring uns feindlich gesonnener Medien hindurchzustoßen und mit unserer Argumentation den einzelnen Bürger direkt zu erreichen.

(Beifall)

Dies ist die wichtigste Aufgabe für jeden von uns und für jeden, der sich der CDU und der CSU verbunden fühlt. Denn was nützt es uns, wenn wir die richtige Auffassung vertreten, eine richtige Haltung in den Sachfragen einnehmen, aber es unseren Gegnern in der öffentlichen Meinungsbildung gelingt, unsere Auffassung in ihr Gegenteil zu verkehren oder zu verhindern, daß ein Teil der Bürger und der Wähler davon Kenntnis nimmt.

Meine Damen und Herren, ich möchte mit einigen Bemerkungen zur Außen-, zur Verteidigungs-, zur Europa-, zur Deutschlandpolitik und zu Berlin schließen. Die Entwicklung der internationalen Lage während der letzten Monate mußte jeden von uns mit tiefer Unruhe erfüllen. In Vietnam gelang es den kommunistischen Mächten, eine weltstrategisch wichtige Position zu erobern, die lange Zeit durch die westliche Weltmacht erfolgreich verteidigt worden war. Die Wahlen in Italien zeigen eine verstärkte Tendenz der italienischen Bevölkerung, sich der Kommunistischen Partei zuzuwenden. In Portugal setzen die kommunistischen Kräfte ihren Kampf um die Erringung der alleinigen Macht im Staate fort. Die demokratischen Kräfte haben es bisher nicht vermocht, den Marsch der Kommunisten aufzuhalten. In Angola kämpft die nichtkommunistische Befreiungsbewegung gegen eine von außen unterstützte und gesteuerte kommunistische Organisation. Der Warschauer Pakt vergrößert sein Rüstungspotential ständig.

Aus dieser Lage müssen wir, die CDU/CSU, einige klare und eindeutige Folgerungen ziehen. Wir müssen erstens das Nordatlantische Bündnis - oder, richtiger gesagt, das, was vom Nordatlantischen Bündnis noch übriggeblieben ist - stärken.

(Beifall)

Dazu gehört insbesondere die Verstärkung der Bündnisbande zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Westeuropa. Wir müssen für Vertrauen zu den Vereinigten Staaten werben und denen entgentreten, die in unserem Lande dieses Vertrauen systematisch zu zerstören versuchen.

(Beifall)

Wir müssen bereit sein, unseren Anteil an der gemeinsamen Verteidigung zu tragen, und wir dürfen nicht zulassen, daß die Verteidigungsbereitschaft faktisch ausgehöhlt wird, wie die Bundesregierung es kürzlich mit der Abschaffung des Prüfungsverfahrens für Wehrdienstverweigerer getan hat.

Meine Damen und Herren, es ist an der Zeit, hier auch ein kritisches Wort über den oft gelobten Verteidigungsminister, Herrn Leber, zu sagen. Ich muß feststellen, daß er in den letzten Monaten offensichtlich unter dem Druck der linken Kräfte seiner eigenen Partei weit hinter dem zurückgeblieben ist, was wir von einem Verteidigungsminister erwarten.

(Beifall)

Ich meine, wir sollten uns auch nicht scheuen, die Zusammenarbeit der NATO auf Länder auszudehnen, die bereit sind, die westliche Position zu unterstützen. Ich meine damit auch Spanien. Wenn ich das sage, so bedeutet das nicht, daß ich mich in irgendeiner Weise mit dem derzeitigen System in Spanien identifizieren würde. Aber vielleicht könnte ja eine Assoziation Spaniens mit der NATO dazu dienen und dabei helfen, daß Spanien die dort sicherlich notwendigen inneren Umstellungen ohne schwere Erschütterungen vollzieht. Das ist doch ein Ziel, welches im allgemeinen Interesse aller europäischen Länder liegen müßte.

(Beifall)

Die Haltung, die die Sozialisten in allen europäischen Ländern einschließlich der deutschen Sozialdemokraten einnehmen, wenn von Spanien die Rede ist, kann ich nur als hysterisch bezeichnen. Sie hat mit der Wahrnehmung der Interessen Europas überhaupt nichts zu tun.

(Beifall)

Wenn man hört, was dort geschrieben und gesagt wird, muß man den Eindruck gewinnen, daß die größte Gefahr für die Freiheit der freien Welt von Spanien ausginge. So unsinnig sind diese Verlautbarungen.

In Europa kommt es darauf an, den Prozeß der politischen Einigung zielbewußt voranzutreiben. Ich sage Ihnen ganz offen, meine lieben Freunde, daß der wichtigste Ansatz dafür im gegenwärtigen Zeitpunkt nach meiner Auffassung der Ausbau der deutsch-französischen Freundschaft ist.

(Beifall)

Ich habe an der Spitze einer Delegation der CDU/CSU-Fraktion in letzter Zeit mehrere Reisen nach Frankreich unternommen. Ich habe Gespräche mit dem Staatspräsidenten und Vertretern seiner Partei, der Partei der Indépendants, geführt. Ich habe ausführlich Gespräche mit Premierminister Chirac und seiner Partei, der UDR, geführt. Und ich habe selbstverständlich die alten und traditionellen Kontakte zu unseren Freunden im Centre Démocrate fortgesetzt. Ich bin von diesen Gesprächen mit großer Befriedigung zurückgekehrt, und ich bin davon überzeugt, daß, wenn wir, die CDU/CSU, diese Kontakte ausbauen, dies nicht nur zum Nutzen unserer beiden Länder, Frankreichs und Deutschlands, sein wird, sondern daß daraus eine wichtige Gemeinsamkeit in dem Kampf um ein freies nichtsozialistisches Europa erwachsen kann.

(Beifall)

Die dritte Folgerung, die wir aus der von mir geschilderten Weltlage ziehen sollten, betrifft die Ostpolitik. Jeder Tag, der vergeht, macht es deutlicher, in welcher schwerwiegenden Weise sich die Regierung von SPD und FDP, repräsentiert durch die Herren Brandt und Bahr, bei der Einleitung der Ostpolitik über

die wahre Lage und insbesondere über die Motive und Ziele der osteuropäischen Partner getäuscht hat. Jeder Tag bringt deutlicher zutage, in welcher verantwortungsloser Weise die damalige Regierung es unterlassen hat, in ihrer Ostpolitik deutsche Positionen und deutsche Interessen abzusichern. Dies zu wiederholen, meine lieben Freunde, sehe ich auch als eine Pflicht der Opposition an.

Das Versagen der Regierung in der Gestaltung ihrer Ostpolitik in den Jahren 1970, 1971 und 1972 stellt eine unwiderrufliche und unwiderbringliche Schädigung der Interessen unseres Landes dar.

(Beifall)

Sie mußte erkennen - aber sie hat nicht erkannt -, daß die osteuropäischen Partner ungeachtet der Entspannungspolitik weiterhin expansive Ziele verfolgen. Inzwischen ist dies für jedermann deutlich geworden; ich habe es vorhin an einigen Beispielen dargelegt. Die sowjetischen Führer machen ja im übrigen auch gar kein Hehl daraus. Vor zwei Jahren, im August 1973, schrieb die "Prawda" - ich zitiere wörtlich -:

"Friedliche Koexistenz bedeutet nicht das Ende des Kampfes der beiden gesellschaftlichen Systeme in der Welt. Der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie, zwischen Weltsozialismus und Imperialismus wird bis zum vollständigen und endgültigen Sieg des Kommunismus auf weltweiter Basis fortgesetzt werden."

Ich meine, meine Damen und Herren, es muß erlaubt sein, diese sowjetischen Quellen zu zitieren. Wir können uns nicht in eine Position drängen lassen, wo es friedliche Koexistenz ist, wenn in der "Prawda" so etwas geschrieben wird, wie ich es hier vorgelesen habe, alter Kalter Krieg, wenn wir das zitieren.

(Beifall)

Ich persönlich bin von Gefühlen jeder Art von Feindseligkeit gegenüber der Sowjetunion und ihren Verbündeten frei; das möchte ich ausdrücklich sagen. Ich versuche - und wir alle tun das -, Gesprächskontakte, wo immer sie sich ergeben, zu nutzen. Aber ich bin nicht dafür, daß wir uns in unterwürfiger Ergebenheit unseren osteuropäischen Partnern nähern, sondern als Vertreter eines Volkes, das von seiner Friedensliebe in den letzten 30 Jahren Beweise erbracht hat wie kaum ein anderes Volk auf dieser Erde;

(Beifall)

aber auch als Vertreter eines Volkes, welches eine Beschwerde vorzutragen hat, nämlich die Beschwerde über seine fortdauernde Teilung. Das, meine ich, sollte die Haltung sein, die wir unseren osteuropäischen Gesprächspartnern gegenüber einnehmen.

(Beifall)

Wir sind für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Staaten. Wirtschaftlicher Austausch, kultureller und technologischer Austausch sind sinnvolle Betätigungsfelder für eine solche Politik. Sie muß ausgewogen sein, wie wir oft gesagt haben; sie darf nicht darin bestehen, daß die deutsche Seite einseitige Vorleistungen erbringt.

Das gleiche muß für den Bereich der politischen Beziehungen gelten. Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa scheint sich ihrem Ende zuzuneigen. Der Westen scheint bereit zu sein, auf Grund des derzeitigen Standes der Beratungen die

Schlußdokumente zu unterzeichnen. Wir stehen diesen Tendenzen kritisch und skeptisch gegenüber.

Bisher hat es den Anschein, daß einige der wichtigen Forderungen des Westens auf der Konferenz nicht genügend abgesichert sind, nämlich die Herbeiführung eines freieren Austausches von Menschen und Informationen zwischen Ost und West. Auch enthalten die Genfer Schlußdokumente, ebenso wie die deutschen Ostverträge, eine Reihe doppeldeutiger Formulierungen, die die Gefahr künftiger Spannungen in sich tragen. Ob die Einbeziehung Berlins sichergestellt ist, kann zur Stunde nicht beantwortet werden. Alles das sind ernste und ernstzunehmende Fragen.

Aber noch dringlicher stellt sich doch die Frage, was denn die feierlichen Versicherungen über gegenseitige Nichteinmischung und gegenseitige Respektierung der Regeln für das friedliche Zusammenleben der europäischen Völker bedeuten sollen angesichts der Entwicklung, die sich zur Zeit in Portugal vollzieht. Oder glaubt irgend jemand, daß diese Entwicklung in Portugal ohne Einwirkung von außen stattfindet? Es mutet wirklich seltsam an, daß in dem Augenblick, in dem die demokratischen Parteien Portugals um die Errichtung einer demokratischen Verfassung mit letzter Verzweiflung kämpfen, die großen Partner in Ost und West miteinander Erklärungen austauschen, so, als wenn diese Dinge in Portugal überhaupt nicht existierten.

Was unser Verhältnis zur DDR anbelangt, so sind wir entschiedene Anhänger der Bemühungen um eine Verbesserung der Lage im geteilten Deutschland. Aber wir verlangen, daß die Politik der einseitigen Vorleistungen beendet wird.

(Beifall)

Wir stehen zu den Ostverträgen, da sie ordnungsgemäß ratifiziert sind. Aber für die Auslegung dieser Verträge sind das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1973 und die gemeinsame Resolution aller Fraktionen des Bundestages vom Mai 1972 maßgebend. Das heißt im Klartext, daß wir weiter für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und für die Einheit der Nation eintreten.

(Beifall)

Wenn ich sage, daß wir uns auch um eine Verbesserung der Verhältnisse zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland bemühen wollen, so kann dies nicht bedeuten, daß wir stumm bleiben angesichts der Behandlung, die Tausenden und Zehntausenden von Deutschen in der DDR zuteil wird. Wir können die ständige Verletzung der Menschenrechte - sei es gegenüber den Christen beider Konfessionen, sei es gegenüber sogenannten politischen Häftlingen - nicht einfach mit Stillschweigen übergehen.

(Beifall)

In dieser Beziehung müssen wir uns mit Deutlichkeit von den Sprechern der Koalitionsparteien distanzieren, die dies ständig und geflissentlich tun. Und erlauben Sie mir hinzuzufügen, daß ein besonders unerfreuliches Beispiel für diese Haltung der Koalitionsparteien der Herr Mischnick in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 17. Juni gegeben hat.

(Beifall)

Wir lehnen es auch ab, uns selbst und der Bevölkerung einzurechnen, daß die Lage in Berlin sich laufend verbessere.

Wir verkennen nicht, daß ernsthafte Störungen im Verkehr zwischen Berlin und der Bundesrepublik während der letzten Monate nicht mehr vorgekommen sind, und wir erkennen natürlich, daß eine große Zahl von West-Berlinern ihre Freunde, Verwandten und Bekannten im Osten hat besuchen können. Aber wir können doch auch nicht übersehen, daß die Versuche, die gewachsenen Bindungen zwischen Berlin und der Bundesrepublik Deutschland auszuhöhlen, von östlicher Seite fortgesetzt werden. Und es ist doch unfälsch, meine lieben Freunde, daß nach fünfjähriger Praktizierung der neuen deutschen Ostpolitik immer noch vergeblich darum gerungen wird, Berlin in eine Anzahl von Verträgen mit den osteuropäischen Staaten einzubeziehen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, uns trennen Welten von dem Parteiorgan der SPD, dem "Vorwärts", in dem kürzlich zu lesen war, die Sowjets könnten durch Herrn Schütz in ihrem Argwohn bestätigt werden, daß der Westen den Status von Berlin einseitig zu seinen Gunsten verändern wolle. Eine haarsträubendere Verkennung der wirklichen Interessenlage Berlins kann man sich kaum vorstellen. Wenn es dann am Schluß heißt, Schütz solle doch - und sei es nur pädagogisch - den Berlinern die neue Ostpolitik erläutern, dann ist darauf zu antworten, daß die Berliner offensichtlich von dieser Art von pädagogischer Berieselung restlos genug haben.

(Beifall)

Dies dürfte jedenfalls eine der wesentlichen Erklärungen für den außerordentlichen Wahlsieg der CDU bei den letzten Berliner Wahlen sein.

Meine lieben Freunde, meine Damen und Herren, ich fasse zusammen. Die CDU/CSU steht vor der schwersten politischen Auseinandersetzung seit ihrem Bestehen. Sie bereitet sich auf den Wahlkampf des Jahres 1976 vor. Noch nie ist von so vielen, teilweise einflußreichen Gruppen in unserem Lande, ein so massiver Versuch unternommen worden, die Wähler gegen die Union zu beeinflussen. Es ist bedauerlich, daß gelegentlich auch ausländische Stimmen in diesen Chor mit einfallen. Um so notwendiger, scheint mir, ist es, daß wir, die CDU/CSU, diejenigen unserer internationalen Verbindungen aktivieren, die uns in der Auseinandersetzung, in der wir stehen, unterstützen. Es gibt keinen einfachen und keinen leichten Weg zum Erfolg. Uns stehen schwere Monate bevor. Wir sind aufgerufen, unser Bestes einzusetzen, um das Ziel, welches wir uns 1972 gesteckt hatten und welches wir damals verreniten, im Jahre 1976 zu erreichen. Wir haben dazu eine gute Chance. Aber es gibt für die Realisierung dieser Chance nach meiner Auffassung zwei unabdingbare Voraussetzungen: Wir müssen bereit sein zu kämpfen, zu kämpfen für die gemeinsame Sache der Union und für den Mann, der uns in den entscheidenden Wahlkampf des nächsten Jahres hinein führen wird, für Sie, lieber Helmut Kohl, wofür wir Ihnen von Herzen Kraft, Gesundheit und eine glückliche Hand wünschen.

(Beifall)

Und wir müssen kämpfen gegen die Koalition, gegen die Koalition von SPD und FDP. Wir dürfen die FDP dabei nicht auslassen, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Es darf sich nicht wiederholen, was sich im vergangenen Jahr bei einer der Landtagswahlen ereignet hat, daß nämlich drei Tage vor

der Wahl 30 % der Wähler dieses Landes nicht wußten, daß die FDP mit der SPD eine Koalition eingehen wollte. Wir müssen dafür sorgen, daß sich die deutsche Öffentlichkeit endlich darüber klar wird, daß SPD und FDP Blockparteien sind, die zusammengehen.

(Beifall)

Die zweite Voraussetzung ist, daß wir zusammenstehen. Wenn ich das sage, meine lieben Freunde, dann meine ich beide: CDU und CSU.

(Beifall)

Wenn es jemand in diesem Raum gibt, der glaubt, daß wir von der CDU in der derzeitigen politischen Landschaft der Bundesrepublik einen besseren Freund finden könnten als die CSU, dann bitte ich ihn, dies zu sagen. Ich würde mich gern mit ihm darüber unterhalten. Aber ich sage auch umgekehrt, meine Freunde: Wenn es jemanden im Kreise der CSU geben sollte, der der Meinung wäre, er könnte in der derzeitigen politischen Landschaft der Bundesrepublik einen besseren politischen Freund finden als die CDU, dann möge er es sagen, dann möchte ich mich auch gerne mit ihm unterhalten.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, die beiden Unionsparteien sind aufeinander angewiesen. Sie sind auf Zusammenarbeit miteinander angewiesen, ja, sie sind auf mehr als nur auf Zusammenarbeit, sie sind auf den gemeinsamen Kampf im Jahre 1976 angewiesen. Danach, meine verehrten Damen und Herren, meine lieben Freunde, sollten wir alle miteinander handeln. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender, lebhafter Beifall und Bravo-Rufe)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Lieber Herr Professor Carstens, der Parteitag hat mit seinem großen Beifall gezeigt, wie dankbar er Ihnen für Ihre Worte ist. Sie haben die Schwerpunkte der Politik der Fraktion ausgezeichnet dargestellt. Vor allem haben Sie unmißverständlich und klar den politischen Standort der Union vertreten. Wir danken Ihnen dafür. Ihnen und allen Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion danken wir für die Arbeit an der gemeinsamen Sache. Wir wünschen Ihnen und der Fraktion für die vor uns liegende Zeit, vor allem für die kommenden anderthalb Jahre, Glück und Erfolg.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir kommen nunmehr zur Aussprache über den Bericht des Parteivorsitzenden und den Bericht des Fraktionsvorsitzenden.

Ich weise noch einmal darauf hin, daß Wortmeldungen auf ausgefüllten Wortmeldungszetteln zum Präsidium heraufgegeben werden müssen. Die Redeberechtigung kann vom Sekretariat des Tagungspräsidiums überprüft werden. Bei Wortmeldungen von nicht rederechtigen Teilnehmern muß das Tagungspräsidium einen Beschluß über eine eventuelle Ausnahme fassen oder vorschlagen.

Liebe Freunde, im Einvernehmen mit dem Parteivorsitzenden und dem Generalsekretär wird vorgeschlagen, dem Vorsitzenden der Schülerunion, Herrn von Bülow, und dem Vorsitzenden des RCDS, Herrn Reckers, das Rederecht zu erteilen.

(Beifall)

Wird dagegen Widerspruch erhoben? - Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

Das Präsidium verzichtet zunächst darauf, eine Redezeitbeschränkung vorzunehmen, aber wir erinnern alle Diskussionsredner daran, daß in der Regel die Würze in der Kürze liegt.

Ich erteile zunächst dem Delegierten Hartmut Brausewetter aus Baden-Württemberg das Wort.

Hartmut Brausewetter: Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst eines klarstellen. Trotz aller Kommuniqués: Wir freuen uns sehr darüber, daß unser Parteivorsitzender Helmut Kohl als Kanzlerkandidat der Unionsparteien nominiert worden ist, und wir beglückwünschen ihn ganz herzlich.

(Beifall)

Ferner begrüße ich es, daß Helmut Kohl in seiner Rede einem Bereich Vorrang eingeräumt hat, dem sich auch die Junge Union bereits lange widmet, den sozialen Randgruppen, den älteren Mitmenschen, den Behinderten und den Kindern in unserer Gesellschaft. Wir haben vorhin bei der Begrüßung gesehen, daß eine Reihe von Vertretern wichtiger wirtschaftlicher Interessenverbände anwesend ist. Ich meine, es ist daher berechtigt, zu sagen: Es kommt auch darauf an, daß diese Wirtschaftsvertreter nicht wie die Starken die Schwachen auffressen, denn das ist das Prinzip des Dschungels, wo der Stärkere auf Kosten des Schwächeren gewinnt. Vielmehr muß auch hier die Sozialverantwortlichkeit der starken Wirtschaftsverbände eine beträchtliche Rolle bei der gerechten Ordnung unserer Gesellschaft, bei der Gestaltung und Fortentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft spielen. Ich meine daher, diese Sozialpflichtigkeit der Verbände sei besonders anzusprechen.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich bitte dringend, Privatgespräche nicht in diesem Raum zu führen,

(Beifall)

und ich bitte all diejenigen, die bisher hier immer fleißig hingelaufen sind, jetzt wenigstens während der Diskussion ihre Plätze einzunehmen oder herauszugehen, und ich bitte Sie auch, die Türen zu schließen.

Als nächster hat der Delegierte Dr. Lenz aus Hessen das Wort.

Dr. Carl Otto Lenz: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Der Bericht unseres Freundes Karl Carstens hat deutlich gemacht, welche Bedeutung das Parlament, der Bundestag, für unsere Arbeit in der Opposition hat. Sie haben auf unserem Düsseldorfer Parteitag beschlossen, daß wir uns um die Stärkung der Befugnisse des Parlaments besonders kümmern sollten. Meine Freunde, ich will Ihnen kurz berichten, was wir auf diesem Sektor getan haben.

Wir haben zunächst den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages mit besseren Rechten ausgestattet, so daß unsere Kollegin Frau Berger nunmehr über ein besseres Instrument verfügt, um die Kontrollbefugnisse des Parlaments zum Wohle des Bürgers auszuüben.

Zum anderen erarbeiten wir Vorschläge zur Verbesserung des Untersuchungsverfahrens der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages. Sie alle entsinnen sich des Untersuchungsausschusses

in Sachen Guillaume, den unser Freund Walter Wallmann so umsichtig geleitet hat. Wir wollen, um gewisse Vorkommnisse, die sich dort in der Vergangenheit abgespielt haben, zu verhindern, daß die Minderheit dort bessere Möglichkeiten hat, das Verfahren einseitig zu bestimmen.

Meine Freunde, bereits vor einigen Jahren hat unser Freund Barzel den Vorschlag gemacht, die Nachrichtendienste in der Bundesrepublik Deutschland in einer Weise zu kontrollieren, die mit der Geheimhaltung dieser Vorgänge vereinbar ist. Die öffentlichen Angriffe, die Herr Ehmke auf den BND gerichtet hat, haben diesem Nachrichtendienst nach unserer Überzeugung nicht genutzt, sondern geschadet. Auch hier werden wir auf der Linie unseres Freundes Barzel Vorschläge unterbreiten, wie das in Zukunft besser, wirksamer und unter Berücksichtigung der Staatsinteressen gehandhabt werden kann.

Bund und Länder, meine Freunde, stehen vor der Tatsache, daß immer mehr öffentliche Mittel und Ressourcen durch langfristige Planungen gebunden werden, ohne daß die Parlamente bisher auf diesem Sektor hinreichend eingeschaltet worden wären. Ich bin der Überzeugung, daß eine bessere Verankerung der darauf gerichteten Rechte der Parlamente heute so wichtig ist, wie es die Haushaltsrechte der Parlamente vor hundert Jahren gewesen sind. Auch hier haben wir Vorschläge vorbereitet.

Ferner wollen wir in Bereichen, in denen die Exekutive weitreichende Vollmachten zum Erlaß von Verwaltungsvorschriften und Rechtsverordnungen hat, das Parlament stärker eingeschaltet wissen. Wir sind der Auffassung, daß Dinge, die die Öffentlichkeit so stark berührt haben wie die Einführung von Höchst- und Richtgeschwindigkeiten und die Veränderung von Bußgeldkatalogen, nicht am Parlament vorbei, sondern vom Parlament mit bestimmt werden müssen. Und wir hoffen, meine Damen und Herren, daß im Bundesrat die Praxis nicht restriktiver sein wird, als es die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien bereits zugelassen haben.

Schließlich möchte ich besonders betonen, was unser Bundespartei-vorsitzender und unser Fraktionsvorsitzender in Sachen europäische Einigung und europäische Wahlen gesagt haben. Europäische Wahlen, wie sie auf der Gipfelkonferenz im vergangenen Jahr vorgeschlagen worden sind, würden zum erstenmal eine direktere Mitwirkung der europäischen Völker beim Werk der europäischen Einigung ermöglichen.

Wir sind der Auffassung, daß die Vergangenheit die Notwendigkeit dieser Mitwirkung erhärtet hat. Wir haben deshalb im Bundestag die Beratung dieses Projekts vorangetrieben, und es ist der Christlich Demokratischen und der Christlich Sozialen Union zu verdanken, daß hier der Bundestag im Herbst handlungsfähig sein wird. Ich meine auch, meine Freunde, wir sollten in diesem Zusammenhang nicht darauf warten, daß uns die Regierungen neue Kompetenzen für das Europäische Parlament geben. Parlamentarische Kompetenzen sind niemals von Regierungen freiwillig konzidiert, sondern immer im harten Kampf durchgesetzt worden, und wir brauchen, meine Freunde, Männer und Frauen, die sich für diesen Kampf zur Verfügung stellen.

Ich möchte auch sagen, daß die Pflege der Beziehungen zu den befreundeten Parteien in den anderen europäischen Ländern, von denen Karl Carstens gerade zum Schluß noch gesprochen hat, ein notwendiges Mittel ist, um in diesem Parlament für uns, unsere Freunde und unsere Auffassungen eine Mehrheit zu sichern. In diesem Sinne darf

ich Sie auch bitten, der internationalen Arbeit der CDU/CSU Ihre Unterstützung zu geben. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, ich darf nochmals bitten, möglichst Ruhe im Saal zu bewahren.

(Beifall)

Das Präsidium haben Beschwerden erreicht, daß man hinten wenig oder gar nichts versteht. Ich bitte Sie nochmals, Gespräche nicht in diesem Saal, sondern außerhalb des Saales zu führen. Als nächster spricht Herr Behnke aus Oldenburg.

Georg Behnke: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man vor diesem Parteitag als junger Delegierter die Presse verfolgt hat, hat man teilweise zu dem Eindruck kommen müssen, diese Union sei keine Union, sie sei ein Sammelsurium von Interessen, sei eine zerstrittene Partei. Ich muß sagen, dieser Eindruck hat sich bei mir nicht bestätigt. Nicht wir, die Union, sondern die Sozialdemokraten sind zerstritten!

(Zustimmung)

Nicht erst seit dem heutigen Tage, aber, meine ich, vor allem nach der großartigen Rede von Helmut Kohl stellt die deutsche Öffentlichkeit die Frage: Wer ist der erste Mann der Sozialdemokraten? Willy Brandt, der linke Theoretiker, oder etwa Helmut Schmidt, der als "Macher" bezeichnet wird? Ich kann mit diesem Ausdruck "Macher" an und für sich nicht sehr viel anfangen; ich könnte mir allenfalls vorstellen, daß damit "Wurstmacher" gemeint ist, weil er sich durch die Dinge, die auf ihn zukommen, so ein bißchen durchwurstelt.

(Zustimmung)

Nun, die personelle Zerstrittenheit wird bei den Sozialdemokraten durch eine sachliche Zerstrittenheit ergänzt. Denn wir haben doch verschiedene Positionen, auf der einen Seite die Position der Jungsozialisten. Nur, wer meint, daß dies die Position der SPD im Wahlkampf 1976 sein wird, der täuscht sich, glaube ich. Die Sozialdemokraten, die mehr Freiheit für alle verwirklichen wollen, haben ihrer eigenen Jugendorganisation das Wort verboten. Dann gibt es eine zweite Richtung der Sozialdemokraten; sie nennt sich "kritischer Rationalismus". Der Kanzler, Helmut Schmidt, hat sich von beiden Positionen distanziert. Dies müssen wir als Union wesentlich stärker, meine ich, in der Öffentlichkeit deutlich machen; wir müssen dem unsere Position gegenüberstellen. Denn wer keine Position hat wie Helmut Schmidt, der kann nicht Politiker genannt werden; er ist allenfalls ein Technokrat.

Schmidt ist nicht bereit, eine ehrliche Analyse der Lage vorzunehmen. Er benutzt die weltpolitische Lage als Alibi. Wer jedoch nicht analysiert, der kann, wie ich glaube, auch keine Lösungen finden. Schmidt löst dennoch. Er meint, daß die Lösung mit dem System des wissenschaftlichen Rationalismus gefunden werden kann. Karl Popper, auf den sich die Rationalisten berufen, hat aber gesagt: "Die letzten Ziele politischen Handelns lassen sich nicht durch wissenschaftliche oder rein rationale Methoden lösen." Deshalb müssen wir feststellen: Voraussetzung jeglicher Politik

sind Wertentscheidungen. Diese Wertentscheidungen, unsere eigenen Wertentscheidungen, müssen wir als Union wesentlich stärker in den Vordergrund rücken, als wir dies getan haben. Der Kanzler hat keine Werte, und auch die SPD hat keine Werte, denn der Kitt von Godesberg hält heute nicht mehr, er ist abgebröckelt. Die Jungwähler haben dies erkannt.

Ich meine daher, wenn wir die Wahlen des Jahres 1976 gewinnen wollen, müssen wir unsere Grundwerte stärker konkretisieren. Wir müssen sagen, was für uns Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bedeuten, wir müssen sagen, wie wir das Bild des Menschen sehen, wie wir den Menschen im Mittelpunkt der Welt sehen wollen; denn darüber sollten wir uns klar sein: Allein mit dem Patentrezept, den Gürtel enger zu schnallen, können wir die Wahl nicht gewinnen. Wir müssen sagen, wozu und weshalb.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Ministerpräsident Dr. Röder, danach unser Freund Pieroth aus Rheinland-Pfalz.

Ministerpräsident Dr. Franz Josef Röder: Herr Präsident! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Das Ergebnis der Landtagswahlen im Saarland hat seit dem 4. Mai zu vielen Spekulationen Anlaß gegeben, nicht deshalb, meine Damen und Herren, weil das Ergebnis an sich außergewöhnlich gewesen wäre. 25 Sitze für die CDU, 22 für die SPD und 3 für die FDP sind ein durchaus normales Ergebnis, das auch hinreichend Gelegenheit zu Koalitionen gibt, mit Ausnahme einer einzigen Koalition allerdings, nämlich der aus SPD und FDP. Dafür gibt es in der Tat keine Mehrheit im saarländischen Landtag.

(Beifall)

Weil nun der Wähler diesen Wunschtraum von SPD und FDP nicht erfüllt hat, wird jede andere mögliche Mehrheitsbildung abgelehnt, ausgenommen das Monstrum einer Allparteienregierung. Der Wähler wird dafür gescholten, der doch am wenigsten für das unvernünftige Verhalten von SPD und FDP verantwortlich gemacht werden kann.

Meine Damen und Herren, wenn ich hierzu und zu den Möglichkeiten künftiger Regierungstätigkeit an der Saar im Benehmen mit unserem Landesvorsitzenden, Herrn Kollegen Scherer, ein paar Bemerkungen mache, so deshalb, weil ich Ihnen gegenüber eine Informationspflicht empfinde und erfüllen möchte und weil ich andererseits das große politische Interesse, das dieser Parteitag in der Bundesrepublik findet, dazu nutzen möchte, an die Mitverantwortung der anderen Parteien zu appellieren: Es gibt keinen von der Vernunft gebotenen Grund zu Neuwahlen an der Saar.

(Beifall)

Es gibt allerdings sehr viel Grund, von denen die Einlösung ihres Wortes zu fordern, die vor und während der Wahl versprochen haben, mehr Vernunft in den Landtag zu bringen.

(Beifall)

Es ist sicher kein Zeichen von Vernunft, jetzt nach einer Allparteienregierung zu rufen, ohne daß ein politischer Notstand be-

steht. Der wirkliche Grund dafür kann doch nur sein, das Wahlergebnis in dem Sinne zu verfälschen, daß SPD und FDP nunmehr gemeinsam in die Regierung kommen wollen, obwohl es dafür im saarländischen Landtag keine Mehrheit gibt. Es widerspricht doch jeder Vernunft, eine Parteienabsprache mit dem Ziel einer Regierungskoalition herbeizuführen und diese Absprache dann in eine Oppositionskoalition umzuwandeln, wenn der Wähler die Regierungskoalition nicht möglich gemacht hat. Das ist doch völlig unvernünftig.

Wenn man sich dazu vergegenwärtigt, daß der Parteitagsbeschluß der saarländischen FDP lautet, nach der Wahl zunächst mit der SPD über eine Koalition zu verhandeln, so heißt das doch, wenn das zu keinem Ergebnis führen kann, hernach mit uns zu verhandeln. Wenn der Bundesvorsitzende der FDP, Herr Genscher, erklärt, die FDP sei für jede mögliche Koalition offen, dann kann doch kein vernünftiger Mensch mehr verstehen, warum die FDP an der Saar jede Koalitionsverhandlung mit der CDU ablehnen sollte. Wenn dieser Zustand anhält, wird sich jedermann nicht nur an der Saar, sondern in der ganzen Bundesrepublik sein Urteil über den tatsächlichen politischen Standort und die tatsächliche Bewegungsfreiheit der FDP entsprechend zu bilden haben.

(Beifall)

Wir werden es - lassen Sie mich auch das noch sagen - an der notwendigen Geduld nicht fehlen lassen. Wir haben diese Geduld im Umgang mit sehr schwierigen politischen Verhältnissen an der Saar in der Vergangenheit gelernt, und wir werden durch den Wählerwillen und durch unsere Verfassung unterstützt, die uns zwingt, die Regierungsverantwortung so lange und unbefristet wahrzunehmen, bis im Parlament eine Mehrheitsbildung erfolgt. Wir werden dem Parlament daher die Vorlagen zuleiten, die zum Wohl unserer Bürger erforderlich sind. Wer diese Vorlagen aus Parteiegoismus ablehnt, wird sich in den dann unausweichlichen neuen Landtagswahlen vor diesem Wähler für sein Verhalten zu verantworten haben.

(Beifall)

Es wäre ferner eine Fehlspekulation unserer politischen Gegner - auch das sage ich in aller Deutlichkeit - zu glauben, sie könnten uns so lange hinhalten, bis der Wähler vergessen hat, in welcher schamloser Weise er vor dem 4. Mai über unsere wirkliche wirtschaftliche Lage hinter das Licht geführt wurde oder, wie Carstens zu Recht gesagt hat, betrogen wurde.

(Beifall)

Wir werden uns das Gesetz des Handelns nicht aus der Hand nehmen lassen - im Bewußtsein der politischen Verantwortung, die wir für das Land an der Saar zu tragen haben, aber auch im Bewußtsein der Verantwortung für die Möglichkeiten, die sich für eine bundesweite Klimaverbesserung zwischen den Parteien ergeben könnten

Lassen Sie mich zum Schluß ein herzliches Wort des Dankes an alle Männer und Frauen der Bundespartei, vornehmlich unserem Parteivorsitzenden Helmut Kohl, für die großartige Unterstützung sagen, die wir im vergangenen Wahlkampf erfahren haben und von der ich hoffe - sollten Neuwahlen notwendig werden -, daß wir sie auch wieder erfahren werden.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Das Wort hat unser Freund Pieroth aus Rheinland-Pfalz, dann Herr Doss aus Rheinland-Pfalz.

Elmar Pieroth: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der letzte Parteitag in Hamburg hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgefördert, das dort beschlossene vermögenspolitische Grundsatzprogramm in Gesetzgebungsinitiativen zu verwirklichen.

Mit dem am 21. Mai 1975 von der Fraktion beschlossenen Antrag zur Förderung der betrieblichen Gewinn- und Kapitalbeteiligung - der Antrag ist auf Seite 23 des schriftlichen Rechenschaftsberichts der Fraktion abgedruckt - haben wir einen ersten Schritt zur Umsetzung unseres Hamburger Programms getan. Diesem ersten Schritt müssen weitere folgen; der erste Schritt kann nicht zugleich letzter sein, sonst dürfte er nicht so heißen.

(Vereinzelter Beifall)

Sicherlich wäre ich als Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Eigentum" froh, wenn der Fraktionsbericht eine noch weitergehende Erfolgsbilanz in der Vermögenspolitik hätte vermerken können. Daß dem nicht so ist - der Fraktionsvorsitzende hat das schon angedeutet -, ist in allererster Linie auf das Versagen der Bundesregierung zurückzuführen. Es waren SPD und FDP, die durch ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik den aktuellen Spielraum für jetzt wirksam werdende weitergehende vermögenspolitische Maßnahmen verschüttet haben. Und es waren SPD und FDP, die durch ihre Inflationspolitik das mühsam Ersparte von Millionen Menschen um Milliarden D-Mark entwertet haben.

Helmut Kohl hat heute vormittag die sozialen Demonteure beim Namen genannt. Wenn Walter Wannemacher in der heute verteilten Ausgabe der "Deutschen Zeitung" schreibt, daß 82 % der deutschen Sparer Arbeitnehmer seien und diese bei Vorenthaltung des Zinsnutzens in fünf Jahren um weitere 18 Milliarden DM betrogen worden sind, wenn er, Wannemacher, diesen Negativzins mit der Gebühr vergleicht, die man im Mittelalter dem Goldschmied zur Sicherung des Geldbeutels gegen Räuber zahlen mußte, dann kann man nur feststellen: Wer eine solche Politik verantwortet, der betreibt soziale Demontage, und nicht derjenige, der sich Sorgen macht um die Leistungskraft unseres Staates und um die Zukunft unseres Sozialleistungssystems.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, dieser unser Antrag der Bundestagsfraktion schlägt nicht die Tür für weitere Maßnahmen zur breiteren Eigentumsstreuung zu. Vielmehr ist er - ich zitiere aus der Begründung des Antrags - "ein heute möglicher praktischer Schritt zur Verwirklichung der am Ziele der Partnerschaft orientierten Vermögensbildungsprogramme der CDU und CSU, wie sie auf den Unions-Parteitagen beschlossen worden sind."

Wir sollten, meine Damen und Herren, die Bedeutung dieser Formulierung nicht unterschätzen. Hier hat sich die Fraktion erstmalig und unmißverständlich zu unserem vermögenspolitischen Grundsatzprogramm bekannt. Sie hat nicht nur die eine oder die andere Maßnahme angekündigt, sondern weit mehr: Sie hat das gesamte Programm, wie wir es in Hamburg als CDU beschlossen haben, zu ihrem Programm, zum Programm der Fraktion der CDU und CSU erklärt. Wer also heute wissen will, wie die Vermögenspolitik der Fraktion aussieht, der kann das im Grundsatzprogramm von Hamburg nachlesen.

Dieses Bekenntnis der Fraktion ist für meine Freunde und mich der präzise Auftrag, Schritt für Schritt dieses gesamte Programm in dieser Legislaturperiode, in diesem 7. Deutschen Bundestag, ohne Wenn und ohne Aber in parlamentarische Initiativen umzusetzen.

(Vereinzelter Beifall)

Ich darf zusammenfassen: Die Forderung nach Eigentum für alle Bürger ist Kernstück christlich-demokratischer Gesellschaftspolitik. Zur Verwirklichung dieser Forderung brauchen wir gerade heute mehr Investitionen, mehr Kapital, mehr Gewinn in unserer Volkswirtschaft. Wir haben nichts mit den Steffens zu tun, die die Belastbarkeit der Wirtschaft ausprobiert haben. Wir möchten nicht, daß weniger Gewinn für weniger erwirtschaftet und somit weniger neues Kapital gebildet wird, sondern daß es wieder mehr Gewinn für viele und somit mehr Kapital für alle Bürger geben wird.

Eigentum für alle - das ist Gesellschaftspolitik der Mitte, des Ausgleichs und der Partnerschaft. SPD und FDP haben diese Position der Mitte in einem zentralen Bereich der Gesellschaftspolitik nicht halten können. Ihr Etikettenschwindel ist zunächst aufgefliegen; ich betone: zunächst. Technische Gründe werden vorgegeben, bis man sich wieder offener zur Vergesellschaftung äußern kann. Das bringt für uns die Verpflichtung, mehr denn je die Forderung nach Eigentum für alle zu verwirklichen. Persönliches Eigentum ist grundlegender Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft und ihr wesentliches Unterscheidungsmerkmal gegenüber dem Sozialismus.

Wenn die Jusos jetzt auf ihrem Kongreß in Siegen erklären, zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern gäbe es Klassenkampf und sozialen Konflikt und keine illusionäre Partnerschaft, so setzen wir soziale Partnerschaft gegen sozialistischen Klassenkampf, Soziale Marktwirtschaft gegen sozialistische Staatswirtschaft und deshalb gegen alle Entmündigung durch funktionärs-gesteuertes, Marktwirtschaft sprengendes Kollektiveigentum persönlich verfügbares Privateigentum für alle Bürger.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsident: Als letzter Diskussionsredner in dieser Aussprache hat das Wort Herr Doss aus Rheinland-Pfalz.

Hans Jürgen Doss: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wenn vor der Rede von Helmut Kohl außerhalb der Union noch jemand Zweifel gehabt haben sollte, wer der geeignete Kanzlerkandidat ist, so kann jetzt wohl festgestellt werden, daß diese Zweifel endgültig ausgeräumt sind.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, wenn wir die Wahl im nächsten Jahr gewinnen wollen, wird es darauf ankommen, daß wir das gesamte Spektrum unserer möglichen Wähler ausschöpfen. Dazu gehört, daß wir hervorragende Exponenten der Sozialausschüsse auf der einen Seite herausstellen, aber auch - um den liberalen Wähler, der noch immer heimatlos ist, an uns zu binden -, eine ausgewogene, zukunftsorientierte Mittelstandspolitik betreiben. Meine herzliche Bitte an Sie: daß in Ihren Kreisverbänden, in den Landesverbänden, aber auch im Bundesverband diese für uns gewinnbaren Wähler in Zukunft stärker berücksichtigt werden und daß wir eine progressive Mittelstandspolitik betreiben.

(Beifall)

Prof. Dr. Fritz Beske, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, der jetzt amtierende Präsident des Parteitagess ist das einzige Mitglied des Tagungspräsidiums, das ein Arzt ist. Aus ärztlicher Verantwortung für Ihre Gesundheit und im Rahmen der verstärkt geförderten präventiven Medizin empfehle ich, bis zur Pause um 17.00 Uhr in diesem Raum nicht zu rauchen.

(Bravo-Rufe und Beifall)

Ihre eigene Gesundheit, meine Damen und Herren, und die Nichtraucher unter uns werden es Ihnen danken.

(Dr. Helmut Kohl legt seine Pfeife beiseite)

Ich danke Ihnen, Herr Parteivorsitzender, daß Sie ein nicht zündendes Beispiel gegeben haben.

(Beifall)

Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt 11:

Bericht des Bundesschatzmeisters

Ich erteile das Wort unserem Bundesschatzmeister Walther Leisler Kiep.

Walther Leisler Kiep (mit Beifall begrüßt):

Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bundesschatzmeister fühlt sich trotz des besonderen Lobes, das ihm der Parteivorsitzende vorhin erteilt hat, veranlaßt, noch einige Ausführungen zu machen, um insbesondere einen Teil des erhaltenen Lobes an andere weiterzugeben und um vor allen Dingen im Hinblick auf die vor uns liegenden Ereignisse der gesamten Partei in Erinnerung zu rufen, welche gewaltige Aufgabe uns im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 1976 auch und besonders im Bereich der Parteifinzen bevorsteht.

"Gemeinsam werden wir es schaffen" war das Leitmotiv auch für unsere Finanzierungsarbeit, als wir 1971 nach dem Parteitag in Saarbrücken den Versuch unternahmen, die Finanzen der Bundespartei wieder in Ordnung zu bringen und für neue und größere Aufgaben die Mittel bereitzustellen. Wir haben seitdem viel geschafft, auch und gerade wieder in den beiden Jahren 1973 und 1974, über die ich heute hier zu berichten habe.

Wir haben in diesen beiden Jahren erfahren, wie schwierig es ist, nach einer verlorenen Bundestagswahl die Finanzen der Partei einigermaßen im Gleichgewicht zu halten. Das ist uns im Ergebnis der Arbeit gelungen, wenn das auch nicht in allen Phasen der Entwicklung so aussah. Das Ergebnis ist keine Selbstverständlichkeit. Es ist das Ergebnis detaillierter Arbeit, die in der Bundesfinanzkommission und dem Bundesfinanzausschuß geleistet worden ist. Es war gemeinsame Arbeit im besten Sinne des Wortes. Ich möchte hier mit allem Nachdruck allen, die dazu beigetragen haben, insbesondere aber auch meinen Kollegen aus den Landesverbänden, den Landesschatzmeistern, sehr herzlich für diese Hilfe danken.

(Beifall)

Vor allem das Jahr 1974 hat uns erhebliche Probleme bereitet. Wie Sie aus den Berichten, die veröffentlicht wurden, wissen, war das Spendenaufkommen bei der Bundespartei in diesem Jahr mit rund

7,7 Millionen DM wesentlich niedriger als in dem Vorjahr 1973, wo es rund 14 Millionen DM betrug.

Über das Spendenaufkommen 1973 - ich lege Wert darauf, dies hier einmal in aller Öffentlichkeit zu sagen - ist nach der Veröffentlichung des Rechenschaftsberichts, wie ihn das Parteiengesetz vorschreibt, viel gesprochen und viel geschrieben worden, vorzugsweise Falsches. Ein sehr wichtiger Punkt ist dabei völlig übersehen worden, nämlich die Tatsache, daß das Jahr 1973 im wesentlichen noch das Jahr der Abwicklung der Finanzierung des Bundestagswahlkampfes war. Es ist also nicht so überraschend, wenn wir gerade in diesem Jahr das beste Spendenergebnis hatten, das die Bundespartei je ausweisen konnte.

Vor diesem Hintergrund muß auch das Ergebnis des Jahres 1974 mit 7,7 Millionen DM gesehen werden. Diese Zahl ist in sich immer noch ein ganz schönes und stolzes Ergebnis, vor allen Dingen in Zeiten unsicherer wirtschaftlicher Verhältnisse. In vergleichbaren früheren Jahren hat es ein solches Ergebnis ebenfalls noch nie gegeben.

Trotzdem gab es Situationen, in denen das finanzielle Gleichgewicht bedroht war. Denn nach den beiden Parteitagungen des Jahres 1973 standen neue und große Aufgaben an, die es zu finanzieren galt. Wir haben, wie Sie alle wissen, die organisatorischen und politischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit als Oppositionspartei geschaffen. Hier mußte schnell gehandelt werden; denn es war die wichtigste Maßnahme zur Vorbereitung des nächsten Bundestagswahlkampfes.

Ohne die Erhöhung der Wahlkampfkostenpauschale von 2,50 auf 3,50 DM wären wir erneut in eine schwierige Situation gekommen. Diese sachlich in jeder Hinsicht berechtigte, von mir seit langem angesprochene und zusammen mit den anderen Parteien dann durchgesetzte Entscheidung kam im richtigen Augenblick, weil sie uns die Möglichkeit geschaffen hat, in den Haushalten 1974 und 1975 die Maßnahmen zu finanzieren, die der Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes 1976 mittelbar und unmittelbar dienen.

Die weitere Konsolidierung der finanziellen Grundlagen der Bundespartei ist vielleicht am sichtbarsten in der Entwicklung unserer Schulden zum Ausdruck gekommen, jener Schulden also, die aus gemeinsam verantworteten politischen Entscheidungen der Jahre 1969 bis 1971 stammten. Sie betragen 1971 12 Millionen DM, konnten 1972 auf 8 Millionen DM reduziert werden und beliefen sich am Jahresende 1973 noch auf 6,5 Millionen DM, am 31. Dezember 1974 schließlich auf 4,2 Millionen DM. Zum Ende dieses Jahres, also per 31. Dezember 1975, werden diese Schulden dann endgültig getilgt sein.

(Beifall)

Dies bedarf aber noch einer zusätzlichen Erklärung:

Als wir zum Jahresende 1973 gegenüber unseren Gläubigern, den Banken, noch mit 6,5 Millionen DM verschuldet waren, war dies Anlaß zu einem politischen Finanzierungsgespräch, zu dem der Parteivorsitzende und der Generalsekretär die Vorsitzenden und Schatzmeister der CDU-Landesverbände nach Bonn eingeladen hatten. Wir sind dankbar, daß unsere Bitte, uns bei der Tilgung der verbliebenen 6,5 Millionen DM zu helfen, auf Verständnis stieß. Ohne die gute Zusammenarbeit zwischen Bundespartei und Landesverbänden bei der Finanzierung des Bundestagswahlkampfes 1972 hätte es dafür und für die so gute Diskussion bei diesem Gespräch sicherlich keine ausreichende Vertrauensbasis gegeben.

Als Ergebnis werden am Ende dieses Jahres von den 12 Millionen DM Altschulden, von denen ich sprach, 3 Millionen DM aus der vom Parteitag 1971 beschlossenen 10-DM-Umlage - also durch die Mitglieder und die Kreisverbände -, weitere 3 Millionen DM mit Hilfe der Landesverbände und 6 Millionen DM von der Bundespartei getilgt worden sein.

Wir haben also allen Anlaß, hier daran zu erinnern und Sie zu bitten, sich mir anzuschließen, wenn wir unseren Mitgliedern und damit den Kreis- und Ortsverbänden sowie den Landesverbänden dafür danken, daß sie diese Konsolidierung durch ihren aktiven Beitrag möglich gemacht haben.

(Beifall)

Ich darf hinzufügen, daß dieser Finanzierungsvorgang, so nüchtern er sich auch anhört, wenn ich ihn hier schildere, ein, wie ich meine, einmaliges Zeichen der Parteisolidarität ist, die hier durch alle Ebenen der Partei zu dem gewünschten gemeinsamen Erfolg geführt hat.

(Beifall)

Die fortschreitende Konsolidierung der finanziellen Grundlagen hat sich auch in der Vermögensrechnung der Bundespartei niedergeschlagen. 1969 schloß die Bilanz der Bundespartei stets mit einem hohen Minussaldo ab. Die ständige Überschuldung, die nach dem Vereinsrecht eigentlich den Gang zum Konkursrichter gefordert hätte, wurde ebenfalls kontinuierlich abgebaut. Ich kann Ihnen berichten, daß wir zum 31. Dezember 1974 bei der Bundespart erstmals wieder ein Eigenkapital ausweisen konnten.

(Beifall)

Wir sind also auf dem richtigen Weg. Das gilt auch für die so wichtigen Bereiche der Haushaltsabwicklung und der Kostenkontrolle.

Während der Berichtszeit, also 1973 und 1974, wurden die Vorbereitung, die Aufstellung und die Abwicklung des Haushalts der Bundesgeschäftsstelle auf eine neue Basis gestellt. Dies geschah in ständiger und enger Zusammenarbeit mit den Finanzgremien, die durch eine gute Beratung seitens unserer Wirtschaftsprüfer und Unternehmensberater eine wertvolle Ergänzung erfuhr. Haushaltsaufteilung und Haushaltsverabschiedung unterliegen einem wirklich lückenlosen parteiinternen System der erweiterten oder, wenn Sie so wollen, totalen Mitbestimmung: Der Haushalt wird detailliert den Landesschatzmeistern und den Schatzmeistern der Vereinigungen, die Mitglieder des Bundesfinanzsausschusses sind, vorgelegt, ebenso den ehrenamtlichen Rechnungsprüfern zur ausführlichen Diskussion unterbreitet und mit den Empfehlungen zur abschließenden Beratung und Verabschiedung dann an den Bundesvorstand weitergeleitet. In der Berichtszeit wurde dieses System weiter ausgebaut. Das soll auch in Zukunft so bleiben, weil hier die Basis der guten Zusammenarbeit geschaffen wurde, von der ich vorhin sprach.

Die Haushaltskontrolle konnte nachhaltig verbessert werden. Das kam insbesondere unserer Liquiditätsplanung und der Liquiditätsabwicklung zugute.

Ohne eine enge und gute Zusammenarbeit mit dem Bundesgeschäftsführer und den Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle wäre dies überhaupt unmöglich gewesen. Ich möchte mich an dieser Stelle

vertretend für alle Mitglieder bei der Bundesgeschäftsstelle besonders bei dem Bundesgeschäftsführer, Herrn Bilke, für diese Zusammenarbeit bedanken.

(Beifall)

Sie werden aus dem Bericht des Generalsekretärs und dem schriftlichen Bericht der Bundesgeschäftsstelle, aber vor allen Dingen aus Ihren laufenden Kontakten wissen, wie sehr die Bundesgeschäftsstelle ihr Dienstleistungsangebot verbreitert hat. Ich möchte hier nur drei Punkte erwähnen, weil sie für die Finanzierungsarbeit von Bedeutung sind.

Da ist zunächst die Stiftung "Versorgungswerk", die auch in der Berichtszeit wieder mit Beträgen, die insgesamt weit über 1 Million DM jährlich ausmachen, von der Bundespartei dotiert worden ist. Dieses Versorgungswerk der CDU sichert unsere Mitarbeiter auf Bundes- und Landesebene in vorbildlicher Weise und hält sehr wohl den Vergleich mit Versorgungswerken anderer Parteien, die den Sozialismus im Wappenschild führen, aus. Dies scheint mir eine wichtige Maßnahme der sozialen Sicherung für unsere hauptamtlichen Mitarbeiter zu sein. Wir haben die Absicht, die Dotierung in der gleichen Größenordnung auch in Zukunft fortzusetzen, obwohl Beträge, wie ich sie soeben nannte, für uns natürlich eine erhebliche Belastung bedeuten. In der gleichen Größenordnung liegen die Zuschüsse an unsere Vereinigungen. Auch die Finanzierung der Modellversuche für die Kreisverbandsarbeit hat beachtliche Größenordnungen erreicht.

Ich könnte noch viele Beispiele anführen. Alle diese Leistungen verstehen wir als Beitrag zur Verbesserung der organisatorischen Grundlagen unserer Parteiarbeit. Darin sehen wir, die wir für die Finanzierung zuständig sind, unsere Hauptaufgabe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine andere Aufgabe hat uns aber der politische Gegner mit seiner Agitation unter dem Schlagwort "Das große Geld" beschert. Finanzierungsarbeit ist zu einem unverzichtbaren Teil unserer politischen Arbeit, ist zu einem unverzichtbaren Teil der politischen Auseinandersetzung auch des nächsten Jahres geworden. Man will den Geist von 1972 wieder zu neuem Leben erwecken, und man will uns den Geruch anhängen, als seien wir die "Partei des großen Geldes". Meine Freunde, nicht zuletzt durch die Beitragsneuregelung, über die wir später zu beraten haben, wollen wir diese Verleumdungskampagne, die unter dem Stichwort "Das große Geld" geführt wird, zum Platzen bringen.

Die Art und Weise unserer Finanzierungsarbeit ist Teil unserer politischen Glaubwürdigkeit. Hierin dürfen wir uns von niemandem übertreffen lassen. Mittelherkunft und Mittelverwendung können Parteien einfach nicht nach dem Motto behandeln: Von Geld spricht man nicht. - Wenn wir hier nicht selber klipp und klar Auskunft geben, erhalten andere nur die Gelegenheit, nach ihrer verleumderischen Manier zu verfahren.

(Beifall)

Meine Freunde, dieser Parteitag steht unter dem Leitwort "Alternative '76". Das dazugehörige Stichwort im Bereich der Finanzierung lautet "Fonds '76". Meine Zielvorgabe heißt: Aus diesem "Fonds '76" werden die gemeinsam zu finanzierenden Maßnahmen bestritten werden. Das sind in allererster Linie die Aktionen an der Parteibasis. Bundesfinanzausschuß und Bundes-

finanzkommission werden dafür nach der Sommerpause ein konkretes Programm vorgelegt bekommen.

Wir sind sicher, daß unsere Mitglieder ebenso wie die Freunde der Union sich 1976 auch finanziell für die Ziele der Union engagieren werden. Der Einsatz und die Opfer unserer Mitglieder und Freunde sollen für jedermann beispielhaft sein. Daher muß dieser Mannheimer Parteitag, wie ich meine, die ersten sichtbaren Zeichen für die Finanzierung '76 setzen. Eine große Aufgabe ist uns gestellt. Wir werden sie aus der Motivation heraus bewältigen, daß es auch bei diesem Teil unserer Arbeit um eine bessere Politik für Deutschland geht.

(Beifall)

Prof. Dr. Fritz Beske, Tagungspräsidium: Ich danke unserem Bundesschatzmeister Walther Leisler Kiep für seinen Bericht. Der Parteitag dankt Ihnen, Herr Walther Leisler Kiep, für die persönliche Initiative, die zu dieser erfolgreichen Bilanz unserer Finanzen geführt hat.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das Präsidium schlägt Ihnen vor, die Aussprache über den Bericht des Bundesschatzmeisters mit der Aussprache über den Bericht der Rechnungsprüfer zu verbinden. Ich gehe davon aus, daß Sie mit diesem Verfahren einverstanden sind.

Wir kommen damit zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Bericht der Rechnungsprüfer

Ich erteile unserem Freund Erik Blumenfeld das Wort.

Erik Blumenfeld: Herr Präsident! Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß wir trotz des frühen Zeitpunktes unseres Parteitages den Bericht über die Rechnungsprüfung des Jahres 1974 heut erstatten können. Herr Horten und ich haben in eingehenden Besprechungen mit dem Bundesschatzmeister, seinen Mitarbeitern und dem vereidigten Wirtschaftsprüfer seinen Bericht und die Rechnungslegung behandelt. Ich kann Ihnen bestätigen, daß der Prüfungsbericht den Vermerk des Wirtschaftsprüfers über die Gesamtprüfung trägt und daß auch das nach dem Gesetz erforderliche Testat vorliegt.

Die Prüfung von Herrn Horten und mir kann und soll sich nicht auf einzelne Konten beziehen. Das ist Aufgabe des Wirtschaftsprüfers. Dem Herrn Wirtschaftsprüfer möchte ich hier eine gewissenhafte und übersichtliche Darstellung bescheinigen.

Unsere Aufgabe ist es, dem Parteitag einige uns wesentlich erscheinende Informationen und Hinweise zu geben. Die dem Prüfungsbericht zugrunde liegende Bilanz trägt das Datum vom 31. Dezember 1974 und schließt mit einer Bilanzsumme von 10 839 000 DM ab. Der Prüfungsbericht erstreckt sich auch auf die vom Bundesschatzmeister unmittelbar verwalteten Konten und erfaßt damit sämtliche Vorgänge einschließlich der Vermögensrechnung und gibt uns Gewißheit über die ordnungsgemäße Abwicklung aller Geschäfte.

Die Konsolidierung der Finanzen der Bundespartei, von der der Bundesschatzmeister eben berichtet hat, hat im Berichtsjahr in der Tat weitere erhebliche Fortschritte gemacht. Zum 31. Dezember des vergangenen Jahres konnten in der Vermögensrechnung erstmals wieder Eigenmittel in Höhe von nahezu 2 Millionen DM ausge-

wiesen werden. Ich rufe in Erinnerung, daß die Vermögensrechnung seit 1969 stets mit einer Überschuldung abgeschlossen hat, die 1973 noch rund 1,2 Millionen DM betragen hat. Die Altschulden, d. h. die Schulden der Bundespartei, die aus den Jahren 1969 und folgende resultieren, betragen per 31.12.1974 - auch das möchten die Rechnungsprüfer bestätigen - noch 4,2 Millionen DM. Sie setzten sich im wesentlichen aus den Verbindlichkeiten gegenüber den Kreditinstituten zusammen. Ich möchte hier lobend und dankend erwähnen, daß die Landesverbände sich mit einem Betrag von insgesamt weit über 3 Millionen DM an der Tilgung der Altschulden beteiligt haben. Die endgültige Tilgung soll bis zum 31. 12. 1975 abgewickelt sein. Da die Entwicklung des Haushalts der Bundesgeschäftsstelle für 1975 bisher im Rahmen der Etatansätze und der Liquiditätsplanung erfolgt, können wir davon ausgehen - wir haben uns davon überzeugt -, daß dieses Ziel auch erreicht werden wird. Meine verehrten Parteifreunde, mit anderen Worten: Unsere Partei wird Ende dieses Jahres schuldenfrei sein.

(Beifall)

Das ist ein hochehrfreulicher Tatbestand, den wir im wesentlichen der geordneten, unermüdlchen und verdienstvollen Tätigkeit des Bundesschatzmeisters zu verdanken haben.

(Beifall)

Ich möchte jedoch gleich hinzufügen - sicherlich ist das im Sinne des Bundesschatzmeisters und auch des Bundesvorstandes -, daß dieses angesichts der großen Aufgaben, die vor uns stehen, nur eine Mahnung sein kann, in einer sehr straffen Erfassung der Kosten, weiterer Rationalisierung und dem unermüdlchen Werben um mehr Mitglieder und damit mehr Mitgliedsbeiträge nicht nachzulassen, damit wir fest auf eigenen Füßen stehen können.

Denn der Rückgang der Spendeneinnahmen - er wurde von Walther Kiep soeben aufgezeigt; ich wiederhole: Im Jahre 1973 waren es noch 14 Millionen, im Jahre 1974 nur etwas über 7 1/2 Millionen DM - macht einmal mehr die besondere Bedeutung auch der Wahlkampffinanzierung deutlich, und der Bundestagswahlkampf steht uns bevor.

Wir haben uns sehr eingehend mit den Beteiligungen und langfristigen Forderungen unserer Partei befasst, die ja auch ein großes Wirtschaftsunternehmen ist, und haben hierzu wie auch zu den Entwicklungen der einzelnen Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung dem Bundesvorsitzenden und dem Generalsekretär einen in Einzelheiten gehenden deutlichen Brief geschrieben, dessen vertraulicher Charakter es mir verbietet, mehr dazu zu sagen. Wir betrachten jedoch - das möchte ich hier sagen - sehr kritisch die Entwicklung der Personalkosten und werden auch in Zukunft immer wieder darauf verweisen. Ebenso bereiten uns Informations- und Werbeaufwendungen der Höhe nach und vor allen Dingen in ihrem Verhältnis zum erreichbaren Nutzen Sorgen und sollten uns alle zu kritischem Nachdenken veranlassen. Auch die Koordination der Arbeiten zwischen der Bundesgeschäftsstelle und der Bundestagsfraktion sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung gehört hierzu. Eine bessere Abstimmung ist dringend geboten.

Das gleiche gilt nach den Erfahrungen des Jahre 1974 und der davorliegenden Jahre für die Flut von Veranstaltungen, welche die Bundespartei finanziell in großem Umfang zu tragen hat. Ich denke dabei sowohl an sogenannte Kongresse als auch an Ausschuß- und Arbeitskreistagungen. Meine Freunde, die Zahl ist im Blick auf Effizienz zu prüfen und zu reduzieren.

Lassen Sie mich zusammenfassend sagen: In Anbetracht der nach wie vor kritischen wirtschaftlichen Entwicklung und der politischen Situation unserer Bundespartei dürfen die Spendenerwartungen der kommenden Monate und Jahre keineswegs zu hoch angesetzt werden. Es muß darüber hinaus sichergestellt werden, daß sowohl die zukünftigen Haushalte der Bundesgeschäftsstelle als auch der Wahlkampfetat genügend Flexibilität enthalten, um auch Einschränkungen vornehmen zu können.

Wir stimmen mit dem Bundesschatzmeister in der mittel- und langfristigen Zielsetzung für die Finanzierungsarbeit einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung sowie darin überein, daß es eine Neuverschuldung wie in der Vergangenheit nicht mehr geben darf.

(Vereinzelter Beifall)

Nach diesen Feststellungen beantrage ich hiermit die Entlastung des Bundesvorstandes und insbesondere des Bundesschatzmeister.

(Beifall)

Prof. Dr. Fritz Beske, Tagungspräsidium: Wir danken Herrn Blumenfeld und Herrn Horten für ihre Arbeit und für ihren Bericht, der erfreulicherweise auch bereits die Abschlußrechnung des Jahre 1974 enthielt.

Wir treten nunmehr in die Aussprache zu den Berichten des Bundesschatzmeisters und der Rechnungsprüfer ein. - Ich sehe keine Wortmeldungen.

(Beifall)

Die Entlastung auch hinsichtlich der Finanzen wird zusammen mit der Entlastung des Bundesvorstandes erteilt. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgehandelt.

Meine Damen und Herren, es ist Entlastung für 1973 und 1974 beantragt. Wer für die Entlastung ist, den bitte ich um Erhebung der Stimmkarte. - Ich danke Ihnen. Gegenprobe! - Ich danke Ihnen. Enthaltungen? - Damit ist dem Bundesvorstand hinsichtlich des Finanzberichts bei Stimmenthaltung des Bundesvorstands Entlastung erteilt. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt 13:

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Den Bericht erstattet der Geschäftsführer des Landesverbandes Hessen, unser Freund Manfred Kanther.

Manfred Kanther: Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Es sind 728 Delegierte und 2 Ehrenvorsitzende stimmberechtigt. Von den 730 Personen waren um 15 Uhr 710 anwesend. Von den 50 Delegierten der Exil - CDU mit eingeschränktem Stimmrecht waren um 15 Uhr 49 anwesend. Der Parteitag ist von der Zahl der Anwesenden her beschlußfähig.

Prof. Dr. Fritz Beske, Tagungspräsidium: Ich danke für den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Damit ist der Tagesordnungspunkt 13 abgehandelt.

Der Tagesordnungspunkt 14 ist vorgezogen worden und damit ebenfalls abgehandelt.

Meine Damen und Herren, um 16 Uhr ist die Einreichungsfrist für Kandidatenvorschläge zur Wahl von stellvertretenden Vorsitzenden abgelaufen. Es sind folgende Damen und Herren vorgeschlagen worden:

Dr. Alfred Dregger,
(Beifall)

Heinrich Köppler,
(Beifall)

Dr. Hans Filbinger,
(Beifall)

Dr. Gerhard Stoltenberg,
(Beifall)

Hans Katzer,
(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex,
(Beifall)

Ich gehe davon aus, daß die genannten Kandidaten ihre Kandidatur annehmen.

Ich darf darauf aufmerksam machen, daß die Meldefrist für Kandidatenvorschläge zur Wahl der weiteren 20 Mitglieder des Bundesvorstandes um 17.30 Uhr abläuft.

Meine Damen und Herren, in der nächsten Plenarsitzung - wir werden die Zeit, wann wir fortfahren, sofort festlegen - werden wir die Wahlen zum Bundesvorstand vornehmen. Der Parteitag kann entscheiden, ob er bestimmte Wahlgänge in Kabinen im Hintergrund der Bühne vornehmen will oder ob er das Wahlergebnis für genügend gesichert hält, wenn alle Stimmzettel von den Delegierten an ihren Plätzen ausgefüllt und diese Stimmzettel von, wie ich gestehe, sehr charmanten Hostessen eingesammelt werden.

(Beifall)

Ich nehme an, daß Ihr Beifall beidem galt, sowohl dem zweiten Verfahren als auch den Hostessen.

Ich lasse jetzt über das Verfahren bei den einzelnen Wahlgängen besonders abstimmen. Da es sich bei beiden Verfahren - ich betone dies - um eine geheime Abstimmung handelt, genügt für die Entscheidung über das technische Verfahren die relative Mehrheit für eines der beiden Verfahren in offener Abstimmung.

Ich lasse nunmehr darüber abstimmen, ob im Gegensatz zum Einsammeln der Stimmzettel Kabinenwahl gewünscht wird oder nicht. Ich stelle die Frage: Wer dafür ist, daß die Wahl des Vorsitzenden in Stimmkabinen vorgenommen wird, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe 2 oder 3 Stimmen für Kabinenwahl. Gegenprobe! - Ich danke Ihnen. Enthaltungen? - Damit ist für die Wahl des Vorsitzenden das Verfahren Einsammeln der Stimmzettel angenommen worden.

Wir kommen zur nächsten Abstimmung. Wer dafür ist, daß die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden in Stimmkabinen vorgenommen wird, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe zwei oder drei Stimmen. Ich danke Ihnen. - Gegenprobe! - Das ist die überwiegende Mehrheit. Enthaltungen? - Ich danke Ihnen. Damit wird die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden ebenfalls durch Einsammeln der Stimmzettel durchgeführt.

Wir kommen zur nächsten Abstimmung. Wer dafür ist, daß die Wahl des Bundesschatzmeisters in Stimmkabinen vorgenommen wird, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe drei oder vier Stimmen. Ich danke Ihnen. Gegenprobe! - Ich danke Ihnen. Stimmenthaltungen? - Damit wird die Wahl des Bundesschatzmeisters durch Einsammeln der Stimmzettel vorgenommen.

Wir kommen zur nächsten Abstimmung. Wer dafür ist, daß die Wahl der 20 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes in Stimmkabinen vorgenommen wird, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich sehe zwei oder drei Stimmen. Ich danke Ihnen. Gegenprobe! - Ich danke Ihnen. Enthaltungen? - Damit wird die Wahl der 20 weiteren Mit-

glieder des Bundesvorstandes durch Einsammeln der Stimmzettel vorgenommen.

Meine Damen und Herren, wir haben damit vor der Zeit die bis zur Pause vorgesehenen Tagesordnungspunkte abgewickelt.

Ich danke Ihnen noch einmal dafür, daß Sie etwas für Ihre Gesundheit getan und im wesentlichen nicht geraucht haben; ich empfehle, dies weitgehend fortzusetzen.

Ich schlage Ihnen vor, daß wir eine halbe Stunde unterbrechen und die Sitzung pünktlich um 17.15 Uhr wieder aufnehmen.

Die 2. Plenarsitzung ist damit beendet und die Sitzung unterbrochen.

(Schluß der 2. Plenarsitzung: 16.45 Uhr)

Montag, 23. Juni 1975

3. Plenarsitzung

Beginn: 17.17 Uhr

Heinz Soënius, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 3. Plenarsitzung.

Mir ist zur Zeit nicht bekannt, ob die Verhandlungen in die umliegenden Räume übertragen werden. Wenn das nicht der Fall sein sollte, bitte ich die Ordner, dort darauf hinzuweisen, daß wir jetzt in der Tagesordnung fortfahren.

Ich rufe deshalb Tagesordnungspunkt 15 auf:

Neuwahl des Bundesvorstandes

Meine Damen und Herren, nach § 29 Buchstabe b Abs. 1 des Statuts müssen die Wahlen zum Bundesvorstand in vier getrennten Wahlgängen vorgenommen werden. Die Tagesordnung sieht vor: 15.1 Wahl des Vorsitzenden,

(Zurufe: Lauter!)

15.2. Wahl der fünf stellvertretenden Vorsitzenden, 15.3 Wahl des Bundesschatzmeisters, 15.4 Wahl der weiteren 20 Mitglieder des Bundesvorstandes.

(Wiederholte Zurufe: Lauter!)

- Meine Damen und Herren, Sie würden es mir erleichtern, überall verständlich zu sein, wenn etwas mehr Ruhe im Saal wäre.

§ 43 des Statuts besagt: Die Wahlen der Mitglieder des Bundesvorstandes sind geheim und erfolgen durch Stimmzettel. Bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen zählen für die Feststellung der Beschlußfähigkeit mit, jedoch nicht für die Ermittlung der Mehrheit. Ziffer 9 Abs. 2 der Verfahrensordnung für den 23. Bundestag lautet: "Bei allen Wahlen und Abstimmungen zählen Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen für die Feststellung der Beschlußfähigkeit mit, jedoch nicht für die Ermittlung der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen."

Für die Wahl des Vorsitzenden rufe ich den weißen Stimmzettel Nr. 1 auf. Vor der Pause haben wir beschlossen, wie die Stimmgabe erfolgt, nämlich auf Ihren Plätzen. Auf den Stimmzetteln können Sie den Namen des Kandidaten oder "ja" schreiben, wenn Sie ihn wählen wollen. Wenn Sie ihn nicht wählen wollen, schreiben Sie "nein". Wenn Sie sich enthalten wollen, lassen Sie den Stimmzettel unbeschriftet oder schreiben "Enthaltung" auf den Stimmzettel. Stimmzettel, die einen anderen Namen als den des Kandidaten tragen, und Stimmzettel in einer anderen Farbe und mit einer anderen Nummer sind ungültig.

Nach der letzten Feststellung der Mandatsprüfungskommission sind 725 Delegierte wahlberechtigt. Die Delegierten der Exil-CDU sind nach § 28 Abs. 3 des Statuts nicht wahlberechtigt.

Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag für die Wahl des Bundesvorsitzenden vorliegen: Herr Dr. Helmut Kohl.

(Beifall)

Wir treten in die Wahlhandlung ein. Ich darf Sie noch bitten, den Hostessen, die die Stimmzettel einsammeln, ihre Stimmkarte vorzuzeigen.

Meine Damen und Herren, wir sind in der Wahlhandlung. - Ich weise noch einmal darauf hin: Der Wille des Wählers muß erkennbar sein. Bei der Wahl können Sie auf den Stimmzettel sowohl den Namen des Kandidaten als auch "ja" schreiben.

Ich bitte, mit der Einsammlung zu beginnen. -

Meine Damen und Herren, ist ein Delegierter im Saal, der noch kein Gelegenheit hatte, seinen Stimmzettel abzugeben? - Wenn das nicht der Fall ist, schließe ich die Wahlhandlung und bitte, mit dem Auszählen zu beginnen.

Meine Damen und Herren, ich bitte jetzt die Landesgeschäftsführer bzw. ihre Vertreter, die Stimmzettel für die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden im Büro der Organisationsleitung abzuholen. Ich unterbreche die Plenarsitzung für 15 Minuten und bitte Sie, pünktlich wieder die Plätze einzunehmen.

(Unterbrechung von 17.36 bis 17.48 Uhr)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Ich eröffne die unterbrochene Sitzung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis der Wahl zum Bundesvorsitzenden bekannt: Abgegebene Stimmen 707. Enthalten haben sich 6, mit Nein stimmten 5 Delegierte. Für Herrn Dr. Kohl wurden 696 Stimmen abgegeben.

(Lang nahaltender stürmischer Beifall)

Herr Dr. Kohl, ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl an?

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich nehme die Wahl an und danke Ihnen für Ihr Vertrauen. Ich will ganz einfach sagen: Stehen wir zusammen, und helf Sie mir auf diesem Wege, der ein schwerer Weg sein wird. Aber wenn es unser gemeinsamer Weg wird, wird es ein siegreicher Weg für unser Land sein.

(Erneuter stürmischer Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Herr Dr. Kohl, lassen Sie mich Ihnen die Glückwünsche dieses Parteitages sagen. Unser Leitmotiv heute "Alternative '76 CDU" ist dadurch auch für Sie als Kanzlerkandidat eindrucksvoll bestätigt worden.

(Beifall)

Diese Wahl für zwei Jahre als Vorsitzender ist mehr als die Wahl zum Bundesvorsitzenden der CDU. Die beiden Jahre werden für die CDU und für Sie harte Arbeit mit sich bringen, aber nicht nur Arbeit, auch Angriffe, wie wir aus der Vergangenheit, insbesondere aus der jüngsten Vergangenheit wissen. Meine Damen und Herren, jeder braucht die Solidarität. Die Solidarität dieses Parteitages und der CDU wollte ich Ihnen zusichern. Wir wünschen Ihnen Glück und Erfolg und besonders Gesundheit. Ein herzliches Glückauf, Herr Dr. Kohl!

(Beifall - Folgt Intonation eines Jagdsignals - erneuter starker Beifall und lebhaftes Zurufe: Zugabe! - Folgt Intonation eines weiteren Jagdsignals - Dr. Helmut Kohl bekommt Blumen überreicht und wird allseits beglückwünscht - Anhaltender starker Beifall)

- Nach dem musikalischen Glückwunsch noch einmal: Waidmannsheil, Herr Dr. Kohl!

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich rufe Tagesordnungspunkt 15.2 auf:

Neuwahl der fünf stellvertretenden Vorsitzenden

Meine Damen und Herren, die Landesgeschäftsführer haben die Stimmzettel verteilt, auf denen alle Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt sind. Hat jeder der Delegierten einen Stimmzettel? - Es erhebt sich kein Widerspruch.

Nach § 43 Abs. 2 Satz 3 des Statuts müssen mindestens vier Namen der vorgeschlagenen Kandidaten angekreuzt werden. Stimmzettel, auf denen weniger als vier oder mehr als fünf der zu wählenden Kandidaten angekreuzt sind, sind ungültig.

Ich eröffne den Wahlgang zur Wahl der fünf stellvertretenden Vorsitzenden und bitte die Damen, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Haben alle Delegierten Gelegenheit gehabt, ihren Stimmzettel abzugeben? - Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann schließe ich die Wahlhandlung.

Zu Tagesordnungspunkt 15.2 gebe ich Frau Laurien Gelegenheit zu einer persönlichen Bemerkung.

Frau Dr. H.-R. Laurien (mit Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich fühle mich auf Grund zahlreicher Anfragen, die mich ganz besonders auch in den letzten Stunden erreicht haben, verpflichtet, eine kurze Erklärung abzugeben. Die erste Bemerkung: Meine Entscheidung, daß ich jetzt nicht für eine Kandidatur zur Verfügung stehen kann, ist wohlüberlegt und begründet.

Die zweite Bemerkung: Ich bedanke mich für das Vertrauen, das ich hier und in den Tagen zuvor erfahren durfte.

Die dritte Bemerkung: Meine Damen und Herren, die Arbeit in dieser Partei auf allen Ebenen und mit Elan und Einsatzbereitschaft wird durch solche Entscheidungen gestärkt und nicht geschwächt.

(Beifall)

Heinz Soënius, Tagungspräsidium: Wir setzen die Beratungen fort.

Ehe wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, lese ich Ihnen die bis 17.30 Uhr nach der heute morgen angenommenen Verfahrensordnung vorgeschlagenen Kandidaten für die 20 Beisitzer vor. Die Stimmzettel dafür werden nachher eingesammelt. Ich sage Ihnen schon vorweg folgendes: Nach der gleichen beschlossenen Verfahrensordnung ist der von den sechs für die Wahl zu Stellvertretern vorgeschlagenen Kandidaten Nichtgewählte automatisch auch als Kandidat für die Beisitzer vorgeschlagen. Deshalb muß mit der Anfertigung des Stimmzettels abgewartet werden, bis das Ergebnis der Wahl zu den stellvertretenden Vorsitzenden vorliegt.

Weiter liegt folgende Liste vor:

Badeck, Georg	Scherer, Werner
Benedix, Ursula	Schmöle, Hans-Werner
Bismarck, Dr. Philipp von	Schröder, Dr. Gerhard
Blüm, Dr. Norbert	Schwarz-Schilling, Dr. Christian
Echternach, Jürgen	Vogel, Dr. Bernhard
Griesinger, Annemarie	Vogel, Friedrich
Hahn, Prof. Dr. Wilhelm	Waffenschmidt, Dr. Horst
Hasselmann, Wilfried	Wallmann, Dr. Walter
Lampersbach, Egon	Weizsäcker, Dr. Richard von
Langguth, Gerd	Windelen, Heinrich
Lorenz, Peter	Wissmann, Matthias
Neumann, Bernd	Wörner, Dr. Manfred
Rawe, Wilhelm	Zeitel, Prof. Dr. Gerhard
Ritz, Dr. Burkhard	

Hinzu kommt noch einmal der bei der Stellvertreterwahl nicht gewählte Kandidat.

Ferner weise ich darauf hin, daß unter Umständen eine Stichwahl notwendig sein kann, auch bei den Stellvertretern, da ja die Kandidaten die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen haben müssen. - Zur Geschäftsordnung!

Hartmut Brausewetter, Tübingen: Um die Pause zu nutzen, schlage ich vor, daß sich die Kandidaten für die Beisitzerwahl, die bereits feststehen, jetzt kurz vorstellen.

(Beifall)

Heinz Soénus, Tagungspräsidium: Das Verfahren ist bereits auf dem letzten Parteitag in Bonn so durchgeführt worden. Es ist lediglich die Frage des Zeitpunktes, ob wir das jetzt oder vor der Wahl tun sollten. Darüber können wir hier befinden. Unter dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit kann die Vorstellung eigentlich erst dann erfolgen, wenn alle Kandidaten feststehen. Ich schlage Ihnen vor, daß wir die Vorstellung vor Eintritt in die Wahl machen. Dann haben Sie die Kandidaten bei Ihrer Stimmabgabe optisch vor Augen.

(Widerspruch)

- Es erhebt sich Widerspruch. Dann stimmen wir darüber ab, ob wir das jetzt oder gleich tun sollen.

(Erneuter Widerspruch)

- Habe ich den Widerspruch so zu verstehen, daß Sie auf eine Vorstellung überhaupt verzichten wollen?

(Wiederholter Widerspruch)

- Jetzt gleich? - Wir beginnen dann, wenn es so gewünscht wird, mit der Vorstellung. Ich darf die Kandidaten bitten, sich ganz kurz - in einer Minute vorzustellen. Wir beginnen mit Herrn Georg Badeck. Ich darf die weiteren Kandidaten bitten, schon jetzt nach vorn zu kommen. - Bitte schön, Herr Badeck!

Georg Badeck, CDA: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Name ist Georg Badeck. Ich bin 36 Jahre alt, verheiratet und habe zwei Kinder. Von Beruf bin ich Betriebs-

schlosser. Diesen Beruf habe ich in der Hoechst AG erlernt. Ich habe in diesem Beruf bis 1967 gearbeitet. Seitdem bin ich freigestelltes Betriebsratsmitglied und auch Mitglied des Gesamtbetriebsrats dieses Konzerns.

Seit 1970 gehöre ich dem Hessischen Landtag an. Mein Mandat habe ich bei der letzten Landtagswahl in meinem Wahlkreis im Ballungsraum Rhein-Main mit einem Stimmenanteil von 53 % gewinnen können. Ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Danke schön! Frau Benedix, bitte!

Frau Ursula Benedix: Ich heiße Ursula Benedix und komme aus Uelzen in der Lüneburger Heide. Ich stamme aus Schlesien. Von Hause aus bin ich Diplomhandelslehrerin. Ich war 15 Jahre an Kreisberufsschulen tätig. Mein politisch-parlamentarischer Weg: neun Jahre im Rat der Stadt, fünf Jahre im Niedersächsischen Landtag, jetzt in meiner ersten Legislaturperiode im Bundestag. Schwerpunkte meiner Arbeit sind berufliche Bildung und politische Bildung, weil ich der Meinung bin, daß dieses das zentrale Feld der geistigen Auseinandersetzung ist und wir in diesem Bereich sehr viel Terrain zurückgewinnen müssen.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Herr Dr. von Bismarck!

Dr. Philipp von Bismarck: Philipp von Bismarck, sechs Kinder, sechs Schwiegerkinder, neun Enkelkinder;

(Beifall)

seit 1961 in unserer Arbeit, beginnend mit der Arbeit im Evangelischen Arbeitskreis; bemüht, das Fundament der Union, die Gemeinsamkeit der großen Konfessionen, zu stärken; seit 1969 im Bundestag; hier und im Bundesvorstand vor allem darum bemüht, die Soziale Marktwirtschaft sowohl in ihrer sozialen Verflechtung als auch in ihrer ethischen Untermauerung zu stärken, besser erkennbar zu machen und allen Bürgern besser zu verkaufen. Ich habe mich sehr gefreut, daß unserem Vorsitzenden in so neuer Weise zur Jagd geblasen wurde. Ich bitte um Ihr Vertrauen, damit ich mich auch in Zukunft daran beteiligen kann, die roten Hirsche zu jagen.

(Heiterkeit und Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Danke schön! Herr Dr. Blüm, bitte!

Dr. Norbert Blüm: Norbert Blüm, im Jagen wenig erfahren.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich gehöre dem Bundesvorstand der CDU/CSU seit 1969 an, bin Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1972, Mitglied der Sozialausschüsse und möchte meine Mitarbeit im Bundesvorstand mit Ihrer Zustimmung auf der gleichen Linie wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft fortführen.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Herr Echternach, bitte!

Jürgen Echternach: Meine Damen und Herren! Ich bin Vorsitzender des Hamburger Landesverbandes und damit Vorsitzender des Landesverbandes, der alle vier Jahre nach der Bundestagswahl den Reigen der Landtagswahlkämpfe eröffnet. Gerade bei der letzten Hamburger Wahl hat sich gezeigt, wie gut und wichtig die enge Zusammenarbeit zwischen dem Bundesvorstand und dem Hamburger Landesverband ist - und damit auch die Mitwirkungsmöglichkeit unseres relativ kleinen Landesverbandes im Bundesvorstand. Mein besonderes Interesse gilt der Medienpolitik, vor allem der kritischen Beobachtung der Rundfunk- und Fernsehanstalten. Wir haben in den letzten Jahren gerade in dem Aufsichtsorgan der Rundfunk- und Fernsehanstalt, dem ich angehöre, versucht, einiges von dem aufzuarbeiten, was wir in der Vergangenheit - auch als CDU - versäumt haben. Die Programme der Rundfunk- und Fernsehanstalten bestimmen immer stärker die Wahlergebnisse. Um so notwendiger ist es, daß wir der Einseitigkeit und Unausgewogenheit weiterer Programmteile noch entschiedener entgegenzutreten. Dazu gehört auch eine systematische und kontinuierliche Beobachtung der Programme der Rundfunk- und Fernsehanstalten durch die Bundesgeschäftsstelle. Ich meine, daß wir in dieser Hinsicht einiges versäumt und somit einiges aufzuarbeiten haben. Für diese Aufarbeitung möchte ich mich bei der weiteren Arbeit im Bundesvorstand in besonderer Weise einsetzen. Ich bitte Sie um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Danke schön! Frau Griesinger, bitte!

Frau Minister Annemarie Griesinger: Annemarie Griesinger, geboren und aufgewachsen in der Kleinen Reichsstadt Markgröningen bei Stuttgart. Ich hatte das große Glück, fünf ältere Brüder zu haben, die mir die beste Vorbereitung für meine spätere parlamentarische Arbeit gaben.

(Beifall)

Ich habe das Glück, überhaupt nur auf der Welt zu sein, weil meine Eltern den Mut nicht verloren hatten, nach den fünf Burschen vielleicht auch noch ein Mädchen zu bekommen.

(Heiterkeit)

Ich bin durch meinen Mann in die Politik gekommen. Von 1964 bis 1972 war ich Mitglied des Deutschen Bundestages. In die Parteiarbeit bin ich über die Junge Union gekommen. Ich hatte das große Glück, daß meine Parteifreunde mich als Kandidatin für die Bundestagswahl 1969 aufzustellen wagten, und das noch größere Glück, beweisen zu dürfen, daß auch wir Frauen der anderen Partei einen Wahlkreis abgewinnen können. Es ist der Wahlkreis Ludwigsburg gewesen.

(Beifall)

Seit 1972 bin ich nunmehr Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung in Baden-Württemberg, und diese Arbeit macht mir ausgesprochene Freude.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Griesinger!
Herrn Professor Dr. Hahn!

Professor Dr. Wilhelm Hahn: Mein Name ist Wilhelm Hahn. Ich bin im Baltikum geboren und in Westfalen aufgewachsen. Ich bin Professor der evangelischen Theologie gewesen. Seit 1964 bin ich Kultusminister in Baden-Württemberg und damit der dienstälteste Kultusminister in der Bundesrepublik Deutschland. Sie wissen wahrscheinlich, daß ich mancherlei Kämpfe hinter mir habe. Wir sind im Augenblick dabei, die Bildungspolitik der CDU als eine echte Alternative zu der in den letzten Jahren vertretenen Politik neu zu formulieren. Auch ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Hahn! Herr Hasselmann, bitte!

Wilfried Hasselmann: Wilfried Hasselmann, verheiratet, 50 Jahre alt, zwei Jungen; Vorsitzender der CDU-Niedersachsen, zur Zeit Oppositionsführer; absolute Mehrheit der SPD gebrochen, durch das Verhalten der FDP mit einer Stimme Abstand nicht an der Regierung; wir holen das nach, wir bleiben am Gegner. Ich bitte um ihr Vertrauen.

(Heiterkeit und Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Hasselmann!
Herr Lampersbach!

Egon Lampersbach: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich kandidiere als Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung und bitte um Ihr Vertrauen, um mit dem Etikettenschwindel sogenannter liberaler Formeln der FDP mehr und besser aufzuräumen zu können. Wir brauchen Ihre Unterstützung, um einen breit gefächerten Mittelstand in der Bundesrepublik zur Erhaltung der Freiheit zu bewahren.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Lampersbach!
Herr Langguth!

Gerd Langguth: Mein Name ist Gerd Langguth, Jahrgang 1946. Ich habe mich als bisher jüngstes Mitglied des Bundesvorstandes nach Ablegung des Examens erneut entschlossen, für dieses Amt zu kandidieren, weil ich der Auffassung bin, daß die bisherige Arbeit fortgesetzt werden soll. Schwerpunkt: Grundsatzarbeit. Ich bin auch Mitglied der Grundsatzprogramm-Kommission. Ich wurde vor allem vom RCDS, dessen langjähriger Vorsitzender ich war, deshalb für das Amt vorgeschlagen, weil wir der Auffassung waren, daß die dort gemachten Erfahrungen und die dort vollzogene schlagende Auseinandersetzung auch in den Bundesvorstand der CDU weitergeleitet werden sollten. Ich bitte deshalb um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Langguth!
Herr Lorenz!

Peter Lorenz (mit Beifall begrüßt): Liebe Freunde! Ich bin Peter Lorenz, geboren in Berlin, wo meine Familie schon seit vielen Generationen ansässig ist. Vor fast 30 Jahren bin ich in meiner Heimatstadt in die CDU eingetreten. Vor über 20 Jahren wurde ich Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, dessen Präsident ich zur Zeit bin. Vor über sechs Jahren wurde ich Landesvorsitzender

der Berliner CDU. Seit über drei Monaten bin ich in dieser Eigenschaft Chef der stärksten Partei meiner Heimatstadt.

(Beifall)

Nach meinem Verständnis komme ich aus einem Land der Bundesrepublik Deutschland.

(Lebhafter Beifall)

Die Berliner legen großen Wert darauf, daß das so bleibt. Daran will ich mitwirken.

(Erneuter Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Lorenz! Herr Neumann!

Bernd Neumann: Mein Name ist Bernd Neumann. Ich bin 33 Jahre alt, Fraktionsvorsitzender der CDU in der Bremischen Bürgerschaft und Spitzenkandidat meiner Partei bei einer Landtagswahl, die in drei Monaten stattfindet. Zugegeben, Bremen ist ein kleines Bundesland. Aber inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Sozialdemokraten auch unter Einbeziehung der Bundespolitik diese Wahl massiv dazu hochstilisieren wollen, daß ein Trendwechsel eingetreten sei. Wir sind mit einer jungen Mannschaft angetreten, die es unseren Freunden in den anderen Bundesländern nachmachen will, am 28. September in Bremen, im letzten Bundesland, die absolute sozialistische Mehrheit zu beseitigen.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Neumann! Herr Rawe!

Wilhelm Rawe: Liebe Freunde! Ich bin Willi Rawe, zur Zeit Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Ich bin seit 1965 im Bundestag. Leider habe ich in meinem Aufgabebereich keine sehr glanzvolle Aufgabe nach außen: ich bin für die Personal- und Wirtschaftsführung und für die Präsenz meiner Fraktion zuständig.

(Heiterkeit)

Ich habe früher im Haushaltsausschuß gearbeitet und war in der 6. Legislaturperiode Vorsitzender des 1. Untersuchungsausschusses, der Ihnen als "Paninter-Ausschuß" bekannt ist. Meine politische Arbeit hat im Jahre 1953 begonnen, als ich in meiner Heimatgemeinde die Junge Union gegründet habe. Ich war später sechs Jahre lang Landesvorsitzender der Jungen Union von Westfalen-Lippe.

Ich bin mit 14 Jahren ins Berufsleben eingetreten, habe mich, nachdem ich eine dreijährige Lehrzeit absolviert hatte, fünf Jahre lang als "Eisenbahnschwellenunterfüllungsdezernent" bezeichnet; Sie können das auch "Rottenarbeiter" nennen. Nebenher habe ich mich extern auf mein Abitur vorbereitet, dieses auch bestanden und nachher auch noch beide juristischen Staatsexamen absolviert.

Ich würde mich im Bundesvorstand dafür einsetzen, die Arbeit zwischen der Fraktion und der Partei zu vertiefen und zu verbessern, damit unsere Arbeit in der Fraktion noch schneller der Basis zugänglich gemacht werden kann.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Rawe! Herr Dr. Ritz!

Dr. Burkhard Ritz: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Burkhard Ritz, 43 Jahre, verheiratet, vier Kinder. Nach fünfjähriger Tätigkeit in einem Gemeindeparlament wurde ich im Jahre 1965 im Wahlkreis Lingen-Bersenbrück-Meppen in Niedersachsen in den Deutschen Bundestag gewählt. Schwerpunkte meiner Arbeit dort sind vor allem die Agrarpolitik und die Entwicklung der ländlichen Räume.

Ich bewerbe mich um einen Sitz im Bundesvorstand, um sicherzustellen, daß auch in Zukunft die Bedeutung der Landwirtschaft und der weiteren Entwicklung der ländlichen Räume von der CDU so gesehen wird, wie es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Ritz! Herr Scherer!

Werner Scherer: Meine sehr verehrten Freunde! Werner Scherer, 47 Jahre alt, dessenungeachtet nach Herrn Kollegen Hahn zweitdienstältester Kultusminister, seit 1973 Landesvorsitzender der CDU (Saar), seit dem 4. Mai darauf bedacht, die parlamentarische "Hängepartie" zu einem für uns guten Ergebnis zu bringen. Für den Fall, daß Sie mir durch Ihre Wahl die weitere Mitarbeit im Bundesvorstand ermöglichen, werde ich selbstverständlich wie bisher darum bemüht sein, dieses Ihr Vertrauen auch zu rechtfertigen.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Scherer! Herr Schmöle!

Hans-Werner Schmöle: Liebe Freunde, ich heiße Hans-Werner Schmöle, bin 33 Jahre alt und kandidiere für die Junge Union und den Landesverband Westfalen-Lippe. Ich bin seit der letzten Wahl im Bundesvorstand der CDU und seit 1972 im Deutschen Bundestag. Ich bin seit fünf Jahren Landesvorsitzender der Jungen Union Westfalen-Lippe. Ich habe die Junge Union Westfalen-Lippe mit einem Mitgliederstand von 7000 übernommen. Wir haben inzwischen über 40 000 Mitglieder, dazu noch eine Schülerunion mit über 7000 Mitgliedern. Ich möchte aus der Arbeit der Basis versuchen, die Probleme der jungen Generation auch im Vorstand weiter deutlich zu machen. Ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Schmöle! Herr Dr. Gerhard Schröder!

Dr. Gerhard Schröder (mit Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren! Meine Arbeit hat in der letzten Zeit hauptsächlich der aus-

wärtigen Politik gegolten. Ich bin Vorsitzender der außenpolitischen Kommission der Partei. Ich habe die Überzeugung, daß die auswärtige Politik für den Gewinn der Wahlen im nächsten Jahr eine ganz entscheidende Rolle spielen wird, und dabei möchte ich mitwirken.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Schröder! Herr Dr. Schwarz-Schilling!

Dr. Christian Schwarz-Schilling: Meine Freunde! Christian Schwarz-Schilling, 44 Jahre, verheiratet, zwei Kinder. Ich bin seit 1966 Mitglied des Hessischen Landtages, seit 1967 stellvertretender Landesvorsitzender und Generalsekretär der hessischen CDU. Seit 1969 gehöre ich dem Bundesvorstand an. Ich bin heute dort in der Grundsatzkommission und in der Unternehmensrechtskommission tätig. Außerdem bin ich vom Bundesvorstand als Mitglied der CDU beim Zweiten Deutschen Fernsehen entsandt worden, dem meine ganz besondere Aufmerksamkeit gilt.

(Heiterkeit und vereinzelter Beifall)

Ich bin stolz darauf, daß ich in der entscheidenden Zeit, als sich der hessische Landesverband mit einem Stimmenanteil von 26 % zur heute stärksten Partei im ehemals sozialistischen Land Hessen entwickelte, an führender Stelle mitwirken konnte. Ich bitte um Ihr Vertrauen, um diese Arbeit fortsetzen zu können, bis wir dort die Verantwortung übernommen haben.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Schwarz-Schilling! Herr Dr. Bernhard Vogel!

Dr. Bernhard Vogel (mit Beifall begrüßt): Mein Name ist Vogel, Bernhard. Ich wurde vor 42 Jahren in Göttingen geboren, bin in Bayern aufgewachsen und seit 22 Jahren in der Pfalz zu Hause. 1965 wurde ich in den Bundestag und später in den Rheinland-Pfälzischen Landtag gewählt. Ich bin dort Kultusminister und Vorsitzender des Bundeskulturausschusses. Im August letzten Jahres bin ich zum Landesvorsitzenden des Landesverbandes Rheinland-Pfalz gewählt worden und bewerbe mich für den Bundesvorstand, weil ich es gut finde, wenn die Landesvorsitzenden dort mitarbeiten dürfen.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Vogel! Herr Friedrich Vogel!

Friedrich Vogel: Meine Damen und Herren! Mein Name ist Vogel, Friedrich. Ich bin 46 Jahre alt, verheiratet und habe fünf Kinder. In der Bundestagsfraktion bin ich Vorsitzender des Arbeitskreises I - Rechts- und Innenpolitik -, ich bin Vorsitzender des "Bundesarbeitskreises christlich-demokratischer Juristen" und

habe meine wesentliche Aufgabe im Bereich der Rechtspolitik und in Fragen der inneren Sicherheit gesehen. Ich habe seit vier Jahren die Möglichkeit, im Bundesvorstand mitzuarbeiten, und würde mich freuen, wenn ich dazu weiter Gelegenheit hätte.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Vogel! Herr Dr. Waffenschmidt!

Dr. Horst Waffenschmidt: Meine lieben Freunde! Waffenschmidt, Horst, 42 Jahre alt, verheiratet, vier Kinder, von Beruf Rechtsanwalt, Mitglied des Deutschen Bundestages. Ich arbeite seit 14 Jahren aktiv in der Kommunalpolitik und bin seit 2 1/2 Jahren Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU.

Ich möchte im Bundesvorstand ganz besonders all die Aufgaben bearbeiten, die in unserer Partei für die Entwicklung unserer Politik in den Städten und Gemeinden entscheidend sind. Ich bin der Meinung, wenn wir hier unsere Vertrauensbasis verstärken und vergrößern, so, wie wir das in den letzten Jahren tun konnten, dann wird das eine wesentliche Hilfe auch für das Gewinnen der Bundestagswahl im nächsten Jahr sein. Für diese Arbeit, die ich gern im Bundesvorstand tun möchte, bitte ich um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Danke schön, Herrn Dr. Waffenschmidt. Herr Dr. Wallmann.

Dr. Walter Wallmann: Ich heiße Walter Wallmann, bin 42 Jahre, verheiratet, habe einen Sohn. Ich bin stellvertretender Landesvorsitzender der hessischen CDU. Von 1966 bis 1972 gehörte ich dem Hessischen Landtag an, war dort innenpolitischer Sprecher und Vorsitzender des Innenausschusses. Seit 1972 gehöre ich dem Deutschen Bundestag an. Im vergangenen Jahr hatte ich mich als Vorsitzender des Guillaume-Untersuchungsausschusses vor allen Dingen mit der Aufklärung dieser Spionageaffäre zu befassen. Ich bin nach wie vor in der Kommunalpolitik tätig; ich halte dieses für wichtig. Seit 1974 bin ich Stadtverordnetenvorsteher des Stadtparlaments in der Universitätsstadt Marburg an der Lahn.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Wallmann. Herr Dr. von Weizsäcker.

Dr. Richard von Weizsäcker (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Mein Name ist Richard von Weizsäcker, Jahrgang 1920, verheiratet, vier Kinder, von Beruf Rechtsanwalt. Ich gehöre dem Bundestag seit 1969 an. In der Partei liegt der Schwerpunkt meiner Tätigkeit in der Grundsatzprogrammkommission, deren Vorsitzender ich bin. Unser Verständnis vom Menschen und unsere Grundwerte herauszuarbeiten, ist die Wurzel unserer Solidarität, der Kern unserer Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und daher die Grundlage, um die Regierungsverantwortung in Bonn wieder zu übernehmen.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr von Weizsäcker. Herr Windelen!

Heinrich Windelen (mit Beifall begrüßt): Heinrich Windelen, Jahrgang 1921, Mitglied der Partei seit 1946, Mandatsträger seit 1947, jetzt stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundes-

tagsfraktion und des Landesverbandes Westfalen-Lippe. Es sind zwei politische Aufgaben, denen ich mich besonders verpflichtet fühle: einmal eine Politik der Verständigung und des Ausgleichs mit unseren östlichen Nachbarn unter Wahrung der Rechte auch unseres eigenen Volkes, zum anderen die Auseinandersetzung um mehr Ausgewogenheit bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Ich halte beide Aufgaben für wichtig, ich möchte sie gern weiter verfolgen. Ich wäre dankbar, wenn Sie dabei helfen würden.

(Beifall)

Heinz Soënius, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Windelen.
Herr Wissmann!

Matthias Wissmann (mit Beifall begrüßt): Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Matthias Wissmann, ich bin 26 Jahre alt und von Beruf Gerichtsreferendar. Ich sehe meine Hauptaufgabe im Blick auf die Wahlen 1976 darin, einen kleinen Beitrag zu leisten, um sicherzustellen, daß wir nicht nur die Mehrheit der Wähler, sondern auch die Mehrheit der jungen Generation für unsere Politik als CDU/CSU gewinnen.

(Beifall)

Ich kann und will Ihnen nicht versprechen, im Falle einer Wahl ein bequemes Mitglied des Bundesvorstandes zu sein. Ich kann Ihnen nur versprechen, einen konstruktiven Beitrag für unsere gemeinsame Sache leisten zu wollen.

(Beifall)

Heinz Soënius, Tagungspräsidium: Vielen Dank Herr Wissmann. Herr Dr. Wörner!

Dr. Manfred Wörner (mit Beifall begrüßt): Mein Name ist Manfred Wörner, ich bin 40 Jahre alt, verheiratet und von Beruf Jurist. Ich bin Sprecher der Bundestagsfraktion in verteidigungspolitischen Fragen und Vorsitzender der Landesgruppe Baden-Württemberg. Als Sprecher in verteidigungspolitischen Fragen habe ich nicht den Vorzug, ein Gebiet zu vertreten, das von sich behaupten kann, daß es sehr populär wäre. Und dennoch meine ich, daß die Verteidigungspolitik einen hohen und, wie ich meine, einen immer höheren Rang für sich beanspruchen kann angesichts der Gefahren, die im Augenblick über den Völkern Europas und ihrer Freiheit liegen. Das, was ich vor zwei Jahren versprochen hatte und was ich bei meiner letzten Wahl in den Bundesvorstand als Absicht zum Ausdruck gebracht hatte, nämlich dafür zu sorgen, daß diese Verteidigungspolitik in unserer Partei ihren Rang behalte, habe ich einzulösen versucht. Wir haben die strategische Diskussion in dieser Partei wieder aufgenommen. Die Verteidigungspolitik hat in dieser Partei ihren Platz. Wir haben in Koblenz versucht, unser Profil deutlich zu machen. Auch in der Mannheimer Erklärung finden Sie, daß die Sicherheitspolitik ihren Rang erhalten hat.

Lassen Sie mich mit einem Dank schließen: Während Leber und die Verteidigungspolitiker der SPD in dieser Partei zunehmend isoliert sind, darf ich für meine Freunde in der Arbeitsgruppe Verteidigung und für mich sagen, daß wir zunehmend Unterstützung und Solidarität in unserer Partei erfahren haben. Das freut uns, gerade weil wir das Gefühl haben, daß wir nicht immer populär sein können. Ich bitte Sie auch in Zukunft um Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Wörner. Herr Professor Dr. Zeitel!

Professor Dr. Gerhard Zeitel (mit Beifall begrüßt): Mein Name ist Gerhard Zeitel, ich bin Jahrgang 1927; verheiratet, vier Kinder. Ich bin Bezirksvorsitzender der CDU in Nordbaden, von Beruf Hochschullehrer. Meine besonderen Interessengebiete sind die Wirtschafts- und die Finanzpolitik. Ich bin für Gerechtigkeit in der Besteuerung, aber nicht dafür, daß die Leistungsfähigkeit und der Leistungswille untergraben werden. Ich bin für eine starke und geschlossene Mitte und möchte, daß wir nicht die Mehrheit nur in einer Bevölkerungsgruppe, sondern in allen Schichten unseres Landes und allen Altersgruppen gewinnen, so wie wir sie hier in Mannheim an der Universität, an der ich Rektor war, mit zwei Drittel für die CDU gehalten haben.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Professor Zeitel. Damit wäre die Vorstellung von B bis Z erledigt.

Wir erwarten in wenigen Minuten das Ergebnis der Wahlen zu den stellvertretenden Vorsitzenden. Ich rufe bis dahin schon den Punkt 15.3 - Bundesschatzmeister - auf.

(Zurufe)

- Das Ergebnis ist schon da! Dann ziehen wir die Bekanntgabe des Ergebnisses vor.

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis des Wahlgangs Nummer 2 - Wahl der stellvertretenden Bundesvorsitzenden - bekannt:

Abgegebene Stimmen	715
Ungültige Stimmen	4
Es erhielten:	
Herr Dr. Stoltenberg	640 Stimmen,
(Beifall)	
Herr Katzer	592 Stimmen,
(Beifall)	
Herr Dr. Filbinger	571 Stimmen,
(Beifall)	
Frau Dr. Wex	526 Stimmen,
(Beifall)	
Herr Köppler	473 Stimmen,
(Beifall)	

Frau Dr. Wex und die vier Herren sind damit gewählt. - Herr Dr. Dregger erhielt 433 Stimmen.

(Beifall)

Ich habe die Gewählten zu fragen, ob sie die Wahl annehmen. Herr Dr. Filbinger, nehmen Sie die Wahl an?

Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger: Ich nehme die Wahl an und danke für das Vertrauen.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Herr Dr. Stoltenberg?

Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg: Ich nehme die Wahl an und danke für das Vertrauen.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Herr Katzer?

Hans Katzer: Ich nehme die Wahl an.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Frau Dr. Wex?

Frau Dr. Helga Wex: Ich nehme die Wahl an.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Herr Köppler?

Heinrich Köppler: Ich nehme die Wahl an.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Den Gewählten gilt unser Glückwunsch. Viel Erfolg für die Arbeit in den nächsten beiden Jahren! Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 15.3:

Wahl des Bundesschatzmeisters

Vorgeschlagen ist zur Wiederwahl Herr Walther Leisler Kiep. Für die Wahl benutzen wir den Stimmzettel Nr. 2 in der Farbe beige.

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Den Gewählten gilt unser Glückwunsch. Viel Erfolg für die Arbeit in den nächsten beiden Jahren!

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 15.3:

Wahl des Bundesschatzmeisters

Vorgeschlagen ist zur Wiederwahl Herr Walther Leisler Kiep. Für die Wahl benutzen wir den Stimmzettel Nr. 2 in der Farbe beige. Sie können abstimmen mit "ja", "nein", oder "Enthaltung" oder indem Sie den Namen des Kandidaten Kiep, wenn Sie ihn wählen wollen, auf den Stimmzettel schreiben. Stimmzettel, die einen anderen Namen als den des vorgeschlagenen Kandidaten tragen, sind ungültig. Ich bitte die Damen, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen. - Sind nun alle Stimmzettel abgegeben, oder ist noch ein Delegierter da, der keine Gelegenheit dazu hatte? - Kein Widerspruch. Dann ist diese Wahlhandlung geschlossen. Ich bitte auszu zählen. -

Da die Stimmzettel für die Wahl der 20 weiteren Mitglieder noch fertiggestellt werden müssen, schlage ich Ihnen vor, daß wir den Tagesordnungspunkt 16 Neuwahl der Rechnungsprüfer

vorziehen. Diese Wahl kann offen erfolgen, etwa durch Erheben der Stimmkarte. Herr Minister Theisen hat mich gebeten, seinen Vorschlag, nämlich die Wiederwahl der beiden Rechnungsprüfer, der Herren Horten und Blumenfeld, hier vorzutragen. Werden weitere Vorschläge gemacht? -

- Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Wiederwahl der Herren Horten und Blumenfeld ist, den bitte ich, seine Stimmkarte zu erheben. - Danke. Wer ist dagegen? - Eine Stimme. Wer enthält sich der Stimme? - Niemand. Damit sind die beiden Herren wiedergewählt.

(Beifall)

Herr Horten, nehmen Sie die Wahl an? - Herr Blumenfeld? - Vielen Dank! Meine Damen und Herren, wie ich höre, verzögert sich die Herstellung der Stimmzettel für die Wahl der Vorstandsmitglieder noch einen Moment. Ich rufe daher Punkt 17 der Tagesordnung auf:

Verabschiedung einer Geschäftsordnung für Bundesparteitag und Bundesausschuß (Antrag des Bundesvorstands)

Ehe wir in die Beratung der Anträge eintreten, habe ich im Namen des Präsidiums einen Vorschlag für das Verfahren zu machen, nämlich den, daß über die Vorschläge der Antragskommission immer zuerst abgestimmt wird. Sind Sie mit diesem Verfahren einverstanden? - Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen, und wir werden entsprechend verfahren.

Ich erteile nunmehr dem Sprecher der Antragskommission, Herrn Dr. Bernhard Worms, das Wort. Bitte!

Dr. Bernhard Worms:Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, nunmehr die Unterlagen zur Hand zu nehmen; insbesondere verweise ich auf das Ihnen vorliegende Statut mit der Geschäftsordnung auf den Seiten 21 ff.

Eine kurze allgemeine Vorbemerkung: Der vom CDU-Bundesvorstand am 24.2.1975 beschlossene Entwurf einer neuen Geschäftsordnung, die nur für Bundesparteitag und Bundesausschuß der CDU gilt, beruht auf den Vorarbeiten der beiden Organisationskommissionen der CDU in den Jahren 1972/73 und 1974/75; er faßt im wesentlichen die entsprechenden verbesserten Vorschriften der bisherigen CDU-Geschäftsordnung von 1959/60 sowie - und ich glaube, meine Damen und Herren, daß das wichtig ist - die seit vielen Jahren jeweils für einen Bundesparteitag besonders beschlossenen Verfahrensordnungen zusammen und sieht ferner vor, daß bestimmte Regelungen der bisherigen Geschäftsordnung bezüglich der Bundesausschüsse als Ordnung für die Bundesausschüsse der CDU weitergelten.

Daß die Materie im wesentlichen unstrittig ist, zeigt sich daran, daß zu den 28 Paragraphen des Entwurfs lediglich sieben Änderungsanträge eingingen, welche die Antragskommission - von einer Ausnahme abgesehen - nicht berücksichtigen konnte.

Die Empfehlung der Antragskommission - sie ist ausgedruckt und liegt Ihnen vor - lautet: Annahme der Anträge C 1 bis C 3, C 5 bis C 9, C 12 und C 13, C 15, C 16 einschließlich der in der rechten Spalte der Antragsbroschüre ausgedruckten, insbesondere auf den Erfahrungen der Bundesparteitage Saarbrücken 1971 und Bonn 1973 beruhenden und sachlich erforderlichen Ergänzung des § 12 der Geschäftsordnung, C 17 bis C 24, C 26 bis C 30, C 32 unter Berücksichtigung des Satzes 2 von C 33 - wie in der rechten Spalte der Antragsbroschüre zu § 26 ausgedruckt -, C 34 mit der gleichfalls in der rechten Spalte der Antragsbroschüre zu § 27 ausgedruckten redaktionellen, die Arbeit des Bundesausschusses erleichternden Änderung, C 35.

Wir empfehlen Ablehnung der Anträge C 4, C 10, C 11, C 14, C 25 und C 31. Bei Annahme des Vorschlags der Antragskommission zu C 32 ist C 33 erledigt.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch einige kurze Hinweise, weil das Ganze ja doch sehr viel auf Verweisungen auf Anträge und auf Paragraphen der Geschäftsordnung beruht. Die vorgeschlagene Ablehnung der Anträge C 4, C 10 und C 11 beruht darauf, daß gemäß § 32 Abs. 1, § 36 Abs. 1 und § 37 Abs. 1 des Statuts der CDU Bundesausschuß, Bundesvorstand und Präsidium im Falle der Verhinderung des Parteivorsitzenden durch den Generalsekretär einberufen werden. Ich glaube, daß sich diese Ordnung bewähren wird, ja, daß sie sich auch schon bewährt hat. Der Generalsekretär unterstützt bekanntlich den Vorsitzenden bei der Erfüllung seiner Aufgaben und führt im Einvernehmen mit ihm die Geschäfte der Partei.

Soweit § 2 der alten Geschäftsordnung der CDU von 1959/60 hinsichtlich des Bundesparteitages bei der Verhinderung des Parteivorsitzenden die Einberufung durch einen stellvertretenden Bundesvorsitzenden regelt, geht dies auf eine Zeit zurück, in der es noch keinen CDU-Generalsekretär gab.

Antrag C 14 ist abzulehnen, weil die Zusammensetzung der Antragskommission sehr stark von der jeweils vom Bundesvorstand festgelegten vorläufigen Tagesordnung eines Bundesparteitages und von den sachlich voraussichtlich zu erwartenden Anträgen abhängt. Die Berufung der Antragskommission muß daher relativ kurzfristig vor dem bevorstehenden Bundesparteitag stattfinden.

Antrag C 25 ist abzulehnen, weil der Antrag auf geheime Abstimmung kein Geschäftsordnungsantrag, sondern ein Antrag zum Wahlverfahren ist. Es ist nicht nötig, daß ohnehin im Statut verankerte Rechte in jedem Falle nochmals in der Geschäftsordnung - wenn auch nur der Vollständigkeit halber - aufgeführt werden.

Antrag C 31 ist abzulehnen, weil in § 45 des Statuts, dessen Änderung niemand beantragt hat, festgelegt ist, daß die Beschlüsse des Bundesparteitages durch zwei vom Generalsekretär bestellte Personen beurkundet werden. Seit 1968, also seit sieben Jahren, sind in dieser Hinsicht keinerlei Beanstandungen erhoben worden. Unter den von der Bundesgeschäftsstelle gestellten Protokollführern sind die Stenographen zu verstehen, die alle Verhandlungen des Bundesparteitages als Grundlage für die Parteitagsbroschüre festhalten. Was in allen Parlamenten üblich ist, sollte uns, meine Damen und Herren, hier nicht fremd werden.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Worms! - Liegen zu diesem Tagesordnungspunkt Wortmeldungen vor? - Bitte schön, Herr Hüniken, Oldenburg.

Manfred Hüniken: Herr Präsident ! Meine Damen und Herren !

Der Landesverband Oldenburg hat zwei Anträge eingereicht, die regeln sollen, daß im Falle der Verhinderung des Vorsitzenden ein Stellvertreter sowohl die Einladung wie auch die Eröffnung des Bundesparteitages vornimmt. Wir halten das für eine gute demokratische Übung, daß die gewählten Mitglieder in den Vorständen, auch im Vorstand des Bundesparteitages, in einem solchen Falle, wie das in einem Vorstand üblich ist, an Stelle des Vorsitzenden die Eröffnung vornehmen. Wir halten das für eine Aufgabe des Vorstandes. Wir bitten deshalb darum, insbesondere beim Antrag C 10, dem zuzustimmen. Beim Antrag C 4, bei der Einberufung, kann das gerade noch hingehen, daß der Herr Generalsekre-

tär das tut. Bei der Eröffnung sind wir der Meinung, daß das auf keinen Fall durchgehen kann. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Wünscht die Antragskommission noch einmal das Wort dazu ? - Bitte schön, Herr Dr. Worms !

Dr. Bernhard Worms: Zwei Sätze noch, Herr Präsident, Der Generalsekretär wird auch von uns gewählt, und zwar für vier Jahre. Darüber hinaus sind wir der Meinung - wir alle haben die Diskussion um die Einrichtung dieser Stelle erlebt -, daß es seiner Institution auch zusteht, für den Fall, daß der Bundesvorsitzende, was praktisch kaum denkbar ist, einmal verhindert sein sollte, daß er zum Parteitag einladen und ihn auch eröffnen kann.

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Sie haben den Antrag der Antragskommission gehört. Entsprechend unserer vorherigen Abstimmung lasse ich über diesen Antrag zuerst abstimmen. Er umfaßt alle Anträge, eingeschlossen den Antrag C 10.

Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen ? - Wer enthält sich der Stimme ? - Das erste war die überwiegende Mehrheit. Damit sind die Anträge erledigt.

Ich lasse noch einmal abstimmen über die so zustande gekommene Geschäftsordnung. Wer für diese Fassung der Geschäftsordnung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen ? - Einige Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme ? - Bei einigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis des Wahlganges Nr. 3, Wahl des Bundesschatzmeisters, bekannt. Abgegebene Stimmen 704. Eine ungültige Stimme. 55 Stimmenthaltungen. Für Herrn Kiep stimmten 594 Delegierte, mit Nein stimmten 54.

(Beifall)

Herr Kiep, nehmen Sie die Wahl an ?

Walther Leisler Kiep: Ja, ich nehme die Wahl an.

Heinz Soénius: Danke schön.

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Ich rufe Punkt 18 der Tagesordnung auf:

Änderungen des Statuts und der Parteigerichtsordnung der CDU

(Antrag des Bundesvorstandes)

Wir behandeln zunächst die Anträge ohne Zuordnung zur Vorlage des Bundesvorstandes. Dazu gehören die Anträge B 1 bis B 9. Ich bitte den Sprecher der Antragskommission, Herrn Friedrich Vogel.

Friedrich Vogel: Herr Präsident ! Meine Damen und Herren ! Die Antragskommission schlägt vor, den Antrag B 1 im Zusammenhang mit den Anträgen B 10 und B 14 zu behandeln, weil er dort in den sachlichen Zusammenhang gehört. Sie schlägt weiterhin vor, die Anträge B 7 und B 8, die inhaltlich gleich sind, an-

zunehmen, schlägt ferner vor, die Anträge B 2, B 3 und B 4 abzulehnen. Dazu werde ich einige Erläuterungen geben.

Zu den Anträgen B 5 und B 9 liegt zwischenzeitlich ein modifizierter Antrag vor. Er hat die Nummer B 144. Dieser Antrag ändert den Antrag B 5 dahin ab, daß die Aufgabenverteilung, die im Rahmen einer Geschäftsordnung festgelegt werden soll, auf das Präsidium beschränkt sein soll. Beim Antrag B 9 wird ebenfalls ein Vorschlag für das Wahlverfahren, beschränkt auf das Präsidium, gemacht, und zwar mit folgendem Wortlaut, daß die Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden nicht mehr wie bisher in einem Wahlgang vorgenommen wird, sondern künftig in getrennten Wahlgängen vorgenommen werden soll. Im übrigen wird verlangt, daß bei der Wahl der Mitglieder des Bundesvorstandes die Stimmzettel ungültig sind, soweit auf ihnen weniger als die Hälfte der zu Wählenden angekreuzt ist. Das würde bedeuten, daß die bisher geltende Regelung, wonach mindestens 75 % der zu Wählenden anzukreuzen sind, dahin geändert wird, daß künftig nur noch die Hälfte der zu Wählenden anzukreuzen ist.

Die Antragskommission schlägt vor, auch den modifizierten Antrag B 5 in der Fassung des Antrags B 144 abzulehnen. Sie schlägt Annahme des modifizierten Antrags B 9 vor, soweit dieser vorsieht, daß die stellvertretenden Vorsitzenden in getrennten Wahlgängen gewählt werden, schlägt Ablehnung vor, soweit bei den übrigen Bundesvorstandsmitgliedern eine Änderung des Wahlverfahrens vorgesehen wird.

Meine Damen und Herren, ich darf einiges zur Begründung der Empfehlungen der Antragskommission vortragen. Bei den Anträgen B 2 und B 3 ist zu berücksichtigen, daß wir in der vorgeschlagenen Satzungsänderung in Antrag B 78 für die Zukunft vorsehen, daß in den Landessatzungen einheitlich für den gesamten Landesverband Termine für allgemeine Parteiwahlen festgelegt werden sollen, so daß nach unserer Auffassung das Problem, das hier angesprochen wird, künftig nicht mehr bestehen wird. Im übrigen würde eine Durchführung, die auch eine Kontrolle erfordern würde, einen, wie wir meinen, zu großen Aufwand parteiorganisatorischer Art erfordern, der bei der relativ geringen Bedeutung dieses Problems unangemessen wäre.

Darf ich zum Antrag B 4, in dem verlangt wird, daß künftig die Mitglieder des Bundesvorstandes stimmberechtigte Mitglieder des Parteitages sein sollen, sagen, daß dieses Problem sowohl im Bundesvorstand der Partei als auch in der Organisationskommission, die der Bundesvorstand eingesetzt hatte, sehr ausgiebig diskutiert worden ist. Wir sind sowohl im Bundesvorstand als auch in der Organisationskommission zu dem Ergebnis gekommen, daß auch die Bundesvorstandsmitglieder sich ihr Mandat von den Mitgliedern in den Kreis- und Landesverbänden holen sollten und nicht automatisch stimmberechtigte Mitglieder sein sollten.

(Vereinzelter Beifall)

Deshalb wird Ablehnung des Antrags B 4 empfohlen.

Zum Antrag B 5 in der modifizierten Fassung. Meine Damen und Herren, wir sind der Auffassung, daß das Parteipräsidium ein Kollegialorgan ist, das sich kollegial, insgesamt vor dem Bundesparteitag zu verantworten hat, daß es einen Rechenschaftsbericht des Vorstandes gegenüber dem Bundesparteitag gibt und daß wir keinen Weg eröffnen wollten, der wie wir meinen, zu einer Atomisierung, zu einem Auseinanderlaufen in diesem Kollegialorgan führen würde. Selbstverständlich wird im Bundesvorstand jedes Vor-

standsmitglied eine bestimmte Aufgabe zu übernehmen haben. Aber jedes Vorstandsmitglied, jedes Mitglied des Präsidiums wirkt an der politischen Gesamtwillensbildung in beiden Gremien mit. Deshalb, meine Damen und Herren, empfehlen wir, diesem Antrag B 5 nicht zuzustimmen.

Bei Antrag B 5 a - ich bitte um Nachsicht; das habe ich vorhin nicht vorgetragen - und bei Antrag B 6 empfehlen wir Überweisung an den Bundesvorstand, weil wir das Gesamtproblem der Vereinigungen der Partei in der Organisationskommission und im Bundesvorstand bisher nicht behandelt haben, aber der Auffassung sind, daß wir uns dieser Aufgabe nach der Bundestagswahl 1976 zuwenden sollten. Deshalb der Vorschlag: Überweisung an den Bundesvorstand, der diese Aufgabe dann sicherlich wieder an eine entsprechende Kommission delegieren wird.

Antrag B 9, meine Damen und Herren: Wir sind der Auffassung, daß es sachgerecht ist und den politischen Willen der Partei auch deutlicher zum Ausdruck bringt, wenn die stellvertretenden Vorsitzenden, wie das in den meisten Landessatzungen bei der Wahl des geschäftsführenden Vorstandes der Fall ist, künftig in getrennten Wahlgängen einzeln gewählt werden. Insoweit empfehlen wir Annahme des Vorschlages der Jungen Union in einer entsprechenden Formulierung, die ich, wenn dieses Problem durchdiskutiert ist, gleich noch einmal vortragen werde.

Wir sind aber nicht der Auffassung, daß wir bezüglich des Wahlverfahrens bei der Wahl der übrigen Mitglieder des Bundesvorstandes von dem abweichen sollten, was wir in Braunschweig mühsam beschlossen haben. Meine Damen und Herren, wenn wir davon abgehen, daß mindestens 75 % der zu wählenden Vorstandsmitglieder auf dem Stimmzettel anzukreuzen sind und ein geringeres Forum schaffen, dann schmälern wir die Integrationswirkung der Beschlüsse des Parteitages und geben, wie alle Erfahrungen gelehrt haben, den Manipulationen bei der Wahl in den Vorstand größeren Raum. Deshalb empfehlen wir, diesen Vorschlag abzulehnen, es bei dem zu belassen, was wir seinerzeit in Braunschweig beschlossen haben.

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Vogel.

Meine Damen und Herren, ich darf zunächst einmal fragen, ob der Antrag B 144 überall verteilt worden ist.

(Zurufe: Nein !)

- Ich darf dann darum bitten, daß der Antrag verteilt wird, damit wir darüber befinden können.

(Wulf Schönbohm: Vorlesen !)

Während sich die Geschäftsstelle um die Verteilung kümmert, darf ich darauf hinweisen, daß der Antrag B 3 des Bundesvorstandes der Mittelstandsvereinigung zurückgezogen worden ist.

Zu den Ausführungen von Herrn Vogel hat nunmehr das Wort Herr Dr. Ehrhart Glaser.

Dr. Ehrhart Glaser:

Frau Präsidentin ! Meine Damen und Herren ! Liebe Parteifreunde ! Ich spreche für die Annahme des Antrages B 4 meines Kreisverbandes. Dafür drei Gründe: Wenn man schon, meine Damen und Herren, meint, den Delegiertenschlüssel so verändern zu müssen, daß in Zukunft die oberste Organisationsstufe dieser unserer

Alternativa



Alternativa

Alternativ CDU



'76







Alley



initiative





CDU, der Bundesparteitag, deutlich verkleinert wird, so bieten wir in unserem Vorschlag einen Kompromiß an.

Zweitens. In vielen Gruppierungen dieser unserer Partei auf Kreis-, Bezirks- und Landesebene, aber auch in den Gliederungen ist es durchaus Brauch, die Vorstandsmitglieder als sogenannte geborene Delegierte zu betrachten.

Drittens. Die Einfügung unseres vorgeschlagenen Abs. 4 schüfe damit eine Parallelregelung, die auch hinsichtlich der Be-schlußvorlage des Vorstandes, Antrag B 137, betrifft Anpassung der Satzung an das Statut, sinnvoll ist.

Meine Damen und Herren, noch eine Ergänzung: Ich meine, daß das, was Herr Vogel eben gesagt hat, an einer Stelle nicht sticht. Ein Bundesvorstandsmitglied holt sich ein Mandat an der Basis bereits dann, wenn er seinen Kreis, seinen Bezirk und seinen Landesverband fragt, ob er für diesen Bundesvorstand kandidieren solle, und nicht dann, wenn er zu einem Parteitag delegiert wird. Insoweit kann man das ruhig zusammen laufen lassen.

Ich bitte Sie, diesem Antrag des Kreisverbandes Harburg-Land stattzugeben.

(Vereinzelter Beifall)

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Schönbohm.

Wulf Schönbohm: Frau Präsidentin ! Ich möchte vorschlagen, daß Sie zur Vereinfachung des Verfahrens die modifizierten Anträge der Jungen Union vortragen, da sie sehr kurz sind. Wenn wir das Verteilen abwarten, glaube ich, werden wir zuviel Zeit verlieren.

Ich will nur noch einmal kurz begründen, was die Anträge bezwecken. Es geht zunächst um den modifizierten Antrag B 5, der lautet, daß sich das Präsidium einen Geschäftsverteilungsplan geben soll, und entsprechend diesem Geschäftsverteilungsplan soll auf dem Parteitag über die Tätigkeit der Präsidiumsmitglieder berichtet werden. Wir halten das deswegen für erforderlich, um etwas mehr Transparenz in die Arbeit hineinzubekommen; denn nach aller Erfahrung ist der Bericht des Bundesvorsitzenden eine politische Rede, die auf die Einzelaktivitäten des Präsidiums naturgemäß nicht eingehen kann.

Die Argumentation, daß durch eine Geschäftsverteilung und eine Berichterstattung entsprechend der Geschäftsverteilung die Solidarität des Präsidiums vielleicht gefährdet werden könnte, scheint uns nicht einleuchtend zu sein; sie kann davon allein wohl nicht abhängig sein.

Ein zweiter Punkt. Wir haben vorgeschlagen, daß die Wahl der Stellvertreter in Zukunft nicht mehr en bloc, sondern in Einzelwahl vorgenommen wird, um den Delegierten einfach die Möglichkeit zu geben, Einzelentscheidungen fällen zu können. Der Delegierte kann dann nicht gezwungen werden, von fünf Stimmen, die er hat, mindestens vier abzugeben. Das halten wir für keine tragbare Regelung, weil sie die Freiheit des Delegierten in unzumutbarer Weise einschränkt. Dem stimmt ja auch die Antragskommission zu.

Was unseren letzten Vorschlag angeht, so meinen wir, daß auch das Quorum, das festlegt, daß bei der Wahl der Beisitzer mindestens 75 % der gültigen Stimmen, die der Delegierte hat, abgegeben werden müssen, zu hoch ist. Dieses Quorum sollte gesenkt werden. Wir

plädieren daher dafür, daß dieses Quorum von 75 % auf 50 % reduziert wird. Das erhöht die Entscheidungsfreiheit und -möglichkeiten des Delegierten; auf der anderen Seite trägt die Reduzierung dem berechtigten Anliegen Rechnung, daß wir keine ewigen Wahlverfahren haben und zu einer Konzentration der Stimmen kommen.

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Ich bitte die Geschäftsführer der Landesverbände Saarland und Bremen, die Stimmzettel abzuholen.

Das Wort hat Herr Vogel.

Friedrich Vogel: Frau Präsidentin ! Ich schlage vor, daß wir die Anträge jetzt einzeln nacheinander beraten. Wenn Sie einverstanden sind,

(Beifall)

kann ich von hier aus etwas behilflich sein.

Antrag B 1: Vorschlag, ihn im Zusammenhang mit den Anträgen B 10 bis B 14 zu behandeln, ihn also nicht jetzt zu beraten.

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sollten den Antrag B 1 noch zurückstellen, um dann zu Antrag B 2 zu kommen.

Friedrich Vogel: Wie ich vorhin im einzelnen begründet habe, empfehlen wir bei den Anträgen B 2 und 3 Ablehnung. Dazu ist jetzt nicht noch einmal Stellung genommen worden, so daß auch ich von der Antragskommission aus dazu nicht mehr Stellung zu nehmen brauche.

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Herr Vogel, ich darf darauf aufmerksam machen, daß Antrag B 3 zurückgezogen worden ist.

Friedrich Vogel: Daß Antrag B 3 zurückgezogen worden ist, ist mir nicht bekannt.

Zu Antrag B 4 ist gesprochen worden. Die Begründung der Antragskommission dazu habe ich vorgetragen.

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Wir stimmen nun über den Antrag B 2 ab. Wer ist für die Empfehlung der Antragskommission? - Ich darf noch um die Gegenprobe bitten. - Wer enthält sich der Stimme? - Das erste war die überwiegende Mehrheit. Damit ist dieser Antrag so angenommen. - Bitte schön, Herr Vogel!

Friedrich Vogel: Zu Antrag B 4 empfiehlt die Antragskommission Ablehnung. Die Begründung habe ich gegeben.

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich darf noch darauf aufmerksam machen, daß die Exil-CDU nicht stimmberechtigt ist.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag in dieser Form gebilligt. - Bitte schön, Herr Vogel!

Friedrich Vogel: Der modifizierte Antrag B 5, ist, glaube ich, inzwischen verteilt worden, und zwar unter Nr. B 144. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Die Begründung dazu habe ich vorgetragen. Ich habe nach dem, was Herr Schönbohm hier ausgeführt hat, nichts weiteres hinzuzufügen.

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag B 5 bzw. B 144 erster Teil.

(Zurufe: Noch nicht verteilt!)

- Ist er immer noch nicht verteilt? Dann darf ich ihn zunächst einmal verlesen:

Antrag der Delegierten Machens, Lampe, Schönbohm und weiterer 27 Delegierter.

"Der Bundesparteitag möge beschließen:

Der Antragsteller (JU Bundesverband) will folgende vorliegende Anträge modifizieren:

1. Antrag B 5

Ergänzung zu § 34, Abs. 6:

"Das Präsidium legt eine Aufgabenverteilung fest, die öffentlich bekanntgegeben wird. Entsprechend dieser Aufgabenverteilung erstatten die Präsidiumsmitglieder auf dem Parteitag Bericht über ihre Arbeit."

Die Antragskommission hat hierzu Ablehnung empfohlen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das erste war die Mehrheit.

(Widerspruch)

- Wir können es prüfen lassen, wenn hier Zweifel bestehen. Wir sollten die Abstimmung daher zunächst einmal wiederholen. Vielleicht wird das Abstimmungsergebnis leichter erkennbar, wenn die Präsidiumsmitglieder, die ich darum bitten darf, mit zuschauen. Wir wiederholen die Abstimmung jetzt also. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das erste scheint mir offensichtlich die Mehrheit gewesen zu sein. - Es wird hier bestätigt.

(Widerspruch)

- Wenn Sie aber zweifeln, dann müßten wir hier jetzt nachzählen. Es hat sonst keinen Zweck, hier jetzt mehrere Abstimmungsgänge zu machen. Wir müssen dann mit den Stimmzetteln abstimmen. Aber wie ich sehe, sind keine Zählkommissionen da. -

Ich darf Sie bitten, meine Damen und Herren, Ihre Stimmkarten zur Hand zu nehmen, damit wir hier in dieser Form abstimmen können. Unsere Hostessen darf ich bitten, die Karten einzusammeln. - Unser Parteivorsitzender hat sich zu Wort gemeldet. Ich darf ihn bitten, das Wort zu nehmen.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich glaube, es ist ganz selbstverständlich, daß wir auch durch das Aufstehen der jeweiligen Votanten abzählen können. Das haben wir auf allen Parteitag gekonnt. Warum sollten wir das nicht auch heute können?

(Beifall)

Ich habe bloß eine Bitte. Wir sind stolz darauf, daß im Parteipräsidium Damen sitzen und auch entsprechend auf dem Parteitag mit präsidieren. Es ist für eine Dame aber besonders angenehm, wenn ihr der Parteitag insgesamt dabei hilfreich zur Seite geht.

(Beifall)

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Kohl. Das wird uns die Arbeit wesentlich erleichtern.

Ich darf darum die Abstimmung noch einmal in dieser Form wiederholen.

Ich mache erneut darauf aufmerksam, daß sich an dieser Abstimmung nur die stimmberechtigten Delegierten beteiligen dürfen, nicht diejenigen der Exil-CDU.

Wir treten nun in den Abstimmungsgang ein. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. - Ich darf um die Gegenprobe bitten. - Stimmenthaltungen? - Meine Damen und Herren, das erste war klar die Mehrheit.

(Beifall)

Ich rufe jetzt den Antrag B 5 A auf. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Gegenprobe bitte! - Enthaltungen? - Das erste war die Mehrheit. Damit ist der Empfehlung der Antragskommission entsprochen.

Ich rufe den Antrag B 6 auf. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist auch dieser Empfehlung entsprochen.

Meine Damen und Herren, ich darf einen Augenblick diese Beratung unterbrechen. Wir werden jetzt die

Neuwahl der weiteren 20 Mitglieder des Bundesvorstandes

vornehmen. Ich darf diejenigen, die sich draußen in den Wandelgängen aufhalten, bitten, hereinzukommen, damit sie am Wahlgang teilnehmen können.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 15.4 auf:

Neuwahl der weiteren 20 Mitglieder des Bundesvorstandes

Ich gehe davon aus, daß alle stimmberechtigten Delegierten vom Landesgeschäftsführer die Stimmzettel für die Wahl der 20 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes erhalten haben.

Müssen die Namen sämtlicher Kandidaten hier noch einmal vorgelesen werden?

(Zurufe: Nein!)

- Es wird darauf verzichtet. Ich bedanke mich. Meine Damen und Herren, die Kandidaten haben sich bereits vorgestellt. Ich glaube, daß es nicht notwendig ist, daß Herr Dr. Dregger diese Vorstellung jetzt nachvollzieht. Herr Dr. Dregger ist Ihnen bekannt.

Ich eröffne damit den Wahlgang zur Wahl der 20 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes. Nach § 43, Abs. 2 des Statuts sind Stimmzettel, auf denen nicht mindestens die Namen von 15 Kandidaten angekreuzt sind, ungültig. Ebenfalls ungültig sind Stimmzettel, auf denen die Namen von mehr als 20 Kandidaten angekreuzt sind, sowie Stimmzettel, auf die Namen anderer Kandidaten, als abgedruckt sind, geschrieben werden. Ich bitte nunmehr mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Während die Stimmzettel eingesammelt werden, weise ich darauf hin, daß im Augenblick 726 Delegierte anwesend sind.

Des weiteren bitte ich Herrn Jäger aus Baden-Württemberg, uns mitzuteilen, zu welchem Punkt er hier zu sprechen wünscht.

(Klaus Jäger (Wangen): Zu Antrag B 11!)

Kann ich davon ausgehen, daß alle Delegierten ihre Stimmzettel ausgefüllt und abgegeben haben? - Das scheint der Fall zu sein.

- Ich darf diesen Wahlgang schließen. Wir fahren in der Beratung der Anträge fort.

Ich stelle die beiden Anträge B 7 und B 8, die wir zusammen verabschieden können, zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das erste war die Mehrheit. Damit sind diese Anträge angenommen.

Ich rufe nun die Abstimmung über die Anträge B 9 und B 144 Ziffer 2 auf. Herr Vogel, Sie haben inzwischen einen Formulierungsvorschlag gemacht. Darf ich Sie bitten, ihn hier einmal vorzutragen. Ich bitte aber, langsam vorzutragen, damit die Delegierten mitschreiben können.

Friedrich Vogel: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag B 144 Ziffer 2 hat zwei Bestandteile. Zunächst betrifft er die Wahl der Mitglieder des Präsidiums. Er schlägt vor, die Mitglieder des Präsidiums in getrennten Wahlgängen zu wählen. Der Vorschlag der Antragskommission geht dahin, in § 43 der Satzung, zu dem wir gerade mit den Anträgen B 7 und B 8 eine Änderung beschlossen haben, einen Absatz 2 mit folgendem Inhalt zu bilden - er ist insoweit mit der Jungen Union abgestimmt -:

"Die Wahl der fünf stellvertretenden Vorsitzenden nach § 29 Buchstabe b) Ziffer 3 erfolgt in getrennten Wahlgängen."

Hierzu empfiehlt die Antragskommission Annahme. Die Begründung dafür habe ich für die Antragskommission bereits vorhin gegeben.

Ich schlage vor, Frau Präsidentin, daß wir zunächst über diesen Absatz abstimmen und daran anschließend das weitere Problem behandeln.

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den darf ich um das Handzeichen bitten. - Die Gegenprobe, bitte! - Enthaltungen? - Das erste war die Mehrheit. Damit ist der Antrag in dieser Form gebilligt.

Bitte schön, Herr Vogel!

Friedrich Vogel: Wir müßten, nachdem dieser Vorschlag angenommen worden ist, nach den Vorstellungen der Antragskommission einen Absatz 3 mit folgendem Wortlaut bilden - ich nenne gleich auch die Stelle, an der der Antrag der Jungen Union zu berücksichtigen wäre -:

"Die Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes nach § 29 Buchstabe b) Ziffer 5 erfolgt durch ein auf dem Stimmzettel hinter den Namen eines Kandidaten gesetztes Kreuz. Der jeweilige Stimmzettel muß die Namen aller vorgeschlagenen Kandidaten enthalten. Stimmzettel, auf denen nicht mindestens drei Viertel der Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt sind, sind ungültig."

Hierzu lautet der Vorschlag der Jungen Union:

"Stimmzettel, auf denen nicht mindestens die Hälfte der Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt sind, sind ungültig."

Nur über diesen Satz wäre hier zu entscheiden. Es würde dann weitergehen - das ist eine redaktionelle Änderung, die sich aus dem vorhin Beschlossenen ergibt -:

"Stimmzettel, auf denen mehr Namen angekreuzt sind, als der Zahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes entspricht, sind ebenfalls ungültig."

Ich darf noch einmal den Satz vorlesen, über den wir zu entscheiden haben:

"Stimmzettel, auf denen nicht mindestens drei Viertel der Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt sind, sind ungültig."

Vorschlag der Jungen Union:

"Stimmzettel, auf denen nicht mindestens die Hälfte der Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt sind, sind ungültig."

Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung dieses Antrages der Jungen Union. Die Begründung dazu habe ich vorhin im Bericht der Antragskommission gegeben.

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Vogel!

Wir kommen nun zur Abstimmung über diesen Teil des Antrages. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das erste war die Mehrheit. Damit ist die Empfehlung angenommen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen einen Vorschlag unterbreiten. Könnte Einverständnis darüber erzielt werden, daß wir die Anträge B 10 bis B 14 zurückstellen, bis die Anträge B 91 und B 98 erledigt sind? Darin ist nämlich das Kernthema Ortsverbände angesprochen, und wir würden damit eine Menge Zeit sparen. Darf ich hierzu einmal um eine Meinungsäußerung bitten. Wer könnte diesem Vorschlag zustimmen? - Wer ist für Zurückstellung dieser Anträge, bis wir die Anträge B 91 und B 98 behandeln? - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das erste war die Mehrheit. Damit sind diese Anträge zunächst zurückgestellt.

Ich darf den Bereich "Aufnahme von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in die CDU" aufrufen. Dazu gehören die Anträge B 15 bis B 33. Ich darf zunächst den Sprecher der Antragskommission, Herrn Dr. Worms, bitten.

Dr. Bernhard Worms: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich werde gleich mit dem Antrag B 19 auch schon den Antrag

B 149 behandeln. Dieser Antrag ist Ihnen in dieser Minute ausgehändigt worden oder aber wird Ihnen in wenigen Minuten ausgehändigt werden.

(Zurufe: Wir haben ihn noch nicht!)

- Dann wird er noch ausgehändigt werden. Ich selbst habe ihn auch noch nicht.

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Können wir einen Augenblick unterbrechen? - Was ist das für ein Antrag, Herr Dr. Worms? - Lesen Sie ihn bitte vor!

Dr. Bernhard Worms: Man hat ihn mir soeben aus der Hand genommen, um ihn zu vervielfältigen. Deshalb kann ich ihn leider nicht vorlesen.

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, der Antrag B 149 wird mir gerade zugereicht. Ich darf ihn vorlesen:

"Der Bundesvorstand wird beauftragt, dem 24. Bundesparteitag einen Änderungsantrag vorzulegen, der die Mitarbeit von Ausländern in der CDU und ihren Vereinigungen auf andere Weise als durch eine Mitgliedschaft in der Partei selbst sichert."

Dr. Bernhard Worms: Meine Damen und Herren, wir alle machen es uns jetzt sehr schwer. Wenn wir bei den folgenden Anträgen klug sind und das eine oder andere einmal zusammenfassend erörtern, könnten wir nach meiner Meinung Dutzende von Anträgen in einem "Aufwasch" erledigen. Deshalb bitte ich darum, daß wir die Probleme hier in drei getrennten Zonen angehen. Das erste ist die Aufnahme in unsere CDU. Die Antragskommission empfiehlt hier Annahme des Antrags B 15 in der Formulierung des Unterpunktes 2.1.

Wir begründen unseren Vorschlag wie folgt: Unter Berücksichtigung der innerparteilichen Diskussion seit Herbst 1971 kann eine Entscheidung über die Aufnahme von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in die CDU nicht mehr länger aufgeschoben werden. In behutsamer Weise müssen Konsequenzen aus dem Bestehen und der Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaft gezogen werden. Wenn wir in dieser Richtung uns öffnen, dann, meine Damen und Herren, würde ich Sie bitten, daß wir hier zunächst einmal eine kleine Zäsur machen und anschließend die weiteren Anträge, die zum Teil nur redaktionelle Änderungen beinhalten, aufgreifen. Ich fürchte, sonst entgleitet uns vom Grundsatz her und in den speziellen Disziplinen die Diskussion.

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Worms. Herr Dr. Kohl bittet ums Wort. Herr Dr. Kohl, darf ich Sie bitten.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Die hier zur Abstimmung stehende Vorlage des Bundesvorstandes - und zu ihr will ich sprechen - ist in die Gesamtkonzeption der CDU Deutschlands eingepaßt, und zwar auch für die europäische Entwicklung der nächsten Jahre.

(Beifall)

Jeder, der diese Vorlage studiert, wird entdecken, daß Befürchtungen, für die ich durchaus aus bestimmter regionaler Situation Verständnis habe - auch aus der inneren Situation von bestimmten Kreisparteien -, in sich unbegründet sind, weil Probleme, die befürchtet werden könnten - ich will das so allgemein formulieren -, nach diesem Vorschlag in der Praxis nicht auftreten können. Die Herrschaft der Partei - um das einmal so zu sagen - und ihrer zuständigen Organe ist unter allen Umständen garantiert. Meine Freunde, wer Volkspartei sein will, die Offenheit demonstriert, wer Volkspartei ist, wer auf dem Wege zu Europa ist, der muß sich darüber im klaren sein, daß wir hier und heute in Mannheim - und nicht zu einem späteren Zeitpunkt - Farbe bekennen müssen. Deswegen bitte ich Sie um Ihre Zustimmung.

(Beifall)

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, inzwischen sind einige Wortmeldungen zu diesem Antrag nach oben gereicht worden. Ich darf Herrn Schmitz aufrufen; der Landesverband ist nicht aufgeführt.

Karl-Heinz Schmitz, Berlin: Meine Damen und Herren! Nach den Ausführungen des Vorsitzenden ist es sicher nicht einfach, für die Anträge B 18, B 19 und B 149 noch einmal zu werben. Aber ich möchte hier betonen und unterstreichen, daß diese Anträge aus unserem Lande nicht aus Ausländerfeindlichkeit geboren sind, sondern aus der Sorge, daß die Vorlage des Bundesvorstandes der Problemstellung in unserem Lande nicht ausreichend gerecht wird.

(Beifall)

Diese Vorlage, meine Damen und Herren, baut nicht auf den Erfahrungen in Ballungsgebieten auf. Wir haben die Erfahrung machen müssen, daß die Zusammenarbeit auch mit Gutwilligen außergerichtlich differenziert ist. Wir warten auf eine zukunftsorientierte Lösung, die die bestehenden Rechtsunterschiede zwischen deutschen und nichtdeutschen Bürgern besser berücksichtigt. Wir bejahen die Mitarbeit unserer ausländischen Bürger, aber wir wollen keine Mitglieder zweiter Klasse.

Diese Vorlage wird in der Praxis nur Ärger schaffen; sie wird Enttäuschungen hervorrufen, weil sie höhere Erwartungen vermittelt, als in Wirklichkeit erfüllt werden können. Wir meinen, daß das mit dieser gutgemeinten Vorlage, deren Zielrichtung Europa ist, was auch wir bejahen, nicht geschehen sollte, weil Erwartungen, die nicht erfüllt werden, der Sache mehr schaden, als ihr nutzen. Deshalb bitten wir, diese Vorlage nicht zu akzeptieren. Wir fordern eine bessere Vorlage, die dem Gerechtigkeitsgedanken mehr entspricht.

(Beifall)

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Ich rufe nun Frau Charlotte Närger, Landesverband Hannover, auf.

Charlotte Närger: Frau Präsidentin! Liebe CDU-Freunde! Die Aufgeschlossenheit des Bundesvorstandes, die in dem Antrag B 15 zum Ausdruck kommt, wird möglicherweise viele Kritiker finden; sicherlich wird sie aber auch von vielen Parteimitgliedern begrüßt. Für mich sind es zwei Gründe, die zeigen, wie wichtig diese Initiative ist. Auf Einladung unserer italienischen Schwesterpartei, der Democrazia Christiana, war ich Gast bei einer Tagung in Florenz - Montecatini. In vielen Gesprächen

dort wurde immer wieder die Bitte der Dozenten und Parteimitglieder deutlich, die Arbeit der Democrazia Christiana auch in der Bundesrepublik zu unterstützen. Gewähren wir unter anderem den ausländischen Arbeitnehmern Gast- und Mitspracherecht in unserer Partei, machen wir sie mit der Arbeit der Union vertraut, dann ist ein wichtiger Richtungshinweis gegeben, daß sie bei einer Rückkehr in ihr Heimatland sich einer unserer Schwesterparteien zuwenden werden bzw. sie wählen. Ich gebe hiermit den Hinweis der italienischen Parteimitglieder weiter und bitte Sie, diese Bitte bei Ihrer Abstimmung zu berücksichtigen.

Bedenkt man den Ausgang der letzten Wahlen gerade in Italien, erhält der Antrag unseres Bundesvorstandes besonderes Gewicht. Grundsätzlich ist diese Initiative und die mögliche Änderung unseres Parteistatuts ein bedeutender Beitrag zur Schaffung eines gemeinsamen Europa.

(Beifall)

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Ich bitte jetzt Herrn Dr. Wagner aus Rheinland-Pfalz zum Mikrophon. - Herr Dr. Wagner ist nicht anwesend. Dann bitte ich - -

Dr. Carl Ludwig Wagner, Trier: Frau Präsidentin, darf ich mir den kleinen Hinweis erlauben: Wenn der nächste Redner schon mit angekündigt worden wäre, dann hätte ich mich bereits hier unten einfinden können. Ich werde es kurz machen! Ich möchte im Sinne des Bundesvorstandes und des Bundesvorsitzenden sprechen, aber im Sinne des Antrags von Rheinland-Pfalz B 20 Sie bitten, noch einen Schritt weiterzugehen.

(Beifall)

Die Frage ist, ob wir Ausländer nur dann in die Partei aufnehmen wollen, wenn sie eine Wartefrist von zwei oder drei Jahren in der Bundesrepublik zurückgelegt haben. Diese Frage dürfte im Grundsatz zu bejahen sein. Wir sind aber der Meinung, daß dieses sich erübrigt, wenn es sich um Freunde handelt, die in einem europäischen Land bereits Mitglied einer unserer Schwesterparteien gewesen sind.

(Beifall)

In einem solchen Falle sollten die Betroffenen ohne weiteres Warten aufgenommen werden können. Wir sollten uns in der Tat entschließen, denjenigen, der bereits bei den italienischen Christdemokraten oder bei einer anderen Schwesterpartei - etwa in den Niederlanden - mitgearbeitet hat, anders zu behandeln als den, der neu in die Unionsbewegung hineinkommt. Deswegen spreche ich für den Antrag B 20, Rheinland-Pfalz. Er sieht außerdem vor, daß bei den Beitrittswilligen, die nicht Mitglied einer Schwesterpartei waren, die Wartezeit nur zwei Jahre betragen soll. Ich muß aber sagen, daß der Akzent unseres Antrages weniger auf diesen zwei Jahren liegt. Wir bitten insbesondere um die Besserstellung derjenigen, die bereits bei Schwesterparteien Mitglieder sind.

(Beifall)

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Bitte Herrn Strütmann aus Hannover.

Klemens Strütmann: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für mich kommt diese Vorlage des Bundesvorstandes wenn nicht spät, so doch rechtzeitig. Wir müssen dabei bedenken, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Sozialdemokratische Partei seit langer Zeit unter unseren Gastarbeitern eine Integrationspolitik betreibt und ihnen eine Mitwirkungsmöglichkeit einräumt, die teilweise ein echtes Proletariat entstehen läßt. Wenn wir unsere Aufgabe als Christlich Demokratische Union ernst nehmen, dann liegt in der Annahme dieses Antrags auch eine Chance zur Integration in unserem Sinne und eine Chance zur Integration Europas.

(Beifall)

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Ich bitte Herrn Heinzel aus Westfalen.

Richard Heinzel: Frau Präsidentin, liebe Parteifreunde! Ich will für diesen Antrag Nr. B 15 sprechen. Ich will nicht noch einmal hier alle Gründe anführen, die bisher aufgezählt worden sind, sondern will die Sache aus dem Blick der Gastarbeiter in den Ballungsräumen und aus dem Blick der anderen Parteien betrachten, die sich um die Mitarbeit dieser Leute intensiver bemühen. Ich komme aus dem Ruhrgebiet und weiß da zu berichten, daß, wenn im Ruhrgebiet Wählerinitiativen ausgegeben werden, Gastarbeiter zuhauf auf den Wählerinitiativen der SPD erscheinen. Ich meine also, wir sollten es uns hier wohl überlegen, ob wir es uns erlauben können, einen solchen Antrag abzulehnen bzw. bis zum nächsten Bundesparteitag vor uns herzuschieben. Ich meine, wir wären gut beraten, wenn wir uns hier und heute dazu bekennen würden, auch die Gastarbeiter in unserer Partei mitarbeiten zu lassen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich darf jetzt Herrn Vogel von der Antragskommission noch einmal bitten.

Friedrich Vogel: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich als Delegierter und jetzt nicht als Mitglied der Antragskommission zu Wort gemeldet, weil ich Sie auch als Delegierter sehr herzlich bitten möchte, der Vorlage des Bundesvorstandes, so wie sie Ihnen vorliegt, zuzustimmen. Ich weiß, daß es eine ganze Reihe von abweichenden Auffassungen in Einzelpunkten gibt. Das, was als Vorlage des Bundesvorstandes vorliegt, ist der Versuch, aus den verschiedenen Einzelauffassungen eine Formulierung zu bekommen, die insgesamt von einer breiten Mehrheit des Parteitags getragen werden kann.

Meine Damen und Herren, ich möchte unterstreichen, wie notwendig es ist, daß die Christlich Demokratische Union einen solchen Beschluß hier heute auf diesem Parteitag faßt. Ich darf noch einmal recht herzlich bitten, dieser Vorlage zuzustimmen.

(Beifall)

Frau Ruth Beckmann, Tagespräsidium: Herr Dr. Worms, bitte! - Dann Herr Dr. Michel.

Dr. Bernhard Worms: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zusammenfassend kann ich Ihnen nur sagen, daß die Antragskommission unter Hinweis auf das, was Ihnen unser Bundesvorsitzender gesagt hat, eindringlich die Annahme empfiehlt.

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Herr Dr. Michel!

Dr. Franz Michel: Frau Präsidentin! Auch wenn jetzt die Zusammenfassung erfolgt ist, darf ich darauf hinweisen: hier ist ein Antrag soeben nicht verteilt worden. Deswegen kommt meine Wortmeldung. Der Zweck des vorliegenden Antrags des Bundesvorstandes ist die politische Integration von Freunden ausländischer Staatsangehörigkeit. Das Ziel wird im Interesse der Einigung Europas und im Vorgriff auf ein direkt gewähltes Parlament in Europa allerseits begrüßt; aber die Konsequenzen dieses Antrags zielen doch auf die Substanz unseres Staatsbegriffs und auf die Definition des Staatsbürgers. Nach Art. 20 des Grundgesetzes geht die Staatsgewalt vom deutschen Volke aus und wird durch Wahlen und Abstimmungen ausgeübt. Nach Art. 21 des Grundgesetzes wirken die Parteien bei der politischen Willensbildung des deutschen Volkes mit, und zwar einmal durch Wahlen - nach § 19 des Bundes-Wahlgesetzes durch die Aufstellung von Wahlvorschlägen - und nach § 6 des Parteiengesetzes durch politische Programme. Wählbar und wahlberechtigt sind nur Deutsche im Sinne des Grundgesetzes. Parteien sind daher keine Vereinigungen irgendwelcher Art, sondern ein Verfassungsorgan. Staat, Staatsbürgerschaft und Parteien und die Parteimitgliedschaft stehen in einem festen Koordinatensystem zueinander. Wenn wir an einem einzigen Punkt dieses Koordinatensystems etwas verschieben, dann verschieben sich auch alle anderen Eckpunkte mit. Das bitte ich zu bedenken.

(Beifall)

Wenn wir jetzt hier ein wichtiges, allgemeines Anliegen haben, zu dem wir alle stehen, dann gehört das meines Erachtens wesentlich differenzierter betrachtet und differenzierter gelöst und nicht durch einen pauschalen Antrag und durch einen pauschalen Beschluß hier im Eilgloss. Deswegen war der geschäftsordnungsmäßige Antrag gestellt worden, die Entscheidung über die optimale Lösung zurückzustellen, bis diese verfassungsrechtlichen Fragen der Möglichkeit und der Differenzierungsnotwendigkeiten geklärt sind, mit anderen Worten, zurückzustellen bis zum nächsten Parteitag. Das war ein Geschäftsordnungsantrag, der hier eingebracht, leider allerdings nicht verteilt wurde. Über diesen Geschäftsordnungsantrag müßte vorrangig abgestimmt werden. - Danke.

(Beifall)

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Dr. Vogel aus Rheinland-Pfalz das Wort.

Dr. Bernhard Vogel: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir möchten gern Klarheit im Saal über das Abstimmungsverhalten haben. Wir stimmen dem Antrag Nr. B 15 2.1 in der Fassung des Bundesvorstandes zu. Da gibt es für uns keine Probleme. Dagegen gibt es bei dem Antrag Nr. B 15 2.2 von seiten meines Landesverbandes wegen des Antrags Nr. B 20 erhebliche Probleme, weil wir die Hürde mit den drei Jahren für zu hoch halten und weil wir bedauern, daß den Mitgliedern unserer Schwesterparteien keine Vorzugsstellung eingeräumt werden soll. Da aber der Parteitag vorhin beschlossen hat, daß zuerst über die Vorlage des Bundesvorstandes abgestimmt werden muß, und zwar auch dann, wenn sie nicht die weitergehende Antragsformulierung enthält, sehen wir uns gezwungen, um überhaupt etwas zu erreichen, dem Antrag des Bundesvorstandes zuzustimmen, obwohl wir unseren Antrag für den besseren halten.

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, liegen weitere Wortmeldungen vor? - Herr Professor Biedenkopf!

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Zu den Bedenken, die soeben wegen der staatsrechtlichen Auswirkungen des Antrags des Bundesvorstandes geltend gemacht worden sind, möchte ich nur eine Bemerkung machen. Wir haben das natürlich sorgfältig geprüft. Die Regelungen des Parteiengesetzes gehen selbstverständlich den Statuten unserer Partei vor. Nach dem Parteiengesetz können ausländische Bewohner der Bundesrepublik bei der Aufstellung von Kandidaten für öffentliche Ämter nicht mitwirken, so daß die hier angesprochenen Probleme in dem Satz "Die Staatsgewalt geht vom Volke aus" gar nicht auftreten.

(Beifall)

Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, daß mit der Satzungsänderung, die der Bundesvorstand vorschlägt, dieses Problem nicht angesprochen ist. Es geht um die Frage, ob wir unseren ausländischen Mitbürgern die Möglichkeit eröffnen, in der politischen Partei mitzuarbeiten, wenn sie unter den Gesichtspunkten und nach den Zeitabläufen, die hier in dem Antrag vorgesehen sind, aufgenommen werden können. Ich möchte Sie deshalb noch einmal nachdrücklich darum bitten, dem Antrag des Bundesvorstandes Nr. B 15 zuzustimmen.

(Beifall)

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Inzwischen ist noch eine Wortmeldung eingegangen. Ich bitte Herrn Hasinger aus dem Rheinland.

Albrecht Hasinger: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich hatte an sich nicht vor, zu diesem Antrag noch das Wort zu nehmen. Da aber vorhin nochmals sehr stark auf die staatspolitische Rolle der Partei Bezug genommen worden ist, möchte ich doch darauf hinweisen, daß der Vorschlag des Bundesvorstandes in einer abgewogenen Art und Weise gerade diesen Aspekt der Partei bei der staatspolitischen Willensbildung berücksichtigt. Es werden nur solche ausländischen Freunde in unsere Partei aufgenommen, die hier eine Art Probejahr absolviert haben. Gerade bei der Mandatsaufstellung sind die Ausländer nicht berücksichtigt. Außerdem gibt es noch eine Sperrklausel. Ich meine, wir sollten doch folgendes berücksichtigen: Wenn wir ausländische Arbeitnehmer zu uns hereinholen, wenn sie bei uns arbeiten können und arbeiten sollen, wenn sie unsere Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben sind und wenn sie schon bereit sind, sich in unserer Partei zu engagieren und dies gar noch durch eine einjährige Aktivität unter Beweis gestellt haben, dann ist es für mich eine Selbstverständlichkeit, daß wir ihnen nach dieser Zeit dann auch das Recht geben, aktiv und mit vollen Rechten mitzuarbeiten. Ich möchte Sie daher sehr herzlich um Zustimmung zu diesem Antrag Nr. B 15 bitten. - Vielen Dank.

(Beifall)

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Brickwedde.

Fritz Brickwedde: Meine lieben Parteifreunde! Ich möchte für die Junge Union kurz zum Antrag des Bundesvorstandes Stellung nehmen. Ich glaube, daß wir uns einen schlechten Dienst erweisen und unlogisch handeln, wenn wir hier morgens unseren ausländischen Freunden, vor allen Dingen unseren portugiesischen Freunden, zujubeln

und nachmittags dann die Aufnahme dieser Freunde ablehnen. Dies paßt nicht zusammen!

(Beifall)

Wir als Junge Union haben den Europagedanken, den Gedanken der Vereinigung der freien Völker Europas, mit in unsere vorrangigen Aufgaben einbezogen; wir haben zusammen mit Freunden aus ganz Europa in Aachen vor wenigen Tagen eine große Demonstration veranstaltet. Ich glaube, daß wir den Europagedanken als die Europa-Partei weiter voranbringen müssen, als die wir unter Konrad Adenauer angetreten sind. Deswegen steht es uns gut an, europäische Freunde, die hier bei uns tätig sind, aufzunehmen, wenn sie von den gleichen Grundsätzen und Prinzipien ausgehen wie wir selber.

Eines möchte ich noch zu dem Argument sagen, die Wahlbürgerschaft und die Parteimitgliedschaft müßten miteinander übereinstimmen. Diesen Grundsatz haben wir als Partei längst durchbrochen; wir haben nämlich 16- und 17 jährige Mitglieder, die nicht berechtigt sind, an den Wahlen teilzunehmen, und die daher nach unserem Recht auch nicht berechtigt sind, an den Aufstellungsverfahren für Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen teilzunehmen. Dies sind keine Mitglieder 2. Klasse, sondern dies ist nur das Einhalten eines geltenden Rechts.

Lassen Sie mich zum Schluß bitte noch ein ganz praktisches Argument aus der Sicht unserer Region sagen. Wir haben im Emsland einen Kreisverband, in dessen Bereich traditionell eine große Zahl von Niederländern wohnt, von Person also, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzen, die sich aber ganz selbstverständlich auf Grund ihrer Überzeugung zur Christlich Demokratischen Union bekennen und gern bei uns mitarbeiten wollen. Wir sollten ihnen nicht die Tür verschließen, sondern sollten ja sagen zu allen Freunden aus Europa, die christliche Demokraten sind, und sollten deshalb dem Antrag des Bundesvorstandes zustimmen.

(Beifall)

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, daß wir abschnittsweise abstimmen. Ich rufe zunächst 2.1. auf. Hierzu gehören die Anträge B 15, B 16 bis B 19 mit B 149. Ich darf die Empfehlung der Antragskommission wiederholen: Annahme von B 15 zu 2.1 und Erledigterklärung von B 16 bis B 19.

Ich lasse darüber abstimmen. Den, der dieser Empfehlung der Antragskommission sein Votum geben will, bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das erste war die qualifizierte Mehrheit;

(Beifall)

damit ist diese Empfehlung angenommen worden.

Ich rufe nun 2.2 mit den dazugehörigen Anträgen B 15 zu 2.2 und B 20 bis B 26 auf. Auch hier wiederhole ich die Empfehlung der Antragskommission: Annahme von B 15 - 2.2 - und Erledigterklärung von B 20 bis B 26.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das erste war die qualifizierte Mehrheit; damit ist diese Empfehlung angenommen.

Ich betone neuerdings immer, daß es die qualifizierte Mehrheit ist, weil hier vorhin Zweifel angemeldet worden waren, aber das Präsi-

dium ist eindeutig zu der Feststellung gelangt, daß in den bereits abgelaufenen Abstimmungen die erforderliche Mehrheit erreicht war.

Ich rufe nun 2.3. auf. Hier handelt es sich nur um eine redaktionelle Umstellung. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme von Antrag B 15 zu 2.3. Weitere Anträge hierzu liegen nicht vor.

Ich komme zur Abstimmung. Wer dieser Empfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Auch das ist mit qualifizierter Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe nunmehr 2.4 auf. Hierzu gehören die Anträge B 15 - zu 2.4. -, B 27 bis B 31. Auch hier noch einmal die Empfehlung der Antragskommission: Beibehaltung der bisherigen Fassung von § 5 Abs. 1 Satz 3 des Statuts:

Über die Aufnahme entscheidet der zuständige Kreisverband.

Empfohlen wird weiter Ablehnung von B 27 und B 29 sowie Erledigterklärung von B 28, B 30 und B 31.

Dazu bittet Herr Dr. Worms ums Wort.

Dr. Bernhard Worms: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Hier sind wir nach langer, langer Prüfung zu der Erkenntnis gekommen, daß es richtig ist, die zuständige Stelle beim Kreisverband einzurichten. Was soll ich noch lange Worte der Begrüßung finden? Im Kreisverband ist die Überschaubarkeit gegeben; der Kreisverband kann sich mit den örtlichen Gegebenheiten vertraut machen. Deshalb möchten wir Sie bitten, so zu verfahren, wie die Präsidentin eben vorgetragen hat.

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Wir kommen zur Abstimmung über diese Empfehlung. Wer ihr folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen. - Es ist mit qualifizierter Mehrheit - ich darf noch einmal darauf aufmerksam machen - so beschlossen.

Ich rufe 2.5 auf sowie hierzu die Empfehlung der Antragskommission: Annahme. Oder, Herr Dr. Worms?

(Dr. Bernahrd Worms: Richtig!)

Hierzu gehören die Anträge B 15 - zu 2.5. -, B 32 und B 33. Ich wiederhole: Die Antragskommission empfiehlt Annahme von Antrag B 15 hinsichtlich § 6 Abs. 1 (neu) und hinsichtlich Abs. 2 (neu) sowie Ablehnung von B 32 und Erledigterklärung von B 33.

Dr. Bernhard Worms: Noch ein Satz zur Begründung: Der auf Seite 21 in § 6 Abs. 2 gemachte Vorschlag bezüglich der Zusammensetzung aller Organe und Gremien der Partei und aller ihrer Gebietsverbände beruht auf § 2 Abs. 3 des Parteiengesetzes und ist, wie auch die beiden Änderungsanträge zeigen, ein wohlausgewogener Kompromiß. Deshalb bitten wir, der Vorlage in der Fassung des Bundesvorstandes zuzustimmen.

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Worms! Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer sich diesem Vorschlag anschließt, gebe bitte das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das erste war die qualifizierte Mehrheit; damit ist dieser Bereich abgeschlossen.

Ich rufe Ziffer 2.6 auf. Sie betrifft § 8 Satz 2 (neu). Die Antragskommission empfiehlt Annahme von Antrag B 15 Ziffer 2.6. Es liegt kein Änderungsantrag vor. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist auch diese Empfehlung mit der qualifizierten Mehrheit angenommen.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe Ziffer 3 auf, die Antrag B 34 betrifft. Als Sprecher der Antragskommission hat Herr Schönbohm das Wort.

Wulf Schönbohm: Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der auf § 70 Abs. 1 des Parteiengesetzes beruhenden Änderung und damit von Antrag B 34. Änderungsanträge liegen nicht vor.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben die Empfehlung der Antragskommission gehört. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Die Gegenprobe. - Das erste war die Mehrheit. Damit ist die Empfehlung der Antragskommission angenommen.

Ich rufe nun Ziffer 4 auf. Sie umfaßt die Anträge B 35 bis B 45.

Wulf Schönbohm: Die Antragskommission empfiehlt Annahme einer Neufassung von § 5 Abs. 2 Statut unter Berücksichtigung der Anträge B 40 und B 45 in folgender Fassung - sie ist auf der rechten Seite des Antragsheftes abgedruckt -:

Zuständig ist in der Regel der Kreisverband des Wohnsitzes. Auf begründeten Wunsch des Bewerbers kann die Aufnahme auch durch den Kreisverband des Arbeitsplatzes erfolgen. Vor der Aufnahme des Mitgliedes durch den Kreisverband des Arbeitsplatzes ist der Kreisverband des Wohnsitzes zu hören. Über sonstige Ausnahmen entscheidet der Landesverband.

Beibehaltung von § 5 Abs. 3 alte Fassung des Statuts. Damit würden die Anträge B 35 und B 36 bis B 45 für erledigt erklärt werden. Die Antragskommission begrüßt die in den Anträgen B 40 und B 45 enthaltene bisher fehlende Klarstellung, daß für die Aufnahme eines Bewerbers in der Regel der Kreisverband des Wohnsitzes, auf begründeten Wunsch ausnahmsweise aber auch der Kreisverband des Arbeitsplatzes zuständig ist. Der gegenwärtigen Parteipraxis entsprechen die Anträge B 40 und B 45 sinngemäß besser als der ursprüngliche Antrag B 35 des Bundesvorstandes. Allerdings ist darauf hinzuweisen, daß bei der Aufstellung von Kandidaten zu öffentlichen Wahlen nur jeweils solche Parteifreunde mitwirkungsberechtigt sind, die jeweils über das aktive Wahlrecht in ihrem Kreisverband verfügen. Es ist Aufgabe der Kreisgeschäftsstellen, dies vorher abzuklären.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag der Antragskommission gehört. Dazu hat sich Herr Doss, Rheinland-Pfalz, zu Wort gemeldet.

Hans Jürgen Doss: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte auf einen Irrtum aufmerksam machen, der der Antragskommission offensichtlich unterlaufen ist. Hier steht: "Annahme unter Berücksichtigung von B 40 und B 45 in folgender Fassung". Zwischen dem Antrag B 40 des Kreisverbandes Frankfurt und dem Antrag B 45 der Mittelstandsvereinigung besteht insofern ein Unterschied, als es bei dem Frankfurter Antrag heißt: "Auf begründeten Wunsch ...", was immer auch "begründet" heißen und wie das ausgelegt werden soll. Der Antrag der Mittelstandsvereinigung verzichtet auf dieses "begründet" und sieht vor: "Auf Wunsch des Bewerbers ...". Das heißt, daß diesem Wunsch im Regelfall Rechnung getragen wird.

Dieser Antrag der Mittelstandsvereinigung deckt sich mit den Anträgen von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, den Anträgen der Jungen Union und weiterer Kreisverbände. Ich möchte Sie bitten, dem Antrag der Mittelstandsvereinigung in diesem Wortlaut zustimmen zu wollen.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Doss. Herr Reckers vom RCDS hat sich zu Wort gemeldet.

Hans Reckers: Meine Damen und Herren! Wir haben in unserer Partei zunehmend Gruppen von Parteimitgliedern, die ihren Arbeitsplatz oder ihren Ausbildungsort weit entfernt von ihrem ersten Wohnsitz haben. Das betrifft zunehmend Arbeitnehmer, Bundeswehrsoldaten, Auszubildende und gerade auch Studenten. Es geht darum, ob wir in unserem Statut Regelungen haben, die eine Mitgliedschaft oder eine Mitwirkung dieser Gruppen in der Kreispartei am Arbeitsplatz oder am Ausbildungsort erschweren. Ich möchte Sie sehr herzlich bitten, dafür zu sorgen, daß weiterhin die bisherige Fassung des Parteistatuts erhalten bleibt, daß diese betroffenen Gruppen die freie Wahl haben, ob sie in der Kreispartei am Wohnort oder in der Kreispartei am Arbeitsplatz oder Ausbildungsort mitwirken können. Die Schwierigkeiten, die hier diesen Gruppen in den Weg gelegt werden, können doch dazu führen, daß uns die aktive Mitwirkung von erheblichen Teilen dieser Gruppen verlorengeht. Sorgen Sie deshalb bitte dafür, daß hier keine überflüssigen bürokratischen Hindernisse der Mitwirkung dieser Gruppen in den Weg gelegt werden, damit für diese Gruppen eine Mitwirkung auch im Kreisverband am Arbeitsort oder im Kreisverband am Ausbildungsort möglich ist.

(Vereinzelter Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Reckers. Als nächster spricht Herr Alo Hauser, Rheinland.

Alo Hauser: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kreisverband Bonn hatte gegen die vom Bundesvorstand vorgeschlagene Neuregelung Bedenken geltend gemacht, die zum Teil hier bereits von anderer Seite begründet worden sind. Wir wären aber in der Lage, dem Vorschlag der Antragskommission zuzustimmen, wenn eine Klärung erfolgen könnte, d.h. uns eine befriedigende Regelung genannt wird, was mit den CDU-Mitgliedern geschehen soll, die als Bedienstete der Bundesrepublik Deutschland im Ausland, z.B. im Auswärtigen Dienst, z.B. als Angehörige der Bundeswehr ständig in Holland, in USA und an anderen Stellen stationiert sind. Diese Mitglieder haben keinen Wohnsitz in der Bundesrepublik, in keinem Kreisverband. Wir haben im Augenblick eine Regelung, daß diese nach dem Bundeswahlgesetz bei Bundestagswahlen in Bonn wahlberechtigten Mitglieder dort am Sitz des Kreisverbandes Bonn auch ihre Mitgliedschaft begründen. Es geht um einen Kreis von etwa 200 Personen. Wenn nun erklärt werden kann, daß für diese Mitglieder Bonn weiterhin der Arbeitsplatz wäre und es bei der bisherigen Regelung verbliebe, auch wenn der Vorschlag der Antragskommission angenommen wird, sind wir in Wahrung der Rechte unserer Mitglieder befriedigt.

(Vereinzelter Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Hauser. Dazu Herr Schönbohm, bitte!

Wulf Schönbohm: Von seiten der Antragskommission bestehen keine Bedenken, daß diese Regelung des Kreisverbandes Bonn auch in

Zukunft praktiziert wird, wenn dem Votum der Antragskommission stattgegeben wird.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben die Äußerung von Herrn Schönbohm gehört. Ich komme zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission. Die Antragskommission empfiehlt:

Annahme unter Berücksichtigung von B 40 und B 45 in folgender Fassung:

§ 5 Abs. 2 Statut lautet:
Zuständig ist in der Regel der Kreisverband des Wohnsitzes. Auf begründeten Wunsch des Bewerbers kann die Aufnahme auch durch den Kreisverband des Arbeitsplatzes erfolgen. Vor der Aufnahme des Mitgliedes durch den Kreisverband des Arbeitsplatzes ist der Kreisverband des Wohnsitzes zu hören. Über sonstige Ausnahmen entscheidet der Landesverband.

Beibehaltung von § 5 Abs. 3 alte Fassung Statut; Erledigt-
erklärung der Anträge B 35 alte Fassung, B 36 bis B 45. Wer für diese Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. -

Danke sehr. Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das erste war offensichtlich die qualifizierte Mehrheit. Damit ist der Antrag der Antragskommission angenommen.

Meine Damen und Herren, ich rufe Ziffer 5 auf, § 5 Abs. 4 des Neustatuts. Es empfiehlt sich, die Beratung dieser Bestimmung zurückzustellen, bis die Entscheidung über den Status der Ortsverbände gefallen ist. Ich wäre dankbar, wenn dieser Vorschlag von der Mehrheit gebilligt wird.

(Zustimmung)

- Ich höre keinen Widerspruch. Danke sehr.

Dann rufe ich Ziffer 6 auf, § 7 Abs. 1, Satz 2, Finanz- und Beitragsordnung.

Dazu hat das Wort Herr Schönbohm.

Wulf Schönbohm: Die Antragskommission empfiehlt, die in Antrag B 54 enthaltene rein redaktionelle Änderung anzunehmen. Sonstige Änderungsanträge liegen nicht vor.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wird dazu das Wort gewünscht? - das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich diejenigen, die dem Antrag die Zustimmung geben wollen, um das Handzeichen. - Danke sehr. Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Bei wenigen Stimmenthaltungen im übrigen einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zu Ziffer 7, § 9, Abs. 2 Neustatut: Austritt durch Nichtzahlung von Beiträgen. Hierzu gehören die Anträge B 55 bis B 61.

Dazu hat das Wort Herr Schönbohm.

Wulf Schönbohm: Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrages B 55 unter Streichung der Worte "ohne Erfolg" in § 9, Abs. 2, Satz 1. Außerdem empfiehlt sie Annahme des Antrages B 145 - das ist ein Initiativantrag von Berliner Delegierten -, weil er eine Klarstellung enthält, sowie die Ablehnung des Antrages B 57. Damit würden sich die Anträge B 56 sowie B 58 und B 61 erledigen.

Begründung: Die vom Bundesvorstand vorgeschlagene Regelung des Austritts aus der Partei durch Nichtzahlung von Mitgliedsbeiträgen für eine längere Zeit als 12 Monate findet sich bereits in einigen CDU-Landessatzungen. Im Hinblick darauf, daß nach §§ 10, Abs. 4 und 4 des Parteiengesetzes in Verbindung mit den entsprechenden Vorschriften des Statuts der CDU und der Satzung der Landesverbände ein Parteiausschluß nur durch ein Parteigerichtsverfahren erfolgen kann, stellt der Vorschlag des Bundesvorstandes einen rechtsstaatlich tragbaren, in der Praxis auch durchführbaren Kompromiß dar.

Der Antrag B 57 verstößt gegen das Parteiengesetz und das Statut der CDU und muß daher abgelehnt werden.

Soweit in den Anträgen B 56 sowie B 58 und B 61 ein Zahlungsrückstand von mehr als nur sechs Monaten verlangt wird, ist darauf hinzuweisen, daß nach § 7 Abs. 2 des Statuts die Rechte eines Mitgliedes schon jetzt ruhen, wenn es mit seinen Beitragszahlungen länger als sechs Monate schuldhaft in Verzug ist. Von daher scheint uns die Regelung, die die Antragskommission vorschlägt, sinnvoller und praktikabler zu sein.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Schönbohm. Meine Damen und Herren, Sie haben die Empfehlungen und die Begründung der Antragskommission gehört. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist, soweit ich sehe, nicht der Fall.

Dann treten wir in die Abstimmung ein. Wer für die Annahme des Antrages der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das erste war die übergroße und damit qualifizierte Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

Ich rufe Ziffer 8 auf, Änderung des § 11 Abs. 1 des Statuts. Hierzu gehört der Antrag B 62.

Als Sprecher der Antragskommission hat das Wort Herr Friedrich Vogel.

Friedrich Vogel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag des Bundesvorstandes ist unter B 62 zu finden. Änderungsanträge dazu liegen nicht vor. Die Antragskommission empfiehlt Annahme.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Sie haben den Antrag der Antragskommission gehört. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist, soweit ich sehe, nicht der Fall.

Dann treten wir in die Abstimmung ein. Wer für die Annahme des Antrags der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Einstimmige Annahme.

Meine Damen und Herren, ich empfehle die Zurückstellung von Ziffer 9 und rufe, falls dagegen kein Widerspruch erhoben wird, Ziffer 10 auf, § 15 des Statuts, Organisationsstufen. Hierzu gehören die Anträge B 66 bis B 71. Als Sprecher der Antragskommission hat das Wort Herr Dr. Bernhard Worms.

Dr. Bernhard Worms: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich erlaube mir, dem Parteitag einen grundsätzlichen Vorschlag zu machen: daß wir am Beispiel des § 19 - Antrag B 91 auf Seite 35 der Empfehlungen der Antragskommission - das Problem des Orts-

verbandes einmal grundlegend diskutieren. Haben wir das entschieden, dann können wir sofort abstimmen über die Anträge B 1, B 10 bis B 14 und B 63 bis B 65.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Herr Dr. Worms, ich darf Sie einen Augenblick unterbrechen und auch Ziffer 13, § 19, aufrufen, zu der Sie ja Stellung nehmen. Hierzu gehören die Anträge B 91 bis B 98. Ich darf Sie bitten, fortzufahren.

Dr. Bernhard Worms: Herr Präsident, wenn Sie gestatten, beziehe ich auch noch ein die Anträge B 102 bis B 105 sowie den Antrag B 146.

Meine Damen und Herren, am Beispiel des § 19 Abs. 1 können wir die Problematik der Nomenklatur bzw. der organisationsrechtlichen Gliederung erörtern. Hierzu ergeben sich aus der Sicht der Antragskommission folgende Fragen. Wir sind der Meinung, Ihnen den vorliegenden Antrag in der Fassung des Bundesvorstandes zur Annahme zu empfehlen und begründen das wie folgt:

Ein Schwerpunkt der Änderungen des Statuts der CDU ist die Anpassung der Parteistruktur an die Ergebnisse der kommunalen Gebietsreform. Politisch wirksame, durch Wahlergebnisse meßbare und organisatorisch praktikable Arbeit läßt sich nur dann leisten, wenn auch bei den Kreisverbänden im Bereich der kreisangehörigen Städte und Gemeinden absolute Deckungsgleichheit zwischen dem jeweiligen kommunalen Gebiet einerseits und dem CDU-Organisationsgebiet andererseits besteht.

Hinsichtlich der kreisfreien Großstädte soll die Gründung und Abgrenzung des Stadtbezirksverbandes Aufgabe des zuständigen Kreisverbandes bleiben. Der Stadtgemeindeverband im kreisangehörigen Raum bzw. der Stadtbezirksverband bei der kreisfreien Großstadt soll im organisatorischen Aufbau der CDU an die Stelle des bisherigen Ortsverbandes treten. Den Ergebnissen der kommunalen Neugliederung entsprechend wird die Zahl der Stadt- und Gemeindeverbände bzw. Stadtbezirksverbände erheblich kleiner sein als die bisherige Zahl der Ortsverbände.

Durch die neu einzuführenden Bezeichnungen soll auch für jeden innerhalb und außerhalb der Partei dargestellt werden, welchen Verband der untersten Organisationsstufe er bei Korrespondenzen und Veröffentlichungen vor sich hat.

Je nach der kommunalrechtlichen Stellung und Bezeichnung würden die CDU-Verbände heißen - am Beispiel meiner eigenen Kreisstadt -: CDU-Stadtverband Bergheim oder CDU-Gemeindeverband Königsdorf oder - am Beispiel einer kreisfreien Großstadt wie Köln -: CDU-Stadtbezirksverband Köln-Ehrenfeld.

Das Wort "Stadtbezirk" kommt bereits in § 19 Abs. 1 der geltenden Fassung des Statuts der CDU im Zusammenhang mit den größeren Städten vor. Das hat jedoch nicht dazu geführt, daß die Großstadtkreisverbände ihre Ortsverbände in jedem Fall an den Gebieten der kommunalverfassungsrechtlich bedeutsamen Stadtbezirke orientiert hätten. Eine Änderung insoweit ist nicht geplant. Wohl aber könnten die Großstadtkreisverbände die auf sie zutreffende kommunale Gebietsreform zum Anlaß nehmen, die bisherige Einteilung ihres Kreisverbandsgebiets neu zu überdenken.

Mit anderen Worten, meine Damen und Herren: Wenn Sie diesem Begehren des Bundesvorstandes, durch den einstimmigen Vorschlag der Antragskommission erhärtet, folgen, haben wir künftig folgende Gliederung: Bundesverband unstreitig; Landesverband unstreitig; darunter die Kreisverbände. Diese gliedern sich im kreisangehöri-

gen Raum, wenn es sich um kreisangehörige Städte handelt, in Stadtverbände, wenn es sich um kreisangehörige Gemeinden handelt, in Gemeindeverbände. Im kreisfreien Raum kennen wir neu den Stadtbezirksverband, der, soweit die Stadtbezirke nach den Vorschriften der Hauptsatzung oder denen der Gemeindeordnung gebildet worden sind, mit einem solchen Bezirk identisch ist. Es bleibt den Landesverbänden und, wenn sie es delegieren, natürlich den Kreisverbänden weiterhin möglich, darunter Organisationseinheiten mit dem Begriff "Ortsverband" zu belegen.

Wir bitten deshalb um Annahme.

Ich glaube, Herr Präsident, Sie könnten mir die Anregung gestatten, über alle hiermit im Zusammenhang stehende Anträge - mehr als zwei Dutzend - nach kurzem Vortrag sofort vom Plenum entscheiden zu lassen. Denn wenn wir uns für diese Nomenklatur, für diese Organisationseinheit entschieden haben, schlägt das naturnotwendig auf alle anderen Hinweise in unserem Statut durch.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Ich danke dem Sprecher der Antragskommission. Zu diesem Thema liegen fünf Wortmeldungen vor. Ich bitte zunächst Herrn Kolb, Baden-Württemberg.

Elmar Kolb: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Uns war dieser Vorschlag nicht ganz klar. Sie wollen hier etwas, was sich bisher bewährt hat, plötzlich einfach streichen. Ich komme aus einem Kreisverband, der die Kommunalreform hinter sich hat. Wir haben in fünf Gemeinden die Angliederung an die neuen Gebietsgrenzen vorgenommen. In zwei Gemeinden erleben wir den Widerstand hiergegen seitens der bisherigen Ortsverbände. Es handelt sich um die Stadt Friedrichshafen. Wir haben dort im Jahre 1938 eine Gebietsreform gehabt und haben mit Gründung der CDU, seit über 20 Jahren, einen Ortsverband Fischbach und einen Ortsverband Friedrichshafen. Es sind Ortsverbände, in denen 300 bzw. fast 100 Mitglieder dagegen sind, daß das getan wird.

Herr Generalsekretär, mir ist eines nicht klar. Als Sie bei uns im Oberland waren, Herr Professor Biedenkopf, haben Sie erklärt, schon in wenigen Jahren sei eine gegenläufige Entwicklung zur Gebietsreform zu erwarten. Ich zitiere wörtlich:

"Wie soll ein Bürger, der 20 oder 10 km von hier weg wohnt und jetzt Mitglied dieser Gemeinde geworden ist, irgendein Verantwortungsgefühl dafür entwickeln, was hier passiert?"

Und Biedenkopf gibt die Antwort:

"Das kann er gar nicht. Es liegt außerhalb seines Einzugsgebietes, seines Wirkungskreises, seiner Vorstellungswelt, wenn er nicht über ein besonderes Maß an Initiative verfügt."

Deswegen ist uns hier unten einfach nicht klar, weshalb man jetzt plötzlich etwas Bewährtes abstellen will.

(Beifall)

Jetzt zu meiner Frage. Nach der Formulierung der Antragskommission will sie das Wort "Ortsverbände" bestehen lassen. Aber sie hat noch nicht klar definiert, wie das gehen soll. Daher würde ich Sie bitten, die Vorschläge des Landesverbandes Eaden-Württemberg anzunehmen; dann sind wir aus der Bredouille. Diejenigen, die sich einigen wollen, können sich einigen. Und diejenigen, die

auseinandergehen wollen, sollten wir auseinanderlassen, solange sie sich bewährt haben.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Kessler, Baden-Württemberg, das Wort. - Bitte sagen Sie, zu welchem Antrag Sie sprechen!

Hubert Kessler: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben alle Verständnis, wenn der Antragsteller, der Bundesvorstand, die Organisationsstruktur an die neu geschaffenen Verwaltungsstrukturen angleichen will. Aber wir haben kein Verständnis, wenn er dann differenziert und bei uns die Verhältnisse genau verläßt und nicht zu etwas bereit ist, und zwar um eines Teiles willen, um des Ortsverbandes willen.

Wir haben in Baden-Württemberg nun einmal die Ortschaftsverfassung mit den Ortschaftsräten und den Ortsvorstehern. Dort haben wir Ortsverbände. Sie können diese Ortsverbände nicht "Gemeindeverbände" nennen, weil sie nur Teil einer Gemeinde sind. Sie nehmen sehr viel von der Initiative weg; das hat Ihnen Herr Kolb schon gesagt. Die Initiative sollten wir doch erhalten. Dort sollte die Vielzahl der Mitglieder und der Ortsvorsteher ihre Initiative, ihre Bürgerinitiative behalten. Bitte helfen Sie uns, daß das nicht verlorengeht! Wir brauchen jeden einzelnen in unserem Bereich mit der Vielzahl dieser kleinen Leute.

(Beifall)

Nun ein zweites. Sie rühmen stets die Wahlergebnisse in Baden-Württemberg. Aber dann lernen Sie auch daraus! Wir haben eine Vielzahl kleiner Ortsverbände. In einer großen Zahl von Wahlkämpfen haben die Ortsvorsitzenden, die etwas gelten, aus eigener Initiative hier etwas geleistet. Das wollen wir nicht gefährden durch eine Sache, von der wir nicht wissen, wie sie künftig ausgeht, was sie uns künftig bringen wird.

Ich bitte Sie also herzlich: Nehmen Sie das Wort "Ortsverbände" mit auf!

Ein weiteres. Wir haben ebenfalls den Antrag gestellt, daß zu den Landesverbänden die Ortsbezirksverbände hinzugenommen werden. In unserem Bezirksverband wählen wir wie alle Bezirksverbände in Baden-Württemberg durch den Bezirksparteitag die Delegierten zum Bundesparteitag. Wir wählen die Delegierten zum Bundesparteiausschuß. Wir werden durch unsere Beitragsordnung als Landesverband geführt. Nun haben wir aber nicht einmal ein Antragsrecht beim Bundesparteitag, weil wir keine Organisationsstufe sind. Deshalb helfen Sie auch hier mit, daß eine Ersetzung durch die Worte "Landes- und Bezirksverbände" stattfindet; dann ist man aus allem heraus.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Hierzu hat der Sprecher der Antragskommission das Wort gewünscht.

Dr. Bernhard Worms: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Anliegen des Landesverbands Baden-Württemberg ist ja von der Antragskommission, aber auch von der Fassung des Bundesvorstandes voll gewürdigt worden.

(Vereinzelter Widerspruch)

- Ja, doch! Sagen Sie doch nicht nein! Das ist aber eine eigenartige Auslegung. Niemand hindert Sie daran, Ihre Ortsverbände

im Rahmen einer politischen Gemeinde unter Hinweis auf die in dieser Gemeinde vorhandene Ortschaftsverfassung beizubehalten. Niemand hindert Sie daran.

Wofür das Plenum die volle Verantwortung trägt, ist doch, daß wir eine bundeseinheitliche Regelung in das Bundesstatut insoweit aufnehmen, als die Flexibilität gewährt bleibt, wonach jeder Landesverband für seinen Bereich und jeder Kreisverband für seine Ecke die noch notwendigen Feinheiten in seine Satzung einbauen kann. Das Prinzip bleibt doch bestehen, daß die kleinste finanzielle und selbständige organisatorische Einheit der Kreisverband ist.

Darüber hinaus haben Sie nach der Fassung, die ich gleich noch vortragen kann - ich habe mich zunächst einmal hierauf beschränkt -, die Möglichkeit, daß die Landessatzung Ihnen die Freiheit gewährt, daß Sie mehrere Bezirke oder mehrere Kreise, wie auch immer geartet, zu diesem Bezirksverband zusammenführen können. Die Sache mit dem Antragsrecht und dem Organisationsstatut steht ja überhaupt in keinem unmittelbaren Zusammenhang. Ein Ortsverband hat kein unmittelbares Antragsrecht für den Bundesparteitag. Bisher regeln ja schon die Landessatzungen, wer für einen Bundesparteitag antragsberechtigt ist oder nicht.

Noch einmal, meine Damen und Herren: Die gefundene Formulierung des Bundesvorstandes und die Vertreter von Baden-Württemberg in der Antragskommission haben ja die kommunale Situation ihres Landes noch einmal sehr deutlich gemacht. Die Empfehlung der Antragskommission hindert Sie nicht daran, das bewährte Gute in Baden-Württemberg beizubehalten.

(Zuruf: Lassen Sie es doch, wie es bisher war!)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Worms!

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal der Klarheit halber darauf hinweisen, daß wir zur Zeit über Ziffer 13, d. h. die Anträge B 91 bis B 98, und über Ziffer 10, d. h. über die Anträge B 66 bis B 71, diskutieren.

Als nächster hat Herr Tremmel, Baden-Württemberg, das Wort.

Fritz Tremmel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann mich an und sich kurzfassen, nachdem bereits zwei Redner hier die Ortsverbände vertreten haben.

(Beifall)

Nachdem der Vertreter der Antragskommission hier nun empfohlen hat, dennoch dem Vorschlag des Bundesvorstandes zu folgen, muß ich noch etwas zu diesem Thema sagen. Wir sind hier angetreten, das Bundesstatut zu überarbeiten, um eine saubere und klare Lösung für die zukünftige Arbeit zu haben. Deshalb ist es einfach nicht einzusehen, weshalb man das Wort "Ortsverbände" hier nicht aufnehmen will.

(Beifall)

Die Praxis hat gezeigt, daß dort, wo Einheitsverbände gegründet worden sind - es gibt in Baden-Württemberg eine ganze Reihe von Beispielen dafür; ich gehe davon aus, daß es in anderen Bundesländern auch so ist -, am Sitz des Ortsvorsitzenden oder des Stadtvorsitzenden das parteiliche Leben weitergeht, daß aber in den Randgemeinden die politische Arbeit im Grunde genommen tot ist. Es finden dann dort nur noch Veranstaltungen statt, wenn einmal eine Kommunalwahl, eine Landtagswahl oder eine Bundestagswahl ist.

Mitgliederwerbung oder ähnliche Aktivitäten bewegen sich aber auf den Nullpunkt zu.

(Beifall)

Deshalb meine Bitte: Stimmen Sie dem Antrag des Landesverbandes Baden-Württemberg zu! Dann haben Sie eine saubere Lösung, und wir brauchen keine Interpretation.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Hierzu hat zunächst der Sprecher der Antragskommission das Wort.

Dr. Bernhard Worms: Herr Kollege, wir sollten uns hier nicht um des Kaisers Bart streiten. Sie können auf Seite 36 nachlesen, daß § 19 Abs. 2 nach dem Antrag des Bundesvorstandes wie folgt gefaßt werden soll:

Die Landesverbände können durch Satzung die weitere Untergliederung von Stadt-/Gemeindeverbänden bzw. Stadtbezirksverbänden regeln und dabei die jeweiligen Rechte und Pflichten bestimmen.

Ich glaube, niemand kann das anders als so interpretieren, wie ich es Ihnen hier vorgetragen habe.

(Beifall)

Die Landesverbände behalten ihre Freiheit. All das, was Sie bisher in Baden-Württemberg gehabt haben, können Sie auch weiter behalten, solange es Ihr Wunsch ist.

(Beifall - Zuruf: Dann nehmen Sie es doch hinein!)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Hierzu hat sich der Generalsekretär der CDU, Herr Professor Biedenkopf, zu Wort gemeldet.

Professor Dr. Kurt Biedenkopf: Meine Damen und Herren! Wir diskutieren jetzt über das Statut der Bundespartei. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir das Statut der Bundespartei hier einer Neuordnung unterwerfen, die den Zweck hat, einen einheitlichen Organisationsrahmen zu schaffen, innerhalb dessen sich dann die Vielfalt einer föderativen Struktur entfalten kann. Es sind ja gerade unsere Freunde aus Baden-Württemberg, die auf die Aufrechterhaltung der föderativen Struktur unseres Landes besonderen Wert legen.

(Beifall)

Wir haben deshalb in § 19 Abs. 2 - vgl. Antrag des Bundesvorstandes auf Seite 36 - die Zuständigkeit der Landessatzungen für weitere Untergliederungen vorgesehen. Ich möchte jetzt gerade unsere Freunde aus Baden-Württemberg bitten, wegen spezieller Probleme, die sie haben und auf die ich gleich noch kurz zu sprechen kommen werde, nun nicht von der Bundespartei zu verlangen, daß sie die Versuche der einheitlichen Regelungen in einem groberen Raster abbricht und für jede deutsche Landschaft eigenständige Regelungen in das Statut aufnimmt, denn dies wäre von der Zentrale einer Gesamtpartei her überhaupt nicht mehr zu handhaben.

(Beifall)

Betrachten Sie doch bitte das Prinzip des Föderalismus, auf das das Statut ausgerichtet ist. Die Probleme, die vorhin angesprochen worden sind - ich bin hier wegen meines Interviews mit der "Schwäbischen Zeitung" zitiert worden -, sind Probleme, die in anderen Teilen unseres Landes auch auftreten, z. B. in Nordrhein-Westfalen, die aber dort völlig anders gesehen werden als in Ba-

den-Württemberg. Wir können über ein Bundesstatut nur zu einem vernünftigen gemeinsamen Vielfachen kommen. Wenn Sie den Wunsch haben, Ortsverbände im Rahmen der vorhandenen Einheiten, die hier vorgesehen sind, zu erhalten, können Sie dies über Ihre Landesgesetzgebung regeln.

(Zurufe)

- Verzeihen Sie, wir sprechen jetzt von den Ortsverbänden. Wir können nicht gleichzeitig von den Ortsverbänden und von den Bezirksverbänden sprechen. Das sind zwei völlig verschiedene Probleme. Ich spreche jetzt zunächst von den Ortsverbänden. Eine Regelung für die Ortsverbände ist in der Landessatzung vorgesehen: Unterteilungen der Stadtverbände bzw. Gemeindeverbände durch Landessatzung sind möglich.

Meine Damen und Herren, für die Bundespartei kommt es entscheidens darauf an, wo sie den letzten verantwortlichen Adressaten hat: Das ist der Kreisverband!

(Zuruf: Dann müßte doch das andere weg!)

Unterhalb des Kreisverbandes gibt es keine organisatorische Einheit mit einer selbständigen statutarischen Zuständigkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Das kann auch nicht anders sein.

Was nun die Bezirksverbände anbetrifft, so sieht die Bundesgesetzgebung vor, daß mehrere Kreisverbände zu Bezirksarbeitsgemeinschaften zusammengefaßt werden können. Wir sind aber der Meinung, daß die Bezirksverbände keine eigenständige Organisationsstellung haben sollen,

(Vereinzelt Beifall)

weil wir uns gerade in den letzten Jahren bemüht haben, die Organisation der Partei etwas zu vereinfachen und durchsichtiger zu machen. Ich bitte Sie deshalb sehr herzlich, daß Sie der in langen Beratungen in der Organisationskommission gefundenen Lösung, die Ihnen hier vorgetragen worden ist, zustimmen und die Gestaltungsmöglichkeiten des Bundesstatuts für die Landesebene voll ausschöpfen, nicht aber die Möglichkeiten, eine durchsichtigere Organisation zu schaffen, wieder abbauen. Ich möchte Sie darauf hinweisen, daß die gleiche Bundespartei, die hier um Ihre Zustimmung für ein besseres Statut bittet, von Ihnen ständig darauf hingewiesen wird, wir müßten eine straffe Organisation haben, wir müßten eine bessere Führung der Partei haben und anderes mehr. Bitte geben Sie uns die organisatorische Möglichkeit, eben dies zu tun, und stimmen Sie der Empfehlung der Antragskommission zu.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Sie werden Verständnis dafür haben, wenn ich die Diskussion einen Augenblick unterbreche, um ein Telegramm vorzulesen, das wir soeben aus München erhalten haben:

"An den Bundesvorsitzenden der CDU, Herrn Dr. Helmut Kohl, Bundesparteitag, Mannheim, Rosengarten. Lieber Helmut! Zu Deiner Wiederwahl als Parteivorsitzender, mit der Du in überwältigender Mehrheit in Deinem Amt bestätigt worden bist, sende ich Dir persönlich und im Namen der CSU einen herzlichen Glückwunsch. Kraft und Ausstrahlungsfähigkeit der beiden Unionsparteien sind in ihrer Auswirkung auf die Wähler der Bundesrepublik die beste Voraussetzung für einen Wahlerfolg 1976. Dein Franz-Josef Strauß."

(Beifall)

Wir danken für dieses Zeichen der Verbundenheit und hoffen, daß es morgen noch deutlich unterstrichen wird.

(Beifall)

Wir setzen unsere Beratungen fort. Ich erteile Herrn Hauser, Landesverband Rheinland, zu den Anträgen B 91 und B 96 das Wort. Ihm folgt Herr Jäger, Baden-Württemberg.

Alo Hauser: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Obwohl ich nicht aus Baden-Württemberg komme, sondern Vorsitzender des Kreisverbandes Bonn bin, melde ich mich zum Thema der Ortsverbände. Ich glaube, es besteht in diesem Saal weitgehende Einigkeit darüber, daß nicht nur in ländlichen Räumen, sondern auch in den Großstädten Organisationsstufen unterhalb der den Bezirksvertretungen gleichgestellten Stufen für eine sinnvolle Arbeit notwendig sind. Bei der letzten Kommunal- und Landtagswahl in Bonn, bei der die CDU einen Stimmenanteil von 57 % erreichen konnte, haben die Ortsverbände in der Tat die Hauptarbeit geleistet.

Nun soll also der Begriff "Ortsverband" aus dem Statut gestrichen werden, um zu einer Vereinheitlichung zu kommen. Dies wird mit der Bemerkung versüßt, daß ja die Landesverbände nach dem Antrag B 91 berechtigt seien, ihrerseits Regelungen zu treffen. Mit scheint, hier bleibt eine Lücke. Bisher gab es den Begriff "Ortsverband"; er soll jetzt ersatzlos gestrichen werden. Auf der anderen Seite soll, wie gesagt, den Landesverbänden das Recht eingeräumt werden, eine Regelung zu treffen. Was geschieht dann aber während der Zeit, in der eine solche Regelung seitens der Landesverbände noch nicht getroffen ist,

(Vereinzelter Beifall)

und was geschieht, wenn auf Grund irgendwelcher Schwierigkeiten, daß das in der Satzung der Landesverbände vorgesehen werden muß, eine entsprechende Satzungsregelung nicht die erforderliche Mehrheit findet!

Der Kreisverband Bonn sieht auf der anderen Seite, daß das Anliegen des Bundesvorstandes, zu einer einheitlichen Nomenklatur zu kommen absolut berechtigt ist. Dann sollte man aber unserem Antrag B 96 folgen, in dem den Landesverbänden vorgeschrieben wird, die je nach der Landesstruktur und Kommunalverfassung notwendigen Regelungen tatsächlich zu treffen, wobei wir davon ausgehen, daß, solange diese Regelungen noch nicht getroffen sind, die Arbeit der Ortsverbände wie bisher Rechtens bleiben würde.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Hauser! Dazu der Sprecher der Antragskommission!

Dr. Bernhard Worms: Herr Kollege Hauser, wir haben das genauso gesehen. Wir sind jedoch folgender Ansicht. Wenn wir dem Antrag B 96 des Kreisverbandes Bonn folgen, dann schreiben wir das als Pflicht in unser Bundesstatut hinein. Respektieren wir, daß es Landesverbände gibt - so ist es in der Antragskommission artikuliert worden -, die das eben nicht kennen! Deshalb ist die Fassung des Bundesvorstandes treffender; denn sie räumt allen das Recht ein, so zu verfahren. Jeder Landesverband wird ja wohl souverän genug sein, von einem eingeräumten Recht, wenn es für ihn gilt, auch Gebrauch zu machen. Kommt es aber als Pflicht, als Satzungsbehehl in das Statut, müßten wir Ortsverbände auch dort instal-

lieren, wo man von der Basis her sagt: Dafür besteht überhaupt kein Bedürfnis, das haben wir nie gekannt.

Wir bitten Sie, diesen feinen Unterschied zu beachten und das Wort "Ablehnung" so zu verstehen, daß wir in dem Antrag der Bonner Freunde einen Satzungsbeehl gesehen haben. Dem konnten wir nicht stattgeben.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich darf die Beratungen noch einmal für einen Augenblick unterbrechen und Ihnen eine Nachricht übermitteln, die sicher für den Parteitag von einiger Bedeutung ist. Die Rechtsanwälte Croissant und Stroebel wurden wegen Verdachts der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung verhaftet.

(Beifall und Bravo-Rufe)

Liebe Parteifreunde, zu diesem Punkt liegen noch sieben Wortmeldungen vor. Ich darf den Vorschlag machen, daß wir damit die Rednerliste abschließen. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich um Ihr Handzeichen. - Darf ich um die Gegenprobe bitten. - Stimmenthaltungen? - Schluß der Rednerliste ist einstimmig beschlossen.

Ich darf noch einmal diejenigen Delegierten, die sich draußen in den Wandelgängen befinden, bitten, hereinzukommen und an der Abstimmung teilzunehmen.

Wir fahren zunächst in der Diskussion fort. Das Wort hat Herr Jäger (Baden-Württemberg) zum Antrag B 92. Ihm folgt Herr Stroetmann (Hannover).

Klaus Jäger: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Unser Generalsekretär hat soeben in seiner Einlassung auf die Bedeutung des Kreisverbandes hingewiesen, der für die Bundespartei und die Landesverbände die unterste verantwortliche Parteistufe und ein Partner ist, der unmittelbar ansprechbar ist. Wenn dies so ist - ich glaube, darin stimmen wir mit Ihnen, Herr Professor Biedenkopf, alle überein -, dann vermag ich nicht einzusehen, weshalb die Kommission, die uns diese Satzung vorgelegt hat, und die Freunde, die für diese Kommission hier kämpfen, mit dieser Hartnäckigkeit an einer perfektionistischen Regelung festhalten und sich für das einsetzen, was unterhalb des Kreisverbandes liegt.

(Vereinzelter Beifall)

Ich vermag nicht einzusehen, warum man nicht bewährte Strukturen dort beibehalten will, wo sie nach dem Willen der Basis unserer Partei beibehalten werden sollten.

(Erneuter Beifall)

Wenn das so ist, meine lieben Parteifreunde, sollten wir auch in einem solchen scheinbar kleinen Punkt das in die Tat umsetzen, was unser Bundesvorsitzender in seiner großen Rede gesagt hat, nämlich daß wir heute die liberale Partei in Deutschland sind. Wenn wir das aber sind, dann sind wir keine Partei der kleinlichen Schurigelei unserer unteren Parteistrukturen.

(Beifall)

Meine lieben Parteifreunde, unser Generalsekretär hat in der schon einmal zitierten Darlegung in einer Zeitung unseres Landes davon gesprochen, daß auch die Gefahr der Zerstörung zwischenmenschlicher Verantwortungsstrukturen bestehe, und er hat sich dabei auf die Gebiets- und Verwaltungsreform bezogen. Wir sind zwar nicht der Meinung, daß die Verwaltungsreform die zwischen-

menschlichen Verantwortungsstrukturen zerstört. Aber wir in Baden-Württemberg - und ich glaube, unsere Landesregierungen und Landesparlamente überall - sind doch davon ausgegangen, daß wir eine Gebietsreform durchführen wollten, die eine Stärkung der Verwaltungskraft bringt, wobei aber draußen in den kleineren Orts- teilen und Ortschaften das eigenständige, gewachsene Leben, so- fern es nicht Verwaltung, Verwaltungshoheit und Finanzen betrifft, soweit wie möglich erhalten werden soll.

(Vereinzelter Beifall)

Wenn das so ist, meine lieben Parteifreunde, dann bedeutet dies, daß wir den Ortsverband nicht durch eine Bestimmung von vorherein degradieren sollten. Darum geht es uns. Der Landesverband - das ist richtig - kann durch Satzung auch sozusagen Ausnahmen von dem zulassen, was jetzt hier als generelle Regelung beschlossen werden soll. Aber das hat zur Folge, daß der Ortsverband künftig, wenn Sie so wollen, das fünfte Rad am Wagen ist, ein diskriminierter Teil der Organisation, der kraft Bundesstatut kein Eigenleben und keine Eigenverantwortung mehr haben sollte.

(Vereinzelter Beifall)

Darum möchte ich diesen Apell an Sie richten.

Es geht nicht um irgendeine baden-württembergische Sonderregelung, sondern ich habe sehr wohl bemerkt, daß auch noch andere Delegierte hier um Plenum in dieser Frage so denken wie wir. Deswegen geben Sie doch die Bahn für eine liberale Regelung frei! Halten Sie nicht an dieser perfektionistischen Regelung fest! Sorgen Sie dafür, daß sich dieser Parteitag wichtigeren Dingen zuwendet, indem er hier die notwendige Liberalität zeigt!

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Stroet- mann (Hannover) das Wort zu den Anträgen B 66 für B 67.

Clemens Stroetmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte einmal einen Blick über Baden-Württemberg hinaus werfen. Das Problem, daß mit den Ortsverbänden angesprochen wird, ist nicht allein das Problem Baden-Württembergs. Es ist z.B. auch das Problem Niedersachsens, wo wir Samtgemeinden und ähnliche Strukturmodelle haben und wo wir den Ortsverband als die Organisa- tion an der Basis, die die Arbeit zu den Mitgliedern trägt, unbedin- gend brauchen.

(Vereinzelter Beifall)

Es liegt, Herr Generalsekretär, ein Denkfehler darin, wenn man sagt: Der Kreisverband ist die kleinste rechtliche Einheit. Das stimmt zwar; dann erübrigen sich aber auch bei diesem Vorschlag irgendwelche Bezeichnungen von Stadt- und Gemeindeverbänden. Dann muß man diese ebenso in die Hände der Landesverbände legen wie alles andere auch. Oder man läßt den Kreisverband unten; dann, meine ich, gehört der Ortsverband unmittelbar dazu. Es weht ein Hauch von Perfektionsismus durch diese Vorlage, der unser Arbeit von der Basis her torpediert. Wir müssen versuchen, die Strukturen, die gewachsen sind und die sich in der Arbeit be- währt haben, zu erhalten. Ich meine, der Vorschlag des Landes- verbandes Baden-Württemberg bildet die gediegenste Grundlage, um eine solche Struktur zu gewährleisten.

Ich bitte daher das Plenum, den Vorschlag der Antragskommission abzulehnen und dem Antrag B 67 des Landesverbandes Baden-Württem- berg zu folgen.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Herr Hüniken, Oldenburg zu den Anträgen B 78 und B 91. Anschliessend Frau Limbach, Rheinland.

Manfred Hüniken: Ich möchte nur zu Antrag B 91 sprechen! Verehrter Herr Professor Biedenkopf, unsere Partei besteht ja nun nicht nur aus Organisation und daraus, daß alles von Bonn her perfekt läuft, sondern sie besteht, so meine ich - und wir wissen das alle gut genug -, daraus, daß ganz unten in den Straßen und in den Ortschaften politische Arbeit erfolgt. Das können wir nicht von Bonn her steuern, das können wir nur von ganz unten her steuern.

Ich darf bitten, daß die Antragskommission auch einmal über das nachdenkt, was in den letzten 15 Minuten hier gesprochen worden ist. Ich darf Sie bitten, vielleicht einmal einen Kompromißvorschlag zu überlegen, sonst bekommen wir das heute nicht vernünftig vom Tisch. Es handelt sich darum, ihren Vorschlag um drei Worte zu ergänzen. Ich darf einmal vorlesen; der Antrag Nr. B 91 lautet:

"Die Landesverbände können durch Satzung die weitere Untergliederung von Stadt-/Gemeindeverbänden bzw. Stadtbezirksverbänden"

- jetzt kommt der Einschub -

"- z.B. in Ortsverbände - regeln und dabei die jeweiligen Rechte und Pflichten bestimmen."

Wir behalten dann die Ortsverbände drin, und wir haben die Möglichkeit, das dann wirklich auch bei uns draußen zu regeln. Ich darf Sie bitten, das zu überlegen und es so mitzumachen.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Der Sprecher der Antragskommission hat das Wort.

Dr. Bernhard Worms: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Da wir wirklich um eine liberale Fassung kämpfen und wir der Meinung sind, daß die Fassung des Bundesvorstandes liberal ist, haben wir nichts dagegen, wenn wir dem letzten Antragsteller folgen und in § 19 Abs. 2 formulieren:

"Die Landesverbände können durch Satzung die weitere Untergliederung von Stadt-/Gemeindeverbänden usw. Stadtbezirksverbänden - z.B. in Ortsverbände - regeln und dabei die jeweiligen Rechte und Pflichten bestimmen."

Meine Damen und Herren, bei dieser Gelegenheit noch einmal: Bei näherem Durchdenken des Sachverhalts erkennt man doch, daß es nur darum geht, im Bundesstatut das Notwendige einzufügen. Die Landesverbände sollen aber die Flexibilität behalten, das, was spezifisch für den Landesverband notwendig ist, in der dortigen Satzung zu regeln bzw. es - was ja das Recht des Landesverbandes ist - den weiteren Untergliederungen - sprich: den Kreisverbänden - zur Schlußregelung zu übertragen.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Als nächste Sprecherin in der Diskussion Frau Limbach, Rheinland. Wenn Sie bitte angeben würden,

zu welchen Anträgen Sie sprechen. Anschließend Herr Mahler, Baden-Württemberg, zum Antrag B 67.

Editha Limbach: Ich spreche zu Antrag B 91. Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon sehr viel über die Bedeutung der Ortsverbände gesagt worden, die bisher schon - das ist gerade betont worden - nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch in anderen Bundesländern eine bedeutende Rolle spielen. Ich möchte Ihnen nur noch ein Beispiel hier anführen.

Der Kreisverband Bonn gliedert sich nur in vier Stadtbezirke. So sieht es die Hauptsatzung der Stadt Bonn vor. Wir haben aber doch 34 sehr aktiv arbeitende Ortsverbände. Unser Kreisvorsitzender hat schon darauf hingewiesen, daß wir einen Großteil unserer Wahlerfolge bei allen Wahlen eben darauf zurückführen, daß wir wirklich auf der alleruntersten Ebene aktive Parteimitglieder haben, die das tun, wozu sie ja auch von der Bundespartei und auch von Ihnen, Herr Generalsekretär, ständig aufgefordert werden.

Vielleicht darf ich noch eines hinzufügen. Ich kann folgendes nicht einsehen: Wenn der Kreisverband - und so war es bisher schon - die unterste Gliederung ist, die auch Ansprechpartner der Bundespartei sein muß, warum muß dann eine Regelung über Stadt-/Gemeindeverbände bzw. Stadtbezirksverbände in das Statut hinein, und warum wird dagegen eine Regelung über Ortsverbände für überflüssig gehalten?

Darauf wollte ich noch einmal hinweisen, denn beim Abstimmungsverfahren wird das schwierig. Wer also etwas für die Ortsverbände tun will, der muß zunächst den Antrag der Antragskommission ablehnen. Erst dann hat er Gelegenheit, für den Ortsverband etwas zu tun.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Ich erteile das Wort dem Generalsekretär.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Liebe Freunde, nur noch zwei Klarstellungen. Es ist hier von Gängelei gesprochen worden. Ich bitte zu berücksichtigen, daß eine Änderung des Statuts mit dem Zwang, Ortsverbände einzurichten, eine ebenso große Gängelei derjenigen ist, die das nicht so machen wollen.

(Beifall)

Es gibt auch da eine ganze Reihe. Wir haben also gerade versucht, diese Gängelei zu vermeiden.

Sie können auch davon ausgehen, daß die Bundesgeschäftsstelle und der Generalsekretär wissen, daß das Leben der Partei unten stattfindet, und daß wir an diesem Leben interessiert sind. Wir wollen ja gerade die Vielfalt der Möglichkeiten erhalten. Den anderen, die auf die Ortsverbände im bisherigen Sinne bereits verzichtet haben, wollen wir jetzt nicht einen Zwang auferlegen, das wieder einzuführen, was sie gerade geändert haben.

Die Aufnahme der Stadtverbände bzw. Gemeindeverbände in das Bundesstatut hängt ausschließlich damit zusammen, daß in diesem Bereich noch politische Wahlen stattfinden. Das heißt, es sind al-

le diejenigen Gebietskörperschaften aufgezählt, die nach dem Gesetz durch Repräsentation an der kommunalen Regierung mitwirken. Das sind die Stadtbezirkbereiche dort, wo eine Stadtbezirksverfassung besteht. Das sind die Stadt- und Gemeindeverbände dort, wo die Kommunalverfassung besteht, und das sind dann eben die Kreis- und Landesverbände. Das ist in den Statuten geregelt. Die Statuten bemühen sich um eine Übereinstimmung zwischen der Parteiorganisation und der politischen Organisation. Was darunter liegt, was darüber liegt, sollen die Landessatzungen selber regeln dürfen, und zwar je nachdem, wie die Länder das wollen.

Es handelt sich hier nicht um einen Perfektionismus, den wir betreiben, sondern um die Offenheit für die Verschiedenheit. Ich bitte Sie, das zu berücksichtigen.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Herr Mahler, Baden-Württemberg, zu B 67; anschließend Herr Kessler.

Dr. Gerhard Mahler: Meine Parteifreunde! Ich spreche zu dem Antrag Baden-Württemberg B 67, der die Bezirksverbände betrifft und erwidere hier Herrn Biedenkopf; Herr Biedenkopf, wenn Sie mal bitte aufmerken wollten.

Herr Biedenkopf hat gemeint: Bezirksverbände - ja, aber sie sind doch wenig durchsichtig und deshalb keine Organisationsstufe. Wir aus Baden-Württemberg sind hier aus guter Erfahrung anderer Auffassung, meine Freunde. Wir wehren uns gegen den Antrag des Bundesvorstandes, die Bezirksverbände mit regionalen Arbeitsgemeinschaften gleichzusetzen.

(Zustimmung)

Der kleinste Bezirksverband in Baden-Württemberg hat mehr Mitglieder als fünf Landesverbände unserer Partei. Ein Bezirksverband in Baden-Württemberg, lieber Herr Kohl, hat in seinem Gebiet mehr Einwohner als Ihr Bundesland Rheinland-Pfalz.

Diese quantitativen Fakten sind jedoch für uns nicht das Entscheidende. Entscheidend für uns ist der qualitative Aspekt. Wir sind der Meinung, daß die Bezirksverbände in Baden-Württemberg historisch gewachsen sind. Sie sind überschaubar und deshalb auch durchsichtig, Herr Biedenkopf. Deshalb sind sie optimale und erfolgreiche Organisationsstufen. Wir wollen nur, daß der Bundesparteitag die konstruktive Gliederung der Organisationsstufen in Baden-Württemberg anerkennt, und nicht mehr.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Kessler, Baden-Württemberg, das Wort. Als letzte Rednerin Frau Kuppe, Baden-Württemberg.

Herbert Kessler, Weingarten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn die Antragskommission schon so gewalttätig ist, wir Baden-Württemberger können das auch sein, und wir haben Geduld. Und wenn der Appell an den Generalsekretär schon nichts nützt, dann möchte ich auch den Herrn Bundesvorsitzenden noch ansprechen. Er hat sich auf dem kommunalpolitischen Kongreß in einem leidenschaftlichen Appell für die Selbstbestimmung in den

Kommunen, für die funktionszuordnende Wirkung der Selbstverwaltung eingesetzt, und genau darum geht es uns jetzt bei der Parteistruktur.

Gewiß, Herr Generalsekretär, Sie haben recht, wir suchen hier eine optimale, eine rationelle Parteistruktur; aber wir dürfen auch nicht vergessen, wir sind Partei, wir beschwören auf der einen Seite die Solidarität, das Prinzip der Subsidiarität, und wenn es um die eigene Partei geht, dann will man davon nichts mehr wissen. Diese Prinzipien wollen wir nicht auf dem Opferaltar einer Organisationseuphorie darbringen. Bitte, helfen Sie uns und lehnen Sie diesen Antrag der Antragskommission ab.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Als letzte Rednerin hat Frau Kuppe, Baden-Württemberg, das Wort zu Antrag Nr. B 67.

Margarethe Kuppe: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Obwohl keine gewachsene Baden-Württembergerin, möchte ich Ihnen doch sagen: Baden-Württemberg hat Besonderheiten, z.B. die entscheidende Besonderheit, daß es bisher das einzige unter den Bundesländern ist, in dem eine Länderneugliederung mit Erfolg durchgeführt und abgeschlossen wurde. Diese erfolgreiche Länderneugliederung ist aber nur möglich gewesen, weil man eben Liberalität nach unten hat walten lassen und weil man nicht alles in einem falsch verstandenen Zentralismus über einen Kamm hat scheeren wollen. Wir fühlen uns wohl in unserem Lande, weil diese Regsamkeit und Freiheit der Einzelteile unseres Landes auch parteipolitisch ihre Widerspiegelung in den noch bestehenden Bezirksverbänden finden, die gar nicht gleichzusetzen sein könnten mit dem, was der Herr Generalsekretär mit freiwilligen Zusammenschlüssen regionaler Art von Kreisverbänden genannt hat. Sie sind historisch und in langen Jahrhunderten gewachsen. Ich bitte Sie sehr, dies zu berücksichtigen. Ich will hier nicht Öl ins Feuer gießen, sondern will anerkennen, daß das Bemühen, Regelmäßigkeit zu erzeugen, berechtigt ist, nur muß es unter Umständen an menschlichen Tatsachen seine Grenzen finden, und hier liegen solche Tatsachen vor.

Das Bundesland Baden-Württemberg würde viel verlieren, wenn außer dem Landesverband nur noch die Kreisverbände existierten. Unsere Partei, die hier so stark ist und auch stark bleiben soll, bis wir mindestens über alle Schwierigkeiten innenpolitischer Art hinweg sind, kann diese Bezirksverbände nicht entbehren. Ich möchte sie nennen: Südbaden, Württemberg-Hohenzollern, Nordwürttemberg und Nordbaden.

Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Generalsekretär, Ihrer Großmut keine Zügel mehr anzulegen und den berechtigten Wünschen von Baden-Württemberg Rechnung zu tragen.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, damit ist die Rednerliste erschöpft. Es spricht jetzt der Sprecher der Antragskommission, Herr Dr. Worms.

Dr. Bernhard Worms: Vielleicht können wir uns, meine Damen und Herren, noch einmal mit 91.1 und 91.2 befassen und dann in die anderen Anträge B 63 bis B 65 hineingehen.

Wir von der Antragskommission möchten Ihnen noch einmal folgendes nahebringen. Es geht hier darum, im Bundesstatut festzulegen, wie

die Gliederung unserer Partei aussieht. Neben der Bundespartei haben wir die Landespartei, darunter die Kreispartei. Bis dahin dürfte alles unstreitig sein. Unterhalb der Kreispartei haben wir im kreisfreien Raum als Bezeichnung der Organisationseinheit der CDU für eine politische Gemeinde den Gemeindeverband; handelt es sich um eine kreisangehörige Stadt, den Stadtverband. Wir legen weiter fest durch 19.2, durch die erweiterte Fassung von vorhin, daß die Landesverbände das Recht haben, innerhalb eines Gemeindeverbandes Untergliederungen mit dem Namen "Ortsverband" zuzulassen. Wir gehen weiter in der sechziger Gruppe und sagen: Mehrere Kreise können zu Bezirken zusammengeschlossen werden, die dann in der Landessatzung das Recht erhalten, beispielsweise antragsberechtigt zu werden für den Bundesparteitag. Dann bleibt uns noch übrig, uns mit einem Begriff auseinanderzusetzen, den wir innerhalb des kreisfreien Raumes haben, wo wir im Grunde genommen rechtlich fast alles, was an Begriffen denkbar ist, schon mit bestimmten Inhalten belegt haben. Deshalb haben wir uns durchgerungen zu sagen: Soweit eine kreisfreie Stadt unter Hinweis auf Hauptsatzung, unter Hinweis auf Gemeindeordnung und dergleichen mehr ihr Gebiet hauptsatzungsrechtlich in Bezirke eingeteilt hat, ist die politische Einheit eines solchen Bezirks der Bezirksverband. Selbstverständlich kann auch die kreisfreie Stadt Bezirksverbände, die nicht in jedem einzelnen Fall identisch sein müssen mit einer solchen Regelung der Hauptsatzung, noch weiter in sogenannte Ortsverbände untergliedern. Das alles würde dann in die Zuständigkeit eines Kreisverbandes fallen. Meine Damen und Herren, insofern sind wir, nachdem wir uns in der Antragskommission wirklich zwei Stunden mit diesen Fragen auseinandergesetzt haben, der Meinung, daß die vom Bundesvorstand und von der Antragskommission bejahte, um das Wort "und Ortsverbände" in 19.2 ergänzte Formulierung die von Baden-Württemberg und anderen hier gewünschte liberale Fassung darstellt.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich trete damit in die Abstimmung ein. Ich lasse zunächst über Ziffer 13 abstimmen, weil die hier gefällte Entscheidung von präjudizierender Wirkung auf die Ziffer 10 ist. Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir über § 19 Abs. 1 und Abs. 2 - die Anträge B 91 bis B 98 - gemeinsam abstimmen, wenn das Einverständnis des Parteitages dazu erteilt wird. Sodann darf ich noch einmal darauf hinweisen, daß der Abs. 2 des § 19 nunmehr die Einfügung erhält "der Ortsverbände". Es heißt dann also:

"Die Landesverbände können durch Satzung die weitere Untergliederung von Stadt- und Gemeindeverbänden bzw. Stadtbezirksverbänden in Ortsverbände regeln und dabei die jeweiligen Rechte und Pflichten bestimmen."

Wer für diese Neufassung des § 19 ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Darf ich um die Gegenprobe bitten. - Stimmenthaltungen? - Das erste war die große, qualifizierte Mehrheit.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, um die Geschäftsführung zu erleichtern, möchte Ihnen das Präsidium vorschlagen, daß wir eine Verständigung darüber erzielen, daß die in dieser Abstimmung getroffene Nomenklatur in ähnlicher Weise auf alle anderen Paragraphen angewandt wird, so daß folgende Anträge betroffen sind: B 1, B 10 bis B 15, B 46, B 53, B 63 bis B 65, B 66 bis B 71, B 83 bis B 85,

B 91 bis B 98 - darüber haben wir abgestimmt -, B 102 bis B 105 und B 133 bis B 136. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das erste war die große, qualifizierte Mehrheit.

Meine Damen und Herren, ich komme nunmehr zur Abstimmung zu Ziffer 10; sie umfaßt die Anträge B 66 bis B 71. Die Antragskommission empfiehlt Annahme von Antrag B 66, Ablehnung der Anträge B 67, B 68 und B 71 und die Erklärung, daß B 69 und B 70 erledigt sind.

Wer für den Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das erste war die große qualifizierte Mehrheit.

(Teilweise Widerspruch)

- Erhebt sich dagegen Widerspruch?

(Zurufe)

- Dann darf ich die Abstimmung wiederholen und bitte Sie, bei der Stimmabgabe aufzustehen. Wer ist für den Antrag der Antragskommission? - Darf ich um die Gegenprobe bitten! - Meine Damen und Herren, ich glaube, wir können uns das Auszählen ersparen, und ich darf feststellen, daß das erstere die qualifizierte Mehrheit war.

(Zustimmung und Widerspruch)

Meine Damen und Herren, angesichts der politischen Wichtigkeit des Themas rufe ich bei den Änderungen des Statuts der CDU die Ziffern 16, 17 und 18 auf, wozu Anträge zu § 28 des Statuts vorliegen. Hierzu gehören die Anträge B 106 bis B 116. Als Sprecher der Antragskommission hat Herr Vogel das Wort.

Friedrich Vogel: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst nur zu dem Antrag B 106 unter Ziffer 16 die Stellungnahme der Antragskommission mitteilen. Es handelt sich bei diesem Antrag des Bundesvorstandes um den Vorschlag, den Delegiertenschlüssel für den Bundesparteitag den geänderten Verhältnissen in der Partei anzupassen. Die Notwendigkeit, Überlegungen zum Delegiertenschlüssel anzustellen, ergibt sich aus der mittlerweile eingetretenen Entwicklung der Delegiertenzahl unter Berücksichtigung der notwendigen sonstigen Teilnehmer an einem Bundesparteitag.

Ich darf Ihnen die Zahlen für diesen Parteitag mitteilen, damit Sie das organisatorische Problem, das sich hier auf tut, voll erkennen können. Wir haben auf diesem Parteitag rund 780 stimmberechtigte Delegierte. Dazu kommen mindestens 390 Ersatzdelegierte, die zu diesem Parteitag eingeladen worden sind - nicht gerechnet die Zahl der Gastdelegierten aus der Partei, die darüber hinaus anwesend sind.

Wir haben für diesen Parteitag eine Anmeldung von rund 1000 Journalisten. Das ergibt eine Zahl von insgesamt weit über 2000 Teilnehmern an diesem Bundesparteitag. Die Schwierigkeit besteht darin, die notwendigen Hallen- und sonstigen Tagungsräume zu besorgen und gleichzeitig eine entsprechende Unterbringung der Delegierten, der Gäste und der Journalisten auf dem Parteitag sicherzustellen.

Es ist sicherlich eine schmerzliche Überlegung für eine Partei, die sich zu einer Mitgliederpartei entwickelt hat; wir haben darüber heute die Zahlen gehört. Wir haben eine Fülle von Modell-

rechnungen der Bundesgeschäftsstelle zur Verfügung gehabt. Das Ergebnis, meine Damen und Herren, ist auch in der Antragskommission die Empfehlung, der Vorlage des Bundesvorstandes zuzustimmen.

Ich darf dazu noch einiges ergänzend sagen. Wir haben bisher einen Delegiertenschlüssel, der ziemlich gleichgewichtig die Mitgliederzahl und die Zweitstimmenergebnisse bei den Bundestagswahlen berücksichtigt. Wir waren der Auffassung, daß wir bei einer Änderung des Delegiertenschlüssels der Mitgliederentwicklung Rechnung tragen müssen und das Schwergewicht bei der Errechnung der Delegiertenzahlen auf die Mitgliederzahlen legen sollten. Auch das findet in dem seinen Niederschlag, was der Bundesvorstand vorgeschlagen hat und was der Empfehlung der Antragskommission entspricht.

Wir sind uns dabei darüber im klaren gewesen - und ich glaube, das ist wichtig für die Beurteilung -, daß die weitere Entwicklung dahin führen wird, daß wir zu einem reinen Mitgliederschlüssel kommen werden. Nur waren wir der Auffassung, daß jetzt die Entscheidung dafür noch nicht reif ist, daß wir aber in einigen Jahren vor dieser Entscheidung stehen werden.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Es liegen zu Punkt 1 drei Wortmeldungen vor, zunächst die von Herrn Sturke, Hannover, gegen Antrag B 106. Bitte!

Heinrich Sturke: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte dringend davor warnen, die Empfehlung des Bundesvorstandes in Antrag B 106 hier zum Beschluß zu erh

(Teilweise Beifall)

Die Möglichkeit der Basis, am unmittelbaren Geschehen des Parteitages teilzuhaben, und die Möglichkeit, über die Beschlüsse des Parteitages auch auf die Basis auszustrahlen, würden hier sehr viel enger gestaltet werden. Die Parteitage würden für das einzelne Mitglied sehr viel anonym werden; ganze Gebiete wären in Zukunft gar nicht mehr vertreten.

(Erneut teilweise Beifall)

Das Sachargument des Vorstandes mit den zu hohen Delegiertenzahlen vermag mich nicht zu überzeugen. Wir haben in Deutschland genügend Plätze, die auch noch größere Delegiertenzahlen als heute vorhanden aufzunehmen in der Lage sind. Die ganze Frage wird meines Erachtens vom Bundesvorstand viel zu defensiv gesehen; man will hier bereits Vorsorge treffen. Dies ist nicht erforderlich; wir würden uns damit um eine breite Ausstrahlung des Bundesparteitages bringen, wir würden uns um die Basisverbreiterung, um die Ausstrahlung des Bundesparteitages in die einzelnen eben gerade besprochenen Ortsverbände bringen. Ich bitte die Delegierten herzlich, der Vorlage des Bundesparteitages nicht zuzustimmen.

(Teilweise Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Bundespartei-vorsitzende.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Zunächst einmal: Ich möchte mir in zwei Punkten diesen Schuh nicht anziehen, erstens in dem Punkt, daß wir hier defensiv dächten, zum zweiten in dem Punkt, daß wir uns von der Basis entfernten.

Zum ersten gehe ich eben nicht defensiv, sondern sehr optimistisch an die Mitgliederentwicklung unserer Partei heran. Und, meine Damen und Herren, dann rechnen Sie sich bitte einmal aus, was es bedeutet, wenn wir - und das ist für mich ein Nahziel, das wir

anstreben müssen - 800 000 Mitglieder in der CDU Deutschlands haben. Wenn Sie das einmal nach diesem Schlüssel übersetzen und wenn wir - das füge ich gleich hinzu - wie ich und andere der Auffassung sind, daß jetzt noch nicht der Zeitpunkt gekommen ist, sondern daß wir noch eine Übergangsphase brauchen, ehe wir zu einem reinen Mitgliederschlüssel kommen und vom gemischten System der Wählerstimmen und der Mitglieder-Delegiertenzahlen weggehen, dann sind wir in der Tat sehr rasch an dem Punkt - den ich in diesem Jahr für diesen Parteitag in Mannheim erlebt habe -, daß es eben nicht genügend Plätze in der Bundesrepublik gibt, an denen eine solche Veranstaltung in einem zumutbaren Maß durchgeführt werden kann.

(Teilweise Beifall)

Das Zweite: ich bestreite, daß die Landesverbände bei einer Delegiertenquote, wie sie sich jetzt aus der Vorlage des Bundesvorstandes ergibt, nicht wirklich die Basis an den Parteitagsdelegiertenominierungen beteiligen können. Wer dies ernsthaft will, ist bei der jetzt zur Verfügung stehenden Zahl sehr wohl in der Lage, einmal deutlich zu machen, daß auch Männer oder Frauen in der Partei, die kein Bundestagsmandat, kein Regierungsamt oder sonst ein Amt haben, die aber wirklich für die Partei arbeiten, hier die Chance haben, die Politik der Partei mitzubestimmen.

(Teilweise Beifall)

Und dann - nehmen Sie mir das so ab - überlegen Sie einmal, welche vergleichbare Organisation der Gesellschaft mit einer solchen Transparenz politischer Machtausübung wie die CDU Deutschlands, in der Beschlüsse mit einer so detaillierten Substanz gefaßt werden wie auf unseren Parteitag, in einer Größenordnung des Delegiertenkörpers tagt, die dann die Zahl von 1000 Delegierten erreichen muß. Meine Damen und Herren, das ist kein Schlag gegen die Basis, sondern dahinter steht die Frage, inwieweit dies vernünftig ist, politisch hantierbare Größenordnungen zu bekommen, wo ein wirkliches Gespräch untereinander auf einem Parteitag in der Diskussion noch möglich ist.

Aus diesem Grunde bitte ich im Ihre Zustimmung zur Vorlage des Vorstandes.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Es liegen noch zwei Wortmeldungen vor, eine von Herrn Dr. Burggraf aus Hessen zum Antrag B 111 und eine von Herrn Lamers, Rheinland, zum Antrag B 109.

Dr. Hans Burggraf: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich glaube, man kann sich dem Anliegen des Bundesvorstandes, wie es unser Herr Vorsitzender eben so treffend dargestellt hat, nicht verschließen. Wir von der Mittelstandsvereinigung glauben allerdings, daß man den Schnitt, den der Bundesvorstand vornimmt, nicht so drastisch vornehmen muß; denn der Antrag des Bundesvorstandes beinhaltet praktisch, daß die Delegiertenzahl des Bundesparteitages um 40 % reduziert wird. Dies dürfte auch durch den zu erhoffenden Mitgliederzuwachs in nächster Zeit kaum aufgeholt werden. Ein so drastischer Schnitt ist also kaum notwendig. Durch die Zahlen, die in unserem Antrag B 111 eingesetzt sind, tritt nur eine Verminderung der Zahl der Delegierten um 20 % ein. Dies scheint uns zur Zeit völlig ausreichend zu sein. Man muß dabei vor allem auch bedenken - dies wurde ja schon hervorgehoben -, daß eine möglichst starke Beteiligung der Basis an den Entscheidungen des höchsten Organs unserer Partei politisch sehr erwünscht sein

muß. Auch das Anliegen der Jungen Union und verschiedener Kreisverbände auf bessere Berücksichtigung der Kreisverbände wird ja gerade dadurch am besten gewahrt, daß man die Gesamtzahl der Delegierten nicht zu stark vermindert.

Als Kompromiß könnte ich mir vorstellen, daß die Zahl der Delegierten, die sich nach der Mitgliederzahl richtet, entsprechend dem Antrag der Mittelstandsvereinigung festgesetzt wird, während bei der Zahl der Delegierten nach Wählerstimmen dem Antrag des Bundesvorstandes gefolgt werden könnte. Ich glaube, das wäre ein durchaus akzeptabler Vorschlag. Ich beantrage deshalb zur Geschäftsordnung, über beide Bemessungszahlen, also nach Mitgliedern und Wählerstimmen, getrennt abzustimmen.

(Teilweiser Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, das Wort hat der stellvertretende Vorsitzende Köppler. - Herr Köppler möchte, daß zunächst Herr Lamers spricht. Herr Lamers, bitte!

Karl Lamers: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die vom Bundesvorstand vorgeschlagene Regelung ist uns anempfohlen worden als eine Übergangsregelung. Ich vermag beim besten Willen nicht einzusehen, wieso wir das Relikt aus der Zeit als Kanzlerwahlverein - die Zeit haben wir längst hinter uns gelassen -, daß wir nämlich einen Teil der Delegierten nach den Zweitstimmen wählen, auch nur einen einzigen Tag länger mit uns herum-schleppen, wenn, wie ich Ihnen beweisen kann, eine Bemessung nur nach der Mitgliederzahl fast ausschließlich lediglich hinter dem Komma Veränderungen zur Folge hat.

Der Antrag der CDU Rhein-Sieg, der Ihnen als Antrag B 109 vorliegt und der davon ausgeht, daß pro 1500 Mitglieder ein Delegierter entsandt werden soll, bedeutet für die einzelnen Landesverbände folgende prozentuale Veränderungen: Baden-Württemberg minus 1,4; Berlin minus 0,4; Bremen minus 0,1; Hamburg minus 0,3; Hessen minus 0,5; Braunschweig minus 0,1; Hannover 0,0; Rheinland plus 0,6; Westfalen-Lippe plus 0,6; Rheinland-Pfalz plus 0,7; Saarland plus 0,4; Schleswig-Holstein plus 0,2.

Meine Damen und Herren, wenn das richtig gerechnet ist- und davon gehe ich aus -, dann vermag ich beim allerbesten Willen nicht einzusehen, daß wir uns in einigen Jahren - ich möchte annehmen, in spätestens zwei Jahren - hier wieder mit diesem Problem herumschlagen, obwohl wir es heute doch schon lösen können. Der Herr Bundesvorsitzende hat eben auf die Mitgliederentwicklung hingewiesen. In den letzten vier Monaten dieses Jahres, meine Damen und Herren, bedeutet der Mitgliederzuwachs ein Plus von 22 Delegierten nach diesem von uns vorgeschlagenen, im übrigen auch von der Jungen Union vorgeschlagenen Modell. Ich glaube, es ist nicht zu optimistisch, wenn ich sage, am Ende des Jahres werden wir mit Sicherheit auch nach diesem Modell schon 400 Delegierte haben. Ich meine, das wäre in der Tat genug. Ich wiederhole nochmals, ich kann beim besten Willen keinen Grund einsehen, daß wir bei diesen nur ganz marginalen Veränderungen und angesichts der Tatsache, daß noch viele Landesverbände ein großes Mitgliederreservoir haben, heute eine Regelung beschließen, die bestenfalls für zwei Jahre Wirkung haben wird. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

(Vereinzelter Widerspruch)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, es spricht jetzt Herr Köppler. Dann spricht Herr Meyer, Westfalen, gegen den Antrag B 106.

Heinrich Köppler: Herr Präsident! Meine lieben Freunde! Nur eine kurze Bemerkung zu dem, was unser Freund Burggraf aus Frankfurt vorgetragen hat. Herr Burggraf, wenn wir den Vorschlag des Bundesvorstandes annehmen, haben wir für den nächsten Parteitag auch bei vorsichtiger Einschätzung der Mitgliederentwicklung mit Sicherheit wieder einen stimmberechtigten Delegiertenkörper von weit über 500 Delegierten. Ich meine, wir sollten eingedenk dessen, was unser Parteivorsitzender auch für die Form der Arbeit und des Gesprächs miteinander auf Parteitagen gesagt hat, den Vorschlag des Bundesvorstandes unterstützen.

Ich hatte mich aber auch gemeldet, um noch ein Wort zu dem Antrag unserer Freunde aus dem Rhein-Sieg-Kreis zu sagen. Ich weiß, daß es in allen Bereichen der Partei Sympathien für den reinen Mitgliederschlüssel gibt. Dennoch möchte ich für den vorgeschlagenen Kompromiß plädieren, und zwar einfach deswegen, weil es keine Mühe macht, später eine neue Überlegung anzustellen, wie es auch als Meinung der Antragskommission dargelegt worden ist. Jetzt aber einen Schnitt zu vollziehen, der unabhängig von den prozentualen Veränderungen auch erhebliche organisatorische Veränderungen in den Landesverbänden bei den Wahlen und bei der Bestimmung der Delegierten für die Bundesparteitage, die ja auf dem alten traditionellen System weithin aufbauen, zur Folge hätte, halte ich nicht für nötig.

Deshalb möchte ich noch einmal dafür plädieren, den ausgewogenen Kompromißvorschlag des Bundesvorstandes anzunehmen.

(Vereinzelter Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Als letzter Redner spricht Herr Meyer zu dem Vorschlag.

Laurenz Meyer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte hier nur einen einzigen Punkt ansprechen, der mir wesentlich erscheint. Hier ist eben gesagt worden, hier befänden sich einschließlich der Gäste, Delegierten und Pressevertreter gut 2000 Besucher auf diesem Parteitag. Es leuchtet mir ein, daß das langsam etwas viel wird. Ich habe aber die Frage, wenn wir doch jetzt schon sehen, daß sich darunter nur gut ein Drittel Delegierte befindet: Warum will man dann ausgerechnet bei den Delegierten anfangen, die Zahl nur unwesentlich zu verkleinern?

(Beifall)

Sie werden die Presse kaum bestimmen können, aber über die Gäste könnte man sich einmal unterhalten. Ich meine, daß eine Unterhaltung über diese Frage und ein nochmaliges Durchdenken dieser Frage sinnvoll wäre. Bei den Delegierten mit Kürzungen anzufangen, hielte ich persönlich für sehr schlecht. Wir sollten uns freuen, daß wir so viele Delegierte hier haben und daß das Meinungsbild durch solch eine breite Diskussion in die Kreisverbände getragen wird.

Ich plädiere für Ablehnung dieses Antrages.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, als Vertreter der Antragskommission hat noch einmal Herr Vogel das Wort.

(Widerspruch)

- Herr Vogel verzichtet.

(Beifall)

Damit kommen wir zur Abstimmung. Ich verstehe den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Burggraf so, daß er das Präsidium bittet, über die Ziffern 16, 17 und 18 einzeln abstimmen zu lassen. Das war sowieso die Absicht des Präsidiums. Wir kommen also zur Abstimmung über Ziffer 16. Ich stelle die Empfehlung der Antragskommission zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt,

(Widerspruch)

Antrag B 106 anzunehmen und die Anträge B 107 bis 110 abzulehnen, Antrag B 111 darüber hinaus für erledigt zu erklären.

(Anhaltende Zurufe: Nein!)

- Meine Damen und Herren, wir sind in der Abstimmung.

(Beifall und Widerspruch)

- Meine Damen und Herren, ich darf Sie daran erinnern, daß der Parteitag vorhin beschlossen hat, daß zunächst immer über die Anträge der Antragskommission abgestimmt wird. Diesem Beschluß folgt das Tagungspräsidium jetzt. Ich bitte daher diejenigen, die für die Empfehlung der Antragskommission sind, um das Handzeichen. - Ich darf um die Gegenprobe bitten. -

(Beifall und Zurufe: Das ist die Mehrheit!)

Stimmenthaltungen? - Das erste war die Mehrheit.

(Widerspruch)

- Meine Damen und Herren, ich lasse die Abstimmung wiederholen. Wer für den Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich, sich zu erheben. - Ich bitte um die Gegenprobe. -

(Beifall)

Stimmenthaltungen? - Die Stimmenverhältnisse sind vom Tagungspräsidium aus nicht genau zu unterscheiden. Ich darf bitten, daß ausgezählt wird. Angesichts der Tatsache, daß eine qualifizierte Mehrheit für den Antrag auf jeden Fall nicht zustande gekommen ist, schlage ich vor, daß wir in die Einzelabstimmung eintreten. Als Alternative schlägt die Antragskommission zunächst die Ablehnung der Anträge B 109 und B 110 vor. Ich darf diejenigen, die dem Antrag der Antragskommission auf Ablehnung der Anträge B 109 und B 110 folgen wollen, um das Handzeichen bitten. - Danke sehr. Ich darf um die Gegenprobe bitten. - Stimmenthaltungen? - Das erste war eindeutig die qualifizierte Mehrheit.

(Beifall und Zischen)

Meine Damen und Herren, als nächstes wird Ablehnung der Anträge B 107 und B 108 empfohlen. Wer dem Antrag der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich darf um die Gegenprobe bitten. - Stimmenthaltungen? - Das erste war die große und damit qualifizierte Mehrheit.

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zur nächsten Alternative. Die Antragskommission empfiehlt die Ablehnung des Antrages B 111. Wer für den Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich darf um die Gegenprobe bitten. - Stimmenthaltungen? - Meine Damen und Herren, das ist wieder eine Abstimmung mit ausgeglichenen Stimmenverhältnissen.

(Zurufe)

- Meine Damen und Herren, wir müssen die Abstimmung über den Antrag B 111 mit Stimmzetteln wiederholen. Ich darf Sie bitten, den Stimmblock zur Hand zu nehmen und auf den Stimmzettel O1 ja zu schreiben, wenn Sie für den Antrag der Antragskommission sind - d.h. Ablehnung des Antrages B 111 -, und nein zu schreiben, wenn Sie gegen den Antrag der Antragskommission - für Annahme des Antrages B 111 - sind. Ich darf die Hostessen bitten, die Stimmzettel einzusammeln und sich dabei die Stimmkarten vorzeigen zu lassen.

Sind alle Stimmkarten abgegeben worden? - Die Abstimmung ist geschlossen.

Das Wort hat der Bundesparteivorsitzende.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Ich darf zunächst einmal dringend bitten, daß Sie hier im Saal Platz nehmen. Das ist die Voraussetzung, um eine vernünftige Fortführung dieses Parteitags möglich zu machen.

(Beifall)

Meine Freunde, wenn ich sage, daß wir a l l e Platz nehmen, meine ich in der Tat alle, daß sie jetzt Platz nehmen.

(Bravo-Rufe)

Zum zweiten bitte ich Sie jetzt sehr dringend, mit uns gemeinsam für eine Minute die Geschäftslage zu bedenken. Es ist jetzt kurz nach 22 Uhr. Die Auszählung zur Abstimmung über die Wahl der Beisitzer für den Bundesvorstand wird gleich beendet sein. Wir haben an sich das Ziel gehabt - und das ist wegen der Geschäftslage des morgigen Tages und wegen des Zieles, am Mittwoch um 13 Uhr im gemeinsamen Interesse den Bundesparteitag abschließen zu können, vernünftig -, heute abend den eben besprochenen Fragenkomplex zügig und schnell zu erledigen. Wir müssen den Antrag betreffend die Exil-CDU und, wenn irgend möglich, noch kurz die Beitragsordnung abhandeln, die in den Landesverbänden - sowurde jedenfalls von allen Landesverbänden berichtet - intensiv diskutiert wurde.

Ich meine, jetzt sollte, indem wir etwas konzentriert arbeiten und auch allesamt etwas Selbstdisziplin üben, versucht werden, die drei Punkte so anzugehen - Sie und ich können nicht garantieren, ob das möglich ist -, daß wir knapp vor 23 Uhr schließen, damit wir für heute ein Stück unseres Pensums erreicht haben. Meine herzliche Bitte: Helfen Sie mit, daß das gelingt! Und haben Sie auch Verständnis für das Tagungspräsidium, das den ganzen Tag seine Funktion wahrgenommen hat und sehr differenzierte geschäftsordnungsmäßige und juristische Probleme zu lösen hat!

Noch einmal mein Vorschlag und meine Bitte, daß wir jetzt sagen: Gegen 23 Uhr schließen wir hier; und die paar Punkte wollen wir, wenn irgend möglich, jetzt erledigen. Ich bitte Sie herzlich um Ihre Zustimmung!

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir danken dem Parteivorsitzenden. Insbesondere das Präsidium ist ihm für diese Worte dankbar.

Ich schlage vor, daß wir die Zeit der Auszählung der Stimmen nutzen und uns der Ziffer 17 zuwenden, da keine direkten Beziehungen zur Ziffer 16 bestehen. Es handelt sich um die Änderung von § 28 Abs. 3 betreffend Delegierte der Exil-CDU. Hierzu ge-

hören die Anträge B 112 bis 114. - Das Wort für die Antragskommission hat Herr Vogel.

Friedrich Vogel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission ist wie der Bundesvorstand mit Entschiedenheit der Auffassung, daß die Exil-CDU auch künftig mit Delegierten auf dem Parteitag vertreten sein soll,

(Beifall)

und empfiehlt Ihnen deshalb die Annahme des Antrags Ziffer 17 bzw. B 112.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Antrags ist -

(Ein Delegierter eilt zum Tagungspräsidium - Zurufe: Wir sind in der Abstimmung!)

- Die Wortmeldung war bereits da. Es spricht jetzt Herr Brickwedde.

Fritz Brickwedde: Meine lieben Freunde, wenn die Junge Union hier einen kontroversen Antrag einbringt, dann meine ich, daß wir als Landesverband hier nicht so feige sein sollten, dazu nicht auch Stellung zu beziehen. Wir sollten den Antrag wenigstens begründen, über den wir hier miteinander zu diskutieren haben. Das können wir hier in aller Ruhe tun.

Wir sind nicht gegen die Exil-CDU. Wir sind auch nicht dagegen, daß Freunde der Exil-CDU auf Parteitag der Union sind. Nur sind wir dafür, daß die Frage der demokratischen Legitimation der Delegierten der Exil-CDU geklärt wird und daß sich die Freunde der Exil-CDU ebenso wie alle anderen in ihren Kreis-, Bezirks- oder Landesverbänden wählen lassen müssen. Wenn wir zu einem früheren Zeitpunkt mehrheitlich der Auffassung waren, daß sich Bundesvorsitzende in ihren Landes- oder Kreisverbänden der Wahl zu stellen haben, dann frage ich mich natürlich, warum das nicht auch die Freunde aus der Exil-CDU tun können.

Ein letztes. Wir sind der Auffassung, daß Fragen der Deutschland- und der Ostpolitik und der Interessenvertretung der Vertriebenen und Mitteldeutschen nicht die Aufgabe eines Verbandes ist, sondern daß dies die Aufgabe der gesamten Partei ist. Deswegen sollte hier kein Sonderrecht geschaffen werden.

(Beifall)

Wir bitten Sie deswegen, dem Antrag der Jungen Union Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Bundespartei-vorsitzende.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine lieben Freunde, ich bitte Sie sehr dringend und herzlich, eingedenk auch dessen, was ich zur historischen Kontinuität der CDU Deutschlands heute früh in meinem Vortrag ausführen durfte,

(Beifall)

dem Antrag der Antragskommission zu entsprechen und die hier eben begründete Vorlage abzulehnen.

Ich will zur Sache gar nicht mehr sagen. Ich glaube, der Begriff "Legitimität" ist zunächst hier im Formalen - ich will hier entschieden widersprechen, wenn das etwa so ausgedeutet würde - selbstverständlich bei unseren Freunden gegeben. Aber, meine Damen und Herren, es gibt über die formale Legitimität auch den Geistes-, den Geschichts- und den Traditionsstrom, der uns zutiefst gerade mit jenen Freunden verbindet, die sich in besonderer Weise in der Exil-CDU zusammenfinden. Ich bitte Sie, in diesem Sinne abzustimmen.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir treten damit in die Abstimmung ein. Der Antrag der Antragskommission lautet: Annahme des Antrags B 112, Ablehnung des Antrags B 113, Erledigterklärung des Antrags B 114. Wer für den Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich darf um die Gegenprobe bitten. - Stimmeneuthaltungen? - Das erste war die große, überwältigende Mehrheit. Ich danke dem Parteitag.

(Beifall)

Ich füge hinzu: Ich halte diese Abstimmung nicht nur für eine Geschäftsordnungsangelegenheit, sondern auch für eine eminent politische und gesamtdeutsche Angelegenheit.

(Beifall)

Ich rufe nunmehr Ziffer 18 auf: § 28 Abs. 4 (neu), Meldung der Delegierten zum Bundesparteitag. Die Antragskommission empfiehlt Annahme der Anträge B 115 und B 116 mit der Maßgabe, daß § 28 Abs. 4 (alt) des Statuts zu Abs. 5 (neu) wird. Änderungsanträge liegen hierzu nicht vor.

Liegen Wortmeldungen vor? - Das ist nicht der Fall. Wir treten dann in die Abstimmung ein. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist gegen die Empfehlung? - Stimmeneuthaltungen? Das erstere war eindeutig die Mehrheit.

Meine Damen und Herren, da die Auszählung der Stimmen, die in der Abstimmung zu Ziffer 16 abgegeben wurden, noch nicht abgeschlossen ist, empfehle ich, daß wir jetzt zu Ziffer 12 übergehen: Neufassung von § 18 des Statuts: Kreisverbände. Hierzu liegen die Anträge B 78 bis B 90 vor. Sprecher der Antragskommission ist Herr Terlinden.

Hans Terlinden: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen Annahme des Antrags B 78 unter Berücksichtigung des Antrags B 81. Antrag B 79 wäre bei Annahme des Antrags B 78 als erledigt zu betrachten. Die Antragskommission empfiehlt weiter Ablehnung des Antrags B 80. Gestatten Sie mir einen Satz zur Begründung: Wir würden es für verhängnisvoll halten, wenn innerhalb eines Verwaltungskreises die Einrichtung mehrerer Kreisverbände möglich wäre. Daß es dagegen politische und organisatorische Bedenken gibt, versteht sich von selbst.

Zu § 18 Abs. 2 liegen keine Änderungsanträge vor. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen Annahme in der vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Fassung.

Zu § 18 Abs. 3 liegen Initiativantrag B 147 und darüber hinaus einige Änderungsanträge vor, die vorsehen, daß die alte Fassung wiederhergestellt wird, wonach den Ortsverbänden die Möglichkeit übertragen werden soll, auch die Kassengeschäfte selbständig zu führen. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme von § 18 Abs. 3 in der Fassung des Antrags des Bundesvorstandes, allerdings erweitert um die auf Seite 32 ausgedruckte Ergänzung. Danach soll es den Ortsverbänden gestattet sein, im Auftrage der Kreisverbände und unter ihrer vollen Aufsicht auch Kassengeschäfte zu führen. Dieser Vorschlag der Antragskommission geht insbesondere auf die Bestimmungen des Parteiengesetzes und unserer eigenen Satzung zurück. Nach unserer Satzung ist der Kreisverband die kleinste organisatorische Einheit mit eigener Kas senführung. Nach dem Parteiengesetz ist der Vorstand des Kreisverbandes rechenschaftspflichtig. Deshalb empfiehlt die Antragskommission Annahme in der erweiterten Fassung, die ich Ihnen eben vorgetragen habe.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme von § 18 Abs. 4 in der Fassung des Antrags des Bundesvorstandes. Sie ist nicht der Auffassung, daß den Landesverbänden durch Bundessatzung das Recht genommen werden sollte, Kreisausschüsse oder Kreisparteiausschüsse einzurichten. Die Antragskommission ist vielmehr der Meinung, daß dort, wo es aus regionalen Gründen von Vorteil ist, den Landesverbänden die Möglichkeit belassen werden soll, selbst solche Parteiausschüsse einzurichten.

Zu § 18 Abs. 5 liegt Antrag B 88 des Landesverbandes Rheinland-Pfalz vor. Die Antragskommission empfiehlt Annahme von § 18 Abs. 5 in der Fassung des Antrags des Bundesvorstandes, allerdings unter Einfügung eines neuen Satzes 2 im ersten Absatz in folgender Fassung:

"Die Landessatzung kann eine weitergehende Regelung vorsehen."

Den Landesverbänden soll, wenn sie es für richtig halten, die Möglichkeit eingeräumt werden, den Kreisgeschäftsführern das Stimmrecht innerhalb des Kreisvorstandes zuzugestehen.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme von § 18 Abs. 6 in der Fassung des Bundesvorstandes, allerdings erweitert um eine Ergänzung, die dem Antrag B 90 entnommen ist. § 18 Abs. 6 Nr. 4 soll nunmehr folgenden Wortlaut haben:

"...die Genehmigung von Kreissatzungen und aller Satzungsänderungen durch den Landesvorstand. Die Prüfung beschränkt sich darauf, ob ein Verstoß gegen gesetzliche Bestimmungen, das Statut oder die Landessatzung, die Finanz- und Beitragsordnung und die Parteigerichtsordnung vorliegt. Die Entscheidung über die Genehmigung hat innerhalb von 1 Monat nach Zugang der Satzungsbeschlüsse bei der Landespartei zu erfolgen."

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Hierzu liegt eine Wortmeldung von Herrn Krapp, Oldenburg, vor.

Clemens Krapp: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche zum Antrag B 80. Der Landesverband Oldenburg möchte gern, daß § 18 Abs. 1 nicht neu gefaßt wird. Es ist vorgesehen, daß in § 18 Abs. 1 das Wort "sollen" durch das Wort "dürfen" ersetzt wird. Das bedeutet, daß den Landesverbänden - auch bei regionalen Unterschieden - das Recht genommen wird, irgendwelche Kreisverbände einzurichten, die sich nicht genau mit der Verwaltungs-

struktur der einzelnen Landkreise decken. Wir alle wissen, daß die Kreisreform verschiedene Einschnitte verursacht hat. In verschiedenen Ländern sind Kreisreformen von SPD- und FDP-Regierungen durchgeführt worden. Ich sehe nicht ein, daß diese beiden Parteien bestimmen, wie in Zukunft unsere Kreisstrukturen aussehen sollen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine lieben Freunde, wir haben vorhin bei der Diskussion über die Ortsverbände gehört, daß der CDU das föderalistische System sehr viel bedeutet. Ich bin der Meinung, daß wir unseren Landesverbänden die Möglichkeit einräumen sollten, unter bestimmten regionalen Bedingungen so zu verfahren, wie hier aufgezeigt wurde. Ich bitte daher darum, das Wort "dürfen" nicht durch das Wort "sollen" zu ersetzen. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch darauf hinweisen, daß man Statuten und Satzungen in der Regel nur dann ändern soll, wenn es zwingend geboten ist und wenn man auch die Auswirkungen der Änderung bundesweit übersieht. Da wir die Auswirkungen aber nicht beurteilen können, bitte ich darum, den Landesverbänden die genannte Möglichkeit zu belassen und das Wort "sollen" in § 18 Abs. 1 stehenzulassen.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Es ist noch eine Wortmeldung von Herrn Tremmel, Baden-Württemberg, eingegangen. Sind Sie damit einverstanden, daß wir dann die Rednerliste schließen? Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Die Rednerliste ist somit abgeschlossen.

Jetzt hat Herr Tremmel das Wort.

(Fritz Tremmel: Ich verzichte!)

- Herr Tremmel verzichtet.

Wir kommen dann zur Abstimmung. Ich schlage vor, daß wir jetzt über § 18 insgesamt und somit auch über alle dazu vorliegenden Anträge abstimmen. Bei Annahme des Antrags B 78 wären die Anträge B 79 bis B 90 als erledigt oder abgelehnt zu betrachten. Wer der dahingehenden Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das erstere war eindeutig die Mehrheit. Damit ist Antrag B 78 angenommen.

Ich gebe nun das Ergebnis der Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission auf Ablehnung des Antrags B 111 bekannt. Es sind 552 Stimmen abgegeben worden. Zwei Delegierte haben sich der Stimme enthalten. Für die Empfehlung der Antragskommission haben 286 Delegierte, dagegen haben 264 Delegierte gestimmt. Damit hat der Antrag nicht die erforderliche absolute Mehrheit erhalten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich lasse jetzt über den Antrag des Bundesvorstandes - Annahme von B 106 - abstimmen. Wer für Annahme des Antrags B 106 ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Ich muß die Abstimmung wiederholen lassen.

Ich darf diejenigen, die für Annahme des Antrags B 106 sind, bitten aufzustehen. - Danke sehr! Darf ich um die Gegenprobe bitten.

- Danke sehr! Damit hat der Antrag keine qualifizierte Mehrheit gefunden. Der Delegiertenschlüssel bleibt, wie er bisher bestanden hat.

(Beifall)

Zu Abstimmung möchte sich Herr Dr. Stoltenberg äußern.

Dr. Gerhard Stoltenberg: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zwar nicht an der Debatte beteiligt, aber sie wie wir alle doch verfolgt. Ich habe den Eindruck, daß das soeben verkündete Ergebnis, wonach wir den alten Delegiertenschlüssel behalten, nicht den Intentionen derjenigen entspricht, die hier verschiedene Modelle vertreten haben, weder den Intentionen der einen noch denen der anderen.

(Vereinzelter Beifall)

Es ist über verschiedene Modelle eines neuen Schlüssels gesprochen worden. So habe ich die Diskussion verstanden. Diese Modelle waren strittig. Aus diesem Grunde hat sich für keines der strittigen Modelle einer neuen Regelung eine Mehrheit ergeben, mit dem unerwünschten Ergebnis - ich beziehe mich auf die Diskussion -, daß wir den alten Schlüssel behalten.

Deshalb sollte noch einmal geprüft werden - ich sage das zur Geschäftslage ohne Auftrag -, ob es auch unter Beteiligung derjenigen, die hier verschiedene Standpunkte vertreten haben, möglich ist, noch im Rahmen dieses Parteitages Einvernehmen über einen neuen Schlüssel zu erzielen.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Parteivorsitzende.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren, bei dieser Geschäftslage schlage ich vor, daß wir folgendermaßen verfahren: Eingedenk dessen, daß wir auf dem nächsten Bundesparteitag - ich sage: hoffentlich - durch die steigende Mitgliederzahl Probleme mit der Zahl der Delegierten bekommen, sollten wir sie jetzt in Kauf nehmen und die Satzungskommission heute beauftragen, für den nächsten Bundesparteitag, auf dem keine Wahlen stattfinden werden, einen Schlüssel nach gründlicher Vorbereitung durch die Landesverbände vorzubereiten, der dann auch der Entwicklung der Partei realistisch entspricht.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag des Parteivorsitzenden gehört. Ich möchte über diesen Vorschlag abstimmen lassen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist gegen den Vorschlag? - Stimmenthaltungen? - Meine Damen und Herren, damit ist der Vorschlag des Bundesparteivorsitzenden mit großer Mehrheit angenommen.

(Vereinzelter Beifall)

Reinhard Briesc: Meine Damen und Herren, ich will nur zwei Sätze sagen. 200 Delegierte haben hier nicht abgestimmt. Genau das

ist der Beweis für die Richtigkeit des Antrags, über den wir abgestimmt haben. Es gibt 200 Delegierte zuviel, nämlich diejenigen, die draußen sind und es nicht nötig haben, hier mit abzustimmen.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich möchte wegen der politischen Bedeutung die Frage der Beitragsregelung im Abschnitt D vorziehen. Zur Einführung spricht zunächst Herr Kiep.

Walther Leisler Kiep: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will versuchen, in der notwendigen Kürze das Thema Beitragsregelung vorzustellen. Die Landesverbände haben darüber bereits ausführlich diskutiert.

Drei Gründe veranlassen uns zu dieser Beitragsregelung. Erstens: Sie soll uns - das scheint mir der wichtigste Grund zu sein, und das bestimmt auch den Zeitpunkt dieser Vorlage - die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner im kommenden Wahlkampf im Sinne dessen, was ich heute morgen hier ausführte, ermöglichen. Zweitens: Wir müssen den Mitgliedsbeitrag zu einem deutlichen Bekenntnis des politischen Engagements machen. Drittens: Die Beitragsänderung ist das entscheidende Mittel, um die Eigenfinanzierung der Partei nachhaltig zu verbessern.

Für uns bedeutet die Aufforderung in der Finanzierungsarbeit, von der ich heute sprach, eben auch die Eigenanstrengung der Partei gegenüber dem, was bisher auf diesem Gebiet geschehen ist, zu verstärken. Die Frage der Neuverteilung des Beitragsaufkommens - darauf möchte ich besonderen Wert legen - zwischen den Landesverbänden und der Bundespartei ist von uns ausgeklammert worden. Das hat es im übrigen bisher in unserer Partei bei Beitragsänderungen noch nicht gegeben. Wann immer Beitragserhöhungen beschlossen wurden - das letzte Mal 1971 -, war stets auch die Rede von höheren Abführungen an die Bundespartei. Eine Erhöhung der Abführung an die Bundespartei steht aber heute nicht zur Entscheidung an. Wir bleiben bei der alten Regelung: 1 DM pro Mitglied und pro Monat für die Bundespartei. Ich brauche nicht näher zu begründen, daß diese 1 DM pro Mitglied wesentlich unter den Kosten liegt, die die Bundespartei pro Mitglied selber aufwenden muß. In den Finanzgremien und im Bundesvorstand sind wir gemeinsam und übereinstimmend der Auffassung gewesen, zunächst dabei zu bleiben. Erst, und zwar frühestens nach der Bundestagswahl 1976, kann im Jahre 1977 auf einem Parteitag über diese Frage gesprochen werden, so daß Neuregelungen frühestens ab 1. Januar 1978 in Kraft treten können. Ich wollte hierauf besonders hinweisen, weil über diesen Punkt einige Mißverständnisse bestanden.

Ich erwähne dies vor allen Dingen deshalb ausdrücklich, weil ich den Eindruck habe, daß eine Reihe von Anträgen zu diesem Punkt diese Zusammenhänge nicht ganz richtig sehen. Der Bundesvorstand, meine Freunde, hat am 24. Februar diese Beitragsneuregelung einstimmig gebilligt. Ebenso hat es ein einstimmiges Votum des Bundesfinanzausschusses für diese Vorlage am 14. Februar gegeben.

Der ursprüngliche Vorschlag, über den ich den Bundesausschuß am 9. 12. unterrichtet hatte, ist im übrigen in eine breite Parteidiskussion gegangen, nachdem er im Monatsblatt und im Uid veröf-

fentlicht war. Die vorgeschlagene Beitragsregelung muß als ein Ganzes angesehen werden. Ich bitte doch, von Einzelkorrekturen bei dieser Neuordnung abzusehen.

Die Antragskommission und wir sind für Ihre Entscheidung dankbar, und wir bitten Sie um Ihre Zustimmung. Wir müssen mit dieser Beitragsneuregelung ein deutliches und sichtbares Zeichen setzen. Ich möchte zum Schluß das zitieren, was Helmut Kohl zu diesem Thema in der Bundesausschußsitzung gesagt hat: "Es steht außer Frage, daß die Finanzordnung entscheidend zur Glaubwürdigkeit der CDU Deutschlands beiträgt; das ist ein Teil der Glaubwürdigkeit unseres politischen Verhaltens."

(Beifall)

Matthias Wissmann, Tagungspräsidium: Wir danken Walther Leisler Kiep. Das Wort hat nun Herr Dr. Dietrich Strathmann aus Hannover zum Antrag Nr. D 7, und anschließend Herr Kessler, ebenfalls zum Antrag D 7. Zunächst Herr Dr. Strathmann, bitte!

Dr. Dietrich Strathmann: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Genau die drei Ziele, die Walther Leisler Kiep nannte, werden durch die neue Beitragsregelung nicht erreicht.

Sie soll uns die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner ermöglichen? In welcher Form wird denn das durch die Beitragsregelung ermöglicht? Das einzige, was wir sagen können, ist doch: Die wenigen Großverdiener bringen den geringsten Anteil an unserem Beitragsaufkommen. Die vielen Kleinen bringen den Hauptanteil. Die Auseinandersetzung wird dadurch nicht verändert.

Das zweite! Wir müßten den Mitgliedsbeitrag zu einem deutlichen Bekenntnis des politischen Engagements machen. Das ist zwar richtig, wird aber durch diesen Beitrag nicht erreicht. Dieser Beitrag verführt höchstens zur Drückebergerei. Wenn wir heute für ein Monatseinkommen von 3 000 DM eine Staffelung zwischen 8 und 30 DM einführen, dann weiß ich ganz genau, daß die meisten dann 8 DM zahlen. Bei der alten Regelung haben wir aber einen ganz genauen Satz, und daran kann sich jeder halten; wenn er das nicht tut, dann können wir ihm das sagen.

Der dritte Grund, den Herr Leisler Kiep anführte: das soll ein entscheidendes Mittel sein, um die Eigenfinanzierung zu verbessern. Das ist mit Sicherheit auch nicht der Fall. Wir werden die Eigenfinanzierung in keiner Weise verbessern. Wir haben höchstens einen Stopp beim Mitgliederzuwachs. Dann haben wir mit höheren Beiträgen auch nicht mehr Geld.

Ich bitte Sie darum, meine Damen und Herren: lehnen Sie den Antrag D 7 ab, stimmen Sie höchstens dem Antrag D 13 zu. Lassen Sie die alte Beitragsregelung von 1971, die wir uns auch mühsam erarbeitet haben.

(Beifall)

Matthias Wissmann, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde, wir danken Herrn Dr. Strathmann. Wir haben als Präsidium aber nun die Bitte an die anderen Redner, sich im Interesse der Konzentration

möglichst kurz zu fassen. Wir haben jetzt noch vier Redner zu der allgemeinen Aussprache über die Beitragsordnung. Wir sollten dann präzise in Diskussion und Abstimmung über die einzelnen Teile dieser Beitragsordnung einsteigen.

Zunächst Herr Kessler und anschließend Herr Kolb vom Landesverband Baden-Württemberg!

Hubert Kessler, Weingarten: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich befinde mich augenblicklich in einer etwas schwierigen Situation. Entweder verursache ich hier beim Parteitag Ärger mit meinem Vorschlag, oder ich krieg zu Hause bei meinen Orstverbänden Ärger. Was ist das kleinere Übel? Parteitag findet jedes Jahr einmal statt, zu meinen Ortsverbänden, zu meinen Kreisverbänden komme ich laufend. Also ziehe ich es vor, mir den Ärger hier zu verursachen.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir haben den Antrag D 18 eingebracht. Dieser Antrag läßt Ihnen die Möglichkeit, Geld zu holen, soviel Sie wollen. Es gibt keine Grenze nach oben. Aber hier gibt es nun einen Unterschied zu der SPD. Unsere Mitglieder sind in zahlreichen Vereinen; sie sind echte Multiplikatoren: im Gesangverein, im Sportverein, im Musikverein, und weiß Gott und der Teufel, was alles. Mir hat vor zwei Tagen noch ein Kreisvorsitzender von meiner Partei gesagt, die Frau halte ihm vor, daß er mindestens ein halbes Monatsgehalt für die Beiträge im Jahr aufwenden muß.

Sie brauchen jetzt nur zu sagen, diese Mitglieder sollten aus all diesen Vereinen austreten, dann könnten Sie mehr Beitrag an uns zahlen. Aber wir wollen ja, daß sie in die Gesellschaft, in die Vereine hineinwirken.

Jetzt kommt noch eines hinzu: In dem Antrag, den wir neu formuliert haben, ist eine Sache drin, die wir wohl bedenken sollten. Wir setzen uns dafür ein, daß für Familienangehörige ohne Einkommen zusammen mit dem zahlenden Mitglied ein Familien- und Partnerbeitrag gelten soll. Wir können nicht ständig von der Familienpolitik reden und dann, wenn es in der eigenen Partei um die Beitragsleistung geht, die Familie als Größe übersehen.

Ich möchte Sie bitten, daß Sie sich dafür einsetzen und dem Antrag D 18 Ihre Stimme geben.

(Beifall)

Matthias Wissmann, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde, ich habe noch drei Wortmeldungen zur Generalaussprache über die Beitragsordnung. Ich gehe davon aus, daß wir mit diesen drei Wortmeldungen die Generalaussprache beenden können. Darf ich Sie fragen, ob Sie damit einverstanden sind, daß wir die Rednerliste zur Generaldebatte über die Beitragsordnung auf diese Wortmeldungen beschränken. Wer stimmt dieser Beschränkung der Generaldebatte zu? - Wer stimmt dagegen? - Damit kann ich von diesen drei weiteren Beiträgen zur Aussprache ausgehen.

Ich rufe nun Herrn Kolb auf, anschließend Herrn Strötmann vom Landesverband Hannover.

Elmar Kolb: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe Be-

denken, daß man sich so sehr um die Ortsverbände sorgt. Die Ortsverbände haben eigentlich bisher, wenn sie es verstanden haben, bei ihren Mitgliedern, die mehr haben, auch mehr holen können.

Mit dem, was wir hier tun, erzielen wir aber auch eine psychologische Wirkung: Wir betrachten bald die Mark als nicht mehr gegeben und gehen auf 3, auf 5 DM. Sonst haben wir doch in der Aussprache zur Wirtschaftspolitik etwas gegen die Inflation. Wenn es aber bei uns um die Beiträge geht, nehmen wir diese Erhöhung als selbstverständlich an.

Herr Kiep, Sie haben uns zugesichert, daß die Bundespartei nichts will. Aber ich meine, irgendwo steckt im Hintergrund die Absicht, daß Sie, wenn es unten läuft, oben mehr bekommen können. Dagegen sind wir ein bißchen allergisch.

Ich würde sagen: die Ortsverbände wissen, wie sie zu ihrem Geld kommen. Die Ortsverbände sind bisher nicht in die Bredouille gekommen, aber wir sind häufiger von oben noch etwas mehr angezapft worden.

Deswegen bitte ich Sie, bei unserem Antrag mit 3 DM zu bleiben; aber die Ortsverbände wissen, wo Sie das Geld bekommen.

(Beifall)

Matthias Wissmann, Tagungspräsidium: Das Wort hat nun Herr Ströt-
mann, anschließend Herr Wulff von Westfalen-Lippe.

Clemens Strötmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin der Überzeugung, diese Partei wäre aus ihrer Finanznot, wenn sie die in Saarbrücken beschlossene Beitragsregelung anwenden würde, d. h., wenn wir alle unsere Mitglieder verstärkt darauf aufmerksam machten, ihre Einstufung einigermaßen korrekt vorzunehmen. Mit einem Mindestbeitrag von 5 DM treffen wir diejenigen, denen es in diesem Lande eh schon schlecht geht, nämlich die Arbeitnehmer, und die, die in den verschiedensten Vereinigungen sind.

(Beifall)

Ich appelliere an uns, den Mindestbeitrag nicht zu verändern, weil wir uns Schwierigkeiten einhandeln. Wir werden uns Austritte einhandeln und im Endeffekt nicht mehr haben. Wir werden eine unsoziale Partei werden. Wir müssen uns Mühe geben, daß wir diese Beitragsregelung tatsächlich durchsetzen und von denen mehr holen, von denen mehr zu holen ist, und das sind in unserer Partei eine ganze Menge.

(Beifall)

Matthias Wissmann, Tagungspräsidium: Herr Dr. Wulff hat das Wort.

Dr. Otto Wulff: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich glaube, meine Freunde, wir sollten auch in dieser späten Stunde klar und deutlich erklären - auch dem Bundesvorstand gegenüber -, daß in einer Situation, wo die Kosten steigen, wo in der Tat auch von dieser Partei finanziell eine Menge verlangt wird, selbstverständlich dann, wenn es sein muß, auch die entsprechenden Mittel aufgebracht werden müssen. Darüber, glaube ich, besteht kein

Zweifel. Wenn man aber die Situation vor einigen Jahren betrachtet und weiß, wie die Portokosten und viele andere Dinge waren, dann muß man erkennen, daß die Kosten einfach gestiegen sind.

Aber - und das ist die Frage, um die es geht - man muß, was zunächst die Höhe anlangt, einen Unterschied machen.

Auch hier bin ich der Ansicht, daß wir alle - von den Kreisverbänden über die Landesverbände bis zur Bundespartei - in einem Boot sitzen, und dieses Schiff muß von dem Bundesvorsitzenden gelenkt werden, damit wir letztlich überall die Wahlen gewinnen können. Das ist die Voraussetzung für eine gesunde Finanzpolitik von unten bis oben. Ich bin der Meinung, daß man in diesem Sinne auch dem Bund zustehen muß, was des Bundes ist. Aber meine Freunde, auch unten muß es in Ordnung sein; denn wenn diese vielen Freunde draußen im Lande, von denen wir leben, nicht mehr in der Lage sind, das hereinzuholen, was hereingeholt werden muß, dann sind wir, auch was die Bundespartei anlangt, am Ende.

Meine Freunde, eines sollte jetzt hier gesagt werden, und ich darf Sie bitten, noch einen Augenblick Geduld zu üben, denn ich meine, daß diese Beitrags- und Finanzordnung in ein Konzept hineingehört, das auch noch zu später Stunde die Aufmerksamkeit des Parteitages finden sollte. Herr Kiep, Sie haben eben mit Recht gesagt, daß eine Beitrags- und Finanzordnung letztlich auch das Aushängeschild für die Courage, für das Engagement und für die Tätigkeit einer Partei nach draußen ist. Darin stimme ich mit Ihnen vollinhaltlich überein. Aber, meine Freunde, hier geht es um eine Situation, die wir erkennen müssen. Wir wissen, daß sich Entscheidungen auf dem Bundesparteitag etwas anders ausnehmen, wenn Sie unten durchgesetzt werden müssen, als man sich das gemeinhin vorstellt. Leider ist es nicht immer so, daß wir Dinge durchsetzen können, die wir oben gern durchsetzen möchten. Deshalb unser Antrag von Westfalen-Lippe, der lautet: Trotz aller Bedenken bis hin zu dem, was der Bund haben muß, sind und waren wir der Meinung, daß diese Beitragsregelung um ein Jahr verschoben werden soll, das heißt, erst ab 1. 1. 1977 in Kraft treten soll. Ich glaube, dann werden die Kreisverbände in der Lage sein, diese Finanz- und Beitragsordnung vollinhaltlich durchzusetzen. Deshalb waren wir der Ansicht, es mit diesem Antrag hier auf dem Bundesparteitag zu versuchen.

Zur Begründung vielleicht noch ein Wort. Sie haben gesagt, daß eine Quotelung der - -

(Vereinzelt anhaltendes Händeklatschen)

- Moment ! Ja, nun, sicherlich - - Lassen Sie mich eines sagen, es gibt natürlich Dinge, über die Sie Stunden debattieren können, meine Freunde. Aber wenn Sie nun daran gehen wollen, eine Beitragsordnung in der Schnelligkeit eines Sisyphusfahrers zu machen, dann, meine ich, sollten wir darüber auf anderen Parteitagen diskutieren, nicht hier. Ich meine, einige Minuten sollten wir Zeit dafür haben. Dem Vertreter eines Landesverbandes, der einen Antrag gestellt hat, sollten zumindest noch einige Sekunden Aufmerksamkeit geschenkt werden.

(Beifall)

Meine Freunde, ich glaube, es kommt darauf an, wenn Sie als Bundespartei erst ab 1. 1. 1978 über eine Neuaufteilung dieser Quoten entscheiden wollen, daß Sie dann - das ist, glaube ich, recht und billig - unter Berücksichtigung der Belange der Kreisparteien sagen: Dann erst ab 1. 1. 1977. Die Kreisparteien

sind dann in einer Situation, in der sie besser hantieren können. Wir fühlen auch an dieser Stelle mehr Verantwortung für unsere Freunde draußen im Lande, als es manchmal den Anschein hat.

Matthias Wissmann, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Dr. Wulff. Das Wort hat nun für das Präsidium Walther Leisler Kiep.

Walther Leisler Kiep: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren ! Ich habe aufmerksam dem Landesschatzmeister, der sich ja der Notwendigkeit einer Neuregelung unserer Beitragsordnung in den Beratungen nicht verschlossen hat, zugehört. Ich verstehe natürlich das, was er hier vorgetragen hat, nur muß ich ihn und Sie alle um Verständnis dafür bitten, daß wir im Jahre 1976 eine Bundestagswahl haben und daß erklärtermaßen und in Übereinstimmung mit Ihnen allen dies ein Thema des Bundestagswahlkampfes ist. Ich meine aber, daß wir unser Ziel auch erreichen können, wenn wir uns gemäß dem Antrag, den Herr Dr. Wulff soeben für Westfalen-Lippe vorgetragen hat, auf ein Kompromißdatum, nämlich auf den 1. 7. 1976 einigen. Dann wäre dies für uns nach wie vor ein wichtiges und zugkräftiges Argument in der Auseinandersetzung. Auf der anderen Seite aber hätten Sie sechs Monate Zeit, um die Probleme zu bewältigen, von denen Sie eben hier gesprochen haben.

Matthias Wissmann, Tagungspräsidium: Herr Dr. Worms für die Antragskommission.

Dr. Bernhard Worms: Herr Präsident, meine Damen und Herren ! Die Antragskommission würde dann diesen Vorschlag übernehmen. Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen, daß wir den 1. 7. 1976 als Datum des Inkrafttretens zugrunde legen.

Nun zum Problem selbst. Es geht hier um drei Perspektiven, die wir miteinander sehen müssen. Die erste ist von dem Bundesschatzmeister hier ausgiebig vorgetragen und beispielhaft von dem Landesschatzmeister des Landesverbandes Westfalen erläutert worden. Ich brauche hierauf nicht mehr einzugehen.

Das zweite ist die von diesem Parteitag an anderer Stelle so oft erbetene Liberalität und Flexibilität. Wir glauben, daß wir mit der Annahme sowohl von D 7 als auch insbesondere von D 20 für die Kreisverbände die Flexibilität eingeführt haben, im gegebenen Ausnahmefall von der Regelfestsetzung Abstand zu nehmen.

Ich verweise darüber hinaus auf den Antrag D 30, der lautet: "Der Kreisverband kann in besonderen Fällen Mitgliedsbeiträge erlassen, ermäßigen oder stunden."

Natürlich muß hier der Klarheit wegen gesagt werden, daß eine Solidaritätshaftung der Basis vorhanden ist. Wenn das der Kreisverband im konkreten Einzelfall entschieden hat, so kann das hinsichtlich der Ablieferungspflicht nach oben nicht wirksam werden. Das wäre ja unzumutbar. Der Kreisverband müßte dann im Rahmen seiner Entscheidung auch darüber befinden, wie ein Ausgleich herbeigeführt werden kann.

(Vereinzelt, anhaltendes Händeklatschen)

- Meine Damen und Herren, wenn der Applaus Zustimmung bedeuten soll, bitte ich, daß wir jetzt zur Abstimmung kommen. Ich verweise noch auf einige redaktionelle - -

Matthias Wissmann, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde ! Ich darf darum bitten, daß wir die Solidarität, die unser

Vorsitzender heute morgen beschworen hat, auch in dieser späten Stunde dadurch zeigen,

(Beifall)

daß wir dem Redner zuhören und auch seine schwierige Arbeit als Vertreter der Antragskommission würdigen.

Dr. Bernhard Worms: Es geht darum, meine Damen und Herren, daß wir hiermit auch die Anträge 137 bis 143 in einem Aufwasch erledigen. Sie gehören materiell zur Beitragsfrage. Sie enthalten im Grunde genommen nur Ermächtigungen für den Generalsekretär. Bei näherem Studium werden Sie erkennen, daß durch diese Ermächtigungen niemand von uns Schaden erleidet. Ich bitte deshalb, Herr Präsident, im Namen der Antragskommission auch um die Erledigung der Anträge 137 bis 143. - Vielen Dank.

(Beifall)

Matthias Wissmann, Tagungspräsidium: Jetzt hat das Wort noch Herr Dr. Wulff.

Dr. Otto Wulff: Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, daß der Bundesvorstand auf einen fairen Kompromiß eingegangen ist. Ich ziehe deshalb namens des Landesverbandes Westfalen-Lippe unseren Antrag zurück und bitte darum, daß der Antrag des Bundesvorstandes nunmehr angenommen wird. - Schönen Dank.

(Beifall)

Matthias Wissmann, Tagungspräsidium: Ich will nur noch einmal wiedergeben, was Herr Dr. Wulff gerade sagte. Er sagte, daß er im Hinblick auf das Kompromißangebot des Bundesvorstandes seinen Antrag zurückzieht.

(Beifall)

Ich kann auf dieser Grundlage - mit Ihrer Zustimmung - in die Abstimmung über die einzelnen Anträge zur Beitragsordnung einsteigen und rufe zunächst den Antrag Nr. D 3 des Bundesvorstandes auf, dem von der Antragskommission zugestimmt wird. Wer stimmt dem Antrag Nr. D 3 zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag Nr. D 3 angenommen.

Ich komme zum Antrag Nr. D 5 des Bundesvorstandes, dem von der Antragskommission ebenfalls zugestimmt wird. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Wenn ich es richtig sehe, ist der Antrag ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Ich komme damit zu Antrag D 7. Wer diesem Antrag des Bundesvorstandes, dem die Antragskommission zugestimmt hat, seine Billigung gibt, gebe das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Das erstere war die Mehrheit.

(Teilweise Widerspruch)

- Liebe Parteifreunde, wenn hier Zweifel entstehen, können wir die Abstimmung gern wiederholen. Wer stimmt dem Antrag D 7 zu? - Wer stimmt dagegen? - Stimmenthaltungen? - Das Präsidium stellt fest, daß das erstere die eindeutige Mehrheit war.

(Beifall)

Ich komme damit zum Antrag D 20, der eine Ergänzung durch Antrag D 29 gefunden hat, wonach Zivildienstleistende in die Ausnahmeregelung miteinbezogen werden sollen. Wer stimmt diesem Antrag D 20 in Verbindung mit dem genannten Antrag D 29 zu? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist Antrag D 20 mit der erwähnten Ergänzung angenommen.

Ich komme zu Antrag D 30 des Bundesvorstandes. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Gegenstimmen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist Antrag D 30 ebenfalls angenommen.

Ich komme zu Antrag D 36, der in der modifizierten Kompromißform des Präsidiums und des Landesverbandes Westfalen jetzt so aussieht, daß die Beitragsregelung am 1.7.76 in Kraft treten soll. Wer stimmt dem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Stimm-enthaltungen? - Auch dieser Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen.

Wir haben damit die Beitragsordnung erledigt. Ich darf an dieser Stelle all denjenigen, die sich in der CDU mit diesem Thema befaßt haben, vor allem aber auch unserem Schatzmeister Walther Leisler Kiep, auch im Namen des Präsidiums von Herzen für diese mühselige Arbeit Dank sagen, und ich hoffe, daß wir mit dieser Beitragsordnung in der finanziellen und der politischen Arbeit unserer Partei gut leben können.

Liebe Parteifreunde, das Präsidium schlägt Ihnen vor, daß wir vier weitere Bereiche zum Thema "Statut" nicht mehr heute abend, sondern je nach Geschäftslage entweder morgen nachmittag oder aber am Mittwoch behandeln, und zwar die Anträge B 99 bis B 101, B 117 bis B 131, B 132 bis B 136 und B 137 bis B 143. Stimmen Sie diesem Verfahren zu? Wenn das der Fall ist, geben Sie bitte das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Kein Widerspruch; dann verfahren wir so.

Wir kommen dann noch zur Bekanntgabe der Ergebnisse der Wahlen zum Bundesvorstand der CDU. Ich gebe dazu Herrn Dr. Filbinger das Wort.

Dr. Hans Filbinger, Tagungspräsidium: Meine lieben Parteifreunde, ich gebe die Anzahl der abgegebenen Stimmen bekannt. 715 Delegierte haben abgestimmt. Ungültig war eine Stimme; gültig waren somit 714 Stimmen. Das für eine Wahl zu erreichende Quorum betrug somit 358 Stimmen.

Gewählt sind:

- 1) von Weizsäcker mit 653 Stimmen,
(lebhafter Beifall)
- 2) Peter Lorenz mit 631 Stimmen,
(lebhafter Beifall)
- 3) Bernhard Vogel mit 608 Stimmen,
(lebhafter Beifall)
- 4) Alfred Dregger mit 586 Stimmen,
(Beifall)
- 5) Wilfried Hasselmann mit 570 Stimmen,
(Beifall)
- 6) Gerhard Schröder mit 560 Stimmen,
(Beifall)

- 7) Freund Wissmann mit 526 Stimmen,
(Beifall)
- 8) Freund Scherer, Saarland, mit 523 Stimmen,
(Beifall)
- 9) Frau Benedix mit 492 Stimmen,
(Beifall)
- 10) Freund Badeck mit 486 Stimmen,
(Beifall)
- 11) Frau Griesinger mit 480 Stimmen,
(Beifall)
- 12) Freund Wörner mit 455 Stimmen,
(Beifall)
- 13) Freund von Bismarck mit 436 Stimmen,
(teilweise Beifall)
- 14) Freund Blüm mit 429 Stimmen,
(Beifall)
- 15) Freund Windelen mit 422 Stimmen,
(Beifall)
- 16) Freund Langguth mit 415 Stimmen,
(Beifall)
- 17) Freund Ritz mit 393 Stimmen,
(teilweise Beifall)
- 18) Wilhelm Hahn mit 388 Stimmen,
(teilweise Beifall)
- 19) Freund Neumann mit 375 Stimmen,
(teilweise Beifall)
- und schließlich 20) Freund Zeitel mit 360 Stimmen.
(teilweise Beifall)

Meine lieben Parteifreunde, die soeben genannten 20 Freunde sind in den Bundesvorstand gewählt. Darf ich davon ausgehen, daß diese Gewählten ihr Mandat annehmen, oder gibt es Widerspruch? Dann bitte ich, das zu notifizieren. - Ich stelle fest, daß alle die Wahl angenommen haben.

Ich gebe jetzt die übrigen Stimmzahlen bekannt: Freund Waffenschmidt mit 356 Stimmen, Friedrich Vogel mit 347 Stimmen, Freund Schwarz-Schilling mit 344 Stimmen, Freund Echternach mit 298 Stimmen, Freund Lampersbach mit 285 Stimmen, Freund Wallmann mit 276 Stimmen, Freund Schmöle mit 257 Stimmen und Freund Rawe mit 246 Stimmen.

Damit stelle ich fest, daß die Bekanntgabe der 20 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes und damit die Wahlhandlung abgeschlossen ist.

Das Wort hierzu hat unser Freund Helmut Kohl.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wahlen und Entscheidungen dieser Art sind demokratische Entscheidungen. Ich glaube aber, es ziemt sich und es ist nicht nur ein guter Brauch, daß wir jetzt jenen Kollegen, die nach dem Ergebnis der Entscheidung nicht mehr dem Bundesvorstand angehören - es ist Friedrich Vogel, es ist Christian Schwarz-Schilling, es ist unser Freund Jürgen Echternach und es ist der Freund Schmöle -, für die Arbeit, die sie in den letzten Jahren geleistet haben, sehr herzlich danken.

(Beifall)

Sie haben in diesen letzten Jahren - ich darf das für alle vier sagen - in besonderer Weise ihren Beitrag zur Mobilisierung unserer Partei geleistet. Dafür verdienen sie unseren herzlichen Dank.

(Beifall)

Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger, Tagungspräsidium: Meine lieben Freunde, wir sind damit am Ende einer umfangreichen Tagesordnung. Ich möchte Ihnen allen für Ihr Ausharren herzlichen Dank sagen. Ich glaube, wir sind ein schönes Stück weitergekommen. Die morgige Sitzung beginnt um 9 Uhr mit dem Referat von Franz Josef Strauß (CSU). Ich darf Sie bitten, pünktlich zu erscheinen, damit wir morgen pünktlich beginnen können.

In diesem Sinne schließe ich die heutige Sitzung und wünsche Ihnen allen eine gute Nacht.

(Schluß der 3. Plenarsitzung: 23.01 Uhr)

Dienstag, 24. Juni 1975

4. Plenarsitzung

Beginn: 9.11 Uhr

Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich eröffne unsere 4. Plenarsitzung. Bevor ich den Tagesordnungspunkt 20, den Bericht des Generalsekretärs Biedenkopf, aufrufe, gebe ich dem Freunde Franz-Josef Strauß, dem Vorsitzenden der Schwesterpartei CSU, das Wort zu seinen Ausführungen.

Lieber Freund Franz-Josef Strauß! Sie haben gestern unserem Parteivorsitzenden zu seinem Wahlerfolg gratuliert. Ihr Telegramm drückt die Gemeinsamkeit zwischen den beiden Schwesterparteien aus, die gestern in dieser Saale mehrfach und überzeugend zum Ausdruck gekommen ist. Es ist in der Tat so, wie Sie es in Ihrem Telegramm formuliert haben: Kraft und Ausstrahlungsfähigkeit der beiden Unionsparteien sind die beste Voraussetzung für einen Wahlerfolg im Jahre 1976.

(Beifall)

Das Wort hat der Vorsitzende der CSU, unser Freund Franz-Josef Strauß.

(Beifall)

Dr. h. c. Franz-Josef Strauß: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Zuerst darf ich Ihnen und vor allem Ihrem Parteivorsitzenden ein herzliches Wort des Dankes sagen, daß Sie genauso wie wir es bei der letzten, vorletzten usw. Landesversammlung der CSU getan haben, mich nun umgekehrt zu Ihrem Bundesparteitag eingeladen haben. Dies gibt mir die Möglichkeit, über unsere gemeinsamen Ziele und über die Frage, wie wir diese Ziele erreichen, einige Ausführungen zu machen. Bevor ich damit beginne, möchte ich Helmut Kohl ein herzliches Wort des Glückwunsches aus doppeltem Grunde sagen: erstens für die Rede, die er gestern gehalten hat.

(Beifall)

Wir brauchen Reden nicht nur an dem Maßstab des Echos zu messen, das sie beim politischen Gegner finden.

(Beifall)

Aber selbst wenn man diesen Maßstab zugrunde legt, weiß man, wie sehr diese Rede den politischen Gegner betroffen hat.

(Beifall)

Diese Rede hat die Akzente unserer Politik klar herausgestellt, diese Rede war in kämpferischer Sprache gehalten, und sie hat die Zielsetzungen eindeutig und klar umrissen. Diese drei Dinge brauchen wir, wenn wir nächstes Jahr die Bundestagswahlen gewinnen wollen.

Ich möchte Helmut Kohl zum zweiten aber auch ein herzliches Wort des Glückwunsches, wie bereits telegraphisch heute nacht geschehen, zu dem Wahlergebnis sagen, mit dem er als Bundesvorsitzender der CDU für eine weitere sehr, sehr wichtige Amtsperiode, in der ein tiefer Einschnitt der deutschen und europäischen Politik liegen wird, von Ihnen bestätigt worden ist.

(Beifall)

Ich möchte nicht auf die publizistischen Spekulationen eingehen, die im Zusammenhang mit meinem Auftritt hier oder mit psychologischen Vorbereitungsmanövern stehen, die im gleichen Zusammenhang unternommen worden sind. Wir sollten uns vor allen Dingen hüten, unser Urteil über uns selbst oder übereinander davon abhängig zu machen, was eine häufig nicht freundlich gesinnte Umwelt über uns schreibt,

(Beifall)

nicht zuletzt deshalb, weil es ja zu den bewährten Kampfmethoden der Brunnenvergiftung gehört, einander negative Zitate jeweils über den anderen so in den Mund zu legen, daß man nurmehr noch von einer "Nannen-Kriegführung" sprechen kann.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich habe auch nicht die Geduld und die Zeit aufgebracht, alles zu lesen, was ich angeblich heute hier sagen werde oder nicht sagen werde. Ich habe mich auch nicht damit beschäftigt, was die Ratschläge alles enthielten, was ich sagen soll oder was ich nicht sagen soll. Seien Sie überzeugt, daß ich in jeder Situation das sage, was ich für richtig halte.

(Beifall)

Ich habe mich auch in den Zeiten der großen Bewunderung für den letzten Bundeskanzler nie davon abbringen lassen, gegen den Strom des Zeitgeistes zu schwimmen und das zu sagen, was auch damals gegen eine sehr begeisterungsfähige Umwelt gesagt werden mußte, und es ist Gott sei Dank gesagt worden.

(Beifall)

Das heißt, es kommt nicht darauf an zu sagen, was jeweils ankommt oder gefällig kommentiert wird, es kommt darauf an zu sagen, worauf es ankommt. Das, worauf es ankommt, sind die Fragen, die uns von nun an noch mehr als in der Vergangenheit bis zu der vorher erwähnten Zäsur der Bundestagswahlen 1976 beschäftigen werden.

Hier darf ich sagen, worauf es in meiner Sicht - ich kann nur meine Sicht vertreten; aber das ist nicht etwa mein Monopol - ankommt:

CDU und CSU müssen die glaubwürdigen Parteien der gesellschaftlichen und geschichtlichen Wirklichkeit und damit gegen Utopie und Ideologie, gegen historische Utopien und gegen sozialistische Ideologien sein. Worauf es ankommt - das ist bei den Gesprächen zwischen CDU und CSU sehr deutlich betont, von beiden Seiten ohne Einschränkung bejaht und als gemeinsame Kampfparole bestätigt worden -, ist ein freies Deutschland in einem freien Europa. Ein freies Deutschland in einem freien Europa als unsere

Vorstellung - nicht Vision; Visionen können andere vertreten, und dann löst eine Vision die andere ab, und beide haben sie die gleiche Distanz zur Wirklichkeit - gegen ein sozialistisches Deutschland in einem sozialistischen Europa.

(Beifall)

Ich habe vor einigen Tagen in einer bekannten italienischen Tageszeitung gelesen, daß diese Parole ganz schön sei. Aber sie enthalte einen grundlegenden Irrtum - ich bin überhaupt immer froh, wenn andere, die den Problemen näher stehen, mich belehren, wie man eigentlich richtig liegen müßte -; der Irrtum bestehe nämlich darin, daß die SPD keine marxistische Partei sei. Darum stelle sich die Frage sozialistisches Deutschland oder sozialistische Gesellschaftsordnung in Wirklichkeit überhaupt nicht. Das sei eine Scheinparole.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was wir zur Zeit erleben - das ist ja auch in den Reden gestern und vorgestern zum Ausdruck gekommen -, ist ein großes theatrum hypocriticum, ein großes Täuschungstheater, das manchmal bis zum theatrum absurdum gedeiht: nämlich nach dem großen Ideologen, Visionär und Utopiker, der beinahe mit Messiaspolitik ausgestattet worden war, Willy Brandt, auf der einen Seite, kam nun auf der anderen Seite der Macher, der Pragmatiker, der ideologiefreie Gestalter, der notfalls gegen seine eigene Partei regiert.

Wir sollten aber nicht vergessen, daß unter dem Gärtner Helmut Schmidt, der hier als Blickfang, aber auch als Ablenkung gut wirkt, das Pflänzchen Marxismus in der SPD munter gedeiht, nur im Schatten gehalten wird, damit die Wähler im nächsten Jahr nicht vergrämt werden.

(Beifall)

Was wir in diesen Tagen - siehe gestern Hessen-Süd - an Beschlüssen der SPD abermals gelesen haben, beweist doch, daß es sich hier nicht um eine zukunftssträchtige Gesinnung oder um eine nach vorwärts gerichtete Konzeption handelt, sondern daß in Wirklichkeit die Sozialisten von heute die echten Reaktionäre sind.

(Beifall)

In der Gegenwart versagen sie. Ihr Weltbild beziehen sie aus der Vergangenheit. Das Endziel lassen sie im Dunkeln, und den nächsten Schritt, den sie machen wollen, leugnen sie ab, bis er dann - angeblich unvermeidbar - getan werden muß.

(Beifall)

Wofür wir gemeinsam eintreten, ist eine freie, offene, liberale, tolerante, soziale Gesellschaft gegen jede Form von Kollektiv, auch wenn das Kollektiv als goldener Käfig staatlicher Totalbetreuung oder Totalversorgung - in Wirklichkeit Totalbevormundung, gefällig eingepackt - angeboten wird. Wir stehen mit unserer Politik auf der Grundlage des christlichen Sittengesetzes im weitesten Sinn des Wortes und im besonderen auf dem Kulturboden des abendländischen Humanismus. Aber die Frage, meine sehr verehrten Damen und Herren, die von manchen als Schwarzmalerei, als Kassandraruhe abgetan wird - auch von gewissen professionellen Schönfärbern - hat ein scharfsinniger Kritiker, wenn auch in Form eines Gerüchtes oder einer gerüchteweise gestellten Frage, nämlich der amerikanischen Außenminister, gestellt, als er hinter vorgehaltener Hand sagte, halb Frageform, halb Betreuungsform, er rechne damit, daß Europa in zehn Jahren marxistisch sein werde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte hier ein deutliches Wort sagen, weil es nicht darum geht, schwarzweiß zu malen; die Schwarzweißmalerei wird einem zwar in den Mund gelegt. Wir beherrschen sehr wohl auch die Töne und die Varianten dazwischen. Unsere Sorge geht nicht darum, daß am Tage nach der nächsten Bundestagswahl bei Fortsetzung der bisherigen Regierungspolitik die marxistische Gesellschaftsordnung über Nacht ausbricht - so primitiv denken wir nicht, und so primitiv reden wir nicht -, sondern wir haben Sorge davor, daß eine Vielzahl von Schritten, jeder klein, jeder scheinbar harmlos, jeder scheinbar ungefährlich, aber jeder in einer gewissen Richtung, zum Schluß in der Gesamtverstärkung, in der Addition und Kumulierung zu dem Punkte führt, von dem aus es keine Rückkehr mehr gibt.

(Beifall)

Auf dieser Strecke, und zwar vor diesem berühmten point of no return, liegt die nächste Bundestagswahl als entscheidende Zäsur. Und von dieser Wahl - darin waren wir uns in den Gesprächen einig - wird das Schicksal Deutschlands - wir sagen nicht: das Schicksal der BRD -, das Schicksal Deutschlands in der Gesamtheit des Wortes

(Beifall)

und damit auch das Schicksal Europas weitgehend bestimmt werden. Ich darf mir erlauben, über diese Frage des Schicksals Europas im letzten Teil meiner Ausführungen noch einige wenige Bemerkungen zu machen. Aber ich darf hier vielleicht eine Bemerkung voranschicken. Wer glaubt, daß nach dem zweiten Weltkrieg unter der trügerischen Ruhe einerseits einer Pax americana, andererseits einer Pax sovjetica, unter Schutz und Schirm der NATO jede geschichtliche Veränderung zu unseren Ungunsten aufgehört habe, daß der Prozeß nur in Richtung Koexistenz, Entspannung, Frieden, Harmonie und allgemeine Glückseligkeit führen werde, der sollte eigentlich durch den Anschauungsunterricht der letzten Monate eines Besseren belehrt worden sein.

(Beifall)

Wir sind nicht aus der Geschichte ausgetreten, und wir haben auch nicht das Recht, Geschichte durch Gesellschaftslehre zu ersetzen. Geschichtliche Veränderungen setzen die Rahmendaten, in denen wir unsere individuelle Existenz und unser gesellschaftliches Dasein in Freiheit bestreiten müssen. Oder andere werden diese Rahmendaten für uns setzen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese entscheidende Problematik ist ein Anlaß zur strategischen Besinnung. Ich möchte damit entgegen dem, was gesagt, geflüstert, vielleicht auch in Ihren eigenen Reihen kolportiert und dann in entsprechendem spektakulärer Aufmachung da und dort verkauft worden ist, nicht zuletzt um Gefühle in Wallung zu bringen, sagen, daß CDU und CSU ein großer Generalstab sein müssen, ein großer Generalstab, der den Sieg für 1976 vorbereiten will und muß. Wenn man diesen Sieg vorbereitet, ist es unerlässlich, daß man sich über die beste Aufstellung der eigenen politischen Kräfte, über die wirksamsten Parolen, über den glaubwürdigsten Hintergrund in aller Deutlichkeit, in Brüderlichkeit, aber auch in voller gegenseitiger Offenheit unterhalten muß.

(Beifall)

Es geht hier um das Ringen um die richtige Strategie. Es geht nicht um ein sensationelles Rangeln um Posten. Wenn das Wort "Verantwortung" noch einen Sinn haben soll, müssen wir auch daran denken, wie wir unseren Wählern am Tage nach den nächsten

Bundestagswahlen gegenüberreten. Wir müssen uns fragen: Haben wir alles getan, um die breite Mehrheit so zu mobilisieren, daß wir am Tage nach dieser Wahl die Geschichte Deutschlands und Europas gemeinsam gestalten können? Das ist die einzige Frage, die uns bewegen darf.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, seit 1969 haben in der Bundesrepublik Deutschland tiefgreifende Veränderungen stattgefunden. Tiefgreifende Veränderungen gab es auch in Europa und der übrigen Welt. Das Wort Heinemanns damals nach seiner Wahl, hier handele es sich um ein Stück Machtwechsel, ist von mir seinerzeit heftig kritisiert worden. Ich habe das als ein Stück autoritärer Erinnerung bezeichnet. Denn in einer parlamentarischen Demokratie redet und denkt man nicht in den Kategorien von Machtwechsel. In einer parlamentarischen Demokratie muß jede Partei, jede andere Partei im Rahmen einer gemeinsamen Wertordnung - das ist der Konsensus - für koalitionsfähig halten. Wenn aber eine Partei für sich beansprucht, die allein richtige Politik zu vertreten, und dies noch mit missionarischem Eifer und einer an Rigorismus grenzenden Ausschließlichkeit für sich als Rechtsanspruch erhebt, dann ist der Ablösungsmechanismus der parlamentarischen Demokratie, der eine ihrer wesentlichen Voraussetzungen ist, ernsthaft gefährdet.

Es handelt sich hier nicht um die Frage der Ablösung einer Koalition durch eine andere; das wäre ein normaler parlamentarischer, demokratischer Vorgang. Was hier zur Debatte steht, ist die Frage, ob der Konsensus über demokratische Grundordnungen und Grundwerte, wie er im Grundgesetz aufgestellt ist, heute allen politischen Kräften gemeinsam ist.

Ich möchte hier in demselben Sinne, wie es die CDU-Redner gestern taten, sagen, daß es in den anderen politischen Parteien selbstverständlich eine Reihe ehrenwerter Persönlichkeiten und überzeugter parlamentarischer Demokraten gibt. Das sind diejenigen, mit denen wir früher in dieser oder jener Konstellation so oder so zusammengearbeitet haben, sei es in gemeinsamer Regierung, sei es in Rollenverteilung zwischen Regierung und Opposition. Es sind aber auch Kräfte herangewachsen oder Kräfte eingedrungen, die eine andere grundsätzliche Wertordnung vertreten, als sie von den Vätern des Grundgesetzes in diesem konzipiert und von uns über 25 Jahre getragen, ausgebaut und verteidigt worden sind. Diese Träger einer anderen Wertordnung legen nicht auf den politischen Konsensus, sondern darauf Wert, heute Kritik an der gegenwärtigen Regierung als einem Stück Feindschaft gegen den Staat, als einer Gefahr für das Volk, als einer Beeinträchtigung der Gesellschaft zu denunzieren und zu diffamieren. Damit haben wir uns ja im Bundestag, aber auch in der Öffentlichkeit - nicht zuletzt in Wahlkämpfen - genug auseinandergesetzt.

Man meinte 1969, es sollte ein neues Zeitalter beginnen. Willy Brandt sagte: Jetzt beginnt in unserem Land die Demokratie erst richtig. Ich möchte mich hier jeder sarkastischen Bemerkung enthalten. Oder es hieß: erst jetzt habe Hitler den zweiten Weltkrieg verloren; oder: jetzt müsse die Geheimniskrämerei, die Undurchsichtigkeit der Regierungsvorgänge aufhören; der Bürger müsse mehr Mitwirkung, mehr Mitbestimmung, mehr Einblick in die Zusammenhänge bekommen. Das Deprimierendste ist, daß noch bei keiner Regierung in der Bundesrepublik Deutschland, auch wenn man die Worte nicht auf die Goldwaage legt, der Unterschied

zwischen Wort und Wahrheit so tragische Ausmaße bekommen hat, wie es seit 1969 üblich geworden ist.

(Beifall)

Darum möchte ich auch sagen, daß alle Schlagzeilen, Überschriften und Spekulationen der letzten Tage so sinnlos sind, wie: "Wer ist Gewinner und wer ist Verlierer?!" Meine Damen und Herren, man kann sie nur mit Ironie und der nötigen Gelassenheit lesen. Einmal wurden die einen, einmal die anderen als Gewinner oder Verlierer bezeichnet, je nachdem, welche taktischen Zwecke publizistisch verfolgt wurden; das ist gar nicht schlecht.

Meine Damen und Herren, wer der Gewinner in unserer Zusammenarbeit sein muß, das sind unser Vaterland Deutschland und seine freie Gesellschaft. Sie müssen die Gewinner sein,

(Beifall)

und ihre Gegner müssen die Verlierer sein.

Es ist natürlich, daß wir uns nach 1969 und besonders nach 1972 die Dinge besonders gründlich überlegen müssen. Das gilt einmal für die Sachaussage, und das gilt auch für das Engagement in ihrer Vertretung. Das gilt - wenn ich an die Worte von Max Weber erinnern darf - für die politische Leidenschaft, mit der wir zu arbeiten haben, die politische Leidenschaft, die man nicht mit steriler Aufgeregtheit verwechseln darf. Politische Leidenschaft ist die Voraussetzung für die Glaubwürdigmachung einer noch so guten Argumentation. Wenn dahinter nicht die Person und mit der Person die Glaubwürdigkeit steht, ist auch das beste Argument nur halb so viel wert.

Das zweite ist das Verantwortungsbewußtsein, daß es um das Schicksal unseres Vaterlandes und das Schicksal der Zukunft Europas geht. Das dritte ist das Augenmaß für das Richtige und das Notwendige.

Darum ist die Kampfordnung der beiden Parteien CDU und CSU: ihre enge Zusammenarbeit, ihre Aufstellung gegenüber dem politischen Gegner mit dem Ziel, alle gewinnbaren Wähler auch tatsächlich zu gewinnen, ohne daß wir uns im Vordergrund unserer Bemühungen wegen Vielseitigkeit untreu werden. Dazu haben sich alle Gesprächspartner bekannt, und dazu bekenne auch ich mich hier ohne jede Einschränkung und ohne jeden Vorbehalt.

(Beifall)

Wir stehen vor der Notwendigkeit, die absolute Mehrheit zu erringen. Wir wollen SPD und FDP nicht in jeder Hinsicht über einen Leisten schlagen. Aber die demokratische Bewährungsprobe, die Probe auf das Exempel der Vernunft, könnte die FDP im Saarland stellen, wo es einfach unerfindlich und unverständlich ist, warum man nicht der Partei, die die Hälfte aller Mandate hat, der nur wenige Dutzend Stimmen fehlten, um die absolute Mehrheit zu bekommen, die notwendige parlamentarische Unterstützung gibt, die sie braucht, um parlamentarisch regieren zu können und einwandfreie Mehrheiten aufzubringen. Das ist die Probe aufs Exempel.

(Beifall)

Wir sind uns darüber einig, daß SPD und FDP mehr und mehr die Entwicklung zu Blockparteien genommen haben. Bei uns gab es auch manchmal Repräsentanten oder personifizierte Symbole geheimer Hoffnungen, daß dieses oder jenes Zeichen der Änderung am Horizont zu erkennen sei. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es

hieße Roulette oder Poker spielen, wollten wir uns darauf für das nächste Jahr verlassen. Das Ziel kann und darf nur die auch dem Wähler gegenüber glaubwürdig gemachte absolute Mehrheit sein.

(Beifall)

Man kann auch nicht sagen, der eine oder andere in der FDP konnte nicht, was er eigentlich wollte; er wäre gern so, wie wir ihn haben möchten. Meine Damen und Herren, wenn man auf Grund unserer zahlenmäßigen Stärke im Bundestag ohne uns und gegen uns nicht regieren kann, ist das die sicherste Gewähr dafür, daß wir das Minimum unserer politischen Ziele durchsetzen können.

(Beifall)

Deshalb hat es auch keinen Sinn, daß wir uns nur beschwichtigen und sagen: Wir werden siegen; wir setzen auf Sieg, nicht auf Platz. Es hat keinen Sinn für uns, in der Bundesrepublik einen Parlamentspräsidenten nach dem anderen auf der Strecke der CDU/CSU aufzuweisen, aber den anderen die Regierungen zu überlassen. Man denke nur an das Beispiel Niedersachsen. Dort sind wir zum zweiten Mal mit einem Mandat in der Minderheit, wobei Kubel noch mit einer merkwürdigen Mehrheit gewählt worden ist. Wenn man aus den Umfragen dann noch weiß, daß 30 % der Wähler in Niedersachsen überhaupt nicht wußten, daß die FDP auf alle Fälle eine Koalition mit der SPD eingehen wird, begreift man erst, wie hauchdünn dieses Ergebnis ist und wie unmöglich die parlamentarisch-demokratische Legitimation ist. Es ist eine Sünde wider den Geist der parlamentarischen Demokratie, die Partei mit der relativen Mehrheit einfach aus der Verantwortung auszuschließen, indem man künstliche Mehrheiten durch die Addition der Stimmen zweier anderer Parteien schafft.

(Beifall)

Ich bitte es auch nicht als unfreundliche Bemerkung zu verstehen, wenn ich folgendes sage: Nach einer Periode gut bis glänzend verlaufener Kommunalwahlen und Landtagswahlen, über die wir uns alle sehr gefreut und an deren Erfolg wir gemeinsam gearbeitet haben, müssen wir jetzt das Fazit ziehen, daß die sozialistischen Bastionen im Ruhrgebiet sich nicht nur verhärtet haben und nicht erschüttert worden sind, sondern daß auch die uns nach den Wahlen 1972 sicher gebliebene absolute Mehrheit im Bundesrat heute nicht mehr so ungefährdet ist, wie sie es noch vor unseren Siegen gewesen ist. Meine Damen und Herren, die Hochrechnungen aus diesen Wahlen - dies sage ich jetzt genauso, wie ich es vor drei Jahren gesagt habe - ergeben keine sichere Grundlage für die Bundestagswahlen 1976. Hätten wir in den Bundestagswahlen ein Ergebnis zu verzeichnen gehabt, das der Addition der Landtagswahlergebnisse von 1970 bis 1972 entspricht, so hätten wir 1972 nicht aus dem Felde geschlagen werden können.

Wir treten 1976 unter bundespolitischen Vorzeichen gegen eine Reihe von mächtigen oder übermächtigen Gegnern an. Hier hilft uns die Berufung auf Wahlergebnisse gar nichts, wenn wir nicht die Voraussetzungen schaffen, in gemeinsamer Arbeit, in gemeinsamer Haltung, aber auch in gemeinsamer Kampfstimmung die Wahlen 1976 mit dem vorher skizzierten Ergebnis zu gewinnen, so daß man zumindest ohne uns nicht regieren kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe deshalb in den letzten Tagen auch mit Skepsis eine Parole gelesen, die nicht von einem Politiker, wohl aber aus unseren Reihen kam. Es hieß, der Sieg sei zum Greifen nahe. Meine Damen und Herren, der Sieg hat zwar lauter Väter, und die Niederlage ist bekanntlich ein

Waisenkind; aber niemals kann ein Politiker sagen, daß der Sieg zum Greifen nahe sei. Das können wir erst feststellen, wenn die Wahllokale geschlossen sind und die ersten Ausrechnungen eine eindeutige Tendenz zugunsten der CDU/CSU ergeben haben. Ich sage das nicht, um die Siegeszuversicht zu dämpfen. Ganz im Gegenteil! Ich sage das aus Sorge darüber, weil mancher im Lande sagt: Wir brauchen die Union nicht zu wählen, denn sie hat den Sieg schon sicher in der Tasche oder tut wenigstens so. Ich habe Sorge darüber, daß manche in den eigenen Reihen sagen: Wozu sollen wir uns eigentlich noch so sehr anstrengen? Diesmal gewinnen wir die Wahlen! - Bis zur letzten Stunde vor dem Beginn der Bundestagswahlen muß politisch gekämpft werden, um die für uns gewinnbaren Bürger zu mobilisieren. Sonst werden wir sie nicht gewinnen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe in meinen bisherigen Ausführungen auch ein Wort über die SPD und die Macht gesagt. Die Ausübung und die Verteidigung der Macht durch die SPD ist zum Problem, zur Belastung für die parlamentarische Demokratie geworden. Wenn Herr Kühn und in ähnlicher Sprache Herr Brandt und in noch drastischerer Sprache Herr Wehner immer davon sprechen, daß im Falle einer Ablösung der SPD die Bundesrepublik nicht mehr regierbar sei, wenn sie davon sprechen, daß man dann die Betriebe mobilisieren müsse, daß man holzen müsse, sollten wir ganz klar erkennen, daß die SPD drauf und dran ist, sich selbst mit dem Staat zu identifizieren, den Staat und seine materiellen, technischen und finanziellen Möglichkeiten als Erbgut und als Erbhof der SPD zu betrachten. Meine Damen und Herren, das muß von uns ernst genommen werden. Das Wort von der Nichtregierbarkeit der Bundesrepublik ist nicht etwa eine törichte Phrase der Selbstbeschwichtigung auf der anderen Seite oder nur ein aggressives Wort. Für beides könnte man beim Zustand der Sozialdemokratischen Partei Verständnis haben. Es steckt aber mehr dahinter. Dieses Wort ist der Appell, der unterschwellige Anruf an das Angstgefühl der Bürger: Wählt nicht CDU/CSU, sonst gibt es unruhige Zustände in unserem Lande. Wählt lieber uns, damit es ruhig bleibt. - Meine Damen und Herren, hier muß nun wirklich die geballte Kraft der beiden Unionsparteien in den Augen der deutschen Öffentlichkeit für Klarheit sorgen. Wer so argumentiert, ist kein überzeugter Anhänger der parlamentarischen Demokratie, denn zu ihr gehört die Ablösbarkeit.

(Beifall)

Kritik an der Politik der Regierung wird zu einem Anschlag gegen das nationale Ansehen Deutschlands oder der Bundesrepublik umgefälscht. Warnungen vor den Folgen dieser Politik werden als volksfeindliche Haltung, als Panikmache, als Volksaufwiegelei, als Verunsicherungskampagne diffamiert. Ich habe erst - dies sei sozusagen als Fußnote erwähnt - an Hand einer Gerichtsaussage des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen - das Protokoll werden wir veröffentlichen - kennengelernt, mit welcher hemmungslosen Leichtfertigkeit man verleumdet. Es gab damals das Wort von der Korruption, die im Spiele sei. Nunmehr vor dem Richter befragt, sagte Herr Kühn, er habe das gar nicht so gemeint. Das sei nur eine allgemeine Redensart gewesen. Er habe nicht den geringsten Beweis in seinen Händen, daß er die CDU/CSU insgesamt oder einen einzelnen Politiker dessen beschuldigen könne; das sei nur ein Mittel der politischen Auseinandersetzung gewesen.

(Zurufe: Pfui!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben ein reichhaltiges Anschauungsmaterial. Hätten die anderen so viel über uns wie wir über sie - ich möchte nicht erleben, wie das politische Klima in der Bundesrepublik von den anderen dann gestaltet würde.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Mahnungen zur Besinnung auf das wirtschaftlich Mögliche und gesellschaftlich Zweckmäßige werden als Reformfeindschaft und als Kampf gegen den Fortschritt denunziert.

Wir dürfen hier noch einmal daran erinnern, daß wir solide Finanzen mit einer geordneten Wirtschaft hinterlassen haben. Neulich sagte der Generalsekretär der CDU mit Recht: "Wir erwarten von den Einrichtungen der Gesellschaft, daß sie politische Parteien nach der Wirklichkeit und nach den Taten beurteilen und nicht die einen nach angeblichen Fehlern und die anderen nach ihren Versprechungen."

Meine Damen und Herren, noch immer wird die Wirtschaftspolitik einer Regierung nach dem Maße beurteilt, in dem sie die volkswirtschaftlichen Ziele erfüllt: Vollbeschäftigung, Preisstabilität, angemessenes Wachstum und außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Als wir 1969 den Staat und seine Wirtschaft übergaben, herrschte gesicherte Vollbeschäftigung. Der Preisauftrieb betrug knapp 2 %. Das Wachstum lag bei real 7 bis 8 %. Wir hatten ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht mit einem Exportüberschuß, der damals als ungesund bezeichnet worden ist, dessen Übertretung aber um das Doppelte ein Konjunkturretungsanker gegen noch mehr Arbeitslosigkeit für die heutige Bundesregierung in den letzten Monaten gewesen ist.

Wir haben heute 1 Million Vollarbeitslose, 1 Million Kurzarbeiter, eine relativ gute Inflationsrate - dreimal so hoch zwar wie zu unserer Zeit, aber niedriger als in vergleichbaren ausländischen Staaten -, das Wachstum ist nicht nur gleich null, sondern wir verzeichnen einen Rückgang des Sozialprodukts, und das außenwirtschaftliche Gleichgewicht ist labil geworden.

Ich möchte nicht wissen, meine Damen und Herren, was im Bundestag von der Oppositionspartei SPD oder bei den Kongressen großer gesellschaftlicher Verbände gesagt worden wäre, wenn es einmal in der Geschichte der CDU/CSU 2 Millionen Arbeitslose bei dieser Inflationsrate, verbunden mit einer Rezession des Sozialproduktes bei ungesichertem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht, gegeben hätte. Man hätte landauf, landab, jeden Morgen bis abends, vom Morgengebet bis zum Abendgebet nur die Forderung gehört: Diese unfähige Regierung muß zurücktreten.

(Vereinzelter Beifall)

Was wir verlangen, ist nur: Behandlung aller Regierungen von seiten der gesellschaftlichen Verbände nach den gleichen Maßstäben.

(Erneuter Beifall)

Ich hatte manchmal den Eindruck, daß sich die Machthaber von heute so verhalten, als ob die Staatsfinanzen ihre Kriegskasse seien, die man ausleeren könne, wenn man an der Macht bleiben wolle. Sie betrachten den Staat als Eigentum und als Instrument zur Orientierung der Gesellschaft, d.h. zu ihrer Umgestaltung.

In den letzten Tagen konnten Sie im Zusammenhang mit allen möglichen Papieren - "Mannheimer Erklärung", "Positionspapier", "Strategisches Papier" usw. - auch einiges über die Aufgaben des

Staates hören oder lesen. Hiermit könnte man natürlich eine Bibliothek füllen. Aber bleiben wir doch bei der ganz klaren Definition, wenn wir die Schwarmgeister aufgeben, die manchmal auch da oder dort bei uns einzubrechen drohten: Der Staat hat erstens für Sicherheit nach außen und im Innern zu sorgen. Der Staat hat eine Freiheit in Ordnung zu garantieren. Der Staat hat die Voraussetzungen für den Wohlstand des einzelnen zu schaffen und ihm nicht unter Plünderung seines Individualeinkommens die Totalversorgung als Glückspaket ins Haus zu schicken.

(Beifall)

Schließlich hat der Staat selbstverständlich auch ein menschenwürdiges Leben für die zur Eigenverantwortung nicht befähigten Mitglieder unserer Gesellschaft zu garantieren.

Was wir, die CDU/CSU, zu bieten haben, das müssen Alternativen und nicht Varianten sein. Nach den Bundestagswahlen 1972 hatte da und dort bei uns eine Phase der Mutlosigkeit eingesetzt. Sie schien ihren Höhepunkt zu erreichen, als ein Wunder der Stimmenszählung dem Bundeskanzler Brandt bei der zweiten Wahl zum Bundeskanzler auch noch eine Reihe von Stimmen aus der Fraktion der CDU/CSU gesichert zu haben schien. So schnell sind Ergebnisse noch nie versiegelt worden, so widerwillig ist noch nie eine Nachprüfung unternommen worden. Denn der Eindruck wäre doch so angenehm gewesen, daß nunmehr der Einmalige, der Große, die leuchtende Symbolfigur auch bereits in wachsendem Maße bei den Unionsparteien Anerkennung gefunden habe. Zum Glück ist uns das erspart geblieben. Aber es herrschte eine tiefe Entmutigung, und da oder dort kam die Frage hoch: Weht denn nicht der Zeitgeist gegen uns, weht nicht der Zeitgeist in Richtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung? Man hörte da oder dort die Forderung nach Anpassung an den Zeitgeist, weil der Marsch in den Sozialismus so oder so nicht mehr aufhaltbar sei.

Meine Damen und Herren, ich möchte dazu sagen: Gleichgültig, wie der Zeitgeist weht - er weht einmal so, er weht einmal anders; man kann ihn auch nicht beliebig wehen lassen; mal muß man abwarten, bis er anders weht, ohne die Richtung seines Wehens etwa beeinflussen zu können -, eines gilt: nur Opportunismus verbeugt sich vor wehendem oder vorgetäuschem Zeitgeist.

(Beifall)

Der Zeitgeist ist eine Gefahr für alle Parteien und Institutionen, und er ist auch eine Begründung der Sowjets für ihre strategische Expansion: Zeitgeist gleich unaufhaltsame geschichtliche Entwicklung. Aber sich dem Zeitgeist zu beugen, ist kein Zeichen von Stärke. Man kann sich nicht die Parolen des Gegners zu eigen machen, wenn man wieder die politische Verantwortung übernehmen will. Man muß den eigenen Weg alternativ gehen. Eine sich nicht auszählende Gerissenheit spielt hier keine Rolle.

Ich darf hier noch folgendes sagen, meine Damen und Herren: Wir sind am Ende der Möglichkeiten angelangt, wo der Wettlauf auf dem Gebiet der materiellen Gunstbezeugungen oder Zukunftsbelgung eine Partei noch glaubhaft machen kann.

(Beifall)

Dieser Wettlauf kann von uns nicht gewonnen werden. Das wirtschaftliche Potential für materielle Geschenke, das scheinbar unerschöpflich war, ist nicht mehr unerschöpflich. Das wirtschaftliche Potential für materielle Geschenke ist weitgehend ausgeschöpft worden. Jetzt gilt es in erster Linie, das, was wir

durch solide Politik, energische Vertretung und vernünftige Grundsätze als Fundament unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung geschaffen haben, zu erhalten und auszubauen.

(Beifall)

Das Ausweichen in idealistische Imperative, welche Zukunftsvorstellungen man habe, ist heute nicht mehr hilfreich. Früher ließen sich Konflikte durch materielle Zuwendungen lösen. Die Zeit ist vorbei, wo wir gesellschaftliche Konflikte durch materielle Zuwendungen aus einem jährlich wachsenden Sozialprodukt, aus jährlich steigenden Staatseinnahmen noch lösen können.

Wenn hier die Regierenden oder die sich um die Macht Bewerbenden Opportunismus zeigen, wird ihre Verhaltensweise zu einer Gefahr für die Freiheit in unserem Lande.

(Beifall)

Wir brauchen klare, einleuchtende, mit Leidenschaft vertretene Gegenvorstellungen zu dem von den Sozialisten propagierten Dienstleistungs- und Versorgungsstaat. Die Demoskopie zeigt zwar das, was die Wähler gerne hören oder angeblich gerne hören; sie zeigt aber nicht, was richtig oder was möglich ist. Hier beginnt der Entscheidungsprozeß, und mit dem Entscheidungsprozeß der politische Kampf und die Notwendigkeit, politische Konflikte durchzustehen. Ich habe nicht ohne Schmunzeln in der "Neuen Zürcher Zeitung" das Wort eines Prominenten aus unserer Nachbarpartei, der Österreichischen Volkspartei, über diese Partei gelesen. Er sagte - ich zitiere es -, daß die eigene Politik nicht "Sozialismus minus zwanzig Prozent, und alles ein Jahr später" sein dürfe.

(Beifall)

Wir müssen die Alternative der Freiheit, der Eigenverantwortung, der Solidarität und der Subsidiarität darstellen, oder wir werden im Wettlauf um materielle Gunstbezeugungen mit denen verlieren, die es mit den Fundamenten unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft nicht so ernst nehmen wie wir; sonst hätten wir nicht die Zerrüttung unserer Staatsfinanzen in dem gegenwärtigen Ausmaß.

(Beifall)

Lassen Sie mich am Ende meiner Ausführungen kurz zwei Hauptaufgaben umreißen, vor denen wir stehen, und jeder, der mehr verspricht, flüchtet sich in die Vision und in die Utopie.

Die eine Hauptaufgabe ist: Wirtschaft und Finanzen müssen wieder in Ordnung gebracht werden. Die wirtschaftlichen Grundlagen sind erschüttert, die öffentlichen Finanzen gehen der Zerrüttung entgegen. Wir brauchen uns gar nicht mehr über gesellschaftliche Zukunftsziele, über weitere Stationen, über zukünftige Gestaltungsmöglichkeiten zu unterhalten, wenn wir nicht die Fundamente unserer Wirtschaft und unserer Finanzen wieder solide herstellen.

Der Gradmesser, meine Damen und Herren, ist heute nicht mehr die Inflationsrate. Wir haben früher mit Recht die Inflation als Motor der Zerstörung der gesellschaftlichen Grundlagen angeprangert. Ich weiß nicht, in wie vielen Reden im Bundestag wir - ich darf das auch für mich in Anspruch nehmen - vor einer zunehmenden Zerrüttung unserer Finanzen, vor einer Überlastung unserer Wirtschaft mit ihren Folgen gewarnt haben. Wir haben nur Hohn, Spott, gehässige Anfeindung erlebt, auch in den eigenen Reihen manchmal Unglaublichkeit.

Wir haben uns vielleicht hinsichtlich der Schnelligkeit des Ablaufs getäuscht, und zwar deshalb, weil die durch unsere Politik geschaffene Substanz stärker und gesünder war, als wir es vielleicht angenommen haben. Aber mit der seit 1969 betriebenen Politik nach dem Motto "Das muß doch kleinzukriegen sein" sind wir in einen Zustand hineingekommen, bei dem die Wirtschaft labil geworden ist und die Finanzen unseres Landes langsam, aber sicher zerrüttet worden sind.

Gradmesser für die Richtigkeit der Wirtschaftspolitik und für die wirtschaftliche Lage wird in den nächsten Jahren die Investitionstätigkeit sein und mit der Investitionstätigkeit die Wachstumsrate und die Vollbeschäftigung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe mit großer Freude, aber auch mit etwas Ironie gelesen, daß der Herr Bundeswirtschaftsminister jüngst die Erkenntnis verkündet hat, daß 4 % Wachstum des realen Bruttosozialprodukts die Voraussetzung für die Erhaltung des gesellschaftlichen Leistungsstandes seien. Meine Damen und Herren, das war die Zielprojektion - wenn ich das Wort überhaupt in den Mund nehmen darf - der Regierung Kiesinger, die drei Jahre lang in ihrer jährlichen Projektion zum Ausdruck gebracht hat: Wenn nicht mindestens 4 % reales Wachstum erzielt werden, ist unser gesellschaftliches Leistungsgefüge nicht mehr zu erhalten. Jetzt kommen die Regierenden wieder drauf, daß wir Wachstum brauchen, so wie Helmut Schmidt entdeckte, daß die Unternehmen Erträge erzielen müssen - um eine seiner wichtigsten volkswirtschaftlichen Allgemeinbildungslücken zu schließen.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man hat uns Dinge vorgeworfen - und hier kehren wir den Spieß um, wenn ich auch das sagen darf, weil man es nicht oft genug sagen kann -, man hat mit Infamie Unterstellungen verbreitet und hat von der gewollten Arbeitslosigkeit, von der sozialen Demontage gesprochen. Meine Damen und Herren, diese Regierung hat wirtschaftliche Demontage betrieben, und wer wirtschaftliche Demontage betreibt, erreicht automatisch soziale Demontage.

(Beifall)

Wir müssen heute den Mut haben zu sagen, daß die Grenzen des Sozialstaates erreicht sind, daß wir keine höheren Leistungen in Aussicht stellen können, solange nicht die Grundlage unserer Wirtschaft und die Solidität unserer Finanzen wiederhergestellt sind. Wir würden keinerlei Glaubwürdigkeit erzielen, wenn wir unsere politischen Gegner in Versprechungen, in Zukunftsvisionen überbieten würden. Wir müssen die Partei der Ehrlichkeit, der Wirklichkeit, der Solidität, der Wahrheit und der Glaubwürdigkeit auf diesem Gebiet sein.

(Beifall)

Das äußerste, was wir schaffen können - bei viel Disziplin, großer Geschlossenheit -, ist die Erhaltung und Sicherung unseres bestehenden gesellschaftlichen Leistungssystems, die Füllung von Lücken und der Abbau von Schwachstellen. Neue große Programme oder Projekte sind in einer heute überschaubaren wirtschaftlichen, finanziellen Zukunft ehrlichen Gewissens nicht mehr zu versprechen. Man kann höchstens sagen: Das hätten wir getan, wenn nicht die Grundlagen unseres Handelns von den anderen verspielt worden wären.

(Beifall)

Glaubwürdigkeit, nicht Lockungen, müssen unsere Parole sein. Wirklichkeitssinn muß uns auszeichnen, nicht Zukunftsverheißungen. Das heißt auch, meine Damen und Herren - ich bin ja auch hier, um meine politische Haltung und die meiner politischen Freunde darzulegen, die wohl identisch ist mit der Ihren -: Verzicht auf Alleingänge für gruppenpolitische Sonderinteressen.

(Beifall)

Wir wenden uns leidenschaftlich gegen das Wort von der sozialen Demontage. Es ist eine Brunnenvergiftung und Diffamierung ohnegleichen, von einer gewollten Arbeitslosigkeit zu reden. Wir haben vor dieser Arbeitslosigkeit als Folge der Regierungspolitik gewarnt, und wir haben sie bekommen, weil die Regierung uneinsichtig war, weil sie uns nicht hören wollte, weil sie überheblich war, weil sie dem Volk goldene Berge versprochen hat, statt die rauhe Straße der Leistung, der Arbeit und des Erfolges zu gehen. Unser Volk darf kein Volk von Nutznießern der Umverteilung werden, es muß ein Volk von Leistungsträgern sein; nur dann werden wir unsere nationalen Ziele im Inneren und im Äußeren erreichen.

(Beifall)

Das heißt, meine Damen und Herren, daß wir in der Identität von Sachplanung und Finanzplanung vorbildlich sein müssen. Was nützen uns die schönsten Zukunftsschlösser auf den einzelnen Gebieten unserer gesellschaftspolitischen Zielsetzungen, wenn das, was wir als wünschenswertes Ziel herausstellen, auch nicht mit einer nach den Maßstäben irdischer Logik zu errechnenden Wahrscheinlichkeit finanziert werden kann! Die Identität von Sachplanung und Finanzplanung ist die Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit unseres Tuns, auch wenn man dabei da und dort einmal Unpopularität oder vorgespülte Unpopularität in Kauf nehmen muß.

Verzicht auf Alleingänge und der Mut zu Prioritäten! Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf aus der Diskussion der Unionsparteien der letzten Monate ein paar berechtigte Anliegen herausgreifen: Angesichts der Vorgänge in Europa und um Europa herum fordern einige unserer Freunde z.B. wesentlich mehr Geld für die Verteidigung. Diese Forderung ist absolut berechtigt. Sie muß aber dann gegenüber anderen Forderungen abgewogen werden. Wir können uns nicht hinstellen und auf allen Gebieten mehr Geld für alle Ziele verlangen. Da müssen wir den Mut haben, zu sagen: Das hat für uns unter den heutigen Umständen den Vorrang, und anderes muß demgegenüber - jedenfalls relativ - zurücktreten. Auch das erfordert die Glaubwürdigkeit.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, man kann einige Menschen einige Zeit für dumm verkaufen; das ist leicht. Das Problem der heutigen Regierung heißt: Alle Menschen für alle Zeiten für dumm zu verkaufen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich meine damit das skandalöse Verhalten, um nicht zu sagen, den Wahlschwindel, den man mit den wirtschaftlichen Prognosezahlen vor dem 4. Mai dieses Jahres getrieben hat.

(Beifall)

Hier ist auch ein völlig neuer Dienst der Sprache; sie ist in den Dienst der politischen Täuschung eingetreten. Ich weiß nicht, wie viele Talsohlen wir schon "endgültig" erreicht haben, wie lange die jeweils "tiefste" Talsohle schon ist. Und dann heißt es, der Aufschwung wirft seinen Vorschatteneffekt voraus,

(Beifall und Heiterkeit)

die wirtschaftliche Erholung ist absolut sicher, aber kein Mensch weiß, wann,

(Heiterkeit)

die Vorphase der wirtschaftlichen Erholung dauert unbestimmt lange Zeit. Im Zweifelsfall ist dann die Opposition schuld und, wenn das nicht mehr glaubwürdig ist, eine bestimmte soziologische Schicht - die Unternehmer -, und wenn das auch nicht mehr zieht, dann ist es im Zweifelsfall das böse Ausland, das wieder einmal einer unfehlbaren Regierung, die sonst das Glück auf Erden erzeugt hätte, geradezu teuflisch in den Rücken gefallen ist.

(Beifall und Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, es ist einfach unmöglich, unsere Staatsbürger so anzureden, als ob sie von Pflichten entbunden werden und mit dem Maße der Entbindung von Pflichten aber steigende Ansprüche stellen könnten. Die Ablehnung der Leistungsgesellschaft auf der einen Seite und dafür Umverteilung von Vermögen und Einkommen auf der anderen Seite sind der Weg zum sozialistischen Zukunftskollektiv, aber nicht der Weg zum Wohlstand, zum Aufstieg und zur menschlichen Entfaltung und zur Leistungsfähigkeit unserer gesamten Gesellschaft.

(Beifall)

Wir müssen die Wähler vor sachunverständigen Heilsboten, vor unverantwortlichen Demagogen, vor schleichenden oder radikalen Gesellschaftsveränderern bewahren, die zuerst die Sprache benutzt haben, um das Bewußtsein zu ändern, und dann mit der Änderung des Bewußtseins versucht haben, einen neuen Menschen zu erzeugen. Und weil es bei der älteren Generation wegen ihrer geschichtlichen Erfahrungen nicht geht, hat man in den Schulen angesetzt, wo man durch Rahmenrichtlinien versucht, einen neuen Menschentyp heranzuziehen, der dann die Gesellschaft schaffen soll, die die heutige Gesellschaft ablösen soll. Dem gilt doch unser gemeinsamer Kampf, und hier stehen wir zusammen, um das zu verhindern.

(Beifall)

Das zweite Hauptziel, meine Damen und Herren: Unsere Außenpolitik muß wieder geschichtlich fundiert, europäisch orientiert und atlantisch abgesichert sein, aber nicht nur verbal, sondern real. In der Ost- und Deutschlandpolitik bekennen wir uns zu pacta sunt servanda.

Aber, meine Damen und Herren, ich bin ja nicht hier, um allein Gemeinsamkeit zu betonen, sondern um auch das zu sagen, was mich jahrelang bewegt hat und was uns ja zusammengeführt hat und nicht auseinandertreibt: Da, wo es um die Grundlagen der deutschen Einheit, des deutschen Selbstbestimmungsrechts geht, müssen wir -

auch gegen eine oft nicht freundlich gesinnte Umwelt - mehr Mut und mehr Selbstbehauptungswillen zeigen.

(Beifall)

Glauben Sie, ich habe mich glücklich gefühlt - nehmen Sie die Bemerkung bitte nicht übel -, als *chevalier seul*, zu deutsch: als einsamer Kavalier für die Klage gegen den Grundvertrag in Karlsruhe meine politische Existenz aufs Spiel zu setzen, um zu erleben, daß die Mehrheit beiseite tritt, weil ihr das Risiko zu hoch war, während man heute sagt, dieses Urteil ist die Magna Charta unserer deutschlandpolitischen und ostpolitischen Handlungsweise und Verpflichtungsräume.

(Anhaltender, lebhafter Beifall)

Erlauben Sie mir, in diesem Zusammenhang auch zu sagen: Recht hat, wer von der Notwendigkeit der Geschlossenheit spricht; recht hat, wer von der gemeinsamen Kampforganisation, vom gemeinsamen Kampfgeist spricht. Aber, meine Damen und Herren, zur Geschlossenheit gehört auch, daß nicht die Stimmenthaltung der einzige Nenner der Gemeinsamkeit in lebenswichtigen Fragen ist.

(Erneuter Beifall)

Zur Gemeinsamkeit gehört auch, meine Damen und Herren, daß nicht bei Entscheidungen unter Risiko - und wo gibt es große Entscheidungen, die nicht unter Risiko stehen -, die Fraktion der CDU/CSU zur Hälfte da und zur Hälfte da steht, daß nicht die einen mit Ja, die anderen mit Nein abstimmen. Wer Führungsanspruch erhebt, muß glaubwürdig machen, daß wir diese Schwächeperiode hinter uns haben.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, daß uns die in der Zwischenzeit eingetretenen Ereignisse erlauben, die Dinge aus einem Abstand zu betrachten und aus dem Abstand aber auch die Kampfposition für morgen zu formulieren. Ich habe eingangs meiner Rede gesagt: Wer glaubte, daß wir nach dem zweiten Weltkrieg in einen Zustand der Geschichtslosigkeit eingetreten seien, daß wir durch die Teilung unseres Vaterlandes einfach den Preis erlegen müßten, um in einem Teil in diesem Gesellschaftssystem, im anderen Teil, im anderen Gesellschaftssystem leben zu müssen, wer glaubte, daß durch die Beschwörungsformel Europa oder durch das Vertrauen auf die Atlantische Allianz weitgehend eigene Verantwortung abgewälzt werden könne, der kann heute diesen Glauben nicht mehr aufrechterhalten. Wir, meine Damen und Herren, haben diesen Irrglauben innerhalb unserer eigenen Reihen nie genährt. Aber wir müssen heute folgendes sehen, und zwar ohne Pessimismus und schon gar nicht mit Zweckpessimismus, nur in rechter Einschätzung der internationalen Lage um uns herum: Die Frage Frieden oder Krieg im Mittleren Osten ist noch lange nicht entschieden, und wie die Lösung und ihre Folgen aussehen werden, darüber soll man heute nicht spekulieren. Zwei wichtige Bündnispartner - Griechenland und die Türkei - haben unterschiedlich die Militärorganisation der NATO verlassen, betrachten sich gegenseitig noch als größere Gegner denn irgendeine andere Macht. Beide sind mit den Amerikanern mehr oder minder unzufrieden. Was wird mit der Zukunft Jugoslawiens, wenn Tito die Augen schließt? In Italien hat die Kommunistische Partei beinahe die Stärke der *Democrazia Cristiana* erreicht. Ich möchte nicht über eine Schwesterpartei urtei-

len; aber manche Vorgänge dort sind für uns heilsame Beispiele dafür, wie man es nicht machen darf und wie wir es nicht machen wollen, damit es bei uns nicht genauso kommt.

(Beifall)

Da ist die Frage des compromesso storico, des historischen Kompromisses, zwischen Democrazia Christiana auf der einen Seite und den Kommunisten auf der anderen Seite - und das vielleicht als Rettung des Landes! Was ist der NATO-Partner Italien noch wert, was wäre er noch wert mit Kommunisten, mit Moskau-orientierten Kommunisten in der zentralen Regierung? Die Vorgänge in Portugal: ich habe die Rede unseres Freundes da Costa sehr genau gelesen. Ich habe vor einigen Tagen mit ihm persönlich unter vier Augen gesprochen. Ich weiß, wie schwierig deren Position ist. Aber hoffen, daß dort die Dinge im Sinne einer liberalen, parlamentarisch-demokratischen Entwicklung verlaufen, können wir, ohne uns selbst zu täuschen, nicht mehr, obwohl wir noch versuchen müssen, das Unmögliche möglich zu machen. Die Wirtschaft Großbritanniens steht vor dramatischen Ereignissen. Dasselbe gilt noch für einige kleinere Länder in Europa.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist doch unsere Grundaussage "Die kommenden Wahlen werden für lange Zeit das Schicksal Deutschlands und weitgehend Europas bestimmen" ein Appell zur historischen Verantwortung, dessen Ernst und Tragweite man nicht laut und deutlich genug betonen kann.

(Beifall)

Es geht um den Mut zur historischen Verantwortung, gleichgültig, wie der Zeitgeist bläst, ob er einen als Rückenwind vorwärts trägt, ob er einen als Seitenwind beunruhigt oder ob er einen als Gegenwind verzögert oder hemmt. Wir müssen uns der Richtigkeit unserer Sache bewußt sein und unsere Sache auf jeder Ebene - von Mann zu Mann, gegenüber dem Wählervolk bis hinauf zu den großen Massenmedien - vertreten, weil es um die Freiheit und mit der Freiheit um Deutschland geht.

(Beifall)

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, werden wir den Kampf gemeinsam führen, werde ich - verlassen Sie sich darauf; was ich unfreundlich sage, sage ich auch freundlich - und werden meine Freunde Helmut Kohl unterstützen, damit er sein Ziel erreicht!

(Lebhafter Beifall)

Die Plattform dafür sind die Aussagen, die hier von beiden Seiten, von den Vertretern der beiden Schwesterparteien, d. h. von ihren Vorsitzenden gemacht worden sind. Mit dieser Überzeugung gehen wir in die politische Auseinandersetzung, die nach den Parlamentsferien beginnt und dann nach einer einjährigen Dauer eine historische Entscheidung in dieser oder jener Richtung bringen wird. In dem Sinne wünsche ich Dir, Helmut Kohl, alles Gute und wünsche uns einen großen Erfolg im gemeinsamen Kampf.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Dr. Hans Filbinger, Tagungspräsidium: Meine lieben Parteifreunde! Ihnen, lieber Franz-Josef Strauß, gilt der Dank dieses Parteitages. Er hat Ihnen für Ihre Ausführungen durch seinen Beifall gedankt. Mit Ihrer Rede, wie mit der Rede, die der Vorsitzende unserer Partei, der CDU, Helmut Kohl, gestern gehalten hat, haben die Unionsparteien ihren Willen bekräftigt, gemeinsam zu

kämpfen bis zum Sieg. Wir blicken nach vorn, wir schlagen nicht die Schlachten von gestern, wir schlagen gemeinsam die Schlachten von morgen! Vielen Dank!

(Beifall)

Dr. Richard von Weizsäcker, Tagungspräsidium: Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich rufe Punkt 20 auf:

Bericht des Generalsekretärs

und mit Ihrem Einverständnis zugleich Punkt 21 der Tagesordnung:

"Mannheimer Erklärung" - Vorlage des Bundesvorstandes.

Über beide Tagesordnungspunkte soll es eine gemeinsame Bericht-erstattung und Aussprache geben. - Ich sehe keinen Widerspruch. Dann bitte ich Herrn Professor Biedenkopf, als Generalsekretär zu beiden Punkten das Wort zu ergreifen.

(Beifall)

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf (mit anhaltendem starken Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Der 23. Bundesparteitag in Mannheim markiert in etwa die Halbzeit auf unserem Wege zur Bundestagswahl 1976. Seit dem 22. Bundesparteitag in Hamburg sind 19 Monate vergangen. Noch 16 Monate trennen uns von dem voraussichtlichen Termin der nächsten Bundestagswahl. Meine Arbeit als Generalsekretär wird durch diese Termine bestimmt. Für mich hat der Bundestagswahlkampf 1976 am 12. Juni 1973 begonnen. Auch mein heutiger Rechenschaftsbericht wird von der großen Aufgabe bestimmt, die uns gestellt ist: die gegenwärtige Bundesregierung abzulösen, die politische Wende in der Bundesrepublik herbeizuführen und damit der freiheitlichen Alternative zum Sozialismus zum Durchbruch zu verhelfen.

(Beifall)

Die Schwerpunkte meiner Arbeit und die der Bundesgeschäftsstelle ergaben sich aus der Notwendigkeit langfristiger Wahlkampfplanung und aus den Anforderungen des politischen Alltags. Sie betrafen die Organisation der Partei, ihre grundsätzliche und taktische Vorbereitung auf die kommenden Auseinandersetzungen und die Fortentwicklung unserer politischen Zielvorstellungen. Nach diesen Schwerpunkten ist auch mein heutiger Bericht gegliedert.

Im Mittelpunkt unserer organisatorischen Arbeit stand die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Bundesgeschäftsstelle. Sie ist organisatorischer Unterbau der Bundespartei, Drehscheibe für die Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und den Vereinigungen sowie Dienstleistungsunternehmen für die Gliederungen der Partei. Die Einzelheiten dieser umfangreichen und verzweigten Tätigkeit finden Sie in dem schriftlichen Bericht der Bundesgeschäftsstelle an die Delegierten des Bundesparteitages. Ich möchte sie hier nicht wiederholen.

Es ist mir aber, meine Freunde, ein besonderes Bedürfnis, an dieser Stelle allen meinen Mitarbeitern zu danken für den großen, zum Teil selbstlosen Einsatz, den sie in den vergangenen zwei Jahren geleistet haben, vorab dem Bundesgeschäftsführer Karl-Heinz Bilke,

(Beifall)

der stellvertretenden Bundesgeschäftsführerin Dorothee Wilms

(erneuter Beifall)

und den beiden Hauptabteilungsleitern Günter Meyer und Peter Radunski.

(erneuter Beifall)

Wir haben in zahllosen Sitzungen und Gesprächen gemeinsam die Antworten auf immer neue Probleme gesucht und die Entscheidungen getroffen, die unsere gemeinsame Arbeit geprägt haben.

Ebenso möchte ich an dieser Stelle den Mitarbeitern meines Büros danken, vor allem den Damen meines Vorzimmers und meinen Referenten. Auch diese Mitarbeiter sollte man einmal bei einem solchen Anlaß erwähnen.

(Beifall)

Ohne ihre Geduld, ohne ihre Bereitschaft, oft viele Tage und Wochen auf Freizeit und Wochenenden zu verzichten, ohne ihre Kameradschaft und ihre unermüdliche Ausdauer wäre meine eigene Arbeit weitgehend wirkungslos geblieben.

Schließlich möchte ich einem Mitstreiter danken, der es möglich macht, daß die Bundesgeschäftsstelle ihre Löhne und Gehälter zahlen kann, nämlich unserem Schatzmeister Walther Leisler Kiep.

(Beifall)

Er hat die, wie vielleicht nur wenige von Ihnen beurteilen können, außerordentliche Leistung erbracht, die Partei praktisch zu entschulden.

(Beifall)

Mit dem Ergebnis unserer organisatorischen Anstrengungen bin ich noch keineswegs zufrieden. Für viele Mitarbeiter habe ich nicht die Zeit gehabt, die ich mir gerne genommen hätte. Trotzdem haben wir einige Fortschritte erzielt. Die Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und den Vereinigungen ist besser geworden, die Organisation insgesamt leistungsfähiger. In vielen Bereichen, in denen er sich uns organisatorisch überlegen glaubte, hat der politische Gegner nach seinen eigenen Eingeständnissen jetzt Mühe, mit uns Schritt zu halten. Wir sind entschlossen, dafür zu sorgen, daß das auch in Zukunft so bleibt.

Eine besondere Belastung waren für uns die zahlreichen Landtags- und Kommunalwahlen. Vom März 1974 bis Mai 1975 fanden insgesamt 12 Landtags- und Kommunalwahlen statt. Der längste Zeitraum zwischen zwei Wahlen war reichlich vier Monate. Die Bundesgeschäftsstelle war an der Durchführung aller Wahlen, wenn auch in unterschiedlichem Umfang, beteiligt. Ein wesentlicher Teil ihrer ohnehin knappen Kräfte und Mittel wurde dadurch gebunden und stand deshalb nicht für andere wichtige Aufgaben zur Verfügung.

Die Spitzenkräfte der Partei waren während der ganzen Zeit praktisch dauernd im Wahlkampf. Für die Entwicklung unserer Partei zu einer schlagkräftigen Organisation war dieser Prozeß zweifellos ein Vorteil. Die Mitglieder haben sich wie kaum zuvor in der Geschichte unserer Partei engagiert. Sie haben sich zur Partei und ihren Zielen bekannt. Ihr Einsatz hat das Bild der Wahlkämpfe bestimmt und den politischen Gegner verunsichert. Wir haben großartige Erfolge erzielt und eine solide Grundlage für die kommende entscheidende Auseinandersetzung gelegt.

Aber der Preis für diesen dauernden Einsatz aller Kräfte an der Front des Wahlkampfes war erheblich. Die Arbeit an den politischen Grundlagen unserer Partei hat darunter gelitten. Die Konzentration aller Kräfte in der Spitze der Partei auf den kurz-

fristigen Erfolg ist nicht ohne Auswirkungen auf die längerfristigen Aufgaben geblieben. Die geistige Auseinandersetzung der Partei mit den Herausforderungen, die über den Tag hinausreichen, ist zu kurz gekommen. Zwar haben wir wichtige Ansätze entwickelt und entscheidende Durchbrüche erzielt. Mit der "Mannheimer Erklärung" haben wir die Grundlage für eine Neuorientierung unserer Politik geschaffen. Präsidium und Bundesvorstand haben aber nicht immer die Zeit gefunden, sich so intensiv mit den Grundfragen der politischen Entwicklung in unserem Lande und in der Welt zu befassen, wie es in meinen Augen notwendig gewesen wäre.

Soweit sie auf die Zersplitterung der Kräfte durch dauernde Wahlkämpfe zurückzuführen ist, unterstreicht diese Entwicklung nur die Notwendigkeit, sich mit der organisatorischen Gestaltung der Wahlen auf allen politischen Ebenen zu befassen. Dem Parteitag liegen dazu Anträge vor, die ich für besonders wichtig halte. Den gegenwärtigen Zustand beizubehalten, erscheint mir nicht sinnvoll. Der permanente Wahlkampf ist weder eine zweckmäßige Methode demokratischer Regierung noch notwendiger Ausdruck eines gelebten Föderalismus.

(Beifall)

Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, daß der gegenwärtige Zustand zu einer Schwächung der demokratischen Regierungsform führt. Er zwingt Regierung und Opposition ständig, Mehrheiten zu erhalten oder zu erringen, und läßt das Geschäft des Regierens auf diejenigen übergehen, die sich dem dauernden Plebiszit entziehen können: die staatlichen Bürokratien und die Funktionäre der großen Verbände.

(Beifall)

Besondere Aufgaben stellen sich der Partei durch die schnell wachsende Zahl ihrer Mitglieder. Dieser Mitgliederzuwachs ist ein eindrucksvoller Beweis für die Anziehungskraft der Union und ihrer Politik. Alle, die von der Schwäche, der Unentslossenheit oder der Alternativlosigkeit der Union reden, werden von monatlich zehn- bis vierzehntausend Bürgern widerlegt, die sich nicht nur mit dem Stimmzettel, sondern durch die Mitgliedschaft für die Union entscheiden.

(Beifall)

Dieser Mitgliederzustrom ist eine unserer großen Stärken. Er findet zu einem Zeitpunkt statt, zu dem die Mitgliederzahlen der SPD stagnieren. Er ist deshalb ein eindeutiger Vertrauensbeweis für unsere Politik.

Aber wie überall, meine Damen und Herren, so ist auch im Bereich der Mitgliedschaft schnelles Wachstum nicht ohne Gefahren. Nicht überall ist die Organisation der Partei auf die schnelle Zunahme der Mitgliederzahlen vorbereitet. Die Vorstellungen der alten und der neuen Mitglieder vom Inhalt und von der Dynamik politischer Arbeit sind nicht immer gleich. Noch haben die Spannungen, die sich daraus für die Partei ergeben, nicht zu offenen Konflikten geführt. Aber es ist offensichtlich notwendig, sich rechtzeitig auf die Folgen dieser Entwicklung einzustellen.

Die Partei wird durch die wachsende Mitgliederzahl auf Dauer nur dann gestärkt, wenn es gelingt, die neuen Mitglieder zu engagieren und zu integrieren. Das ist nur möglich durch intensive politische Arbeit auf allen Ebenen der Partei. Im Rahmen der Wahlkämpfe der letzten Monate ist dies durchweg hervorragend gelungen.

Ein Nachholbedarf besteht dagegen im Bereich der politischen Arbeit außerhalb der Wahlkämpfe. Er kommt in einem Mangel an politischer Initiative zum Ausdruck, sich auf den unteren Ebenen der Partei mit neuen politischen Fragestellungen in organisierter Weise zu befassen. Die Parteigliederungen sind vorwiegend darauf eingestellt, sich mit Initiativen und Anträgen auseinanderzusetzen, die von der Parteiführung ausgehen und weniger darauf, selbst an der Willensbildung der Partei aktiv mitzuwirken. Die Vitalität und die Lebensfähigkeit der Partei sind jedoch wesentlich von der Fähigkeit der Untergliederungen zu eigener politischer Initiative abhängig.

(Beifall)

Darin unterscheidet sich unsere Partei nicht von anderen großen Organisationen. Meine Damen und Herren, wir haben die Aufgabe, solche Initiativen zu fördern und die Mitglieder bei der Formulierung unserer Politik und der Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft mitwirken zu lassen.

Ob uns dies gelingt, wird nicht zuletzt vom Verhältnis der Mitglieder zu den Mandatsträgern auf allen Ebenen der Partei abhängen. Dieses Verhältnis muß bestimmt sein durch die Bereitschaft, Initiativen zu fördern und sie nicht als Bedrohung bestehender politischer oder personeller Besitzstände zu behindern.

(Beifall)

Dabei liegt die Betonung, meine Damen und Herren, nicht nur auf politisch, sondern auch auf personell.

(Erneuter Beifall)

An der Einstellung der Partei zur personellen Erfolgskontrolle entscheidet sich letztlich ihre politische Glaubwürdigkeit in den Augen der Wähler. Dies gilt in besonderem Maße für die Auswahl der Mandatsträger selbst. Wir brauchen für das politische Mandat die besten Leute. Der Erfolg der Partei auch im kommenden Bundestagswahlkampf hängt entscheidend von der Qualität der Mandatsträger ab, die die Partei auswählt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, hier sind keine Pfründe zu vergeben. Hier wird über das Schicksal der Partei und letztlich über das Schicksal unseres Landes entschieden, vor allem dann, wenn wir den Anspruch anmelden, die Führung im Lande zu übernehmen.

(Beifall)

Die Ernsthaftigkeit dieses Anspruches wird danach beurteilt werden, ob es uns gelingt, die besten Frauen und Männer für die Übernahme politischer Verantwortung auf allen Ebenen der Union zu gewinnen.

Eines der Hauptziele, die wir uns für die Arbeit nach dem Hamburger Parteitag gestellt hatten, war die Wiedergewinnung der Initiative in der Auseinandersetzung um die zentralen politischen Begriffe. Wir können heute feststellen: Dieses Ziel ist im wesentlichen erreicht worden. In der Auseinandersetzung um die politischen Begriffe waren wir erfolgreich. Wir haben wichtige Begriffe für uns besetzt und neue, für die Beschreibung politischer Ziele wichtige Begriffe hinzugefügt.

Freiheit und Solidarität waren immer entscheidende Ziele unserer Politik. Heute werden sie, wie neutrale Umfragen zeigen, auch wieder unserem politischen Willen zugerechnet. Wir werden als

Unionsparteien wieder mit dem Ziel Freiheit und Solidarität identifiziert.

(Beifall)

Damit haben wir in einem entscheidenden politischen Bereich die Initiative zurückgewonnen. Durch zahlreiche Kongresse haben wir diese Initiativen ausgebaut. Sie waren für uns ein wichtiges Mittel, den Sachverstand außerhalb der Partei für unsere politische Arbeit nutzbar zu machen und uns der Diskussion und Kritik derer zu stellen, die sich mit unserem politischen Auftrag einig wissen: der Sicherung einer freien, gerechten und solidarischen Ordnung für den freien Menschen.

Diese Mitwirkung intelligenter Männer und Frauen widerlegt zugleich das weit verbreitete Vorurteil, die CDU sei nicht in der Lage, die Intelligenz und das Wissen unseres Volkes für ihre politische Arbeit zu mobilisieren. Wenn man den Mut hat, nicht nur diejenigen für intelligent zu halten, die sich gern selbst zu Intellektuellen ernennen, ist auch hier die Bilanz unserer Partei positiv.

(Beifall)

Die wirklichen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich eben auf Dauer nicht durch das Gemurmel pseudointellektueller Gebetsmühlen beantworten.

(Beifall)

Unser Erfolg in der Auseinandersetzung um die politische Sprache hat allerdings auch dazu geführt, daß unser politischer Gegner sein Verhalten geändert hat. Solange man sich im Alleinbesitz der politischen Sprache glaubte, war man bereit, mit uns in der Sache zu streiten in der zutreffenden Annahme, auf einen weithin wehrlosen Gegner zu stoßen, der mangels Zugang zu den politischen Begriffen im wahrsten Sinne des Wortes sprachlos war. Seitdem die sprachliche Chancengleichheit wiederhergestellt ist, entzieht sich der politische Gegner der inhaltlichen Auseinandersetzung.

(Beifall)

Er kann in der Sache nicht mehr überzeugen, weil er den Vorteil verfälschter Sprache verloren hat. Statt verfälschter politischer Begriffe wählt er heute das Mittel der Verleumdung.

(Beifall)

An nichts läßt sich der Erfolg unserer Auseinandersetzung um die politische Sprache im Grunde besser ablesen als an der wachsenden Rücksichtslosigkeit, mit der führende sozialdemokratische und freidemokratische Politiker in der politischen Auseinandersetzung der letzten zwölf Monate zu Mitteln der Verleumdung und der persönlichen Verunglimpfung gegriffen haben.

(Beifall)

Seit den letzten Monaten der Regierung Brandt und dem Wahlkampf in Niedersachsen haben Unwahrheit, Täuschung und Verleumdung in immer stärkerem Maße die Wahlkampfauseinandersetzung bestimmt. Der vorläufige Höhepunkt dieser Strategie wurde in der nordrhein-westfälischen Landtagswahl erreicht. Wie heute jedermann weiß, haben sich SPD und FDP in dieser Wahl nicht wegen ihrer politischen Leistungen oder wegen ihrer politischen Aussagen, sondern allein dank ihrer Fähigkeit behauptet, die Wähler bewußt zu täuschen.

(Beifall)

Für unsere langfristige politische Arbeit ist dieser Wechsel der gegnerischen Taktik nicht ohne Gefahr. In unseren eigenen Reihen wächst der Wunsch, auf die Fortführung der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner zu verzichten und statt dessen auf die Politik der Verleumdung mit vergleichbaren politischen Mitteln zu antworten. Nun steht außer Frage, daß Verleumdung und Unwahrheit als politisches Mittel eine entsprechende Antwort verlangen. Sie dürfen jedoch nicht dazu führen, daß wir das mühsam eroberte Terrain im Bereich der politischen Begriffe und ihrer Inhalte wieder preisgeben und damit den Vorteil verlieren, den wir in der Sachauseinandersetzung gewonnen haben.

(Beifall)

Worum es bei unserer eigenen Diskussion über die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner geht, ist nicht die Wahl zwischen Konfrontation oder Alternative. Vielmehr geht es darum, beides so miteinander zu verbinden, daß der Verleumdung, Verunglimpfung und Wählertäuschung Einhalt geboten wird, ohne für die Auseinandersetzung in der Sache die Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit zu verlieren, die wir durch die Wiedergewinnung zentraler politischer Begriffe erlangt haben.

(Beifall)

Ich warne, meine Damen und Herren, dieses Problem zu unterschätzen. Einer der Hauptgründe dafür, daß der Stellenwert unserer Partei in den letzten Monaten nicht weiter gestiegen ist, sondern stagniert, ist darin zu sehen, daß die Klarheit der Auseinandersetzung durch die Verleumdungskampagnen von SPD und FDP vernebelt wurde. Wir müssen dafür sorgen, diese Klarheit trotz der notwendigen Zurückweisung des politischen Gegners auf dem Gebiet, das er sich selbst gesucht hat, für uns zu erhalten; sonst ist es nicht möglich, aus der Opposition heraus klare Politik zu formulieren.

(Beifall)

So wichtig die erfolgreiche Besetzung politischer Schlüsselbegriffe mit freiheitlichen Inhalten auch ist: Dauerhaft ist der damit verbundene politische Erfolg nur dann, wenn es gelingt, die gewonnenen Ziele in einem politischen Gesamtkonzept zu verankern. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, Verantwortung, Sozialpflichtigkeit und Leistung stehen als politische Begriffe beziehungslos nebeneinander, wenn es nicht gelingt, den Zusammenhang zwischen ihnen für die praktische politische Arbeit deutlich zu machen. Diesen politischen Rahmen für einige wichtige Bereiche unserer Politik zu formulieren und damit als Grundlage der freiheitlichen, politischen Alternative der Union erkennbar werden zu lassen ist die Aufgabe der Mannheimer Erklärung. Mit dieser Erklärung nimmt der Bundesvorstand als Teil seines Berichtes an den Bundesparteitag zu einer Reihe zentraler politischer Probleme Stellung, die jetzt und in naher Zukunft gelöst werden müssen. Für sie können zukunftsweisende Antworten nur gefunden werden, wenn wir sie im Rahmen des politischen Gesamtzusammenhangs suchen. Mit der Mannheimer Erklärung hat der Bundesvorstand eine neue Art der politischen Willensäußerung gewählt. Formell macht sie einen Teil des Berichtes des Bundesvorstandes an den Bundesparteitag aus, über den der Bundesparteitag gemäß § 29 der Statuten unserer Partei befindet. Die Mannheimer Erklärung ist damit eine Vorlage und nicht ein Antrag des Bundesvorstandes an den Bundesparteitag. Als Vorlage ist sie Grundlage der Aussprache, die sich an den Bericht des Bundesvorstandes anschließt.

Der Bundesvorstand erwartet von dieser Aussprache nicht nur wichtige Anregungen und Ergänzungen zu seinen eigenen Überlegungen. Er sieht in ihr auch einen ersten wichtigen Schritt auf dem Weg zur Fortentwicklung und zur Neuorientierung der Gesamtpolitik der Union. Sie ist der Beginn einer innerparteilichen Diskussion über die Aussagen der Mannheimer Erklärung und ihrer politischen Folgen.

Die Mannheimer Erklärung ist weder Wahlkampfplattform noch Grundsatzprogramm. Mit den Wahlkampfthemen werden wir uns befassen, wenn die gemeinsamen Überlegungen der beiden Unionsparteien weiter gediehen sind und sich die für den Wahlkampf bedeutsamen Themenstellungen besser erkennen lassen. Am Grundsatzprogramm unserer Partei arbeitet unter der Leitung unseres Freundes Richard von Weizsäcker die Grundsatzprogrammkommission, die der Hamburger Parteitag eingesetzt hat. Die Mannheimer Erklärung ist eine Erklärung des Bundesvorstands zu den Grundzügen seiner Politik in Fragen, deren Behandlung ihm besonders dringlich erscheint.

Schon aus diesem Grunde kann der behandelte Themenkatalog nicht erschöpfend sein. Wichtige Fragen wie die der Agrarpolitik, der Stellung der freien Berufe oder der Organisation des öffentlichen Dienstes werden nicht oder nur im Zusammenhang mit anderen Fragestellungen angesprochen. Wesentliche gesellschaftliche Gruppierungen und Institutionen, wie die Kirchen, die freien Träger im Bereich der sozialen Dienstleistungen und die karitativen Organisationen im weitesten Sinne werden nicht oder kaum erwähnt.

Worauf es bei der Mannheimer Erklärung ankam, war aber gar nicht die vollständige Aufzählung aller Fragen, die zur Beantwortung anstehen. Worauf es ankam, waren die Auswahl einiger politischer Schwerpunkte und die Entwicklung der politischen und strategischen Gesamtzusammenhänge, die zwischen diesen Schwerpunkten bestehen. Aus diesen Zusammenhängen lassen sich Antworten auch auf andere Fragen entwickeln, wenn und soweit sie zur Entscheidung anstehen. Das Ziel der Mannheimer Erklärung ist, mit Hilfe einiger entscheidender Elemente unserer Politik die Grundstrukturen unserer politischen Gesamtstrategie zu verdeutlichen, aus der wir unsere freiheitlichen Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit herleiten.

(Beifall)

Damit erledigt sich zugleich ein Haupteinwand gegen die Erklärung, mit ihr lasse sich kein Wahlkampf führen. Dieser Einwand ist richtig, verfehlt aber den Zweck der politischen Aussage des Bundesvorstands. Die Mannheimer Erklärung ist weder eine Wahlkampfanleitung noch eine Wahlkampfplattform. Beides steht erst im kommenden Frühjahr zur Diskussion. Wahlkampfaussagen aber, meine Damen und Herren, die den Anspruch erheben, schlüssige politische Aussagen zu enthalten und damit eine wirkliche Alternative und nicht nur eine Anpassung zu sein, lassen sich nur entwickeln, wenn Übereinstimmung über das ordnungspolitische Bezugssystem besteht, in dem diese Politik angesiedelt sein soll.

(Beifall)

Eine intensive Diskussion in der Partei über dieses Bezugssystem ist deshalb eine unerläßliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Wahlkampf.

(Beifall)

Das besondere politische Gewicht der Mannheimer Erklärung liegt darin, daß sie die Grundstrukturen für dieses Bezugssystem liefert.

Der politische Gegner hat diese Bedeutung durchaus erkannt. So befürchtet die SPD, wie wir aus ihren internen Anweisungen wissen, daß die Mannheimer Erklärung in der politischen Diskussion auf eine Ebene mit dem Orientierungsrahmen '85 der SPD gestellt werden könnte und - ich zitiere - "den Bürgern verborgen bleibt, daß die CDU/CSU eine breit getragene politische Orientierung nicht vorlegen kann". Diese Befürchtung ist durchaus berechtigt, aber nicht deshalb, weil den Bürgern eine fehlende Alternative verborgen bleibt, sondern weil wir sie haben.

(Beifall)

Der Aufbau der Mannheimer Erklärung, an dem sich zweckmäßigerweise auch die Aussprache über die Vorlage des Bundesvorstandes ausrichten sollte, ist durch die von mir beschriebene Zielvorgabe bestimmt. In der Präambel wird als politischer Auftrag der CDU festgestellt:

"... gemeinsam mit allen zur Verantwortung bereiten Kräften die Ziele des freien Teils Deutschlands zu bestimmen und politisch zu verwirklichen."

Im Anschluß daran wird in zehn Punkten die gesamte Mannheimer Erklärung - "Ausgangslage" und "Politische Aufgabe" - schlagwortartig zusammengefasst.

Die Erklärung selbst zerfällt in zwei Teile: "Ausgangslage" und "Politische Aufgabe". Beide Teile - das ist für die Diskussion wichtig - sind genau aufeinander abgestimmt. Im Abschnitt "Ausgangslage" werden nur diejenigen Problemfelder behandelt, die aus der Sicht des Bundesvorstandes für die Beschreibung der politischen Aufgabe bedeutsam sind.

Die Darstellung der Ausgangslage ist damit nicht erschöpfend. Es gibt wichtige Sachverhalte in unserer Gesellschaft und in der Welt, die bewußt nicht angesprochen worden sind, weil sie auch im Rahmen der Beschreibung der politischen Aufgabe nicht behandelt werden.

Der Abschnitt "Ausgangslage" ist untergliedert in einen Teil, der sich mit den Veränderungen der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Lage befaßt, und einen Teil, der die Veränderungen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland betrifft. Diese Zweiteilung entspricht der Zweiteilung bei der Darstellung der politischen Aufgabe in den Unterabschnitten "Deutschland und die Welt" und "Aufgaben innerhalb der Bundesrepublik Deutschland".

Bei der Beschreibung der Ausgangslage im außenpolitischen Teil hat der Bundesvorstand seine Aufmerksamkeit besonders den Veränderungen der politischen Machtverhältnisse, der Verschärfung des Verteilungskonflikts im weltweiten Rahmen, der anhaltenden Konfrontation zwischen Ost und West und der besonderen Bedeutung gewidmet, die die europäische und die internationale Zusammenarbeit für die Sicherheit und die Wohlfahrt unseres Landes haben.

Im Bereich der Bundesrepublik selbst konzentriert sich die Beschreibung neben einer Reihe allgemeiner Veränderungen auf die besonderen Probleme, die sich aus der fehlerhaften Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Regierungskoalition, der Verschuldung der öffentlichen Haushalte, der Störungen im Bereich der Wirtschaft und den Fragen des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft ergeben.

Der Abschnitt "Politische Aufgabe", also das Kernstück der Erklärung, wird durch Feststellungen zur Bedeutung der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität für unsere Politik und zu ihrem Verhältnis untereinander sowie zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik eingeleitet.

Was zunächst die Grundwerte betrifft, meine Damen und Herren, so beabsichtigt der Bundesvorstand nicht, einen eigenen Beitrag zur inhaltlichen Definition der Grundwerte zu liefern. Insoweit wird vielmehr auf die Arbeit der Grundsatzprogrammkommission der CDU verwiesen. Uns kam es allein auf die Feststellung an, daß im Mittelpunkt aller Politik die Entfaltung der politischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität und damit das oberste Gebot aller Politik stehen muß: die Wahrung der Würde des Menschen.

(Beifall)

Daß es uns gelungen ist, diese politischen Grundwerte mit dem Inhalt unserer freiheitlichen Politik auszufüllen und damit unserer politischen Aussage zuzuordnen, ist eines der wichtigsten Ergebnisse der politischen Auseinandersetzung der letzten Jahre.

Im Mittelpunkt des Abschnitts "Politische Aufgabe" steht dagegen die Bestimmung des Verhältnisses von Innen- und Außenpolitik. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit besonders auf diesen Gegenstand lenken. "Innen- und Außenpolitik", so heißt es in der Mannheimer Erklärung, "bedingen einander in ihren Voraussetzungen und Folgen". Weiter heißt es: "Wir können unseren Beitrag zur Friedenssicherung, zur Gestaltung einer neuen Weltordnung und damit zur Lösung der Probleme in der Welt nur leisten, wenn wir durch unsere Innenpolitik den inneren Frieden sichern, Wirtschaft und Gesellschaft leistungsfähig erhalten und Freiheit und soziale Gerechtigkeit verwirklichen. Spannungen und Konflikte im Innern beeinträchtigen die Bereitschaft und die Fähigkeit, Freiheit und Unabhängigkeit nach außen zu schützen."

Umgekehrt ist die beste Sozial- und Wirtschaftsordnung, die gerechteste Gesellschaft lebensunfähig ohne eine wirksame und leistungsfähige Außen- und Sicherheitspolitik.

Meine Damen und Herren, diese zentrale Behandlung des Verhältnisses von Innen- und Außenpolitik und das erhebliche Gewicht, das die Mannheimer Erklärung außenpolitischen Fragen beimißt, ist eine Antwort auf die Tatsache, daß sich die Partei in ihrer internen Willensbildung in den letzten Jahren nur unzureichend mit außenpolitischen Fragestellungen befaßt hat.

(Beifall)

Eine Analyse unserer Diskussion seit dem Berliner Parteitag 1968 zeigt, daß die politische Willensbildung unserer Partei - sieht man von der Auseinandersetzung um die Ostpolitik der Bundesregierung ab - seit dieser Zeit vor allem auf gesellschaftspolitische Fragestellungen konzentriert war. Die Bedeutung dieser Fragestellungen ist unbestritten.

Für die Entwicklung einer politischen Gesamtstrategie als Grundlage für die Übernahme von Regierungsverantwortung ist die Konzentration auf gesellschaftspolitische Fragestellungen und die damit verbundene Vernachlässigung des gesamten Bereichs der Außenpolitik jedoch nicht ohne Probleme.

(Beifall)

Mit der Mannheimer Erklärung beabsichtigen wir, eine Korrektur dieser Entwicklung einzuleiten. Wir sind der Überzeugung, daß sich eine tragfähige politische Gesamtkonzeption, auf der auch eine schlagkräftige Wahlkampfaussage aufbauen kann, nur gewinnen läßt, wenn Außen- und Innenpolitik in ihrem Zusammenhang und in ihrer gegenseitigen Bedingtheit gesehen werden.

Dieses muß vor allem für eine Politik gelten, die - wie die Politik unserer Partei - stets von dem unlösbaren Zusammenhang zwischen der Erhaltung von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit im Innern und der Verwirklichung des europäischen Gedankens und der politischen Einheit Europas ausgegangen ist.

(Beifall)

Die Wiederherstellung des Zusammenhangs zwischen Außen- und Innenpolitik ist aber auch deshalb unerlässlich, weil im Bereich der Außenpolitik die außenwirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Fragestellungen ständig an Bedeutung zunehmen. Beides sind Gebiete politischen Handelns, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Gestaltung unserer eigenen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und den politischen Prioritäten, nach denen wir über die Verwendung unseres Bruttosozialprodukts im Innern entscheiden, stehen. Meine Damen und Herren, wer die Stellung der Bundesrepublik in der Auseinandersetzung um die Neugestaltung der Weltwirtschaftsordnung stärken und sichern will, wer Solidarität auch mit den ärmsten Völkern der Welt fordert, muß sich darüber im klaren sein, daß beides nicht ohne Rückwirkungen auf die Prioritäten bleiben kann, nach denen wir unsere eigenen gesellschaftspolitischen Verteilungskonflikte entscheiden.

(Beifall)

Als deutliche Konsequenz - ich mache auf diese Konsequenz mit allem Nachdruck aufmerksam - einer solchen Neuorientierung bekennt sich die Mannheimer Erklärung deshalb zu einer Neugewichtung der öffentlichen Ausgaben für den sicherheitspolitischen, außenwirtschaftlichen und den sozial- und gesellschaftspolitischen Bereich.

Daß es sich bei der Nennung der Aufgaben innerhalb der Bundesrepublik nicht um eine Aufzählung aller wichtigen Probleme, sondern um eine Aufzählung von Schwerpunkten unserer Politik handelt, habe ich bereits festgestellt. Als Schwerpunkte bezeichnen wir in der Erklärung die Wiedergewinnung der wirtschaftlichen Stabilität und die Erhaltung und Steigerung der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft, die Lösung gesellschaftspolitischer Aufgaben und die Neue Soziale Frage sowie die Verbesserung der Handlungsfähigkeit von Staat und Gesellschaft. Obwohl ich alle drei Gebiete für gleich wichtig halte, möchte ich mich im Rahmen dieser Einführung in die Aussprache über die Mannheimer Erklärung auf den Komplex beschränken, der die Lösung gesellschaftspolitischer Aufgaben und die Neue Soziale Frage zum Gegenstand hat.

Von den drei politischen Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit ist im Rahmen der gesellschaftspolitischen Aufgaben und der Neuen Sozialen Frage vor allem der Grundwert Gerechtigkeit angesprochen. Er gehört, wie Freiheit und Solidarität, zu den zentralen Zielen unserer Politik. Trotzdem sind wir - was die Identifikation der Grundwerte mit unserer Politik anbetrifft - bei dem Grundwert der Gerechtigkeit, vor allem der sozialen Gerechtigkeit, weniger erfolgreich gewesen als bei den Grundwerten Freiheit und Solidarität. Andererseits wissen wir,

daß für die Menschen in Europa wie in unserem eigenen Lande die Sicherung und Entfaltung personaler Freiheit und die Gewährleistung von Gerechtigkeit, d.h. die Erhaltung einer gerechten Gesellschaftsordnung, die beiden wichtigsten politischen Zielvorstellungen sind. Wo der Sozialismus in den Ländern unseres Kulturkreises erfolgreich war, verdankt er diesen Erfolg nicht so sehr der Anziehungskraft sozialistischer Ideologien, als vielmehr der Enttäuschung vieler Menschen über die unzureichende Fähigkeit bürgerlicher Parteien, eine zukunftsweisende Antwort auf die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit und Gerechtigkeit zu finden.

(Beifall)

Über den Erfolg unserer Politik einer freiheitlichen Alternative zum Sozialismus wird deshalb letztlich unsere Fähigkeit entscheiden, dieser Sehnsucht der Menschen nach Freiheit und Gerechtigkeit zu entsprechen.

Diese beiden Grundwerte sind vornehmlich im Bereich der Gesellschaftspolitik angesprochen. Bei der Behandlung dieses Themas unterscheidet die Mannheimer Erklärung einerseits zwischen den gesellschaftspolitischen Zielen, die durch die Soziale Marktwirtschaft, die bestehenden sozialen Einrichtungen und unsere Hamburger Parteitagebeschlüsse aus dem Jahre 1973 vorgezeichnet sind, und andererseits den neuen politischen Fragestellungen, die wir unter dem Begriff "Neue Soziale Frage" zusammengefaßt haben. Zu den Hamburger Beschlüssen ist bereits in den Berichten des Parteivorsitzenden und des Fraktionsvorsitzenden das Notwendige gesagt worden.

Erlauben Sie mir, daß ich mich deshalb zum Schluß dem zweiten Komplex, der Neuen Sozialen Frage, zuwende. Daß gerade dieser Begriff "Neue Soziale Frage" den Kern des großen Themas "Gerechtigkeit" trifft, zeigt nichts deutlicher als die Reaktion der Sozialdemokraten auf seine Entwicklung.

(Beifall)

Der verzweifelte Versuch Willy Brandts, der Union dieses Thema mit dem Vorwurf der sozialen Demontage streitig zu machen, beweist, welche Gefahr die Sozialdemokraten in unserer politischen Offensive gerade auf diesem Gebiet sehen.

(Beifall)

Sie fürchten, daß die Union dieses Thema zu ihrem politischen Thema machen und damit zugleich den Sozialausschüssen eine weitere große politische Aufgabe mit auf den Weg geben könnte, der die Sozialdemokraten nichts Vergleichbares entgegenzusetzen haben.

(Beifall)

In der Diskussion über die Neue Soziale Frage ist uns zweierlei vorgehalten worden: erstens, wir würden mit dieser Fragestellung Politik der Anpassung an die Sozialdemokraten betreiben und zweitens, wir würden mit der Forderung nach Lösung der Neuen Sozialen Frage eine neue Ausgabenflut in Gang setzen. Beide Vorwürfe beruhen auf einer verfehlten Einschätzung der wahren Bedeutung des Problems der Gerechtigkeit.

Was zunächst den Vorwurf der Anpassung anbetrifft, so kann es die CDU nicht zulassen, daß ihr politischer Weg zur Schaffung wirklicher sozialer Gerechtigkeit mit dem Argument verlegt wird, sie betreibe eine Strategie der Anpassung. Die Sozialdemokraten haben

den Gedanken der sozialen Gerechtigkeit verraten. Sie haben durch Inflation und Arbeitslosigkeit die Grundlagen der sozialen Gerechtigkeit angegriffen, um ihre Ideologien und deren Folgen zu finanzieren.

(Beifall)

Seit Helmut Schmidt die Richtlinien der Politik bestimmt, ist für alle deutlich geworden: Die SPD ist die Partei der "neuen Privilegierten",

(Lebhafter Beifall)

der Funktionäre, der Bürokraten, der wachsenden Zahl derer, die von unserer aller Arbeit leben, aber keinen erkennbaren Beitrag für unsere Zukunft leisten.

(Erneuter lebhafter Beifall)

Die großen Gedanken der sozialen Ordnung und des Liberalismus, die Ideen der sozialen Gerechtigkeit und der Freiheit, die Brandt in maßloser Arroganz für sich in Anspruch nahm, sind in SPD und FDP verwaist. Wir haben die Aufgabe, ihnen bei uns eine sichere politische Heimat zu geben.

Zum zweiten ist die Verwirklichung der Gerechtigkeit in einer freien Gesellschaft nicht nur - in vielen Fällen nicht einmal in erster Linie - eine Frage des Geldes. Wir können soziale Gerechtigkeit auch gewähren, ohne mehr Geld auszugeben. Unter dem Eindruck ungewöhnlicher Wachstumsraten haben wir es in den letzten beiden Jahrzehnten zugelassen, daß der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit auf die gerechte Verteilung des Zuwachses des Brutto-sozialprodukts reduziert wurde. Die Frage der Gerechtigkeit ist damit zu einem Problem materieller Zuweisung geworden. Diese Gewöhnung verleitet uns heute zu der Annahme, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliches Wachstum seien untrennbar miteinander verbunden. Zu Ende gedacht bedeutet dies, daß wir zur sozialen, zur gesellschaftlichen Gerechtigkeit unfähig werden, wenn sich die Wachstumsraten reduzieren oder die Not der Welt von uns verlangt, unser Wachstum mit anderen zu teilen.

Mit dieser Verengung des Gedankens der sozialen Gerechtigkeit auf die Zuteilung materieller Zuwachsraten haben wir jedoch den menschlichen und den ethischen Aspekt der Gerechtigkeit aus den Augen verloren.

(Vereinzelter Beifall)

Zugleich, meine Freunde, haben wir damit neue Ungerechtigkeiten produziert. Der Körperbehinderte, der mit seinem Rollstuhl im Postwagen fahren muß, weil es keine Eisenbahnwagen gibt, in die er gelangen kann, der seine Freunde im zweiten Stockwerk nicht besuchen kann, weil fast kein Wohnhaus auf ihn eingerichtet ist, bleibt auch dann ungerecht behandelt, wenn er ein höheres Einkommen oder eine höhere Rente bezieht.

(Beifall)

Monotone Arbeit bleibt gegenüber denjenigen, deren Arbeit interessanter organisiert worden ist, auch dann ungerecht, wenn der Arbeitnehmer für die Monotonie seiner Arbeit einen geldlichen Zuschlag bekommt. Nicht alles in diesem Lande sollte käuflich sein.

(Beifall)

Die rund 70 % der Menschen in unserem Lande, die nach Untersuchungen der Fernsehanstalten die Abendnachrichten nicht oder nur unvollständig verstehen, bleiben auch dann ungerecht behandelt, wenn sie in materiellem Wohlstand leben.

(Erneuter Beifall)

Es ist zutiefst ein Problem der Gerechtigkeit, wenn die arbeitenden Menschen in einem langen Prozeß der Gewöhnung existentiell von den Systemen gesellschaftlicher Versorgung abhängig werden und die Gesellschaft dann erklärt, daß dieses System nicht mehr die versprochenen Leistungen erbringen kann, weil man seine Leistungsfähigkeit durch Überforderung zerstört hat.

(Beifall)

Es sind diese Fragen der Gerechtigkeit, insbesondere der sozialen Gerechtigkeit, die uns in Zukunft beschäftigen müssen und deren Beantwortung möglich bleiben muß, unabhängig von der Frage der Wachstumsrate und damit unabhängig vom Zuwachs des Bruttosozialprodukts, welches zur Verteilung ansteht. Wer die Möglichkeiten der Zukunft, die Chancen weiterer Expansion, die Folgen weltweiter Verteilungskämpfe und die Anforderungen der Dritten und Vierten Welt an die Güter dieser Erde richtig einschätzt, der weiß, daß sich in Zukunft auch in diesem Lande die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit, nach der allgemeinen Gerechtigkeit der Gesellschaft, mit wachsender Dringlichkeit stellen muß. Daß wir bei der Antwort auf diese Frage auf Besitzstände stoßen, auf die Besitzstände derer, die von Veränderungen die Bedrohung ihrer Privilegien befürchten, ist eine notwendige Folge des Wandels, der uns zu politischem Handeln herausfordert.

(Vereinzelter Beifall)

Aber unser Land, meine Freunde, unsere Politik und damit unser Leben selbst stehen an einer Zeitwende. Es liegt an uns, ob wir diese Zeitwende als Bedrohung, als Herausforderung, als Krise oder als Chance begreifen. Ehe wir - meine Generation - von der Bühne der Politik abtreten werden, werden wir uns fragen lassen müssen, was wir aus dieser Chance gemacht haben. Wir wollten sie heute nutzen.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall)

Dr. Richard Freiherr von Weizsäcker, Tagungspräsidium: Lieber Kurt Biedenkopf, der Parteitag hat Ihnen für eine Rede gedankt, in der Sie die politische Situation ebenso differenziert wie kraftvoll dargestellt haben, in der Ihre Abrechnung mit dem politischen Gegner ebenso eindeutig war wie die Anforderungen, die Sie an uns stellen. Bleiben Sie mit dieser Linie als unser Generalsekretär tätig! Dafür unser Dank und in diesem Sinne unsere Anforderungen an Sie!

(Beifall und rhythmisches Händeklatschen)

Meine Damen und Herren, bevor wir nun in die Aussprache eintreten, gestatten Sie mir einige Bemerkungen zu unserer formalen Situation und zu unserer zeitlichen Lage. Wie Sie in dem Bericht des Generalsekretärs gehört haben, ist die Mannheimer Erklärung Bestandteil des Berichts des Bundesvorstandes.

Sie ist gemäß unserer Statuten - Art. 29 d - durch den Bundesparteitag entgegenzunehmen, und er hat darüber zu beschließen. Sie ist kein Antrag des Bundesvorstandes, zu welchem Änderungsanträge gestellt und beschlossen werden können. Dies bedeutet: die Diskussionsbeiträge, die Anregungen und die als Anträge formulierten Stellungnahmen müssen an den Vorstand überwiesen werden, wobei der Vorstand mit dem Auftrag versehen werden kann, diese Beiträge bei der Schlußredaktion angemessen zu berücksichtigen. Dies entspricht auch dem Anschreiben des Bundesvorstandes anlässlich der Übersendung der Mannheimer Erklärung.

Soweit aus der Mitte des Bundesparteitages der Wunsch besteht, Anträge in ihrem Wortlaut verbindlich beschließen zu lassen, besteht hierzu die Möglichkeit, aber nur außerhalb der Debatte über die Mannheimer Erklärung, das heißt im Rahmen des Tagesordnungspunktes 25.

Zweitens zur Geschäftslage! Meine Damen und Herren, wir schlagen eine Gliederung für die Debatte vor. Im ersten Abschnitt sollen die allgemeinen Ausführungen des Generalsekretärs und aus der Mannheimer Erklärung die Komplexe "Ausgangslage" und "Außenpolitik" - letztere als Schwerpunkt - den Gegenstand der Debatte von heute vormittag ausmachen. Wir werden bis 12.30 Uhr tagen, pünktlich unterbrechen müssen, und wir werden um 14 Uhr die Beratung wieder aufnehmen. Heute nachmittag folgen dann die Komplexe Wirtschaft, Gesellschaft und Staat.

Lassen Sie mich, bevor ich den ersten Redner aufrufe, noch auf folgendes hinweisen. Für den heute vormittag vorgesehenen Abschnitt "Außenpolitik" habe ich bereits 13 Wortmeldungen vorliegen. Ich bitte Sie alle, zu einer zügigen und konzentrierten Abwicklung unserer Tagesordnung beizutragen. Dabei geht es einerseits um die Aufmerksamkeit der Delegierten, andererseits aber darum, daß die Aufmerksamkeit dieser Delegierten um so größer sein wird, je besser es den Rednern gelingt, sich kurz und knapp zu fassen.

(Beifall)

In jedem Fall sollten wir, was den Tageslauf im ganzen betrifft, anstreben, unsere Beratungen heute nicht ebenso lange auszu dehnen, wie dies gestern abend notwendig war.

(Beifall)

Ich möchte, solange es geht, von seiten des Präsidiums aus auf eine Beschränkung der Redezeit verzichten, bitte aber noch einmal dringlich alle Redner, sich kurz und knapp zu fassen.

Wenn ich Ihr Einverständnis mit dieser Regelung voraussetzen darf, dann eröffne ich jetzt die Aussprache. Das Wort hat Werner Marx. Ihm folgt Walther Kiep und anschließend Herr Amrehn.

Dr. Werner Marx: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Herr Biedenkopf hat in seinen Mahnungen und in dem, was er zur Mannheimer Erklärung verdeutlichte, darauf hingewiesen, daß die Außenpolitik ein erhebliches Gewicht nicht nur in dieser Erklärung, sondern auch in unseren Diskussionen und in unseren künftigen Bemühungen haben müsse. Ich unterstütze und unterstreiche den Satz, in dem er davon spricht, wir müßten eine gewisse Vernachlässigung der Außenpolitik in den nächsten Jahren wettmachen. Ich glaube, dies ist auch durch die Situation ganz gerechtfertigt, in der sich unser Land befindet, das ja mehr Nachbarn hat als die meisten anderen Länder der Welt, das durch seine

jüngste geschichtliche Entwicklung geradezu darauf angelegt ist, außen- und deutschlandpolitisch in der CDU/CSU eine führende Kraft zu wissen, eine Kraft, die in der deutschen Öffentlichkeit unsere Überlegungen zum Durchbruch bringt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu zwei Feldern hier einige kurze Bemerkungen machen: Erstens zur Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit, von der ja heute in den Zeitungen erneut zu lesen ist, daß man damit rechnet, sie werde in Kürze zu Ende gehen, und zwar mit einem offensichtlich recht umfassenden und von den Staatsmännern der daran teilnehmenden 35 Staaten zu unterzeichnenden feierlichen Schlußdokument.

Meine Damen und Herren, wir lesen heute in der Zeitung, daß der Besucher, der sich im Augenblick in Bonn aufhält, nämlich der österreichische Bundeskanzler Kreisky, sowohl Bundeskanzler Schmidt als auch den Außenminister Genscher dränge, möglichst bald zu einem Abschluß zu kommen. Wir lesen auch, daß an anderer Stelle, nämlich bei den Vereinigten Staaten, sich der Wunsch durchsetze, etwa Ende Juli eine feierliche Schlußkonferenz in Helsinki abzuhalten.

Ich möchte darauf hinweisen, daß die Methoden, die wir z. B. in den letzten Reden von Breschnew finden, meiner Überzeugung nach den Versuch darstellen, sozusagen mit einer Ubrumpelung den Westen dazu zu bringen, ohne daß die notwendigen sorgfältigen Diskussionen beendet sind und ohne zu den notwendigen Formulierungen den Konsensus aller erhalten haben, einen Schluß herbeizuführen. Ich erinnere dabei an eine Anmerkung, die in einer ähnlichen Situation der sowjetische Außenminister Gromyko, nämlich in seinen Verhandlungen mit Bahr im Frühjahr 1970, gemacht hat, wo er sagte: in internationalen Diskussionen entscheiden immer die letzten Stunden.

Wir wünschen von unserer eigenen Regierung, daß sie diesen offeneren Hinweis beherzigen möge. Wir müssen nämlich befürchten, daß auf verschiedenen Feldern viele Probleme noch nicht ausdiskutiert sind und daß hierzu noch nicht die Formulierungen gefunden sind, die wir wünschen. Ich denke hier an den Korb 1, an die Prinzipienklärung, aber auch an eine Reihe von Problemen in Korb 2, z. B. das, was man mit der merkwürdigen Formulierung "vertrauensbildende Maßnahmen" überschreibt, aber auch das, was wir in Korb 3 finden, nämlich mehr Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen. Aus diesem Grunde - und ich beziehe mich dabei auch auf den Leitartikel der heutigen Frankfurter Allgemeinen - sind unserer Auffassung nach die Texte ganz eindeutig noch nicht so sorgfältig formuliert, daß wir unserer eigenen Regierung empfehlen können, ihnen durch eine Unterschrift zuzustimmen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eine zweite Bemerkung zu dem machen, was wir seit Jahren in der ganzen Auseinandersetzung über Texte und ihren Inhalt und über Textgestaltungen erlebt haben. Die Texte müssen eindeutig formuliert sein. Wir haben wiederum festzustellen, daß es Formulierungen und Begriffe gibt, die vieldeutig sind, die von der einen und der anderen Seite nach dem Abschluß der Konferenz höchst unterschiedlich interpretiert werden. Das Ziel der CDU/CSU, wenn wir über diese Dinge sprechen, kann nur sein, eine KSZE zu wünschen und Schlußdokumente zu wollen, die nicht die Ursache neuer Konflikte, neuer Streitigkeiten sind, sondern die zumindest einen bestimmten Beitrag dazu leisten können, die Überschrift dieses ganzen riesigen und so lange Zeit dauernden Unternehmens zu rechtfertigen.

(Beifall)

Ich möchte hier auf einen anderen Punkt hinweisen. Dabei komme ich auch auf das zu sprechen, was einige unserer Kollegen in diesem Punkte getan haben. Ich denke dabei z. B. an denjenigen, der auch ein großes Verdienst bezüglich der Vorbereitung und Durchführung der Debatte hat, die im Bundestag durch die CDU erreicht worden ist, nämlich unseren Freund Alois Mertes. Er und einige andere waren wiederholt in Genf am Ort der Diskussion. Wir haben dort auch den Eindruck gewinnen können, daß man in einer bestimmten Konferenzatmosphäre vielleicht wenig Rücksicht auf die Vorgänge nimmt, wie sie sich draußen in der Welt abspielen.

Man muß z. B. sehen, daß die KSZE über vertrauensbildende Maßnahmen in einem Augenblick spricht, da die Sowjetunion sich große Mühe gibt, z. B. in Portugal alles andere zu tun, als vertrauensbildende Maßnahmen in Europa zu erreichen.

(Beifall)

Das zeigt sich auch in der Diskussion um Berlin, etwa in der Infragestellung bestimmter wichtiger Sätze, von denen ja keiner ein besonderes Vorrecht hat und keiner etwa von einem anderen abgeleitet ist. Bei der Infragestellung der Viermächteverantwortung für Berlin, bei der Infragestellung bestimmter wichtiger Äußerungen der Vier-Mächte-Texte tut die Sowjetunion alles andere, als dort einen Beitrag dazu zu leisten, in der gegenwärtigen europäischen Politik vertrauensbildend zu arbeiten.

Ich möchte gern in Richtung auf den Kollegen Rainer Barzel sagen - er wird sich ja sehr gut erinnern, denn aus seinem Munde stammt das Wort, das die Überschrift des Korbes III in Genf seit langer Zeit ausmacht und was die westlichen Mächte von der EG und von der NATO her verlangt haben -: Unser Ziel muß es bei einer solchen Konferenz sein, mehr Durchlässigkeit der Grenzen und in der Tat mehr Freizügigkeit für Informationen, für Menschen und Ideen zu erhalten. Wenn wir hören, daß man hoffe, z.B. für Fernsteams die Genehmigung zu bekommen, daß sie ihre Geräte mitnehmen können, wenn sie vorhaben, in osteuropäischen Ländern zu filmen, dann ist es zwar ein begrüßenswerter Erfolg, aber niemand wird sagen können, daß damit der Wunsch und die Hoffnung auf mehr Freiheit für Menschen, Informationen und Meinungen, die wir alle mit dieser Konferenz verbunden haben, auch nur im entferntesten als erfüllt angesehen werden können.

Meine Damen und Herren, Sie haben es gelesen, und ich möchte es hier vor dem Parteitag noch einmal deutlich machen, daß die Fraktion der CDU/CSU bestrebt sein wird, vor der endgültigen Unterzeichnung der Schlußdokumente eine abschließende Debatte im Deutschen Bundestag zu führen. Wir werden sie auch erst dann führen können, wenn wir uns über die Texte, über deren Zusammenhang, über ihre Wertigkeit und über die Bedeutung jedes einzelnen Satzes Gewißheit verschafft haben. Niemand in diesem Saal und niemand draußen sollte sich darüber täuschen: Diese Konferenz - sie ist mit vier Buchstaben bezeichnet und hat aus diesem Grunde nicht sehr viel öffentliche Wirkung - ist von einer entscheidenden Wirkung für die weitere Entwicklung der europäischen Politik. Wir sollten uns dabei nicht nur als Opposition in der Bundesrepublik, sondern auch als diejenigen verstehen, die künftig mit den dort unterzeichneten Absichtserklärungen politisch handeln müssen.

Noch eine Schlußbemerkung, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. In den letzten Monaten, so wird man sagen können, gibt es in unserer Bevölkerung, gibt es auch in den Meinungsmedien eine sehr viel nüchterne Betrachtung dessen, was - unter der Überschrift

Ostpolitik - in den Verträgen mit der Sowjetunion, mit Polen, mit der CSSR und im innerdeutschen Grundvertrag steht. Die CDU/CSU kann in der gegenwärtigen Auseinandersetzung auf ihre vielen früheren, sehr subtilen und sehr kräftigen Darstellungen hinweisen. Und auch Reden, die heute in diesem Saal gehalten worden sind, kann ich nur so verstehen, daß man aus all dem, was wir früher gesagt haben, heute die entsprechenden politischen Nutzenwendungen ziehen wird.

Meine Damen und Herren, man hat von der Entschließung des Bundestages - so steht das auch in der Mannheimer Erklärung - vom 17. Mai 1972 gesprochen, und man hat von dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundvertrag gesprochen. Ich muß noch einmal darauf hinweisen, weil das vielleicht im Laufe der Zeit vielen aus der Erinnerung geschwunden ist: Wir hatten uns damals im Bundestag bemüht, in die gemeinsame Entschließung ausschließlich Erklärungen aufzunehmen, die aus dem Munde der Regierung kamen: Erklärungen im Bundestag, Regierungserklärungen, Antworten auf Große Anfragen. Ich für mein Teil kann nie vergessen, wie sich die Vertreter der Regierung, als sie mit unserer Delegation in die Diskussionen und in die Schlußformulierung gingen, immer die größte Mühe gaben, uns zu sagen, das, was sie im Bundestag als den Inhalt ihrer politischen Willens- und Meinungsäußerungen formuliert hätten, lasse sich der Sowjetunion gegenüber nicht in der gleichen Weise formulieren. Gerade deshalb war die Hartnäckigkeit unseres Vorgehens und ist die Verfolgung dieser Probleme bis zum heutigen Tag ein wichtiger Teil in der Auseinandersetzung mit der Bundesregierung.

Zum Schluß, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, erlaube ich mir, darauf hinzuweisen, daß Ihnen ein Entschließungsantrag einer Reihe von Kollegen aus der Fraktion zur Europapolitik vorgelegt werden wird, weil wir nach wie vor davon ausgehen, daß die Europapolitik die erste Priorität in unseren ganzen politischen und außenpolitischen Überlegungen und Handlungen haben muß. Helmut Kohl hat gestern gesagt, im Verlaufe der Ostpolitik sei das Gewicht, die Aufmerksamkeit und das Interesse immer mehr auf die Ostpolitik gelenkt worden, und in der Westpolitik habe man in dieser Zeit große Versäumnisse und Versager festzustellen. Unsere Auffassung ist - und das wollen wir auch in der Diskussion auf diesem Parteitag deutlich machen -, daß die CDU und die Fraktion der CDU/CSU die Westpolitik, die Europapolitik, die Bereitschaft, ein starkes Bündnis mit den Vereinigten Staaten nicht nur aus militärischen, sondern auch aus politischen, aus ökonomischen und aus psychologischen Erwägungen zu formulieren, als eines ihrer wichtigsten Ziele und in der Außenpolitik als ein erstes Ziel ansieht. - Ich bedanke mich.

(Beifall)

Dr. Richard von Weizsäcker, Tagungspräsidium: Das Wort hat Walther Kiep, anschließend Franz Amrehn.

Walther Leisler Kiep: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Innen- und Außenpolitik gehören zusammen. Sie stehen gleichrangig nebeneinander. Das ist das Ausgangskonzept der politischen Erklärung, die wir heute hier diskutieren und in die uns Kurt Biedenkopf eingeführt hat.

Für jeden praktisch handelnden Politiker gehören Außen- und Innenpolitik zusammen. Wir brauehnen nur auf die Rolle der Weltwirtschaft für einen Industriestaat wie die Bundesrepublik Deutschland hinzuweisen, um leicht zu erkennen, daß Innen- und Außenpo-

litik eng miteinander verwoben sind. Und so, wie die Wirtschaftspolitik für jeden Staat bestimmt, in welchem Maße er es sich erlauben kann, seine staatlichen Dienstleistungen auszubauen, ist das wesentliche Ergebnis der Außenpolitik eines Staates, wie weit er sich von äußeren Einflüssen bei seiner Entwicklung frei fühlen darf.

Hier wird nach meiner Überzeugung die Alternative der Union deutlich: Weil wir eine freiheitliche, demokratische Ordnung wollen, müssen wir eine Außenpolitik betreiben, die es uns ermöglicht, die Freiheit der Menschen in unserem Land zu erhalten.

Nun hat die SPD seit 1969 versucht, uns die These zu suggerieren, daß ihre Entspannungspolitik die einzig mögliche Außenpolitik ist, die zu einer freiheitlichen Reformpolitik paßt. In der Union gehen wir dagegen davon aus, daß Entspannung und auch Spannung als mögliche Fälle internationaler Entwicklung einkalkuliert werden müssen, damit wir die mühsam aufgebaute politische und soziale Ordnung in der Bundesrepublik, die uns ein bisher nie gekanntes Maß von Freiheit und Wohlstand für unsere Menschen bedeutet, erhalten und auch weiterentwickeln können.

Es wundert mich deshalb nicht, daß die SPD heute ihre außenpolitische Diskussion zunehmend auch über Fragen wie Abschaffung der NATO, Disqualifizierung der Vereinigten Staaten als Bündnispartner und Ablehnung oder Kürzung des Verteidigungshaushaltes führt. Wir müssen uns heute allen Ernstes fragen, ob Schmidt, Genscher und Leber nicht sozusagen Gallionsfiguren für eine politische Entwicklung in der Bundesrepublik sind, bei der allerdings alle wesentlichen Grundlagen außenpolitischer Art ausgehöhlt werden. Wir müssen die Frage stellen, ob Genscher z. B. ohne eine so feste Haltung der CDU/CSU in den wichtigen Fragen der Westpolitik überhaupt imstande wäre, eine solche Politik heute zu führen und bei seinen eigenen Freunden durchzusetzen.

Es sind - ob nun fahrlässig oder bewußt - in den Koalitionsparteien Strömungen gewachsen, die das Grundgesetz unserer Außenpolitik, nämlich die Verbindung von Freiheit und Westbündnis, aufgeben wollen.

Wir nehmen in der Opposition unsere staatspolitische Aufgabe sehr ernst, die Kräfte in der Regierung zu unterstützen, die eine Politik zur Sicherung unserer Freiheit betreiben, und deshalb haben wir dem Verteidigungshaushalt von Bundesminister Leber ausdrücklich zugestimmt. Aber, meine Freunde, in der Wahlkampfauseinandersetzung des Jahres 1976 müssen wir die Wähler in unserem Lande darauf hinweisen, daß wachsende Kreise in der SPD und teilweise auch in der FDP die außenpolitischen Grundlagen verlassen, die unsere Freiheit ermöglicht und 25 Jahre lang gesichert haben.

Meine Damen und Herren, unsere außenpolitischen Ziele haben sich dabei nicht gewandelt: Wir wollen die Selbstbestimmung der Deutschen, und wir wollen die Einheit der Nation. Wir arbeiten für das vereinte Europa und sehen in der atlantischen Gemeinschaft die weltpolitische Grundlage für die Freiheit der westlichen Demokratien.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wissen heute, daß keine Nation die Probleme der Friedenssicherung, der Entwicklungshilfe, des Energiebedarfs, des Umweltschutzes und der Welternährung allein lösen kann. Internationale Zusammenarbeit auf all diesen Gebieten und über die politischen Systeme hinaus ist das Gebot der Stunde in der Weltpolitik. Von

Anbeginn an war die Union mit ihrem politischen Konzept für eine solche Aufgabe, für eine solche Entwicklung voll gerüstet. Wir sind in der Nachkriegszeit nie eine Partei gewesen, die sich auf nationale Interessen eng versteift hätte, sondern waren von Anfang an offen für internationale Zusammenarbeit. Die Historiker werden eines Tages darüber streiten, ob unser Bündnis mit den USA oder die deutsch-französische Zusammenarbeit oder unser Beitritt in die Europäische Gemeinschaft oder der in die NATO eigentlich der ungewöhnlichste außenpolitische Akt in der Nachkriegszeit war. Sicher ist so viel: Unter der Führung der Union hat die Bundesrepublik Deutschland bilateral und in supranationalen Organisationsformen der außenpolitischen Zusammenarbeit gefunden, wie sie in der Geschichte Deutschlands und auch vergleichbarer Länder nie vorgekommen sind. Unsere Politik der internationalen Solidarität, der internationalen Partnerschaft ist, meine Damen und Herren, ein neues Gestaltungsprinzip deutscher Außenpolitik, auf das wir uns berufen können.

Die Frage aber ist zu stellen: Trauen wir uns eigentlich die außenpolitische Diskussion in unseren Reihen überhaupt zu? Der Stil, in dem wir unsere außenpolitische Diskussion führen, muß sich meiner Meinung nach in jedem Falle ändern.
(Vereinzelt Beifall)

Zunächst einmal zur Atmosphäre: Wenn wir unsere politische Kraft zur Analyse, zur nüchternen Bestandsaufnahme der Weltpolitik wiedergewinnen wollen, müssen wir uns zunächst die gemeinsame Grundlage unserer Außenpolitik gegenseitig zuerkennen: Wir wollen unsere Bundesrepublik Deutschland als freiheitlich-sozialen Staat erhalten und den friedlichen Wunsch unseres Volkes nach Wiedervereinigung verwirklichen. Wir sind eine Partei - und wir erklären das in dieser Vorlage, genannt Mannheimer Erklärung, noch einmal ganz deutlich -, für die auch in der Außenpolitik die Menschenrechte eine zentrale Rolle spielen. Soweit ich sehe, ist diese Zielsetzung unserer Außenpolitik in der Union unbestritten.

Wir dürfen aber nun, meine Freunde, um dieser unbestrittenen Zielsetzung willen kein außenpolitisches Frageverbot in der Union einführen, sondern müssen das politische Nachdenken über die Entwicklungen in der internationalen Politik und den richtigen Weg der deutschen Außenpolitik in unserer Partei offenhalten. Es ist die Stärke der Union, daß sie ideologische Verengungen in der Politik ablehnt. Wir dürfen deshalb auch nicht dulden, daß sich bei uns Gruppen mit dem politischen Vorrecht ausstatten, die politische Wahrheit für sich gepachtet zu haben.

(Teilweise Beifall)

Wir dürfen in der Schilderung der Weltlage auch nicht in eine Schwarzmalerei verfallen, sondern müssen die grundsätzliche - und erwiesene - Überlegenheit unserer freiheitlichen Ordnung gegenüber jeder Zwangsordnung mit Selbstbewußtsein vertreten. Es handelt sich nach meiner Überzeugung bei den gegenwärtigen gewaltigen Schwierigkeiten, die nüchtern und realistisch und ohne Verniedlichung eingeschätzt werden müssen, nicht etwa um eine Krise in unserer freiheitlichen Ordnung, nicht um eine Krise unserer Ressourcen und Möglichkeiten, sondern es geht um eine Krise des Willens in Europa und im Westen. Unsere Aufgabe besteht darin, diesen Willen zu mobilisieren.

Das politische Alltagsgeschäft bringt es mit sich, daß Diskussionen sehr weitgehend mit politischen Schlagworten geführt werden.

"Kalter Krieg", "Entspannungspolitik", "Ost-West-Konflikt", "Nord-Süd-Konflikt", "weltpolitisches Dreieck" oder "Viereck" sind solche Versuche, mit Formeln die Welt zu erklären. Es ist diesen Formeln aber eigen, daß sie zwar gewisse Tendenzen richtig treffen, jedoch die außenpolitischen Interessen und damit den Handlungsrahmen für die Außenpolitik eines Landes nicht wiedergeben. Es gehört zu den gefährlichen politischen Fehlentwicklungen, daß zu Beginn der 70er Jahre die außenpolitischen Bemühungen der Regierung Brandt allein und ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Entspannungspolitik gesehen wurde. Diese Verengung der weltpolitischen Perspektive hat sich sehr schnell als falsch erwiesen. In unserer politischen Erklärung, die wir hier vorlegen, weise ich nach, daß die verschiedenen Tendenzen einander so überlagern, daß wir ihnen nach den unterschiedlichen außenpolitischen Aufgabenstellungen jeweils auch unterschiedlich Rechnung tragen müssen.

Da ist zunächst einmal, meine Damen und Herren, die entscheidende Frage unserer Sicherheit. Wie sicher dürfen wir als Bürger der Bundesrepublik Deutschland uns heute fühlen? Wohl zu Recht fühlt sich die Mehrheit unserer Bürger vor Krieg und militärischem Einmarsch heute sicher. Und doch ist unsere Freiheit bedroht, denn die ständig wachsenden Rüstungsanstrengungen der Sowjetunion gefährden das militärische Gleichgewicht in Europa. Dean Acheson hat einmal ausgesprochen, daß militärische Macht politische Schatten wirft. Wir Deutschen und Westeuropäer müssen aufpassen, daß die russischen Schatten nicht so lang werden, daß die innere Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland von ihnen beeinflusst wird. Entspannungspolitik allein ist aber dagegen kein Mittel. Die Bundesrepublik und das westliche Bündnis müssen auf beides, auf Entspannung und auf Spannung, vorbereitet sein. Wir dürfen, meine Freunde, nicht länger fragen: Wieviel Geld haben wir, um unser Land zu schützen?, sondern wir müssen wieder fragen: Wieviel Geld brauchen wir für unsere Sicherheit?

(Teilweise Beifall)

Die Sowjetunion muß dabei erkennen, daß wir im Interesse des europäischen Friedens den Status quo für eine Zeitlang akzeptieren können, daß wir aber die Ausdehnung der sowjetischen Einflußsphäre auf Westeuropa und insbesondere die Bundesrepublik Deutschland nicht hinnehmen können.

(Zustimmung)

Es ist nach meiner Überzeugung allerhöchste Zeit für außenpolitische Initiativen der Bundesrepublik zur Stärkung des westlichen Bündnisses. Nur diese Stärkung des westlichen Bündnisses, meine Freunde, nimmt der Sowjetunion die falsche Hoffnung, sie könnte über die Entspannungspolitik und den Hebel Bundesrepublik Deutschland die Vereinigten Staaten aus Westeuropa hinausdrängen und Westeuropa oder die Bundesrepublik isolieren.

Die Entspannungspolitik in Europa, aber auch in Deutschland und in Berlin hat durchaus Vorteile für die Menschen gebracht, die wir bejahen. Aber wir wissen genau, daß das Berlin-Abkommen und daß die östlichen Zugeständnisse aus dem Grundvertrag ausschließlich von unserer Entschlossenheit abhängen, das NATO-Bündnis zu stärken und auszubauen und die europäische Einigung entschlossen anzustreben. Nur wenn die Sowjetunion erkennt, daß Entspannungspolitik für sie kein Mittel zur Verunsicherung des Westens sein kann, wird sie diese Entspannungspolitik ernst nehmen. Wir müssen uns aber darauf einrichten, daß es in dieser Politik immer wieder Rückschläge geben wird.

Im innerdeutschen Verhältnis hat die Entspannung nur bescheidene Fortschritte gemacht. Wenn wir heute unsere Aufgabe darin sehen, die Verträge mit Leben zu erfüllen, so denken wir dabei besonders und in erster Linie an die Erleichterungen für die Menschen in Deutschland und setzen damit eine Politik fort, die unter Adenauer, Erhard und Kiesinger begonnen wurde. Zu dieser aktiven Politik gehört auch, daß wir uns im anderen Teil Deutschlands, wie es Helmut Kohl gestern auch gesagt hat, über die dortige Lage informieren und Ziele und Absichten der Menschen und der Machthaber im direkten Gespräch kennenlernen. Unsere Besuche in der DDR sind ein sichtbares Zeichen für unsere Landsleute, daß wir unsere geistigen, kulturellen und historischen Gemeinsamkeiten aufrechterhalten und den Gedanken der deutschen Einheit auch in der Praxis nicht aufgeben. Wir werden uns im innerdeutschen Gespräch nach meiner Meinung als Unionspolitiker viel selbstverständlicher und selbstbewußter bewegen müssen, wenn wir die politischen Entwicklungen in Zukunft bestimmen wollen.

Für uns ist Entspannung unteilbar. Sie muß sich in Berlin ebenso bewähren wie in Portugal, bei der KSZE in Genf ebenso wie in unserem geteilten Land. Erfolg oder Mißerfolg der Entspannungspolitik entscheiden sich für uns an der Lage in und um Berlin. Die Erhaltung und Erweiterung der Bindungen und Verbindungen zwischen der Bundesrepublik und Berlin sind der Prüfstein für den Willen der Sowjetunion, ihre Verpflichtungen aus dem Viermächteabkommen ernst zu nehmen. Wir werden aber auch die gesamte westeuropäische Entwicklung im Auge behalten müssen. Die Sowjetunion muß wissen, als die führende Macht des internationalen Kommunismus in Europa werden wir sie für eine etappenweise Errichtung einer kommunistischen Diktatur in Portugal politisch haftbar machen.

Die Entwicklung in Portugal und Berlin, aber auch im innerdeutschen Verhältnis werden wir in den Gesamtzusammenhang der Entspannungspolitik stellen müssen, wenn es darum geht, das Ergebnis der KSZE zu bewerten. Der Westen hat eine Bewährungsprobe bestanden: Er ist entgegen den sowjetischen Erwartungen nicht auseinandergefallen. Von Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa als sinnvolles Ergebnis kann aber nur dann die Rede sein, wenn die Entwicklung in Portugal, in Berlin und in den innerdeutschen Beziehungen damit in einen Einklang zu bringen sind.

Das neu gewonnene Selbstbewußtsein der Entwicklungsländer stellt uns schließlich vor die Aufgabe, den wieder aufflackernden Nord-Süd-Konflikt zu bewältigen. Dieser Konflikt droht in vielen Teilen der Welt den Ost-West-Konflikt an friedensgefährdender Brisanz zu überschatten. Wir müssen durch unser Engagement in der Dritten und Vierten Welt einen aktiven Beitrag zum Frieden in unserer Zeit leisten. Es mag sein, daß Entwicklungspolitik unpopulär ist, aber das liegt wohl daran, daß wir Politiker darüber zu wenig gesprochen haben. In unserer Mannheimer Erklärung bekennen wir uns ausdrücklich zu dieser Politik.

Meine Damen und Herren, der Kurs der Union unter der Führung von Helmut Kohl und mit der Mannheimer Erklärung, wie sie uns Kurt Biedenkopf vorgestellt hat, hat in der politischen Mitte breite Wählerschichten für uns zurückgewonnen. Ich glaube, es ist mit dieser Mannheimer Erklärung gelungen, Ansätze für eine deutliche und klare, aber sachliche Auseinandersetzung in der Außenpolitik und für die außenpolitische Alternative der Union zu geben. Wir sind, wie ich meine, dabei, eine Außenpolitik zu formulieren, die unsere Freiheit für eine neue Zeit der Regierung der Union sichert und die der Union die Möglichkeit gibt, das zweite Kapitel

der europäischen Einigung zu schreiben, nachdem das erste von Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger geschrieben wurde.

(Beifall)

Dr. Richard von Weizsäcker, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren - und damit meine ich insbesondere die auf der Rednerliste stehenden Delegierten -, ich möchte noch einmal eindringlich an Sie appellieren an die nachfolgenden Redner und an die Delegierten zu denken. Wenn wir mit den derzeitigen Zeitspannen fortfahren, werden wir mit der Außenpolitik erst heute abend fertig sein. Das kann aber nicht das Interesse unseres Parteitages sein.

(Beifall)

Es wird völlig unumgänglich sein, von seiten des Präsidiums alsbald eine Redezeitbeschränkung einzuführen,

(Zustimmung)

wenn wir nicht durch Eigenhilfe zu dem von uns allen angesteuer-ten Ziel kommen.

Das Wort hat jetzt Franz Amrehn; danach - ich darf gleich ein paar Namen nennen - die Herren Mertes, Barzel, von Wrangel, Blumenfeld.

Franz Amrehn, bitte!

Franz Amrehn: Herr Vorsitzender! Das Beispiel von Mitgliedern des Präsidiums würde sicher auch auf die schlichten Mitglieder des Parteitages wirken, wenn sie hier heraufkommen und das Wort ergreifen.

(Beifall)

Meine lieben Freunde! Die Forderung nach einem einigen freiheitlichen und demokratischen Europa ist in den Reden unseres Parteivorsitzenden und unseres Fraktionsvorsitzenden zum Schwerpunkt im Rahmen der Außenpolitik gemacht worden, zu einem Schwerpunkt, den dieser Parteitag in vollem Umfange unterstützt. Dementsprechend widmet das Mannheimer Manifest dieser europäischen Frage auch ein komplettes Kapitel.

Meine Damen und Herren und liebe Freunde, der Weg nach Europa ist aber augenblicklich im wesentlichen mit Papier gepflastert, mit Vorlagen, Vorschlägen, Plänen, Entschliefungen und anderen ähnlichen Forderungen auf dem Papier. Je mehr Papier in den letzten Jahren produziert worden ist, desto mehr sind wir von Europa weggekommen. Es läßt sich sagen, daß die Menge des Papiers über Europa ein Indiz dafür ist, wie wenig wir im Augenblick mit der politischen Tat rechnen können, auf die wir alle warten. Machen wir uns nichts vor, als wir oder die Regierungen vor Jahren den Plan einer Wirtschafts- und Währungsunion entwickelt haben und der Meinung gewesen sind, das sei bis 1980 zu verwirklichen, sind wir einem schrecklichen Irrtum erlegen. Heute müssen wir sagen, daß der Stufenplan zur Schaffung einer Währungs- und Wirtschaftsunion in Europa auf der Strecke geblieben ist. Wir müssen ganz von vorne anfangen; wir stehen wieder beim Jahre 1969. Auch der Agrarmarkt, der doch so ein einigendes Band bildet, geht nur noch weithin auf den Krücken nationaler Subventionen und bildet keinen europäischen Markt im eigentlichen Sinne mehr.

Dies, meine Freunde, ist zunächst einmal die Ausgangslage, die wir klar sehen müssen. Dennoch bleibt wahr, die nationalen Souveränitäten des freien Europa lassen sich nur retten, wenn sie Bestandteil einer größeren, einer mächtigeren Souveränität der Europäischen Union werden. Ich kenne keinen Festlandpolitiker, der diese Einsicht nicht hätte, der nicht wüßte, worum es geht, dem nicht bewußt wäre, daß davon das Schicksal Europas abhängt.

Aber die Tragik Europas besteht darin, daß heute keine Regierung des freien Europa imstande ist, die Führungsrolle dafür zu übernehmen, daß aus nationalen Souveränitäten endlich europäische Souveränitäten gebildet werden, daß der große politische Sprung einer wirklich historischen Tat in Europa erfolgt.

(Beifall)

Wenn es eine Begründung dafür gibt, daß in unserem Lande die Christlich Demokratische Union wieder die Regierung übernehmen muß und daß auch in anderen freiheitlichen europäischen Ländern die Christenunion die bestimmende Kraft bleiben oder werden muß, dann deshalb, weil nur sie kraft ihrer Geschichte und kraft ihrer Zielsetzung in der Lage sein wird, Europa den neuen politischen Impuls zu geben, ohne den wir in Europa nicht weiterkommen.

(Beifall)

Für diesen Weg nach Europa lassen Sie mich wenigstens noch zwei Wegmarkierungen setzen. Ich sagte, wir sind bei der Währungs- und Wirtschaftsunion einem Irrtum erlegen. Dieser Irrtum bestand auch darin, daß wir geglaubt haben, wir kämen von einer Zollunion und einer wachsenden Wirtschaftsunion ganz automatisch zur politischen Union. Das war falsch und bleibt auch für die Zukunft falsch. Es gibt keine währungs- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen von dauerndem Bestand für Europa, wenn sie nicht auf Grund einer politischen Entscheidung, die vorangehen muß, getroffen werden, auf Grund eines politischen Zusammenschlusses, auf Grund einer politisch-europäischen Souveränität, die notwendig ist, um alle anderen Fragen und Bemühungen europäischer Einigung zu leiten, zu lenken und zu bestimmen.

Der Weg muß also umgekehrt gegangen werden: vorweg die Forderung nach einem europäischen politischen Entscheidungszentrum, das alle anderen Fragen der verschiedensten Gebiete entscheidet, d.h. lenkt und leitet. Dann kommt auch die Wirtschafts- und Währungsunion zustande.

(Beifall)

Das zweite und letzte: Meine Freunde, das politische Entscheidungszentrum Europas wird nicht zustande kommen durch theoretische oder utopische Pläne, auch nicht durch idealistische Vorstellungen und Entwicklungen am grünen Tisch auf dem Papier; sondern das politische Entscheidungszentrum wird zustande kommen auf der Grundlage der politischen Möglichkeiten, der Realitäten, die wir heute im Westen Europas vorfinden. Deswegen wird ein Entscheidungszentrum mit europäischer Souveränität nicht nur wachsen können als selbständige, abstrakte, losgelöste europäische Souveränität, sondern nur zusammenwachsen und gebildet werden können aus den nationalen Souveränitäten, die zu einer gemeinschaftlichen Souveränität zusammenkommen müssen.

Dafür ist heute ein Ansatzpunkt - nach meiner Überzeugung der einzige Ansatzpunkt - jener Europäische Rat, der sich vor kurzem aus den europäischen Regierungschefs und Präsidenten gebildet

hat und in dessen Hand die höchste politische Autorität liegt, die wir zur Zeit haben. Seine Entschlüsse lassen sich von allen anderen denkbaren noch am ehesten in den nationalen Körperschaften durchsetzen, bis hin zum Ziel eines europäischen Parlaments. Deswegen bin ich der Meinung, daß wir in diesem Zusammenhang im Augenblick auch auf der Grundlage und zur Pflege der deutsch-französischen Zusammenarbeit die Mühen und Anstrengungen des europäischen Entscheidungszentrums in der Form des Europäischen Rates unterstützen sollten, weil wir hier eine Chance haben.

Es hieß heute zwar: keine Entscheidungen ohne politisches Risiko; das gehen wir hier auch ein. Aber dieser Weg des Risikos ist zugleich die große Chance, um nach der Übernahme der Regierungsmacht in unserem Lande durch die Christenunion wieder auf dem Weg zu einem Europa zu kommen, für das zu arbeiten sich lohnt und das die Souveränitäten der einzelnen Nationalstaaten für die Zukunft gewährleistet.

(Beifall)

Dr. Richard von Weizsäcker, Tagungspräsidium: Das Wort hat Alois Mertes.

Dr. Alois Mertes: Meine Damen und Herren! Die Fragen der Außenpolitik sind die Fragen nach Sicherheit und Frieden! Kurt Biedenkopf wie auch Gerhard Schröder haben recht, wenn sie gesagt haben, daß die Frage der Außenpolitik bei der Bundestagswahl 1976 von entscheidender Bedeutung sein wird. Weil dem so ist, muß die CDU/CSU klarmachen, was sie an gemeinsamen Positionen mit der Bundesregierung und den anderen demokratischen Parteien hat. Aber sie muß vor allen Dingen auch deutlich sagen, was sie von den anderen unterscheidet; denn der Wähler möchte eine Antwort auf diese Frage haben, und daher möchte ich mich dieser Frage ganz kurz widmen.

"Alternative '76" kann in Fragen der Außenpolitik weder totale Konfrontation noch, wie es in der Mannheimer Erklärung heißt, Ausweitung des Konsenses bedeuten. Die Ausweitung des Konsenses ist selbstverständlich. Zu wesentlichen Fragen gibt es keine Alternative: zur Friedensliebe, zum Grundgesetz, zur NATO, zur politischen Einigung Europas.

Ich sehe auch konkrete Felder, wo wir mit der Regierung zusammenarbeiten könnten und das teilweise auch schon tun: in Fragen der Nahostpolitik, in Fragen der UNO.

Alternativen - so hatte Willy Brandt gesagt - brächte er in der Frage der Deutschlandpolitik. Die Beweislast dafür, daß in der Ost- und Deutschlandpolitik die bessere Alternative gegeben war, hatte die Regierung Brandt/Scheel zu erbringen. Es war immer töricht zu fragen: Wo ist eure Alternative? Zwanzig Jahre haben wir mit den demokratischen Parteien eine gemeinsame Deutschlandposition bezogen. Diese wurde im Herbst 1969 zerbrochen. Die Beweislast für die bessere Alternative liegt deshalb im Lager der Koalition. Aber nachdem inzwischen die Verträge ratifiziert sind, werden wir diese Verträge selbstverständlich in positiver Gesinnung einhalten.

Ich möchte nun zu einem speziellen Bereich der Außenpolitik Stellung nehmen, wo mir die Möglichkeit gegeben scheint, der

deutschen Öffentlichkeit, dem Wähler, klarzumachen, welches die spezifische, die besondere Position der CDU/CSU ist. Dieser Bereich liegt meines Erachtens im Verhältnis zum Osten und im Verhältnis zur Sowjetunion. Die Sowjetunion ist eine Macht, die ihre Interessen sehr klar definiert, die sie offen darlegt. Die sowjetische Politik hat verschiedene Vorteile. Sie ist berechenbar, sie lehnt Risiken ab, aber sie stellt auch ihre Ziele und die Kriterien ihres politischen Urteils klar.

Infolgedessen muß es immer ein vornehmes Ziel deutscher Außenpolitik sein, zur Sowjetunion ein klares, ein berechenbares Verhältnis zu haben. Dieses aber - Konrad Adenauer hat das schon immer gesagt - ist nur zu erreichen, wenn wir uns in ganz wesentlichen Punkten anders verhalten, als es die Koalition von SPD und FDP seit 1969 getan hat. Adenauer hat immer gesagt: Nach den Vertragsbrüchen Hitlers gegenüber dem Westen und gegenüber dem Osten muß eindeutige Vertragstreue oberstes Ziel deutscher Außenpolitik sein.

(Vereinzelter Beifall)

Er hat hinzugefügt: Gerade weil auf Deutschland die Hypothek der Vertragsbrüchigkeit lastet, müssen deshalb aber auch die Verträge eindeutige Inhalte haben. Auf diesem Gebiet hat nach unserer Auffassung die Koalition von SPD und FDP entscheidend gesündigt.

Eindeutige Vertragstreue, eindeutige Vertragsinhalte - das war auch das Motiv für das Verhalten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von 1970 bis 1972, bis zur Ratifikation der Ostverträge. Ich möchte diesen Punkt, weil er uns immer wieder belastet - auch heute morgen belastet hat -, einmal kurz klären, und zwar im Sinne des Helfens, dieses Problem zu überwinden.

Wir haben als CDU/CSU-Fraktion schon im Frühjahr 1970 bohrende Fragen unter Rainer Barzel an die Bundesregierung gerichtet. Weil diese Fragen gestellt wurden, mußte die Bundesregierung schon vor Abschluß des Moskauer Vertrags den Nachweis erbringen, daß dieser Verfassungskonform ist. Es gibt einen Brief zur deutschen Einheit, zum Moskauer Vertrag und zum Grundvertrag, weil die CDU/CSU-Fraktion im Frühjahr 1970 ihre Pflicht getan hat. Rainer Barzel, Franz Josef Strauß, Kurt Georg Kiesinger haben bohrende Fragen gestellt. Diese haben sich dahin gehend ausgewirkt, daß die Bundesregierung dem Bundestag mit dem Vertrag den Brief zur deutschen Einheit als Teil des ganzen Vertragswerks vorlegen konnte.

An dieser Stelle muß ein Wort zu Mai 1972 gesagt werden. Die Doktorarbeit über das Verhalten der CDU/CSU 1972 zu den Ostverträgen wird eine der schwierigsten Doktorarbeiten sein. Es wird immer ein historischer Diskussionsgegenstand bleiben. Aber wir sollen doch folgendes festhalten. Die CDU/CSU-Fraktion war wegen der klaren Haltung ihrer Führung in den Jahren 1970 bis 1972 bis zu Vetostärke von 248 angestiegen. Aber tragisch war, daß der Fraktionsvorsitzende Ende April 1972 wußte, daß es eine winzige Minderheit von Kollegen gab, die es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren konnten, zum Moskauer Vertrag nein zu sagen. Infolgedessen stellte sich für die CDU/CSU-Fraktion die Frage, ob sie die Verträge nun mit einer Minderheit passieren lassen oder das Gespräch mit der Bundesregierung aufnehmen sollte, um einen Interpretationstext zu bekommen, der dazu führt, daß in Zukunft unsere Auslegung des Moskauer Vertrags von Moskau nicht als Vertragsbruch ausgelegt werden kann. Die Zustimmung zu dieser Verhandlung mit der Bundesregierung haben CDU- und CSU-Führung ge-

geben. Dann ist darüber verhandelt worden. Das Ergebnis dieser Verhandlung ist die gemeinsame EntschlieÙung, die von der Mannheimer Erklärung neben dem Grundvertragsurteil, das wir den Bayern und Franz Josef Strauß verdanken, zu Recht als ein elementares Stück der Interpretation der Ostverträge bezeichnet worden ist.

Ich lege deshalb Wert darauf, weil die CDU/CSU in dieser Frage die Schlachten der Vergangenheit nun wirklich nicht mehr schlagen sollte,

(Beifall)

sondern die große politische Leistung hervorheben sollte, die darin besteht, daß der Moskauer Vertrag auf eindeutiger Grundlage ausgelegt werden kann.

Meine Damen und Herren, der zweite Punkt, der uns von der Bundesregierung, von SPD und FDP meines Erachtens unterscheidet, ist der folgende. Es ist die Auffassung jeder guten Politik, daß bei Vertragsabschlüssen Leistung und Gegenleistung, Nutzen und Vorteil einigermaßen ausgewogen sein müssen. In diesem Sinne haben wir die Ostverträge früher kritisiert. Aber heute sagen wir, daß das, was von der anderen Seite geleistet worden ist, natürlich auch erbracht worden ist; ich komme darauf noch zurück.

(Zurufe: Schluß machen!)

Schwerwiegend ist dabei, daß wir als CDU eindeutig bekunden müssen, daß Leistungen im Bereich des Rechtlichen nicht Zwirnsfäden sind, die wir weggegeben haben, sondern schwerwiegende politische Leistungen sind. - Da mir zugerufen wird, ich solle Schluß machen, möchte ich nur noch mit einem Wort erwähnen, was ich in der künftigen Zusammenarbeit zwischen Fraktion und Konrad-Adenauer-Haus, d.h. CDU, für wesentlich halte.

Meine Damen und Herren, Außenpolitik ist natürlich eine Frage des Grundsätzlichen. Außenpolitik ist eine Frage des politischen Instinkts. Außenpolitik ist aber auch - das hatte Willy Brandt vergessen, und das hat er bewußt mißachtet - eine Frage des Sachverständs, der sich aus der wöchentlichen Konfrontation mit der Bundesregierung in den Ausschüssen und durch die Diskussion in der außenpolitischen Kommission unserer Partei ergibt.

Meine Bitte an den Generalsekretär ist, daß zwischen uns natürlich niemals Unfehlbarkeitshaltungen sein dürfen, daß der Dialog stattfindet und es nach der Meinungsbildung zu einer geschlossenen Position kommt, so daß man weiß: Dies ist die außenpolitische Linie der CDU/CSU, und jenes ist eine abweichende Meinung. Ich finde, wir müssen dies in aller Offenheit klar sagen. Dann werden wir mit einer klaren Position und mit der Chance, auch auf diesem Gebiet zu überzeugen, in den Bundestag gehen können.

(Beifall)

Dr. Richard von Weizsäcker, Tagungspräsidium: Das Wort hat Rainer Barzel.

Dr. Rainer Barzel (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Liebe Freunde! Ich melde mich nach einer arbeitsreichen Zeit als "freischaffender Künstler" nun zum Dienst in geordneteren Verhältnissen wieder zurück.

(Beifall)

Eigentlich hatte ich nicht vor, hier zu sprechen. Ich bin aber in dieser Diskussion mehrfach angesprochen worden. Deshalb möchte ich ein paar Worte sagen. Ich suche von mir aus keinen Streit. Was mich betrifft, so halte ich es mit dem Berliner Taxifahrer: "Det dürfense jar nicht ignorieren!"

Ich glaube nur, daß wir miteinander offensichtlich nicht nach vorn kommen, wenn das Gelände hinter uns nicht klar ist. Deshalb möchte ich etwas zu zwei Dingen sagen, zu denen ich angesprochen worden bin. Ich sage es ganz kurz. Ich hoffe, Sie empfinden dies alle wie meine Haltung in diesen zwei Jahren als einen Dienst an unserer Idee. Und der Dienst an unserer Idee muß immer auch ein Dienst an der Wahrheit sein.

(Beifall)

Ich starte nicht im Wettbewerb um den Rechthaber der Nation; da sind viele unterwegs. Und ich suche auch keinen Beifall. Ich weiß nur, meine Freunde, daß all das, was wir hier an Gutem gesagt und gewollt haben und auch heute und morgen noch tun werden, nur Früchte tragen wird - und ich weiß, wovon ich spreche -, wenn wir ein beispielhaftes Zusammenstehen an Solidarität und Treue mit allen haben und wenn es da keine weißen Flecken gibt.

(Beifall)

Denn, meine Freunde, unsere Gegner haben sich nicht verändert. Die Männer, die Verrat bezahlten, die seit Saarbrücken tätig waren, die jetzt dieses Abhören organisiert haben, - sie alle sind tätig. Das wird an uns nur abregnen, wenn wir zusammenstehen. Meine Freunde, die CSU, unsere Schwesterpartei, mit der ich lange und gut zusammengearbeitet habe, leitet ihr Papier mit den Worten ein - ich zitiere -:

"Die Bundestagswahl 1976 wird für lange Zeit das Schicksal Deutschlands und weitgehend Europas bestimmen".

Ich stimme dem zu und füge nur noch hinzu: Unsere persönliche Haltung muß dem Ernst dieser Aussage entsprechen.

(Beifall)

Meine Freunde, wir werden eine Mehrheit nur erreichen - und ich glaube, wir können und werden eine Mehrheit erreichen -, wenn unsere Aussagen über die Sorgen, Gefahren und Krisen durch die Ernsthaftigkeit unseres Umgangs miteinander ebenso überzeugen wie durch unsere handfesten Alternativen. Wo, meine Freunde, Not und Gefahr sind - und, ich glaube, diese sind gegeben -, da heißt die Parole: Alle Mann an Bord! Da ordnet sich dann jeder zu Dienst und Pflicht ein. Nur wenn dies alle tun, wird uns die Sorge geglaubt; nur wenn dies alle tun, können wir vor dem C bestehen wie vor dem anspruchsvollen Satz, daß es um Deutschland gehe.

(Beifall)

Zu den sozialen Dingen werden sicher andere sprechen.

Nur noch ein Wort

- ich hoffe, es ist unter uns das letzte zu diesem Thema - hinsichtlich der Verträge. Meine Freunde, ich habe vor den Unterschriften unter die Verträge gekämpft - und zwar, wie ich glaube, mehr als andere -, und ich habe eingewirkt. Der Brief zur deutschen Einheit, von dem Alois Mertens eben freundlicherweise sprach, ist unser Werk.

Es ist natürlich gut - und wir freuen uns darüber -, wenn Außenminister Genscher dies vor den Vereinten Nationen so sagt, wenn der Herr Bundespräsident dies vor dem Senat und dem Repräsen-

tantenhaus in den USA so sagt. Wenn dies unser Werk war, sollten wir auch den Weg dorthin, wie ich glaube, nicht vergessen.

Was für den Brief zur deutschen Einheit gilt, gilt auch im Hinblick auf einige Punkte des Berlin-Abkommens, die die Folge unseres positiven Einwirkens sind. Ich möchte es noch einmal sagen: Keiner hat vor der Ratifizierung ein größeres persönliches Risiko auf sich genommen als ich. Im Patt des Frühjahrs 1972 gelang es, dem Vertragswerk die giftigen Zähne zu ziehen und böswillige Interpretationen durch den zitierten völkerrechtlich wirksamen Beschluß des Bundestages unmöglich zu machen. Diese Verträge sind so wirksam, wie Kurt Georg Kiesinger dies im Bundestag bei der Schlußabstimmung sagte: Gewaltverzicht, Modus vivendi, ohne Vorwegnahme einer endgültigen Regelung durch Selbstbestimmung und Friedensvertrag. So ist also durch uns eine aktive Deutschlandpolitik, wie sie uns Grundgesetz und Programm aufgeben, möglich geblieben.

Meine Freunde, Verfassung, westliches Bündnis, Europäische Gemeinschaft und dieses Vertragswerk sind Rahmen und operative Grundlage für eine konkrete und reale deutsche Friedenspolitik. Abbau von Gegensätzen durch mehr Freizügigkeit, durch mehr Freizügigkeit zu mehr Freiheit, durch mehr Freiheit zu mehr Selbstbestimmung, durch mehr Selbstbestimmung zu mehr Einheit - so haben wir es vor einigen Jahren formuliert. Und daraus wurden die Verhandlungen über Korb 3 in Genf. Schauen wir uns die Ergebnisse genau an. Aber hören wir nicht auf, meine Damen und Herren, meine Freunde, davon zu sprechen. Ich für meinen Teil sage schlicht: Ich achte unsere Bundesrepublik Deutschland und bin bereit, sie zu verteidigen. Mein Vaterland heißt Deutschland.

(Beifall)

Ich habe nicht die Absicht - obwohl Anlaß dazu bestünde -, hier Memoiren vorzutragen. Memoiren soll man - weil sie nur dann interessant sind - nur schreiben, wenn sie auch indiskret sind, und indiskret darf man erst werden, wenn man nichts mehr vor hat. Das ist bei mir aber nicht der Fall, meine Freunde.

(Heiterkeit und Beifall)

Deshalb möchte ich heute hier nur dazu beitragen, die Tretminen, die offensichtlich von vorgestern immer noch im Gelände liegen und unseren Angriff nach Morgen stören können, wegzuräumen. Deshalb nur diese Fakten:

Erstens. Wir hatten - nach Treu und Glauben - eine Mehrheit für das konstruktive Mißtrauensvotum.

Zweitens. Wir hatten keine Mehrheit gegen die Verträge

Drittens. Wir hatten durch die EntschlieÙung die Chance, eine völkerrechtlich wirksame Interpretation zu erhalten. Wir standen vor der Frage: Verträge ohne Interpretation oder Verträge mit Interpretation? Wir - ich sage bewußt: wir - haben uns für die Interpretation entschieden.

Viertens. Die Stimmenthaltung ging nicht auf meinen Vorschlag zurück.

Fünftens. Die EntschlieÙung, ein völkerrechtlich wirksames Dokument, hat gerade in diesen Wochen im Vatikan vor der Reise von Erzbischof Casaroli in die DDR ihre Wirksamkeit erneut bewiesen.

Meine Freunde, ich möchte deshalb nur einige Sätze wiederholen - die Passage insgesamt ist länger -, die ich hierzu in meiner Abschiedsrede im Juni 1973 vor dem Parteitag gesagt habe. Ich

habe damals unter Ihrer freundlichen Zustimmung gesagt - ich zitiere -:

Ich habe nochmals die Unterlagen aus diesen Tagen durchgesehen. Guten Gewissens habe ich sie weggelegt. Unsere Bemühung hatte und hat zur Folge, daß eine Deutschlandpolitik nach dem Grundgesetz und nach unserem Programm möglich bleibt. Ich füge hinzu: Wäre man damals meinem Rat, den ich gab, ganz gefolgt, sähe es auch in anderen Fragen - so in der Koalitionspolitik - anders aus.

Ich zitiere dies, ohne dazu Näheres auszuführen.

Meine Freunde, wir haben in der Mannheimer Erklärung gute Sätze dazu, denen ich zustimme. Wir haben im Papier der CSU gute Sätze dazu, denen ich zustimme. Wir haben gestern mit unser aller Jubel unserem Vorsitzenden Kohl zugestimmt, als er über die Entschliebung und das Grundvertragsurteil sagte, dies seien die operativen Instrumente einer aktiven Politik. Dies fand unseren Beifall. Meine Freunde, machen wir nun Schluß damit, nach hinten zu blicken. Schauen wir nach vorne! Guten Gewissens können wir dies tun.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, wir alle - ich will dies, obwohl es eigentlich überflüssig ist, doch noch sagen, damit es keine Mißverständnisse gibt - wir alle müssen und werden unserer Führung den Rücken stärken. Ich werde Helmut Kohl unterstützen. Meine Freunde, wir stehen, wie ich denke, zu unserer Geschichte. Dazu gehört auch, wie es in der Erklärung heißt, die Geschichte unserer Partei. In dieser Geschichte gibt es auch die Periode von 1969 bis 1973. Sie war sicherlich nicht die beste Periode; sie war wahrscheinlich auch nicht die schlechteste; ganz bestimmt aber war sie nicht die leichteste Periode. Meine Freunde, was wir brauchen, ist Treue und Solidarität - und nichts davon ist als Einbahnstraße wirksam!

Anhaltender lebhafter Beifall)

Dr. Richard von Weizsäcker, Tagungspräsidium: Das Wort hat Olaf von Wrangel. Ihm folgt Erik Blumenfeld. Nach diesen beiden Reden treten wir sodann in die Mittagspause ein.

Baron Olaf von Wrangel: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Rainer Barzel hat eben in sehr eindrucksvoller Weise gesagt, wir sollten und müßten den Blick jetzt nach vorn richten. Ich glaube, daß gerade dieser Parteitag viel dazu beitragen kann, die Zeichen für die Alternativen in der Deutschlandpolitik der nächsten Jahre zu setzen. Ich bedanke mich - auch im Namen vieler Freunde - bei unserem Parteivorsitzenden und bei unserem Generalsekretär dafür, daß sie der Deutschlandpolitik in dieser Partei wieder einen höheren Stellenwert gegeben haben. Vielen Dank dafür!

(Beifall)

Meine Freunde, lassen Sie mich zu Beginn eines sagen. Wir, die wir uns in der CDU/CSU-Fraktion Tag für Tag mit diesen Fragen befassen, sind der Meinung, daß mit dem fahrlässigen Umgang der Berlin-Frage in allen Folgeverträgen Schluß gemacht werden muß.

(Beifall)

Wir haben auch nicht die Absicht - deshalb beraten wir ja hier -, die Deutschlandpolitik Träumern, Volksfront-Idealisten oder kurzatmigen, manchmal ziellosen Machern zu überlassen. Wir

gehen von der Position aus, die unser Vorsitzender gestern klar umrissen hat: Wer denn außer freiheitlichen Demokraten in der Bundesrepublik Deutschland kann die moralische, nationale, demokratische Sorgepflicht für unser ganzes deutsches Volk übernehmen? Dies können nur wir. Dies kann nur eine CDU in Geschlossenheit.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, mir liegt daran, Ihnen heute in einem ganz kurzen Beitrag zu sagen, daß wir auch mit der verhängnisvollen, gewollten Begriffsverwirrung Schluß machen müssen, die in der außenpolitischen und deutschlandpolitischen Diskussion um sich gegriffen hat. Es geht hier ja gar nicht um Normalisierung, denn unter Normalisierung und Koexistenz und auch Entspannung verstehen die Kommunisten etwas ganz anderes als das, was wir als Demokraten darunter verstehen.

Weil das so ist, meine Freunde, glaube ich, daß wir jetzt, wenn es um die Folgeverträge geht, das einbringen müssen, was wir als Demokraten in den innerdeutschen Dialog einzuführen haben. Die Folgeverträge dürfen uns nicht von der DDR diktiert werden. So gesehen, geht es doch wohl zunächst, wenn ich es richtig sehe, wenigstens um ein Mindestmaß an Reduzierung der schlimmsten Unmenschlichkeit in Deutschland.

Deshalb glaube ich, daß es erstens unverzüglich notwendig ist, damit nicht länger Menschen, wie es geschehen ist, ertrinken oder getötet werden, sofort ein Abkommen zur gegenseitigen Hilfeleistung anzuregen. Deshalb glaube ich zweitens, daß wir den Versuch machen sollten, eine gemeinsame humanitäre Hilfe anzuregen, damit wir wenigstens dazu beitragen können, das Elend in der Welt zu lindern. Meine Freunde, ich sprach von Begriffen. Wir müssen - drittens - auch den Begriff der Gewalt so definieren, daß das Töten in Deutschland endlich aufhört.

(Beifall)

Viertens: Ist es nicht unsere Pflicht, endlich dafür zu sorgen, daß die vielen Absichterklärungen, Briefe, Protokolle und andere Anhänge zu den Verträgen rechtsverbindlich in die Abkommen eingeschlossen werden? Warum sollten wir nicht z.B. wieder einen Redneraustausch anregen? Wir haben uns nicht zu fürchten. Wir sollten hier viel offensiver sein. Aber offensichtlich fürchten sich die kurzatmigen Macher.

Fünftens: Ich glaube, zu den Folgeverträgen gehört ferner, daß wir uns mit großer Entschiedenheit auch vor einem Kulturabkommen für den Zeitungs-, den Bücheraustausch und den Austausch von Künstlern und Wissenschaftlern aussprechen.

Erlauben Sie mir, daß ich einen sechsten Punkt nenne, den wir im Bundestag gemeinsam vorgetragen haben, den aber die Koalition offenbar nicht aufgreifen wollte. Hier wurde Opportunität vor die Möglichkeit gestellt, in der deutschen Frage konkrete Dinge voranzubringen: ich meine ein deutsch-deutsches Jugendwerk.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich als siebenten Punkt folgendes nennen. Ich bin der Meinung, daß zum Abbau der schlimmsten Unmenschlichkeit auch das Folgende gehört: Es ist richtig, wenn wir sagen - und wir müssen es sagen - : Schluß mit dem Schießbe-

fehl, mit den Minenfeldern und mit den Selbstschußanlagen! Aber, wie wäre es denn, wenn wir sagten: Solange die andere Seite - das ist schon schlimm genug und unerträglich - ihre Bürger in der DDR einsperrt, wollen wir wenigstens einen gewaltfreien Streifen von der Ostsee bis Bayern haben, damit endlich einmal das Töten in Deutschland aufhört.

(Beifall)

Ich entsinne mich noch - Herr Bundeskanzler Kiesinger wird es wissen - , daß der damalige Bundeskanzler, der frühere Außenminister Schröder und viele von uns gesagt haben: Wir sind bereit, Verträge zu schließen. Aber es geht um die Qualität der Verträge. Verträge, die unterschiedlich interpretiert werden, tragen den Keim eines neuen, gefährlichen Kalten Krieges in sich.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich glaube , die Zeit der Deklamationen ist vorbei. Lassen Sie uns gemeinsam eine Alternative für die Bundesrepublik Deutschland und für unser ganzes deutsches Vaterland vertreten!

(Beifall)

Dr. Richard Freiherr von Weizsäcker, Tagungspräsidium:

Das Wort hat Erik Blumenfeld.

Erik Blumenfeld: Herr Präsident! Meine Freunde! Die Mannheimer Erklärung hat der Außenpolitik und in der Außenpolitik der Europapolitik eine große und gewichtige Aufgabe zugewiesen. Ich meine, wir sollten heute - mein Freund Franz Amrehn hat das schon getan - endlich sagen, was wir eigentlich unter dieser Europapolitik verstehen. Welches Europa wollen wir angesichts der großen Aufgaben? Ich stelle diese Frage, weil wir in immer größerem Ausmaß vor die Alternative gestellt werden, Europa in einem großen Zoll- und Wirtschaftsverband mit steigender Mitgliederzahl, dafür aber abnehmender Renationalisierung sich dahin entwickeln zu sehen, daß Forderungen nicht an sich selbst, sondern Wünsche an den anderen, an den Nachbarn, gerichtet werden.

Wir, meine Freunde, haben seit Konrad Adenauers Zeiten einen politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß gefordert, der als Gewicht eigener europäischer Prägung das Bündnis mit den Vereinigten Staaten im Atlantischen Pakt stabilisieren und stärken und damit der sowjetischen Umarmung widerstehen kann. Unsere Politik will einen europäischen Bundesstaat mit demokratischer Verfassung und einem direkt gewählten Parlament mit echten Befugnissen. Ich glaube, wir müssen hier auch deutlich sagen, daß wir uns den höchst ernstzunehmenden Versuchen widersetzen wollen und müssen, die auf ein sozialistisches Europa als angeblich höchster Form uneingeschränkter Glücksgefühle der Menschen in Europa abzielen. Nein, Herr Präsident, ich meine, daß die Freiheit in und für Europa nur in einer pluralistischen Demokratie möglich ist. Sie ist nur so vorstellbar und durchsetzbar.

Dies führt mich zu zwei kurzen abschließenden Bemerkungen. Ich meine, daß wir bereit sein müssen, wenn wir, wie wir alle hoffen und wünschen, im nächsten Jahr die Führung in diesem unserem Lande wieder übernehmen, in der Europapolitik auch mit weniger

als den Neun die großen unabwendbaren Aufgaben und Entscheidungen in und für Europa zu treffen. Wir können, wir dürfen es uns nicht mehr leisten, auf Regierungen zu warten, die aus innenpolitischen, aus wirtschaftlichen oder auch aus ideologisch strukturierten Gründen nur bedingt handlungsfähig sind. Wir dürfen den Fortschritt nicht aufhalten. Auf der anderen Seite werden wir für die Mitglieder, die im Verbund mit den anderen EG-Mitgliedsstaaten nicht sofort mitziehen können, offen bleiben und offen bleiben müssen, damit sie sobald wie möglich wieder zu uns stoßen. Ich sage das im wesentlichen im Hinblick auf die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Vorhin war von der besonderen deutsch-französischen freundschaftlichen Beziehung die Rede. Ich unterstreiche das. Wir werden aber gerade mit unseren französischen Freunden und Nachbarn in dieser Frage ein sehr ernstes und sehr deutliches Wort sprechen müssen.

Ohne eine gemeinschaftliche Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird Europa kein verlässlicher Partner im Atlantischen Bündnis sein.

(Beifall)

Dem sollten wir nicht nur verbal mit dem zustimmen, was wir sagen, sondern dafür sollten wir einstehen und agieren. Meine Freunde, lassen Sie mich mit einem Satz abschließen: Wir wollen Europa noch in dieser Generation. Das ist unsere Alternative zu Helmut Schmidt und Willy Brandt.

(Beifall)

Dr. Richard von Weizsäcker, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir werden die Diskussion nach der Mittagspause fortsetzen. Ich darf gleich die ersten fünf Redner bekanntgeben; es sind dies die Herren Narjes, Jahn, Todenhöfer, Wörner und Klepsch. Ich unterbreche die Sitzung. Wir werden sie pünktlich um 14 Uhr wieder aufnehmen.

(Schluß der 4. Plenarsitzung: 12.32 Uhr)

Dienstag, 24. Juni 1975

5. Plenarsitzung

Beginn: 14.02 Uhr

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Ich eröffne die 5. Plenarsitzung. Meine Damen und Herren, es tut mir leid, daß wir noch nicht ein gefülltes Plenum haben. Ich darf ankündigen, daß wir zum Teil Außenpolitik noch 12 Wortmeldungen haben. Vielleicht darf ich jemanden ermuntern, einen Antrag auf Schluß der Rednerliste zu stellen; der wird dann hier oben wohlwollend geprüft werden.

Herr von Weizsäcker hat am Vormittag schon fünf Redner angekündigt. Ich frage, ob Herr Dr. Narjes da ist, der als erster das Wort nehmen wollte. Im Protokoll wird alles stehen. Wir müssen zügig vorankommen.

Herr Dr. Narjes hat das Wort. - Weil wir so wenige sind, begrüßen wir ihn mit einem Vorapplaus.

(Beifall)

Dr. Karl-Heinz Narjes: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank für den Applaus. Wenn ich trotz Ihrer Mahnung, Herr Vorsitzender, zu Europa und Außenpolitik ein Wort sage, so deshalb, weil in der Tat die außenpolitische Thematik in der Vergangenheit zu kurz zu kommen drohte und die Sicherung des äußeren Friedens, die Sicherung unseres Wohlstandes in einer sich immer enger verflechtenden Weltwirtschaft und die Sicherung unserer Unabhängigkeit Ziele von mindestens gleichwertigem Rang sind, wie die der Innenpolitik.

Auf diesem Hintergrund einige nüchterne Bemerkungen zur Lage in Europa! Europa leidet - lassen Sie es mich so deutlich ansprechen - u. a. an vier Übeln. Erstes Übel: Es gibt eine unerträgliche Heuchelei der Sonntagsreden und Festansprachen.

(Beifall)

Der Abstand zwischen Wort und Tat in Europa ist noch viel größer, als selbst ein skeptischer Wähler es sich vorstellen kann. Insbesondere gibt es Dinge, die nicht angesprochen werden dürfen, aber angesprochen werden müssen, damit wir uns über die Zukunft keine Illusionen machen. Ich denke nicht zuletzt an die Tatsache, daß immer noch - aus dem 19. Jahrhundert herkommend - ein Anspruch auf Hegemonie, auf Beherrschung der Nachbarn besteht, was zu gut deutsch auch heißt: Verweigerung demokratischer Gleichheit.

Das zweite Übel ist die Überbetonung des technokratischen Details. Das ist nicht die zwangsläufige Folge abgeschlossener Verträge, sondern das Ergebnis der Schwäche der Regierungen, die sich nicht gegenüber ihren Verwaltungen und den kleinlichen Interessen durchsetzen können. Das ist aber auch das Ergebnis des Mißtrauens, den Gemeinschaften das normale Geschäft zu übergeben, das ihnen zukommt. Man behält sich deshalb für die kleinlichsten Angelegenheiten die Gesetzesform vor.

Das dritte Übel ist die Mittelmäßigkeit der europäischen Regierungen. Im Zeitalter des Fernsehens sehen sie zwar alle schön aus, aber es fehlt ihnen an Kraft und Weitsicht, die unserer Situation angemessen wäre.

(Beifall)

Sie haben nicht einmal die Kraft, mit den eigenen Bürokratien fertigzuwerden. Sie haben nicht die Kraft, einander das Vertrauen zu schenken, ohne das es in Krisenzeiten keine verlässliche Solidarität gibt. Als Regierungs- und Staatschefs sind sie schon in der dritten Sitzung genau wieder auf demselben neuseeländischen Käse gelandet, den sie ihren Fachministern zur Lösung nicht anzuvertrauen wagten. Dies alles ist die Wirklichkeit von heute. Welche Giganten waren Adenauer, de Gasperi und Schuman im Vergleich zu diesen Kommunikajägern heute! Dies so deutlich zu sagen, ist unsere Pflicht.

(Beifall)

Und das vierte Übel ist der Mangel an Solidarität im Notfall. Ich erinnere an die Hilflosigkeit, mit der Ende 1973 im Ölboykott der Bedrohung, der Isolierung Hollands begegnet wurde. Ich erinnere aber auch an Portugal heute. Oder ist es nicht etwa so, daß, wenn die letzte freie Zeitung ihr Erscheinen unter dem Terror der kommunistischen Gewerkschaften einstellen muß oder der letzte Sender seine Freiheit verliert, dann ganz Europa aufgerufen wäre, mit seinen Sendungen in Richtung Portugal in portugiesischer Sprache genau dieses kommunistische Meinungsmonopol zu durchbrechen, das dort aufgebaut wird.

(Beifall)

Was heute in portugiesischer Sprache fehlt, kann morgen in spanischer oder italienischer oder in anderen Sprachen fehlen. Und wo sind wir?

(Beifall)

Je größer - und das ist ein anderes Problem, das ich deutlich ansprechen sollte - die Zahl der Mitglieder in den Europäischen Gemeinschaften geworden ist, um so zahlreicher können die Situationen werden, in denen nicht alle in gleichem Tempo vorangehen können. In der Verteidigung sind nicht alle Mitglieder der NATO, nicht alle Mitglieder der Verteidigungsorganisation selbst. In der Währung haben wir die "Kleine Schlange", an der sich fünf Gemeinschaftsmitglieder beteiligen. In der Verfassungsentwicklung haben wir die Möglichkeit, daß einige direkt wählen lassen, andere nicht.

Angesichts dieser sich häufenden Schwierigkeiten, auch der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in einigen größeren Partnerländern, und angesichts der sich daraus ergebenden weiteren Begrenzungen ihrer politischen Handlungsfähigkeit können sich - und das ist neu - Zwänge ergeben, auch in anderen Bereichen mit Kerntruppen voranzugehen, denen es möglich ist, mehr zu tun, als es den jeweils langsamsten Schiffen des Geleitzuges möglich ist, insbesondere dann, wenn die deutsch-französische Übereinstimmung solche Fortschritte erlaubt.

- Wichtig nun soll es für uns sein, daß sich - wenn solche Entwicklungen eintreten - diese Entwicklungen immer offen für die anderen Partner erhalten und gestalten, also für die, die nicht so schnell oder nicht gleich dabeisein können, und sodann daß vor allen Dingen diese neuen Entwicklungen niemals ihre Strukturen so zementieren, daß sie zu einer Art Mehrklassenmitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften führen. Das sollte uns unterscheiden von Willy Brandt, wenn er dieses Thema anpackt.

Ein weiterer Hinweis: In den Reden des gestrigen Tages und in den Berichten - auch in der Mannheimer Erklärung - ist die Europäi-

sche Gemeinschaft nicht oder nicht mehr angesprochen. Das mag Zufall sein, ist aber angesichts der Schwierigkeiten, in die diese Gemeinschaft gekommen ist, nicht überraschend. Deshalb ganz deutlich: Diese Gemeinschaft ist unverändert die größte Errungenschaft der europäischen Nachkriegspolitik; sie ist das bleibendste unter allen europäischen Werken Konrad Adenauers.

(Beifall)

Wir sollten sie niemals zur Disposition irgendwelcher politischer Bastler oder Modellschuster stellen. Ihr Nutzen und ihr Wert wird manchmal verkannt. Wie gefährdet wären - um damit anzufangen - heute die vom Export abhängigen Arbeitsplätze in Deutschland, wenn zusätzlich zu den bestehenden Schwierigkeiten auch noch der sichere Zugang zu den europäischen Märkten gefährdet wäre! Wie teuer wäre eine isolierte deutsche Agrarpolitik? Wieviel Schwierigkeiten hätte sie, wenn sie sich weltweit allein durchsetzen müßte? Wo stünde heute unsere Handels- und Entwicklungspolitik, wenn diese Gemeinschaft nicht mit dem ganzen Verhandlungsgewicht ihrer 250 Millionen Verbraucher auftreten könnte?

Gewiß, es ist alles nicht so gekommen, wie es hätte kommen können und kommen sollen; aber die Fehler liegen nicht in der Konstruktion, sondern die Fehler liegen bei den Regierungen, die es unterlassen haben, diese Konstruktion so durchzusetzen, wie sie es ursprünglich einmal vereinbart hatten.

(Beifall)

Im Ministerrat ist das große Feilschen ausgebrochen - genau das, was nicht kommen sollte -, im Ministerrat hat man wieder die Einstimmigkeit und das Veto eingeführt, was man hatte verhindern wollen und was schon im Vertrag aufgehoben war. Und die Kommission? Sie wurde mit Männern, mit Persönlichkeiten der Kategorie 1 b besetzt, nicht mit solchen der Kategorie 1 a. Und wenn sie mit 1 b besetzt wird, kann sich niemand, der dies getan hat, darauf berufen, daß sie nunmehr nicht so funktioniert, wie sie ursprünglich funktionieren sollte.

(Beifall)

Wer Beamte nach Brüssel schickt, um einen politischen Motor zu bedienen, darf sich nicht wundern, daß diese Beamten nur auf halben Touren laufen können - bestenfalls! -, weil ihnen das heimatliche politische Rückgrat fehlt.

(Erneuter Beifall)

Was ist unter diesen Umständen zu fordern und zu tun?

Erstens einmal haben wir in Europa immer noch Grenzen. Sie sollten schon 1970 abgebaut sein, und wir wissen heute nicht einmal, ob sie 1980 oder 1985 abgebaut sind.

Zweitens: Zur Wirtschafts- und Währungsunion hat Franz Amrehn schon deutlich gesagt, was gesagt werden muß. Sie ist aber als Aufgabe unverzichtbar, und ein ehrlicher Anfang, beginnend mit einer Konsolidierungsphase, scheint unabdingbar zu sein.

Drittens: Die direkten Wahlen sind mehrfach angesprochen worden. Nur, hoffentlich haben wir auch denselben Beifall, wenn wir sie verwirklichen, denn es sind erhebliche Schwierigkeiten mit diesem Projekt verbunden.

Viertens und fünftens sind eine gemeinsame Rüstungspolitik und eine gemeinsame Energiepolitik heute Existenzfragen unserer wirtschaftlichen Unabhängigkeit geworden, und auch das muß - mit allen

sich daraus ergebenden Konsequenzen und Schwierigkeiten - hier angesprochen sein.

Sechstens - und damit möchte ich diesen Abschnitt beenden -: Wir haben eine Reihe von Entscheidungen über Erweiterungen und Assoziierungen in der Vergangenheit getroffen und noch vor uns, und wir werden fortlaufend durch die Entwicklungen in anderen Staaten zur Beurteilung innenpolitischer Veränderungen aufgerufen. Unsicherheit ist darüber aufgekommen, nach welchen gemeinsamen Maßstäben diese Veränderungen zu beurteilen sind. Ich meine, beide, CDU und CSU, sollten mit unüberbietbarer Deutlichkeit feststellen, daß das, was in der Europäischen Menschenrechtskonvention an Wertesystem festgehalten ist, für uns das unverzichtbare Minimum der Zugehörigkeit zu den Europäischen Gemeinschaften ist.

(Zustimmung)

Wer diese Voraussetzungen nicht erfüllen kann, hat noch keinen Zutritt zur Vollmitgliedschaft, und wer sie nicht mehr erfüllen kann, muß die Organe verlassen.

(Beifall)

Ich komme zum Schluß, Herr Vorsitzender. Die Freiheiten Europas, von denen wir heute morgen so viel gehört haben, werden uns nicht in den Schoß fallen; sie sind in keiner Weise gesichert, sie sind auch ein großer Teil unserer ordnungs- und verfassungspolitischen Auseinandersetzung mit dem Sozialismus. Die Tatsache, daß die Römischen Verträge auf dem Prinzip der Marktwirtschaft aufgebaut sind, gibt keine verlässliche Garantie dafür, daß sie auch so durchgehalten werden. Die öffentliche Diskussion - darüber keine Täuschung! - in den anderen Staaten verläuft anders als bei uns; sie wissen weniger von uns, als wir von ihnen wissen; die Barriere unserer Sprache ist höher, als wir vermuten. Deshalb ist es unsere Pflicht, die geistige Auseinandersetzung mit allen Europäern intensiver zu suchen als bisher und damit die europäische Innenpolitik vorzubereiten. Insbesondere müssen wir geistige Grenzen überwinden, wenn wir in Europa die politische Einheit in Freiheit wollen. Dazu haben wir nicht mehr viel Zeit. Was viele nicht wissen: die Zeit arbeitet gegen Europa. Deshalb mein Dank an die Mannheimer Erklärung, daß sie dieses Thema aufgegriffen hat. - Danke schön!

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Wir, meine Damen und Herren, danken Herrn Narjes. Er hat zusammenfassend gesprochen. Es liegen zwei Geschäftsordnungsanträge vor; ich glaube, sie brauchen nicht begründet zu werden. Ich trage sie vor. Erstens: Herr Heinz Aretz bittet darum, daß die Redezeit begrenzt wird. Das Präsidium schlägt fünf Minuten vor, damit wir die 12 Redner noch durchbekommen und das Thema "Außenpolitik" bis 15.30 Uhr abschließen können.

(Zustimmung und Zurufe)

- Ist das schon zu spät? Wir wollen versuchen zu raffen, aber zunächst haben alle Redner fünf Minuten zur Verfügung. Damit man in weniger Zeit ebensoviel sagen kann, machen wir den Vorschlag, auch am Rednerpult ohne Jackett zu sprechen. Für den, der will, ist das möglich, weil es sehr warm ist.

Wer damit einverstanden ist, daß wir den Geschäftsordnungsantrag auf Begrenzung der Redezeit annehmen, gebe kurz das Zeichen. - Die Gegenprobe! - Danke schön; es ist mit wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

Der zweite Antrag lautet: Schluß der Rednerliste zum Teil "Außenpolitik". Wer ist dafür? - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist so angenommen. Ich danke den Antragstellern.

Das Wort hat Herr Dr. Jahn, Gastdelegierter; er möge besonders sorgfältig auf die Zeit achten. Das Präsidium läßt diese Ausnahme zu.

Dr. Hans-Edgar Jahn: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Unser Generalsekretär Professor Biedenkopf hat in der letzten Zeit mehrfach geäußert, daß die Partei seit Mitte der 60er Jahre die Außen-, die Verteidigungs- und die Sicherheitspolitik nicht entsprechend ihrem tatsächlichen Rang behandelt hat. Auf gut Deutsch, wir haben sie ein bißchen vernachlässigt. Wir sind daher sowohl Professor Biedenkopf als auch unserem Parteivorsitzenden außerordentlich dafür dankbar, daß in der Mannheimer Erklärung die Außenpolitik zum erstenmal wieder den richtigen Stellenwert bekommen hat.

Die Entwicklung in Asien, das weitere Vorrücken der Kommunisten in Vietnam, Laos und Kambodscha, der Rückzug der Amerikaner vom asiatischen Festland, die Lage im Nahen Osten, die Unsicherheit im Mittelmeerraum machen uns deutlich, daß die vorrangige Aufgabe darin besteht, die europäische Einigung voranzutreiben, denn dieses Europa muß außenpolitisch mit einer Stimme sprechen, wie es das jetzt bei der KSZE anderthalb Jahre lang getan hat; wir hoffen, daß das auf alle anderen Gebiete übertragen werden kann.

(Vereinzelt Beifall)

Wir können bei uns und in Europa die besten Sozialreformen planen und durchführen: Was nützt das alles, wenn es uns nicht gelingt, den Willen der Europäer zur Einheit zu organisieren und zu institutionalisieren? Es kommt bei uns in der Tat darauf an, und zwar nicht nur bei uns, sondern auch bei allen anderen europäischen Nationen, die in der EG vereinigt sind, ein ausgewogenes Verhältnis auf wirtschafts-, gesellschafts-, sozial-, außen- und sicherheitspolitischem Gebiet zu behalten.

Lassen Sie mich das sehr deutlich sagen: Es ist nicht überzeugend, wenn man von demokratischen Reformen spricht und fordert und fordert, aber nicht bereit ist, diese freiheitliche Demokratie wirklich durch vorbildlich freiheitliches Handeln auch zu verteidigen. Das gilt nicht nur für uns, sondern auch für unsere Freunde, denn unsere große Sorge sind die NATO und der Verteidigungswille in der Europäischen Gemeinschaft.

(Beifall)

Unser Bundesvorsitzender Kohl hat gestern gesagt, die nicht revidierbare Politik der CDU Deutschlands ist es, von einer deutschen Innenpolitik zu einer europäischen Innenpolitik überzugehen. Sie muß einmünden in das große Ziel eines vereinigten freiheitlich-demokratischen Europa mit einem starken wirtschaftlichen Fundament und mit der sozial fortschrittlichsten Ordnung in der Welt. Für meine Freunde aus dem Europäischen Parlament will ich unserem Vorsitzenden dafür danken, daß er den Satz gesagt hat: Wir sind deshalb entschlossen, im Falle der Regierungsübernahme die Direkt-

wahl zum Europäischen Parlament in unserem Land endlich wirksam werden zu lassen.

(Beifall)

Und das sollten wir tun!

Meine Freunde, dieses Bekenntnis, diese Zielrichtung allein erneuert den Weg Konrad Adenauers, Schumans und de Gasperis, den Weg, den diese Männer damals beschritten haben. Die Menschen in Europa wollen die europäische Integration, die Menschen wollen die europäische Einigung, und sie wollen die politische Union. Die Völker sind wie 1947 und 1948 bereit, aber die Regierungen - das haben mehrere Freunde vor mir gesagt - zaudern; ihnen, diesen Regierungen in der Europäischen Gemeinschaft, müssen wir Beine machen. Auf der letzten Gipfelkonferenz wurde beschlossen, Europa solle bis 1978 ein frei gewähltes Parlament bekommen. Wir Christdemokraten wollen das, wir wollen, daß sich die Völker, daß sich alle Bürger Europas von nun an unmittelbar entscheiden und unmittelbar vertreten lassen können. Wir, die CDU, haben unseren Gesetzentwurf zur Direktwahl im Bundestag eingebracht; die Sozialdemokraten blockieren ihn seit vier Jahren, denn sie wollen erst dann Wahlen in Europa, wenn sie glauben, ein sozialistisches Europa errichten zu können.

Wir, liebe Freunde, wollen ein freies, ein demokratisches Europa, in dem die Erhaltung der Menschenrechte und der Menschenwürde sowie - das betone ich - die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts das Anliegen aller Bürger sein wird. Die Jugend Europas will diesen Weg!

(Beifall)

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Ein aus freien Wahlen hervorgegangenes Parlament wird dann nicht um seine Rechte betteln, sondern wird sich seine Rechte nehmen. Liebe Parteifreunde, Franz Amrehn und Herr Narjes und andere Freunde haben es gesagt: Wir haben in der Tat in Europa keine Zeit zu verlieren. Europa, die Europäische Gemeinschaft, das ist die einzige außenpolitische, wirtschaftspolitische und gesellschaftspolitische Alternative für unsere Partei.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Ich danke dem Redner.

Meine Damen und Herren, ich mache folgenden Vorschlag, damit das Plenum dem Präsidium auch Unterstützung geben kann. Nach vier Minuten gebe ich ein kurzes Glockenzeichen, nach fünf Minuten ein längeres lautes Glockenzeichen. Der Redner muß dann aufhören.

Das Wort hat Herr Dr. Todenhöfer.

Dr. Jürgen Gerhard Todenhöfer: Herr Vorsitzender ! Meine Damen und Herren ! Ich begrüße außerordentlich den Mut, den Realismus und die Nüchternheit, mit der die Mannheimer Erklärung die Probleme der Politik gegenüber den Entwicklungsländern angepackt hat. Ich weiß, daß viele nach der Ölkrise genau das Gegenteil erwartet haben. Wer aber jetzt, wie der augenblickliche Bundeskanzler, auf der Suche nach den populärsten Streichungen das Entwicklungsministerium zu einem großen Abwicklungsministerium demontieren will, provoziert schon heute die nächste Krise. Vielen Bürgern in diesem Lande und vielleicht auch in dieser Partei, aber ganz

besonders diesem Bundeskanzler mögen die Probleme der Entwicklungspolitik gleichgültig sein. Es darf aber uns und der westlichen Welt gerade nach Portugal, wo wir wieder einmal zu spät gekommen sind, einfach nicht gleichgültig sein, daß sich immer mehr Entwicklungsländer gegen die Freiheit, gegen die Demokratie und gegen die Menschenrechte entscheiden und einen totalitären menschenrechtsfeindlichen Weg gehen. Es darf der westlichen Welt und ganz besonders einem Exportland wie der Bundesrepublik Deutschland nicht gleichgültig sein, daß die Entwicklungsländer, enttäuscht von den Ergebnissen der bisherigen Entwicklungspolitik, sich gegen die freie Weltwirtschaftsordnung aussprechen und ihr Heil jetzt in einer marktfeindlichen und planwirtschaftlichen Weltwirtschaftsordnung suchen. Es liegt in unserem ureigenen nationalen Interesse, endlich eine ernsthafte in sich geschlossene und widerspruchsfreie Entwicklungspolitik zu betreiben.

(Beifall)

Ich kann mir allerdings nicht vorstellen, daß diese Aufgabe bei Herrn Bahr in guten Händen ist. Mich beruhigt es überhaupt nicht, daß Herr Bahr nunmehr versprochen hat, die deutsche Entwicklungspolitik stärker an nationalen Interessen auszurichten, weil ich ein tiefes Mißtrauen gegenüber dem habe, was Herr Bahr unter nationalen Interessen dieses Landes versteht.

(Beifall)

Um so mehr begrüße ich die klaren Aussagen dieser Mannheimer Erklärung zur freien Weltwirtschaftsordnung, zur Europäisierung der Entwicklungspolitik und zu unserer Verantwortung gegenüber der Vierten Welt. Wir müssen gerade jetzt, wo Bahr sich als Handlungsreisender einer planwirtschaftlicheren, dirigistischeren und damit bürokratischeren Weltwirtschaftsordnung betätigt, die Partei des freien Welthandels sein. Wir müssen - dies ist heute in anderen Gebieten mehrfach angesprochen worden - vor allem die Partei einer gemeinsamen europäischen Entwicklungspolitik sein und Europäisierung der Entwicklungspolitik nicht nur deshalb betreiben, weil die Geschlossenheit der Entwicklungsländer Geschlossenheit der europäischen Staaten geradezu erzwingt, sondern auch weil eine Europäisierung der Entwicklungspolitik ein Motor der politischen Integration Europas werden könnte. Ich frage mich, ob dies nicht gerade der Grund ist, warum sich Herr Bahr so ablehnend verhält.

Lassen Sie mich ein letztes sagen. Die deutsche Außenpolitik kann sich die doppelte Moral der sozialdemokratischen Regierung nicht mehr länger leisten. Wer für die Verwirklichung von Menschenrechten in Chile, Brasilien und Südafrika eintritt - und ich halte das für richtig -, der muß dies auch gegenüber den Ländern des Ostblocks tun. Wir haben von Herrn Bahr markige Worte zu den Menschenrechten in Chile gehört. Wir hätten von diesem Mann aber gern ebenso klare Worte gehört, als es darum ging, mit der Sowjetunion über die Menschenrechte in der DDR zu ringen.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Danke, Herr Dr. Todenhöfer. Die Zeit ist genau eingehalten worden. Das Wort hat Herr Dr. Wörner.

Dr. Manfred Wörner: Meine verehrten Parteifreunde ! Alle Sorgen, die wir haben, berechnete Sorgen, Sorgen um den Arbeitsplatz, Sorgen um die Konjunktur, um die Finanzen, werden überschattet

von der einen großen Sorge, daß die Völker Westeuropas im Augenblick dabei sind, ihre Freiheit zu verspielen, weil sie dem Konsum und weil sie der Wohlstandsideylle den Vorrang vor der Sicherung der Freiheit und der Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit dieser freien europäischen Staaten geben. Ich bin außerordentlich dankbar, daß in der Mannheimer Erklärung klar gestellt ist, daß wir von der CDU nicht bereit sind, uns diesem Trend anzuschließen. Ich habe die herzliche Bitte an Sie, die Sie draußen diese Partei verkörpern, zur Meinungsbildung in dieser Richtung in der deutschen Bevölkerung beizutragen.

Ich will mir jetzt alles schenken, was ich sagen wollte über das, was an politisch-militärischer Bedrohung daraus erwächst, daß die Überlegenheit des Warschauer Pakts auf militärischem Gebiet im Wachsen begriffen ist. Ich will mich auf einen Punkt konzentrieren. Meine Freunde, wir haben es nicht nur mit einer militärischen Bedrohung zu tun. Wir stehen einem umfassenden strategischen Konzept der UdSSR gegenüber, in dem das militärische Element zwar eine wichtige Sache ist, aber keinesfalls eine ausschließliche. Die Sowjetunion setzt in ihrem Konzept der Entspannungspolitik und der sogenannten friedlichen Koexistenz alle Mittel ein, wirtschaftliche, politische, vor allen Dingen aber psychologische, ideologische und geistige Mittel. Darum genügt es nicht, wenn wir alles daran setzen, das militärische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Das ist eine große Aufgabe. Mindestens ebenso wichtig ist aber, daß wir die Herausforderung auf den anderen Gebieten annehmen, auf dem wirtschaftlichen Gebiet, auf dem ideologischen Gebiet - auch dazu sagt die Mannheimer Erklärung etwas Richtiges - und auf politischem Gebiet.

Deswegen darf die NATO, darf diese Atlantische Allianz nicht nur ein militärisches Bündnis bleiben. Sie muß vielmehr eine neue Dimension gewinnen, wonach sie sich als die umfassende Allianz zur Sicherung der Freiheit und damit zur Abwehr aller Bedrohungen aus allen Richtungen versteht. Das bedeutet zunächst einmal, daß die NATO, daß die Atlantische Allianz anstreben muß, ein gemeinsames Energiekonzept, ein solidarisches Konzept in der Wirtschafts- und in der Finanzpolitik und in der Währungspolitik haben muß. Deswegen ist es eben ein fundamentaler Fehler, meine Freunde, wenn wir angesichts dessen, was im Westen an Notsituationen herrscht - denken Sie an Italien, denken Sie an Großbritannien -, Kredite an den Warschauer Pakt geben, während unsere Freunde wirtschaftlich und finanziell in Not sind.

(Beifall)

Das hält sich nicht mehr in einigermaßen vergleichbaren Größen. Es bedeutet - lassen Sie mich das ebenso klar aussprechen -, daß wir bei all dem, was wir für den Handelsaustausch zwischen Ost und West übrig haben, doch auch wissen müssen, daß irgendwo der Punkt kommt, und zwar wiederkommt, wo wir fragen müssen, ob die strategischen Nachteile, die wir durch die Unterstützung der Sowjetunion im technologischen Bereich einhandeln, nicht stärker und größer sind als das, was wir an kommerziellen Vorteilen dabei einhandeln.

(Beifall)

Lassen Sie mich ein letztes sagen. Diese Auseinandersetzung bedeutet vor allen Dingen, daß wir den geistigen, den ideologischen Bereich nicht aussparen dürfen, daß wir uns der geistigen, daß wir uns der ideologischen, daß wir uns der psychologischen Herausforderung stellen müssen.

Sehen Sie, die Entspannungsoffensive ist für die Sowjetunion vor allen Dingen ein Mittel, um die Verteidigungsbereitschaft oder noch genauer gesagt: um den Selbstbehauptungswillen der Völker des Westens mit der Zeit zu unterminieren und zu untergraben. Und sie hat damit leider Gottes Erfolg. Darum, meine Freunde, dürfen wir von der CDU/CSU nicht mitmachen bei dem, was die Koalition im Augenblick betreibt, nämlich bei der Auflösung der allgemeinen Wehrpflicht und bei der Einführung der Wahlfreiheit zwischen Zivildienst und Wehrdienst.

(Beifall)

Wir dürfen dieses Wahlgeschenk nicht mitmachen.

Es darf keine Wahlfreiheit geben. Wehrpflicht bedeutet, daß der junge Mann bei uns, soweit er sich nicht auf das Gewissen beruft, es als Regelfall betrachten muß, diesem Staat auch seinen Dienst in der Bundeswehr zu leisten. Denn wer schützt denn das Recht der Minderheit, derer, die Wehrdienst verweigern; wenn nicht diejenigen, die in dieser Bundeswehr Dienst tun?

(Beifall)

Deswegen habe ich die herzliche Bitte, zu prüfen, ob wir nicht in die Mannheimer Erklärung auch noch eine Passage über die allgemeine Wehrpflicht aufnehmen sollten. Ich habe die sehr herzliche Bitte an Sie, daß Sie das nachlesen, was mein Kollege Kraske in einer hervorragenden Rede im Deutschen Bundestag gesagt und was Frau Kollegin Tübler im "Deutschen Monatsblatt" geschrieben hat. Leider ist die Zeit zu kurz, um das hier zu behandeln.

Sehen Sie, wir müssen offensiv werden, politisch offensiv, geistig offensiv, d.h. wir müssen Schluß machen mit dem Wertneutralismus an unseren Schulen. Damit fängt es an. Man kann nicht von Verteidigungsbereitschaft reden, wenn man das Thema Wehrpflicht und Bundeswehr an den Schulen ausspart.

(Beifall)

Wir dürfen - das sei mein letzter Punkt - auch nicht die Rundfunkanstalten lahmlegen oder lahmlegen lassen, meine verehrten Freunde, die als einzige in den Ostblock hineinstrahlen. Ich nenne Radio Free Europe, ich nenne Radio Liberty, und ich nenne die Deutsche Welle.

(Beifall)

Hier, meine Freunde, wird Entspannung falsch ausgelegt. Entspannung heißt nicht Verzicht auf die geistige Auseinandersetzung. Wenn der Westen auf jede Selbstdarstellung in Richtung Osten verzichtet, dann brauchen wir uns auf der KSZE über freien Austausch von Meinungen, Informationen und ähnliches mehr überhaupt nicht mehr zu unterhalten. Wer im Rundfunk Funkstille oder totale Anpassung an die sowjetische Politik fordert, der fordert in Europa Schweigen, Unterwerfung und Trennung.

Einseitige militärische Abrüstung ist schon schlimm genug; und das vollzieht der Westen ja im Augenblick trotz aller Mahnungen. Da sind wir noch die einzigen, die einigermaßen, wenn auch nicht vollständig, stehen. Aber noch gefährlicher, meine verehrten Freunde, wäre eine einseitige geistige Abrüstung, d.h. der Verzicht darauf, die Werte der Freiheit, der Demokratie und der Menschenwürde auch in der Auseinandersetzung mit dem Ostblock offensiv und couragiert zu vertreten. Das ist unsere

Aufgabe als CDU/CSU, wenn wir bestehen wollen; auch vor dem deutschen Wähler, der hier von uns Klarheit und Mut erwartet.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Danke, Herr Dr. Wörner. Das Wort hat Herr Dr. Klepsch.

Dr. Egon Klepsch: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben eben in einer Reihe von Beiträgen Bemerkungen zur europäischen Einigung gehört. Ich möchte diesen Ausführungen einen mir sehr wesentlich erscheinenden Gedanken hinzufügen. Wir sprechen davon, daß wir in sehr absehbarer Zeit Direktwahlen durchführen. Wir sprechen über die institutionellen Einrichtungen eines geeinten Europas. Aber eine Frage scheint mir von ausschlaggebender Bedeutung zu sein, und das ist die Frage, wie wir uns eigentlich kräftemäßig organisieren, damit unsere Auffassungen die entscheidende Grundlage dieses vereinigten Europas bilden. Die deutschen Christlichen Demokraten, die die größte der christlich-demokratischen Parteien Europas bilden, müssen ihre Aufgabe mit den Schwesterparteien in den anderen Ländern darin sehen, gemeinsam mit den uns nahestehenden und verwandten Gruppen ein Gegengewicht gegen die Sozialistische Internationale zu entwickeln. Sonst könnte es uns zustoßen, daß wir mit Macht dafür wirken, daß Europa politisch geeint wird, und uns nachher auf den Stühlen einer Daueropposition befinden.

Aus diesen Gründen, glaube ich, ist es notwendiger denn je, den Zusammenschluß dieser Kräfte herbeizuführen.

Wir dürfen feststellen, daß die Sozialistische Internationale durchaus nicht in jedem Falle bereit ist, jene einfache Formel aufzugeben, die da lautet: Pluralismus ausschließlich für alle sozialistischen Wege in einer demokratischen Gesellschaft; sondern wir müssen unsere Konzeption durchsetzen, daß für alle freiheitlich-demokratischen Kräfte die gleichen Rechte und Bedingungen gewährleistet sein müssen.

Bei der Auseinandersetzung über die Lage in Portugal im Europäischen Parlament haben sich die Redner der sozialistischen Fraktion, sowohl der belgische Parteivorsitzende Glyne wie der deutsche Sozialdemokrat Walkhoff, durchaus nicht bereit erklärt, die Christlich Demokratische Partei Portugals in den Kreis derer einzureihen, denen selbstverständliche demokratische Solidarität zu gewährleisten seien. Ich halte das für eine sehr gefährliche Entwicklung.

Meine verehrten Freunde, die bessere gegenseitige Unterstützung muß auch eines deutlich werden lassen, daß wir gemeinsam unter Überwindung des bloß nationalen Blicks den Blick auf das Ganze richten. Wir müssen unsere Aufgabe darin sehen, die Führungskraft der christlichen Demokratie in einem geeinten Europa sicherzustellen. Das können wir nur im Verein mit anderen, die dazu bereit sind. Ich möchte Sie herzlich bitten, gerade diese Arbeit mit Nachdruck zu unterstützen.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Danke, Herr Dr. Klepsch. Das Wort hat nunmehr aus Baden-Württemberg Herr Jäger. Anschließend folgen Herr Lamers, Herr Hennig und Ignaz Bender.

Claus Jäger: Meine lieben Parteifreunde! Als 1972 die derzeitige Regierungskoalition unter dem damaligen Bundeskanzler Brandt ihren Wahlsieg errang, geschah das sicherlich auch auf der Woge

einer von illusionären Hoffnungen getragenen Entspannungseuphorie in großen Teilen unseres Volkes. Seit 1972 ist die Stimmung in unserem Volk umgeschlagen: Enttäuschung und Skepsis sind an die Stelle von Hoffnung und Entspannungseuphorie getreten, und der Bürger hat erkannt, daß die Versprechungen nicht eingehalten worden sind, mit denen damals seine Stimme für den Friedenskanzler Brandt gewonnen wurde.

Die CDU stößt heute - ich glaube, das ist eine Beobachtung, die wir mit einer gewissen Genugtuung registrieren können- mit ihrer harten Kritik an der Deutschlandpolitik der Koalition zunehmend auf Verständnis, ja auf Unterstützung in breiten Wählerschichten, die noch 1972 nicht auf unsere Warnungen gehört haben.

Aber meine lieben Parteifreunde, das Nein gegenüber den schlecht ausgehandelten, gegenüber den in Leistung und Gegenleistung völlig unausgewogenen Verträgen, das richtig und notwendig ist, bedarf einer Ergänzung; denn die Bürger erwarten von uns heute nicht bloß ein Nein zu dieser Politik, sondern sie erwarten von uns eine klare Aussage dazu, was wir wollen, wenn wir 1976 die Regierungsverantwortung in diesem Lande übernommen haben werden.

Es ist erfreulich, daß die Mannheimer-Erklärung die Bedeutung der Außen- und Deutschlandpolitik erkannt und gewürdigt hat und sie entsprechend hervorhebt.

Aber diese Mannheimer Erklärung ist keine erschöpfende Aussage zu diesem Thema und soll und kann sie nach den Aussagen unseres Generalsekretärs auch nicht sein. Sie ist eine mehr grundsätzlich angelegte Erklärung. Wer aber in der Deutschlandpolitik eine ausreichende, eine kompetente Aussage treffen will, kann auf Präzision nicht verzichten, auch nicht darauf, daß entscheidende Details angesprochen werden.

Weil das so ist, meine lieben Parteifreunde, müssen wir ganz klar und deutlich unseren Willen formulieren. Wir haben deswegen einen Antrag eingebracht, der Ihnen morgen als 10-Punkte-Programm vorliegen wird. Er ist schon gestern mittag eingebracht worden und wird wahrscheinlich demnächst auf Ihren Tischen liegen. Ich darf Sie herzlich bitten, diese klare Aussage, die bereits als Alternative zur verfehlten Regierungspolitik der Koalition vorliegt - und das ist ja das Programm dieses Parteitags -, durch Ihr Ja zu unterstützen. Wir müssen unseren Mitgliedern draußen etwas an die Hand geben, damit sie einheitlich in der ganzen Bundesrepublik der verfehlten Politik unsere klare Alternative entgegensetzen können. Nur wenn unsere Freunde draußen eine klare Aussage in der Hand haben, mit der sie dem Wähler gegenüber treten können, werden wir jene Zuversicht und jene Überzeugungskraft ausstrahlen, die wir brauchen, um die nächsten Bundestagswahlen überzeugend zu gewinnen.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Ich danke Herrn Jäger. Jetzt hat Herr Hennig aus dem Rheinland das Wort.

Ottfried Hennig: Herr Präsident ! Meine Damen und Herren ! Nach so viel parlamentarisch-politischem Glanz, den wir hier in fast ununterbrochener Reihenfolge gehört haben, gestatten Sie bitte einem einfachen Delegierten, ein paar Worte zu Berlin zu sagen.

(Beifall)

Zur Solidarität mit Berlin gehört, daß wir es auf Bundesparteitagen nicht ausschließlich unseren Berliner Freunden überlassen, etwas zu diesem Thema zu sagen. Allerdings hat Peter Lorenz gestern den wichtigsten Satz zu diesem Thema bei seiner Vorstellung für den Bundesvorstand gesagt. Er hat nämlich gesagt, daß nach seiner Überzeugung Berlin ein Land der Bundesrepublik Deutschland sei. So steht es übrigens auch mit großer Klarheit in unserem Berliner Programm, das ja für uns alle verbindlich ist.

Meine Damen und Herren, ich möchte dem einige Sätze hinzufügen, und zwar ausgehend von der Mannheimer Erklärung. Ich möchte einen positiven Satz und einen Satz, der mir nicht so gut gefällt, herausgreifen.

Der Satz, der mir nicht hundertprozentig gefällt, heißt:

"Berlin behält auch in Zukunft seine besondere Stellung."

Wir wissen, was damit gemeint ist. Aber dennoch ist diese Aussage nicht frei von Mißverständlichkeit.

(Beifall)

Die vier Mächte haben Berlin schon in ihren Abmachungen von 1944 zu einem besonderen Gebiet gemacht. Etwas Besonderes ist bis heute der Viermächtestatus der ganzen Stadt geblieben. Wenn man das meint, dann sollte man das so klar sagen. Aber so, wie der Satz dort steht, ist er problematisch. Wenn die Westmächte die besondere Bedeutung, die besondere Stellung Berlins unterstreichen, ist das in Ordnung. Wenn wir das sagen, ist es nicht das gleiche. Denn der deutsche Verfassungsgeber, meine Freunde, hat 1949 alles in seiner Macht Stehende abschließend getan, damit Berlin zu einem Land der Bundesrepublik Deutschland wird. Nach deutschem Staats- und Verfassungsrecht ist Berlin ein Land der Bundesrepublik. Nur wird dieses deutsche Staatsrecht partiell überlagert durch eine völkerrechtliche Schicht, durch die besatzungsrechtlichen Vorbehalte, durch den Viermächtestatus. Wenn diese Schicht wegfielen, wäre Berlin ohne weiteres Zutun der deutschen Instanzen ein Land der Bundesrepublik Deutschland.

Daher sollten wir, auch wenn wir den Viermächtestatus derzeit für richtig halten, nicht sagen, daß Berlin aus unserer Sicht eine besondere Stellung hat. Es hat besondere Bedeutung. Es kann unserer besonderen Solidarität, unserer Hilfe und ständigen Bemühung um Verbesserung seiner Situation sicher sein. Aber eine besondere Stellung hat es nach unserem Verfassungsrecht nicht.

Am wenigsten wollen dies unsere Berliner Freunde selbst. Sie selbst wollen keine Extrawurst gebraten haben. Je normaler sie in unsere staatliche, politische und rechtliche Gemeinschaft einbezogen werden, desto lieber ist es ihnen. Man sollte diese Formulierung deswegen etwas überdenken und vielleicht eine etwas veränderte Form finden.

Der zweite Satz ist positiv. Ich will ihn etwas konkretisieren. Er ist hier ein bißchen kurz formuliert. Es heißt in der Mannheimer Erklärung:

"Die Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik Deutschland müssen vielmehr umfassend gesichert und fortentwickelt werden."

Dies will ich unterstreichen und konkretisieren. Es ist nämlich der Kernpunkt jeder Berlin-Politik. Ich freue mich, daß dieser Satz auf ausdrücklichen Wunsch unseres Parteivorsitzenden da hineingekommen ist. Er ist gut und richtig. Aber wir müssen uns

darüber klar sein, daß er ständig mit Leben erfüllt werden muß. Die Opposition kann das nur durch ständiges Drängen, Anregen, Mahnen und Vorleben in der Frage der Präsenz tun. Aber wenn wir uns anschicken, 1976 die Regierung zu übernehmen, dann müssen wir uns auch in diesem Punkt darauf vorbereiten und unsere Alternative deutlich sichtbar machen.

Meine Freunde, nehmen wir uns doch einmal in taktischer Hinsicht die Kommunisten zum Vorbild und entwickeln wir eine Salamitaktik, eine positive Salamitaktik in Berlin zur Entwicklung der Bindungen mit der Bundesrepublik Deutschland! Das Viermächteabkommen erlaubt viel mehr, als heute geschieht. Die Sowjetunion aber hat ihre alten Wunschvorstellungen im Hinblick auf Berlin mit dem Abschluß des Viermächteabkommens nicht aufgegeben. Nach wie vor erstrebt sie eine besondere politische Einheit West-Berlin, eine Lockerung der Bindungen an den Bund.

Ein sowjetischer Emissär hat erst dieser Tage in einer Erklärung zu den jüngsten sowjetischen Berlin-Vorstößen gesagt: Das kann man richtig nur verstehen, wenn man die geschichtlichen Perspektiven berücksichtigt und erkennt, daß Berlin - also ganz Berlin - Hauptstadt der DDR sein wird. So wörtlich nachzulesen in der "Kölnischen Rundschau" vom 31. Mai.

Das ist des Pudels Kern. Dem müssen wir entgegenarbeiten. Dazu gehört vor allem, daß wir die Erosion des Ausgehandelten verhindern.

Nehmen wir also Radio Moskau beim Wort, das am Tage der Kissinger-Rede in Berlin betonte: Die Sowjetunion macht niemals und macht auch jetzt keine Einwände gegen die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin und gegen die Interessenvertretung West-Berlins seitens der Bundesrepublik Deutschland in dem Umfang, in dem das durch das vierseitige Abkommen erlaubt ist. Wohlan, meine Freunde, kann ich da nur sagen! Entwickeln wir diese Bindungen im Rahmen des Erlaubten! Es gibt eine Reihe von begrüßenswerten Ideen dazu. Die Deutsche Nationalstiftung ist eine davon.

Professor Biedenkopf hat das Deutsche Nationaltheater in die Debatte geworfen. Wo bleibt, meine Freunde, die konkrete Ausformung dieser Idee durch unseren Bundeskulturausschuß, aus dem dann eine Initiative unserer Bundestagsfraktion hervorgehen kann? Es gibt dergleichen mehr. Ich kann es hier nicht ausführen; ich muß zum Ende kommen. Ich will das mit dem Satz tun, der aus dem Kommuniqué des Besuches von Herrn Honecker bei Herrn Breschnew der letzten Woche stand. Sie haben dort hineingeschrieben, daß die Ostverträge einschließlich des Berliner Viermächteabkommens vor allem ein Resultat der abgestimmten Politik unter den sozialistischen Ländern ist. Dies haben Breschnew und Honecker bestätigt.

Meine Freunde, sorgen wir dafür, daß man in zehn Jahren konstatieren kann: Die Verbesserung der Lage Berlins ist vor allem ein Resultat der abgestimmten Politik der CDU/CSU zusammen mit unseren westlichen Verbündeten! Denn schließlich, meine Freunde, geht es nicht um eine Provinzhauptstadt der Sowjetunion, wie man im Osten zu meinen scheint, sondern um die deutsche Hauptstadt, für die uns jede geistige und materielle Anstrengung nicht zuviel sein sollte.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Ich danke Herrn Hennig.

Meine Damen und Herren, wir haben auf diesem Parteitag immer wieder einmal eine kleine besondere Überraschung. Wir stehen jetzt vor einer sehr erfreulichen Überraschung. Zu diesem Zweck erteile ich das Wort unserem Parteivorsitzenden Kohl.

(Beifall)

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit für diese Unterbrechung, die bei aller Wichtigkeit der außenpolitischen Probleme in den Gesamtrahmen unseres Parteitags hineinpaßt.

Wir haben für heute drei Damen hierher nach Mannheim eingeladen, und zwar das 99 999., das 100 000. und das 100 001. weibliche Mitglied der CDU. Wir haben uns das bewußt für heute vorgenommen und nicht für morgen, wenn wir den Themenbereich "Frau in der Gesellschaft" behandeln. Damit wollen wir deutlich machen, daß die Christlich Demokratische Union in der Entwicklung ihrer Mitgliederstruktur in den letzten zwei Jahren in zunehmendem Maße eine Partei geworden ist und immer mehr wird, in der Frauen aus allen Gruppen und Schichten unseres Landes, in der Hausfrauen und Mütter, berufstätige Frauen - Arbeiterinnen wie Akademikerinnen - ihre politische Heimat finden. Deswegen möchte ich jetzt Frau Elke Kahmen, Frau Inge Steinhauer und Fräulein Franziska Barbara Wenzel hier heraufbitten.

(Beifall)

Frau Kahmen kommt aus Bielefeld. Sie war bis 1968 Werkstattlehrerin in Münster, Westfalen. Sie ist mit einem Apotheker verheiratet, hat zwei Kinder und führt neben ihrer Aufgabe als Hausfrau und Mutter die Buchhaltung der Apotheke.

(Beifall)

Frau Inge Steinhauer kommt aus Rodenbach. Sie ist gelernte Friseurin und Kosmetikerin. Sie ist Mitglied der CDU-Fraktion im Gemeinderat.

(Beifall)

Fräulein Franziska Barbara Wenzel aus Pirmasens in der Pfalz ist Studentin der Agrarwissenschaften im achten Semester.

(Beifall)

Wir wollen Ihnen die drei Erinnerungsmünzen an Alcide de Gasperi, Robert Schuman und Konrad Adenauer überreichen, mit unseren besten Wünschen für ihr persönliches und natürlich ihr familiäres Wohlergehen, aber auch für ihren politischen Weg in der Gemeinschaft unserer Partei. Mögen möglichst viele Mitbürgerinnen in der Bundesrepublik Deutschland recht bald ebenfalls den Entschluß treffen, der Christlich Demokratischen Union beizutreten.

(Lebhafter Beifall - Dr. Helmut Kohl überreicht drei Präsentkörbe)

Denen, die gestern abend murrten, als ich aus der Autorität des Amtes darauf dringen mußte - ich weiß, das war für Sie eine Zumutung -, daß bis 23 Uhr über die Beitragsordnung beraten und abgestimmt wird, will ich nur sagen: Das sind Spenden, und weitere Spenden können angenommen werden!

(Heiterkeit und Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Das Präsidium und der ganze Parteitag gratulieren nochmals sehr herzlich und beglückwünschen unsere drei neuen Mitglieder, die die nächsten Hunderttausend einleiten. Betrachten wir dies als ein gutes Omen für die Wahl. Herzlichen Dank, Herr Dr. Kohl, daß Sie uns diese drei charmanten Damen vorgestellt haben.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen etwas bekanntzugeben. An der Universität Mannheim - und zwar am Lehrstuhl I für Politische Wissenschaften bei Professor Dr. Rudolf Wildenmann - bearbeitet eine Forschungsgruppe "Parteiensysteme der Europäischen Gemeinschaft" das Objekt "Struktur und Funktionen von Parteitagen in Westeuropa". Zur Ermittlung von statistischen Daten hat diese Forschungsgruppe einen Fragebogen ausgearbeitet, der Ihnen jetzt ausgehändigt wird. Das Präsidium der CDU ist über dieses Projekt unterrichtet worden und hat der Verteilung der Fragebögen an die Delegierten des 23. Bundesparteitages zugestimmt. Es ist gewährleistet, daß Ihre Einzelangaben anonym bleiben. Über das Ergebnis der statistischen Gesamtauswertung das veröffentlicht werden soll, werden selbstverständlich auch Sie unterrichtet. Wenn Sie uns einen großen Gefallen tun wollen, dann geben Sie bitte die ausgefüllten Fragebögen vor Ihrer Abreise im Tagungsbüro ab. Herzlichen Dank für die Entgegennahme der Information und Ihr Verständnis.

Wir fahren in der außenpolitischen Aussprache fort. Das Wort hat Herr Lamers aus dem Rheinland.

Karl Lamers: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach diesem Intermezzo Ihre Aufmerksamkeit zu erregen, ist natürlich schwer. Schon deswegen brauchte ich eigentlich eine längere Redezeit. Ich will aber versuchen, mit der mir zur Verfügung stehenden Zeit auszukommen.

Ich verweise Sie auf Ziffer 1 auf Seite 19 der Mannheimer Erklärung, in der von unserer Aufgabe im Zusammenleben der Völker die Rede ist. Um dieser Aufgabe gerecht werden zu können, brauchen wir, wie ich meine, eine generelle Vorstellung von der Art dieses Zusammenlebens. Man kann auch sagen: Wir brauchen eine eigene Koexistenzphilosophie, von der wir uns in unserer Politik und insbesondere in unserer Entspannungspolitik leiten lassen und die ein prinzipielles Maß ist, mit dem wir unsere Politik messen.

Das ungute Gefühl, das uns zuweilen überkommt, wenn wir über die Tagespolitik hinausdenken, ist nur allzu berechtigt. Es hat, wie ich fürchte, seine Wurzel in der Erkenntnis, daß die Sowjetunion eine solche Koexistenzphilosophie hat, wir im Westen aber nicht, und daß wir infolgedessen in eine reaktive Position gedrängt sind. Die Position des Reagierenden ist immer schlechter als die des Agierenden. Aus dieser Position müssen wir heraus.

Die immer größer werdende gegenseitige Abhängigkeit aller Staaten in dieser Welt verlangt ja auch nach einer Regelung ihrer Beziehungen auf der Grundlage bestimmter Prinzipien. In dem Maße, in dem ihre Verflechtungen immer enger werden, ist eine allmähliche Übertragung bislang innergesellschaftlich gültiger Prinzipien auf die intergesellschaftlichen, die internationalen Beziehungen geboten. Maßgebliche Grundsätze, die als Ausdruck unserer Wertvorstellungen den Erfolg unserer Gesellschaftsordnung mit begründet haben, müssen auch Grundlage für die Beziehungen der Nationen untereinander werden.

Das zentrale Prinzip der Gestaltung unserer innergesellschaftlichen Beziehungen ist die Toleranz. Als internationales Ordnungsprinzip bedeutet sie eine Form der Koexistenz, die es erlaubt, die Dinge so zu lassen, wie sie sind, aber verlangt, daß Veränderungen mehr zur Toleranz hin als von ihr wegführen. Sie unterscheidet sich von der sowjetischen Koexistenz-Doktrin dadurch, daß sie weder verlangt noch erwartet, daß alle Völker ein einziges Wert- und Ordnungssystem übernehmen. Als Ausdruck vor der Achtung sozialer Persönlichkeiten erhält sie den Pluralismus, der ganz zweifelsfrei zugleich eine grundlegende Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Menschheit mit einer offenen Zukunft ist. Meine Damen und Herren, die Erhaltung des internationalen Pluralismus, d.h. die Anerkennung der Existenz und der Existenzberechtigung, der Duldung und Erhaltung des Neben- und des Miteinanders unterschiedlicher Wert- und Ordnungssysteme ist schließlich eine ganz wesentliche Voraussetzung für die Erhaltung des Pluralismus in unserer Gesellschaft. In einer Welt, die ganz oder überwiegend nach anderen und gegensätzlichen Prinzipien organisiert wäre, wäre das Überleben des Westens als eigenständige Lebensform gefährdet.

Meine Damen und Herren, Toleranz ist mit Ideologien unvereinbar, die einen Absolutheitsanspruch erheben, d.h. die Existenzberechtigung anderer Wertvorstellungen verneinen.

Toleranz als Koexistenzprinzip bedeutet daher in der Auseinandersetzung mit der totalitären Ideologie des Kommunismus die Forderung nach Aufgabe eben dieses Absolutheitsanspruchs. An seine Stelle muß die Bereitschaft treten, den Wettbewerb auch der Ideen zu akzeptieren. Wettbewerb aber ist nur möglich bei Kommunikation zwischen den Wettbewerbern, zwischen den Akteuren und Information bei den Umworbene[n], eben bei der Bevölkerung.

Die Forderung nach Freizügigkeit ist daher eine zwingende Folgerung aus dem Toleranzprinzip. Ihrer Verwirklichung im internationalen Leben kann politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zwischen den Staaten dienen, auch und gerade dann, wenn eine Einigung über Toleranz der Wertvorstellungen nicht möglich ist. Auch im Verhältnis zu den Staaten der Dritten Welt hat Toleranz als Koexistenzprinzip eine elementare Bedeutung, bedeutet sie doch nichts anderes als die Anerkennung des eigenen Weges dieser Völker bei der Entwicklung ihrer Ordnung und Hilfe bei dieser Aufgabe. Meine Damen und Herren, Toleranz als Koexistenzprinzip bedeutet keineswegs ein teilnahmsloses Sich-Abfinden mit Unfreiheit, Ungerechtigkeit und Ausbeutung, keine schwächliche Hinnahme von Hegemonien, die anderen Völkern ihre Lebensform aufzwingen. Sie bedeutet Kampf gegen diese Erscheinungsformen sowohl im internationalen Leben als auch im Leben der Völker. Toleranz kann sich natürlich als Prinzip der internationalen Ordnung nur durchsetzen, wenn sie Macht besitzt, sich Geltung dort zu verschaffen, wo sie ihr nicht freiwillig eingeräumt wird. Macht bedroht Toleranz; Toleranz bedingt Macht. Ich glaube, wenn man solche Gedanken weiter ausführte, hätte die CDU die Chance, gegenüber einer zwischen materialistischem Pseudorealismus und ideologischer Anfechtung hin und her schwankenden Sozialdemokratie ein alternatives Grundkonzept der internationalen Beziehungen zu entwickeln, das der Herausforderung der weltpolitischen Situation gerecht wird, weil es im Wettbewerb um das attraktivere Modell menschlichen Zusammenlebens den Völkern nicht nur die Vermittlung materiellen Fortschrittswissens, des technologischen Know-how, bietet, sondern ihnen

auch das Angebot des Know-how der Freiheit macht, und Toleranz ist das Know-how der Freiheit.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Danke sehr, Herr Lamers!

Ich möchte für alle jetzt Anwesenden - das Plenum ist jetzt vollzählig - noch einmal bekanntmachen: Es ist Schluß der Rednerliste für den außenpolitischen Teil beschlossen worden. Ferner wurde beschlossen, die Redezeit auf fünf Minuten zu begrenzen. Damit sich die Redner entsprechend einrichten können, wird nach vier Minuten ein Glockenschlag hörbar. Dann hat man also noch eine Minute. Nach zwei oder drei Schlägen sind die fünf Minuten herum, und dann müssen Sie zu Ende kommen. Nach der Verfahrensordnung sollte frei gesprochen werden. Wir bitten alle Redner, auch im Hinblick auf das, was heute nachmittag noch ansteht, daran zu denken, daß Manuskripte oder vorbereitete Reden auf diese Zeit von fünf Minuten gekürzt werden.

Das Wort hat jetzt Herr Ignaz Bender aus Rheinland-Pfalz.

Ignaz Bender: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Nach der wunderbaren Liebeserklärung unseres Parteivorsitzenden an die Damen in unserer Partei möchte ich mir die Mühe machen, noch einmal zur Mannheimer Erklärung zurückzukehren. Ich sehe eine Schwäche der Mannheimer Erklärung darin, daß der beachtlichen Analyse der weltpolitischen Veränderungen im ersten Teil der politischen Ausgangslage keine ebensolche qualifizierte Therapie in Teil 2, der politischen Aufgabe, entgegengesetzt wird. Auf die machtpolitischen und weltwirtschaftlichen Verschiebungen durch das geschlossene Auftreten z.B. der ölproduzierenden Länder, durch das zunehmend egoistischere Auftreten der Rohstoffländer, neuerdings auch der Staaten mit Meeresküsten, ferner durch das unkontrollierte Agieren multinationaler Konzerne auf Weltebene, auf diese veränderte Weltlage reagiert unsere Erklärung mit dem herkömmlichen politischen Instrumentarium Ostpolitik, Europapolitik, Atlantisches Bündnis, Entwicklungspolitik. Ich meine, daß diese Antwort heute nicht mehr ausreicht. Wir müssen, wenn im Weltmaßstab nicht ein gegenseitiges Sich-Erpressen, ein Herfallen der Stärkeren über die Schwächeren, kurz, eine unsolidarische, chaotische Willkürherrschaft zur alltäglichen Gewohnheit werden sollen - ich meine, daß das in der Mannheimer Erklärung fehlt -, eine neue, weltweite politische Ordnung anstreben, eine Ordnung, die unseren Vorstellungen und den Vorstellungen vieler Staaten der Welt von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit weitgehend entspricht, eine Ordnung, die auf lange Sicht auch auf die Existenz von 150 nationalen und sich vielfach egoistisch gebenden Staaten verzichten kann.

Dieses Ziel läßt sich nicht allein mit den europäischen Nachbarn oder mit den Partnern in der Atlantischen Gemeinschaft lösen, sondern hierzu bedarf es einer weltweiten Anstrengung zusammen mit den Staaten in Südamerika, in Afrika, in Asien. Denn was nützt uns ein innerstaatliches oder europäisches Recht gegen Wettbewerbsbeschränkungen, wenn auf Weltebene multinationale Konzerne ein unkontrolliertes marktbeherrschendes Verhalten praktizieren? Was hilft ein innerstaatliches oder europäisches Jagd- oder Fischereirecht, wenn weltweit die Meere und ihr Fischbestand ausgeplündert werden und das ökologische Gleichgewicht zerstört wird? Was helfen innerstaatliche Gesetze zum Umweltschutz, wenn viele Staaten der Erde die Gewässer, die Luft, die Atmosphäre über alle Grenzen hinweg hemmungslos

verseuchen? Was hilft eine innerstaatliche oder europäische Sozialgesetzgebung, wenn die Hälfte der Menschheit nicht weiß, wovon sie am nächsten Tag leben soll? Was hilft die Sicherung der Grundrechte in der Bundesrepublik oder in Europa, wenn in der Hälfte der Staaten der Erde durch Diktaturen die Verwirklichung von Menschenrechten verhindert wird? Je mehr die Welt durch die Technik und durch unsere Nachrichtenmedien zusammenwächst, desto mehr muß sich eine Partei, die lebenswerte Bedingungen auch für künftige Generationen sichern will, dieser Aufgabe zuwenden. Sie sollte dieses Feld nicht ausschließlich Unternehmungen, wie z.B. der Sozialistischen oder Kommunistischen Internationale überlassen.

Zurück zum Thema Mannheimer Erklärung. Die Themen Einigung Europas, Aussöhnung mit Osteuropa, atlantische Partnerschaft, Entwicklungspolitik sind, unter diesem Gesichtspunkt gesehen, nicht mehr letztes Ziel unserer Außenpolitik, sondern sie können nur Etappe sein auf dem Wege zur Lösung der möglicherweise größten Herausforderung unserer Generation im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Danke sehr! - Das Wort hat Frau Dr. Christians vom Verband Westfalen-Lippe.

Frau Dr. Monika Christians: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte hier kein politisches Koreferat halten und auch keine europäische Deklamation vortragen, sondern einige Anregungen geben und Fragen zur Mannheimer Erklärung stellen. Denn ich bin der Meinung, dieses Papier ist noch kein Papier letzter Hand.

Zunächst einmal begrüße auch ich es sehr, daß ein innerer Zusammenhang zwischen Außen- und Innenpolitik hergestellt worden ist. Unklar an der Mannheimer Erklärung und in diesem Zusammenhang manchmal auch zu weitschweifig erscheint mir, daß das Ziel der Einheit Europas und der Einigung Westeuropas immer wieder ineinandergeschoben wird. Natürlich haben diese Dinge miteinander zu tun; aber es ist doch kein Erwartungshorizont, der sich einfach mit dem anderen deckt.

Die Einheit Europas ist doch leider nur ein Fernziel für uns, und der erste Schritt ist die Einigung Westeuropas. Mir scheint, daß die Beseitigung der fundamentalen Unterschiede der politisch-gesellschaftlichen Systeme und der wirtschaftlichen Systeme in Europa doch nicht ganz so einfach gelöst werden kann - "einfach" in Anführungsstrichen -, wie etwa die ersten Schritte zu einer Einigung Westeuropas getan werden können.

In diesem Zusammenhang die Frage an die Verfasser der Mannheimer Erklärung: Was ist für uns Koexistenz? Auf Seite 8 haben Sie sehr gut dargestellt, wie von der sowjetischen Seite aus Koexistenz aussieht. Dann geht es in dem Papier weiter, und ich darf vielleicht einmal drei Sätze zitieren:

"Unsere Antwort auf diese Bedrohung erfordert eine Politik, die ihrer Werte gewiß ist und ihre politischen Ziele mit Festigkeit verfolgt. Wir leben mit der Sowjetunion auf einem Kontinent. Wir sind entschlossen, diese Nachbarschaft so friedlich und so normal wie möglich zu gestalten."

Dann wird noch etwas über das Gleichgewicht der Kräfte gesagt. Mir scheint das von unserer Seite aus zu dürftig ausgedrückt.

(Beifall)

Hier müßte die ganze Aussage doch mit mehr Inhalt gefüllt werden. Eine zweite Frage! Wie weit sind wir in bezug auf unsere manchmal frisch-fröhliche Wirtschaftspolitik gegenüber kommunistischen Staaten schon die Lenin'schen Idioten geworden? Die Frage ist: Wie können so unterschiedliche Wirtschaftssysteme wirklich miteinander kommunizieren?

Unsere ersten Schritte müssen der Einigung Westeuropas gelten. Die Alternative zur kommunistischen Unfreiheit im Osten ist die europäische Freiheit im Westen. Wenn wir ein sozialistisches Westeuropa nicht verhindern, brauchen wir uns über das Fernziel, die Einigung Europas, gar keine Gedanken mehr zu machen. Darum meine Anregung, in dieser Hinsicht die Mannheimer Erklärung noch einmal zu überarbeiten.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Jetzt spricht Herr Dr. Scheuer, Baden-Württemberg.

Dr. Gerhard Scheuer: Meine Damen und Herren! Die Mannheimer Erklärung, die uns seit Beginn des Parteitages vorliegt, beginnt mit einem Teil über die Deutschlandpolitik. Das begrüße ich. Die Mannheimer Erklärung, ein Papier in einem Umfang von 40 Seiten, nimmt aber zu allen Gebieten der Politik Stellung, die für uns als Bundespartei wesentlich sind. Das sind viele Gebiete, und das bedeutet, daß für jedes Gebiet nur ein geringer Raum zur Verfügung steht. Das gilt eben auch für das Gebiet der Deutschlandpolitik. Dabei ergibt es sich, daß zahlreiche Fragen, die gestellt werden, nicht beantwortet werden können.

Dazu gehören u.a. auch einige der Fragen, die soeben meine Vorrednerin angesprochen hat. Das sind gerade im Bereich der Deutschlandpolitik diffizile und schwierige Probleme, rechtliche Probleme, teils völkerrechtlicher, teils staatsrechtlicher Art, diplomatische Fragen der Verbindlichkeit von Verträgen und nicht zuletzt auch propagandistische Dinge, die dabei eine Rolle spielen. Alle diese Fragen lassen sich nicht auf wenigen Seiten beantworten, schon gar nicht auf zwei Seiten, wie sie etwa in einer solchen Erklärung für jedes einzelne Gebiet der Politik zur Verfügung stehen können.

Dazu bedarf es eines etwas ausführlicheren Papiers. In Hamburg haben wir gleich für vier Gebiete der Innenpolitik solche Papiere erarbeitet, mit großem Fleiß, und ich glaube auch mit einigem Erfolg. Die Öffentlichkeit wartet darauf, daß wir auch für die Deutschlandpolitik mit einem Papier nicht nur sagen, was wir nicht wollen, sondern was wir für die Zukunft wollen, wenn wir an die Regierung kommen; darauf wartet man.

(Beifall)

Nicht nur die Öffentlichkeit wartet darauf, sondern wir hören das auch immer wieder von unseren Parteimitgliedern; sie wollen zu diesen Fragen argumentieren und warten auch darauf, daß die Partei ihnen über das, was in Zukunft unsere Politik ist, etwas an die Hand gibt, was mehr sagt als nein, sondern das sagt: wir wollen das und das und das anstreben und tun.

Ein Papier, das diesen Versuch unternimmt, wird morgen zur Beschlusfassung vorliegen. Wir hoffen, daß es Ihnen noch heute zur Information ausgehändigt werden kann. Es trägt die Überschrift "Arbeitspapier zur Deutschlandpolitik". Dieses Papier

tration von Privateigentum führt. Denn wenn dieses System einmal in eine Krise geraten sollte, wird es mit Sicherheit nicht von denen verteidigt werden, die selber kein Privateigentum besitzen. So dumm sind die Arbeitnehmer nicht, daß sie für Privateigentum auf die Barrikaden gehen, wenn sie selber an der Privateigentumsordnung der Wirtschaft nicht beteiligt sind.

(Beifall)

Wir stehen hier unter Zeitdruck. Jeder Tag, an dem nichts geschieht, schafft neue unkorrigierbare Ungerechtigkeiten. Die Revolutionäre haben Zeit. Wir, die wir auf Evolution setzen, müssen jedoch handeln, damit wir nicht denjenigen in die Hände arbeiten, die ihre Lösungen auf eruptivem Wege suchen.

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Blüm, für diesen bereichernden Beitrag ! Das Wort hat Herr von Bismarck.

Philipp von Bismarck: Ich möchte Sie bitten, noch etwas grundsätzlicher einzusteigen. Der Herr Parteivorsitzende hat in seiner großartigen Rede gestern formuliert: Wir wollen nicht mehr, aber auch nicht weniger als die Durchsetzung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft ist keine statische Ordnung. Deshalb wollen wir sie fortentwickeln.

Er stützt sich dabei darauf - das möchte ich in unser aller Erinnerung bringen-, daß in dem Düsseldorfer Programm, das die zweite Fassung des Berliner Parteiprogramms ist, die heute gültig ist, im Kapitel 3, in dem u.a. die Gebiete Familienpolitik, Frau in der Gesellschaft, Jugend und soziale Sicherung enthalten sind, der von den Sozialausschüssen, dem Wirtschaftsrat, dem damaligen Vorsitzenden der Programmkommission, Helmut Kohl, vorgeschlagene Satz aufgenommen ist, der wie folgt lautet: Die Soziale Marktwirtschaft ist Grundlage einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Dann heißt die Ziffer 61 - ich zitiere -:

"Die Soziale Marktwirtschaft ist ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm für alle. Ihre Grundlagen sind: Leistung und soziale Gerechtigkeit, Wettbewerb und Solidarität, Eigenverantwortung und soziale Sicherung."

Dann heißt es am Ende der Ziffer 61:

"Die Soziale Marktwirtschaft ist wie keine andere Ordnung geeignet, persönliche Freiheit, Gleichheit der Chancen, Eigentum, wachsenden Wohlstand und sozialen Fortschritt für alle zu verwirklichen und zu sichern."

Meine lieben Freunde, mein Anliegen geht in zwei Richtungen.

Erstens. Wir sollten keinesfalls das Kleinod Soziale Marktwirtschaft, diesen Markenartikel, den wir alle längst als sozial verpflichtete Marktwirtschaft verstehen, der durch den Mut Ludwig Erhards der CDU und der CSU in die Wiege des Jahres 1948 gelegt worden ist, preisgeben.

Ich darf mich schmunzelnd mit einem etwas profanen Beispiel, das aber für die Damen von besonders einleuchtender Prägnanz ist, an den Herrn Generalsekretär wenden. Wenn Persil heute wirklich noch Persil wäre, wie es war, als es erfunden wurde, wäre es längst nicht mehr Persil. Mit anderen Worten: Wenn Sie einmal einen Markenartikel, den Sie so beschrieben haben wie im Düsseldorfer Programm, in die Welt setzen, dann müssen Sie eisern

daran festhalten und alles, was sich in dem Bereich, der beschrieben ist, tut, unter diesem Begriff fassen und dürfen nicht nach neuen Vokabeln suchen, auch nicht nach so interessanten Vokabeln wie "der dritte Weg". Dort wird nämlich der Eindruck erweckt, als wäre es etwas gänzlich Neues. Der dritte Weg ist die konsequente Entwicklung und Anwendung der sozial verpflichteten Marktwirtschaft.

Mein zweites Anliegen. Wenn man landauf, landab die Bürger fragt, was denn Soziale Marktwirtschaft sei, dann stößt man auf eine erschreckende Situation. Die Partei hat es nämlich bisher nicht durchsetzen können, daß jedes Parteimitglied in einfacher Form - auf 20 oder 30 Seiten - erfährt, was die Soziale Marktwirtschaft denn ist, so daß man es auf deutsch weitersagen könnte. Wir machen es uns noch schwerer, wenn wir jetzt immer neue Vokabeln erfinden, die alle sehr schön und sehr nützlich sind und die auch notwendig sind - "Neue Soziale Frage" -, sie aber abweichend von dem Grundprogramm benutzen, das wir uns selber gesetzt haben.

Ich werde morgen einen Antrag einbringen, der den Bundesvorstand auffordert, für das nächste Jahr, jetzt nach der Sommerpause beginnend, ein Informationsprogramm aufzulegen, das uns alle endlich in den Stand setzt, für die Soziale Marktwirtschaft an allen Stellen, bei jedermann ein überzeugendes Bekenntnis abzulegen.

(Beifall)

Ich bitte Sie sehr, sich darüber klar zu sein: Wenn wir diesen Markenartikel aufgaben, würden wir wahrscheinlich das Beste, was uns der Nachkriegshimmel beschert hat - den Begriff "Soziale Marktwirtschaft" -, aufgeben.

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr von Bismarck, für diese grundsätzlichen Hinweise zur Bedeutung der Marktwirtschaft.

Das Wort hat Herr Ritz.

Dr. Burkhard Ritz: Herr Präsident ! Meine Damen und Herren ! Liebe Parteifreunde ! Sicher ist und bleibt es das Ziel der Mannheimer Erklärung, zunächst grundsätzliche Positionen der Außen-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik darzustellen. Davon werden auch nicht die programmatischen Aussagen im Berliner Programm berührt, soweit sie andere Bereiche der Politik betreffen, die in der Mannheimer Erklärung nicht angesprochen sind.

Dennoch, meine Damen und Herren, sollte man, so meinen wir, um Fehleutungen vor allem in der interessierten Öffentlichkeit auszuschließen, doch auf die Notwendigkeit und die Bedeutung der Landwirtschaft und der Agrarpolitik im Rahmen unserer gesamten Politik, im Rahmen der Wirtschafts-, der Gesellschafts- und der Politik für die ländlichen Räume hinweisen.

(Beifall)

Deshalb lassen Sie mich mit sehr wenigen Strichen den Ihnen vorliegenden Antrag M 1 begründen.

Liebe Freunde, die Bedeutung der Landwirtschaft in unserem Land wird oft oberflächlich verengt, nämlich durch die Aussage, daß es sich doch nur noch um einen kleinen Kreis von Betroffenen handelt, der einen noch geringeren Anteil am Bruttosozialprodukt erstellt.

Wir müssen nicht nur sagen, wogegen wir sind, sondern wir haben in allererster Linie die Pflicht zu sagen, wofür wir sind, was unsere eigenen Programme darstellen.

(Beifall)

Wenn es wirklich richtig wäre, wie das heute früh hier auf diesem Parteitag gesagt worden ist, daß wir überhaupt keine größeren Programme mehr verwirklichen könnten, dann müßte dieser Parteitag einpacken, dann könnte er das Programm der Partnerrente, das des Erziehungsgeldes überhaupt nicht mehr beraten; dann wäre alle diese geistige Anstrengung überflüssig. Ich sage hier: Genau dies werden wir nicht tun. Denn dieser Rat wäre eine Politik des Immobilismus. Eine solche Politik würde - lassen Sie mich dies sagen, liebe Freunde - nichts bewegen; sie würde niemanden bewegen, sie würde insbesondere nicht die Wähler von 1976 bewegen.

Lassen Sie mich mit einem Bild schließen, das in einer Partei, die das C im Namen führt, gestattet sein mag. Die Katholische Kirche ist nicht durch Bußprediger wie Savonarola stark geworden, sondern sie ist stark geworden durch geistige Baumeister wie Thomas von Aquin oder durch großartige Gestalten der Selbstlosigkeit und der Barmherzigkeit wie Franz von Assisi. Ich hoffe, Sie haben mich verstanden. - Vielen Dank.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Danke, Herr Hasinger. Er war der erste, der kein Lätzeichen brauchte.

Jetzt hat Herr von Weizsäcker das Wort.

Dr. Richard von Weizsäcker: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluß dieser außenpolitischen Debatte noch einmal folgendes sagen. Wir sind für alle Beiträge und Anregungen dankbar; sie werden bei der Schlußredaktion im Vorstand gewiß ihre Verarbeitung finden. Das wird geschehen im Lichte der Kernaussage, die die Mannheimer Erklärung zur Außenpolitik enthält und die ich hier am Ende dieses Kapitels mit meinen Worten noch einmal wiederholen möchte.

Der Löwenanteil der Schwierigkeiten im außenpolitischen Feld der europäischen Integration, des Verteidigungsbündnisses, der Gefahr einer allmählichen Machtverschiebung von West nach Ost, der weltweiten Radikalisierung, vor allem in der Vierten Welt, dieser Löwenanteil der Schwierigkeiten beruht auf einer bedrohlichen Entwicklung in den hochindustrialisierten Ländern der westlichen Welt und auch in unserem eigenen Land: es ist die Befriedigung der innenpolitischen Bedürfnisse, der Kraftaufwand im Ausbau unseres internen Verteilungssystems, es sind aber auch die Beiträge in den weltwirtschaftlichen Problemen, die wir und unsere Partnerländer nur allzuoft in der Form eines Kartells der hochindustrialisierten Länder leisten und daher oft nicht die weltweite Zustimmung finden. Darin liegt die schwerste Gefährdung unserer langfristigen Interessen.

Wir müssen also zweierlei lernen. Erstens: Die Wurzeln außenpolitischer Fehlentwicklung liegen überwiegend in den Schwächen der Innenpolitik der beteiligten Länder. Wer außenpolitisch weiterhelfen will, wende zunächst den Blick nach innen und mache seine außenpolitischen Vorschläge im Lichte dessen, was er innen sieht. Und zweitens: Bei allem, was wir tun, bei allem, was wir insbesondere innenpolitisch tun, müssen wir wissen, die Außenpolitik im weitesten Sinne, die Sicherheitspolitik, die Ent-

wicklungspolitik und nicht zuletzt die Weltwirtschaftspolitik wird es erfordern, daß ein wachsender Anteil unserer Kraft, unserer Zeit und ein Anteil dessen, was wir hier zu Hause gemeinsam erwirtschaften, den außenpolitischen Zielen wird gewidmet werden müssen.

Das ist schwer. Das ist keineswegs immer populär. Aber wenn wir es unterlassen, tragen wir selbst die Verantwortung dafür, daß unsere eigenen langfristigen Interessen nachhaltig und möglicherweise irreparabel berührt werden. Unser freies Gemeinwesen steht hier vor seiner möglicherweise entscheidenden Bewährungsprobe. Im Lichte dieser Überlegungen sollten wir uns jetzt in den weiteren Kapiteln den Erörterungen der Wirtschaft und Gesellschaft und dem Staat bei uns zu Hause widmen.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Danke, Herr Dr. von Weizsäcker.

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache über den zweiten Teil: Wirtschaft, Gesellschaft und Staat. Dazu eine Vorbemerkung. Wir haben hier oben 30 Wortmeldungen.

(Zurufe)

Wir gehen davon aus, daß Sie damit einverstanden sind, daß die Redezeit wie bisher auf fünf Minuten begrenzt bleibt.

(Zurufe)

Ich gehe auch davon aus, daß Sie mit dem Schluß der Rednerliste nach den 30 Wortmeldungen einverstanden sind. Kann ich über beides abstimmen lassen? Ich bitte um Ihre Genehmigung durch Erheben der Hand. - Gegenprobe!

(Zurufe)

Sie wollen noch verkürzen auf drei Minuten?

(Zustimmung)

- Meine Damen und Herren, das geht zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Ich darf darauf zurückkommen, wenn wir einmal genau sehen, wie wir fertig werden. Vielleicht schaffen wir es. Wir möchten gern versuchen, im Interesse aller bis 19 Uhr klarzukommen. Einverstanden?

(Zustimmung)

Jetzt hat zuerst Herr Katzer das Wort.

Hans Katzer (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich will mich gern an die fünf Minuten halten, denn ich glaube, es ist die Stunde der Delegierten. Wir sollten zuhören, was die Delegierten uns zu sagen haben.

(Beifall)

Aber gestatten Sie mir drei Bemerkungen. Erstens: Wir sprechen das Problem neuer sozialer Fragen an. Dieses Thema hat die Christlich-Sozialen seit eh und je bewegt. Wir trügen das "C" in unserem Namen zu Unrecht, wenn wir uns nicht leidenschaftlich für die Schwachen in unserer Gesellschaft einsetzen, für jene, die sich selbst nicht helfen können oder die keine mächtigen

schaftspolitik sind durch kurzfristige Maßnahmen nicht zu beheben, allenfalls zu mindern. Sie erfordern einen fundamentalen Kurswechsel, und sie erfordern einen politischen Neuanfang, zu dem diese Koalition nicht in der Lage ist.

(Beifall)

Deshalb muß ein solches Programm in eine neue Gesamtpolitik eingeordnet werden, die langfristig entwickelt wird. Die Grenzen der Belastung mit Steuern und Sozialabgaben sind erreicht. Sie sind von 37 % im Jahre 1969 auf 45 % des Sozialprodukts angestiegen. Das Gebot der Sparsamkeit gilt. Die Länder kürzen: Hamburg, Niedersachsen, Hessen, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen - man könnte alle elf Länder hier nennen. Die Länder kürzen unabhängig davon, welcher Partei ihre Regierungen angehören, sie kürzen in der Finanzplanung nach dem Gebot der Notwendigkeit. Was Landesregierungen können, das muß auch eine Bundesregierung leisten. Sie kann die Probleme der öffentlichen Finanzen nicht wieder bis zum Tellerrand der nächsten Wahlen verschieben, weil die Probleme dann vielleicht sogar unlösbar werden könnten.

(Beifall)

Hier sind die Macher gefordert, hier ist Handeln und hier ist Verantwortungsbewußtsein der Bundesregierung verlangt. Wir dürfen sie aus dieser Verantwortung nicht entlassen. Wir müssen weiter sagen, daß reales Wirtschaftswachstum auch die Grundlage für steigende soziale Leistungen ist, ja, für die Erhaltung des Systems sozialer Sicherung. Was wir in unseren Konzeptionen vertreten, ist eingebunden in eine Politik des realen Wirtschaftswachstums.

Darüber hinaus unterstreiche ich die Notwendigkeit einer aktiven Vermögensbildungspolitik als Politik der sozialen Marktwirtschaft, nicht einer Gruppe der Partei, sondern unserer Konzeption von moderner Marktwirtschaft zur Entschärfung des Verteilungskampfes.

(Beifall)

Lassen Sie mich schließlich sagen, meine Damen und Herren, daß hinter dem Stichwort Jugendarbeitslosigkeit oder aber der Frage der beruflichen Chancen unserer jungen Generation über die Rezession hinaus das schwerwiegendste innenpolitische Thema der nächsten Jahre stehen kann; denn hier geht es nicht nur um die Folgen der Rezession, sondern um die Folgen einer falschen Bildungspolitik,

(Beifall)

bei der die Abschlüsse im Bildungswesen und die daraus abgeleiteten Erwartungen und die Möglichkeiten der Arbeitswelt immer weiter auseinanderfallen. Die Leussinks, die Dohnanyis, die Hamm-Brüchers sind von der Bonner Szene verschwunden, aber ihre Fehlentscheidungen wirken weiter nach.

(Beifall)

Zu den Aufgaben, die wir noch bis zur Wahl zu lösen haben, gehört über die Stichworte des heutigen Antrags hinaus die Entwicklung einer durchgreifenden Konzeption von CDU und CSU, in der wir sagen, was wir langfristig in der Bildungspolitik, in der Berufsbildung, in der Wirtschaftspolitik tun wollen und tun müssen, um un-

serer jungen Generation wieder bessere Chancen für ihre persönliche und berufliche Zukunft zu eröffnen.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Wir danken Ihnen, Herr Dr. Stoltenberg. - Jetzt hat Herr Wissmann das Wort.

Matthias Wissmann: Liebe Parteifreunde! Die Junge Union hat Ihnen eine Erklärung zu den programmatischen und strategischen Schwerpunkten schriftlich vorgelegt. Deswegen kann ich mich ebenfalls kurz fassen.

Lassen Sie mich zunächst sagen, daß wir als Junge Union es begrüßen, daß die Partei mit der Mannheimer Erklärung erneut den Versuch unternimmt, die mittel- und langfristigen Ziele, die programmatischen Schwerpunkte zu umreißen. Worauf es jetzt ankommt, ist, meine ich, daß wir auf allen Ebenen der CDU und CSU das Verständnis dafür wecken, daß Programme und Konzeptionen kein lästiges Beiwerk der Politik, sondern Grundvoraussetzung für eine klare Linie christlich-demokratischer und christlich-sozialer Politik sind.

(Beifall)

Ich will in diesem Zusammenhang zwei strategische Ausgangsüberlegungen aus der Sicht der Jungen Union zur Debatte stellen. Zunächst, liebe Parteifreunde, meine ich, daß wir uns darüber im klaren sein müssen, daß wir die absolute Mehrheit im Jahre 1976 nur dann gewinnen können und gewinnen werden, wenn wir nicht nur unsere Stammwähler mobilisieren, sondern wenn es uns gelingt, die Wechselwähler, die jungen Wähler, die liberal orientierten Wähler, die städtischen Mittelschichten, die Arbeitnehmer, die Frauen für unsere Politik zu gewinnen.

Ich finde, daraus leitet sich ab, daß wir klar sagen müssen, daß wir nicht nur wissen, was wir nicht wollen, sondern daß wir deutliche Alternativen haben. Liebe Parteifreunde, in diesem Zusammenhang, meine ich, ist es gut, wenn wir uns einmal über die Ausgangslage unserer Politik klarwerden. Gestern wurde eine Umfrage veröffentlicht, die besagt, daß von den Bundesbürgern etwa 16% der Meinung sind, daß die CDU eine soziale Politik betreibe, und etwa 56 % der Bevölkerung der Meinung sind, daß die SPD eine soziale Politik betreibe. Liebe Parteifreunde, und das in einer Situation, in der jedermann weiß, daß die Wirtschaftspolitik Helmut Schmidts vor allem zu Lasten der sozial Schwachen geht.

Ich finde, da müssen wir uns die Frage als CDU und als CSU stellen, ob wir nicht mehr als bisher dafür tun müssen, daß unsere gesellschaftspolitischen Vorstellungen zur Mitbestimmung, zur Vermögensbildung, zur Vermenschlichung der Arbeitswelt und zu anderen Fragen etwas weniger defensiv und verschämt und dafür etwas offensiver in der politischen Auseinandersetzung vertreten werden.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, ich meine, wir hätten allen Grund, auf der Grundlage unserer Beschlüsse von Hamburg zu sagen: Wir bleiben bei diesen Beschlüssen; wir setzen sie noch mehr als bisher in gesetzgeberische Initiativen um,

(Vereinzelter Beifall)

und zwar deswegen, weil wir doch wissen, daß unsere Mitbestimmungskonzeption, unsere Vermögensbildungskonzeption Konzeptionen sind, die die Freiheitsrechte stärken wollen und nicht neue Fremdbe-

Meine Freunde, ich sagte, Schulden, die Investitionen und damit Arbeitsplätze schaffen, sind in der gegenwärtigen Situation notwendig, wenn man das Ziel "Beseitigung der Arbeitslosigkeit" als erstes Ziel betrachtet. In einer dynamischen Wirtschaft sind Halbherzigkeiten, wie diese Regierung sie seit Jahren praktiziert, schlimmer als Nichtstun. Die Entwicklung der letzten Jahre hat dies zur Genüge bewiesen.

Noch nie ist unser Staat so wenig vorbereitet, ja, ohne Reserven in eine tiefe Krise gesteuert worden wie von dieser Bundesregierung. Und ich fürchte, der Schein trügt, den die Regierung auf Kosten unserer Zukunft mühsam aufrechterhält.

Ich habe versucht, mich auf die fünf Minuten Redezeit zu begrenzen, und will deshalb auch abschließen, weil ich mit gutem Beispiel für die Delegierten vorangehen möchte. Lassen Sie mich zum Schluß nur noch eines sagen. Im Rahmen der Frage der Arbeitslosigkeit ist die der Jugendarbeitslosigkeit die schlimmste. Wir haben 126.000 Jugendliche ohne Arbeit. Von diesen 126.000 sind mehr als die Hälfte ohne schulischen Abschluß. Ich kann nur sagen, meine Freunde, das geht an uns, das geht an die Kommunen, das geht an die Länder: Hier haben wir mit der Arbeitsverwaltung, hier haben wir mit den Volkshochschulen und mit unserer Schüler-Union und unserer Jungen Union, mit Frauenvereinigung und Sozialausschüssen dafür Sorge zu tragen, daß wir allen pädagogischen Einfluß nehmen, um diese jugendlichen Menschen dazu zu bringen, den Schulabschluß nachzuholen, den sie leider - aus welchen Gründen auch immer - versäumt haben.

(Beifall)

Geben wir den jungen Menschen eine Chance! - Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Danke sehr, Herr Katzer! - Es spricht jetzt Herr Dr. Stoltenberg.

Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg: (Mit Beifall begrüßt) Herr Präsident! Liebe Freunde! Es ist schon kurz gesagt worden, verdient aber doch noch eine etwas stärkere Beleuchtung: In diesen Wochen erleben wir den planmäßigen Versuch der Regierungsparteien, in den Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik mit Blick auf 1976 zu einer totalen Veränderung der Sprache, der Erwartungen und der Begründungen zu kommen. Vor den Landtagswahlen wurde der Aufschwung aus eigener nationaler Kraft durch die Politik der Macher in Bonn angekündigt. Heute erklärt Herr Schmidt in einem Interview, erstens sei in diesem Jahre nicht mehr mit einer Belebung zu rechnen, zweitens sei der Zeitpunkt des Aufschwungs nicht vorher bestimmbar, und drittens versucht er mit einigem intellektuellen Aufwand und vielen Fremdwörtern die totale Abhängigkeit der deutschen Wirtschaftspolitik von der Weltwirtschaft zu postulieren - als Begründung für die Wirkungslosigkeit eigener Maßnahmen. Der Begriff "Aufschwung" wird durch den Begriff "Weltrezession" ersetzt. Wir müssen dieses Verhalten als ein Verhalten der intellektuellen Unredlichkeit und zugleich des propagandistischen Geschicks erkennen und ansprechen.

(Beifall)

Deshalb ist eine klare, auch von der Sache her überzeugende Antwort nicht nur für heute und morgen, sondern für die weitere Dis-

kussion bis zum Herbst 1976 geboten, eine Antwort in einer offensiven Sprache, die sich verständlich ausdrückt und versucht, die komplizierten Wirtschaftssachverhalte mit Blick auf die Lebenserfahrungen der Menschen klarzumachen, die aber natürlich zugleich auch auf der Höhe der anspruchsvollen Diskussion ist. Die Lebenserfahrungen, die die Menschen in diesen Monaten machen, geben unseren Argumenten eine stärkere Wirkung als die durchaus richtigen Aussagen der Bundestagswahl 1972. Drei Feststellungen sind zu treffen:

1. Die Grundlagen für Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit sind im wesentlichen in Fehlentscheidungen der deutschen Regierungspolitik seit 1969/70 angelegt. Die Statistiken der Bundesregierung zeigen, daß bereits seit Beginn der 70er Jahre in der Hochkonjunktur die privaten Investitionen stagnierten. Nach letzten Feststellungen haben wir von allen westeuropäischen Industrieländern gegenüber 1970 den stärksten Rückgang der privatwirtschaftlichen Investitionen.

2. Im Gegensatz zur versprochenen besseren Lebensqualität haben wir auch einen ständigen Rückgang der Investitionsanteile der öffentlichen Hand, vor allem des Bundeshaushalts. Diese Regierung hat ständig aus der Substanz gelebt, sie hat Geld unter die Leute gebracht, und deshalb empfinden ja viele Menschen die Härte dieser Krise erst allmählich. Sie hat das Geld aber auf Kosten der von uns einmal geschaffenen wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen dieser Bundesrepublik Deutschland unter die Leute gebracht.

(Beifall)

3. Eine weitere Grunderfahrung ist wichtig und muß im Lichte der Mannheimer Erklärung deutlich gemacht werden: Die Krise der Unternehmen bedeutet zugleich die Existenzsorge der Arbeitnehmer, und die Krise der Wirtschaftspolitik bedeutet eine Krise der Gesellschaftspolitik. Stärkung der Investitionskraft und angemessene Gewinnerwartungen sind die Voraussetzung für die Vollbeschäftigung, für sichere Arbeitsplätze und für die Bemühung um die Humanisierung der Arbeitswelt. Ohne die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen bleibt alles, was wir und andere dazu sagen, eine leere gut gemeinte Absichtserklärung.

(Beifall)

Hier liegt die fundamentale Interessengemeinschaft aller Gruppen der Bevölkerung bei allen Interessenunterschieden, und das wird von Marxisten eben nicht begriffen. Das ist mit Klassenkampfparolen nicht zu erfassen; sie stehen dem Verständnis dieser elementaren Tatbestände wirtschaftlicher und sozialer Vernunft entgegen.

Die Einheit von Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik muß wiedergewonnen werden. In diesem Rahmen eines eigenen Ansatzes, meine Freunde, kann auch ein Konjunkturprogramm, jetzt rechtzeitig vorbereitet, vor allem für das Winterhalbjahr mit seinen zu erwartenden schweren Krisenerscheinungen auf dem Arbeitsmarkt und in den Betrieben richtig sein. Unter dieser Voraussetzung unterstütze ich ausdrücklich den Antrag, den Kollege Katzer zusammen mit Frau Wex, Wissmann und anderen eingebracht hat. Ich sage aber hier ganz offen, daß wir ein solches Konjunkturprogramm in seinen Wirkungen nicht überschätzen dürfen, so richtig es sein kann. Die Investitionszulage etwa hat die Erwartungen der Koalition nicht erfüllt, denn diese fundamentalen Fehlentwicklungen in der deutschen Wirtschafts-, Finanz und Gesell-

Organisationen hinter sich haben. Für sie hat der Staat da zu sein; für sie einzutreten ist christlich-demokratische Politik für morgen.

(Beifall)

Zweitens. Neue soziale Fragen stellen und beantworten heißt aber selbstverständlich auch die sozialen Probleme, die wir in Hamburg angesprochen haben, lösen, heißt die Fragen der Mitbestimmung, der Vermögensbildung, der beruflichen Bildung einer Lösung zuführen.

Und drittens, meine sehr verehrten Freunde, haben wir uns dem dringlichsten Problem zu stellen, das es aktuell zu lösen gilt, nämlich der Frage der Arbeitslosigkeit und ihrer Beseitigung in unserem Lande.

(Beifall)

Meine Damen und Herren und liebe Parteifreunde, ich kann nur sagen, SPD-FDP-Politik in den letzten Jahren hat eines deutlich gemacht: SPD-FDP-Politik geht praktisch zu Lasten der Arbeitnehmerschaft, für die angetreten zu sein diese Parteien einstmals behauptet haben.

(Erneuter Beifall)

1969 haben wir der Regierung einen intakten Haushalt und geordnete Finanzen übergeben. Währung und Sozialversicherung waren gesund. Nun, meine verehrten Freunde, hörten wir vor dem 4. Mai, der Aufschwung sei wählbar. Nach den Wahlen hört sich das anders an, und wenn man heute die "Süddeutsche Zeitung" liest, dann sagt Herr Bundeskanzler Helmut Schmidt: Wir haben uns alle geirrt.- Nein, meine Freunde, wir haben uns nicht geirrt, wir haben vorher gesagt, daß diese Politik der Inflation leider gleichzeitig Arbeitslosigkeit in unserem Lande bringen wird.

(Beifall)

Nein, meine Freunde, wahr ist: Die Zahlen über die Arbeitslosigkeit, die man uns vor den Wahlen genannt hatte, waren falsch. Das Loch in den Staatsfinanzen wird nicht 23, sondern 30 Milliarden DM betragen. Die Preise steigen weiter. Im Juni keine Abnahme der Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit nimmt zu. Ich kann hier nur kurz und präzise sagen: Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik wurden die Arbeitnehmer so kaltschnäuzig hinters Licht geführt, wie dies bei den Wahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland geschehen ist.

(Beifall)

Meine Freunde, ich füge ebenso präzise hinzu: Wer so manipuliert, muß sich die ernste Frage gefallen lassen, ob es überhaupt seine Absicht ist, den Aufschwung so schnell wie möglich zu erzielen, oder ob er die Absicht hat, diesen Aufschwung so nah wie möglich an den Wahltermin des Jahres 1976 herankommen zu lassen.

(Beifall)

Nun, meine Freunde, unsere Alternativen sind angesprochen. Die wichtigste, die wir zu geben haben, ist die Alternative zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, insonderheit der Jugendarbeitslosigkeit. Wichtigstes Ziel wird die Schaffung von Arbeitsplätzen für eine Million Arbeitslose und eine Million Kurzarbeiter sein. Mit der Investitionsprämie sind 7 bis 8 Milliarden DM praktisch hinausgeworfen worden zur Vermögensbildung der ohnehin schon

reichen und begüterten Unternehmungen; damit ist leider kein einziger neuer Arbeitsplatz in unserer Wirtschaft geschaffen worden.

(Vereinzelt Beifall)

Wir werden, meine Freunde, deshalb dafür Sorge zu tragen haben, daß wir nicht morgen, sondern jetzt und heute einen Konjunkturhaushalt bekommen, mit dem die öffentliche Hand schnell, wirksam und unbürokratisch durch Erteilung öffentlicher Aufträge die Inlandnachfrage belebt. Dabei bin ich mir der Tatsache bewußt, daß Schwerpunkte gebildet werden müssen, indem vor allem brachliegende Baukapazitäten ausgelastet und rasch neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Natürlich kommt hier sofort der Einwand - der ja auch richtig ist -, daß dadurch die ohnehin stark verschuldeten Haushalte zusätzlich erheblich mehr belastet werden. Dazu kann ich nur sagen, meine Freunde: Wenn es sich um produktive und Produktivität anstoßende Investitionen handelt, von denen nicht nur die Sicherheit der Arbeitsplätze, nicht nur die Stabilität unseres Systems der sozialen Sicherung, sondern auch die Lösung drängender Aufgaben - wie z.B. Umweltschutz und Energieversorgung - abhängt, dann müssen wir diesen Weg gehen! Meine Freunde, es gibt nichts Schlimmeres, nichts Unsozialeres und keine größere soziale Demontage in unserem Lande, als eine Million Menschen arbeitslos zu halten und eine Million Menschen in Kurzarbeit zu sehen.

(Beifall)

Umgekehrt, meine Freunde, wird ein Schuh daraus: 100.000 Arbeitslose erfordern einen jährlichen Aufwand von 900 Millionen DM. Wenn es uns gelingt, 100.000 Arbeitsplätze zu schaffen, so erarbeiten die Betroffenen jährlich ein Sozialprodukt von 1,5 Milliarden DM; sie zahlen Steuern und Beiträge zur Sozialversicherung. Ich möchte glauben, Schuldenmachen ist abzulehnen, wenn es nur darum geht, den Staatshaushalt zu stopfen. Wenn die Schulden aber dazu dienen, neue Investitionen zu tätigen und neue Arbeitsplätze zu schaffen, dann müssen wir diesen Weg im Interesse der Menschen unseres Landes gehen.

(Beifall)

Ich füge ein Zweites hinzu. Wir haben heute mittag ein Essen mit unseren ausländischen Freunden gehabt und haben uns über die Frage der Gastarbeiter unterhalten. Ich kann hier nur sagen, wenn der derzeitige Arbeitsminister sich hinstellt und sagt, er sei nicht der Arbeitsminister der Türken, sondern der Deutschen, so kann ich nur sagen: Dies ist schlicht ein Skandal!

(Lebhafter Beifall)

Der Arbeitsminister ist für alle Menschen da, ob Türken, Griechen oder Deutsche, und wir haben, meine Freunde, kein Recht, jene Menschen, die wir geholt haben, damit sie mit uns unser Sozialprodukt erhöhen, nach Hause zu schicken, wenn einmal Not am Mann ist. Sie sind Menschen wie wir, die unsere Solidarität genauso brauchen wie jeder deutsche Kollege an jedem deutschen Arbeitsplatz.

(Lebhafter Beifall)

Anders kann christlich-soziale Politik in diesem Lande nicht begründet werden!

(Anhaltender Beifall)

stimmung schaffen wie das, was die Bundesregierung uns vorlegt. Wenn wir das nicht tun, wenn wir unsere Konzeptionen nicht offensiver vertreten und glaubwürdiger sind dadurch, daß wir sie umsetzen auf allen Ebenen parlamentarischer Arbeit, wird uns der Durchbruch versagt bleiben.

Lassen Sie mich noch zwei etwas kritischere Anmerkungen zur Mannheimer Erklärung machen. Ich glaube, wir müssen bei unserer programmatischen und strategischen Arbeit zunächst sicherstellen, daß es nicht zu einer einseitigen Bevorzugung des außenpolitischen Aspekts kommt, sondern daß das Gleichgewicht von Innen- und Außenpolitik gewahrt bleibt; und zwar deswegen, liebe Parteifreunde, weil die Innenpolitik doch nicht von der Außenpolitik her determiniert werden darf, sondern weil es darauf ankommt, die innenpolitischen Ziele Freiheit und soziale Gerechtigkeit nach außen so abzusichern, daß wir sie innenpolitisch verwirklichen können.
(Beifall)

Wir müssen ein zweites bedenken, nämlich daß bei aller Berechtigung der Forderung, der Staat müsse das Allgemeinwohlinteresse gegenüber den Partikularinteressen von Gruppen durchsetzen, berücksichtigt werden muß, daß doch christlich-demokratische Politik im Ergebnis eine Politik ist, die nicht den Versuch macht, bei jeder sozialen Frage nach dem Staat zu rufen, sondern die im Ergebnis den Versuch unternimmt, die privaten Gruppen und Träger, die nicht staatlich Verantwortung Tragenden in der sozialen Gesellschaftspolitik zu stärken
(Beifall)

und damit dafür zu sorgen, daß unsere Gesichtspunkte von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit nicht dadurch in den Hintergrund geraten, daß anonyme Bürokratien diese Spielräume für Freiheit und soziale Gerechtigkeit letztlich einengen.

Eine letzte Bemerkung in der Kürze der Zeit: Ich meine - ich habe schon verschiedentlich versucht, das im Namen der Jungen Union zu sagen -, liebe Parteifreunde, daß neben dem Darstellen anderer Alternativen die Notwendigkeit besteht, die offensive Auseinandersetzung auf den entscheidenden Punkt in der Bundesregierung zuzuführen, und der heißt für mich Helmut Schmidt. Deswegen sollten wir noch viel deutlicher als bisher machen - ich bin dankbar, daß der Parteivorsitzende das gestern gesagt hat -, daß ein Kanzler, der auf Tagespolitik konzentriert ist, der keine längerfristigen Konzepte hat, der sich mit den Starken zu Lasten der sozial Schwachen arrangiert, der in der Öffentlichkeit für sich selbst in Anspruch nimmt, er sei ein Macher, ohne die wirklich wichtigen sozialpolitischen Fragen vom Tisch gebracht zu haben, daß dieser Kanzler kein christlich-demokratisch orientierter Kanzler sein kann, sondern unsere Offensive in der politischen Auseinandersetzung gerade diesem Mann Helmut Schmidt mehr noch als bisher, auch in der Bundestagsfraktion und auf allen anderen Ebenen, gelten muß.
(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Wissmann. Ich freue mich, Herrn Dr. Blüm ankündigen zu können. Bevor ich ihm das Wort erteile, möchte ich jedoch bekanntgeben, wer die nächsten Redner sind, damit Sie sich danach richten können: Herr Dr. von Bismarck, Herr Dr. Ritz, Herr Minister Geißler, Herr Professor Beske, Frau Laurien, Herr Dr. Schwarz-Schilling.

Jetzt hat das Wort Herr Dr. Blüm. Ich gebe damit die Leitung ab. Das Präsidium übernimmt Herr Professor Zeitel.
(Beifall)

Dr. Norbert Blüm: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind heute morgen zu Realismus aufgefordert worden. Zu meinem Verständnis eines modernen Realismus gehört der Blick auf die Zukunft; denn die Zukunft wird keineswegs einfach nur die Verlängerung der Gegenwart sein. Wer sich deshalb gegen Wandel und Entwicklung stellt und das Festhalten an etwas als einziges politisches Programm vertritt, der verkündet das Programm des Irrationalismus und nicht des Realismus.

Die Spatzen pfeifen es doch von den Dächern, daß sich etwas ändert, überall auf der Welt, daß der wirtschaftliche und industrielle Fortschritt an seine Grenzen gestoßen ist, daß wir in Zukunft mehr Rücksicht nehmen müssen auf Mensch und Natur und daß Wirtschaften wieder mehr ein Haushalten mit begrenzten Mitteln sein wird. Zweifellos, zu einer solchen Politik gehört Mut. Aber, meine Damen und Herren, ich halte es für etwas einfallslos, wenn im Zusammenhang mit Haushalten und Sparen nur Sozialleistungen und Sozialstaat aufgerufen sind.

Ich finde, es gibt keine Tabus, auch nicht in der Wirtschaft. Wenn es ans Sparen geht, dann dürfen wir auch einmal die Subventionen zur Disposition stellen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir brauchen nicht alle paar Jahre wieder einen schönen Subventionsbericht. Wir brauchen eine Subventionsprüfung und eine Abschaffung derjenigen Subventionen, die dieser Prüfung nicht standgehalten haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich hätte auch etwas gegen so eine Arbeitsteilung, die so aussieht: Hilfe für Unternehmen heißt Wirtschaftspolitik und Hilfe für den kleinen Mann heißt Sozialpolitik. Die ersten haben einen Vertrauensvorschuß, weil sie schon etwas sind, und die zweiten müssen sich ständig rechtfertigen, daß sie noch nötig sind. Wirtschafts- und Sozialpolitik sind keine Gegensätze. Das hat ja gerade diese Regierung bewiesen. Sie hat gar nicht so viele soziale Hände, um den Arbeitnehmern das zu geben, was sie ihnen wirtschaftspolitisch weggenommen hat.

Ich meine auch, daß Wirtschafts- und Sozialpolitik im Verständnis der Christlich Demokratischen Union zusammengehören, weil unsere gesellschaftspolitische Konzeption auf beide Instrumente angewiesen ist. Das wirtschaftspolitisch Notwendige und das gesellschaftspolitisch Erforderliche können unter einen Hut gebracht werden. Das zeigt gerade die Eigentumspolitik.

Meine Damen und Herren, es kann doch nicht das Einmaleins der Sozialen Marktwirtschaft sein - jedenfalls nicht derjenigen, die wir meinen -, wenn jeder soziale Aufschwung, staatlich finanziert - vornehmlich auch mit den Steuergroschen der Arbeitnehmer -, Investitionshilfen bringt, die sich schließlich als Wertzuwachs bei den Altbesitzern niederschlagen.

Das kann doch nicht das Einmaleins der Sozialen Marktwirtschaft sein, meine Damen und Herren. Wir wollen ja nicht, daß weniger Kapital entsteht. Wir wollen nicht, daß nicht investiert wird; darauf sind Arbeitnehmer und Unternehmer angewiesen. Wir wollen nicht weniger Kapital, aber mehr Kapitalgeber.

Dessen bin ich sicher: Das System des Privateigentums wird weniger von denjenigen gefährdet, die großspurige Ideologien zur Abschaffung des Privateigentums verkünden, als von einer Praxis, die Zugangssperren für privates Eigentum schafft und zur Konzen-

ist vom Ausschuß für Deutschlandpolitik der CDU Baden-Württemberg in monatelanger Vorarbeit unter Mitarbeit zahlreicher Bundestagsabgeordneter ausgearbeitet worden. Es ist von über 70 Delegierten dieses Parteitages unterschrieben, darunter mindestens 15 Bundestagsabgeordnete, von denen etliche im Bundestag gerade mit dieser Frage sehr intensiv befaßt sind. Der Erstunterzeichner dieses Papiers ist Olaf von Wrangel, der vorhin zu einem Teil dieser Fragen zu Ihnen gesprochen hat.

Ich will nicht in eine inhaltliche Begründung dieses Papiers eintreten. Das kann man nicht in zwei, nicht in vier und auch nicht in zehn Minuten tun. Deswegen will ich es erst gar nicht versuchen. Ich habe an Sie nur die zweifache Bitte: Nehmen Sie sich, wenn dieses Papier verteilt ist - ich hoffe, das wird noch heute der Fall sein -, die Zeit, diese zehn Seiten - soviel sind es nun halt mal - bis morgen in aller Ruhe zu studieren. Meine zweite Bitte: Geben Sie diesem Papier morgen bitte Ihre Zustimmung auch dann, wenn Sie mit der einen oder anderen Formulierung, an der man immer noch schleifen kann, vielleicht nicht ganz einverstanden sind.

Wenn das ^Papier angenommen würde, wäre es eine politische Willenserklärung dieses Parteitages zur Deutschlandpolitik für die Zukunft.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Herr Behnke.

Georg Behnke: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Mannheimer Erklärung besticht sicherlich durch die nüchterne Analyse nicht allein der weltpolitischen Lage, sondern vor allen Dingen der Veränderungen dieser weltpolitischen Lage. Im Bereich der Entwicklungspolitik wird klar aufgezeigt, wie der liberale Welthandel zunehmend bedroht wird. Herr Dr. Todenhöfer hat darauf aufmerksam gemacht, wie viele Entwicklungsländer heute dirigistische Forderungen stellen.

Nun wird der freie Welthandel nicht allein durch Entwicklungsländer bedroht, sondern vor allen Dingen auch durch multinationale Konzerne. Dazu finden wir bedauerlicherweise in der Mannheimer Erklärung keinen Hinweis.

Wie kann dieses Problem gelöst werden? Sicherlich nicht durch Verstaatlichung; das wäre kein Beitrag zur Liberalisierung, sondern das Gegenteil. Ich meine, es ist eine Aufgabe für die Europapolitiker, Überlegungen anzustellen, damit wir auch bezüglich der Schaffung eines europäischen Kartellrechtes vorankommen, damit wir diese multinationalen Konzerne, die vielfach bewiesen haben, daß sie sich über Grundsätze des Marktes hinwegsetzen und daß sie Grundsätze des freien Welthandels ausscheiden, in den Griff bekommen.

Das zweite, was zum Bereich der Entwicklungspolitik zu sagen ist: Die Verpflichtung zur Entwicklungspolitik ergibt sich nach dem Mannheimer Papier nur aus dieser Veränderung der weltpolitischen Lage. Dem kann nicht zugestimmt werden. Die Verpflichtung zur Entwicklungspolitik ergibt sich für uns zunächst daraus, daß wir eine Christlich Demokratische Union sind, daß wir bereit sind, uns für Randgruppen einzusetzen, nicht allein für die Randgruppen bei uns, sondern auch für die Randgruppen in den anderen Ländern und bei anderen Völkern.

Solidarität darf für uns kein Prinzip sein, das an den Grenzen der Bundesrepublik halt macht; sie muß über die Grenzen der Bundesrepublik hinausgehen. Solidarität muß für alle gelten.

Die Mannheimer Erklärung - so sagt Professor Biedenkopf - besteht auch dadurch, daß in ihr die Zusammenhänge deutlich gemacht werden zwischen Außenpolitik auf der einen und Innenpolitik auf der anderen Seite. Dies wird aber im Bereich der Entwicklungspolitik nach meiner Auffassung nicht konsequent durchgeführt.

Wenn wir den Welthandel freier gestalten wollen, tauchen auch bei uns Probleme auf, z.B. das Problem der Umorientierung der Produktion. Zu dieser Frage finden wir in der Mannheimer Erklärung nichts.

Die wesentliche innenpolitische Aufgabe, meine ich, ist aber doch, daß Entwicklungspolitik nicht allein ein Bereich der Fachleute sein darf, sondern daß wir alle uns für die Entwicklungspolitik einsetzen.

Wir müssen in der Bundesrepublik eine Änderung des Bewußtseins herbeiführen. Wir müssen dafür sorgen, daß alle Bürger unseres Landes bereit sind, sich den Grundsätzen der internationalen Solidarität zu verpflichten und daß alle bereit sind, für die Länder der Dritten Welt einzutreten. Dies ist die hervorragende entwicklungspolitische, innenpolitische Aufgabe der Union.

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Danke sehr, Herr Behnke. Als letzter zum außenpolitischen Teil jetzt Herr Hasinger. Ich künde dann an: Herrn Katzer, Dr. Stoltenberg, Herrn Wissmann, Herrn Dr. Blüm, Herrn Dr. von Bismarck. Zwischendurch spricht einmal zum Grundsätzlichen Herr von Weizsäcker.

Albrecht Hasinger: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Ich möchte sozusagen auf der Nahtstelle zwischen der Außenpolitik und der Gesellschaftspolitik sprechen, nämlich konkret einen Zusammenhang herstellen zwischen der Mannheimer Erklärung und der Rede, die heute früh auf diesem Parteitag gehalten worden ist. Denn bei aller Pluralität der Meinungen, liebe Freunde, sollten wir doch versuchen, eine durchgehende geistige Linie anzustreben.

Herr Strauß hat heute früh hier gesagt, die Union müsse die politische Alternative sein, sie dürfe nicht nur die Variante darstellen. Ich möchte sagen, daß wir mit diesem Satz wahrscheinlich alle miteinander sehr einverstanden sein können, aber ich möchte auch hinzufügen, daß politische Alternative sein heißt: erstens, wir brauchen langfristig, also auch über 1976 hinaus - wir müssen auch an die Zeit nach 1976 denken -, eine klare Formulierung unserer Grundsätze und Ideen. Nur wenn wir unsere Ideen langfristig attraktiv gestalten und ausdrücken, werden wir eine dauerhafte Grundlage für unsere politische Arbeit gelegt haben.

(Beifall)

Ich meine, politische Alternative sein bedeutet ein Zweites: Wir müssen für 1976 und für die Legislaturperiode 1976 bis 1980 ganz konkret sagen, welche Aktionen wir vorhaben. Den Wähler im unklaren darüber zu lassen, was eine CDU-Regierung tatsächlich täte, kann doch nicht unsere Politik sein. Ja, ich würde weitergehen: Selbst wenn eine solche Politik Erfolg hätte, könnten wir uns eines solchen Erfolges nicht freuen; denn er wäre eine Beleidigung der Mündigkeit und der Urteilsfähigkeit der Bürger.

Wer aber einmal in die ländlichen Regionen unseres Landes hineingeht, vor allem in die strukturschwachen Gebiete unseres Vaterlandes, wird sehr schnell feststellen, daß bis zu 40 % der Bevölkerung direkt oder indirekt von der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft leben. Damit ist die Landwirtschaft nicht zuletzt in unserer wirtschaftlichen Entwicklung ein entscheidendes Rückgrat für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ländlicher Räume schlechthin.

(Beifall)

Meine Freunde, was wäre wohl, wenn wir den Propheten der 50er und der 60er Jahre in unserem Land und in Europa aufgesessen wären - wir als CDU -, die uns damals weiszumachen versuchten, daß nur durch eine totale Schrumpfung der Landwirtschaft zu Großbetrieben das Heil zu suchen sei ! Eine noch weitergehende Verödung und Entleerung der ländlichen Räume und eine katastrophale wirtschaftliche Entwicklung für alle Menschen im ländlichen Raum wäre doch die zwangsläufige Folge gewesen.

Meine Damen und Herren, wenn heute auch in dieser sehr schwierigen wirtschaftlichen Lage die Landwirtschaft ein so wichtiges Rückgrat der wirtschaftlichen Entwicklung ist, dann doch nur deshalb, weil es durch unsere Politik gelungen ist, ein Miteinander von Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben zu halten und damit sowohl die Wirtschaftskraft wie auch die Besiedlungsdichte im ländlichen Raum entscheidend zu beeinflussen und zu prägen.

Wenn dennoch - lassen Sie mich dies aus aktuellem Anlaß sagen - die Ungleichgewichtigkeit zwischen den Ballungsgebieten und den ländlichen Räumen in den letzten Jahren gewachsen ist, dann nicht zuletzt durch eine verfehlte regionale Strukturpolitik und Verkehrspolitik dieser Bundesregierung.

(Beifall)

Es ist ja bezeichnend, daß in den letzten Tagen einer der ersten Sparvorschläge des Bundeskanzlers dahin ging, die Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben - regionale Strukturförderung und Agrarstrukturverbesserung - um 20 % zu kürzen. Das sind Maßnahmen, die vorrangig der Arbeitsplatzbeschaffung und der Arbeitsplatzsicherung in strukturschwachen Räumen dienen. Hier vollzieht sich ein entscheidender Schritt auf dem Weg der sozialen Demontage. Nicht umsonst wird in der Mannheimer Erklärung an der Stelle, wo die Neue Soziale Frage beschrieben wird, von dem Konflikt zwischen Stadt und Land gesprochen.

Meine Damen und Herren, die wirtschaftliche Lage unserer Landwirtschaft ist durch die Rezession, einen hohen Stand der Arbeitslosigkeit und die desolante Entwicklung im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft gekennzeichnet. Wir werden das Ziel, eine leistungsfähige Landwirtschaft mit Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben zu erhalten, nur dann erreichen, wenn auch in Zukunft die Preispolitik die entscheidende Funktion behält, die Einkommen unserer Landwirte zu sichern. Dabei wissen wir, daß wir in extrem benachteiligten Gebieten sowohl zur Erhaltung der Besiedlungsdichte als auch zur Erhaltung einer erholungswürdigen Landschaft vermutlich nicht umhin können, direkte Einkommensübertragungen vorzunehmen.

Die desolante Entwicklung der europäischen Agrarpolitik hängt nicht mit dem Versagen der Instrumente der gemeinsamen Agrarpolitik, sondern ursächlich damit zusammen, daß die Währungs- und Wirtschaftsunion nicht jene Fortschritte gemacht hat, die

notwendig gewesen wären, um zu einer entsprechenden Verklammerung der integrierten gemeinsamen Agrarpolitik und der gemeinsamen Währungs- und Wirtschaftspolitik zu gelangen. Das Auseinanderbrechen von integriertem Agrarmarkt einerseits und Währungs- und Wirtschaftsunion andererseits und die damit zusammenhängenden verschärften Wettbewerbsbedingungen, haben zu einer Situation geführt, die den Gemeinsamen Markt und damit ein wesentliches Stück europäischer Politik immer desolater erscheinen lassen. Die Erosionserscheinungen dieser gemeinsamen Agrarpolitik sind in der Tat nicht länger zu übersehen. Gezielte nationale Beihilfen, unterschiedliche Preisanhebungen - all dies hat dazu geführt, daß der gemeinsame Agrarmarkt nicht mehr funktioniert. Meine Damen und Herren, die gemeinsame Agrarpolitik kann aber den europäischen Karren nicht mehr aus dem Dreck ziehen. Es sind vielmehr Fortschritte in anderen Bereichen der gemeinsamen Politik - vor allem auf dem Gebiete der Währungs- und Wirtschaftspolitik - notwendig, wenn man dieses Ziel erreichen will.

Meine Freunde, lassen Sie mich eine letzte Anmerkung machen. Die Diskussion über die Agrarpolitik verengt sich auch in unserem Lande und oft sogar in unserer eigenen Partei zu sehr auf das Stichwort "Überschüsse".

(Beifall)

Wir sollten das sehr ernst nehmen. Ich verkenne das Problem nicht. Wir sollten aber auch wissen - und dies auch anderen sagen -, daß wir über dieses Problem zwar ständig diskutieren und auch nach Lösungen suchen, daß sich andere Partner in der Gemeinschaft an dieser Diskussion aber nicht nur nicht beteiligen, sondern z. B. den gemeinsamen Fonds zur Finanzierung der Agrarpolitik sogar als wirtschaftspolitisches Instrument benutzen, um bestimmte devisenpolitische und andere wirtschaftspolitische Probleme zu lösen.

(Beifall)

Solange dies so ist, werden wir auf diesem Gebiet eben keine Fortschritte erzielen.

Meine Damen und Herren, deshalb meine herzliche Bitte: Stimmen Sie dem Ihnen vorliegenden Antrag zu, damit auch auf diesem Parteitag sichtbar wird, daß die Landwirtschaft für die CDU ein bedeutender Faktor in unserer gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik war, ist und auch in Zukunft bleiben wird.

(Beifall)

Professor Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herr Ritz, der Parteitag dankt Ihnen für dieses engagierte Plädoyer für die Landwirtschaft. Das Wort hat Herr Minister Geißler.

Minister Dr. Heinrich Geißler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Horst Ehmke hat am 29. Mai 1975 im "Vorwärts" unter Bezugnahme auf die Ausführungen über die Neue Soziale Frage in der Mannheimer Erklärung, in der ja gesagt wird, daß der eigentliche soziale Konflikt heute nicht zwischen Arbeit und Kapital, sondern zwischen Produzenten und Konsumenten, Organisierten und Nichtorganisierten ausgetragen werde, geschrieben, daß sich hier eine entscheidende Frage an unsere pluralistisch organisierte Demokratie und ihre Handlungsfähigkeit stelle. So weit, so gut. Er sagt weiter:

Im CDU-Papier hat die These aber eine eindeutige ideologische Stoßrichtung zur Verharmlosung der im Industriebereich bestehenden Konflikte und zur Diskreditierung der Gewerkschaften, die

2. Wo das nicht möglich ist, müssen bewährte private Organisations- und Führungsformen in die staatliche Leistungsverwaltung eingeführt werden.

(Beifall)

Warum soll der Staat haltmachen vor leistungsorientierter Bezahlung, wo Leistung im öffentlichen Dienst meßbar ist?

3. Wir müssen übergehen zur privaten und direkten Finanzierung öffentlicher Leistungen, z.B. durch Ausweitung der Darlehnsfinanzierung im Stipendienbereich. Nulltarif für öffentliche Leistungen treibt die Nachfrage ins Unendliche. Nutznießer öffentlicher Leistungen sollen diese Leistungen dann selbst finanzieren, wenn sie dazu in der Lage sind, um dadurch die Ausbeutung unserer sozialen Sicherungssysteme und staatlichen Leistungsfähigkeit besser als bisher zu unterbinden.

Ich komme zum Schluß: Nicht die Staatsbediensteten sind schuld, wenn von 1970 bis 1975 der Staatsanteil am Bruttosozialprodukt von 37 % auf 45 % gestiegen ist, wenn durch 110 000 öffentlich Bedienstete mehr pro Jahr in fünf SPD-Jahren die gesamte erwerbstätige Bevölkerung von Mannheim, von Heidelberg, von Ludwigshafen, Karlsruhe und Darmstadt in diesen Jahren komplett im öffentlichen Dienst verschwunden ist. Wir wollen nicht den aufgeklärten Obertan und die totale Verwaltung des Bürgers durch den Staat; denn hinter der totalen Verwaltung droht der totalitäre Anspruch eines politischen Systems, dessen oberstes Ziel nicht die Freiheit ist, die wir meinen.

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Pleroth.

Bevor wir fortfahren, darf ich Sie an die Untersuchung der Mannheimer Projektgruppen erinnern. Sofern Sie den Fragebogen noch nicht ausgefüllt haben, tun Sie es bitte. Wir tun gerade hier in Mannheim damit etwas zur Unterstützung der Wissenschaft.

Die nächsten Redner nach Herrn Schäuble sind Herr Müller-Hermann, Herr Waffenschmidt und Herr Reckers. Ich wäre dankbar, wenn die Herren sich bereithalten würden.

Das Wort hat Herr Schäuble.

Dr. Wolfgang Schäuble: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn in der Mannheimer Erklärung von den großen Aufgaben im Bereich der Gesundheitspolitik und von der Eigenverantwortung der Bürger für die Erhaltung ihrer Gesundheit gesprochen wird, muß in diesem Zusammenhang auch ein Wort zur großen Bedeutung des Sports gesagt werden. Wenn wir es mit der eigenverantwortlichen Gesundheitsvorsorge ernst meinen, dann kommt in unserer Zeit der Herz-, Gefäß- und Kreislaufkrankungen [dem Sport entscheidende Bedeutung zu. Deshalb ist es gut, daß die Nachfrage nach sportlichen Angeboten sprunghaft wächst. Die Aufgaben, die dadurch auf die Sportvereine und Sportverbände zukommen, sind gewaltig. Es ist unsere Pflicht, den freien Organisationen des Sports dabei zu helfen. Wenn die Sportverbände und Sportvereine diese ihre Aufgabe nicht erfüllen könnten, müßte der Staat selbst unmittelbar für sportliche Betätigungsmöglichkeiten sorgen. Es ist gar keine Frage, daß unser Staat gar nicht in der Lage wäre, diese gesellschaftspolitische Aufgabe in dem Maße zu erfüllen, wie dies die freien Sportvereine und Sportverbände tun.

Meine Damen und Herren, die Mannheimer Erklärung betont, wie notwendig die Mitwirkung autonomer Gruppen bei der Lösung gesellschaftspolitischer Aufgaben ist. Genau dies ist der Punkt, an dem wir mit den Sozialisten streiten. Wir wollen nicht die Regulierung des Sports durch staatliche Bürokratie, sondern wir wollen die Freiheit des Sports und im Sport. Deshalb kämpfen wir im Bundestag um Möglichkeiten, die den Sportvereinen helfen sollen, durch ehrenamtliches Engagement ihre Aufgaben zu bewältigen und die dafür notwendigen Mittel aufzubringen.

Die Bundesregierung verweigert den Sportverbänden und den Sportvereinen die notwendigen steuerlichen Erleichterungen, und sie versucht, in kleinlicher Weise in die Sportorganisation hineinzureglementieren. Dies ist nicht unser Verständnis von Freiheit des Sports. Wer mehr Demokratie wagen sollte, der sollte den freien Verbänden ihren Raum nicht immer mehr beschneiden.

(Beifall)

Wir lehnen die Allmacht staatlicher Bürokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen ab.

Ein weiteres. Es ist in diesen zwei Tagen viel von der Notwendigkeit der Leistungen unserer Wirtschaft und Gesellschaft gesprochen worden. Wir wissen, daß Leistung nicht nur zur Steigerung unseres Bruttosozialprodukts notwendig ist, sondern daß freiwillige eigenverantwortliche Leistungen und Leistungsstreben ein wichtiger Bestandteil persönlicher Lebensgestaltung sind. Gerade der Sport bietet in besonderer Weise die Chance für die Erfahrung, daß freiwillige Leistung Spaß macht und persönliche Befriedigung vermitteln kann. Deshalb bejahen wir Leistungs-, Breiten- und Freizeitsport gleichermaßen, und deshalb fördern wir den Leistungssport. Leistungen unserer Spitzensportler sind geeignet, Vorbild und Anregung für viele Menschen zu sportlicher Betätigung zu sein. Wir wissen auch, daß der internationale Wettkampfsport ein wichtiges Mittel zur nationalen Selbstdarstellung ist. Meine Freunde, wir sind keine Nationalisten, auch nicht im Sport, aber wir freuen uns über die Erfolge unserer Athleten. Wir wissen, daß es für das Ansehen unserer Bundesrepublik Deutschland wichtig ist, daß auch in unserer freiheitlichen Lebensordnung sportliche Höchstleistungen erbracht werden können. Dies soll auch in der Zukunft so bleiben. Deswegen müssen unsere Athleten faire Chancen im internationalen Wettbewerb haben. Dazu müssen wir für ausreichende Trainingsmöglichkeiten sorgen, und dazu müssen wir auch um eine soziale Absicherung der jungen Menschen besorgt sein, die wir durch staatliche Förderung zu einem intensiven Training anhalten, da ihnen ohne soziale Sicherung uneinholbare Nachteile in Ausbildung und Beruf entstehen würden.

Hier, meine Damen und Herren, liegen zugleich große Aufgaben und große Chancen der Union.

Die Organisationen der Sportverbände in der Bundesrepublik Deutschland haben anerkannt, daß die programmatischen Aussagen der CDU/CSU zur Sportförderung vorbildlich sind. Es ist unser aller Aufgabe, meine Damen und Herren - darum möchte ich Sie bitten -, daß wir es nicht bei Programmen belassen, sondern daß wir in Gemeinden, in Ländern und im Bund dafür sorgen, daß unsere programmatischen Aussagen in die Wirklichkeit umgesetzt werden.

(Beifall)

Prof. Dr. Fritz Beske: Herr Präsident! Meine lieben Freunde! Ich spreche zur Mannheimer Erklärung in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bundesfachausschusses "Gesundheitspolitik" unserer Partei. Ich rede - um dies zu betonen - nicht über das Rauchen.

Wir müssen den Bundestagswahlkampf so erfolgreich führen, daß wir eine regierungsfähige Mehrheit erreichen. Das bedeutet, wir müssen neue Freunde und Wähler gewinnen; aber wir müssen uns die bewährten Freunde und Wähler erhalten. Diesen Anforderungen werden aus meiner Sicht einige Ausführungen der Mannheimer Erklärung zur Gesundheitspolitik nicht gerecht, wobei andere Aussagen von mir voll unterstützt werden.

In der Gesundheitspolitik haben wir davon auszugehen, daß unsere Partei ihre Vorstellungen mehrfach deutlich zum Ausdruck gebracht hat. Ich erinnere an das Berliner Programm, ich erwähne die Leitsätze der CDU zur Gesundheitspolitik zur Bundestagswahl 1972, und ich nenne schließlich den gesundheitspolitischen Kongreß unserer Partei vom November 1974 in Kiel mit den Grundsatzreferaten von Dr. Kohl und Dr. Stoltenberg. Ich darf auf die Arbeit des Bundesfachausschusses "Gesundheitspolitik" verweisen, die in den letzten Jahren zu einer breiten und, so meine ich, zu einer akzeptierten Meinungsbildung über christlich-demokratische Gesundheitspolitik geführt hat. Zwischen diesen Aussagen und der Mannheimer Erklärung darf kein Bruch eintreten. Zwischen den Aussagen unserer Partei bis Mannheim und den Aussagen nach Mannheim dürfen keine Unterschiede bestehen.

Auf Seite 35 der Vorlage wird von dem Phänomen gesellschaftlich bedingter Krankheiten gesprochen. Wir wissen, daß heute von zahlreichen linken Gruppierungen und von nicht unmaßgeblichen Teilen der SPD immer wieder ausgeführt wird, daß letztlich die Krankheit der Gesellschaft den Krankheitszustand unserer Bürger bedingt, woraus eine grundlegende Änderung unseres Gesellschaftssystems abgeleitet wird. Auf eine Kurzformel gebracht, sagen Sozialisten: Der Kapitalismus macht krank, der Sozialismus gesund. Es ist von entscheidender Bedeutung, daß wir nicht auch nur in die Nähe einer solchen Argumentation geraten.

Ich schlage daher vor, diesen Passus entweder zu streichen oder zu formulieren: "Krankheiten, die durch unsere Lebens- und Arbeitsverhältnisse mitbedingt sind." Aus dieser Formulierung würde sich ergeben, daß es sich nicht um Krankheitszustände handelt, die auf unserer Gesellschaftsordnung beruhen, sondern daß menschliches Zusammenleben und daß Arbeitsbedingungen zur Ursache von Krankheiten werden können, und dies, meine Damen und Herren, in allen Gesellschaftsordnungen.

Besonders mißverständlich ist eine Wendung auf Seite 35, die wörtlich heißt:

"Um die soziale Wirksamkeit der Aufwendungen im Bereich des Gesundheitswesens zu verbessern, müssen vor allem seine Strukturen von Grund auf überprüft werden."

Solche Formulierungen: "seine Strukturen von Grund auf überprüft werden" fordern zu Mißdeutungen geradezu heraus. Daraus könnte der Schluß gezogen werden, daß unser System der gesundheitlichen Sicherung nicht im Wege wohlüberlegter Reformen weiterentwickelt werden soll, sondern daß sich auch grundlegende Veränderungen als notwendig erweisen. Mit anderen Worten: Dieser Satz ist geeignet, alte Freunde unserer Partei zu verunsichern, ohne neue Freunde zu gewinnen.

Ich bin nicht der Meinung - um dies abschließend zu sagen - , daß auf dem Felde der Gesundheitspolitik die nächsten Bundestagswahlen gewonnen oder verloren werden. Aber bei der schweren Aufgabe, die absolute Mehrheit der Wähler für unsere Politik zu gewinnen, ist es erforderlich, jedes Feld mit aller Sorgfalt zu bestellen und alles zu vermeiden, was dazu führen könnte, die politischen Chancen unserer Partei nicht im vollen Umfang auszuschöpfen. Insofern hat auch die Aussage zur Gesundheitspolitik einen grundsätzlichen Charakter.

Eine Partei, die sich der Sozialen Marktwirtschaft verpflichtet fühlt, muß sich auch zu einem freiheitlichen und pluralistischen Gesundheitswesen bekennen, bei dem der Patient im Mittelpunkt steht, zu einem Gesundheitswesen mit freier Arztwahl, mit freier Berufsausübung der Heilberufe, mit Selbstverantwortung, mit Selbstverwaltung und Vorrang der Tätigkeit freigemeinnütziger Verbände vor staatlichem Handeln. Diese tragenden Elemente der Gesundheitspolitik unserer Partei müssen auch Bestandteil der Mannheimer Erklärung sein.

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Besten Dank, Herr Kollege Beske, für diese kritischen Anregungen zur Gesundheitspolitik in einem doppelten Sinne, in einem grundsätzlichen und auch in einem sehr praktischen, den ich Sie hier im Raum zu beachten bitte.

Ich darf die Rednerliste bekanntgeben: als nächste sprechen Frau Laurien, dann Herr Dr. Schwarz-Schilling, dann Herr Kultusminister Hahn.

Frau Laurien hat das Wort.

Frau Dr. H.-R. Laurien: Meine Damen und Herren! Die Mannheimer Erklärung hat deutlich gemacht, daß das Wort "sozial" nicht den Sozialisten gehört, daß Freiheit zu Egoismus entartet, wenn nicht zur Freiheit Solidarität hinzutritt. Aber dieses Programm kann nur Wirklichkeit werden, wenn wir diese Wertungen auch in unserer Gesellschaftspolitik zur Geltung bringen. Und in diesem Sinne ist Bildungspolitik Teil der Gesellschaftspolitik.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir dürfen den sozialistischen Mißbrauch in der Bildungspolitik nicht mit Schweigen beantworten, sondern wir müssen ihn mit Alternativen beantworten.

(Beifall)

Deshalb die Bitte, um Himmels willen nicht ein bildungspolitisches Programm in die Mannheimer Erklärung zu schreiben - das liest dann keiner mehr außer den Lehrern -, sondern hier im Sinne der Mannheimer Erklärung Ergänzungen einzufügen. Lassen Sie mich diese - zugleich im Namen und Auftrag des Bundeskulturausschusses, der eine kleine Arbeitsgruppe aus Herrn Langguth, Herrn Sälzer und mir zusammengestellt hatte - hier umreißen, indem ich die Überlegungsergebnisse dieser Arbeitsgruppe wiedergebe.

Bildungspolitik und Pädagogik, meine Damen und Herren, müssen sich am Kind und seiner Lebenswirklichkeit und nicht an Ideologien orientieren.

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Hahn!

Herr Gruhl hat das Wort. - Herr Gruhl ist nicht im Raum. Dann darf ich Herrn Schröder bitten, das Wort zu ergreifen. Danach spricht Herr Pieroth, dann Herr Schäuble.

Horst Schröder: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, zwei selbstkritische Anmerkungen zu dem Entwurf der Mannheimer Erklärung zu machen.

Ich habe es außerordentlich dankbar begrüßt, daß in dieser Mannheimer Erklärung erstmals ein Problem angepackt wird, das uns alle, glaube ich, seit Monaten und Jahren in zunehmendem Maße bedrückt, nämlich das Problem des zunehmenden Einflusses der gesellschaftlichen Gruppen und der Verbände.

Nicht ohne Grund wird in unserem Land davon gesprochen, daß wir uns nicht mehr in einem Staat der drei Gewalten, sondern in einem Staat der fünf Gewalten befinden. Die gesellschaftlichen Gruppen und Verbände sind ganz sicher nicht die fünfte Gewalt, sondern stehen in dieser Fünf-Gewalten-Teilung weit vorne.

Aus diesem Grunde war es nur sinnvoll, logisch und richtig, in der Mannheimer Erklärung davon zu reden, daß es an der Zeit ist, die Macht den Einfluß und das Wirken der gesellschaftlichen Gruppen und Verbände einzubinden und sie in ihrer Tätigkeit an ihre Sozialpflichtigkeit und an das Gemeinwohl zu erinnern. Um so erstaunter bin ich darüber, daß die Verfasser der Mannheimer Erklärung in Bezug auf diese Gruppen und Verbände ständig die Vokabel "autonom" verwenden. An vielen Stellen der Mannheimer Erklärung taucht die Beschreibung "autonome Verbände" und "autonome Gruppen" auf. Ich meine, daß allein schon diese Bezeichnung in einem eklatanten Widerspruch zu dem steht, was in der Mannheimer Erklärung inhaltlich gesagt werden soll, daß eben diese Verbände und Gruppen nicht als autonome Einrichtung in diesem Staat, in dieser Gesellschaft, sondern als Teil der Gesellschaft, des Gemeinwohls und des Staates anzusehen sind.

Ich bitte aus diesem Grunde den Herrn Generalsekretär und die Verfasser der Mannheimer Erklärung, noch einmal zu überdenken, ob wir hier nicht eine Formulierung finden können, die gerade diesem eigentlichen inhaltlichen Anliegen gerecht wird und damit das Gegenteil von Autonomie im Sinne von "tun können, was man will" zum Ausdruck bringt. - Das ist das eine, was ich als selbstkritische Anmerkung zur Mannheimer Erklärung sagen möchte.

Meine Damen und Herren, das Zweite knüpft an einen Diskussionsbeitrag an, den Herr von Bismarck hier gegeben hat, als er einige Bemerkungen über die Soziale Marktwirtschaft machte. Die Soziale Marktwirtschaft taucht in der Mannheimer Erklärung im Rahmen des Abschnitts "Wirtschafts- und Finanzpolitik" auf, und sie taucht dann noch einmal auf im Zusammenhang mit konkreten wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen und wird sogar mit Parteitagebsbeschlüssen auf eine Stufe gestellt.

Nun, bei allem Respekt vor und bei aller Würdigung von Parteitagebsbeschlüssen muß ich doch sagen, daß ich diese Gleichsetzung des Ranges der Sozialen Marktwirtschaft mit dem von Parteitagebsbeschlüssen und konkreten aktuellen wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen nicht für angängig halte. Ich glaube, gerade wir als Unionsparteien sollten deutlich machen, daß für uns die Soziale Marktwirtschaft mehr ist als nur ein Instrument zur Regelung bestimmter wirtschafts- und finanzpolitischer und auch

gesellschaftspolitischer Fragen, daß die Soziale Marktwirtschaft auch mehr ist als nur ein Programm. Für uns muß die Soziale Marktwirtschaft ein Ordnungsprinzip bleiben, das gleichermaßen Wirtschaft und Gesellschaft abdeckt und das verfassungsmäßigen Rang hat.

In diesem Sinne sollten wir, meine ich, in der Mannheimer Erklärung genau umgekehrt verfahren, nämlich unsere konkreten wirtschafts- und finanzpolitischen Vorschläge der prinzipiellen Haltung und Aussage zur Sozialen Marktwirtschaft als einem Ordnungsprinzip unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens unterordnen. Dann vermeiden wir auch den ständigen Dissens von Wirtschaftspolitik auf der einen und Gesellschaftspolitik auf der anderen Seite, weil dann nämlich zur Sozialen Marktwirtschaft sowohl die aktuelle Konjunktur- und Finanzpolitik als auch gleichermaßen unsere prinzipiellen gesellschaftspolitischen Forderungen nach Mitbestimmung und Vermögensbildung gehören.

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Schröder. - Das Wort haben zunächst Herr Gruhl, danach Herr Pieroth und Herr Schäuble. Ich darf daran erinnern, daß auch Wortmeldungen zurückgezogen werden können; wir haben noch 14 Wortmeldungen. - Bitte, Herr Dr. Gruhl!

Dr. Herbert Gruhl: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich befolge die Aufforderung des Vorsitzenden und des Generalsekretärs und möchte in wenigen Sätzen zu einem wichtigen Punkt verschiedene Anregungen vortragen. Ich halte für den wichtigsten Punkt der Mannheimer Erklärung die Aussage über die langfristige wirtschaftliche Entwicklung unter dem Gesichtspunkt unserer weltweiten Abhängigkeit. Wir brauchen als Verarbeitungsland Rohstoffe und für die Erzeugnisse Käufer aus aller Welt. Dies und die daraus entstehenden Gefährdungen werden in der Analyse nach Ausgangslage in der Mannheimer Erklärung an mehreren Stellen deutlich beschrieben. Nur: Die Konsequenzen sind daraus im zweiten Teil nicht gezogen worden, wie hier schon der Delegierte Bender festgestellt hat.

Wenn heute die Bundesregierung völlig falsche Voraussagen macht, aber auch die Wirtschaftswissenschaftler uns jede Woche Prognosen vorführen, die sich sehr schnell als falsch erweisen, dann stimmt entweder die Grundlage nicht, oder die Prognosen sind auf zu kurze Sicht angelegt.

Die entscheidende Kernfrage der nächsten Jahre und Jahrzehnte wird mit Sicherheit die sein, ob sich die Bedrohung mit weiterem wirtschaftlichen Wachstum bannen läßt oder ob dieses Wachstum erst recht alles in Frage stellt. Ja, es stellt sich die Frage, ob die Entscheidung überhaupt in unseren Händen liegt, ob sie inzwischen nicht schon in die Macht der Lieferanten übergegangen ist. Immerhin heißt es im Mannheimer Papier auf Seite 6 wörtlich:

"Das starke Wirtschaftswachstum der Industrieländer, darunter großer Teile Westeuropas, hat das weltweite Ungleichgewicht bei der Verteilung wichtiger Lebensgüter verstärkt."

Und etwas später:

Dr. Christian Schwarz-Schilling (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Frau Laurien hat es mit dem größten Erfolg unternommen, der Bildungspolitik in der Mannheimer Erklärung den Stellenwert zurückzugeben, den sie eigentlich von vornherein hätte haben müssen.

(Beifall)

Ich möchte hier auf einige Punkte hinweisen, die, wie mir scheint, wichtig sind.

Wenn wir Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als die Grundwerte der Christlich Demokratischen Union auch noch in zehn, zwanzig und dreißig Jahren als das Leben der Bundesrepublik Deutschland, als die Existenzgrundlage beibehalten wollen, dann müssen wir die junge Generation von diesen Grundwerten überzeugen. Das geschieht nur durch Bildung und Erziehung für eine Generation, die nur durch die eigene Anschauung diese Grundwerte erfahren kann.

Hier ist die Frage zu stellen, ob es genügt, wenn wir unseren Anspruch gegenüber dem Monopolsanspruch des Staates herauszustellen, der auch bei uns in der Christlich Demokratischen Union eine gewisse Gefahr insofern hat, als die Probleme nicht mehr - im Organisatorischen wie im Inhaltlichen - nur noch eine Frage des Staates, sondern die Frage aller Menschen, die Frage der Eltern, der Lehrer und Schüler geworden sind, wenn die freiheitliche Existenz in unserem Land erhalten bleiben soll. Da müssen wir genau sehen, wo der Generalangriff unserer parteipolitischen Gegner erfolgt.

Nachdem die Sozialdemokraten festgestellt haben, daß sie als Partei mit dem Wahlzettel die absolute Mehrheit in diesem Land nicht erreichen, geht der Generalangriff über die Lehrer in unseren Schulen auf die nächste Generation.

(Zustimmung)

Hier gilt es eindeutig und klar festzustellen, daß wir keine politischen Konfessionsschulen haben wollen, nachdem wir die christlichen Konfessionsschulen abgeschafft haben.

(Beifall)

Wir wollen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als die Grundlage unserer parlamentarischen Demokratie und unseres Rechtsstaates der nächsten Generation weitervermitteln. Wir müssen uns im klaren darüber sein, daß der Angriff diesmal nicht nur von außen durch eine unselige Propaganda aus den Ostblockstaaten gegen dieses unser Land geht, sondern daß der Zangenangriff von innen durch eine Aufweichung von innenpolitischer Situation seitens der Sozialdemokraten für Freiheit und Demokratie existenzgefährdend werden kann.

(Beifall)

Es geht nicht nur um die Unterdrückungssysteme Kommunismus und Faschismus, sondern es geht schon um den Denkansatz, der heute in den Universitäten begonnen hat, indem nicht mehr Meinungsvielfalt, sondern Reglementierung, Begrenzung der Freiheit auf ein vorgefaßtes Weltbild in die Jugend eingepflanzt werden soll, um damit den neuen Menschen zum Sozialismus bereit zu machen.

Dem gilt es Widerstand entgegenzusetzen, Widerstand nicht nur dadurch, daß wir unsere eigenen Werte klarstellen, sondern auch dadurch, daß wir uns der Gefahr bewußt sind, die daraus droht, daß die Manipulation unserer Jugend bereits heute zu einem

großen Teil die Christlich Demokratische Union unterminiert, gerade was die Jugend angeht, und damit den Versuch, demokratischen Verantwortungswchsel in diesem Land herbeizuführen, von vornherein aussichtslos machen will.

Aus diesem Grunde, meine lieben Parteiliebe, ist es wichtig, daß diese geistige und ideologische Auseinandersetzung von uns in die Schulen und Universitäten hereingetragen wird; denn dort wird über Wirtschafts- und Sozialpolitik der Zukunft entschieden.

(Beifall)

Da ist das Feld, wo die Wahlzettel der nächsten Generation bereits vorgefertigt werden.

Diese Auseinandersetzung muß deswegen einen anderen Stellenwert im Mannheimer Programm bekommen. Denn Gesellschaftspolitik, Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik sind nur Ausfluß der geistig-ideologischen Konfrontation, der wir uns mit aller Härte in Erziehung und Bildung unserer Jugend stellen müssen.

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Schwarz-Schilling. Die nächsten Redner sind Herr Kultusminister Hahn, Herr Gruhl und Herr Schröder (Lüneburg).

Bitte, Herr Hahn!

Prof. Dr. Wilhelm Hahn: Herr Vorsitzender! Liebe Parteiliebe! Nachdem Frau Laurien in so eindeutiger und klarer Weise die Grundlinien unserer Bildungspolitik dargelegt und einen so starken Beifall gefunden hat, kann ich mich ganz kurz fassen; denn es lohnt nicht, das noch einmal zu wiederholen, was bereits in ausgezeichnete Weise ausgeführt worden ist.

Es ist damit, meine Damen und Herren, klar geworden, daß auch in unserer Alternative '76, also in dem, was wir beim Wahlkampf 1976 sowohl in Baden-Württemberg als auch später im Bundestagswahlkampf vorlegen werden, die Bildungspolitik einen ganz entscheidenden Stellenwert haben muß. Sie gehört in einem modernen Kulturstaat in den Mittelpunkt, und zwar auch in einer Zeit, in der die Finanzen knapp geworden sind und in der eine große Reformmüdigkeit eingetreten ist. Wir wissen, daß die Landtagswahlkämpfe, die wir gewonnen haben, ganz wesentlich mit bildungspolitischen Momenten bestritten worden sind und daß hier die Eltern ein ganz klares Votum für die Politik der CDU abgegeben haben.

Meine Damen und Herren, wir brauchen uns in der CDU auch mit unserer Bildungspolitik keineswegs zu verstecken. Wir sind zwar in den vergangenen Jahren viel beschimpft worden, dürfen aber sagen, daß wir andererseits heute mit unserer bildungspolitischen Konzeption gut dastehen, die realistisch und reformfreudig zur gleichen Zeit war, aber alle Übersteigerungen und alles Ideologische nicht mitgemacht hat. Ich erinnere an die Tatsache, daß Tausende von Schülern aus Hessen nach Rheinland-Pfalz gehen. Auch der Vergleich zwischen Bayern und Baden-Württemberg auf der einen Seite und Hessen auf der anderen Seite fällt eindeutig zugunsten der beiden ersten aus.

Die Bildungspolitiker der CDU arbeiten im Augenblick an einem Bildungsprogramm, das die Momente enthält, die Frau Laurien vorhin dargelegt hat. Wir werden zum Herbst ein umfassendes Programm vorlegen. Ich bitte, daß es dann nachher bei der Alternative '76 auch wirklich berücksichtigt wird.

(Beifall)

Bildungspolitik muß Startchancen ausgleichen, aber sie darf nicht zu gleichen Zielen zwingen, weil dann Freiheit auf der Strecke bleibt.

(Beifall)

Ein modernes menschengerechtes Bildungswesen muß die Unterschiedlichkeit der Menschen beachten, es muß dem Schwächeren mehr Förderung geben und dem Stärkeren mehr Leistung abverlangen.

(Beifall)

Dann - und das, meine Damen und Herren, ist entscheidend - wird Leistung für uns Ausdruck der Solidarität, weil sie die Hilfe für den Schwächeren ermöglicht.

(Beifall)

Ein solches Bildungswesen mit verschiedenen Angeboten, ein Bildungswesen, das jedem seinen Weg gibt, aber nicht jedem den gleichen Weg,

(Beifall)

ein solches Bildungswesen - und das müssen wir in die Aktualität dieser Tage hinein sagen - ist die einzige Chance, um die Brücke zwischen Bildungssystem und Beschäftigungssystem zu bewahren.

Die Qualität einer Gesellschaft und auch die Qualität des einzelnen Lebens bemessen sich eben nicht - wie sozialistische Bildungspolitiker uns glauben machen wollen - am Abitur und der Zahl der Abiturienten. Die Zauberformel "Integration", die uns heute überall entgegengehalten wird, ist nichts anderes als die bildungspolitische Marke für den sozialistischen Gleichschritt.

(Beifall)

Das Ergebnis sind dann stellungslose Lehrer, vom Numerus- clausus betroffene Abiturienten.

Aufgabe ist deshalb - und das sollte die Mannheimer Erklärung formulieren -, in den nächsten Jahren das Studienplatzangebot und das Ausbildungsangebot als Ganzes zu sehen. Denn es lohnt gar nicht, wenn ich dem Abiturienten sage: du kannst nicht studieren, geh doch in eine Ausbildungsstelle, und er dann im Endeffekt nur den Hauptschülern aus dieser Ausbildungsstelle verdrängt.

(Beifall)

Der Entschließungsantrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 30. Januar 1975 hat hier den Weg gewiesen. Lassen Sie mich sagen, meine Damen und Herren: Wirtschaft und Staat, Bund und Länder müssen hier zusammenarbeiten, und die Devise heißt eben nicht Konfrontation und Klassenkampf, sondern kritisch loyale Partnerschaft.

(Beifall)

Lassen Sie mich noch ein Stichwort aufgreifen: Wir sollten auch den Mut haben, wieder vom Erziehungsauftrag der Schule zu sprechen.

(Beifall)

Ich möchte jedes Wort im folgenden Satz betonen: Gemeinsam mit den Eltern ist der Lehrer der Anwalt für die Zukunft des Kindes.

(Beifall)

Wir grenzen uns damit von sozialistischen Konzepten ab, in denen der Lehrer Agent für Gesellschaftsveränderung ist.

(Beifall)

Wer, meine Damen und Herren, Politik machen will, möge sich bitte dem Votum des Wählers stellen und nicht über Unmündige und Halbwüchsige Mißbrauch der Politik betreiben.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, in diesem Konzept ist unser Ziel die entscheidungsfähige junge Persönlichkeit mit Solidarität und Eigenverantwortung. Ein solches Konzept - ich spreche es aus - schließt Autorität ein.

(Beifall)

Autorität steht in scharfem Kontrast zu autoritärer Schulung; denn Autorität - erlauben Sie mir diesen einen Fachsatz - ist nichts anderes als Erfahrungsvorsprung, der überholbar, aber unersetzbar ist.

(Beifall)

Wenn im Sozialismus Gesellschaft - dieser neue Götze - unkontrolliert als Norm gesetzt wird, wenn Schule zu Schulung und Hochschule und Weiterbildungseinrichtungen zu Kadernschmieden werden, dann, meine Damen und Herren, bleibt Freiheit auf der Strecke.

Unser Konzept hat die Leitlinie der personalen Verantwortung des Menschen, der zu Solidarität und Eigenverantwortung fähig ist. Aber erlauben Sie mir noch diese Bemerkung: Bitte überweisen Sie dieses Problem nicht allein der Schule. Das ist ja immer üblich; wenn man die Umwelt gefährdet weiß, soll die Schule den Tag des Baumes feiern. Machen Sie es bitte mit diesem Problem nicht so.

Eine Schule, die von einem gemeinsamen Grundkonsens und darauf aufbauenden Alternativen ausgeht, setzt eine Gesellschaft voraus, in der Grundkonsens und Alternativen politisch diskutiert werden. Lassen Sie uns in diesem Sinne dem Theorienebel der Herren von Dohnanyi und von Friedeburg und dem bildungsfeindlichen Pragmatismus eines Helmut Schmidt nüchterne Geistigkeit oder geistige Nüchternheit entgegensetzen.

(Lang anhaltender Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Laurien. Zur Geschäftsordnung hat jetzt Frau Limbach, Rheinland, das Wort.

Editha Limbach: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da die Mannheimer Erklärung, wie wir heute morgen gehört haben, Bestandteil des Berichts des Bundesvorstandes ist und nicht ein Antrag, der zur Abstimmung steht, bäte ich doch den Vorstand darum, Zurückhaltung bei den Wortmeldungen zu üben, die nach der Geschäftsordnung außer der Reihe berücksichtigt werden, damit auch der Delegierte, der sich gemeldet hat, die Chance erhält, seine Meinung hierzu kundzutun.

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Ich höre gerade, daß noch ein Vorstandsmitglied gemeldet ist. Das Wort hat Herr Schwarz-Schilling.

"Die ungleiche Verteilung von Lebensgütern hat vorhandene weltweite Verteilungskonflikte verschärft; neue Verteilungskonflikte sind entstanden."

Die Macht der Rohstofflieferanten wächst, während - ich zitiere sinngemäß - die westlichen Industrieländer auf diese Auseinandersetzung nicht genügend vorbereitet sind.

Nun ist es eine längst erwiesene Tatsache, daß das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern trotz aller Entwicklungshilfe den riesigen Abstand im Lebensstandard gegenüber den Entwicklungsländern stets weiter vergrößert und nicht verkleinert. Wer kann da noch glauben, daß die Rohstofflieferanten weiter zusehen werden, wie es uns laufend besser geht? Sobald wir unsere Fragen nur mit wirtschaftlichem Wachstum lösen wollen, erhöhen wir automatisch die Abhängigkeit von der übrigen Welt.

Herr Biedenkopf hat heute vormittag mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß wir in eine gefährliche Sackgasse geraten können, wenn wir unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik so gestalten, daß wir materiell total von fremden Mächten abhängig werden. Nun heißt es in der Mannheimer Erklärung:

"Die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Dritten und Vierten Welt verlangt von unserer eigenen Wirtschaft langfristige und tiefgreifende strukturelle Veränderungen."

Das klingt sehr gelehrt und hat möglicherweise den Vorteil, auch noch richtig zu sein. Darum kann die pauschale Antwort, neues wirtschaftliches Wachstum werde alle Fragen lösen, ehrlicher Weise so einfach nicht gegeben werden. Die Antwort wird sehr differenziert ausfallen, und da wird man noch auf höchst unangenehme Dinge stoßen. Aber der Bürger im Lande begreift doch seit langem, daß ein ständig Jahr für Jahr fortdauernder Zuwachs unmöglich ist, weil dies schon gegen alle Naturgesetze wäre. Es wird daher die Aufgabe der Spitzengremien der CDU sein, bis zum nächsten Frühjahr genaue Vorstellungen auf der Grundlage dieser Aussage zu liefern.

Ich schließe: Nur die Partei hat langfristig eine Chance zu einer erfolgreichen Politik, die sich an die langfristigen Betrachtungen heranwagt und dem Wähler Antworten auf die unerhörten Herausforderungen der Weltlage liefert. Dies dürfen keine Mehrdeutigkeiten sein. Eindeutige Aussagen und logische Programme für 1976 in der Frage der deutschen Wirtschaft sind ein Hauptfordernis der kommenden Arbeit unserer Partei. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Gruhl.

Bevor ich Herrn Pieroth das Wort gebe, habe ich die Freude, Ihnen ein Telegramm verlesen zu dürfen:

Lieber Herr Kohl!

Zu der mit beeindruckender Mehrheit erfolgten Wiederwahl zum Parteivorsitzenden der CDU beglückwünsche ich Sie herzlich. Ich bin überzeugt, daß Sie auch in Zukunft Ihre ganze Kraft dem Wohle unseres demokratischen Staates und seiner Bürger widmen werden.

Ihr Walter Scheel

(Beifall)

Herr Pieroth hat das Wort.

Elmar Pieroth: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Aufgabe der Verbesserung der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft - eine Schwerpunktaufgabe der Mannheimer Erklärung - stellt sich dringender denn je. Die sozialistische Strategie der geplanten Schwächung der Wirtschaft, die wie eine Kuh gemolken werden sollte, deren Belastbarkeit man erproben wollte, hat bereits zur wirtschaftlichen Demontage geführt.

Das ist die bittere Konsequenz einer Politik, die mit der Formel von mehr Gerechtigkeit einzig durch mehr Staat die Verstaatlichung der Wirtschaft zum Programm erhoben hat. Wer heute wie diese Bundesregierung wirtschaftliche Demontage betreibt, wird morgen die soziale Demontage unserer Gesellschaft nicht verhindern können. Wir brauchen nicht den Aufschwung auf Wahlplakaten, sondern wir brauchen den Aufschwung in Betrieben und Unternehmen. Wir brauchen - und das ist kein Gegensatz zum Kollegen Gruhl - wieder qualifiziertes reales wirtschaftliches Wachstum. Die Koalition von Markt und Marx, von Friderichs und Steffen ist hierzu nicht mehr in der Lage.

Weil wir wissen, das 1 % weniger Wachstum letztlich 4 Milliarden DM an Steuerausfällen bringt, ist es notwendig, von mehr Wachstum durch weniger Steuern zu reden und nicht von mehr Steuern, wie es sich Herr Apel zur Gewohnheit gemacht hat. Eine solche Politik insbesondere der Unternehmensbegünstigung muß dann mit der Erweiterung der Möglichkeiten breiter Bevölkerungskreise verbunden sein, sich an der Unternehmensfinanzierung zu beteiligen. Nur das ist dann sozial machbar und deshalb dann auch glaubwürdig. Wer aber wie die Sozialdemokraten in ihrem Orientierungsrahmen '85 die Modernisierung der Wirtschaft zum Programm erhebt, gleichzeitig aber die Investitionskontrolle über die Wirtschaft fordert, muß sich jetzt täglich von konsumscheuen Verbraucher und vom investitionsunsicheren Unternehmer fragen lassen, wie es um die Glaubwürdigkeit dieser sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik bestellt ist.

Meine Damen und Herren, Voraussetzung einer neuen Wachstumspolitik ist der rigorose Stopp des Ausuferns des staatlichen Sektors und damit der Staatsausgaben und die Erhöhung auch der staatlichen Investitionsquote. Die Finanzkrise des Staates hat deutlich gemacht, daß dieser heutige SPD-Staat an den Grenzen seiner Möglichkeiten angelangt ist, nicht nur, weil er gegenwärtig zuwenig einnimmt, sondern weil er nur zu häufig für seine Leistungen zuviel ausgibt. Der Staat leistet sich zu viele Leistungen mit zuwenig Leistung. Wer die Verstaatlichung der Gesellschaft morgen nicht will, muß deshalb heute die Entstaatlichung öffentlicher Leistungen zum Programm erheben. Wir müssen Antworten auf die Frage geben, welche Leistungen der Staat überhaupt erbringen muß und wie notwendige staatliche Leistungen billiger anzubieten sind. Die Antworten darauf können in der gebotenen Kürze nur lauten:

1. Stärkung von freien Kräften unserer Gesellschaft und des Staates durch Überführung staatlicher Produktion auf private Träger, wo immer das möglich ist. Warum sollen wir leistungsfähigen Unternehmern nicht die Chance geben, die Müllabfuhr, Freizeitparks, weite Bereiche des Verkehrs besser und billiger zu betreiben?

(Beifall)

die CDU im Lichte ihrer sozialen Harmonielehre als eigentlich überflüssig erscheinen lassen möchte."

Diese Behauptung von Herrn Ehmke ist nur eine neue Variante des Vorwurfs der sozialen Demontage, den die Sozialdemokratie uner-müdlich und immer wieder gegenüber der CDU erhebt und den wir hier an dieser Stelle eindeutig zurückweisen müssen. Das, was an sozialem Besitzstand, an sozialen Leistungen - angefangen vom Bundesversorgungsgesetz über die Rentenreform und Lohnfortzahlung bis hin zur Krankenversicherung, um nur wenige Beispiele zu nennen - in diesem Lande durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik geschaffen worden ist, ist nicht das Ergebnis des Jahres 6 der Regierung Schmidt/Genscher, sondern das Ergebnis von 20 Jahren christlich-demokratischer Sozial-, Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik.

(Beifall)

Die Politik der Bundesregierung muß sich in der Tat die Frage gefallen lassen, ob sie in den vergangenen sechs Jahren nicht viel dazu beigetragen hat, den sozialen Frieden und das wirtschaftliche Wachstum zu gefährden. Es wäre aber sicher falsch, wenn wir in dieser Zeit der wirtschaftlichen Anspannung und der Finanzkrisen das Problem, unsere Ausgaben zu finanzieren und diesen Staat arbeitsfähig zu erhalten, einseitig in ein Problem des Sozialstaats ummünzten. Ich glaube, wir müssen gerade deswegen, weil wir ein großes soziales Erbe zu verteidigen haben, mit der undifferenzierten Verwendung des Begriffs "Grenzen des Sozialstaats" vorsichtig sein. Das Problem der umfassenden Finanzkrise darf nicht einseitig in ein Problem der Krise des Sozialstaates umgemünzt werden. Das Problem ist umfassender. Es umfaßt Post und Eisenbahn, deren Defizite im Jahre 1978 um 4 Milliarden DM höher sein werden als die Defizite der Sozialversicherungsträger, wenn sie ihre Beiträge nicht erhöhen. In dieses umfassende Problem müssen auch die Subventionen, die Nettobelastungen der Europäischen Gemeinschaft und vieles andere mehr einbezogen werden. Was in dieser Situation Not tut, ist zum einen, daß wir uns auf die neuen, die eigentlichen sozialen Probleme konzentrieren, und ist zum zweiten, daß wir bereit sind, die soziale Gerechtigkeit nicht so sehr daran zu messen, wieviel Milliarden DM wir in den Sozialhaushalt hineinstecken, sondern daran, wie wir dieses Geld ausgeben, ob wir es gerecht ausgeben, ob wir genügend Spielraum behalten, um denjenigen zu helfen, die unserer Hilfe bedürfen.

(Beifall)

Ich glaube, die Frage ist berechtigt, ob wir nicht Strukturveränderungen ins Auge fassen müssen, wenn in unserem Lande 1 460 000 Witwen von einer Rente in Höhe von 460 DM oder weniger leben müssen.

(Beifall)

Es ist doch sicher berechtigt, die Frage zu stellen, ob der moralische Bezug in der Sozialversicherung noch von allen erkannt wird, - nämlich alle für den einen, der in Not geraten ist -, oder ob nicht dieser moralische Anspruch durch den Anspruch auf eine kostenlose Leistung gegenüber einer anonymen Kasse aufgegeben worden ist, während der eigene Beitrag, vom Arbeitgeber mit der Lohnsteuer an diese anonyme Kasse abgeführt, völlig aus der Verantwortungssphäre des einzelnen verschwunden ist. Nur, meine Damen und Herren, dieser moralische Anspruch richtet sich gegen alle, die an der Sozialversicherung beteiligt sind. Er

richtet sich nicht nur an die Versicherten, sondern er richtet sich an die Ärzte, die Krankenhäuser und an die Pharma-Industrie, die dieses großartige von uns geschaffene Sozialversicherungssystem nicht als Selbstbedienungsladen mißbrauchen dürfen.

(Beifall)

Im übrigen kann man auch einmal über die Frage nachdenken, ob die Aufrechterhaltung der Leichtlohngruppen in der Industrie nicht das Ergebnis eines Kartells der zu 86 % in den Gewerkschaften organisierten Männer mit den Arbeitgebern ist, die eben auf 0,5 % lineare Lohnerhöhung verzichten müßten, um endlich die Leichtlohngruppen abzuschaffen.

(Beifall)

Ich glaube, diese Frage betrifft ebenfalls die Mächtigen und die weniger Mächtigen in unserem Staate.

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft beruht auf dem Grundgedanken, daß der Markt eben nicht automatisch wirtschaftliches Wachstum und soziale Gerechtigkeit produziert. Diejenigen, die so etwas glauben, sind im übrigen gar nicht weit von denen entfernt, die meinen, sie könnten alle sozialen Probleme auf die sogenannten Produktionsverhältnisse reduzieren. Alle, die so denken, werden unempfindlich gegen neue Probleme, die entstehen, neue Probleme, die nicht mit den Instrumentarien des Marktes und der Tarifpolitik allein gelöst werden können. Die Probleme der Frauen in unserer Gesellschaft, die Probleme eines menschenwürdigen Alterns, die Probleme der Kinder in einer Welt der Erwachsenen, die Probleme der Behinderten, das alles sind Fragen, die der sozialen Verantwortung des Staates bedürfen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß dies eine wichtige Aufgabe deswegen ist, weil die Sozialdemokraten entsprechend dem marxistischen Ursprung, alle sozialen Probleme auf die Produktionsverhältnisse zu produzieren, vergessen haben, daß der Arbeitnehmer nicht vom Lohn allein lebt, sondern daß er auf Sozialeinkommen angewiesen ist, daß er soziale Hilfen benötigt.

Lassen Sie mich noch eines sagen. Das, was wir hier vorschlagen, ist darüber hinaus auch ökonomisch richtig. Unser Freund Blüm hat bei der Sozialtagung in Kiel völlig zu Recht gesagt: "Jede Mark, die wir investieren, um die Familien intakt zu halten, ist eine Mark weniger für Erziehungsheime, für Sonderschulen und für Gefängnisse."

(Beifall)

Jede Mark, die wir investieren, um Krankheiten zu verhüten, sind vielleicht zehn Mark weniger Ausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung.

Deswegen ist unser neuer Ansatz nicht nur sozial gerechter, er ist auch ökonomischer und deswegen politisch besser.

(Erneuter Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herr Geißler, wir schulden Ihnen nicht nur Dank für diesen Kurzbeitrag, sondern auch dafür, daß Sie dazu beitragen, die Alternativen unserer Partei deutlich zu machen.

(Beifall)

Das Wort hat Herr Kollege Beske.

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Schäuble.
Das Wort hat Herr Müller-Hermann.

Dr. Ernst Müller-Hermann: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Wenn wir in der Mannheimer Erklärung von der Neuen Sozialen Frage sprechen, von den neuen gesellschaftspolitischen Problemen, dann sollten wir unser Augenmerk auch auf eine sehr bedenkliche Entwicklung richten, nämlich auf die Tatsache, daß wir auf der einen Seite immer mehr großräumige Konzentrationsprozesse erleben, während auf der anderen Seite ganze Regionen unseres Landes zu veröden drohen. Die Leidtragenden sind die Menschen in unserem Lande. Die Erreichbarkeit der Versorgungseinrichtungen verschlechtert und verteuert sich einerseits; in den Städten und Ballungsgebieten verschlechtern sich andererseits die Lebens- und Umweltbedingungen.

Die Menschen geraten in immer größere Abhängigkeit von öffentlichen Einrichtungen. Man kann sogar mutmaßen, meine lieben Parteifreunde, daß die Sozialisten in der Regierung gerade diese verstärkte Abhängigkeit der Menschen im Auge haben, wenn sie diesem Konzentrationsprozeß durch ihre Maßnahmen Vorschub leisten. Tatsache ist, daß sich nach der Regierungszeit dieser Bundesregierung diese von mir angesprochenen Probleme erheblich verschärft haben werden.

Ich denke auch an die Probleme, die sich beispielsweise in den Regionen ergeben, in denen sich die Bundesbahn aus der Fläche zurückzieht, ohne daß bisher sichergestellt ist, daß eine qualitativ und preislich gleichwertige Verkehrsbedienung erfolgt. Deshalb, meine lieben Parteifreunde, sollte in die Mannheimer Erklärung eine Passage eingebaut werden, in der wir unsere Aufgabenstellung zu diesem Problem sehr deutlich umreißen: daß wir die Städte lebens- und funktionsfähig gestaltet wissen wollen, daß die Wachstumschancen der peripheren und der ländlichen Regionen gesichert und eine aufgelockerte Wirtschafts- und Siedlungsstruktur gewährleistet sein muß, indem Regionalpolitik, Wirtschaftspolitik, Agrarpolitik, Verkehrspolitik, Erschließungspolitik besser als bisher mit den von uns angestrebten Zielsetzungen koordiniert werden.

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Müller-Hermann.

Das Wort hat nun Herr Waffenschmidt. Danach folgen Herr Reckers, Herr Schönbohm, dann Herr von Bethmann.

Dr. Horst Waffenschmidt: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Helmut Kohl hat gestern von diesem Platze aus die guten Ergebnisse der CDU bei den letzten Kommunalwahlen angesprochen. Das sollte uns Auftrag und Verantwortung sein, heute und gerade auch in der Diskussion zur Mannheimer Erklärung deutlich zu machen, daß für uns künftig die Kommunalpolitik mehr denn je gleichrangig neben Bundes- und Landespolitik in unserer Gesamtpolitik einen hohen Stellenwert einnimmt.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, nach den Ergebnissen der letzten Kommunalwahlen dürfen wir mit berechtigtem Stolz sagen: Die CDU und CSU, die Union, sind zur führenden Partei in den Kommunalparlamenten

der Bundesrepublik geworden. Ich meine, das ist eine herausragend gute Voraussetzung für unsere Gesamtpolitik in der Zukunft. Wenn wir in diesem Bereich leistungsstark und erfolgreich sind, sind wir auch in der Bundespolitik erfolgreich.

(Beifall)

Ich möchte nun gerne, daß wir bei dem, was wir zur Mannheimer Erklärung sagen, unsere Bezüge zur kommunalen Selbstverwaltung noch etwas deutlicher ansprechen. Ich meine, es soll deutlich werden: Kommunale Selbstverwaltung ist für uns, für die Union, eines der wichtigsten Elemente der Freiheitssicherung des Bürgers. Wir wenden uns leidenschaftlich gegen den staatlichen Dirigismus der SPD, der die kommunale Selbstverwaltung aushöhlt. Was wollen wir? Wir wollen eine freiheitliche und bürgernahe kommunale Selbstverwaltung, und wir wenden uns nachdrücklich dagegen, daß linke Utopisten unsere Städte und Gemeinden zum Tummelplatz ihrer Ideologien machen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, daß wir in der Kommunalpolitik leistungsstark bleiben, auch gerade in schwierigen Zeiten; daß der Klassenkampf aus dem Rathaus fernbleibt, meine Freunde. Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall)

Darüber hinaus wollen wir aber ein weiteres ganz wichtiges Aufgabenfeld ansprechen. Die Selbstverwaltung ist auch heute und gerade bei den eingeschränkten Möglichkeiten der öffentlichen Hand eine wichtige Chance, mit dem Bürger für die soziale und kulturelle Daseinsvorsorge etwas zu leisten. Wir wollen die neue Zusammenarbeit auch unserer Selbstverwaltungsträger mit den freien Trägern. Und wenn in der Mannheimer Erklärung von der Neuen Sozialen Frage die Rede ist, dann meine ich: Diese Neue soziale Frage sollten wir phantasiereich anpacken, gerade auch von der Kommunalpolitik der CDU her in Zusammenarbeit mit den freien Trägern, unseren Kirchen und den anderen gesellschaftlichen Gruppen. Das ist überzeugender, als nur nach der öffentlichen Hand zu rufen. Wir wenden uns gegen die Totalverplanungsideen und die Kommunalisierungstendenzen, wie sie die SPD-Kommunalprogramme charakterisieren. Unsere Alternative heißt: freiheitlich soziale Kommunalpolitik gegen Kommunalsozialismus, meine Freunde.

(Beifall)

Lassen Sie mich noch einen ganz speziellen Bereich ansprechen. Wir müssen heute im Interesse der Lebensfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung die klare Koordination zwischen Fach- und Finanzplanung bei den öffentlichen Aufgaben und Ausgaben fordern. Es muß aufhören - meine Freunde, das sage ich für die über 50 000 Kommunalpolitiker der Union deutlich -, daß die Linkskoalition im Bund Gesetze macht, die sie als Reformen ausgibt, und dann den Gemeinden zur Ausführung übergibt, aber ohne den Gemeinden das Geld mitzuschicken. Das ist auf Dauer eine Irreführung der Bürger.

(Beifall)

Lassen Sie mich zusammengefaßt sagen: Der großen Verantwortung, die uns in der Kommunalpolitik gerade auch nach den letzten Wahlen zugewachsen ist, werden wir, vor allen Dingen auch mit der Initiative, die die Kommunalpolitische Vereinigung in den letzten Monaten auch auf Bundesebene ergriffen hat, auch in Zukunft gerecht werden. Wir werden deutlich machen - in Zusammenarbeit mit

allen Bürgergruppen, in einer offenen freien Diskussion vor Ort um neue Möglichkeiten -, daß wir die leistungsstärkere politische Gruppe sind.

Meine Damen und Herren, wir wollen die menschliche Stadt und die menschliche Gemeinde. Wir lehnen es ab, fortzufahren mit der Wohnungsbaupolitik der Sozialisten: mit Betonklötzen und Mammutsilos. Wir wollen ein Zusammenleben der Bürger gestalten. Das ist unsere Maxime.

Meine lieben Freunde, lassen Sie mich mit Blick auf die Kommunalpolitik und dann auch mit Blick auf die gesamte Mannheimer Erklärung noch eins aussprechen, was gerade für die Politik vor Ort, in den Städten und Gemeinden für die Bürger wichtig ist: Die guten Gedanken, die wir in der Mannheimer Erklärung finden, müssen nun übersetzt werden in eine Sprache, die zu den Herzen der Bürger vordringt. Ich will es einmal so sagen: Für die Anliegen, die wir gerade auch in der Diskussion mit den Bürgern vor Ort vertreten müssen, brauchen wir die guten Gedanken von Richard von Weizsäcker in der einfachen und klaren Sprache Konrad Adenauers.

(Beifall)

Prof.Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Reckers.

Hans Reckers: Meine Damen und Herren! Ich glaube, es täte dieser Debatte gut, wenn wir uns stärker auf die Mannheimer Erklärung selbst bezögen.

(Beifall)

Wir haben als RCDS eine Stellungnahme zur Mannheimer Erklärung vorgelegt. Ich will hier noch einmal einige Aspekte ausführen.

Die Mannheimer Erklärung besticht zunächst einmal durch ein hohes Maß an konzeptioneller Geschlossenheit. Nur wird dieses hohe Maß an konzeptioneller Geschlossenheit durch einen einseitigen Ansatz erkauft. Es ist schon gesagt worden, daß die Bildungs- und die Gesellschaftspolitik in der Mannheimer Erklärung zu kurz kommen. Dies hat seinen Grund, wie wir meinen, in einem einseitigen funktionalistisch-technokratischen Ansatz dieser Erklärung. Zentrale Begriffe der Mannheimer Erklärung sind "Stabilität", "Handlungsfähigkeit", "nationales Interesse", "Gemeinwohl". Alle politischen Aufgaben werden auf diese Begriffe bezogen.

Es ist durchaus richtig, daß Stabilität natürlich Voraussetzung dafür ist, daß z. B. wieder Reformen möglich werden, daß der gesellschaftspolitische Konsens stärker betont wird, daß der Staat gegenüber unseren gesellschaftlichen Gruppen handlungsfähiger wird. Das ist alles richtig und wird von uns nachdrücklich unterstützt. Aber wenn man alle politischen Aufgaben auf Stabilität, Handlungsfähigkeit und Konsens bezieht, dann führt das zu einseitigen Begründungen und dazu, daß sehr wichtige politische Aufgaben außerhalb des Bezugsrahmens dieser Erklärung der CDU bleiben.

In der Mannheimer Erklärung werden das christliche Menschenbild und unsere Grundwerte erwähnt. Aber für die einzelnen Bereiche werden daraus keine Konsequenzen gezogen. Alle politischen Aufgaben werden nur unter dem Aspekt begründet: Was können sie zur Herstellung von mehr Konsens, von mehr Handlungsfähigkeit, von mehr Stabilität beitragen? Wir wünschen uns, daß stärker begrün-

det wird, welche Vorstellung die CDU in den wichtigen Bereichen der Politik von unserem Grundansatz her, vom Menschenbild her, von den politischen Grundwerten her, vertritt.

Ich will an drei Beispielen deutlich machen, wozu dieser einseitige funktionale Ansatz der Erklärung führt.

Erstes Beispiel: Konflikt - Konsens. Das sind zwei Begriffe, die in Spannung zueinander stehen. Wir kritisieren zu Recht, daß bei den sozialdemokratischen Rahmenrichtlinien einseitig der gesellschaftssprengende Konflikt im Vordergrund steht. Ich meine nur, wir können die sozialdemokratischen Rahmenrichtlinien nicht einfach umkehren und jetzt nur den Konsens in den Vordergrund stellen. Wir müssen auch auf die produktive Rolle von Konflikten in unserer Gesellschaft hinweisen, von Konflikten, die durch unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse hervorgerufen werden und dann durch Kompromiß zum Ausgleich gebracht werden müssen.

Zweites Beispiel: Mitbestimmung, Partizipation. Dieses Problem ist in der Mannheimer Erklärung ebenfalls nur unter dem Gesichtspunkt angesprochen worden, daß Mitbestimmung bzw. Partizipation zur Aufrechterhaltung unserer Ordnung notwendig sei. Das ist natürlich richtig. Aber Mitbestimmung bzw. Partizipation ist wesentlich und entscheidend für die Artikulation der Bedürfnisse, der Interessen der Menschen in den verschiedenen Bereichen, damit z. B. konkrete Konsequenzen aus den Problemen, die mit der Neuen Sozialen Frage angesprochen sind, gezogen werden können.

Drittes Beispiel: Problematik der Verbände. Ich möchte nachdrücklich unterstreichen, daß die Verbände natürlich sozialpflichtig sind und dem Gemeinwohl untergeordnet werden müssen. Aber wir müssen auch die Rolle der Verbände betonen, die Interessenbedürfnisse der Bürger zur Geltung bringen und in die Meinungs- und Willensbildung einbringen.

Ein Satz der Mannheimer Erklärung muß unbedingt revidiert werden, nämlich der Satz, daß die Verbände vom Staat gewährte Autonomie haben. Meine Damen und Herren, dieser Satz stellt doch unsere politische Auffassung auf den Kopf. Wir sind nicht der Meinung, daß alles vom Staat her zu begründen ist, sondern vertreten die Auffassung, daß alles von den Bürgern her und von deren Freiheit, sich in Vereinigungen und Verbänden zusammenzuschließen, zu begründen ist. Dieser Aspekt müßte stärker betont werden. Sonst besteht die Gefahr, daß hier Anleihen bei dem Konzept der förmlichen Gesellschaft gemacht werden.

Zum Schluß zur Bildungspolitik. Hier wird es auch deutlich: Der einseitige funktionalistische Ansatz wird nur erwähnt, soweit Beiträge für Dienstleistungen für Entwicklungsländer erbracht werden, soweit die Bildungsziele der Solidarität und der Konsens durch die Bildungspolitik betont werden. Das ist alles richtig. Aber es macht doch nicht den Sinn und das Ziel der Bildungspolitik aus. Die Selbstverwirklichung des Menschen und die Herstellung von mehr Chancengerechtigkeit als Ziele der Bildungspolitik fallen aus dem Bezugsrahmen der Mannheimer Erklärung heraus, weil hier einseitig auf Stabilität und Handlungsfähigkeit abgestellt wird.

Ich bin der Meinung, gerade wir als CDU, die wir sehr viel vom Leistungsprinzip halten und damit auch unterschiedliche Ergebnisse des Leistungswettbewerbs in Kauf nehmen, müssen doch für mehr

Startgleichheit, für mehr Chancengerechtigkeit sorgen. Das ist ein wichtiges Ziel der Bildungspolitik. Wir meinen, dieser Aspekt muß in der Mannheimer Erklärung deutlicher zum Ausdruck kommen.

Wir wünschen uns als RCDS, daß zu dem einen Ansatz "mehr Stabilität, mehr Handlungsfähigkeit" in der Mannheimer Erklärung der andere Aspekt, ausgehend von den Interessenbedürfnissen der Menschen und den Grundwerten unserer Politik, gleichgewichtig als Ansatz der Erklärung zur Geltung kommt. Dann kommen auch ausgewogenere Begründungen zustande, und dann werden auch die wichtigen Bereiche der Bildungs- und der Gesellschaftspolitik stärker berücksichtigt.

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Reckers!

Die nächsten Redner sind Herr Schönbohm, Herr Klein, Herr von Bülow, Herr Hartwig. Ich darf Herrn Schönbohm bitten.

Wulf Schönbohm: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich möchte einige Bemerkungen zum Thema "Staat und Gesellschaft" machen. Ich glaube, wir müssen einige Dinge zusätzlich berücksichtigen, die in der Mannheimer Erklärung nur unvollständig oder überhaupt nicht angesprochen worden sind.

Zunächst einmal zu dem Problem, daß sich der Verwaltungs-, der staatliche Apparat immer stärker moderner Technologien, z.B. der Datenverarbeitung usw. bedient. Wir müssen uns fragen, ob durch solche Methoden, bei denen sämtliche Daten und Informationen des einzelnen Bürgers durch den Staat erfaßt werden, der Freiheitsraum und die Intimsphäre des einzelnen nicht in Gefahr geraten. Gerade wir als CDU müssen durch gesetzliche Maßnahmen dafür sorgen, daß mit einer solchen Datenansammlung kein Mißbrauch getrieben wird, und zwar im Interesse der Erhaltung der Freiheit des einzelnen Bürgers.

Ein zweites. Die modernen Datenverarbeitungsmethoden erschweren es natürlich auch dem einzelnen Bürger, Informationen und Anweisungen überhaupt noch zu verstehen. Wer einmal einen Gehaltszettel, der von der Datenverarbeitung gemacht worden ist, gelesen und ihn verstanden hat, den kann ich dazu beglückwünschen. Genau das zeigt das Problem, daß wir über moderne Technologien eine immer bürgerfernere und unverständlichere Verwaltung bekommen.

Ein weiterer Punkt. Es gibt eine zunehmende, teilweise notwendige Tendenz zur zentralen Planung, zur Rationalisierung, zur Zentralisierung von Verwaltungsbürokratien, von Effizienz, von Perfektionismus. Sehen Sie sich einmal an, wieviel Gesetze wir in einem Jahr auf Bundesebene produzieren! Sie machen allein 3.000 Seiten im Bundesgesetzblatt aus. Wer von den Bürgern soll das eigentlich alles lesen, verstehen und noch nachvollziehen können? Wir müssen uns fragen, ob wir den Perfektionismus mit staatlichen Vorschriften, mit gesetzlichen Maßnahmen nicht einfach zu weit treiben. Denn diese Vorschriften schränken natürlich gesellschaftliche Vielfalt und bürgerliche Freiheit ein.

(Zustimmung)

Ich meine, wir müssen in Zukunft darauf achten, daß wir weniger Perfektionismus und eine größere Verständlichkeit bei Gesetzestexten und bei Vorschriften haben; denn nicht alle in der Bevölkerung sind Verwaltungsjuristen und können das alles verstehen, was dort verabschiedet worden ist. Wir müssen mehr Freiheit und Eigeninitiative erhalten; denn sonst haben wir eine Tendenz, die unseren politischen Grundsätzen nicht entspricht. Nur dadurch können wir auch mehr Spielraum und größeren Freiheitsraum für sachkompetente und sachnahe und problemnahe Entscheidungen erhalten.

Wenn das alles richtig ist, dann wage ich zu bezweifeln, daß die Politik der Gebiets- und Verwaltungsreform, die eigentlich in allen Ländern von unserer Partei mitgetragen worden ist, unter den Gesichtspunkten der Effizienz und der Kostenersparnis richtig war. Erstens wage ich zu bezweifeln, ob wir dadurch wirklich Kosten sparen. Zum zweiten scheint mir sicher zu sein, daß durch die Großgemeinden und die großen Einheiten das Gegenteil von bürgerlicher Verwaltung erreicht worden ist. Wir haben eine Vielzahl bestehender Kontakte zwischen Repräsentanten und Bürgern zerschlagen, und wir werden uns noch große Mühe geben müssen, diese Kontakte wieder aufzubauen.

Wir sollten uns auch überlegen, ob wir die Mitwirkungsrechte des Bürgers bei staatlichen und politischen Entscheidungen nicht verstärken müssen. Ich persönlich bin der Auffassung, es ist durchaus denkbar, daß der Bürger in kommunalen Fragen sehr viel stärker in direkter Weise an Entscheidungen beteiligt wird. Ich plädiere also für Volksbegehren und Volksentscheid auf kommunaler Ebene, denn in diesem Bereich geht es um Fragen, die der Bürger wirklich beurteilen kann. Wir gäben dem Bürger damit ein Instrument in die Hand, das zugleich auch eine gesetzliche Grundlage für Bürgerinitiativen wäre. Auf Dauer zumindest können wir uns diesen Fragestellungen nicht entziehen, wenn wir die Mitwirkungsrechte des Bürgers stärken wollen.

Dasselbe Problem stellt sich für uns als Partei. Wir haben eine immense Zahl von neuen Mitgliedern, haben aber bisher zuwenig Überlegungen in der Richtung angestellt, wie wir die Mitwirkungsrechte der Mitglieder innerhalb der Partei verstärken können. Wir werden uns, glaube ich, in der Zukunft Gedanken darüber machen müssen, wie wir den neuen Mitgliedern sinnvolle Betätigungsmöglichkeiten anbieten können.

Gestatten Sie mir nun ein Wort zum öffentlichen Dienst. Wenn sich die Ausweitung der Angestellten- und Beamtenstellen im öffentlichen Dienst so fortsetzt wie bisher, werden im Jahr 2000 fast alle Bürger Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes sein. Es ist klar, daß sich hier eine Entwicklung abzeichnet, die aufgehalten und gestoppt werden muß. Es ist auch klar, daß wir uns dies in der Mannheimer Erklärung auch geschehen - eindeutig gegen Parteibuchwirtschaft im Beamtenbereich einsetzen müssen. Wir müssen uns allerdings fragen, ob wir in der Vergangenheit nicht teilweise selbst ein wenig dazu beigetragen haben, die Beamtenschaft unter parteipolitischen Gesichtspunkten zu politisieren.

Ein weiterer Punkt ist, daß wir in Zukunft nicht mehr nur auf die Rechte, sondern vor allen Dingen auch auf die Pflichten der Beamten gegenüber dem Staat und gegenüber ihrer Aufgabe hinweisen müssen.

(Beifall)

Eine letzte Bemerkung. Es wird sehr viel von den Privilegien der Beamten gesprochen. Sicherlich geschieht dies oft in übertriebener Weise und auch mit einem falschen Zungenschlag. Darum geht es hier nicht. Ich frage mich aber, ob es zur Glaubwürdigkeit der Argumentation der CDU beiträgt, wenn wir zulassen, daß Beamte einseitig privilegiert sind, wenn sie in Landes- oder Bundesparlamente gewählt werden. Hier ist eine Ungleichheit der Chancen für diejenigen gegeben, die nicht im öffentlichen Dienst sind, die also nach Ablauf ihres Mandats Schwierigkeiten haben, wieder in ihren Beruf zurückzugehen. Ich meine, wir als CDU müssen prüfen, ob wir nicht entweder die Startchancengleichheit für die politischen Mandatsträger herbeiführen oder die besondern Privilegien der Beamten, die in die Parlamente entsandt werden, abbauen müssen.

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Schönbohm! Das Wort hat Herr von Bethmann.

Freiherr Johann von Bethmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Gestatten Sie auch mir einige wenige Bemerkungen zu grundsätzlichen Fragen. Sie hätten gut im Anschluß an den Beitrag unseres Freundes vom RCDS gepaßt. Wir sprechen in unseren Programmen und auch in der Mannheimer Erklärung von den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Meine Damen und Herren, wir wissen, diese Begriffe stehen auch in sozialistischen Programmen. Sie gehören ebenso zum Vokabular von Sonntagsreden auch des unheiligen Apostels Brandt und anderer Leute, die sozialistische Ideen vertreten. Dies könnte problematisch erscheinen. Es braucht aber nicht so zu erscheinen. Herr Biedenkopf hat uns schon gesagt, daß wir diese Positionen auch zu besetzen haben und besetzen können. Wir sind in der Lage - das trauen wir uns zu, meine Damen und Herren -, die Sozialisten von jedem Stuhl - auch jedem theoretischen Stuhl - herunterzuholen, auf dem sie sitzen.

(Beifall)

Voraussetzung dafür ist allerdings, daß wir alle - ob nun in der Grundsatzprogrammkommission oder an der Basis in der Partei - mit daran arbeiten, Interpretationen und Formulierungen zu finden, um unsere Gedanken einfach und verständlich darzustellen und glaubhaft zu machen. Ich bitte daher um baldige Erarbeitung praktikabler, einfacher und überzeugender Texte zu den Grundsatzfragen für die tägliche praktische politische Arbeit. Ich helfe dabei selbst gerne mit.

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr von Bethmann! Das Wort hat Herr Dr. Klein.

Dr. Josef Klein, Stolberg: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! In der Mannheimer Erklärung hat der Bundesvorstand wörtlich formuliert - ich zitiere -:

"Die Politik der gegenwärtigen Bundesregierung beruht geradezu auf einem Bündnis der Starken gegen die Schwachen."

Zu diesen Schwachen gehören heute in besonderem Maße viele junge Menschen. Vor den Wahlen im Jahre 1972 hat die Koalition der jungen Generation geradezugoldene Zeiten versprochen. Heute haben wir - und dies seit einem halben Jahr - mehr als 100 000 junge Menschen unter 20 Jahren ohne Arbeitsplatz und ohne Ausbildungsplatz. In diesem Zusammenhang ist die Frage berechtigt: Wer hätte eigentlich zu Zeiten von CDU-Regierungen daran gedacht, daß Jugendarbeitslosigkeit in diesem Lande noch einmal zu einem Massenproblem werden würde?

Die jungen Menschen schauen heute wieder auf die Union und fragen: Wie wollt ihr uns denn helfen? Nicht irgendeine Taktik, sondern die christliche Grundsubstanz unserer Überzeugung und auch unsere christliche Wertung der Arbeit gebieten es, daß die Union auf diese Fragen der jungen Menschen eine Antwort gibt,

(vereinzelt Beifall)

und daß die Union sich zum Anwalt dieser jungen Menschen macht, denen mit der Arbeitslosigkeit ja auch Zweifel an der eigenen Leistungsfähigkeit, ja, Zweifel am eigenen Selbstwert kommen.

Die Union hat im Bundestag deshalb ein Dringlichkeitsprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vorgelegt. Meine Freunde, hier in der Diskussion hat das Stichwort "Alternativen" ja eine wichtige Rolle gespielt. In diesem Zusammenhang muß man aber deutlich sagen, daß die Koalition zu diesem Dringlichkeitsprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit keine Alternative hat!

(Beifall)

Die Regierung verweist nun zu Unrecht und demagogisch - denn sie weiß, daß sie zu Unrecht darauf verweist - auf ihren Gesetzentwurf eines Berufsbildungsgesetzes. Abgesehen davon, daß dieser Gesetzentwurf in der Substanz minderwertig ist, kann er z. B. in seinem Finanzierungsteil vor 1978 überhaupt nicht zur Anwendung kommen. Damit ist den jungen Menschen in den Jahren 1975 und 1976 also überhaupt nicht geholfen.

(Zurufe: Sehr richtig!)

Wir haben auf dem Hamburger Parteitag und anschließend im Bundestag bessere Initiativen ergriffen, aber eines fehlt uns, wenn wir ganz ehrlich sind, bis heute, nämlich eine überzeugende und gemeinsam getragene Lösung in der Frage der Finanzierung der beruflichen Bildung - und das in einer Situation, in der das Angebot an Ausbildungsplätzen vor allem deshalb ständig zurückgeht, weil die 16 % der Betriebe, die heute noch den Mut haben, sich auf dem Gebiet der Ausbildung zu engagieren, mit den wachsenden Ausbildungskosten sozusagen alleingelassen werden.

Wenn wir als Union in dieser zentralen Frage eine offene Flanke haben, wenn wir als Union in dieser Frage noch nicht endgültig zu dem notwendigen Konzept eines Lastenausgleichs zwischen den Betrieben gefunden haben, so hat das in erheblichem Maße auch mit dem zu tun, was in der Mannheimer Erklärung unter dem Thema "Macht der organisierten Gruppen" angesprochen ist. Meine lieben Freunde, seien wir einmal ganz ehrlich: Wenn wir den kritischen Satz aus der Erklärung

"Die gesellschaftliche Macht von Interessenverbänden und Selbstverwaltungsorganisationen kann den gesellschaftlichen Machthalt nachhaltig stören und die Funktionsfähigkeit des Staates in bestimmten Teilbereichen beeinträchtigen "

wirklich ernst nehmen, darf die Union ihre Politik im Bereich der beruflichen Bildung nicht an dem orientieren, was die Spitzenfunktionäre bestimmter Spitzenverbände durchzudrücken versuchen. Wir haben uns vielmehr an den Minderheiten, denen geholfen werden muß, zu orientieren.

Das sind eben die Jugendlichen, die keine Lehrstellen finden, und das ist auch die Minderheit der Betriebe, die heute noch ausbilden, von denen aber bestimmte Spitzenverbände der Auffassung sind, daß sie überhaupt nicht mehr existent sind.

Wir brauchen einen vernünftigen Ausgleich zur Finanzierung der beruflichen Bildung. Mir scheint es notwendig zu sein, daß unsere Partei endlich den Knoten, der von bestimmten mächtigen Interessenverbänden geschürzt worden ist, durchschlägt, um im Interesse der Jugend und der auszubildenden Betriebe zu einer Lösung zu kommen.

(Beifall)

Professor Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Besten Dank, Herr Klein! Der nächste Redner ist Herr von Bülow. Das Wort hat der Vorsitzende der Schülerunion.

Christoph von Bülow (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich zunächst einmal bei Ihnen dafür, daß Sie der Schülerunion hier auf diesem Bundesparteitag die Möglichkeit geben, in den Entscheidungsprozeß um diese Mannheimer Erklärung einzugreifen. Ich möchte eines - Herr Dr. Kohl hat es schon angesprochen - gleich vorweg sagen: Sie können sicher sein, daß die Schülerunion im Bündnis mit der Jungen Union im Bundestagswahlkampf für eine bessere "Alternative '76" mitkämpfen und die besseren Ideen der Union unterstützen wird.

(Beifall)

Zur Mannheimer Erklärung möchte ich dreierlei anmerken. Zum ersten: Der Slogan "Alternative '76" sollte sich auf zwei Bereiche beziehen. Erstens ist es, glaube ich, notwendig, daß die Union im grundsatzpolitischen Bereich eine klare Alternative sowohl zur SPD als auch zur FDP aufzeigt. Diese grundsätzliche Alternative ist fast unbeschränkt. Hier müssen die breiten Felder ausgeleuchtet werden. Wir sollten uns nicht mit Etiketten irgend etwas vorschwindeln lassen.

Zum zweiten - das ist der zweite Punkt, der in der Mannheimer Erklärung berücksichtigt werden sollte - ist es, glaube ich, notwendig, daß die Union noch stärker strategische Vorstellungen entwickelt, wie, erstens, Zielgruppen angesprochen werden können und wie, zweitens, die aktuellen Probleme, die in der Bundesrepublik durch die SPD/FDP-Regierung geschaffen worden sind, gelöst werden sollen. Ich glaube, die CDU würde gut daran tun, diese beiden Punkte in der Mannheimer Erklärung zu trennen und noch stärker herauszuarbeiten.

Meine Damen und Herren, ein dritter Punkt, den ich für wesentlich halte, ist der Satz: Für die Union sind Außenpolitik und Innenpolitik gleichgewichtig. Ich meine, ein solcher Satz muß in der Mannheimer Erklärung seinen Niederschlag finden, indem diesem Punkt ein entsprechendes politisches Gewicht beigemessen wird. Meiner Ansicht nach besteht ein Übergewicht bei der Außenpolitik, das so nicht bestehenbleiben kann. Der Bereich der Innenpolitik muß eine wesentlich stärkere Bedeutung erhalten. Außenpolitik, die z. B. die europäische Integration zum Ziel hat, kann nur dann

betrieben werden, wenn innenpolitische Stabilität besteht, wenn innenpolitisch eine starke Basis für eine Bundesregierung vorhanden ist.

Meines Erachtens sollte die Innenpolitik stärker berücksichtigt werden. Ich glaube, daß die Union hier einige entscheidende Alternativen, z. B. zum ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen der SPD, aufzuweisen hat. Diese Unterschiede sollten deutlicher herausgearbeitet werden. Hier sehe ich im wesentlichen zwei Punkte. Zum einen sollte - das hat auch Hans Reckers vom RCDS schon angemerkt - gesagt werden, daß natürlich niemand in der Union gegen einen handlungsfähigen Staat ist. Im Gegenteil, der Staat muß gestärkt werden. Aber wir sollten gerade hier die Alternative zur SPD aufzeigen, z. B. daß wir nicht für kollektivistische, sondern für individuelle Vermögensbildung sind, daß wir für individuelle Mitbestimmung und gegen Fremdbestimmung sind. Das sind Grundwerte einer Politik, die auf den einzelnen und nicht auf die Menge ausgerichtet sind.

(Beifall)

Hier möchte ich einen Bereich ansprechen, mit dem sich die Schülerunion natürlich besonders beschäftigt, nämlich die Bildungspolitik. Auch dieser Bereich sollte sich in der Mannheimer Erklärung stärker niederschlagen. Ich möchte hier nur auf zwei Punkte eingehen. Erstens: Der Begriff "Chancengerechtigkeit" kommt in diesem Programm nicht vor bzw. er wird nur ganz am Rande behandelt. Meines Erachtens ist es notwendig, daß nicht nur in der Landespolitik, in der Schulpolitik, sondern auch in einer so gewichtigen Erklärung gesagt wird, was die CDU von integrierten Gesamtschulen ohne Schulversuche hält,

(Beifall)

was die CDU davon hält, daß man bereits im Sekundarbereich I eine Nivellierung statt einer individuellen Förderung in verschiedenen Schularten anstrebt. Diese Bereiche sollten hier vertieft werden, weil sie natürlich auch Konsequenzen für die berufliche Bildung haben.

Ein zweiter Punkt im Bereich der Bildungspolitik ist die wesentliche Frage - sie ist ebenfalls schon angesprochen worden - der "Rahmenrichtlinien". SPD und FDP haben sich an den Versuch gemacht, Rahmenrichtlinien zu erstellen. Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist nicht neu, wenn ich Ihnen hier noch einmal sage, daß diese "Rahmenrichtlinien" für eine pluralistische Union unerträglich sind, daß die Union hier klare Alternativen hat, nämlich pluralistische und nicht indoktrinierende Rahmenrichtlinien.

(Beifall)

Sie hat eine klare Alternative, z. B. zu den Jungsozialisten, deren erklärtes Ziel, wie auf einem ihrer Bildungskongresse formuliert worden ist, darin besteht, in den "Rahmenrichtlinien" u. a. zu verankern, daß den Schülern die Einsicht in den demokratischen Sozialismus vermittelt werden soll. Meine Damen und Herren, wenn wir solche Rahmenrichtlinien in den Schulen haben, garantiere ich Ihnen, daß es im Jahre 1980 nur noch demokratische Sozialisten und bald nur noch Sozialisten geben wird.

(Beifall)

Der vierte und letzte Punkt, den ich hier anführen möchte, steht unter dem Obertitel "Kampf um Begriffe". Ein Vorredner von mir sagte, daß die SPD in ihrem ökonomisch-politischen Orientierungs-

rahmen Begriffe wie "Solidarität" - es heißt darin wörtlich: "mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit, mehr Solidarität" - verwendet habe. Hier werden Begriffe benutzt, die man einfach für sich in Anspruch nimmt, ohne daß eine adäquate Basis dafür geschaffen wird. Ich glaube, daß sich eine strategische Erklärung der Union nicht darauf beschränken kann, eine politisch differenzierte Aussage zu machen, wie es hier geschehen ist, sondern wir müssen hier auch bestimmte Begriffe für uns beanspruchen, wie es Professor Biedenkopf schon in seinem Bericht gesagt hat. Hier denke ich insbesondere daran, daß wir der SPD endlich einmal den Begriff der sogenannten Chancengleichheit abnehmen und sagen, daß die Union für Chancengerechtigkeit ist, daß wir jedem einzelnen individuelle Entfaltungsmöglichkeiten geben und nicht darüber hinwegsehen wollen, daß nicht jeder gleich begabt ist.

(Beifall)

Ein zweiter wesentlicher Begriff ist der der "Solidarität". Es besteht in der Bundesrepublik Deutschland die Gefahr, daß Prinzipien wie Solidarität, die in unserem Menschenbild fest verankert sind, wegfallen. Meine Damen und Herren, wir sollten es uns nicht erlauben, uns den wesentlichen Begriff "Solidarität" wegnehmen zu lassen, und wir sollten ihn auch nicht wegfallen lassen. Wir sollten sagen, daß wir für eine solidarische Gesellschaft kämpfen, daß wir in dem Begriff "Solidarität" eine Rechtfertigung für die Leistung des einzelnen sehen und daß wir deswegen auf Solidarität nicht verzichten wollen.

Ich meine - das ist mein abschließender Satz - daß diese Mannheimer Erklärung eine sehr gute Basis dafür ist, gemeinsam mit der CSU ein Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1976 zu erarbeiten. Ich glaube, die Union hat hier ein Programm erarbeitet, auf dem sie auch bei den kommenden Verhandlungen bestehen sollte. Sie sollte sagen, daß es sich um eine konzentrierte Arbeit handelt, die man nicht in wenigen Verhandlungsrunden aufgeben kann.

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr von Bülow! Ich danke Ihnen für die Konzentration und übergebe an Herrn Wallmann.

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Nächste Wortmeldung, Herr Dr. Hartwig vom Landesverband Rheinland.

Dr. Bernd Hartwig: Meine Damen und Herren! Ich möchte zur Konjunkturpolitik Stellung nehmen, und zwar nicht zum Inhalt, sondern zur Verpackung, der Art und Weise, wie wir diese Dinge unter die Leute bringen. Dabei möchte ich mich insbesondere an die Damen und Herren wenden, die hier vorn im Vorstand sitzen.

Meine Damen und Herren, Sie werden sich erinnern, die SPD hat im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen mit dem Slogan operiert "Wählt den Aufschwung". Natürlich ist das massiv gemogelt gewesen; die Wähler sind übers Ohr gehauen worden. Aber es hat genützt.

Was haben wir gemacht? Wir haben förmlich gewartet auf schlechte Nachrichten aus der Wirtschaft, auf Nachrichten über Arbeitslosigkeit, über Kurzarbeit, über Produktionsrückgänge, über Verringerung der Aufträge. Wir haben auf diese Dinge gewartet, um sagen zu können: Kinder, es kommt ja gar kein Aufschwung, es bleibt so trostlos wie es ist; die Lage ist nach wie vor ernst und hoffnungslos.

Meine Damen und Herren, das muß aufhören. Wir können so nicht weiter operieren. Im Gegenteil, wir müssen dem Wähler sagen, daß auch wir den Aufschwung wollen,

(Beifall)

daß wir jetzt eine Durststrecke durchschreiten, einen Heilungsprozeß, als Antwort auf die Sünden der Vergangenheit; und an diesen Sünden, meine Damen und Herren, sind auch wir nicht ganz unschuldig. Natürlich hat die Regierung, insbesondere das Kabinett Brandt/Scheel, ein gerüttelt Maß an Schuld an dem gegenwärtigen Zustand. Es ist gut, in angemessener Weise darauf hinzuweisen.

Aber es geht nicht an, auf jede gute Nachricht wieder einen Dämpfer draufzusetzen. Es geht nicht an, den Wert der Nachricht, daß VW keine Massenentlassungen betreiben muß, gleich wieder herunterzusetzen. Im Gegenteil, wir müssen sagen: wir freuen uns mit Euch, daß es wieder aufwärts geht. Ein Aufschwung ist auch die Basis für unsere Politik. Wir können alles, was wir wollen, ohne einen Aufschwung nicht machen. Deswegen meine Empfehlung an Sie, meine Damen und Herren: Optimismus und Hoffnung sollten ein Wesenszug unserer Politik sein. Das ist der eine Punkt, den ich hier anführen möchte.

(Beifall)

Bei meinem zweiten Punkt komme ich zu Ziffer 2.3. der Mannheimer Erklärung. Ich hoffe, es hat jeder von Ihnen den Text zur Hand. Es ist gut, daß Sie auf die immensen Kosten hingewiesen haben, die die staatlichen Leistungen jetzt verursachen. Ich verweise dazu auf 39 unten und auf Seite 40 oben. Ich möchte aber den ersten Strichabsatz auf Seite 40 etwas exakter gefaßt haben. Es heißt hier: Die Anpassung der öffentlichen Verwaltung an die veränderten Aufgabenstellungen und Bedürfnisse der Bevölkerung muß gewährleistet werden. Man könnte denken, es geht jetzt wieder mit der Reformhuberei los, was Sie sicherlich nicht meinen. Dazu habe ich eine Anregung, keinen Antrag; ich müßte sonst mit dem Lasso herumlaufen und 30 Leute zusammensuchen. Diese Anregung möchte ich Ihnen gern vorlesen. Sie sollten nach dem Wort "Bevölkerung" ein Semikolon machen und dann schreiben: "Ist die Übertragung einer neuen Aufgabe auf den Staat unumgänglich, so müssen die Arbeiten mit dem vorhandenen Personal durchgeführt werden. Ist auch das nach Ausschöpfung aller Rationalisierungsreserven nicht möglich, so sind andere, weniger wichtige Aufgaben zurückzustellen."

Meine Damen und Herren, ich möchte drei Hürden errichten: Erstens, es muß unumgänglich sein. Zweitens, wenn es schon unumgänglich ist, dann mit dem gleichen Personal; keine neuen Planstellen. Meine Damen und Herren, ich bin selber Beamter, deswegen sage ich das so deutlich. Und das dritte: Wenn auch das nicht geht, müssen Sie Prioritäten setzen und sagen: Wir vergessen etwas anderes zugunsten dieser neueren Sache. - Das wäre das, was ich zu den Seiten 39/40 zu sagen hätte.

Zum Schluß eine Anmerkung zur Geschäftsordnung, die sich an die Herren Bundestagsabgeordneten richtet. Sie sollten in Zukunft weniger redefreudig sein und sollten mehr Platz dem Otto Normalverbraucher und den Delegierten geben; denn wir müssen uns jetzt abhetzen. Wir hätten erheblich mehr zu erzählen. Aber auf Grund dessen, daß zu viele Abgeordnete gesprochen haben, ist die Redezeit auf fünf Minuten beschränkt. Bitte, behalten Sie das in Ihrem Hinterstübchen für den nächsten Parteitag. Sonst muß man denken, man sei auf einer Wahlversammlung.

(Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Hartwig. Das Wort hat jetzt Frau Hieronymi.

Frau Ruth Hieronymi: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind es uns allen als Delegierte, aber auch dem Bundesvorstand schuldig, daß wir die Aussagen, die im Mannheimer Papier stehen, auch einmal wörtlich nehmen. Ich darf hier zitieren - wir behandeln ja die Grundsätze unserer Politik -, daß der Bundesvorstand der Meinung ist, "daß entscheidend für den Inhalt praktischer Politik nicht nur die Verwirklichung der Grundwerte als solche, sondern die Ausgestaltung ihres Verhältnisses zueinander ist. Er weist dann richtig darauf hin, daß dieses Verhältnis der Grundwerte zueinander in Zeiten wirtschaftlicher Krise oder wirtschaftlicher Prosperität ein durchaus anderes sein kann. Wenn allerdings der Bundesvorstand im gleichen Absatz sagt, daß die Grundsatzprogrammkommission der CDU die Aufgabe habe, die Grundlagen für die Durchführung dieses Auftrages zu schaffen, dann bin ich der Meinung, daß wir so ehrlich sein müssen, uns zu fragen, was wir um das Verhältnis der Grundwerte, die die Inhalte der praktischen Politik bestimmen, wissen sollen.

Der Auftrag, die praktische Politik zu gestalten, stellt sich heute und hier und insbesondere in der Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes.

Ich weiß nicht, wie wir es schaffen wollen, wenn wir diese Bestimmung der Grundsatzkommission überlassen. Ich glaube, der Bundesvorstand muß sich fragen, ob er damit so lange warten kann oder ob wir das nicht rechtzeitig vor der Bundestagswahl wissen müssen, um den Wählern, den Bürgern zu sagen, was für uns die praktischen Inhalte der Politik sind.

(Beifall)

Dr. Walter Wallmann: Vielen Dank, Frau Hieronymi. Das Wort hat jetzt Frau Breuel.

Frau Birgit Breuel: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was wir gegenwärtig in diesem Lande erleben, ist nicht freie Marktwirtschaft; es ist nicht soziale Marktwirtschaft, es ist sozialdemokratisch administrierte Marktwirtschaft, eine Marktwirtschaft, die jedem Bürger in diesem Lande immer stärker die Fesseln anlegt. Die Konsequenz sind Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und eine Investitionslücke, die weitere Arbeitslosigkeit für die nächsten Jahre bereits programmiert hat.

Aber ich meine, auch die CDU muß sich fragen, ob sie hier nicht einen gewissen Anteil an Schuld mitzuvertreten hat. Auch wir haben viele Fragen mit dem Prinzip der gesteigerten Demokratisierung identifiziert. Auch wir laufen Gefahr, zu übersehen, daß schon der Versuch, die Gesellschaft als Ganzes in den Griff zu bekommen, mit marktwirtschaftlichen Überlegungen nicht in Übereinstimmung zu bringen ist.

Die Mannheimer Erklärung, die wir heute hier diskutieren, weist behutsam - würde ich sagen - darauf hin, daß die Verlagerung der staatlichen Tätigkeit von reiner Ordnungsfunktion auf die Leistungsfunktion überzogen worden ist. "Behutsam" sage ich deshalb, weil auch die CDU den Bürger immer wieder in Versuchung führt, Verantwortung von ihm zu übernehmen und auf den Staat zu verlagern.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, mir fehlt einiges in dieser Mannheimer Erklärung. Ich frage mich: wo steht unsere Forderung, daß der Arbeitsmarkt wieder in den Wettbewerb gestellt werden muß? Wo

steht die Forderung, daß in den Verträgen nicht nur der Lohn, sondern auch die Leistung definiert werden muß? Wo steht, wie wir das gefährliche Gefälle in der Betriebsgrößenstruktur verändern können? Wo steht die Forderung nach Sozialbilanzen, wo parallel zur betriebswirtschaftlichen Prüfung eine Durchleuchtung der Unternehmen auf soziale Konflikte und Reibungen vorgenommen wird?

So sehr die Forderung des Mannheimer Programms nach Autorität des Staates zu unterstützen ist, so richtig es ist, daß Demokratie und Marktwirtschaft eine Autorität des Staates brauchen, so sehr steht doch zu befürchten, daß die politische und wirtschaftliche Allmacht eben dieses Staates bei gleichzeitiger Entmachtung des einzelnen Bürgers auf dem Umwege über Fürsorge, Vorsorge und Umverteilung einen Sieg über unsere freiheitliche Verfassung erringt.

Die Erklärung - und das würde ich gern dem Bundesvorstand als Bitte mit auf den Weg geben - konkretisiert viel zu wenig, wie weit die CDU bereit ist, diesen Weg mitzugehen, und wo sie hier ihre Grenzen setzen will. Sicherlich sind die Grenzen schmerzlich für jeden Bürger, für jeden Wähler. Ich meine allerdings, wenn wir nicht den Mut haben, diese Punkte konkret anzusprechen, werden wir im nächsten Jahr nicht die Chance haben, einen Sieg zu erringen.

(Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Breuel! Das Wort hat jetzt Frau Kuppe.

Frau Margarethe Kuppe: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bewundere Ihre Geduld, diese sicher sehr interessante, aber doch auch anstrengende Diskussion so aufmerksam zu verfolgen. Ich hoffe, daß ich diese Ihre Geduld nicht mehr lange in Anspruch nehmen muß.

Ich möchte sagen, diese Mannheimer Erklärung ist wohl zu definieren als eine Erklärung, als eine Verlautbarung des Bundesvorstandes für und an den Parteitag, nicht als eine Erklärung dieses Parteitages selbst. Ich finde, sie ist ein außerordentlich interessantes und sehr interpretationsfähiges Dokument. Vor allen Dingen sind die Autoren Meister der Formulierung. Nur finde ich, daß manchmal das Definieren etwas stärker betrieben werden sollte. Zweifellos sind hier Menschen am Werk, die die deutsche Politik in kluger und richtiger Weise mit den Maßstäben Konrad Adenauers gestalten wollen und die darauf verzichten wollen, als clevere Macher und kurzatmige Programmierer in die deutsche Geschichte einzugehen. Ein großer Wurf ist den Autoren dieses Dokuments allerdings in der Formulierung der Neuen Sozialen Frage gelungen. Meine sehr geehrten Parteifreunde, über die Kombination "neu" plus "Soziale Frage" hinaus gibt es kein Plusultra. Ich kann verstehen, wie sehr verwirrt unsere Gegner hier sind, zumal dieses Problem der Neuen Sozialen Frage nicht utopisch und ideologisch ist, sondern tatsächlich weite Bereiche einer nicht zu preisenden und immer noch vorhandenen Wirklichkeit anspricht.

Ich möchte hier nur einen Punkt herausgreifen, ehe ich mich ganz kurz einem zweiten zuwende. Dieser eine Punkt betrifft die Kinder. Ich habe hier heute viele kluge Ausführungen gehört, vor allem von Herrn Schwarz-Schilling, der genau erkannt hat und es hier ausgesprochen hat, daß in der Schulpolitik der Kampf auch um die Wähler der CDU von morgen begonnen wurde. Meine Damen und Herren, die CDU hat viel zu lange gebraucht, um diese Erkenntnis zu gewinnen; sonst wäre diese Entwicklung nicht so weit verbreitet, die

wir heute beklagen müssen, daß nämlich Kinder mehr als Funktions-träger von Begabungen angesehen und für alle möglichen psychologischen und pseudopädagogischen Experimente gebraucht werden. Kinder sind jedoch kleine Menschen mit dem Recht auf ihre eigene Persönlichkeit.

Ich möchte das hier nicht weiter ausführen, sondern die CDU nur ermahnen, die Dinge in einem richtigen Zusammenhang, auch im richtigen politischen Zusammenhang zu sehen. Wenn sich die CDU zum Anwalt der Kinder macht, die, wie gesagt, nicht Funktions-träger von Begabungen, sondern kleine Menschen mit dem Recht auf eigene Persönlichkeit sind, dann wird die CDU auch die Väter und Mütter an ihrer Seite haben, die heute in manchen Bundesländern einen verzweifelten Kampf gegen ganz außerordentlich fehlgeleitete und fehlleitende Kultusministerien führen müssen.

(Beifall)

Ich möchte hier einen neuen Begriff einführen, nämlich neben dem Begriff der sozialen und der wirtschaftlichen Demontage den Begriff der seelischen Demontage. Was diese liberal-soziale Blockparteiregierung an seelischer Demontage unserem Volk zugemutet hat und immer noch weiter betreibt, wird sich eines Tages furchtbar rächen. Zu heilen ist das nur aus den Grundwerten einer christlichen und einer humanen Politik. Hierzu erbitte ich Ihrer aller Entschlossenheit.

(Beifall)

Ich möchte nun zu einem zweiten Punkt kommen. Seit langem ist es mein entschiedenes Anliegen, dafür zu sorgen, daß in der politischen Diskussion die nicht zu rechtfertigenden Tautologien, die keinen Erkenntniswert haben, verschwinden. Man sollte endlich definieren. Es ist so simpel und kann uns so viel helfen, wenn man endlich in der allein zutreffenden Weise definiert, daß Sozialismus nichts anderes ist als die Überführung des Privatkapitalismus in den viel schlimmeren totalitären und den Menschen vergewaltigenden Staatskapitalismus.

(Beifall)

Wenn Sie zu dem Substantiv "Sozialismus" immer hinzufügen wollten, meine sehr geehrten Parteifreunde - auch soweit Sie hier als Führende anwesend sind -, daß es sich bei dem Wort Sozialismus um den staatskapitalistischen Sozialismus handelt, dann würden all die Millionen Arbeitnehmer nicht mehr glauben, daß sie von einem Staat als Kapitalisten eine Rettung aus ihren Nöten erwarten dürften, sondern sie würden erkennen, daß sie sich in ihrem Bestreben, mehr Freiheit zu sichern, gerade einen totalitären Zwingherrn schaffen, der, wie im Osten bewiesen ist, nicht ihre Rechte achtet, sondern sie nur wehrlos ausbeutet.

(Beifall)

Staatskapitalismus heißt Wegfall von Tarifautonomie; denn die Identität von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, die ihm theoretisch zugrunde liegt, bedeutet dies, bedeutet Wegfall von Streikrecht, heißt Konzentration an Macht, wie sie nun einmal der sozialistische Kommunismus überall, und zwar notwendigerweise, mit sich bringt.

Ich darf noch ein letztes sagen. Ich bin der Meinung, wir sollten in die Debatte auch ein Wort einführen, das die deutsche Sprache, ich weiß nicht, warum, bisher eigentlich nicht zur Verfügung stellt, obwohl es das Wort gibt. So wie es Sozialismus und sozialistisch gibt, national und nationalistisch, rationalistisch

und Rationalismus, so gibt es auch national und Nationalität, rational und Rationalität, und so gibt es sozial und Sozialität. Sozialität ist genau das, was wir wollen, nämlich sich allen Menschen in Not hilfreich zuwenden. Es ist mehr als das, was Kameradschaftlichkeit im Grunde bedeutet, Solidarität. Wir sind eine Partei der Sozialität, weil wir eine Partei des christlichen Menschenbildes sind. Wir müssen uns viel stärker als bisher absetzen gegen die Parteien des demokratischen Sozialismus, was nur innerparteiliche Demokratie bedeutet, und überhaupt und schlechterdings des Sozialismus, was eben staatskapitalistischer Sozialismus heißt.

(Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Kuppe! Ich darf dem Parteitag mitteilen, daß jetzt noch drei Wortmeldungen vorliegen, und zwar von Herrn Pflüger, von Herrn Brickwedde und von Herrn Dr. Stavenhagen. Abschließend wird der Generalsekretär ein Wort zur Mannheimer Erklärung und zu den Diskussionsbeiträgen, Anträgen, Empfehlungen und dergleichen an uns richten. Ich darf deswegen alle Delegierten, die jetzt draußen vor dem Saal sind, bitten, doch in den Saal hereinzukommen.
Herr Pflüger, bitte schön!

Friedbert Pflüger: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde!

Wir sehen in den vergangenen Jahren und in der letzten Zeit, daß in der Jugend, und zwar gerade auch unter den Studenten und Schülern, zunehmend ein Trend zur linken Heilsideologie vorherrscht, daß man anfängt, Parolen und Demonstrationen zu machen, daß man anfängt, wieder Kampflieder nach vorne zu holen, daß man sich für Ideologien und feste Weltbilder ausspricht, daß hier eine Emotionalisierung in breiten Teilen der Jugend vorhanden ist, die mit einer rationalen politischen Auseinandersetzung sicherlich nichts mehr zu tun hat.

Wir sehen hier, daß die Jugend ein Bedürfnis hat, zu festen Weltbildern zu kommen, daß die Jugend Orientierung und Werte braucht, die ihnen in letzter Zeit in dieser Gesellschaft verlorengegangen sind. Sie sind verlorengegangen, weil diese Gesellschaft zunehmend technisiert ist und zunehmend automatisiert wird, weil alles undurchschaubarer wird und weil mächtige Bürokratien dem einzelnen Menschen in seinem Wert nicht mehr gerecht werden können.

In dieser Situation ist es dringend notwendig, daß gerade wir als Christlich Demokratische Union klar sagen, daß wir wieder Werte setzen wollen und daß wir klar sagen, daß Werte dringend notwendig sind und daß gerade Werte christlich demokratischer Grundlage benötigt werden, um die Probleme der Zukunft zu meistern.

Dieser Konsequenz muß diese CDU Rechnung tragen, und dieser Konsequenz wird meines Erachtens die Mannheimer Erklärung nicht genügend gerecht. Wir sehen in der Mannheimer Erklärung einen Ansatz, der zu sehr, zu stark von der Funktionalität des Ganzen ausgeht und der eben diese Wertbezogenheit, dieses klare Ja zu christlichen Grundwerten nicht genügend betont. Wir sehen, daß gesagt wird: Weil das Ganze funktionieren muß, weil der Staat sicher und stabil sein muß, müssen sich dann die einzelnen Gruppen und die einzelnen unterordnen. Wir müssen aber umgekehrt argumentieren und müssen sagen: Wir als Union wollen Werte, wollen ganz

bestimmte Punkte für den einzelnen Menschen durchsetzen; daraus muß unsere Politik folgen, das muß der eindeutige Schwerpunkt gerade christlich-demokratischer Politik sein. Der einzelne - nicht das Ganze, nicht das Funktionieren eines bestimmten Apparats- muß ganz klar im Zentrum unserer Politik stehen. Wenn wir uns für Stabilität aussprechen, darf diese Stabilität nicht zum Selbstzweck erhoben werden, sondern Stabilität brauchen wir, um eben gerade klar Werte für den einzelnen zu setzen und zu verwirklichen.

(Teilweise Beifall)

Vielleicht kann ich einen letzten Punkt ansprechen, der sich auf das bezieht, was in der Mannheimer Erklärung zu dem Ziel gesagt wird, die Haushalte funktionsfähiger zu machen, die Haushalte zu sanieren und damit neue Finanzmittel freizusetzen. Der einzige wirklich konkrete Punkt, der hier angesprochen wird, ist die Ausbildungsförderung, und hier wird vorgeschlagen in zunehmendem Maße eine Darlehensförderung für Studenten einzuführen.

Ich halte es für ziemlich bedenklich, daß eine Partei - und gerade die CDU - dies in ihr Programm aufnimmt, denn dies ist ein Punkt, der, wenn er in dieser Form Durchsetzung finden würde, sicherlich gerade auch dem RCDS schwer zu schaffen machen würde. Die materielle Situation der Studenten ist heute sicherlich nicht rosig, und wenn man anfängt, gerade bei Studenten zu kürzen, weil man meint, hier einfache Möglichkeiten zu haben, weil man meint, hier vielleicht nicht mit großem Widerstand rechnen zu müssen, dann ist das meines Erachtens gerade von einer Politik her, die sich zur Neuen Sozialen Frage bekennt, zur Stärkung von Gruppen, die eben nicht die starken Organisationen, die starken Lobbies hinter sich haben, nicht gerechtfertigt.

Abgesehen davon, daß eine solche Darlehensförderung sicherlich wieder zu neuem bürokratischen Aufwand, zu neuen Verwaltungsausgaben führen müßte, glauben wir, daß dies ein Punkt ist, der nicht gerechtfertigt ist, wenn man sich die materielle Situation von Studenten wirklich ansieht. Der Parteivorsitzende hat gestern gesagt, daß die Studenten wissen sollen, daß die Union hinter ihnen steht und daß wir uns nicht von den vielen Meldungen, die über radikale Ausschreitungen an den Universitäten berichten, verrückt machen lassen. Die Mehrheit der Studenten ist demokratisch und unterstützt diesen Staat, und die Mehrheit der Studenten sollte auch die Solidarität dieser CDU erfahren, und das heißt für die Union konkret, daß man, wenn man spart, sicherlich nicht hier sparen soll, daß man sicherlich andere Wege gehen muß, um den Studenten gerecht zu werden. - Vielen Dank !

(Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Pflüger!

Bevor ich Herrn Brickwedde das Wort gebe, darf ich noch einmal darum bitten, daß sich alle Delegierten, die jetzt draußen sind, in den Versammlungssaal begeben. Es wird gleich der Generalsekretär zu uns sprechen.

Bitte sehr, Herr Brickwedde!

Fritz Brickwedde: Ich darf aus der Sicht der Jungen Union noch kurz zu zwei Punkten, die uns wichtig erscheinen, Stellung nehmen.

Erstens. Die Mannheimer Erklärung ist in der Öffentlichkeit auch unter dem Begriff "Strategiepapier" - Strategie der Union für die nächsten Jahre - diskutiert worden. Ich glaube, wir müssen

uns die Frage stellen, ob es, wenn wir über die Strategie der Union diskutieren, ausreicht, nur programmatische Schwerpunkte zu setzen, ob wir die Mannheimer Erklärung nicht vielmehr dadurch ergänzen müssen, daß wir die Maßnahmen aufzeigen, wie wir diese programmatischen Schwerpunkte umsetzen wollen. Ich bitte also, zu bedenken, ob wir uns nicht nach diesem Parteitag Gedanken machen sollten, ob die Mannheimer Erklärung nicht der Ergänzung, nämlich eines Anhangs bedarf, der versucht, deutlich zu machen, wie wir dies denn nun in den gesellschaftlichen Gruppen und draußen bei den Bürgern konkret verwirklichen wollen. Das heißt, daß wir uns auch selber die Frage stellen müssen, wie wir denn mit dem Problem der Lobby, der Großgruppen, der Organisierten in der Gesellschaft, die ja Druck nicht nur auf den Staat, sondern auch auf unsere Partei ausüben, fertig werden wollen. Ich glaube, daß hierzu dringend eine Aussage auch des Generalsekretärs bzw. der Mannheimer Erklärung und auch eine innerparteiliche Klärung erforderlich ist. Die gleichen Gruppen, die auf den Staat, auf Parlament und Regierung einwirken, sind in unserer Partei und wirken auf unsere Partei und auf unsere Abgeordneten ein, meine Freunde.

(Beifall)

Wir müssen uns einmal die Frage stellen, wie wir mit dem Problem fertigwerden wollen, daß die Großgruppen in der Partei das Sagen haben, und wie wir die Minderheiten, die teilweise gar nicht parteipolitisch engagiert sind - wie sind denn Kinderreiche oder Obdachlose oder Gastarbeiter engagiert? -, innerparteilich berücksichtigen wollen.

(Teilweise Beifall)

Ich möchte eine zweite Frage ansprechen. Im Zusammenhang mit der Neuen Sozialen Frage erscheint es mir ganz wichtig - gerade, meine Freunde, im Hinblick auf die junge Generation - , daß wir wegkommen von der rein materiellen Beantwortung kritischer Fragen

(Teilweise Beifall)

und daß wir versuchen, jungen Menschen zu sagen, was für immaterielle Werte es auch noch gibt, was für Ideale es gibt und für welche Ideale die Union einsteht.

(Beifall)

Ich glaube, daß wir in diesem Zusammenhang beim Problem der sozialen Randgruppen - Kinderreiche, Obdachlose, Gastarbeiter, ein Teil der alten Leute - zu einem neuen Bewußtsein der Solidarität gerade in der jungen Generation kommen müssen, daß wir es durch unsere Bewußtseinsbildungsarbeit schaffen müssen, das Bewußtsein für diese Probleme in der Bevölkerung zu stärken.

Dies ist eine entscheidende Aufgabe der Partei.

Wir müssen uns darüber hinaus überlegen: Wie können wir das organisatorisch in den Griff bekommen? Ich möchte zu bedenken geben, ob es nicht sinnvoll ist, tatsächlich zu einem allgemeinen sozialen Dienstjahr zu kommen, d.h. das soziale Engagement einer ganzen jungen Generation auch zu organisieren, also neben der Bundeswehr einen eigenen Sozialdienst zu schaffen. Was spricht eigentlich dagegen, meine Freunde, neben die Bundeswehr als eine Armee, die für den äußeren Frieden zu sorgen hat, eine Sozialarmee zu setzen, die für den inneren Frieden in unserem Lande zu sorgen hat? Ich glaube, daß ein solcher Sozialdienst der jungen Generation einen entscheidenden Beitrag dafür leisten könnte, zu einem neuen solidarischen brüderlichen Bewußtsein auf der Basis

der christlichen Nächstenliebe zu kommen und hier zu einem großen Beitrag in Richtung auf Freiheit und mehr Humanität in unserer Gesellschaft zu kommen. - Schönen Dank.

(Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Brickwedde!

Bevor ich Herrn Dr. Stavenhagen das Wort gebe, muß ich folgende Mitteilung machen. Heute nachmittag ist zu zwei verschiedenen Zeitpunkten versucht worden, allen Delegierten einen Fragebogen der Universität Mannheim an die Hand zu geben, und zwar zum Thema "Struktur und Funktionen von Parteitagungen in Westeuropa". All diejenigen, die diesen Fragebogen noch nicht erhalten haben, werden herzlich gebeten, sich ihn jetzt im Tagungsbüro abzuholen und ihn möglichst bald ausgefüllt dort wieder abzugeben.

Nun zur letzten Wortmeldung zu diesem Thema. Bitte, Herr Dr. Stavenhagen!

Dr. Lutz Stavenhagen: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Für den Landesverband Baden-Württemberg möchte ich den Bundesvorstand bitten, einige Ergänzungen in der Mannheimer Erklärung vorzunehmen, erstens eine Aussage zum Föderalismus als einer unerläßlichen Voraussetzung zur Begrenzung staatlicher Macht zugunsten des Bürgers.

(Vereinzelt Beifall)

Föderalismus ist für die freiheitliche Demokratie so unverzichtbar wie Marktwirtschaft für die freie Gesellschaft, und wer den Bundesrat angreift, weil er unbequem und nicht willfähriger Erfüllungsgehilfe dieser Koalition in Bonn ist, führt einen direkten Schlag gegen den Föderalismus.

(Vereinzelt Beifall)

Zweitens bitten wir um eine Aussage zur internationalen Zusammenarbeit an den Binnengrenzen in Europa.

(Teilweise Beifall)

Dies ist nicht nur ein regionales Problem am Oberrhein, sondern eine zentrale europäische Frage. Wenn es uns nicht einmal gelingt, hier gemeinsam zu planen und zu kooperieren, habe ich erhebliche Bedenken, ob wir auf anderen europäischen Feldern vorankommen können.

Schließlich hätten wir gern im Bereich der Wirtschaftspolitik eine Aussage zu mittelfristigen Orientierungsdaten im Rahmen eines öffentlichen Gesamthaushalts; denn es muß einfach aufhören, daß die öffentlichen Hände sich gegenseitig etwas aus den Taschen klauen, was dort gar nicht drin ist. Hier haben wir bereits Initiativen ergriffen, und wir sollten dieses Feld nicht wieder verlassen.

Wir meinen, daß ferner eine deutlichere Aussage zum Bereich der Energieversorgung, der langfristigen Energiesicherung notwendig ist. Eine langfristige Energiesicherung ist die Voraussetzung für soziale Leistungsfähigkeit. Nicht Dirigismus, sondern Vorsorge ist hier notwendig, nicht leere Sprüche, sondern wirklich Initiativen sind hier gefragt, hier ist die Union besonders aufgerufen.

Wir meinen ferner, daß eine Aussage zum Bereich Forschung und Technologie erforderlich ist. Forschung und Technologie sichern unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit auch in Zukunft. Wenn

Sie sich vor Augen halten, meine Damen und Herren, daß unser heutiger Export überwiegend von Technologien getragen wird, die im wesentlichen 30 Jahre alt sind, dann wird Ihnen die Brisanz dieses Themas deutlich. Es geht nicht nur um die Sicherung von Arbeitsplätzen von Forschern und Wissenschaftlern heute, sondern es geht um die Sicherung von Arbeitsplätzen morgen, damit wir auch morgen noch etwas zu exportieren haben, das in der Welt nachgefragt wird.

(Beifall)

Der Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung und dem Fleckerlteppich von Zuständigkeiten müssen wir klare Aussagen zu europäischen Initiativen auf diesem Felde entgegensetzen.

(Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Stavenhagen.

Damit sind alle Wortmeldungen erledigt. Jetzt wird Herr Dr. Geissler einen Beschlußantrag der Antragskommission vortragen, wie wir nämlich rein formal diese Diskussion abschließen wollen, und dann wird Herr Professor Biedenkopf zu uns sprechen.

Bitte schön, Herr Dr. Geißler!

Dr. Heinrich Geißler: Herr Präsident ! Meine Damen und Herren ! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen folgendes: Die Anträge, die von seiten der Antragsteller inhaltlich zur Abstimmung gebracht werden sollen, sollen unter Tagesordnungspunkt 23 E materiell außerhalb des Tagesordnungspunktes 22 - Mannheimer Erklärung - verabschiedet werden. Die anderen Anträge und EntschlieBungen sollen so, wie das heute mittag vom Präsidenten gesagt worden ist, an den Bundesvorstand zusammen mit der Mannheimer Erklärung überwiesen werden.

Die Antragskommission schlägt Ihnen folgende abschließende Beschlußfassung vor:

Der 23. CDU-Bundesparteitag Mannheim 1975 nimmt die Mannheimer Erklärung des Bundesvorstandes der CDU in den Grundsätzen und Zielrichtungen zustimmend zur Kenntnis. Der Bundesparteitag überweist alle zur Mannheimer Erklärung eingegangenen Anträge an den Bundesvorstand mit der Maßgabe, sie zusammen mit den Vorschlägen, Anregungen und Stellungnahmen bei der endgültigen Abfassung der Mannheimer Erklärung zu berücksichtigen.

Ich darf Sie im Namen der Antragskommission bitten, dieser Beschlußvorlage Ihre Zustimmung zu geben.

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Danke sehr, Herr Dr. Geißler.

Ich darf zunächst noch förmlich fragen, ob dagegen Einwendungen geltend gemacht werden. - Ich sehe, daß das nicht der Fall ist.

Dann darf ich Professor Biedenkopf bitten, das Wort zu nehmen.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich möchte jetzt nicht den Versuch machen, die ganze Diskussion über die Mannheimer Erklärung zu rekapitulieren und zusammenzufassen. Ich möchte nur einige kurze Bemerkungen zu einigen wichtigen Punkten machen und vor allen Dingen auch einige Mißverständnisse ausräumen, die sich er-

geben haben. Notwendig sind dann noch einige wenige Bemerkungen zum weiteren Verfahren.

Es hat eine Reihe von Voten gegeben, die auf Bereiche hingewiesen haben, wie etwa die Landwirtschaft und anderes, die nicht in der Mannheimer Erklärung behandelt sind. Ich hatte bereits heute morgen in meinem Bericht darauf hingewiesen, daß sich der Bundesvorstand auf eine Auswahl von Themen beschränkt hatte. Wir werden in den Abschlußberatungen über die Mannheimer Erklärung auf Grund der zahlreichen Voten prüfen müssen, in welchem Umfang und mit welcher Gewichtung wir weitere Themen aufnehmen, ohne dadurch - und das ist sehr wichtig - den Gesamtbezugsrahmen, auf den es uns entscheidend ankommt, aufzulösen.

Einige Redner haben zu dem Problem der autonomen Verbände Stellung genommen. Herr Horst Schröder hat - wie einige andere - insbesondere darauf hingewiesen, daß man nicht von autonomen Verbänden sprechen könne. Wir haben zu einem früheren Zeitpunkt, vor allem im Zusammenhang mit der Mitbestimmungsdiskussion in Hamburg, schon einmal das Problem der Verbände und ihrer Autonomie behandelt: Es kann natürlich keine Rede davon sein, daß die Verbände in unserem Lande in dem Sinne autonom sind, daß sie tun und lassen können, was sie wollen.

(Beifall)

Ihre Autonomie wird vielmehr durch unsere Verfassung bestimmt und gewährleistet, z.B. durch die Koalitionsfreiheit oder die Vereinigungsfreiheit. Es ist ein verfassungsrechtlicher Schutz, der denjenigen, die sich in Vereinigungen und Verbänden zusammenschließen, das Recht einräumt, ihre eigenen Zwecke autonom, d.h. frei von staatlicher Beeinflussung, zu verfolgen.

(Vereinzelter Beifall)

Diese Autonomie müssen wir verteidigen. Sie ist eine der wichtigsten Grundlagen einer pluralistischen Gesellschaft.

Es ist vor allen Dingen von Herrn Reckers- und ich bin sehr dankbar für das Papier, das der RCDS vorgelegt hat - darauf hingewiesen worden, die Mannheimer Erklärung erwecke den Eindruck, als sei ihr der Konsens, die Übereinstimmung und die Harmonisierung der Gesellschaft wichtiger als alles andere. Das ist nicht richtig! Wir haben in unserer Politik nie einen Zweifel daran gelassen - und das muß am Ende einer solchen Diskussion festgestellt werden -, daß wir von der Auseinandersetzung in der Gesellschaft, von der Auseinandersetzung zwischen denen, die beharren, und denen, die bewegen wollen, die eigentlichen Anstöße für die Fortentwicklung unseres Landes, unserer Ordnung und damit für unsere zukünftige Entwicklung erwarten.

Der entscheidende Unterschied zwischen denjenigen, die ein solches Konzept verfolgen, und denjenigen, die den Klassenkampf predigen, besteht darin, daß sich diese Auseinandersetzung im Rahmen eines geordneten Verfahrens vollzieht, das von allen akzeptiert und eingehalten wird. Der Konsens, von dem hier die Rede ist, bezieht sich darauf, daß man sich in geordneter Weise miteinander auseinandersetzt, und alles tut, um zu vermeiden, daß sich die Gesellschaft in einen kriegführenden Verein umwandelt!

Stabilität in diesem Sinne bedeutet nicht Stagnation, sondern die Ordnung unseres Landes in einer Weise, die es möglich macht, den Wandel in Freiheit zu beherrschen, ohne an diesem Wandlungsprozeß zu zerbrechen. Es kann also nur eine Stabilität in Frage kommen, die Bewegung stabilisiert. Eine Gesellschaft, die in

Stagnation verfällt, ist zum Tode verurteilt. In einer Umgebung, in der sich alles verändert, ist das uns gestellte politische Ziel: Diese Veränderungen müssen mit den Mitteln einer freiheitlichen Gesellschaft so bewältigt werden, daß die Spannung zwischen dem Neuen, was um uns geschieht, und dem, was wir selbst gestalten und geschaffen haben, beherrschbar bleibt. Hierin liegt zugleich die motorische Kraft, die Reformen ermöglicht.

In einer freien Gesellschaft kann Reformpolitik überhaupt nur dann betrieben werden, wenn die Konflikte auf eine Art und Weise ausgetragen werden können, die die Grundstruktur der Gesellschaft nicht zerstört. Der Unterschied zwischen Reform und Revolution besteht darin, daß die Reform den Staat und seine Ordnung als Verfahren des gegenseitigen Zusammenlebens intakt hält, während die Revolution eben diese Ordnung in toto zerstört und der Bevölkerung dann eine neue Ordnung als Vision oder Möglichkeit in Aussicht stellt.

Wir werden bei den Schlußberatungen der Mannheimer Erklärung im Bundesvorstand trotzdem sehr sorgfältig darauf achten, daß wir alles beseitigen, was den Eindruck erwecken könnte, als habe die Erklärung eine solche etatistische Richtung.

(Beifall)

Schließlich ist von verschiedenen Rednern - von Frau Laurien und anderen - darauf hingewiesen worden, daß die Bildung stärker betont wird. Selbstverständlich ist, daß wir mit unserer Bildungspolitik mehr Ziele verfolgen als die, die in dieser Erklärung angesprochen worden sind.

(Hans Reckers: Dann muß man das auch sagen!)

Das Entscheidende ist, daß wir bereits eine umfangreiche bildungspolitische Diskussion haben und wir in dieser Partei unsere Gesamtpolitik natürlich nicht immer wieder neu in ein und demselben Papier darstellen können. Es gibt auch eine gewisse programmatische Kontinuität in der Partei, auf der solche Erklärungen wie die Ihnen vorliegende aufbauen dürfen. Aus diesem Grunde haben wir gesagt, daß Fragen der Entwicklungspolitik, Fragen des Wandels der Gesellschaft auch eine Bedeutung für die Bildungspolitik haben. Nur dieser Hinweis und die Herstellung dieses Zusammenhanges waren uns wichtig! Aber wir werden die Frage der Bildungspolitik ausführlicher und gründlicher behandeln können.

Frau Breuel hat darauf hingewiesen, daß sie aus der Erklärung ein allmächtiger Staat anspreche, der die Beschränkung der Rechte des einzelnen zu übertreiben drohe. Lassen Sie mich hierzu eines klar sagen, weil dies auch für die Auseinandersetzung der nächsten 14 Monate von großer Bedeutung sein wird. Liebe Freunde! Wenn wir in unserer politischen Debatte von einem starken Staat sprechen, dann meinen wir weder einen autoritären Staat noch einen hoheitlichen Staat im Sinne des Polizeistaates. Wir sprechen vielmehr von einer staatlichen Verfassung, die die Autorität hat, die notwendig ist, um gesellschaftliche Gruppen miteinander zu integrieren und in das Gemeinwohl einzuordnen.

(Beifall)

Die Stärke eines Staates wird in diesem Sinne nicht durch seine Divisionen oder seine Polizei bestimmt, sondern durch die Zustimmung der Bürger für diese Ordnung und damit durch die Legitimität des Staates selbst.

(Beifall)

Um diese Zustimmung geht es!

Sie ist gerade dann notwendig, wenn wir uns in einer liberalen, offenen Gesellschaft der Fähigkeit der Bürger anvertrauen, Konflikte untereinander auszutragen, offen darzustellen und die Gesellschaft auf diese Weise weiterzubewegen. Das Zusammenhalten einer solchen offenen, konfliktgestalteten Gesellschaft ist eine hohe kulturelle und zivilisatorische Leistung.

(Vereinzelter Beifall)

Dafür ist die Autorität des Staates erforderlich!

Das beantwortet schließlich auch die Frage von Herrn Brickwedde danach, wie man mit großen Gruppen fertigwerden kann. Lassen Sie mich das zum Abschluß sagen: Wir haben nicht die Absicht, die großen Gruppen an die "gesetzliche Leine" zu legen. Es gibt eine ganze Reihe von Fragen, die man in einer freien Gesellschaft nicht durch Gesetze regeln kann, wenn man nicht zugleich die Freiheit zerstören will. Wir haben jetzt, meine Freunde, im Zusammenhang mit der Telefonabhörraffäre eine interessante Diskussion über die Frage gehabt, ob man die Lücke, die sich hier zeigte - und durch die ein Presseorgan gestoßen ist, um die Privatsphäre zu verletzen - mit gesetzlichen Mitteln schließen muß. Viele derjenigen, die in den letzten Jahren ausgezogen sind, alle Tabus in diesem Lande zu zerstören, haben plötzlich festgestellt, wie gefährlich es ist, wenn man bestimmte Tabus zerstört, die nichts anderes als eine gesellschaftliche Übereinkunft darüber bedeuten, daß bestimmte Dinge nicht gehen.

(Beifall)

Das Fehlen eines solchen Tabus, welches sagt, "du sollst die Privatsphäre deines Nächsten schützen", war ein ganz wichtiger Grund dafür, daß der Akt der Veröffentlichung eines Telefongesprächs aus der Privatsphäre möglich wurde. Es ist interessant, daß genau diejenigen, die von der gesetzlichen Regelung am ehesten bedroht werden - nämlich die Journalisten selbst - die Gefahr erkannt haben und wie ein Mann aufgestanden sind und gesagt haben: Das geht nicht!

(Bravo-Rufe und Beifall)

Es gehört zu den Weisheiten und den Künsten einer freiheitlichen Regierung, daß es eine Zone zwischen der gesellschaftlichen Macht auf der einen Seite und dem Gesetzgeber auf der anderen Seite gibt, die nicht durch die Starrheit gesetzlicher Vorschriften geregelt wird, sondern durch das Übereinkommen der Bevölkerung - der Menschen im Lande -, daß bestimmte Regeln zu beobachten sind.

(Beifall)

In diesem Bereich sind auch die Grenzen angesiedelt, von denen wir sprechen, wenn wir die Sozialpflichtigkeit der Verbände betonen. Hier stellt sich genau dasselbe Problem: Eine Autonomie, die Macht gewährt - so wie die Autonomie der Presse Macht gewähren kann -, muß sich der Übereinkunft der organisierten Gemeinschaft insoweit unterordnen, indem sie - je nachdem - diese Zone meidet oder achtet, die aufrechterhalten werden muß, wenn eine freie Gesellschaft funktionsfähig bleiben soll: nämlich die Zone der Toleranz!

Es ist diese Zone der Toleranz, ohne die eine freiheitliche Gesellschaft nicht funktionsfähig ist. In dieser Zone müssen eine Reihe von Problemen gelöst werden, die ihren Charakter völlig

verändern, wenn man sie in die Hand des Gesetzgebers gibt, die für eine freiheitliche Ordnung unerträglich sind, wenn sie unge- löst bleiben.

Es ist die Aufgabe des Konsenses, von dem in der Mannheimer Er- klärung die Rede ist, ein Einverständnis aller in Verantwortung stehender freiheitlicher Menschen darüber herzustellen, daß dort, wo Macht herrscht und die Möglichkeit des Machtmißbrauchs be- steht, man untereinander mit Toleranz auskommen muß, wenn man nicht die in die Freiheit eingreifende Gesetzgebung hervorrufen will.

Der Bundesvorstand wird - ohne ihm in seinen Beratungen vorzu- greifen - alle Anträge, Diskussionsbeiträge und Anregungen sehr sorgfältig prüfen und diese Erklärung in entsprechender Weise fortschreiben. Wir erwarten - wie ich heute morgen schon sagte - einen Fortgang dieser Diskussion. Sie ist notwendig.

Die heutige Diskussion hat gezeigt, daß wir Schwachpunkte haben. Einer dieser Schwachpunkte ist die Außenpolitik. Wir müssen die Diskussion fortführen, um in der gesamten Partei die Überein- stimmung über die Ziele unserer Politik zu erreichen, die wir brauchen, um 1976 zu gewinnen.

(Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Ich danke Herrn Professor Biedenkopf für diese eindrucksvolle Zusammenfassung, mit der unsere Diskussion abgeschlossen ist.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ich brauche nicht noch einmal den Beschlusantrag vorzulesen, der von Herrn Dr. Geissler vor- getragen wurde. Wer diesem Beschlusantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr. Ich bitte um Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Meine Damen und Herren, da- mit ist die Mannheimer Erklärung von diesem Parteitag einstimmig angenommen worden.

(Bravo-Rufe und Beifall)

Ich denke, meine Damen und Herren, wir sollten noch einmal allen herzlich danken, die diese Erklärung erarbeitet haben, ganz be- sonders unserem Generalsekretär,

(Anhaltender Beifall)

und allen, die in der Diskussion Beiträge geleistet haben. Und Ihnen möchte ich danken, daß Sie dieser Debatte insgesamt ge- folgt sind.

Ich darf jetzt noch etwas zur Geschäftslage sagen. Wir haben noch knapp 20 Minuten Zeit bis 19 Uhr. Wir wollen morgen die Punkte "Frau und Gesellschaft" und "sonstige Anträge" behandeln - hier liegen einige Initiativen vor, die sicherlich einige Zeit beanspruchen werden -, und dann wollen wir die Schlußrede unse- res Parteivorsitzenden hören. Es wäre sicherlich gut, wenn wir die noch ausstehenden Anträge zur Änderung des Statuts und der Parteigerichtsordnung erledigen könnten.

Wir sind uns allerdings darüber im klaren, meine Damen und Her- ren, daß solche Sitzungsdiskussionen hier leidenschaftlich wer- den können. Ich darf davon ausgehen, daß wir uns jetzt sehr kon- zentrieren. Dann haben wir vielleicht die Chance, bis 19 Uhr fertig zu werden. Bis jetzt liegt lediglich eine Wortmeldung vor.

Ich darf Ihnen kurz vortragen, daß es bei Tagesordnungspunkt 18 - vielleicht sind Sie damit einverstanden, daß ich diesen Tagesordnungspunkt aufrufe - um folgende Fragen geht: Erstens geht es um den Komplex, in welchem Stadt- oder Gemeindeverband bzw. in welchem Stadtbezirksverband unsere Mitglieder geführt werden sollen. Zweitens geht es um die Frage, wie § 16 unseres Statuts in Zukunft geregelt sein soll, hier vor allem um die Genehmigung der Satzungen der Landesverbände durch den Generalsekretär. Dabei handelt es sich um eine reine Rechtswirksamskeitsprüfung. Weiter müssen wir eine Regelung über die Kandidatenaufstellung treffen, weil wir hier eine Anpassung an das Bundeswahlgesetz vornehmen müssen. Schließlich geht es um einige Regelungen für den Bundesparteitag - er soll zusätzliche Kompetenzen erhalten - und um die Zusammensetzung des Bundesparteiausschusses.

Sind Sie damit einverstanden, daß ich Punkt 18 unserer Tagesordnung aufrufe? - Ich höre keinen Widerspruch.

Dann rufe ich jetzt Punkt 18 auf:

Änderungen des Statuts und der Parteigerichtsordnung der CDU
(Antrag des Bundesvorstandes)

Ich darf zunächst bitten, daß Sie hier bleiben. Darf ich feststellen, daß mindestens 369 von 726 stimmberechtigten Delegierten im Saal sind? - Ich möchte das hiermit förmlich feststellen; denn ich höre keinen Widerspruch. Meine Damen und Herren, dann ist das so ausdrücklich festgestellt.

Dann weise ich auf § 41 Satz 3 unseres Statuts hin. Diese Bestimmung ist für Satzungsänderungen bedeutsam. Danach ist die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Delegierten erforderlich, wenn es wirksame Satzungsänderungen geben soll. Das Präsidium wird bei den Abstimmungen feststellen, ob nach seiner Auffassung jeweils die qualifizierte Mehrheit erreicht worden ist.

Schließlich erinnere ich daran, daß der Parteitag gestern generell beschlossen hat, zunächst über die Empfehlungen der Antragskommission abzustimmen. Das Präsidium wird diese Empfehlungen selber vortragen. Die Sprecher der Antragskommission werden aus Gründen der Zeitersparnis nur dann Ausführungen machen, wenn es ausdrücklich gewünscht wird; sie halten sich dazu bereit.

Ich darf Sie jetzt bitten, meine Damen und Herren, in Ihrem Antragsheft die Anträge B 46 bis B 53 aufzuschlagen. Das sind die Seiten 24/25.

Die Antragskommission schlägt Ihnen die Annahme des Antrags B 46 unter Berücksichtigung von B 48 und B 53 in folgender Fassung vor:

§ 5 Abs. 4 (neu) lautet:

"Das Mitglied wird in der Regel in demjenigen Stadt-/Gemeindeverband bzw. Stadtbezirksverband geführt, in welchem es wohnt oder - im Ausnahmefall - arbeitet. Auf begründeten Wunsch des Mitglieds kann der Kreisvorstand weitere Ausnahmen zulassen. Bestehende Zugehörigkeiten bleiben unberührt."

Damit wären die Anträge B 47 bis B 53 erledigt. Wortmeldungen liegen dazu nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag, wie hier von mir vortragen, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr. Ich bitte um die Gegenprobe. - Eine Gegenstimme. Enthaltungen? - Dann ist der Antrag mit der erforderlichen Mehrheit angenommen worden.

Ich rufe jetzt § 16 unseres Statuts auf. Er betrifft die Landesverbände. Dabei geht es um die Genehmigung der Satzung der Landesverbände durch den Generalsekretär. Dabei weise ich noch einmal ausdrücklich darauf hin, daß es sich um eine reine Rechtswirksamkeitsprüfung, also jeweils um die Prüfung der Frage handelt, ob die Landessatzungen mit der Bundessatzung und den in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen übereinstimmen. Im übrigen handelt es sich lediglich um redaktionelle Änderungen.

Zu § 16 gehören die Anträge B 72 bis B 77. Die Antragskommission empfiehlt, Antrag B 72 anzunehmen, B 73 und B 76 für erledigt zu erklären sowie B 75, B 74 und B 77 abzulehnen. - Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir können zur Abstimmung kommen. Wer der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr. Ich bitte um die Gegenprobe. - Fünf Gegenstimmen. Enthaltungen? - Zwei Enthaltungen. Dann ist auch hier die Empfehlung der Antragskommission mit der erforderlichen Mehrheit angenommen worden.

Beim nächsten Punkt geht es um die Neufassung des § 20 unseres Statuts betreffend die Kandidatenaufstellung. Dazu gehören die Anträge B 99 bis B 101 und B 148. Die Antragskommission empfiehlt Annahme von B 99. Sie empfiehlt, die Anträge B 100, 101 und 148 für erledigt zu erklären. Hier geht es um die Anpassung an das Bundeswahlgesetz und schließlich um die Berücksichtigung der bisherigen Praxis unserer Partei.

Ich darf fragen, ob die Wortmeldung von Herrn Diepgen vom Landesverband Berlin zum Antrag B 99 aufrechterhalten wird.

(Eberhard Diepgen: Ja!)

- Bitte schön, Herr Diepgen, Sie haben das Wort.

Eberhard Diepgen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich muß Sie namens des Landesverbandes Berlin bitten, die Vorlage des Bundesvorstandes in der Fassung der Antragskommission abzulehnen. Wir haben gerade gestern beschlossen, daß die Möglichkeit besteht, Mitglied in den jeweiligen unteren Parteiorganisationen nicht nur des Wohnsitzes, sondern auch des Arbeitsplatzes zu werden. Durch § 20 Abs. 1 wird eine Einschränkung des Wahlrechts und damit wesentlicher Mitgliederrechte vorgenommen.

Die Bestimmung des § 20 ist darüber hinaus nicht ausgegoren, weil sie lediglich auf einen Großteil der Landesrechte und des Bundeswahlrechts Bezug nimmt, aber beispielsweise die rechtliche Position im Landesverband Berlin überhaupt nicht berücksichtigt.

Wir haben deswegen mit der Formulierung des Antrags B 148 einen Ergänzungsantrag gestellt, der lautet:

"In den Stadtstaaten gelten diese als Wahlgebiet im Sinne des Satzes 1."

Das bedeutet, daß die Formulierung "Wahlgebiet" bei Stadtstaaten - damit wird die Fluktuation der Mitgliederzahl berücksichtigt - jeweils das gesamte Stadtgebiet erfasst, so daß Schwierigkeiten bei der Wahrnehmung der Mitgliederrechte nicht entstehen. Meine Damen und Herren, ich habe die herzliche Bitte an Sie, der Vorlage des Bundesvorstandes auf keinen Fall die Zustimmung zu geben, weil einfach nicht bis zu Ende durchdacht worden ist, wie sich die Rechtslage in verschiedenen Landesverbänden der CDU darstellt.

(Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Die Antragskommission wird dazu Stellung nehmen. Bitte schön, Herr Terlinden!

Hans Terlinden: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission ist der Meinung, daß es sich hier um ein ganz spezielles Problem des Landesverbandes Berlin handelt und daß solche Probleme, wie sie jetzt angesprochen worden sind, durch die Landessatzung abgedeckt werden können. Wenn wir dem Vorschlag Berlins jetzt folgten, würde das bedeuten, daß alle Stadtstaaten, was das Wahlrecht und die satzungsrechtlichen Regelungen angeht, über einen Leisten geschlagen werden. Wir meinen, der Landesverband Berlin sollte von seinem Recht Gebrauch machen, dies in seiner Landessatzung zu regeln.

(Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr! Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das erste war eindeutig die Mehrheit. Es ist bei einigen Gegenstimmen und einer Enthaltung gemäß der Empfehlung der Antragskommission so beschlossen.

Wir kommen nun zu den Anträgen B 117 bis B 131. Es geht hier darum, Kompetenzergänzungen für den Bundesparteitag zu beschließen. Außerdem sollen - so sieht es die Vorlage des Bundesvorstandes vor - die Kriterien für die Zusammensetzung des Bundesausschusses geändert werden. Es soll nicht mehr von der Zahl 90 ausgegangen werden, sondern es soll die Mitgliederstärke zugrunde gelegt werden. Die Landesverbände sollen auf je angefangene 7.500 Mitglieder einen Delegierten in den Bundesausschuß entsenden. Mir ist mitgeteilt worden, daß sich die Zusammensetzung des Bundesausschusses dadurch nicht ändere, daß damit aber eine ganze Reihe schwieriger technischer Probleme leichter lösbar sei.

Liegen hierzu Wortmeldungen vor? - Das ist nicht der Fall. Wir kommen dann zunächst zur Abstimmung über die Anträge B 117 bis B 119. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei drei Gegenstimmen ist es so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über Antrag B 120. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Bei Annahme des Antrags B 120 wären der Antrag B 121 als abgelehnt und die Anträge B 122, B 123 und B 124 als erledigt zu betrachten. Wer zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr! Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Bei einer Stimmenthaltung ist es so beschlossen.

Wir kommen zu den Anträgen B 125 bis B 131. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer zuzustimmen wünscht, gebe bitte das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltungen. Es ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir haben uns nunmehr noch - nach wie vor im Rahmen von Punkt 18 der Tagesordnung - mit der Änderung der Parteigerichtsordnung und sonstigen Anträgen zu befassen. Es geht hier um Antrag B 132 bzw. die Anträge B 137 bis B 143.

Die Antragskommission empfiehlt, Antrag B 132 an den Bundesvorstand zu überweisen. Hierzu liegt keine Wortmeldung vor. Wer zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr! Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Anträge B 137 bis B 143. Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge B 137, B 140 und B 141 anzunehmen, die Anträge B 138 und B 142 für erledigt zu erklären und die Anträge B 139 und B 143 abzulehnen. Wortmeldungen liegen hierzu nicht vor. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr! Ich bitte um die Gegenprobe. - Drei Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltung. Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich möchte abschließend ausdrücklich feststellen, daß der Parteitag alle Anträge zu Tagesordnungspunkt 18 erledigt hat. Da kein neues Statut verabschiedet wurde, sondern nur das bestehende Statut geändert wurde, ist eine Schlußabstimmung nicht erforderlich. Wir stehen damit am Ende der heutigen Tagesordnung.

Bevor ich die Versammlung für heute schließe, habe ich die Frage, ob der Parteitag der Auffassung ist, daß die Frist für die Einreichung von morgen zu behandelnden Anträgen auf 20 Uhr verlängert werden sollte. Herr Kollege Hasselmann hat einen entsprechenden Wunsch geäußert. Herr Hasselmann hat sich hierzu zu Wort gemeldet.

Wilfried Hasselmann: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie sehr herzlich um Verlängerung dieser Frist. Es sind in letzter Sekunde so weitgehende Anträge gestellt worden, daß eine Überlegungsfrist notwendig ist, um unter Umständen auch noch Korrekturen vornehmen zu können. Bei der jetzigen Fristsetzung ist das nicht möglich. Es sind wirklich Anträge von einer solchen Bedeutung und Weitrangigkeit gestellt worden, daß wir ein bißchen Zeit brauchen darüber nachzudenken. Es könnte sein, daß wir angesichts dieser Situation auch noch einige andere Anträge stellen müssen. Ich bitte Sie, wie gesagt, herzlich, den Antrag auf Verlängerung der Frist anzunehmen.

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Hasselmann! Das war ein Antrag zur Geschäftsordnung. Wünscht jemand gegen diesen Antrag zu sprechen? - Das Wort wird nicht gewünscht. Es ist beantragt, die Antragsfrist aus den genannten Gründen bis 20 Uhr zu verlängern. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Das ist zweifellos die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, zum Schluß möchte ich der Antragskommission sehr herzlich für die umfangreiche Arbeit danken, die von ihr geleistet worden ist.

Ich schließe die heutige Sitzung.

(Schluß: 19.00 Uhr)

Mittwoch, 25. Juni 1975

6. Plenarsitzung

Beginn: 9.05 Uhr

Frau Annemarie Griesinger, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde, ich darf Ihnen am dritten Tag unseres Bundesparteitages einen guten Morgen wünschen.

(Beifall)

Wir wollen mit der Tagesordnung des heutigen Tages beginnen. Wir haben uns noch viel vorgenommen. Wir wollen den Parteitag möglichst früh abschließen, damit Sie rechtzeitig an die Orte zurückkehren können, wo weitere Aufgaben auf Sie warten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich wiederum einigen Freunden herzlich zum Geburtstag gratulieren, zunächst Heinrich Windelen,

(Beifall)

Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der CDU von Westfalen-Lippe. Er geht heute in sein 55. Lebensjahr.

(Erneuter Beifall - Überreichung eines Blumenstraußes)

- Da heute der "Tag der Frau" begangen wird, wird er die Blumen wohl seiner lieben Frau mitbringen.

Wir gratulieren des weiteren unserem Parteifreund Herrn Wilhelm Jeserich, ebenfalls aus Westfalen

(Beifall)

- er geht in sein 54. Lebensjahr -, und unserem Parteifreund Hans-Ulrich Korenke. Delegierter der Exil-CDU; er geht heute in sein 50. Lebensjahr.

(Beifall)

Des weiteren gratulieren wir Herrn Rolf Schöck, Landtagsabgeordneter von Baden-Württemberg, Präsident der Landeskreditbank in Ludwigsburg. Er beginnt das 48. Lebensjahr.

(Beifall)

Weiter gratulieren wir Herrn Wolfgang Krippendorf. Er ist Delegierter des Landesverbandes Hannover. Er beginnt das 46. Lebensjahr.

(Beifall)

Schließlich beglückwünschen wir Herrn Oberbürgermeister Wolfgang Brix aus Neustadt an der Weinstraße. Er hat das 45. Lebensjahr vollendet.

(Beifall)

Wir gratulieren Ihnen allen sehr herzlich und wünschen Ihnen Gesundheit und Erfolg für Ihre Arbeit im kommenden Jahr.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt 22:

"Frau und Gesellschaft"

Es ist mit der wichtigste Tagesordnungspunkt. Nachdem unser Bundesvorsitzender mit überwältigender Mehrheit gewählt und die Mannheimer Erklärung einstimmig verabschiedet worden ist, haben wir heute über den dritten Schwerpunkt unseres Parteitages zu beraten, nämlich über den Antrag "Frau und Gesellschaft". Ich möchte zu Beginn ganz besonders Ihnen, verehrte liebe Frau Wex, dafür danken, daß Sie als Vorsitzende der Frauenvereinigung der CDU und als Vorsitzende der Kommission "Frauen" der CDU/CSU-Fraktion und der Partei mit Ausdauer und Energie das Problem "Frau in Beruf, Familie und Gesellschaft" angepackt haben.

(Beifall)

Der Dank gilt vor allem auch den Mitgliedern der Kommission, die in gründlicher und sorgfältiger Beratung in Zusammenarbeit mit dem Bundesfachausschuß für Sozialpolitik die Grundlage für den nun vorliegenden Antrag geschaffen hat.

Des weiteren danken wir besonders Herrn Minister Geißler für das persönliche Engagement als Vorsitzender des Bundesfachausschusses speziell auch in der Frage der Reform der sozialen Sicherung der Frau. Der Ihnen vorliegende Antrag stellt eine wesentliche Konkretisierung unseres Berliner Programms dar und ist wegweisend für Aussagen zu den Problemen der Frau und der partnerschaftlichen Familie.

Dank gebührt aber vor allem unserem Bundesvorsitzenden Helmut Kohl, der diese Arbeit äußerst wohlwollend begleitet hat, so daß der Bundesvorstand Ihnen heute diesen Antrag zur Beschlußfassung vorlegen kann.

(Beifall)

Ich freue mich ganz besonders, daß der Bundesparteitag, der sich mit diesen Fragen konkret beschäftigt, in Mannheim stattfindet, weil gerade das Land Baden-Württemberg vor wenigen Wochen auf dem Landesparteitag ebenfalls ein Aktionsprogramm zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau in Beruf und Familie verabschiedet hat. In diesem Sinne wünsche ich dieser Beratung einen guten Erfolg. Ich bin sicher, daß sie auch unsere Partei ein gutes Stück in ihrer realitätsbezogenen und humanen politischen Aussagekraft weiterbringen wird. Ich darf nun Frau Dr. Wex bitten, den Antrag zu begründen.

Frau Dr. Helga Wex (mit Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ihnen liegt heute ein Antrag des Bundesvorstandes "Frau und Gesellschaft" vor. Als erstes ist dazu zu sagen, meine Freunde; es gibt keine isolierte Frauenpolitik, es gibt keine isolierte Männerpolitik,

(Beifall)

es gibt nur eine Politik für den Bürger unseres Landes. Aber - es gibt Nachholbedarf für Bürger unseres Landes: für die Frauen: immer noch. Die sogenannte Emanzipationsbewegung hat diesem Nachholbedarf in keiner Weise gedient. Sie hat nur die Menschen verschreckt, die gerade für die Verbesserung der Situation der Frau etwas tun wollen.

(Vereinzelter Beifall)

Das Schlimmste ist ja, daß die Frauen selber das Wort "Emanzipation" schon kaum noch hören mögen.

(Erneuter Beifall)

Diese sogenannte Emanzipationsbewegung, die vorgab, für die Frauen zu sprechen, hat in den letzten Jahren immer mehr an den wirklichen Problemen der Frau vorbeidiskutiert.

Utopische, klassenkämpferische Ideologien haben viele Menschen in unserem Lande verschreckt. Weder in der Frage der Leichtlohngruppen, noch hinsichtlich der Verbesserung der beruflichen Situation der Frau, noch in bezug auf das Problem der Mehrfachbelastung der Frau haben sie auch nur von Ferne realisierbare Ansatzpunkte geboten. Patentlösungen - z. B. die Frau muß sich von den Familienpflichten und von der Kleinkindererziehung emanzipieren, um sich außerhalb der Familie verwirklichen zu können - haben doch nur Verwirrung gestiftet.

(Beifall)

Wir, die CDU, gehen in unserer Politik von dem Alltag der Frau und nicht von Emanzipationsillusionen aus.

(Beifall)

Nach unserer Meinung zeigt sich eben die Selbstbestimmung der Frau nicht nur in der Wahl ihres eigenen Weges im Beruf, sondern - und das werden wir in diesem Programm hoffentlich mit der Zustimmung der ganzen Partei klarmachen - diese Selbstbestimmung der Frau zeigt sich auch in ihrer freiwilligen Bindung an die Familie.

(Beifall)

In einer so hektischen Zeit wie der unsrigen, in der zudem noch der finanzielle und ökonomische Spielraum immer geringer wird, ist die Gefahr groß - und das wollen wir zugeben -, daß man den Blick von längerfristigen Entwicklungen abwendet. Aber wenn von der Regierung die Kassen leergemacht worden sind, können wir doch nicht aufhören, Politik zu machen. Der vorliegende Antrag "Frau und Gesellschaft" ist natürlich nur in dem Maße zu verwirklichen, wie es uns gelingt, die verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik wieder in Ordnung zu bringen. Aber angefaßt werden müssen diese langfristigen Fragen.

(Beifall)

Die Wahlen der vergangenen zwei Jahre haben gezeigt, daß die Frauen sich in ihrer Mehrzahl in der CDU gut vertreten sehen. Der Anstieg der Mitgliedszahlen von 63.000 auf über 100.000 in den letzten zwei Jahren ist ein deutliches Zeichen dieser Entwicklung. Die Frauen haben unter anderem angesichts der Erziehungs- und Eherechtsdiskussion aus Sorge um den Fortbestand einer freien Gesellschaft den Schritt in die CDU getan.

Die CDU braucht für den Bereich "Frauen und Familie" eine Plattform für die nächsten Jahre, von der aus sie mit ihrer Politik in die Lebensbereiche der Menschen hineinreicht.

(Beifall)

Die hilflose Reaktion der SPD-Frauen ist der beste Beweis dafür, wie sehr uns das schon gelungen ist, und es wird uns noch weiter gelingen.

Mit dem Antrag "Frau und Gesellschaft" setzt der Mannheimer Parteitag die Diskussion über wichtige gesellschaftspolitische

Fragen fort, die in Hamburg begonnen hat. Die Zeit ist gekommen, in der mit konkreten Angeboten zur neuen Partnerschaft die alten Ideologien des Klassenkampfes auch auf diesem Gebiet aus den Herzen und Köpfen verdrängt werden können.

Meine Damen und Herren, wir Frauen in der CDU sind so frei, für unsere Idee der Wahlfreiheit auf klassenkämpferische Parolen verzichten zu können.

(Beifall)

Wir sind kein "Grundwiderspruch unserer Gesellschaftsordnung", der auf dem Gegensatz von Emanzipation und Fremdbestimmung beruht; so hat im Mai dieses Jahres die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen die Situation der Frau analysiert. Wir sind Mitstreiter für eine freie Gesellschaft, in der die Stellung der Frau auf gleicher Verantwortung, gleichen Pflichten und gleichen Rechten beruht.

Mit diesem Antrag haben wir eine Offensive für die Frau formuliert. Es gibt, meine Freunde, keine andere Partei in der Bundesrepublik, die mit ihren Frauen zusammen ein solches Konzept vorzulegen überhaupt in der Lage wäre. Wir sind die einzige Partei, die sich bei der Diskussion um ein solches Programm nicht in alle möglichen Flügel auseinanderemanzipiert.

(Beifall)

Diesen Vorsprung gilt es hier und heute zu nutzen. Wir müssen den Mut haben, heute ja zu sagen zu Konzepten, auch dann, wenn sie erst in einem längeren Zeitraum verwirklicht werden können. Je früher wir solche Grundsatzentscheidungen treffen, desto freier sind wir zu abgestuftem, abgestimmtem Handeln.

In der aktuellen politischen Diskussion - z. B. über die Gefährdung der Erziehungskraft der Familie und über die Neuordnung des Eherechts - sind unsere Vorschläge eines Erziehungsgeldes und der Partnerrente konkrete Hoffnungspunkte für die Menschen, die nicht das Bestehende radikal verändern, sondern im Bewußtsein gewachsener Traditionen das Überholte und Falsche verbessern wollen.

(Beifall)

Nur so ist es möglich, falschen Entwicklungen, verblasene Ideologien und verkrampftem Emanzipationsgetöse einen konkreten Zuwachs an Gerechtigkeit für den einzelnen Menschen entgegenzustellen. Wenn wir wirkliche soziale Verbesserung im Sinne größerer Gerechtigkeit anstreben, müssen wir die privaten Initiativen unterstützen und dürfen nicht auf den Staat warten. Wir müssen den Menschen wieder Mut machen, das miteinander und füreinander zu tun, was sie selber tun können.

(Beifall)

Gleichzeitig müssen wir Maßnahmen ergreifen, die den Strom der Entwicklung in die richtige Richtung lenken. Unser Erziehungsgeld ist ein Beispiel dafür. Heute kostet ein Heimplatz für Kinder zwischen 80 und 100 DM täglich. Darum sollten wir doch bereit sein, dieses Geld zuerst den leiblichen Müttern anzubieten und damit Vorsorge zu treffen, daß die erschreckend hohe Zahl verhaltensgestörter Kinder nicht noch weiter ansteigt.

(Beifall)

Sie bedeuten eben nur eine Mängelverlagerung statt einer Mängelbeseitigung. Unser Erziehungsgeld - und das gehört in das Gesamt-

konzept unseres Parteitages - spart, wie wir überzeugt sind, langfristig mehr, als es kostet.

(Beifall)

In den letzten Jahren waren wir Zeugen einer Politik, in der das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit in ein Recht des Stärkeren über den Schwächeren verwandelt werden sollte - wie in der Fristenlösung zum § 218 geschehen-, in der die Gleichberechtigung von Mann und Frau als eine Übernahme männlicher Verhaltensweisen durch die Frau mißverstanden wurde, z. B. in der einseitigen Betonung vom Leitbild der außerhalb der Familie berufstätigen Frau.

Nichts, meine Freunde, hat nach unserer Meinung der Gleichberechtigung mehr geschadet als die Tatsache, daß die Frauen - freiwillig oder unfreiwillig - männliche Verhaltensweisen zu imitieren versuchten.

(Beifall)

Der besondere Schutz der Mutter hat sich als Wortgeklingel erwiesen, weil keine Bereitschaft bestand, die Mutter in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben zu erfüllen und vor der Abwertung als "Nur-Hausfrau" in der Öffentlichkeit zu schützen. Wir waren ferner Zeugen einer Politik, in der ein besonderer Schutz von Ehe und Familie immer fragwürdiger wurde, wie an den Vorlagen zum Eherecht und zum Recht der elterlichen Sorge nachzuweisen ist. Im Gegensatz zur SPD sind wir der Meinung: Die Familie ist nicht ein Relikt der Vergangenheit, das überwunden werden muß, sondern die Familie ist für uns trotz ihrer Veränderung der wichtigste Ort zur personalen Entfaltung und ist durch keine andere Institution zu ersetzen.

(Beifall)

Diese Probleme spielen eine fundamentale Rolle in der Diskussion um die Frage, wie diese Gesellschaft weiterentwickelt werden soll: hin zu einer sozialistischen Gesellschaft oder in eine der Freiheit verpflichtete Gemeinschaft? Das, meine Freunde, wird unter anderem dort entschieden, wo es um die Verantwortung für die Familie und die Rolle von Mann und Frau in unserer Gesellschaft geht. Der Freiraum, der in der Familie geschaffen oder erhalten wird, entscheidet über die Freiheit in der Gesellschaft überhaupt.

(Beifall)

So wird heute nicht über ein "Frauenprogramm" entschieden, sondern über ein wichtiges Gebiet unserer Gesellschaftspolitik überhaupt.

Im Berliner Programm wurde formuliert: "Leitbild unserer Familienpolitik ist die partnerschaftliche Familie". Das Prinzip der Partnerschaft ist auch der Grundtenor des vorliegenden Antrags. Meine Damen und Herren, wir wollen uns hier gar nichts vormachen. Auch in unserer Partei ist diese Aussage noch nicht überall mit sympathischer Zustimmung erfüllt. Aber wir haben für unsere Gesamtpolitik gesagt, wir sind die Alternative für 1976, wir wollen die Zukunft für unser Land bestimmen. Dann müssen wir auch entschieden und bereit sein, zukunfts-gestaltende Aussagen und Angebote auch auf diesem Gebiet zu machen, das besonders empfindlich für alle Unsicherheiten und Gefährdungen ist. Von einer funktionierenden Partnerschaft im Verhältnis der Geschlechter zueinander kann noch nicht die Rede sein. Eine Frau, die sich als berufstätige Frau einer Mehrfachbelastung gegen-















Alternative '76
CDU



e '76



übersieht, die im Beruf keine gleichmäßigen Aufstiegschancen hat, die zudem noch mit der Erziehung der Kinder alleingelassen wird, wird sich schwerlich als gleichberechtigter Partner in unserer Gesellschaft empfinden. Aber auch eine Frau, die sich der Arbeit in der Familie widmet, fühlt sich nicht unbedingt als Partner, wenn sie sieht, daß ihre Funktion als "Nur-Hausfrau" an der Börse des Prestiges gar nicht gehandelt wird,

(Beifall)

wenn sie sieht, daß ihre verantwortungsvolle Tätigkeit als Hausfrau und Mutter von der Gesellschaft bestenfalls mit Worten anerkannt wird, wenn sie sieht, daß ihre soziale Sicherung allein von der des Mannes abhängt, und wenn sie sieht, daß dieser Aufgabe und dieser Verantwortung keine Wertschätzung entspricht, die sie zur Erfüllung auch ihrer Aufgaben notwendig braucht.

Eine Politik, die die Bedingungen zur Partnerschaft schaffen will, muß zur Kenntnis nehmen, daß der Strukturwandel von Familie und Gesellschaft vor allem Rolle und Selbstverständnis der Frau getroffen hat, daß sich auch die verheiratete Frau nicht mehr völlig in der Familie unterordnen will.

Hier haben ganz entscheidende gesellschaftliche Veränderungen stattgefunden. Zu dem früher ausschließlich auf die Familie gerichteten Streben und Bemühen der Frau ist das Bedürfnis nach personaler Entfaltung und Selbstverwirklichung auch außerhalb der Familie getreten.

Meine Damen und Herren, wir messen der Wahlfreiheit der Frau eine besondere Bedeutung zu; aber eines ist doch festzustellen: Berufstätigkeit allein ist noch keine Gleichberechtigung, und Tätigkeit in Haus und Familie ist nicht etwa gleichbedeutend mit Rückständigkeit.

(Beifall)

Es ist an der Zeit, von überkommenden Rollenklischees Abschied zu nehmen. Im ersten Leitsatz zur Beschlußvorlage steht: "- Die Prinzipien der Partnerschaft: Mann und Frau sollen ihre Rolle in Ehe und Familie, im Beruf und öffentlichen Leben frei, also auch weitgehend unabhängig von materiellen Zwängen, gestalten können -. Die von Mann und Frau gemeinsam wahrgenommene Verantwortung für die Gestaltung von Ehe und Familie und damit auch für die Gesellschaft muß anerkannt werden. Die Erziehung der Kinder ist gemeinsame Aufgabe von Mann und Frau."

Ich komme zu den Schwerpunkten für eine am Prinzip der Partnerschaft orientierte Politik. Der erste Schwerpunkt betrifft die Abstimmung zwischen Familie und Arbeitswelt. Sie werden noch weitgehend als vollkommen getrennte Lebensbereiche begriffen. Diese scharfe Trennung fördert auch die Vorurteile gegenüber Frauen, die sich - neben ihrer Familie - für eine außerhäusliche Berufstätigkeit entschieden haben.

Es ist Aufgabe der Politik, Angebote zu machen, wie die hierdurch verursachte Mehrfachbelastung erträglich gemacht werden kann. Das gilt auch für die jetzige Situation, in der die Arbeitslosigkeit in doppeltem Sinne die Frauen trifft, weil nämlich Entlassungen vor allen Dingen diejenigen treffen, die an unqualifizierten Arbeitsplätzen beschäftigt sind, und weil sie psychischen Belastungen, die in vielen Familie durch Arbeitslosigkeit - besonders der Kinder - verstärkt werden, von ihnen wieder einmal ein besonderes Maß an Unsicherheit und Integrationsfähigkeit verlangen.

(Beifall)

In dieser wirtschaftlichen Situation muß trotzdem eines gelten: Der Weg der Gleichberechtigung im Berufsleben darf durch jetzt durchgeführte Entlassungen nicht verbaut werden. Ein Herunterspielen der Frauenarbeitslosigkeit in diesem Sinne würde jahrzehntelange Bemühungen um die Gleichberechtigung zerstören.

(Beifall)

Dabei darf nicht übersehen werden, daß viele Frauen, die in den letzten Jahren berufstätig geworden sind, manche Enttäuschung erleben. Auch die Frage der Ausgestaltung des Arbeitsplatzes spielt hier eine wichtige Rolle, und die Forderung nach einer humaneren Arbeitswelt hat hier einen ganz berechtigten Ansatzpunkt.

Wir treten deshalb in unserem Antrag dafür ein, daß durch neue Konzeptionen in der Arbeitswelt die Anforderungen an Mann und Frau in Beruf und in der Familie besser aufeinander abgestimmt werden. Daher beziehen sich unsere Vorschläge nicht nur auf Maßnahmen, die eine bessere schulische und berufliche Ausbildung zum Ziel haben, eine vereinfachte Wiedereingliederung in den Beruf ermöglichen oder die Aufstiegsmöglichkeiten von Frauen verbessern sollen, sondern sie beinhalten ebenso Vorschläge, durch die die Aufgaben innerhalb der Familie erleichtert werden können.

Im komme zu dem zweiten Bereich, dem sich eine am Prinzip der Partnerschaft orientierte Politik zuwenden muß: Aufgaben in der Familie stellen an Mann und Frau neue Anforderungen. Die Tätigkeit in und für die Familie war bisher in der Gefahr, als "Freizeitbeschäftigung ohne gesellschaftlichen Wert" angesehen zu werden. Will man hier etwas ändern, so genügt es sicherlich nicht, auf die gewachsenen Aufgaben - vor allem in der Kindererziehung - hinzuweisen, an das Verantwortungsgefühl zu appellieren und dann die Frau mit ihrer Verantwortung dafür alleinlassen.

Darum findet sich in dem vorliegenden Antrag auch die Forderung nach einem Erziehungsgeld für Kinder bis zu drei Jahren, das in Stufen eingeführt werden soll. Dieses Erziehungsgeld, das demjenigen Elternteil gezahlt werden soll, der sich vornehmlich der Erziehung des Kindes widmet, ist unsere Antwort auf viele Fragen der Zeit: Wie sollen Familien, insbesondere die wirtschaftlich schwächeren, die Aufgabe der frühkindlichen Erziehung ohne unzumutbare materielle Einbußen erfüllen? Wie kann die junge Mutter vom materiellen Zwang zur außerhäuslichen Berufstätigkeit befreit werden? Wie helfen wir jungen ledigen Müttern? Wie erkennen wir die erzieherische Leistung der Familie an?

Der Vorschlag des Erziehungsgeldes bewertet die Aufgaben in der Familie zeitgemäß. Das Erziehungsgeld ist keine "Zuhausebleibprämie", sondern beinhaltet gleichzeitig eine zusätzliche Übernahme von Verantwortung. Innerhalb von nur acht Jahren hat sich die jährliche Geburtenrate von 1 Million auf 500 000 halbiert, und damit hat die Bundesrepublik die niedrigste Geburtenrate aller Staaten dieser Welt. Das gibt dem Erziehungsgeld noch eine zusätzliche Bedeutung.

(Beifall)

Der Vorschlag des Erziehungsgeldes macht in doppelter Hinsicht einen neuen Ansatz in unserer Politik für die Frau klar. Zum einen

gibt das Erziehungsgeld eine Antwort auf die Frage, wie die Familie ihre Erziehungsfunktion erfüllen kann; zum anderen stellt es eine wichtige Klammer zwischen Familienpolitik und Bildungspolitik dar. Meine Damen und Herren, Erziehungs- und Bildungspolitik beginnt eben nicht erst mit der Schulpolitik, sondern ganz entschieden mit der Familienpolitik selber.

(Beifall)

Zum Ausbau des Bildungswesens: Heute wissen wir, daß Chancengerechtigkeit nicht erst in den staatlichen Einrichtungen der Bildung hergestellt, sondern daß sie während der frühkindlichen Erziehungsphase in der Familie gewonnen oder verspielt wird. 65 von 1000 Kindern im Einschulungsalter müssen jedes Jahr zurückgestellt werden. Das ist ein untrügliches Zeichen dafür, daß Chancengerechtigkeit im Vorfeld der Schule geschaffen werden muß, vor allen Dingen in den Familien.

(Beifall)

Wir wollen, daß ein Gegengewicht existiert gegen alle Versuche, schon die Vorschulerziehung mit verstandesmäßigen Angeboten zu überlasten. Unsere Kinder brauchen unbedingt einen Spiel-Raum - im wahrsten Sinne des Wortes - vor der Schule,

(Beifall)

und wir müssen ihnen diesen Raum im Sinne der Menschenwürde gegen alle undurchdachten Reformversuche erhalten. Die Erziehungskraft in der Familie muß gestärkt werden. Nur, was macht denn die Erziehung heute in den Familien zu einer so schwierigen Aufgabe? Und nach Lage der Dinge ist es ja hauptsächlich noch immer die Frau, die diese Aufgabe zu erfüllen hat. Wir stehen vor der Tatsache, daß eine Übereinstimmung der Erziehungsziele zwischen Schule und Elternhaus weitgehend nicht mehr vorhanden ist. Wieviel Kraft muß in vielen Familien darauf verwandt werden, das in der Schule aufgestaute Konfliktbewußtsein wieder abzubauen!

(Beifall)

Aber die Rahmenrichtlinien sind ja gerade auf diese Konfliktbeschaffung angelegt, sie sind ja, meine Damen und Herren, nicht deswegen marxistisch, weil etwas von Marx darinsteht, sondern deshalb, weil sie auch die Erziehung auf Konflikte hin orientieren.

(Beifall)

Wohl muß der junge Mensch zur Kritikfähigkeit erzogen werden, aber das Ziel der Erziehung kann nach unserer Meinung nicht das Einüben von Konflikten sein, sondern allein und immer wieder das Einüben von Toleranz.

(Beifall)

Toleranz ist nicht Schwäche, sondern Stärke, und das sollten wir auch in diesem Zusammenhang sagen, weil wir damit Menschen davor bewahren können, zwischen Ideologien zerrissen zu werden. Gerade unsere jüngste Geschichte sollte uns das lehren. Es ist das schlimmste Vergehen linker Bildungsideologen, die Jugend um ihre Geschichte zu betrügen. Es gehört zur Würde eines

Menschen und eines Volkes, sowohl an der Geschichte zu leiden als auch auf sie stolz zu sein.

(Beifall)

Aber wenn man junge Menschen um diese Geschichte betrügt und wenn man ihnen überall, wo sie hinfassen, nur Kritik anbietet, dann betrügt man sie um das Wichtigste ihres jungen Lebens, um den Idealismus, sich einmal einer Sache ganz hingeben zu können.

(Beifall)

Junge Menschen zu früh zum Urteil zu verurteilen, ohne ihnen Wertmaßstäbe an die Hand zu geben, das bedeutet, daß man sie systematisch der Unsicherheit ausliefert und sie damit für totalitäre Ideologien manipulierbar macht.

(Beifall)

Wenn wir in der Erziehung einen umfassenden, übergreifenden Aspekt der Tätigkeit der Frau in der Familie sehen, dann ist es notwendig, der Frau die Beziehung zur Außenwelt zu erhalten. Dazu dienen unsere Vorschläge einer Bildungszeit für die Hausfrau und die Vorschläge von Berufsbildern, die auf der Tätigkeit in der Familie aufbauen. Meine Damen und Herren, wir sehen eben - darin auch gestützt auf die neuesten Ergebnisse - keinen Wertunterschied zwischen der Tätigkeit innerhalb der Familie und der außerhalb der Familie. Für uns ist die Tätigkeit als Hausfrau gleichwertige Berufstätigkeit.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, haben wir doch den Mut, zu sagen: Wer angesichts so vieler Schwierigkeiten, die von innen und von außen auf die Familie einstürmen, in der Zeit der Kleinkindererziehung auf eine außerhäusliche Berufstätigkeit verzichtet, hat nach unserer Meinung oft mehr an innerer Freiheit bewiesen als die Verfechter einer falsch verstandenen Emanzipation, die Selbstverwirklichung mit Egoismus verwechselt.

(Beifall)

Der dritte und letzte Schwerpunkt beinhaltet die eigenständige soziale Sicherung der Frau.

"Langfristig soll für alle Frauen ein eigenständiger Anspruch auf eine ausreichende Sicherung im Alter und bei Invalidität angestrebt werden".

So das Berliner Programm. Der Antrag des Bundesvorstandes konkretisiert diese Äußerung und schlägt Ihnen das Modell der "Partnerrente" vor.

Bei der Diskussion um die Partnerrente müssen, meine Freunde, drei Feststellungen vorab getroffen werden. Erstens. An den bestehenden Verpflichtungen der Rentenversicherung ändert sich nichts. Zweitens. In laufende, sich gegenwärtig entwickelnde Ansprüche wird nicht eingegriffen. Drittens. Die Beschlüsse, die gefaßt werden, gelten für zukünftige Ehen, die nach einer gesetzlichen Regelung dieses Modells geschlossen werden.

Die Prinzipien des zu beschließenden Programms sind:

- Aufteilung der während der Ehe erworbenen Rentenansparungen,
- Ablösung der unbedingten Witwenrente durch den bedingten Ehegattenzuschlag gleichermaßen für Mann und Frau.

Eine solche Reform der sozialen Sicherung der Frau erscheint notwendig, weil das heutige Rentenrecht ausschließlich an der Erwerbstätigkeit anknüpft, die Tätigkeit der Hausfrau und Mutter jedoch vollständig unberücksichtigt läßt. Damit wird das heutige Rentenrecht der veränderten Stellung der Frau in unserer Gesellschaft nicht mehr gerecht. Auf diesen Umstand hat ja auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 12. März 1975 hingewiesen; es hat darüber hinaus den Gesetzgeber aufgefordert, bis spätestens 1984 eine umfassende Neuregelung der sozialen Alterssicherung in Kraft zu setzen, die eine Gleichberechtigung von Mann und Frau im Rentenrecht sicherstellt.

Wer aber die eigenständige soziale Sicherung will, muß zu einer Reform bereit sein, die der im Hause berufstätigen Frau neue Rechte bei der sozialen Sicherung einräumt. Das Modell der Partnerrente stellt eine gedankliche Neuorientierung gegenüber den bisherigen Vorstellungen im bisherigen Rentenrecht dar. Es kann aber - und das ist doch der Ansatzpunkt für die Partnerrente, auch wenn sie in unseren Reihen Kritik gefunden hat - doch nicht - da müssen wir uns doch einig sein - unser Ziel sein, daß ausschließlich die berufstätigen und die geschiedenen Frauen eine eigenständige soziale Sicherung erwerben oder daß sich Frauen etwa eine eigenständige Sicherung durch mehrere Scheidungen "erscheiden" können.

Wir wollen auch etwas für die Partner tun, die in einer Ehe auf Lebenszeit ihre Erfüllung finden konnten.

(Beifall)

Damit hat die Partnerrente einen familien- und ehebejahenden Charakter, der unserer grundsätzlichen Einstellung, daß eine Ehe auf Lebenszeit angelegt ist, entspricht. Gleichzeitig erkennen wir damit die freie Entscheidungsmöglichkeit an, sich für die Familie oder den Beruf zu entscheiden oder beides in freier Wahl miteinander zu verbinden.

Die enge Verflechtung der Partnerrente mit dem Erziehungsgeld durch die neu einzuführenden Erziehungsjahre sowie die Ausfallzeiten bei Schwangerschaft und Krankheit machen den neuen konzeptionellen Ansatz unserer Politik für die Frau und die Familie deutlich. Wir, die wir diesen Antrag gestellt haben, sind uns natürlich auch darüber im klaren, daß es noch einer Menge Arbeit bedarf, um die heute zu diskutierenden Prinzipien in einen Gesetzentwurf einzuarbeiten, über den die eigenständige soziale Sicherung der Frau verwirklicht werden soll. Wenn es den Witwen, die mit den 60 % der Witwenrente in den meisten Fällen unter der von der Sozialhilfe vorgezeichneten Armutsgrenze leben müssen, in Zukunft besser gehen soll, müssen eben manche Männer zugunsten einer besseren Versorgung ihrer Lebensgefährtin, die ihnen den Berufsweg mit ermöglicht hat, dieser einen entsprechenden Anteil zugestehen.

(Beifall)

Wir haben heute die Chance, eine Grundlage für eine Partnerschaft zu legen, in der unsere Kinder leben können.

Der Parteitag hat sich gestern bei der Diskussion über die "Mannheimer Erklärung" ausführlich mit der Neuen Sozialen Frage beschäftigt. Diese Charakterisierung trifft ganz besonders auf die Situation der Frauen und der Familien in unserem Lande zu. Die Vorlage bedeutet für die CDU einen wichtigen Schritt zur Über-

windung einer speziellen Politik für die Frau hin zu einer Gesellschaftspolitik, in deren Rahmen Probleme der Frau und der Familie wichtig sind.

Dieser Antrag formuliert die Offensive der CDU für die Frau, die wir mit dem familienpolitischen Kongreß 1974 begonnen und mit dem Delegiertentag der Frauenvereinigung 1975 fortgesetzt haben. Dieser Parteitag hat die Chance, ein Gesamtkonzept für die Familien und für die Frauen zu beschließen, das der gesellschaftspolitischen Situation in der Bundesrepublik neue Dimensionen verleiht.

Wir sagen, wie wir die Familie stärken wollen, während die Bundesregierung sie durch familienfremde Maßnahmen schwächt. Wir sagen, wie wir den Frauen konkret helfen wollen, während sich die Bundesregierung in Appellen erschöpft. Wir sagen, das Kind hat ein Recht auf seine Familie, während die Bundesregierung ihm lediglich eine Familie zugestehen will.

(Beifall)

Wir sagen, mehr Freiheit in einer partnerschaftlichen Ehe bedeutet zugleich mehr Verantwortung füreinander, die Bundesregierung will dagegen eine Ehe auf Zeit zulassen.

Unsere Politik für die Frau dient dem politischen Ziel, an dem die CDU ihre gesamte Politik ausrichtet. Wir wollen die Freiheit dieses Staates für unsere Kinder erhalten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bin fest davon überzeugt, eine Offensive für die Frau ist eine der wichtigsten Grundlagen für den Wahlsieg der Union im Jahre '76.

(Beifall)

Hier handelt es sich um eine solche Offensive. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, aus diesen und vielen inhaltlichen Gründen, dem Antrag des Bundesvorstandes der CDU zuzustimmen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Frau Annemarie Griesinger, Tagungspräsidium: Der Beifall zeigt Ihnen, liebe Frau Wex, daß die lange sorgfältige gemeinsame Vorbereitung dieses Antrages zum Erfolg führen wird, den unsere Konzeption in der Tat auch verdient. Die Christlich Demokratische Union beweist dadurch als erste Partei in unserem Lande, daß sie nicht nur über die Probleme spricht, sondern konkrete Vorstellungen entwickelt hat, wie die Fragen, die sich heute in besonderer Weise an die Frauen in unserer Gesellschaft stellen, in unserer freiheitlichen Gesellschaft mit den Frauen und mit den Männern positiv gelöst werden können. Damit wird ein konstruktiver Beitrag auch im Blick auf zukünftige Wahlentscheidungen geleistet.

Ich rufe nun die Präambel auf. Dazu gehören die Anträge A 1 und A 2. Sprecher der Antragskommission ist Frau Dr. Renate Hellwig. Ich darf bitten, daß Frau Hellwig hierzu kurz etwas sagt.

Frau Dr. Renate Hellwig: Meine Damen und Herren, die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags A 1 und Ablehnung des Antrags A 2. Es handelt sich hier um ein Zitat aus dem Berliner Programm. Insofern ist es unmöglich, die vorgesehene Änderung im Antrag A 2 vorzunehmen. Zitate würden sonst unglaubwürdig werden.

Frau Annemarie Griesinger, Tagungspräsidium: Ich rufe den Antrag A 1 auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer für die Annahme des Antrags A 1 ist, hebe bitte die Stimmkarte. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.

(Beifall)

Es wird über den Antrag A 2 abgestimmt. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wer bereit ist, der Antragskommission zu folgen, hebe bitte die Stimmkarte. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Empfehlung der Antragskommission entsprochen.

Ich rufe nun die Leitsätze auf. Hierzu gehören die Anträge A 3 bis A 6. Sprecher der Antragskommission hierzu ist Herr Wolfgang Vogt.

Wolfgang Vogt: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, aus Antrag A 3 zu Ziff. 1 Abs. 1 den Verweis auf das Grundgesetz zu übernehmen, denn die Vorstandsvorlage hatte hier einen Druckfehler, sowie aus Antrag A 6 das Petikum zu Ziff. 1. Entsprechend finden Sie auf der rechten Seite die Fassung des Antrags A 3 nach dem Vorschlag der Antragskommission ausgedrückt.

Zur Ablehnung werden die Anträge A 4, A 5 und A 6 empfohlen. Antrag 4 zu Ziff. 1 Abs. 2: Hier scheint uns die Vorstandsvorlage sprachlich exakter zu sein.

Würde Antrag A 4 zu Ziff. 1 Abs. 3 gefolgt, wäre das eine unbegründete Einengung der Aussage, daß die Aufgaben in Ehe und Familie für die Gesellschaft von Bedeutung sind und daher von der Gesellschaft anerkannt werden müssen.

Was den Antrag A 4 zu Ziff. 1 Abs. 4 betrifft, so kann der Parteitag unseres Erachtens nicht über den Text des Grundgesetzes abstimmen.

Antrag A 4 zu Ziff. 2 Abs. 1 erscheint uns sprachlich zu ungenau.

Zu Antrag A 4 Ziff. 2 Abs. 2: Die Aussage bliebe unverbindlich, wenn der Relativsatz entfielen. Er muß deshalb beibehalten werden, um die Aussage des Hauptsatzes zu präzisieren.

Zu Antrag A 4 Ziff. 3 Abs. 1: Die Aussage des Vorstandsantrags ist wesentlich und kann nach unserer Auffassung nicht entfallen.

Zu Antrag A 4 Ziff. 3 Abs. 2: Die Überschrift lautet: "Leitsätze". Deshalb muß es auch im Text "Leitsätze" und nicht Grundsätze heißen.

Zu Antrag A 5 zu Ziff. 1: Die Vorstandsvorlage formuliert nach unserer Auffassung so umfassend, daß die Verantwortung für das ungeborene Leben inbegriffen ist.

Zu Antrag A 6 zu Ziff. 3: Wir meinen, daß dieser Antrag nicht angenommen werden kann, da zu den Bereichen Politik, Freizeit, Sport konkrete Forderungen im vorliegenden Papier fehlen.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen deshalb, den Text des Antrags A 3, so wie er rechts in Ihrer Vorlage ausgewiesen ist, anzunehmen und damit gleichzeitig die übrigen Anträge negativ zu bescheiden.

Frau Minister Annemarie Griesinger, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Vogt.

Das Wort hat Frau Hellwig.

Frau Dr. Renate Hellwig: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich noch einmal mit Nachdruck für diese nunmehr sehr gemäßigte Fassung der Antragskommission aussprechen: "Das Einkommen eines oder beider Ehepartner ist unabhängig von der Aufgabenverteilung in der Familie als gemeinsames Familieneinkommen anzusehen. Über seine Verwendung wird einvernehmlich entschieden. Jedem der beiden Ehegatten steht ein angemessener Betrag für eigene Bedürfnisse zur Verfügung."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich mache überhaupt keinen Hehl daraus, daß ich das für ein gerade noch vertretbares Minimum an Gemeinsamkeit ansehe. Meines Erachtens hätte es heißen müssen: Jedem der beiden Ehegatten steht ein gleicher Betrag für eigene Bedürfnisse zur Verfügung; wenn wir tatsächlich schon von Gleichberechtigung sprechen.

Ich möchte das auch noch einmal aus folgendem Grunde nachdrücklich betonen. Stellen Sie sich vor, im Gesetz zur Partnerrente stünde: Jedem der beiden Ehepartner steht ein angemessener Teil der gemeinsamen Partnerrente zur Verfügung. Das wäre im Grunde der Tod der Partnerrente. Insofern wäre die vernünftige Einkommenshälftelung meines Erachtens die einzige konsequente Fortführung des Gedankens der Partnerrente und auch des Gedankens der Zugewinngemeinschaft, den wir heute schon gesetzlich verankert haben.

Nachdem aber selbst innerhalb der Frauenvereinigung die Meinungen dazu sehr weit auseinandergegangen sind, habe ich darauf verzichtet, das als eigenen Antrag einzubringen. Ich möchte das lediglich als Erinnerungsposten für die nächsten zehn Jahre anmelden.

(Beifall)

Frau Minister Annemarie Griesinger, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank.

Zu Antrag A 5 hat sich Frau Dr. Obermüller-Kochs zu Wort gemeldet.

Frau Dr. Ingrid Obermüller-Kochs: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, dem Vorschlag der Antragskommission nicht zu folgen, und zwar aus folgendem Grunde. Es ist nicht so, daß die Aussage, daß Mann und Frau die Verantwortung in Ehe und Familie partnerschaftlich tragen, auch schon eine Aussage zum ungeborenen Leben enthält. Es gibt eben leider Kinder, die nicht in die Ehe und nicht in eine geschlossene Familie hineingeboren werden. Auch vor diese Kinder haben wir uns schützend zu stellen.

Meine Damen und Herren, diese Partei, die CDU, hat sich mit einer erfreulichen Einheitlichkeit und Geschlossenheit zum ungeborenen Leben bekannt, wie keine andere Partei in der Bundesrepublik.

(Beifall)

Ich hielte es für ein schwerwiegendes Verfehlen, wenn in einem Papier, das grundsätzliche Aussagen zur Frau und ihrem Verhältnis zur Gesellschaft macht, jene ganz wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe der Frau verschwiegen wird. Wir haben keinen

Grund, sie zu verschweigen: sich schützend vor das ungeborene Leben zu stellen.

Darum, meine Damen und Herren, bitte ich Sie dringend, nicht nur aus politischen Gründen, sondern auch aus Gründen des Bekenntnisses unserer Überzeugung als einer Partei, die sich an sittliche Normen streng gebunden fühlt, ein Bekenntnis auch zum ungeborenen Leben abzulegen. Ich bitte Sie darum um Zustimmung zum Antrag A 5.

(Beifall)

Frau Minister Annemarie Griesinger, Tagungspräsidium: Zu den Leitsätzen hat sich jetzt noch unser Bundesvorsitzender, Herr Dr. Kohl, zu Wort gemeldet.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Bevor ich zum Konkreten der Leitsätze und zu einem weiteren Thema, das, wie ich finde, angesprochen werden muß, einige Bemerkungen machen darf, erlauben Sie mir noch einen Hinweis - auch im Nachgang zu dem, was Frau Wex dargelegt hat.

Die Partei, die jetzt mitten im Vorfeld der Kandidatenaufstellung für die Bundestagswahl 1976 steht, die Kandidatenaufstellungen zu den Landtagen hinter sich oder noch vor sich hat, wird natürlich auch daran gemessen, inwieweit sie fähig ist, nicht nur auf Parteitagen über Probleme der Frauen in der Gesellschaft zu diskutieren, sondern inwieweit sie auch bereit ist, dort, wo es darum geht, Frauen Mandate zu übertragen, das Notwendige zu tun, damit diese Mandate erbracht werden.

(Beifall)

Das gilt für alle Bereiche der Partei. Das gilt beispielsweise für die Nomination und die Delegation von Damen hierher auf den Bundesparteitag.

(Beifall)

Wir können noch so gescheite Papiere machen - ich bin dafür, daß wir das alles sehr sorgfältig und mit Akribie diskutieren und niederlegen -: Die Glaubwürdigkeit unserer Aussage wird draußen entscheidend daran gemessen, ob es uns gelingt, nicht nur in der Sachdarstellung, sondern auch in der personalen Darstellung unserer Politik deutlich zu machen, was wir wollen.

(Beifall)

Es läßt sich nicht leugnen, daß auch wir in unserer Partei noch ein Stück paschahafter Vorstellungen bei der Vergabe von Ämtern und Mandaten haben.

(Beifall)

Wenn ich das so sage, bedeutet das überhaupt nicht, daß wir aus der Frühzeit unserer Satzungsdiskussion ein Relikt hochleben lassen sollten, das heißt:

Wenn so und so viele Delegierte werden, muß darunter auch eine Frau sein. Genau das wollen wir nicht!

(Beifall)

Was wir wollen, ist nicht die Nomination von Frauen, sondern von Persönlichkeiten, die Frauen sind und in ihrer Qualifikation geeignet sind, unsere Positionen zu vertreten. Das muß unser Ziel sein.

(Beifall)

Eine Partei, die von Chancengerechtigkeit spricht, darf dann bei weiblichen Kandidaten aber nicht Maßstäbe anlegen, die - salopp ausgedrückt - so aussehen, daß Frauen doppelt so gut sein müssen, um gleiche Chancen wie ihre männlichen Kollegen zu haben.

(Beifall)

Dazu gehört ein Zweites: Wir können mit dem exemplarischen Beispielen nicht warten, bis wir die Bundesregierung übernehmen. Wir sind in einer großen Zahl von Bundesländern und in einer großen Zahl von Gemeindevertretungen unmittelbar gefordert, etwa in unserer Personalpolitik in jenen Bundesländern und in jenen Gemeinden, in denen wir die Verantwortung tragen, deutlich zu machen, daß für uns der Verfassungsgrundsatz der Chancengleichheit nicht nur auf dem Papier steht, sondern, daß wir selbstverständlich jene wirklich zutiefst veralteten Tabus abbauen und echte Chancengerechtigkeit für weibliche Bewerber in wichtigen Funktionen anstreben.

(Beifall)

Bitte verstehen Sie dieses mein Votum nicht als eine Pflichtübung vor einer Bundestagswahl, und glauben Sie auch nicht, daß ich das nur deshalb sage, weil es sich so gehört, daß der Parteivorsitzende das feststellt, nachdem das ein Thema dieser Debatte ist; sondern verstehen Sie es so, daß die CDU Deutschlands die wirklich vernünftige Weiterentwicklung von Staat und Gesellschaft in der Bundesrepublik langfristig nur schaffen kann, wenn sie aus der Überzeugung auch von Frauen gewählt werden wird, daß sie für Frauen die beste Partei ist.

(Beifall)

Wir haben in diesen Tagen mehrmals zu Recht gesagt, daß die zentrale Herausforderung unserer Zeit die Sicherung der Freiheit und der Würde des Menschen ist. Eine politische Partei wie wir, meine Freunde, hat die konkrete Aufgabe, auf die Herausforderung zu antworten, die in der Situation einer technisierten, manipulierten und verwalteten Welt gegeben ist.

Das ist ja einer der Ausgangspunkte und eine der Schwierigkeiten in der Diskussion um die Reform des § 218, der Frage des Schutzes des menschlichen Lebens. Meine Damen und Herren, wir stehen selbstverständlich in der religiösen Glaubensheimat unserer kirchlichen Gemeinschaften.

(Beifall)

Wir sagen das nicht aus politischem Kalkül heraus, sondern, weil es ein Bestandteil unserer Existenz ist. Aber wenn wir hinsichtlich des § 218 so entschieden für den Schutz des menschlichen Lebens eintreten, so betrifft das nicht nur unser persönliches religiöses Bekenntnis, sondern auch das Grundverständnis unserer freiheitlichen Ordnung. Das hat gar nichts mit dem Eintreten etwa für konfessionelle Bastionen zu tun.

(Beifall)

Wir wollen verhindern, daß die schwächste Form des menschlichen Lebens, die am meisten ungeschützte Form des menschlichen Lebens, das ungeborene Leben, willkürlich zur Disposition gestellt werden kann.

(Beifall)

Was hier angesprochen ist, ist ein fundamentales Menschenrecht und ist ein Kompaß, den wir brauchen. Denn, meine Damen und Herren, nach Abschluß der Debatte zu § 218 - ich verbinde diese Probleme nicht, sondern zeige nur die Linie auf, die sich hier in den nächsten Jahren entwickeln wird - kommen wir unweigerlich in die

nächste Runde, in eine andere Diskussion, wo ähnliche Argumente auftauchen werden, nämlich im Zusammenhang mit der Frage der Euthanasie in irgendeiner Form. Wenn wir hier nicht eine klare, grundsätzliche Position beibehalten und entschieden verteidigen, geraten wir bei einem der zentralen Grundprinzipien menschlicher Freiheit völlig und rettungslos in ein verschwommenes System des nicht mehr Überschaubaren.

(Beifall)

Deswegen wollen wir gemeinsam einen Weg gehen und eine grundsätzliche Position beziehen. Der flüchtige Zeitgeist ist in jeder Diskussion über Prinzipien kein guter Ratgeber, denn er kommt und geht, wie immer er will.

(Beifall)

In einem anderen Bereich der öffentlichen Diskussion sind wir heute, 1975, in einer glücklicheren Lage, weil es jetzt ja wieder "in" ist, für die Familie einzutreten. Wir gehen bei unserem Bild der Familie und bei der Frage des Schutzes von Ehe und Familie von dem Leitbild einer partnerschaftlichen Ehe aus. Dies ist ein tragender Bestandteil unserer Partei. In einer solchen Ehe tragen Mann und Frau in gleichem Maße die Verantwortung für die Kinder, deren Zahl und Erziehung. Aber wir werden verhindern, daß der Wille zum Kind sozial bestraft wird, und wir werden alle Maßnahmen fördern, die Ehepartnern die Verwirklichung ihrer Lebensgemeinschaft erleichtert

(Beifall)

und die ihnen die Entscheidung für eine verantwortete Elternschaft ermöglicht.

Hier ist nun ein sehr wichtiger Punkt, über den wir reden müssen. Es ist kein Punkt für Parteitagsbeschlüsse. Aber die deutsche Öffentlichkeit, unsere Mitbürger, müssen unsere Meinung hierzu kennen. Die Entscheidung für eine verantwortete Elternschaft ist eine persönliche Entscheidung. Sie geht den Staat nichts an. Sie muß Sache der Gewissensentscheidung des einzelnen bleiben.

(Beifall)

In diesen Tagen sprechen wir immer wieder von einem starken Staat, von der Notwendigkeit des starken Staats mit Autorität. Wenn wir, meine Freunde, davon sprechen, daß dieser Staat kein Obrigkeitsstaat und kein Staat von gestern ist, so will ich gleich hinzufügen, wie wir das sehen: Es muß ein starker Staat sein, der auch weiß, daß die wichtigsten Entscheidungen der menschlichen Existenz in den privaten, persönlichen Bereich fallen, - und da hat der Staat nichts verloren!

(Beifall)

Politik soll nach unserem Willen nicht in private Räume oder gar ins Schlafzimmer eindringen. Das Recht, im persönlichen, privaten Bereich ohne staatliche Vormundschaft zu leben, gehört für uns zu den elementarsten Rechten unserer freiheitlichen Demokratie.

(Beifall)

Das heißt im Klartext, meine Freunde: Die Politik, die Parteien - das gilt auch für uns - haben keine politische oder moralische Zuständigkeit, dem einzelnen die Entscheidung etwa über die Empfängnisverhütung abzunehmen. Wir sind weder eine Pro-Pille- noch ein Anti-Pille-Partei; das muß klar und deutlich gesagt werden.

(Beifall)

Wir respektieren die Entscheidung, die einzelne Menschen für sich ganz persönlich nach sorgfältiger Erwägung zu treffen haben. Wir sollten uns aber auch energisch dagegen wehren, wegen dieser zutiefst menschlichen und liberalen Haltung dahingehend denunziert zu werden, wir drängten uns zu geistiger Bevormundung. Davon kann gar keine Rede sein. Das bleibt die private, die persönliche Entscheidung. Denn wir wollen den persönlichen Raum sichern, in dem verantwortete Entscheidungen möglich sind. Es darf nicht sein, meine Freunde, daß freie Entscheidung nur dem möglich ist, der sie bezahlen kann. Auch darüber haben wir nachzudenken.

(Beifall)

Meine Bitte an Sie alle ist, daß wir dieses Thema nicht nur hier auf unserem Parteitag - weil das Thema Familie und Frau insgesamt gerade - diskutieren, sondern daß auch draußen in den Kreisparteien in der gleichen Offenheit über diese Frage gesprochen wird. Sie ist für uns kein Tabu, sie ist ein Stück freier Existenz der Verfassungsordnung unseres Landes. Das gehört auch in die Willensbildung der ganzen Partei. Jeder Bürger in unserem Land muß dazu unsere Meinung erfahren. Er muß sie kennenlernen und wird sie sicherlich respektieren.

(Beifall)

Frau Annemarie Griesinger, Tagungspräsidium: Herr Kohl, herzlichen Dank für dieses wohlthuende Wort! Ein Beweis, daß dieser Antrag lebendige Wirklichkeit ist, die gestärkt werden wird, und nicht ein Papier ist, über das wir nur heute diskutieren.

Nunmehr hat Frau Beckmann zu Antrag A 3 das Wort.

Frau Ruth Beckmann: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission schlägt vor, in Ziffer 2 einen Abs. 3 einzufügen. Ich stimme dem ersten Satz dieses Absatzes zu, wende mich aber mit aller Entschiedenheit gegen die beiden nachfolgenden Sätze. Ich halte es einfach nicht für sinnvoll, die Verteilung des Familieneinkommens per Parteiprogramm oder sogar per Gesetz regeln zu wollen.

(Beifall)

Wenn wir uns als CDU für Partnerschaft und Eigenverantwortlichkeit aussprechen, kann es nicht angehen, daß wir uns hier - wenn auch in einer positiven Formulierung - für eine gewisse Reglementierung aussprechen. Wenn Ehepartner nicht in der Lage sind, eigenverantwortlich darüber zu befinden, wie sie mit ihrem Familieneinkommen umgehen wollen, dann scheint mir diese Ehe nicht zu funktionieren. Ich glaube, dies können wir dann auch kaum mit einem Parteiprogramm ändern.

(Beifall)

Frau Minister Annemarie Griesinger, Tagungspräsidium: Liebe Freunde! Wir stimmen jetzt über die Empfehlung der Antragskommission ab. Sie finden diese Empfehlung auf Seite 2 der Vorlage ausgedruckt. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags A 3 unter Berücksichtigung der Anträge A 4, A 5 und A 6.

(Zurufe: Zur Geschäftsordnung! - Widerspruch)

Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte

ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Empfehlung der Antragskommission entsprochen worden.

(Zurufe)

Hierzu hat sich Frau Obermüller-Kochs zu Wort gemeldet.

Frau Dr. Ingrid Obermüller-Kochs: Frau Präsidentin! Liebe Parteifreunde! Ich muß - wie ich es eben schon in meinem Beitrag tat - darauf aufmerksam machen, daß der Antrag A 5 - entgegen der Auffassung der Antragskommission - inhaltlich nicht von dem Vorschlag der Antragskommission abgedeckt wird. Die Fassung, die Sie jetzt beschlossen haben, schließt die Aussage zum ungeordneten Leben nicht ein, sondern aus. Ich bitte Sie daher dringend, über Antrag 5 zusätzlich abstimmen zu lassen.

(Beifall - Widerspruch)

Frau Minister Annemarie Griesinger, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist über die Empfehlung der Antragskommission bereits abgestimmt worden.

(Zurufe: So ist es!)

Damit ist die Entscheidung der Delegierten schon gefallen, ob sie eine erweiterte Fassung wünschen oder ob sie bei der von der Antragskommission empfohlenen Formulierung bleiben wollen.

Das Kapitel "Leitsätze" ist somit abgeschlossen.

Wir kommen nun zum nächsten Abschnitt: "Bildung". Ich bitte darum, daß jetzt unser Geburtstagskind, Herr Windelen, die Präsidentschaft übernimmt; damit wollen wir deutlich machen, daß die Anträge hier partnerschaftlich diskutiert und verabschiedet werden.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Wir fahren in der Beratung der Vorlage "Frau und Gesellschaft" fort. Nach der Verabschiedung der Leitsätze gehen wir nunmehr zur Beratung der einzelnen Sachbereiche über. Wir beginnen mit dem Sachbereich "Bildung". Hier sind die Anträge A 7 bis A 10 und A 34 zu behandeln. Sprecher der Antragskommission ist Frau Dr. Wilms. Sie hat jetzt zur Begründung der Empfehlung der Antragskommission das Wort.

Frau Dr. Dorothee Wilms: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags A 7 sowie Annahme des Antrags A 10 in der Form, daß vor Ziffer 4 eine neue Ziffer in folgender Fassung eingefügt wird:

"Bereits bei der Kindererziehung im Elternhaus müssen geschlechtstypische Rollenklischees vermieden werden. Dazu bedarf es einer verstärkten Schulung und Fortbildung der Eltern."

Wir empfehlen weiterhin die Berücksichtigung des Antrags A 34. Abs. 4 würde dann wie folgt lauten:

"Jungen und Mädchen sind in der Sekundarstufe I und II grundsätzlich auf ihre Aufgabe in der partnerschaftlichen Familie vorzubereiten. Hierzu gehört eine Grundinformation in Erziehungslehre und Hauswirtschaft."

Wenn Sie dieser Empfehlung der Antragskommission folgen, wären die Anträge A 8 zu den Ziffern 4, 6, 7 und 9 sowie A 9 zu den Ziffern 6, 7 und 8 als erledigt zu betrachten.

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Schönen Dank! Sie haben die Empfehlung der Antragskommission und die Begründung dazu gehört. Zu den Anträgen A 7 und A 10 liegen keine Wortmeldungen vor. Zu Antrag A 34 liegt eine Wortmeldung von Frau Starlinger vor. Sie hat das Wort.

Frau Ursula Starlinger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, den von uns vorgelegten Antrag A 34 kurz zu begründen. Wir, die Unterzeichner dieses Initiativantrages, sind der Meinung, daß - wie es in Antrag A 7 Abs. 4 heißt - der Unterricht in Erziehungslehre und Hauswirtschaft allein nicht ausreicht, um junge Menschen familienfähig zu machen. Es handelt sich nach unserer Auffassung hier um eine Aufgabe, die auch den Bildungseinrichtungen zukommt. Jeder von uns, der dergleichen in der Praxis erlebt hat, weiß, wie groß die Unkenntnis junger Ehepaare z. B. in Fragen der Einteilung von vorhandenem Einkommen ist, was für die Wohnung und was für die Heizung, für die Ernährung oder Versicherungen, für die Kleidung, für kulturellen Bedarf oder für Reisen ausgegeben werden muß oder darf, welche Versicherungen es eigentlich gibt und welche davon wichtig sind, wie man die Schwerpunkte in einer Hauswirtschaft setzt, wie eine Wohnung eingerichtet werden sollte usw. Die Unsicherheit junger Väter und Mütter in Fragen der Kindererziehung - hierauf bezieht sich unser Antrag -, aber auch der gesunden Ernährung, der Gesundheitslehre, der Krankenpflege, ist groß. Von der Erziehung von Kleinstkindern und der Säuglingspflege will ich hier gar nicht erst sprechen. Hier liegt auch ein Grund dafür, warum die verunsicherten jungen Mütter in großer Zahl die Arztpraxen überfüllen. Insbesondere die berufstätigen Frauen sind vielfach total überfordert. Sie haben zwar eine Berufsausbildung und werden am Arbeitsplatz geschätzt, sind aber durch die Anforderungen, die ein Haushalt an sie stellt - schließlich fehlt ihnen jegliche Vorbildung im Hinblick auf diesen Bereich -, völlig überfordert.

Einfache Arbeitstechniken, Zeiteinteilung, rationelles Arbeiten sind Kenntnisse und Fähigkeiten, die sie sich mühsam erst aneignen müssen, und bis dahin kostet es oft den Frieden der jungen Familie und die Nervenkraft beider Eheleute, aber insbesondere der jungen Frauen. Viele Scheidungen junger Ehen gehen darauf zurück, daß die Elternhäuser Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen in diesen Dingen nicht vermitteln.

Natürlich wäre die Schule überfordert, wenn sie hier eine vollkommene Ausbildung liefern sollte. Aber sie kann verteilt auf viele Fächer den Unterricht so gestalten, daß Jungen und Mädchen mit Grundkenntnissen ausgestattet ihre Schulen verlassen, daß der Bereich "familiale Bildung" dort, wo es angebracht ist, in Fächern wie Biologie, Mathematik, Religion, Deutsch berücksichtigt wird oder daß Jungen wie Mädchen z.B. in Physik auch etwas über die Haustechnik erfahren, daß beide eine einfache Mahlzeit zubereiten können, wobei aber der Kochunterricht weiß Gott nicht die Hauptsache und deshalb auch finanziell keine Überforderung ist.

Wenn es auch Aufgabe der Schule ist, junge Menschen lebensfähig zu machen, dann sollte sie diese Bereiche nicht zu niedrig

einschätzen, dann sollte sie - für die Schule selbst ist das übrigens ein sehr wichtiger Bereich, weil er insbesondere die praktisch Begabten anspricht - erkennen, daß hier eine Aufgabe liegt, die wichtig genug ist, von ihr übernommen zu werden: die Familienfähigkeit junger Menschen zu fördern. Die Schule aber kann nur die Grundlagen vermitteln. Auf diese aufbauend muß sich die Weiterbildung der Erwachsenen in breitem Umfang des Problems annehmen.

Deshalb bitte ich darum, den Absatz 4 in der Form, wie es der vorliegende Antrag A 34 vorsieht, weiter und damit allgemeiner zu fassen.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, die Antragskommission hatte Ihnen vorgeschlagen - und Frau Dr. Wilms hatte dies begründet -, den Antrag A 7 anzunehmen, darüber hinaus dem Antrag A 34, der soeben von Frau Starlinger begründet wurde, dadurch Rechnung zu tragen, daß der Absatz 4 umformuliert wird. Ich verlese noch einmal die von der Antragskommission vorgeschlagene Formulierung. Danach würde der Absatz 4, wenn Sie dem zustimmen, lauten:

"Jungen und Mädchen sind in der Sekundarstufe I und II grundsätzlich auf ihre Aufgabe in der partnerschaftlichen Familie vorzubereiten. Hierzu gehört eine Grundinformation in Erziehungslehre und Hauswirtschaft."

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir treten in die Abstimmung ein. Wer diesem Vorschlag der Antragskommission seine Zustimmung geben will, der gebe das Handzeichen. - Danke sehr! Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dies ist Annahme. Dadurch sind die Anträge zum Antrag A 8 erledigt.

Wir haben damit den Sachbereich "Bildung" abgeschlossen und treten in die Behandlung des Sachbereichs "Beruf" ein. Dazu liegen Wortmeldungen nicht vor. Wir können also über den Vorschlag der Antragskommission abstimmen, der Annahme dieses Abschnitts empfiehlt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke! Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dies ist einstimmige Annahme des Bereichs "Beruf".

Wir kommen damit zur Beratung und Verabschiedung des Bereichs "Familie". Dazu gehören die Anträge A 14 und A 15. Für die Antragskommission wird Heiko Hoffmann den Vorschlag der Kommission begründen. Hier wird Annahme des Antrags A 14 und Ablehnung des Antrags A 15 empfohlen.

Herr Hoffmann hat das Wort.

Heiko Hoffmann: Meine Damen und Herren, wir empfehlen Annahme des Antrags A 14. Er hat das Erziehungsgeld zum Inhalt. Unsere Bundestagsfraktion hat dazu einen Gesetzentwurf eingebracht.

Dagegen empfehlen wir Ablehnung des Antrags A 15, der das Recht des Kindes auf Mutter und Familie zum Gegenstand hat und eine Begründung für die Einführung des Erziehungsgeldes gibt. Wir haben hier über die Vorlage des Bundesvorstandes "Frau und Gesellschaft" zu diskutieren und abzustimmen. Eigenständige Rechte des Kindes würden diese Vorlage sprengen. Aus diesem Grunde halten wir es nicht für sinnvoll, einzelne Rechte, die dann auch unvollkommen sind, in dieses Papier aufzunehmen.

Hinsichtlich der Begründung des Erziehungsgeldes verweisen wir auf die ausführlichen Erläuterungen des Gesetzentwurfs unserer Bundestagsfraktion

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Schönen Dank !
Zum Antrag A 15 hat sich Herr Rollmann gemeldet. Er hat das Wort.

Dietrich Rollmann: Herr Präsident ! Meine sehr verehrten Damen und Herren ! Das, was Herr Hoffmann soeben hier zur Ablehnung des Antrags A 15 ausgeführt hat, kann, glaube ich, in keiner Weise überzeugen. In dem Papier "Frau und Gesellschaft" ist sehr ausführlich und mit meiner vollen Zustimmung in vielfältiger Beziehung von der Rolle der Frau die Rede. Die Rolle der Frau als Mutter ist in diesem Papier nicht erwähnt, ebenfalls nicht das Recht des Kindes auf seine Mutter. Meine Damen und Herren, es ist in der gesamten modernen Wissenschaft völlig eindeutig erforscht und herausgearbeitet worden, daß dieses Recht des Kindes auf seine Mutter nicht irgendein Kindesrecht, sondern das elementare Recht des Kindes überhaupt ist. Das gilt insbesondere für das Kleinkind in den ersten drei Lebensjahren. Aus diesem Grunde bin ich der Meinung, daß dieses Recht des Kindes auf Mutter und Familie in ein Papier "Frau und Gesellschaft" wirklich hineingehört, zumal wir es sonst an keiner anderen Stelle irgendwo in einem CDU-Programm verankert haben.

(Vereinzelter Beifall)

Herr Hoffmann hat weiter gesagt, daß die Begründung für das Erziehungsgeld überflüssig sei, denn sie stehe im Gesetzentwurf der CDU-Fraktion, dazu möchte ich sagen und darauf hinweisen, daß sich das Papier "Frau und Gesellschaft" vor allen Dingen auch an die Öffentlichkeit in unserem Lande wendet. Den Gesetzentwurf der Fraktion zum Erziehungsgeld werden nur einige Experten lesen. Dagegen sind in diesem Papier alle Frauen, Mütter, Väter, Familien in unserem Lande angesprochen. Deshalb finde ich es wichtig und notwendig, daß dort mit einigen wenigen Sätzen, gleichsam mit einem Halbsatz, gesagt wird, warum wir für das Erziehungsgeld eintreten.

Aus diesem Grunde wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie in dieser Frage gegen die Empfehlung der Antragskommission stimmten und anschließend dem Antrag A 15 Ihre Zustimmung gäben.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Zum Beitrag des Kollegen Rollmann hat der Sprecher der Antragskommission, Herr Hoffmann, das Wort.

Heiko Hoffmann: Meine Damen und Herren, in der Sache besteht zwischen der Aussage von Herrn Rollmann und den Gedanken der Antragskommission sowie auch des Bundesvorstandes kein Dissens. Nur, dieses Papier beschäftigt sich mit der Rolle der Frau in der Gesellschaft. Wenn wir diese Absichtserklärung von Herrn Rollmann aufnehmen, müßten wir dieses Papier um den ganzen Komplex der Rechte und der Situation des Kindes in der Gesellschaft erweitern.

Weil das nicht beabsichtigt war, können wir es in dieser Form nicht aufnehmen. Hier handelt es sich nämlich um konkrete Maßnahmen und Hilfen für die Frau, aber nicht um grundsätzliche Absichtserklärungen für andere Mitglieder der Gesellschaft.

Aus diesem Grunde bitten wir, den Antrag von Hamburg abzulehnen.

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Der Antrag ist nunmehr entscheidungsreif. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung von Antrag A 15. Wer diesem Vorschlag folgen will, den bitte ich um das Zeichen. - Danke. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dies bedeutet Annahme des Vorschlags der Antragskommission.

Wir können nunmehr zu den Anträgen A 16 und A 17 übergehen; sie betreffen die Ziffern 18 und 19. Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Die Antragskommission empfiehlt Annahme.

Wir können gemeinsam abstimmen, wenn Sie dem zustimmen. Wir stimmen gemeinsam über beide Punkte ab. Wer bereit ist, der Empfehlung der Antragskommission zu folgen, diese beiden Punkte anzunehmen, der gebe das Zeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dies ist einstimmige Annahme.

Wir gehen zur Ziffer 20 über. Hier liegen die Anträge Nr. A 18 und A 19 vor. Zu Antrag Nr. A 19 hat sich der Kollege Rollmann gemeldet.

Zunächst begründet Frau Dr. Wilms den Vorschlag der Antragskommission. Sie hat das Wort.

Frau Dr. Dorothee Wilms: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme von A 18 und die Ablehnung von A 19, wobei die Begründung auf der gleichen Linie liegt wie die, die soeben bei dem anderen Antrag gegeben wurde.

Tendenziell, glaube ich, stimmen beide Anträge weitgehend überein. Der Antrag A 19 geht nur sehr viel dezidierter auf die Problematik der Kindergärten, der vorschulischen und der kindlichen Erziehung ein; er geht auch auf den Bildungsgesamtplan ein, von dem wir alle wissen, daß die Zahlen etwas problematisch geworden sind.

Wir würden Ihnen deshalb empfehlen, bei der etwas generelleren Formulierung des Antrags A 18 zu bleiben, weil wir gewiß sein können, daß er auch morgen noch in dieser Form stimmt, während wir bei Antrag A 19 nicht genau wissen, ob die Zahlen auch morgen noch gültig sind. Es geht uns ja hier darum, daß wir die Bedeutung der Erziehungseinrichtungen, die die Erziehungsarbeit der Eltern unterstützen, genügend herausarbeiten. Das scheint uns durch die Formulierung des Antrags A 18 gewährleistet zu sein. Die Antragskommission bittet hier um Annahme.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Zur Begründung des Antrags A 19 Herr Rollmann!

Dietrich Rollmann: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, aus den Ausführungen von Frau Dr. Wilms ist soeben deutlich geworden, daß der Antragskommission nicht klargeworden ist, worum es dem Kreisverband Hamburg-Mitte in diesem Antrag A 19 vor allen Dingen geht.

Meine Damen und Herren, ich finde es einfach unmöglich, daß ein CDU-Parteitag sich für den Ausbau des Kinderkrippenwesens in einer Zeit ausspricht, in der überall deutlich geworden ist, daß neben den Heimkindern die Krippenkinder diejenigen sind, die nach

der Auffassung der kinderärztlichen Verbände als Risikokinder anzusehen sind,

(Beifall)

die in ihrer ganzen Entwicklung durch das Dasein in einer Kinderkrippe aufs schwerste geschädigt werden. Ich frage mich: Wozu veranstalten wir eigentlich familienpolitische Kongresse, wozu veranstalten wir familienpolitische Anhörungen, wozu gibt die Politische Akademie Eichholz zu diesen Fragen umfangreiche Schriften heraus, wenn dies in unseren Papieren und in unseren Beschlüssen keinen Niederschlag findet?

Professor Pechstein, der Leiter des kinderneurologischen Zentrums des Landes Rheinland-Pfalz, hat bezüglich der Situation von Kinderkrippenkindern anhand von Untersuchungen festgestellt, daß diese Kinder in ihrer psychosomatischen Entwicklung gegenüber gleichaltrigen Kindern aus der Familie deutlich benachteiligt sind. Die entsprechenden Entwicklungsquotienten weichen bereits nach dem dritten Aufenthaltsmonat von dem der Familienkinder deutlich nach unten ab und liegen danach regelmäßig zwischen den entsprechenden Verteilungen der Heimkinder und der Familienkinder.

Meine Damen und Herren, der andere deutsche Staat, die DDR, hat in den vergangenen 20 Jahren das Kinderkrippenwesen ganz gewaltig ausgebaut. Vor wenigen Monaten hat man dort eine Untersuchung über die Situation der Krippenkinder an 6.424 Kindern in 69 Krippen der DDR durchgeführt. Dort wurde festgestellt, daß Krippenkinder auf einigen Gebieten - beispielsweise der Sprachentwicklung - zumindest zeitweilig hinter ihren Altersgenossen deutlich zurückbleiben. Der Unterschied ist im zweiten Lebensjahr besonders auffallend. Die größte Retardierung gab es bei Kleinkindern, die die ganze Arbeitswoche in der Krippe verbringen und nur zum Wochenende zu den Eltern kommen.

Meine Damen und Herren, wir wissen, wie gefährdet Heimkinder sind. Wir haben uns im Bundestag - und Frau Dr. Wex auch heute wieder - bereits dagegen mit starken Worten ausgesprochen, die Tagesmutter für Kinder unter 3 Jahren einzuführen. Das Schicksal von Krippenkindern ist noch negativer zu beurteilen als das Schicksal von Kindern bei der Tagesmutter in ihrem Hin- und Hergerissensein zwischen ihrer eigentlichen Mutter und der Tagesmutter.

(Beifall)

Aus diesem Grunde finde ich es - ich sage es ganz deutlich - geradezu abwegig, wenn wir hier heute im Begriffe sein sollten zu sagen, daß eine Partei wie die CDU den Ausbau des Kinderkrippenwesens in diesem Lande fordert. Das, meine Damen und Herren, ist eine Unmöglichkeit, das ist für Kinder unter drei Jahren nicht zu verantworten; die gehören hinein in den Raum der Familie. Heime, Krippen und Tagesmütter sind nur eine Notbehelfseinrichtung; das muß in diesem Papier ganz deutlich werden.

(Beifall)

Aus diesem Grunde möchte ich Sie wirklich sehr herzlich darum bitten, in dieser Frage den Antrag der Antragskommission abzulehnen und unserem Antrag zuzustimmen. Wir als CDU können uns nicht für den Ausbau von Heimen, von Kinderkrippen und nicht für die Tagesmütter aussprechen; das sind nur Notbehelfe, die manch-

mal unumgänglich sind, das ist aber keine Angelegenheit eines positiven Ausbauprogrammes im Sinne der Programmatik der Christlich Demokratischen Union.

(Lebhafter Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission noch einmal Frau Dr. Wilms.

Frau Dr. Dorothee Wilms: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Rollmann, ich habe Ihnen viel Beifall gezollt, weil auch wir von der Antragskommission Ihnen zustimmen können. Es ist gar kein Widerspruch zwischen dem, was Sie gesagt haben, und dem Antrag A 18 vorhanden. In dem Antrag A 18 heißt es nämlich: "Erziehungseinrichtungen, die die Erziehungsarbeit der Familie unterstützen und ergänzen, sind auszubauen. Kinderkrippen und Kindergärten sind nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten dem Bedarf anzupassen."

Ihr Antrag dagegen lautet:
"Die außerfamiliäre Unterbringung von Kindern unter drei Jahren kann nur ein Notbehelf sein."

Dann sprechen Sie von den Kindern über drei Jahren, nämlich den drei- und vierjährigen Kindern und schließlich den fünfjährigen Kindern, und das sind keine Krippenkinder mehr. Insoweit würde ich also sagen, daß der Antrag der Antragskommission zielgerichteter formuliert ist. Da er von Zahlen und Statistiken unabhängig ist, ist er auch noch morgen gültig. Ich bitte also um Zustimmung.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Zum gleichen Gegenstand gebe ich Frau Dr. Wex das Wort.

Frau Dr. Helga Wex: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Rollmann, erstens möchte ich Ihnen bestätigen, daß Ihre Form, sich für Kinder einzusetzen, in den ganzen Jahren für uns alle ein großer Anlaß der Freude war. - Das ist der erste Punkt.

(Beifall)

Der zweite! Nicht ganz richtig, Herr Rollmann, finde ich, ist, daß Sie mit Empörung hier versuchen, etwa einen Dissens zwischen der Auffassung des Bundesvorstandes und Ihren Vorstellungen herauszuarbeiten.

Ich mache einen Vorschlag, Herr Rollmann. Gerade bei Ihrem Antrag zeigt sich, wie schwierig die Verbindung unserer Angebote mit unseren gewünschten Inhalten ist; es geht ja nicht nur um die reine Unterbringung. Sie schreiben in Ihrem Antrag: "Für Kinder über drei Jahren bejaht die CDU das Ziel des Bildungsplanes, wonach bis 1980 für 70 % aller drei- und vierjährigen Kinder ein Kindergartenplatz und bis 1985 für alle Fünfjährigen ein Grundstufen- oder Kindergartenplatz zur Verfügung stehen soll." Herr Rollmann, hier öffnen Sie genau dem Tür und Tor, wovor ich vorhin gewarnt habe. Gerade die Einführung von Grundstufen bedeutet die Gefahr der Verschulung und heißt, die nicht vorhandene Bildungsreform schon auf die Vorschulerziehung zu übertragen.

(Beifall)

Ich bin der Meinung, Herr Rollmann, daß wir zu einem Kompromiß kommen könnten. Die Kinderkrippen, wie Sie sie beschrieben haben, bedürfen natürlich der Kritik, aber wir können doch nicht

daran verbeigehen, daß ein Teil der Frauen ohne Kinderkrippen in eine ganz schreckliche Lage kämen.

(Beifall)

Das berührt auch die Prioritäten der Finanzierung. Deswegen möchte ich vorschlagen zu sagen: "Die Kinderkrippen und Kindergärten sind nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten dem Bedarf und den Bedürfnissen der Kinder anzupassen. Die außerfamiliäre Unterbringung von Kindern unter drei Jahren kann nur ein Notbehelf sein und muß durch Angebote für die familienergänzende Unterbringung ausgebaut werden". Das weitere sollten wir streichen. Herr Rollmann, ich glaube, damit hätten wir einen Kompromißvorschlag, der Ihre Vorstellungen mit denen der Antragskommission verbindet und eine Mehrheit finden könnte.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Herr Rollmann hat noch einmal das Wort.

Dietrich Rollmann: Meine Damen und Herren, durch die verschiedenen Vorschläge ist ein gewisses Durcheinander entstanden. Ich möchte einen Vorschlag aufgreifen, den soeben Herr Sozialminister Dr. Geißler gemacht hat, daß wir nämlich den Antrag A 19 in folgender Form annehmen: "Die außerfamiliäre Unterbringung von Kindern unter drei Jahren kann nur ein Notbehelf sein." Alles andere sollte gestrichen werden. Ich glaube, unsere familienpolitischen Intentionen würden am besten deutlich, wenn wir das so machten.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Frau Dr. Wilms das Wort. Dann sollten wir zur Entscheidung kommen.

Frau Dr. Dorothee Wilms: Die Antragskommission könnte sich dem Vorschlag von Frau Dr. Wex anschließen, nicht dagegen dem letzten Vorschlag von Herrn Rollmann, daß wir nur den ersten Satz aufnehmen; denn da geht der Antrag Nr. A 18 weiter, er umfaßt mehr. Vielleicht ist Frau Dr. Wex so liebenswürdig, ihren Vorschlag noch einmal zu formulieren.

Frau Dr. Helga Wex: Der Vorschlag würde lauten: Antrag Nr. A 18: "Erziehungseinrichtungen, die die Erziehungsarbeit der Familie unterstützen und ergänzen, sind auszubauen. Kinderkrippen und Kindergärten sind nach Maßgabe der finanziellen Mittel dem Bedarf und den Bedürfnissen der Kinder anzupassen." Es wäre also nicht nur rein zahlenmäßig und automatisch etwas anzubieten. Es ginge dann weiter: "Den Eltern ist in diesen Einrichtungen ein ausreichendes Mitwirkungsrecht einzuräumen." Dann ginge es nach dem Antrag von Hamburg-Mitte weiter: "Die außerfamiliäre Unterbringung von Kindern unter drei Jahren kann nur ein Notbehelf sein." Ich würde allerdings sagen, daß der Ausdruck "Notbehelf" in dieser Sache schlecht ist. Ich würde dafür vorschlagen: "... kann nur die zweitbeste Lösung sein."

(Widerspruch)

- Sie wollen "Notbehelf" lassen? Nun, wenn es davon abhängt, bin ich auch damit einverstanden.

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Ich muß fragen, ob die Antragskommission diesen Antrag übernimmt, Frau Dr. Wilms. - Der Vorschlag wird übernommen, die Antragskommission übernimmt die Modifizierung, wie sie soeben von Frau Dr. Wex vorgetragen wor-

den ist. Wir stimmen über diesen modifizierten Vorschlag der Antragskommission ab. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um das Zeichen. - Danke, die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das erste war die klare Mehrheit. Damit ist so entschieden.

Wir gehen zu Ziffer 21 über. Hierzu gehören die Anträge Nr. A 20 und Nr. A 22. Für die Antragskommission begründet deren Votum Herr Vogt. Er hat das Wort.

Wolfgang Vogt: Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags Nr. A 21, und zwar in folgender Fassung: "Der öffentlich geförderte Wohnungsbau soll in ausreichendem Maße Wohnung für kinderreiche, junge und unvollständige Familien, für Familien mit behinderten Kindern und von Gastarbeitern sowie für allein-stehende und ältere Menschen bereitstellen." Bei Annahme der Empfehlung der Antragskommission erledigt sich der Antrag Nr. A 20.

Ich glaube, ich brauche zu der veränderten Fassung des Antrags keine besondere Begründung zu geben.

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Sie haben Antrag und Begründung gehört. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 21 zustimmen will, den bitte ich um das Zeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? Die Empfehlung ist einstimmig angenommen. Damit erledigt sich der Antrag Nr. A 20.

Wir müssen noch über die Ziffern 22 und 23 abstimmen. In beiden Fällen empfiehlt die Antragskommission Annahme. - Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir können mit Ihrer Zustimmung gemeinsam abstimmen. Wer den beiden Ziffern zustimmen will, den bitte ich um das Zeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - das ist einstimmige Annahme.

Damit haben wir den Sachbereich Familie abschließend beraten und verabschiedet.

Wir gehen über zu dem Bereich
Soziale Sicherung.

Hier geht es vor allem um das Problem der Partnerrente. Meine Damen und Herren, ich habe jetzt schon sechs Wortmeldungen. Es wird zunächst zur Sache und anschließend zugleich für die Antragskommission Minister Geißler sprechen.

Dr. Heinrich Geißler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Einverständnis mit dem Präsidium und der Antragskommission möchte ich wegen der Bedeutung des anstehenden Sachverhalts zu Beginn dieser Diskussion eine Begründung für den Vorschlag des Bundesvorstandes zur Reform der Sozialen Sicherung in Gestalt der Partnerrente abgeben.

Meine Damen und Herren, dieser Bundesparteitag steht unter dem Generalthema "CDU Alternative '76". Der Vorschlag des Bundesvorstandes der Christlich Demokratischen Union für die Partnerrente ist nicht nur das einzige in sich geschlossene Modell einer eigenen sozialen Sicherung der Frau, das bisher von einer Partei in der Bundesrepublik Deutschland zur Beschlußfassung vorgelegt worden ist, sondern ist zugleich eine der Antworten auf die Neue Soziale Frage, wie sie in der Mannheimer Erklärung des Bundesvorstandes der CDU umschrieben worden ist.

Meine Damen und Herren, mit diesem Vorschlag hat die Christlich Demokratische Union auf einem der wichtigsten sozialpolitischen

Gebiete nicht nur eine klare Alternative gegenüber den Sozialdemokraten und den Freien Demokraten entwickelt, sondern auch einen entscheidenden, von den anderen Parteien nicht mehr einholbaren sozialpolitischen Vorsprung errungen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Partnerrente ist in ihren Zielsetzungen und in ihren Grundzügen auf eine breite positive Resonanz in der Öffentlichkeit gestoßen, und dies nicht zuletzt auch deshalb, weil sie zu den wenigen konkreten Initiativen zur Verbesserung der Situation der Frau in diesem Internationalen Jahr der Frau gehört. Auch in der Bevölkerung ist, was die demoskopischen Untersuchungen eindeutig ausweisen, zu über 90 % - auch bei den Männern, ob erwerbstätig oder nicht - die Auffassung vertreten, daß die Berechtigung der Forderung nach eigenständiger sozialer Sicherung der Frau zu bejahen und anzuerkennen ist. - Das ist zunächst einmal der allgemeine politische Hintergrund.

Dazu kommt - und dieser Tatbestand, den ich darstellen will, bringt die gesetzgebenden Körperschaften in einen Zugzwang -: Eine Reform der sozialen Alterssicherung ist auch unter dem Gesichtspunkt der Gleichberechtigung von Mann und Frau zwingend geworden, seitdem das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom März dieses Jahres den Gesetzgeber zu dem Verfassungsauftrag versehen hat, bis spätestens 1984 eine solche Reform in Kraft zu setzen.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts beschäftigt sich zwar inhaltlich mit der Situation des Witwers, aber aus der Urteilsbegründung ergibt sich, daß auch nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts diese Frage nur im Rahmen einer umfassenden Reform beantwortet werden kann, einer umfassenden Reform, in der - so das Bundesverfassungsgericht wörtlich - auch die Pläne zum Aufbau einer eigenständigen Sicherung der Frau in der Rentenversicherung zu berücksichtigen seien.

Meine Damen und Herren, die Reform der sozialen Alterssicherung muß also in den nächsten Jahren verwirklicht werden. Eine dem Gleichheitsgrundsatz entsprechende, sozialpolitisch befriedigende und zugleich finanziell tragbare Alternative zur Partnerrente, wie sie der Bundesvorstand dem Bundesparteitag vorlegt, ist trotz jahrelanger Fachdiskussionen nicht zu erkennen, sie liegt bis heute nicht vor. In der heutigen Ausgabe der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" wird dies bestätigt, indem es auf Seite 2 am Ende einer längeren Ausführung über die Partnerrente, in der das Für und Wider abgehandelt wird, heißt:

"Überzeugende Alternativen zu dem CDU-Vorschlag zur Partnerrente gibt es gegenwärtig nicht."

(Beifall)

Lassen Sie mich zu dem Vorschlag der Partnerrente unter drei Gesichtspunkten Stellung nehmen, unter dem Gesichtspunkt der sozialpolitischen, dem der gesellschaftspolitischen und dem der finanzpolitischen Sachverhalte. Erstens. Ich setze bei der Diskussion voraus, daß der Beschlußvorschlag des Bundesvorstandes, also der Inhalt der Partnerrente, in den Grundzügen bekannt ist.

Ich möchte vorab ein grobes Mißverständnis ausräumen, das vor allem im Zusammenhang mit der Diskussion um den Versorgungsausgleich im Ehescheidungsrecht auch von unseren politischen Gegnern ganz bewußt in die Diskussion eingeführt worden ist. Rentensplit-

ting entsprechend dem Versorgungsausgleich nach dem Ehescheidungsrecht, wie es zur Zeit im Deutschen Bundestag diskutiert wird, hat mit dem Vorschlag der Partnerrente nichts zu tun;

(Beifall)

beide Dinge sind völlig voneinander verschieden. Diejenigen, die etwas anderes behaupten, weisen ein über das normale Maß hinausgehendes Defizit an Information über das auf, was die Christlich Demokratische Union zu diesem Punkt vorgelegt hat.

(Beifall)

Die Partnerrente ist nicht Rentensplitting; Rentensplitting würde zu Minirenten führen. Die Partnerrente ist eine Kombination von eigenständiger Alterssicherung der Ehepartner und Reform der Hinterbliebenenrente.

Meine Damen und Herren! Dieses Modell der Partnerrente ist zunächst einmal deswegen notwendig, weil wir der Auffassung sind, daß die Gleichberechtigung von Mann und Frau nicht nur wie bisher im Bürgerlichen Recht, sondern endlich auch im Sozialversicherungsrecht Fuß fassen muß und daß wir aufhören müssen mit der Unterbewertung der Leistungen der Frauen, die ihre Arbeit, ihre Aufgabe als Hausfrauen und Mütter in der Erziehung der Kinder und in der Haushaltsführung sehen, weil wir aufhören müssen mit der Unterbewertung dieser Frauen auch unter ökonomischen Gesichtspunkten.

(Beifall)

Die Selbstverständlichkeit, mit der eine Hausfrau heute für ihre Familie - was die Kindererziehung wie auch die Haushaltsführung anlangt - unentgeltlich tätig ist, darf nicht übersehen lassen, daß hier Dienste bereitgestellt werden, die von hohem ökonomischen Wert sind.

(Beifall)

Das, was die Frauen leisten, geht bis heute nicht in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ein, schlägt sich nicht in den Werten des Bruttosozialprodukts nieder. Das, meine Damen und Herren, ist ein Umstand, der volkswirtschaftlich selbstverständlich nicht weiter aufrechterhalten werden kann.

(Zustimmung)

Der amerikanische Ökonom Colin Clark schätzt die Wertschöpfung in den privaten Haushalten auf mehr als 40 % der in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausgewiesenen Wertschöpfung; trotzdem wird die Dienstleistung der Hausfrau auch in den Sozialproduktberechnungen nach wie vor vernachlässigt. Die Erziehung der Kinder geht in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nicht ein, sehr wohl dagegen die Predigt des Pastors auf der Kanzel am Sonntag. Die Wäsche, die die Frau zu Hause wäscht, geht nicht in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ein; wird dieselbe Wäsche in einer Wäscherei gewaschen, geht sie in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ein. Das ist, wie jedermann einsehen kann, volkswirtschaftlich offenbar ein unsinniger Vorgang.

(Beifall)

Berücksichtigte man die in den Haushalten verrichteten Arbeiten, so wäre das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland z. B. für das Jahr 1973 statt auf 926 Milliarden DM auf rund 1,3 Billionen DM zu beziffern. Ich glaube, daß die familiären Erziehungs- und Hausarbeitsleistungen entsprechend dieser Rech-

nung nach dem verarbeitenden Gewerbe der wichtigste Posten für die Entstehung des Sozialprodukts wären. Das muß hier einmal gesagt werden!

(Beifall)

Im übrigen gehört dies zum Kapitel "Emanzipation". Die Christlich Demokratische Union hat in ihren Beschlüssen, die heute vorgelegt werden, keine eindeutige und offensichtliche Bevorzugung der Tätigkeit der Frauen in Familie und Erziehung festgelegt. Was wir erreichen wollen, ist die Wahlfreiheit für unsere Frauen, die Möglichkeit, daß sie sich, von materieller Not nicht gezwungen, frei entscheiden können, ob sie im Haushalt und in der Kindererziehung tätig sein wollen oder ihrer Berufstätigkeit nachgehen.

(Beifall)

Nur, die Berufstätigkeit, die immer wieder in den Vordergrund geschoben wird, muß im Zusammenhang mit den Schlagworten auch der Linken in unserer Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt der Emanzipation gesehen werden. Die Emanzipation der Frau hat eben nicht Berufstätigkeit allein zur Voraussetzung

(Zustimmung)

und schon gar nicht, wie Friedrich Engels einmal gesagt hat, die Wiedereinführung des ganzen weiblichen Geschlechtes in die Industrie zum Sinn. Die Emanzipation der Frau hat nach unserer Auffassung in besonderer Weise zur Voraussetzung, daß die Erziehungsaufgabe in der Familie endlich von Staat und Gesellschaft anerkannt und daß die gesellschaftliche, rechtliche und soziale Diskriminierung der Frauen in ihrer Erziehungsfunktion beseitigt wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es gibt einen zweiten wichtigen Grund, nämlich den sozialpolitischen Grund. Ich habe vorhin den Artikel der "Frankfurter Allgemeinen" zitiert. Dort steht in einem weiteren Satz eine kritische Anmerkung zur Partnerrente, indem gesagt wird, die Partnerrente könnte dazu führen, daß Frauen beim Tode ihres Mannes zur Erwerbstätigkeit gedrängt würden; heute könnten sie von der Witwenrente leben. Genau dies ist nicht richtig. Meine Damen und Herren, wir müssen ganz nüchtern die Zahlen sehen, und die sehen folgendermaßen aus: Von den Personen die im Jahre 1972 aus der Sozialhilfe laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten bezogen, waren 79 % Frauen und davon fast drei Viertel Frauen im Alter von 60 und mehr Jahren. Laut Renten Anpassungsbericht 1975 der Bundesregierung mußten in der Arbeiterrentenversicherung die Witwen mit einer Durchschnittsrente von 391 DM auskommen. Nach dem Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahre 1971 ergibt sich, daß von den Beziehern einer Witwenrente in der Arbeiterrentenversicherung 70,4 % allein von dieser Rente leben müssen. Dabei sind diese Durchschnittszahlen sogar geeignet, die tatsächliche Lage eines Teils der Witwen zu verdecken, denn viele Witwen erhielten nur Renten in Höhe von 450 DM und weniger - ich habe es gestern schon gesagt -, in der Arbeiterrentenversicherung rund 1,4 Millionen.

Meine Damen und Herren, das ist eine ganz wichtige Erkenntnis, die uns weiter dazu führt, die Notwendigkeit einer eigenständigen sozialen Sicherung der Frau zu befürworten, und zwar gleichzeitig mit dem Ziel, die Witwenrenten langfristig anzuheben. Dies ist auch deswegen notwendig - und jetzt kommt der rechtli-

che Gesichtspunkt -, weil das heutige Rentenrecht eine Fülle von Ungerechtigkeiten vor allem zu Lasten der Frauen enthält. Ich darf Ihnen einige Beispiele nennen:

Die Witwe erhält nur 60 % der Mannesrente, wenn der Mann gestorben ist, obwohl doch ein großer Teil der Haushaltsaufwendungen ungeschmälert weiterläuft. Hat sie aber genauso viel wie ihr Mann verdient, erhält sie als Witwe - das ist eine erste Ungerechtigkeit - eine Rente von 160 %, denn sie behält ihre eigene Rente zu 100 % und bekommt noch einmal 60 % der Mannesrente. Umgekehrt ist es aber so, wenn die Frau zu Hause war und ihrer Erziehungsfunktion nachgekommen ist und keine eigenen verwertbaren Rentenansprüche erworben hat, erhält der Mann, wenn sie stirbt, 100 % seiner eigenen Rente. Im umgekehrten Fall, wenn der Mann stirbt, wird die Witwe auf 60 % der Mannesrente gesetzt. Niemand kann begründen, warum eine solche Herabsetzung richtig sein soll.

(Beifall)

Darüber hinaus wird es jedem erwerbstätigen Mann ermöglicht, wenn er invalide oder alt geworden ist, nicht mehr arbeiten zu müssen. Dafür gibt es Rente. Für eine Hausfrau und Mutter gibt es so etwas nicht, d. h. es gibt für sie keinen Invaliditätsanspruch. Nach dem heutigen Rentenrecht muß sie arbeiten, auch wenn sie krank, auch wenn sie invalide, auch wenn sie alt geworden ist. Wer draußen arbeitet, für den gibt es den verdienten Ruhestand, wer im Haushalt arbeitet, darf die Hand nie in den Schoß legen.

(Beifall)

Soll das richtig sein, meine Damen und Herren? Wie verträgt sich das mit der Gleichstellung von innerhäuslicher und außerhäuslicher Berufstätigkeit?

Eine kinderlose Witwe, um ein weiteres Beispiel zu nennen, die nach wie vor ihrem Beruf als Ärztin nachgeht, erhält als Witwe als Zubrot zu ihrem unter Umständen sehr hohen Einkommen noch eine von den Rentenversicherten finanzierte 60 %ige Witwenrente des Mannes. Ein Witwer, der die Altersgrenze noch nicht erreicht hat, meinetwegen mit vier Kindern, muß hingegen ohne jegliche Hilfe der Rentenversicherung zusehen, wie er zurechtkommt.

Es gibt noch eine weitere Konsequenz der unbedingten Witwen- und Witwerrente. Ein verwitweter Student, dessen Frau als Sekretärin den Lebensunterhalt bestritten hatte, erhält sein Leben lang Witwerrente, wenn die Frau gestorben ist, auch wenn er mittlerweile als Generaldirektor einige tausend D-Mark verdient. Das sind Konsequenzen des heutigen Rentenrechts. Alles dies und anderes mehr, was ich nicht weiter ausführen kann, wollen wir aus gesellschaftspolitischen, aus sozialpolitischen und aus rechtlichen Gründen durch die Reform mit der Partnerrente ändern.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch kurz etwas zur Finanzierung sagen. Die Partnerrente ist kostenneutral angelegt. Das ist im Vorschlag des Bundesvorstandes so festgelegt. Die Partnerrente hat so viele Variablen, daß dies, wenn die politischen Mehrheiten dies wollen, auch gestaltet werden kann. Meine Damen und Herren, es ist aber ganz selbstverständlich, daß wir die Partnerrente nur stufenweise werden einführen können. Das ist ebenfalls klar zu sagen. Es gibt für die Partnerrente finanziell keine tragbare Alternative. Die erste Möglichkeit bestünde darin, daß wir das jetzige Rentensystem lassen wie es

ist und schlicht und einfach die Witwenrenten von 60 % auf 75 % anheben, worauf ja die Partnerrente letzten Endes hinausläuft. Das ist nicht finanzierbar und löst im übrigen auch nicht das Problem der eigenständigen sozialen Sicherung der Frau.

Eine zweite Lösung könnte darin bestehen, daß der Mann für seine Frau zusätzliche Beiträge in die Rentenversicherung zahlt. Erstens hätten wir dann auch keine eigenständige soziale Sicherung der Frau und zweitens würde dies selbstverständlich zu einer nicht mehr tragbaren Belastung mit Sozialversicherungsbeiträgen für die einzelne Familie führen.

Die einzige Lösungsmöglichkeit für die Probleme, die in der gesetzlichen Rentenversicherung enthalten sind, wie ich sie dargestellt habe, bietet sich in der Partnerrente. Sie hat nur den einen Nachteil, daß sie nicht rasch zu verwirklichen ist, da eine umfassende Reform natürlich bestehende Rechtsansprüche berücksichtigen muß. Der zweite Nachteil ist darin zu sehen, daß ein lediger Rentner einen höheren Rentenanspruch hat als ein verwitweter Rentner. Das ist aber der einzige rentenpolitische Nachteil, der bei der gegenwärtigen Perspektive in der Partnerrente zu sehen ist. Dieser Nachteil entsteht aber schon dann nicht, wenn die Frau eigene Rentenansprüche in Höhe von mindestens 30 % der Rentenanwartschaft des Mannes in die gemeinsame Rente einbringt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß noch folgendes sagen: Die Partnerrente - und das ist ein weiterer Einwand gewesen, der gegen sie vorgetragen worden ist - wurde als männerfeindlich dargestellt. Meine Damen und Herren, wir können selbstverständlich und wollen auch nicht an die bestehenden Renten herangehen. Die Besitzstände bleiben gewahrt. Wir wollen zweitens den jetzt bestehenden Ehen ein Optionsrecht einräumen.

Auch sie werden also nicht gezwungen, das neue Rentenmodell zu übernehmen. Die Partnerrente soll nach unseren Vorstellungen für die Ehen gelten, die neu geschlossen werden. Hier soll also eine stufenweise Realisierung eingeführt werden. Dabei sind wir uns natürlich darüber im klaren, daß die stufenweise Einführung auch den Schönheitsfehler hat, daß wir mit der Partnerrente die Renten der jetzt lebenden Witwen nicht werden verbessern können.

Meine Damen und Herren, was die Finanzierung anbelangt, so müssen wir klar sehen, daß eine ganze Reihe von Entlastungen durch die Partnerrente erreicht werden: einmal durch den Übergang von der unbedingten zur bedingten Witwenrente, dann durch die Tatsache, daß der Mann, dessen Frau keine Beiträge gezahlt hat, als Witwer 75 % anstatt 100 % der Rente erhält. Wir müssen aber natürlich klar sagen, daß wir den Mut haben, an Besitzstände heranzugehen. Dies ist eben der Preis für höhere soziale Gerechtigkeit für diejenigen, die bisher unterprivilegiert gewesen sind.

(Beifall)

Drittens. Die Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten werden bei Erwerbsfähigkeit des Partners in der Regel niedriger sein als heute. Weiter: Abbau der Überversorgung der berufstätigen verheirateten Frau, unterschiedlicher Rentenzugang von Mann und Frau, Kürzung der Rentenansprüche von Frauen, die nur kurze Zeit verheiratet waren - das alles sind Kostenelemente, die kostenmindernd wirken, also ein zusätzliches Argument für die Kostenneutralität der Partnerrente, die angestrebt wird.

Außerdem müssen wir klar sehen, daß es durch die Anhebung der Witwenrenten durch die Partnerrente zu erheblichen Entlastungen im Bereich des Wohngeldes und der Sozialhilfe kommen wird. Das ist ja ein weiterer wichtiger Punkt unseres Rentenversicherungssystems: daß durch das Absinken der Renten unter das Sozialhilfeniveau die Sozialhilfeträger immer mehr gezwungen werden, die Rentenversicherung zu subventionieren. Ein Zustand, meine Damen und Herren, der insbesondere für die Kassenlage der Länder und der Gemeinden von großer Bedeutung ist.

Lassen Sie mich folgendes zusammenfassend sagen: Die Partnerrente als Vorschlag der Christlich Demokratischen Union ist die einzige Alternative für die eigenständige soziale Sicherung der Frau. Wir haben einen entscheidenden sozialpolitischen Vorsprung gegenüber den anderen Parteien errungen. Diese Partnerrente ist gesellschaftspolitisch, ist sozialpolitisch, ist rechtlich zwingend notwendig geworden.

Aber lassen Sie mich zum Schluß folgendes hinzufügen: Diese Partnerrente hat auch noch einen anderen Vorteil, den wir als Christliche Demokraten aufgrund unserer langjährigen politischen Erfahrungen nicht zu gering schätzen sollten. Wir haben ja unsere Erfahrungen mit unseren Vorschlägen. Wenn ich z.B. daran denke, daß wir die Initiative von Hans Katzer und des Bundesrates in der Rentenerhöhung gegen die Sozialdemokraten durchgesetzt haben und die Rentenniveauserhöhung, die vorzeitige Rentenanpassung und die Rentenniveausicherungsklausel. Aber, meine Damen und Herren, diese gute und hervorragende Sache hatte den einen Nachteil: Wenn man Rentenniveausicherungsklausel in einer Versammlung gesagt hat, hat man zunächst eine viertel Stunde reden müssen, um den Leuten überhaupt klarzumachen, worum es sich handelt.

Bei den Sozialdemokraten war es genau umgekehrt. Sie hatten das Babyjahr vorgeschlagen; das war fachlich, rentenpolitisch, eine schlechte Sache. Aber es war ein guter Begriff, wenn auch für eine schlechte Sache. Das hat uns außerordentliche Mühe bereitet.

Meine Damen und Herren, die Partnerrente hat den einen großen Vorteil: Wir haben einen griffigen, einen klaren, einen hervorragenden Begriff für eine gute und ausgezeichnete Sache. Es lohnt sich, für diese Sache einzutreten.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Ich danke unserem Freund Geißler für seinen Bericht. Ich danke ihm aber vor allem für die große Mühe, die er in die Ausarbeitung dieser Vorlage investiert hat.

Wir treten nummehr in die Beratung ein. Zunächst liegt ein Antrag zur Geschäftsordnung vor, die Redezeit zu begrenzen. Dazu hat der Antragsteller, Herr Kettenis, Landesverband Rheinland, das Wort.

Heinrich Kettenis: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß dieser mein Antrag auf Begrenzung der Redezeit keiner besonderen Begründung bedarf, wenn wir den vorgenommenen zeitlichen Ablauf dieses Parteitages sicherstellen wollen. Ich bitte deswegen, diesem Antrag zu entsprechen.

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Darf ich Sie bitten, diesen Antrag zu präzisieren. Begrenzung laut Verfahrensordnung?

Heinrich Kettenis: Selbstverständlich Begrenzung der Redezeit laut Verfahrensordnung; zunächst auf fünf Minuten.

Heinrich Windelen: Die Verfahrensordnung sieht vor, daß die Redezeit bis auf fünf Minuten, bei Stellungnahmen zu Geschäftsordnungsanträgen bis auf drei Minuten begrenzt werden kann. Bei einer allgemeinen Begrenzung kann der amtierende Präsident für grundsätzliche Ausführungen zu geschlossenen Sachgebieten eine Redezeit bis zum Doppelten der allgemeinen Redezeit zulassen.

Wer dem Antrag des Kollegen Kettenis, so zu verfahren, zustimmen möchte, den bitte ich um das Zeichen. - Danke. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit angenommen.

Ich gehe davon aus, daß dieser Antrag für die restliche Dauer des Parteitages gestellt worden ist, d.h. sich also nicht nur auf diesen Punkt der Tagesordnung bezog.

(Beifall)

Dem wird nicht widersprochen; wir werden so verfahren.

Für die Antragskommission hat nunmehr - noch einmal - unser Kollege Geißler das Wort.

Minister Dr. Heinrich Geißler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen folgendes: die Annahme des Antrages A 25 unter Berücksichtigung des Antrages A 26 in folgender Fassung des Abs. 1: "Durch die Einführung der Partnerrente soll für alle Frauen eine eigenständige Sicherung im Alter und bei Invalidität geschaffen werden."

Das ist der Punkt, den ich vorhin in meiner Rede ausgeführt habe. Invalidität ist in der Vorlage des Bundesvorstandes schlicht und einfach vergessen worden. Die Antragskommission schlägt Ihnen also vor, Invalidität einzufügen.

Diese Einfügung muß ebenfalls in Antrag A 25 in Abs. 2, 4. Spiegelstrich, erfolgen. Es muß dann lauten: "Wird ein Ehegatte früher als der andere Invalide oder erreicht er früher die Altersgrenze, ..."

Bei Annahme dieser Empfehlung der Antragskommission erledigt sich der Antrag A 26.

Der Antrag A 33 soll nach Auffassung der Antragskommission an die zuständigen Gremien überwiesen werden. Dieser Antrag spricht zwar einen wichtigen Punkt der Partnerrente an, nämlich die Frage der Zumutbarkeit der Erwerbstätigkeit des verwitweten Ehepartners, also die Frage der Ablösung der unbedingten durch die bedingte Witwenrente. Die einzelne Ausgestaltung, wie nun die Zumutbarkeit zugunsten des verwitweten Teils geregelt werden soll, kann jedoch nach Auffassung der Antragskommission - auch nach meiner persönlichen Auffassung - in dieser Beschlußvorlage nicht detailliert vorgenommen werden, weil es noch eine ganze Reihe von anderen Kriterien gibt, die bei der Zumutbarkeit zugunsten des verwitweten Teils berücksichtigt werden müssen. Das ist eine Sache, die im Rahmen der Gesetzgebung, und zwar mit der Zielrichtung dieses Antrages A 33 - das möchte ich ausdrücklich betonen - berücksichtigt werden muß.

Die Antragskommission empfiehlt darüber hinaus die Ablehnung des Antrages A 27.

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Wir treten in die Aussprache ein. Mir liegen zu diesem Punkt, d.h. zur Ziffer 24 - sie umfaßt die Anträge A 25, 26 und 27 -, bis jetzt acht Wortmeldungen vor. Das bedeutet bei einer Begrenzung der Redezeit auf jeweils fünf Minuten eine Redezeit von

insgesamt 40 Minuten. Weitere Wortmeldungen liegen zur Zeit nicht vor.

Ich frage Sie, ob wir die Rednerliste damit schließen können. Wenn Sie dem zustimmen möchten, bitte ich Sie um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Danke. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dem wird mit klarer Mehrheit zugestimmt. Das bedeutet Schluß der Rednerliste.

Das Wort hat Frau Dr. Obermüller-Kochs.

Frau Dr. Ingrid Obermüller-Kochs: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche zu Antrag A 25. Gerade weil wir der Partnerrente zustimmen, brauchen wir in einem ganz entscheidenden Punkt eben doch etwas detailliertere Aussagen. Es kommt nicht darauf an, daß unser Antrag nun wortwörtlich übernommen wird, sondern es kommt darauf an, daß wir den Frauen draußen im Lande eine klare Antwort auf die Frage geben: Was wird denn, wenn ich mit 48 Jahren meinen Mann verliere, meine Kinder nicht mehr so klein sind, daß ich darauf bestehen kann, im Haushalt zu bleiben? Bin ich dann gezwungen, wieder einer Berufstätigkeit nachzugehen?

Diese Frage muß beantwortet werden. Wir haben Wahlkämpfe vor uns, und die Frauen wollen wissen, ob sie von der CDU abgesichert sind. Da genügt dieser Satz einfach nicht, daß eine zufriedenstellende Lösung dieses Problems gefunden werden müsse.

(Vereinzelter Beifall)

Wir müssen das zum Ausdruck bringen, meine Damen und Herren.

Ein solches Papier wird auch daran gemessen, wie weit es für uns praktikabel ist. Unsere Zustimmung im Grundsatz ja, aber bitte mehr aussagekräftige Substanz in diesem außerordentlich wichtigen Punkt. Oder man wird uns den Vorwurf machen - berechtigt oder unberechtigt -, daß wir zwar ein Lippenbekenntnis zur Hausfrau und Mutter abgeben und auf ihre gesellschaftspolitische Rolle hinweisen, aber nichts vorzuweisen haben, wenn es um konkrete Aussagen geht.

Ich bitte Sie sehr herzlich, entweder diesem Antrag so zuzustimmen oder zu sagen, daß er substantiell eingearbeitet werden muß. Bitte lassen Sie diesen außerordentlich dünnen und mageren Satz der Antragskommission zu einer Frage nicht bestehen, die für uns, meine Damen und Herren, von eminenter Wichtigkeit ist, wenn wir für unsere Gesamtpartei in den Kampf ziehen sollen!

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Adolf Müller das Wort.

Adolf Müller, Remscheid: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche hier für die Sozialausschüsse. Wir haben am vorletzten Wochenende in Kiel unsere Bundestagung gehabt und einen Antrag "Sozialpolitik mit Augenmaß" verabschiedet. Wir sind in diesem Antrag davon ausgegangen: Während ein Großteil der Bevölkerung über eine vorzügliche soziale Sicherung verfügt, haben sich die sozialen Probleme anderer Bevölkerungsgruppen verschärft. Dies trifft insbesondere die Stellung der Frau in Beruf, Familie und Gesellschaft. Eine Sozialpolitik, die den Anspruch

erhebt, mehr Menschlichkeit und mehr soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen, muß Antwort auf diese Frage geben.

Wir haben 1957 die Rentenversicherung reformiert. Es war eine Reform, die diesen Namen wirklich verdient. Wir haben eine Umstellung auf die Solidarität der Generationen vorgenommen, und das Alter ohne Not wurde weitgehend verwirklicht.

Die Rentenreform 1972 baute auf diesem Reformwerk auf und brachte schwerpunktmäßig Leistungsverbesserungen, und zwar Leistungsverbesserungen - meine Damen und Herren, das wird allzu leicht vergessen - nach den Vorstellungen der CDU/CSU. Unsere Vorstellungen von der flexiblen Altersgrenze wurden verwirklicht, wenn sie auch später von der Koalition wieder verwässert wurden. Unsere Vorstellung von der Rente nach Mindesteinkommen ist Gesetz geworden. Das ist insbesondere den Frauen zugute gekommen. Unserem Einsatz ist es zu verdanken, daß wir die Rentenanpassung um ein halbes Jahr vorgezogen haben. Aus aktuellem Anlaß, meine Damen und Herren, warne ich davor, diese vorgezogene Anpassung, wie es die Bundesbank offensichtlich vorgeschlagen hat, wieder rückgängig zu machen.

(Beifall)

Ich warne auch davor - was im Hause Arendt offensichtlich vorbereitet wird -, unser System der sozialen Rentenversicherung bei den Anpassungen auszuhöhlen.

Unser Antrag über Öffnung der Rentenversicherung für Selbstständige und Hausfrauen wurde Gesetz. Aber damit haben wir die soziale Sicherung der Frau nicht erreicht. Diese Lücke im Netz der sozialen Sicherung wollen wir mit der Partnerrente schließen.

Unser Leitbild von der partnerschaftlichen Familie soll aber nicht nur Vokabel für schönklingende Reden an Festtagen sein, sondern muß auch in der künftigen sozialen Sicherung durch die Partnerrente einen sichtbaren Ausdruck finden.

Wir wollen hier und heute gemeinsam mit den Frauen der Union unseren politischen Willen zum Ausdruck bringen, daß wir die selbständige soziale Sicherung der Frau wollen und wie wir sie uns im Grundsatz vorstellen, d. h. ohne jetzt auf Einzelheiten einzugehen. Wir wollen, wie es Heinrich Geißler gesagt hat, dieses Feld besetzen. Hier und heute muß eine politische Entscheidung und keine Entscheidung in Einzelfragen getroffen werden.

(Beifall)

Was wir ablehnen, ist ein rigoroses Rentensplitting, wie es die Regierungskoalition bei der Neuordnung des Scheidungsrechts für den Versorgungsausgleich im Rahmen der materiellen Scheidungsfolgen vorsieht. Hierdurch - Heinrich Geißler hat es gesagt - würden Mini-Renten entstehen, und wir würden damit, um es ganz klar zu sagen, die materiellen Scheidungsfolgen sozialisieren; denn entweder würde der Beitragszahler für die Scheidungsfolgen oder aber der Steuerzahler für die Sozialhilfe aufzukommen haben. Die dann entstehenden Renten wären ebenso minimal, daß wir dazu nicht ja sagen könnten.

Ein letzter Gedanke. Meine Damen und Herren, es hat eine Menge Stimmen auch gegen die Partnerrente gegeben. Ich halte es für eine Stilfrage, wenn sich in der Frage der Partnerrente ausgerechnet solche Leute zu Wort melden, deren Pension - auch die Pension der Ehefrau - durch den Steuerzahler hinreichend gesichert ist.

(Beifall)

Ein sonst sehr ernst zu nehmender Kollege aus dem Deutschen Bundestag hat in einer Zeitung geschrieben, in dem Garten Eden sozialpolitischer Wünsche werde im Frauenprogramm bezeichnenderweise die Partnerrente gepflanzt. Meine Damen und Herren, soziale Sicherheit auch für Frauen ist kein Garten Eden, kein Paradies leicht erfüllbarer Wünsche, sondern eine zwingende Voraussetzung, wenn die Marktwirtschaft den schmückenden Namen "sozial" wirklich verdinen soll.

(Beifall)

Mit der Partnerrente besetzen wir ein Feld in der Sozialpolitik, das in die Zukunft weist, das hilft, Ungerechtigkeiten abzubauen. Darum, meine Damen und Herren, bitte ich Sie sehr herzlich, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Schönen Dank! - Als nächster Redner hat Frau Will-Feld, Landesverband Rheinland-Pfalz, das Wort.

Frau Waltraud Will-Feld: Meine Damen und Herren! Herr Geißler hat das Verfassungsgebot des Bundesverfassungsgerichts vorgetragen. Das Bundesverfassungsgericht hat den Gesetzgeber aufgefordert, bis 1984 die Gleichstellung des Beziehers einer Rente als Witwer mit dem Bezieher einer Rente als Witwe herbeizuführen, und dabei gesagt, daß sich dies am besten im Rahmen einer umfassenden Reform der Rentenversicherung verwirklichen lasse, bei der auch die eigenständige soziale Sicherung der Frau berücksichtigt werden könne.

Außerdem wird im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages zur Zeit die Reform des Ehe- und Familienrechts beraten. Ein Teil des Scheidungsfolgenrechts, meine Damen und Herren, umfaßt den sogenannten Versorgungsausgleich. Dies ist die Regelung des Versorgungsfalles für den Teilbereich der geschiedenen Frau auf der Grundlage des Zugewinnausgleichs von Versorgungsanwartschaften.

Abgesehen davon, daß die Regelung der eigenständigen sozialen Sicherung der Frau bei Scheidung eine Fülle von Mängeln aufweist und sich nicht in unsere Rechtsordnung einfügt, ist folgendes dazu zu sagen.

Wir wollen keine Lösungen von Teilstrukturen. Der Versorgungsausgleich umfaßt nur den Teilbereich der geschiedenen Frau. Wir wollen nicht auch noch die Klassenkampfadeen unter die Frauen gebracht wissen.

(Beifall)

Wir wollen keine Frauen erster und zweiter Klasse haben, nämlich solche, die, wenn sie sich scheiden lassen, eine eigenständige soziale Sicherung zu erwarten haben, und solche Frauen, die in bestehender Ehe eine eigene soziale Sicherung nicht zu erwarten haben.

(Beifall)

Wir wollen Entscheidungen über den Tag hinaus: eine eigenständige soziale Sicherung für alle Frauen, auch für diejenigen in bestehender Ehe.

Dem Parteitag liegt das Modell der Partnerrente vor. Wir wissen, wie schwierig die Lösung des Problems der eigenständigen sozialen Sicherung ist. Die Lösung dieser Frage ist eine große Aufgabe für die gesamte Partei, mit darüber nachzudenken, wie die eigenständige soziale Sicherung der Frau verwirklicht werden kann.

Einmal haben wir zu überlegen, wie das Problem zu lösen sein wird, wenn wir aus Gründen der leeren Finanzkassen eine kostenneutrale Umstellung vornehmen müssen, damit nicht Verbesserungen bei bestimmten Risiken erheblichen Leistungsverschlechterungen bei anderen Gruppen gegenüberstehen müssen. Zum anderen müssen wir das Problem der unausweichlichen Mehrbelastungen bei den Versicherten lösen; denn ein Wahlrecht zwischen altem und neuem System muß eingebaut werden.

Zum dritten. Das Problem des unterschiedlichen Lebensalters der Ehepartner spielt sicher dann eine wichtige Rolle, wenn bei schlechter werdenden Wirtschaftsverhältnissen einer der Ehepartner keine Arbeit mehr finden wird. Alle Sonderfälle, die die Vielfalt der Lebenswirklichkeit uns beschert - so beispielsweise auch der Fall, wenn eine Frau einen Witwer mit Kindern heiratet -, bedürfen der gründlichen Überlegung. Schließlich wollen wir nicht, daß Kinder in die Lebensplanung eines Ehepaares noch störender eingreifen als im gegenwärtigen Altersversicherungssystem mit allen hieraus resultierenden schwerwiegenden Folgen.

Ergebnis: eigenständige soziale Sicherung der Frau - ja, aber mit Augenmaß! Mein Antrag: keine Einzelausgestaltung durch diesen Parteitag.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Als nächste hat Frau Limbach, Landesverband Rheinland, das Wort.

Frau Editha Limbach: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sollen hier heute ja keinen Gesetzentwurf über die Partnerrente beschließen, sondern die politische Zielrichtung festlegen, wie wir uns die soziale Sicherung der Frau vorstellen, gerade auch der Frau, die sich in der Wahlfreiheit, die wir ihr eröffnen wollen, für die Erziehung des kleinen Kindes zu Hause in der Familie entschieden hat.

(Beifall)

Ich glaube, daß sehr viele Frauen Verständnis für diesen Ansatzpunkt haben, ja, daß sie ihn unterstützen werden, denn ich bin sicher, daß die Mehrzahl unserer Frauen sich nicht auf Kosten der Kinder emanzipieren will.

(Beifall)

Ich möchte noch auf eines hinweisen, was in Antrag A 27 steht. Zur Begründung der im Antrag enthaltenen Aussage, daß für langjährig nicht erwerbstätige Frauen eine zufriedenstellende Lösung gefunden werden müsse, wird angegeben, daß die bisher im Modell enthaltenen Vorstellungen ehe-, familien-, frauen- und kinderfeindlich seien. Ich finde, gerade das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall)

Die jungen Frauen verfügen ja in zunehmendem Maße über eine qualifizierte Berufsausbildung und haben auch sowohl die materiellen wie die geistigen Vorteile, in einem Beruf tätig zu sein, erkannt. Nun soll sich ein Ehepartner - und dies wird in der Regel die Mutter sein - besonders der Erziehung der kleinen Kinder widmen. Dies muß aber unter zumutbaren Bedingungen geschehen. Ich finde, die

Partnerrente und das Erziehungsgeld, das wir schon beschlossen haben, bieten sich hier als Instrumente an. Ich bitte Sie, der Empfehlung der Antragskommission auf Annahme des Antrags A 25 und Ablehnung des Antrags A 27 zu folgen.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Schönen Dank! Als nächste hat Frau Keck das Wort.

Frau Ingrid-Maria Keck: Liebe Parteifreunde! Ich möchte nicht alles wiederholen, was hier schon für und gegen die Partnerrente gesagt wurde. Im Namen des Kreisverbandes Freiburg ziehe ich den Antrag A 27 zurück,

(Beifall)

da wir zur Partnerrente grundsätzlich ja sagen. Dieser Antrag ist durch den Antrag A 33 überholt.

Ich möchte Sie nur noch einmal auf die Schwachstellen in der Konzeption der Partnerrente hinweisen. Herr Sozialminister Geißler war sich dieser Schwachstellen, wie ich glaube, auch bewußt, denn er hat empfohlen, Antrag A 33 dem Ausschuß zu überweisen, um das, was darin gesagt wird, sinngemäß in das Konzept einzuarbeiten. Dies ist auch unser besonderes Anliegen.

Zu der Problematik in Kürze nur so viel. Meine Herren, führen Sie sich einmal bitte folgendes vor Augen: Wenn Ihre Frau im Alter von 45 Jahren Witwe wird und sie keine erziehungsfähigen Kinder gemäß der Konzeption der Partnerrente hat und auch nicht erwerbsunfähig ist - im Rentenalter ist sie ohnehin noch nicht -, wird Ihre Frau - es sei denn, es wird in unserem Papier eindeutig etwas anderes gesagt - gezwungen sein, erwerbstätig zu werden. Nachdem Ihre Frau 20 oder 25 Jahre nicht mehr in ihrem erlernten Beruf tätig war, wird es ihr kaum möglich sein, jetzt wieder in eben diesem Beruf tätig zu werden. Die Frau hat in diesen 20 oder 25 Jahren die Familie versorgt, die Kinder erzogen und ihrem Mann den beruflichen Aufstieg ermöglicht, in ihrem eigenen beruflichen Aufstieg aber sozusagen einen Knick erfahren. Damit hier nicht eine Lösung ins Auge gefaßt wird, die sich mit unseren Grundaussagen zur Familie, zur Ehe und zur Kindererziehung nicht verträgt, bitte ich Sie, Antrag A 33 zu unterstützen und dem Ausschuß zu überweisen, damit eine sinngemäße Einarbeitung dessen, was in dem Antrag steht, erfolgen kann. Nur so können wir diese Schwachstelle, die angesichts der Grundaussage unserer Partei nicht beibehalten werden darf, beseitigen.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Danke schön! Jetzt hat Herr Wissmann das Wort.

Matthias Wissmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte mich namens der Jungen Union mit allem Nachdruck für den Antrag des Bundesvorstandes und der Frauenvereinigung aussprechen. Ich glaube, daß wir hier schon zu einer Konkretisierung des gestern in der Mannheimer Erklärung beteuerten Grundsatzes kommen, Solidarität gerade mit denen in unserer Gesellschaft zu üben, die zu den Benachteiligten gehören.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, denken wir doch etwas daran, daß sich die älteren Frauen heute oftmals in der Lage befinden, daß die Leistungen, die ihnen geboten werden, oftmals hinter dem zurückstehen, was die Sozialhilfe bietet. Denken wir doch einmal daran,

daß es heute so ist, daß die Zahl der Frauen, die zur Erwerbstätigkeit gezwungen werden, ständig steigt, weil der Rentenanspruch dieser Frauen für einen Lebensunterhalt nicht ausreicht. Vorhin wurde gesagt, durch die Partnerrente in der vorliegenden Form könnte ein Zwang zur Erwerbstätigkeit ausgeübt werden. Ich meine, dies kann man im Sinne des Antrags A 33 durch eine entsprechende Generalklausel abfangen. Liebe Parteifreunde, es ist doch aber heute wirklich so, daß viele Frauen mehr und mehr zur Erwerbstätigkeit gezwungen werden. Dies, so meine ich, müssen wir durch das Konzept der Partnerrente für die Zukunft vermeiden.

Ich will ein Zweites hinzufügen. Wir sprechen als CDU mit Recht immer wieder von der Notwendigkeit der Partnerschaft von Mann und Frau. Ich glaube, gerade weil wir mit dieser unserer politischen Forderung ernst genommen werden müssen, müssen wir klarmachen, daß es bei der jetzigen Form der Hinterbliebenenversorgung eben keine Partnerschaft in der Praxis gibt und daß es deswegen notwendig ist, daß wir über das Instrument der Partnerrente auch auf dem Gebiet der Hinterbliebenenversorgung Partnerschaft erreichen.

Liebe Parteifreunde, die wesentlichen Argumente zur Partnerrente sind hier schon vorgetragen worden. Ich möchte mit dem Hinweis schließen, daß wir als CDU, was die Rentenversicherung angeht, in einer großen Tradition stehen. Die Einführung der dynamischen Rente war ein Werk der CDU. Wir haben jetzt die Chance, in der Rentenversicherung einen neuen Meilenstein zu setzen. Ich finde, wir sollten uns als CDU diese Chance im Interesse der Frauen nicht entgehen lassen.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Zu Ziffer 24 hat sich als letzte Frau Hieronymi, Landesverband Rheinland, zu Wort gemeldet.

Frau Ruth Hieronymi: Meine Damen und Herren! Ich hoffe, noch in den Genuß der Partnerrente zu kommen, und deshalb möchte ich hier noch ein Wort dazu sagen. Hier sind unter sozialversicherungsrechtlichen und familien- und eherechtlichen Gesichtspunkten gravierende Argumente vorgetragen worden. Ich möchte hier ergänzend etwas unter dem Gesichtspunkt unserer Familienpolitik hinzufügen. Ermöglichen Sie es den jungen Männern und Frauen, die heute mit einem partnerschaftlichen Verständnis an die Familie herangehen und eine Ehe partnerschaftlich führen wollen, nicht nur die Aufgaben, sondern auch die Rechte partnerschaftlich zu teilen.

Dazu gehört die eigenständige soziale Sicherung.

Deshalb bitte ich Sie dringend: Ermöglichen Sie es uns, in der Zukunft unsere Aufgaben für die nächste Generation, für unsere Kinder, in partnerschaftlichem Verständnis auch faktisch wahrzunehmen! Stimmen Sie daher für die Partnerrente!

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Schönen Dank! Abschließend erteile ich dem Sprecher der Antragskommission, unserem Kollegen Geißler, noch einmal das Wort. Er wird den Antrag A 33 mit einbeziehen.

Dr. Heinrich Geißler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf den Freiburgern einen Vorschlag machen. Das Anliegen des Antrags A 25 ist voll berechtigt. Der Übergang von der unbedingten zur bedingten Witwenrente ist ein zentraler Punkt. Im Antrag A 25 heißt es beim dritten Spiegelstrich:

"Stirbt einer der Ehepartner, erhält der andere neben der ihm dann zustehenden eigenen Rente zusätzlich einen aus der Rente

des verstorbenen Ehegatten abgeleiteten 'Ehegattenzuschlag', sofern ihm eine Erwerbstätigkeit wegen Erziehung der Kinder, wegen Invalidität oder wegen Alters nicht zugemutet werden kann."

Im nächsten Absatz heißt es:

"Für langjährig nicht erwerbstätige Frauen, die eine Berufstätigkeit als Hausfrau und Mutter ausgeübt haben, muß eine zufriedenstellende Lösung des Problems gefunden werden, die über die vorgenannten Kriterien der Zumutbarkeit von Erwerbstätigkeit hinausgeht."

Inhaltlich ist also genau das angesprochen, was die Freiburger beantragt haben. Nur, gegenüber dem Freiburger Antrag fehlen zwei Elemente: erstens das Arbeitsplatzrisiko und zweitens die besonderen Härtefälle. Nur diese beiden Kriterien fehlen. Wir können z. B. nicht das 55. Lebensjahr hineinschreiben. Deswegen schlage ich folgende Formulierung vor:

"...sofern ihm eine Erwerbstätigkeit z. B. wegen Erziehung der Kinder, wegen Invalidität, wegen Alters, wegen Arbeitsplatzrisikos oder sonstiger Härtefälle nicht zugemutet werden kann."

Dann wäre der Freiburger Antrag, glaube ich, voll abgedeckt, und er könnte in diesen Vorschlag eingebaut werden. Außerdem hätten wir zugleich den Vorteil, daß wir im Duktus der gesamten Vorlage blieben und nicht zu Einzellösungen kämen.

Darf ich diesen Vorschlag machen. Dann könnten Sie Ihren Antrag zurückziehen. Sind Sie damit einverstanden? - Ich bedanke mich.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Nach dem Vorschlag der Antragskommission ist, wenn ich es richtig gesehen habe, der Antrag A 33 zurückgezogen worden. Ist das zutreffend? - Der Antrag A 27 war bereits zurückgezogen worden. Für den Antrag A 26 hat die Antragskommission Annahme des Antrags A 25 empfohlen. Darüber wird jetzt abgestimmt.

Wer der durch den Vorschlag der Antragskommission modifizierten Fassung des Antrags A 25 zustimmt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Danke! Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen dann zur Behandlung der Anträge A 25, A 26, A 27, A 28 und A 29. In allen Fällen schlägt die Antragskommission Annahme vor. Es liegen mit einer Ausnahme, nämlich zum Antrag A 28, auch keine Wortmeldungen vor. Frau Kröger möchte für den Antrag A 28 sprechen. Da die Antragskommission ohnehin Annahme empfiehlt, frage ich Frau Kröger, ob sie Wert auf ihre Wortmeldung legt. - Dies ist nicht der Fall. Dann könnten wir, wenn Sie dem zustimmen, über die Anträge insgesamt abstimmen. Dem wird nicht widersprochen.

Wer den Anträgen A 25 bis A 29 einschließlich im Sinne der Antragskommission, die Annahme vorschlägt, folgen will, den bitte ich um das Zeichen. - Danke! Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das war Annahme mit großer Mehrheit. Dann ist so beschlossen.

Damit ist der Antrag "Frau und Gesellschaft" abgehandelt. Er gilt nunmehr in der durch die angenommenen Anträge veränderten Fassung. Ich glaube, wir können uns alle zu der mit großer Einnütigkeit getragenen Annahme dieser Vorlage beglückwünschen.

(Beifall)

Wir haben nunmehr über die durch die Annahme von Anträgen veränderte Fassung insgesamt abzustimmen. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um das Zeichen. - Danke! Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dies bedeutet einstimmige Annahme.

(Beifall)

Wir kommen nunmehr zur Beratung und Verabschiedung der weiteren Anträge. Uns - und ich hoffe, auch Ihnen - liegen inzwischen insgesamt 28 Anträge vor. Ich gehe davon aus, daß die Mehrzahl der Anträge so eindeutig gefaßt ist, daß sie für sich selbst sprechen. Insoweit könnte auf eine ausführliche Begründung verzichtet werden.

(Vereinzelter Beifall)

Wir beraten, in der Reihenfolge der Anträge, zunächst über den Antrag E 1 der Jungen Union. Die Anträge E 1 bis E 3 und E 5 sollen zusammen behandelt werden. Für die Antragskommission spricht Herr Haaßengier.

Dieter Haaßengier: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt, die Behandlung der Anträge E 1, E 2 und E 3 sowie E 5 zusammenzufassen. Sie empfiehlt, diese Anträge in der Grundtendenz anzunehmen, hält aber eine sachliche und redaktionelle Überarbeitung in einigen Punkten für erforderlich. Der Vorschlag der Kommission dazu liegt Ihnen vor. Die Antragskommission ist der Auffassung, daß durch die Verpflichtung des Generalsekretärs, dem Bundesausschuß anschließend über die getroffenen Maßnahmen Bericht zu erstatten, sichergestellt wird, daß die Antragsteller die Möglichkeit erhalten, konkret nachzuprüfen, inwieweit ihre Vorstellungen verwirklicht worden sind.

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Brickwedde (Hannover). - Er ist nicht im Saal. Dann gebe ich Herrn Wissmann das Wort.

Matthias Wissmann: Liebe Parteifreunde, ich will es in unser aller Interesse kurz machen. Ich möchte zu zwei Punkten des Antrags E 1 Stellung nehmen und darum bitten, daß Sie diesem Antrag zustimmen. Wir haben hier einige konkrete Vorschläge zum Thema "Verhältnis von Partei und Fraktion" gemacht, und wir haben das vor folgendem Hintergrund getan: Wir sind der Meinung, daß es gerade auch im Blick auf die Bundestagswahl 1976 dringend notwendig ist, eine einheitlichere, eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion auf allen Ebenen zu erreichen.

Ich bitte Sie deswegen, diesem Punkt zuzustimmen.

Ein zweiter Punkt ist für uns ebenfalls wichtig, und das sagen wir gerade als Organisation, die CDU und CSU umfaßt. Wir meinen - und gerade durch die Auseinandersetzungen in den letzten Wochen und Monaten ist die Dringlichkeit und Notwendigkeit deutlich geworden -, daß wir als CDU alles dazu tun müssen, daß die innere Dynamik des Verhältnisses zwischen CDU und CSU beide Schwesterparteien nicht weiter auseinandertreibt; wir müssen vielmehr Vorschläge entwickeln, um die institutionelle Kooperation zwischen CDU und CSU auf allen Ebenen zu verbessern und zu intensivieren.

(Beifall)

Das, liebe Freunde, ist keine Frage, die wir länger vertagen können, bei der wir die Hände in den Schoß legen können, sondern das ist eine Frage, die letztlich die Substanz der Union betrifft. Wenn wir nicht wollen, liebe Freunde, daß es in Deutschland in der größten bürgerlichen Kraft Westeuropas, der Christlich Demokratischen und der Christlich Sozialen Union, eine ähnliche Entwicklung wie bei den bürgerlichen Parteien in den skandinavischen Ländern gibt, dann müssen wir jetzt etwas tun, um das Verhältnis von CDU und CSU nachhaltig zu verbessern.

Ich halte es für wenig verständlich - um ein Beispiel zu nehmen -, daß zwar die Europäische Union der Christlich Demokratischen Partei in der Lage ist, grundsatzprogrammatische Ansätze gemeinsam zu beschließen, daß dies aber zwischen CDU und CSU bisher nicht möglich gewesen ist.

(Beifall)

Gerade weil wir gemeinsame Grundsätze haben und dies von beiden Seiten immer wieder beteuert wird, sollten wir dies auch mal durch die gemeinsame Beschlußfassung und Verabschiedung eines Grundsatzprogramms von CDU und CSU zum Ausdruck bringen.

(Beifall)

Ein letzter Punkt! Wir haben in den letzten Wochen und Monaten das Gerangel um die Personalfrage erlebt. Ich will dazu nicht mehr Stellung nehmen, weil ich glaube, daß dies nicht mehr im Interesse der Solidarität der Union wäre, und weil ich glaube, daß wir mit Helmut Kohl den besten Mann der Union zum Kanzlerkandidaten nominiert haben.

(Beifall)

Aber, liebe Parteifreunde, gerade vor dem Hintergrund dieses Gerangels müssen wir uns die Frage stellen, wie wir in Zukunft vermeiden wollen, daß es erneut zu ähnlichen Situationen zwischen CDU und CSU kommt. Deswegen sollten wir als CDU den Vorschlag machen, in Verhandlungen mit der CSU zu treten, um ein Verfahren festzulegen, das mehr demokratische Legitimation und mehr Gemeinsamkeit beider Parteien für den Kanzlerkandidaten zum Ausdruck bringt.

(Beifall)

Deshalb meine ich, es wäre ein guter Ansatz, wenn dieser Parteitag dem Antrag der Jungen Union zustimmte und wenn wir schon hier zu einer Beschlußfassung über diesen Antrag kämen.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Herr Schönbohm, Landesverband Rheinland.

Wulf Schönbohm: Meine Damen und Herren! Wir als Junge Union haben die Anträge eingebracht, weil wir der Auffassung waren, daß es eigentlich nicht sinnvoll wäre, wenn der Parteitag zwei oder drei Stunden nur über Statutenreform diskutierte - was notwendig ist -, grundlegende und wichtige Fragen der Parteireform, die wir in unseren Anträgen behandeln, aber nicht diskutierte. Deswegen halten wir es auch nicht für richtig, wenn die Anträge einfach verwiesen werden. Von der Antragskommission ist gesagt worden, daß die Anträge klar und deutlich formuliert sind. Das alles spricht dafür, daß der Parteitag auch hier darüber abstimmt und die Dinge nicht einfach verwiesen werden.

Ich möchte vor allen Dingen auf die Anträge kurz verweisen, die die Beteiligung der Mitglieder und der hauptamtlichen Mitarbeiter bei Nominierungen behandeln. Hier ist mehrfach davon gesprochen worden, daß wir eine große Zahl von neuen Mitglieder haben. Die Willensbildungsstrukturen unserer Partei sind aber seit 25 Jahren praktisch unverändert. Wir müssen dem Rechnung tragen, daß gerade die Vielzahl der neuen Mitglieder ein neues und ein anderes Verständnis von Parteimitgliedschaft hat und auf größere Mitwirkungsrechte und direkte Einwirkungsmöglichkeiten auf sach- und personalpolitische Fragen drängt.

Deswegen fordern wir eben auch, daß dazu von seiten des Bundesvorstandes konkrete Vorschläge erarbeitet werden. Es gibt schon viele Kreis- und Bezirksverbände, die auf diesem Gebiet praktische Erfolge vorweisen können; das gilt auch für die Österreichische Volkspartei.

Ich glaube auch, daß wir in der Vergangenheit die hauptamtlichen Mitarbeiter und deren Situation vernachlässigt haben. Deswegen ist es sehr wichtig, daß wir auf diesem Parteitag darüber diskutieren, gerade auch im Hinblick auf 1976.

Das gleiche gilt auch für die Auswahl von Abgeordneten. Der Generalsekretär hat gestern darauf hingewiesen, daß die Mandatsträger die Visitenkarte der Partei sind. Wenn das so ist, dann müssen wir uns auch über die Kriterien für die Auswahl dieser Mandatsträger unterhalten.

Aus all diesen Gründen sollten wir die Anträge nicht einfach verweisen, sondern Antrag für Antrag abstimmen. Wenn dieser Antrag der Jungen Union abgelehnt und verwiesen werden sollte, dann bitte ich zumindest darum, in die Formulierung der Antragskommission einzufügen, daß der Parteitag die Anträge der Jungen Union zustimmend zur Kenntnis nimmt und sie dann erst an den Bundesvorstand verweist. Damit würde dann eine politische Willensäußerung zum Ausdruck gebracht. Die Dinge sind nämlich zu wichtig, als daß wir sie einfach nur verweisen und nicht wissen, was konkret damit passiert.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Dies waren Vorschläge und Anträge, die über den Vorschlag der Antragskommission hinausgehen. Ich wäre Herrn Haaßengier dankbar, wenn er für die Antragskommission Stellung nehmen würde.

Dieter Haaßengier: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission ist der Auffassung, daß sich der Antrag durch die Mannheimer Erklärung erledigt hat.

(Pfiffe und Zurufe: Begründung!)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst ist über die Empfehlung der Antragskommission abzustimmen. Ich darf darauf hinweisen, daß die Antragsteller für den Fall der Ablehnung der Empfehlung der Antragskommission vorschlagen werden, über ihren Antrag abschnittsweise abzustimmen.

Wir treten in die Abstimmung ein. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Danke. Gegenprobe! -

(Beifall)

Enthaltungen? - Es war nicht ganz klar erkennbar. Ich bin der Meinung, daß das zweite die Mehrheit war.

(Beifall)

Ich möchte jeden Zweifel ausräumen. Ich bitte Sie, wenn Sie dem Antrag der Antragskommission folgen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. - Danke. Gegenprobe! -

(Beifall)

Enthaltungen? - Das zweite war die Mehrheit.

(Beifall)

Wir stimmen abschnittsweise über den Antrag E 1 ab. Ich gehe davon aus, daß die Abschnitte durch die Zwischenüberschriften gekennzeichnet werden.

Wir stimmen über Annahme oder Ablehnung des ersten Abschnittes - Koordination zwischen Partei und Fraktion - ab. Wer diesem Abschnitt zustimmt, der gebe das Zeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das erste war deutlich die Mehrheit.

Abschnitt 2. Hier wird vorgeschlagen, getrennt abzustimmen, und zwar zunächst über die Vorrede und die Ziffern 1, 2, 3 und 5 und sodann über die Ziffer 4.

Wir stimmen zunächst über Vorschlag und die Ziffern 1, 2, 3 und 5 ab. Wer ihnen zustimmen will, den bitte ich um das Zeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? Das erste war die Mehrheit.

Wir stimmen nun ab über die Ziffer 4 des Abschnittes "Kooperation zwischen CDU und CSU". Wer hier zustimmen will, den bitte ich um das Zeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Auch dies war die Mehrheit.

(Beifall)

Wir stimmen über den nächsten Abschnitt "Größere Beteiligung der Mitglieder bei Nominierungen" ab. Wer diesem Abschnitt zustimmt, den bitte ich um das Zeichen. - Danke. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dies war fast einstimmige Annahme.

Wir kommen zur Abstimmung über den nächsten Abschnitt "Hauptamtliche Mitarbeiter der Partei". Wer diesen Abschnitt annehmen will, gebe das Zeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dies war die große Mehrheit.

Es folgt Abstimmung über den nächsten Abschnitt "Auswahl von Abgeordneten". Wer ihm zustimmt, gebe das Zeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist der Abschnitt mit einer deutlichen Mehrheit angenommen.

(Beifall)

Damit ist der Antrag Nr. E 1 angenommen. Die Anträge Nr. E 2 und E 3 sind mit der Annahme von E 1 erledigt.

Der Antrag Nr. E 5 ist mit der einstimmigen Annahme der Mannheimer Erklärung erledigt; dies ist jedenfalls der Vorschlag der Antragskommission. Wer dem folgen will, den bitte ich um das Zeichen. - Damit ist E 5 ebenfalls erledigt.

Zu dem Antrag Nr. E 4 schlägt die Antragskommission Ablehnung vor. Die Begründung für diesen Vorschlag gibt Herr Schwarz-Schilling.

Dr. Christian Schwarz-Schilling: Meine Damen und Herren, die Frage, wie Wahlkämpfe geführt werden sollen, ist oft Diskussionsgegenstand der einzelnen Parteigremien. Die Frage, ob die Bundespartei und damit die Bundesgeschäftsstelle in Zusammenarbeit mit verschiedenen Werbeagenturen eine Rahmenkonzeption entwerfen soll, ist in der Antragskommission deswegen auf Ablehnung gestoßen, weil die Förderung für die Wahlkämpfe von der Bundesgeschäftsstelle in zunehmender Weise bereits praktiziert wird, mit entsprechenden Werbeagenturen entsprechende Möglichkeiten eruiert werden, aber die Verantwortlichkeit bei Landtagswahlen und auch bei Kommunalwahlen in ihrer regionalen Differenziertheit auch bei denen sein soll, die diese Wahlkämpfe führen; andernfalls wäre das Prinzip, daß sich diejenigen, die Wahlkämpfe führen, nicht mehr verantwortlich fühlen. Wir können nur sagen: Wir helfen, wir fördern von der Bundesgeschäftsstelle, lehnen aber im übrigen diesen Antrag ab.

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Sie haben die Begründung der ablehnenden Empfehlung gehört. Wer dem folgen will, den bitte ich um das Zeichen. - Danke. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dies war, soweit ich übersehen kann, einstimmige Ablehnung des Antrags.

Der Antrag Nr. E 6 ist von den Antragstellern zurückgekommen; wir brauchen ihn nicht mehr zu behandeln.

Wir gehen zu den Anträgen Nr. E 7 und Nr. E 8 über. Diese beiden Anträge sollen zusammen behandelt werden. Die Antragskommission legt Ihnen eine Empfehlung vor. Herr Schönbohm wird diese Empfehlung begründen.

Wulf Schönbohm: Meine Damen und Herren, die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags Nr. E 7 mit der Änderung, daß der einleitende Satz folgendermaßen lautet: "Der Bundesvorstand wird beauftragt, mit Hilfe der von der CDU geführten Landesregierung und der CDU-Landtagsfraktion"- das ist eingefügt - "dahin zu wirken, daß", und dann geht es in der alten Fassung weiter. Die Ziffer 4 sollte nach unserer Auffassung folgendermaßen lauten: "die Bundesrepublik Deutschland als der freiheitlichste Staat unserer Geschichte erkannt und anerkannt wird und daß im Zusammenhang damit ein Zugehörigkeitsgefühl entwickelt wird, das trotz der Teilung Deutschlands" - das ist die Änderung - "wirksam genug ist, gesamtdeutschen" - das ist auch eine Änderung - "Bewußtsein zu tragen und zu stärken." Diese Änderung der Formulierung schlägt die Antragskommission zur Klarstellung vor.

Zu dem Antrag Nr. E 8 ist zu bemerken, daß sich die Ziffer 2 erledigt, wenn der Antrag Nr. E 7 in der von uns vorgeschlagenen Form angenommen wird.

Zu Ziffer 1 des Antrages Nr. E 8 empfehlen wir Annahme, weil es für die Christlich Demokratische Union selbstverständlich sein sollte, daß der 17. Juni auch in Zukunft ein Feiertag und kein Arbeitstag ist.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Zu dem Antrag E 7 hat Herr Dr. Gradl, Exil-CDU, das Wort.

Dr. Johann Gradl: Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Die in dem Antrag Nr. E 7 der Exil-CDU präzisierten vier Ansprüche zielen auf die Sicherung des geschichtlichen und nationalen Bewußtseins. Diese vier Ansprüche brauchen - der Herr Vorsitzende hatte recht - hier nicht im einzelnen erläutert zu werden, sie erklären sich aus sich selbst. Ich bin hier nur heraufgekommen, um ein kurzes Wort über den Gesamtzusammenhang zu sagen, in dem dieser Antrag gesehen werden muß.

Der Antrag ist von dem Gebot des Grundgesetzes und von unser aller Willen beherrscht, die Einheit Deutschlands nicht aufzugeben, sondern sie in freier Selbstbestimmung wiederherzustellen.

Zwei Überlegungen haben uns dazu bewogen, in dieser konkreten Weise Anregungen zu geben. Die eine Überlegung ist bestimmt von der geschichtspädagogischen Wirklichkeit in den Schulen verschiedener Länder und in verschiedenen pädagogischen Bereichen. Wir dürfen, so meinen wir, nicht zulassen, daß die Gegner freiheitlicher Entwicklung und die Gegner einer Einheit in Freiheit die deutsche Geschichte verfälschen zu einer simplen Folge von Klassenkämpfen.

(Beifall)

Wir dürfen auch nicht zusehen, wie die deutsche Geschichte verkürzt wird auf dieses Jahrhundert und auf einige revolutionäre Ereignisse davor.

(Beifall)

Wir dürfen nicht zusehen, daß deutsche Geschichte auf Gegenwarts-kunde reduziert wird,

(Beifall)

und wir dürfen nicht hinnehmen, daß deutsche Geschichte und Geschichtsunterricht als ideologisches Spielfeld mißbraucht werden.

(Beifall)

Ein Volk, das seine Geschichte in einer solchen Weise auflösen und zersetzen läßt, verliert die Wurzeln seiner nationalen Existenz,

(Zustimmung)

und es wird schließlich zum Spielball der Geschichte.

(Beifall)

Die zweite Überlegung, die uns zu diesem Antrag veranlaßt hat, ist diese: Deutschlandpolitik - d. h. eine Politik, die die Gesamtheit der Deutschen im Sinn hat - muß sich auf die aktuellen Vorgänge und Aufgaben konzentrieren und auf das, was heute und morgen abgewehrt werden muß oder möglich gemacht werden kann. Aber, meine Freunde, dies kann nicht genügen. Niemand weiß, wann wir das Ziel, das wir uns mit unserer Deutschlandpolitik gesetzt haben, erreichen. Die deutschlandpolitische Aufgabe muß deshalb für eine möglicherweise lange Zeit durchgestanden werden, und dafür muß langfristig vorgesorgt werden, und es müssen Ermüdungstendenzen abgewehrt werden.

Meine Freunde, die Gefahr der Resignation im Ringen um die deutsche Einheit wird immer größer, je weiter diese Einheit als Erlebnis in die Vergangenheit rückt. Wer heute 30 Jahre oder jünger ist, der hat nur in der Zeit der deutschen Teilung gelebt. Um so wichtiger ist es, so meinen wir, daß den nachwachsenden

Jahrgängen in allen pädagogischen Bereichen das Wissen um die die ganze deutsche Geschichte und um die aus dieser Geschichte erwachsene nationale Zusammengehörigkeit aller Deutschen vermittelt wird.

(Zustimmung)

In der Ganzheit der deutschen Geschichte hat die deutsche Nation ihren Ursprung, und aus der bewußten Einheit der Nation resultiert die Pflicht zur nationalen Solidarität.

Das heißt ganz praktisch und konkret: Insbesondere aus der nationalen Solidarität, die bewußt gemacht werden muß, resultiert die Pflicht, den Teil unseres Volkes, der gegen seinen Willen von uns getrennt ist, nicht aufzugeben und sich weiterhin für ihn mitverantwortlich zu fühlen. Lebendiges Bewußtsein der geschichtlichen und nationalen Einheit und eine Politik, die zielstrebig auf Deutschland als Ganzes gerichtet bleibt: Beides gehört zusammen.

Dies sind die beiden Überlegungen, die uns zu dem Antrag veranlaßt und zu dem Ergebnis geführt haben, daß diesen Gegebenheiten und Notwendigkeiten auch die Pädagogik in Zukunft mehr als bisher gerecht werden muß. Wir wollen nicht Nationalismus gelehrt haben, aber wir wollen das Geschichts- und Nationalbewußtsein auch als Aufgabe wieder lebendig gemacht sehen.

(Zustimmung)

Die Erfüllung dieser Forderung muß in allen Schul- und Bildungsbereichen gesichert werden.

Meine Freunde, die deutsche Frage, die Frage nach Deutschland als Ganzem, bleibt über eine ungewisse und bestimmt sehr schwere Zukunft nur dann offen, wenn sie auch in Zukunft von der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes bewußt mitgetragen wird. Vor wenigen Tagen hat ein Ostberliner Regierungsfunktionär bei einem Aufenthalt in einem großen südamerikanischen Land auf die Frage, wie es denn mit der Einheit Deutschlands werden würde, geantwortet: Noch eine Generation, und niemand mehr spricht von Einheit. Dagegen unser nationales Ziel, dagegen die Deutschlandpolitik zu sichern, dies ist der eigentliche Zweck unseres Antrages. Wir bitten Sie, ihm zuzustimmen. - Als Antragsteller sind wir mit den von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen einverstanden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, es wird vorgeschlagen, dem Votum der Antragsteller und der Antragskommission zu folgen. Ich lasse darüber abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Zeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle Annahme fest.

(Beifall)

Wir kommen, da Ziffer 1 erledigt ist, zu Ziffer 2 von Antrag E 8. Es wird Annahme vorgeschlagen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Zeichen. - Danke. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das war Einstimmigkeit; es ist so beschlossen.

(Beifall)

Wir gehen zu E 9 über. Das Wort wird nicht gewünscht. Der Vorschlag der Antragskommission liegt Ihnen vor. Wer der geänderten

Fassung zustimmt, den bitte ich um das Zeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist angenommen.

Bei E 10 wird Annahme empfohlen. Wer dem folgen will, gebe des Zeichen. - Es ist so beschlossen.

Zu E 11 wird Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Zeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei 2 Enthaltungen angenommen.

Antrag E 12 ist nach Ansicht der Antragskommission durch die laufende Gesetzgebungsarbeit erledigt. Stimmen Sie dem zu? - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Annahme bei 1 Enthaltung.

Antrag E 13 ist zurückgezogen worden; wir brauchen nicht abzustimmen und der Antragsteller hat auf seine Wortmeldung verzichtet. Ich danke ihm dafür.

Meine Damen und Herren, ich weise noch einmal darauf hin, daß die Begrenzung der Redezeit, die Sie beschlossen haben, auch weiterhin gilt. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie die Zeit nicht auserschöpfen; wir kommen sonst zeitlich in eine sehr bedrängte Situation. - Ich weise auch noch einmal darauf hin, daß Anträge eigentlich so gefaßt sein sollten, daß sie für sich selbst sprechen. Wenn Sie uns dabei folgten, erleichterte dies den weiteren Ablauf sehr.

Wir kommen zu Antrag E 14. Es ist Annahme vorgeschlagen. Wer dem folgen will, gebe das Zeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Wir gehen über zu Antrag E 15, verbunden mit dem Initiativantrag E 28; das dürfte der letzte sein, der Ihnen zugegangen ist. Hier haben sich Herr Burggraf und Herr Janning gemeldet. Ich gebe zunächst Herrn Burggraf das Wort.

Dr. Hans Burggraf: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Mittelstandsvereinigung ist damit einverstanden, daß Antrag E 15 in der von der Antragskommission vorgeschlagenen Form, also einschließlich des ergänzenden Halbsatzes, verabschiedet wird. Ich glaube, es sollte selbstverständlich sein, daß die CDU/CSU-Fraktion des Bundestages etwa bei der Novelle zum Bundesbaugesetz solchen Abgaben ihre Zustimmung verweigert, die in den Beschlüssen des Hamburger Parteitages nicht vorgesehen oder sogar ausdrücklich abgelehnt wurden. Zustimmung unserer Bundestagsfraktion bei zweifelhaften sogenannten Reformen der Regierungskoalition würde uns beim Wähler 1976 Verwirrung und wenig Verständnis einbringen.

Es kann nicht die Aufgabe der Opposition sein, dabei zu helfen, sehr schlechte Regierungsvorlagen auf dem Wege des Kompromisses zu schlechten Gesetzen werden zu lassen, die dann obendrein noch von der Regierung als große eigene Leistungen gefeiert werden. Für die Opposition gilt es vielmehr, die Schwächen und Nachteile der Regierungsvorlage zur Novellierung des Bundesbaugesetzes schonungslos offenzulegen und die für Millionen von Haus- und Grundeigentümern sowie Mietern zu erwartenden neuen Belastungen aufzuzeigen.

Zusätzlich müssen die eigenen Vorstellungen dem Wähler verdeutlicht werden, um ihn zu einer Stimmabgabe für die CDU zu motivieren. Eine deutliche Abgrenzung gegenüber der SPD, vor allem aber auch gegenüber der FDP, muß dem Wähler sichtbar werden. Dies soll unter anderem durch die zwei Sätze des Zusatzantrages erreicht werden. Ich glaube, der Wortlaut spricht für sich selbst. Die hier formulierten Ziele sollten bei der CDU unumstritten sein. Ich bitte Sie deshalb um Annahme des Antrages E 15 gemäß dem Vorschlag der Antragskommission und um Annahme des Zusatzantrages.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Herr Janning.

Heinz Janning: Liebe Parteifreunde! Ich möchte Ihre gesteigerte Aufmerksamkeit auf den Zusatzantrag lenken. Es heißt in diesem Zusatzantrag "weitere Abgaben". Ich hätte mich nicht mehr zu Wort gemeldet, wenn dem Votum der Antragskommission hier gefolgt worden wäre.

Beim Zusatzantrag E 28 bitte ich, den Wortlaut genau zu lesen. Wenn es heißt, daß eine weitere Abgabe nicht eingeführt werden darf, heißt dies nichts anderes, als daß die Bundestagsfraktion ihre Mitarbeit bei diesem Problemkreis, der etwas irreführend die Überschrift "Planungswertausgleich" trägt, einstellen müßte. Über diese Brisanz muß man sich voll im klaren sein.

Zu der sachlichen Notwendigkeit einer Abgabe möchte ich nicht im einzelnen Stellung nehmen.

Die verteilungs- und bodenpolitischen Notwendigkeiten sind bereits in Hamburg Gegenstand ausführlicher Diskussionen gewesen. Ich möchte auch nicht mehr auf die alte Kontroverse eingehen, ob man in dieser Frage kosten- oder wertorientierte Ansätze verfolgen sollte. Das ist ebenfalls in Hamburg diskutiert worden, wengleich auch nicht, wie hier eben behauptet worden ist, definitiv zugunsten eines Ansatzes entschieden. Man muß die Hamburger Beschlüsse genau und in ihrem Zusammenhang lesen. Das sollte an dieser Stelle auch einmal festgehalten werden.

(Beifall)

Ich möchte davor warnen, die Frage des Planungswertausgleichs in die Konfrontation einzubringen. Sie eignet sich dafür nicht. Dies könnte im Wahlkampf übel werden, denn man weiß genau, daß in dieser Frage politisch der Zug abgefahren ist. Ich warne davor, hier wieder etwas auszugraben, was uns schaden könnte.

Bezüglich der neuen Abgabe will ich abschließend nicht nur auf die Öffentlichkeitsmeinung hinweisen, sondern auch auf die Beschlüsse eines betroffenen Interessenverbandes, nämlich des Verbandes der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer. In dessen Beschlüssen, Leitsätze genannt, zur Bodenordnung ist unter Nr. 23 auch eine solche neue Abgabe vorgesehen, genannt Infrastrukturbeitrag. Wenn also schon die Betroffenen selbst die Notwendigkeit einer solchen Abgabe zugeben und befürworten, steht es hier nicht an, eine solche Abgabe generell abzulehnen.

(Vereinzelter Beifall)

Ich möchte darum bitten, nur dem Antrag der Antragskommission zuzustimmen.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission spricht Herr Riesenhuber.

Dr. Heinz Riesenhuber: Die Antragskommission bleibt zu Antrag E 75 bei ihrem ursprünglichen Votum.

Zu Antrag E 28, der nachgereicht worden ist, schlagen wir folgendes vor: Wir sind damit einverstanden, daß der Passus "insbesondere mit kleinem und mittlerem Besitz" herausgenommen wird, so daß der Satz dann heißt: "...daß die privaten Haus- und Grundeigentümer nicht mit weiteren Abgaben belastet werden". Der folgende Halbsatz wird gemäß dem ursprünglichen Votum der Antragskommission eingefügt: "die über die auf dem Hamburger Parteitag beschlossenen Abgaben hinausgehen."Damit ist die im letzten Plädoyer verlangte Handlungsfreiheit voll gewahrt, und wir haben ein soziales Anliegen, das dem Mittelstand besonders am Herzen liegt, noch einmal besonders ausgedrückt.

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Herr Burggraf nimmt noch einmal Stellung zum Vorschlag der Antragskommission.

Dr. Hans Burggraf: Liebe Parteifreunde! Zu den von Herrn Janning vorgetragenen Bedenken will ich im einzelnen nicht Stellung nehmen, insbesondere nicht zu den Hamburger Beschlüssen. Ich glaube, das würde bei der fortgeschrittenen Zeit zu weit führen. Ich möchte aber ausdrücklich sagen, daß ich mit diesen Ausführungen nicht konform gehe.

Meine Damen und Herren, mit dem Votum der Antragskommission bin ich grundsätzlich einverstanden. Ich möchte aber darum bitten, in folgender Form abzustimmen und beantrage dies: zunächst über die ursprüngliche Fassung der Antragskommission. Die Antragsteller würden dann auf den Satz 1, der ja insbesondere strittig ist, verzichten. Ich glaube, das wäre ein passabler Vorschlag. Es würde dann nur noch der Satz am Schluß stehen bleiben - ich glaube, das sollte in der CDU/CSU unbestritten sein -: "insbesondere müssen die Haus- und Grundeigentümer mit kleinem und mittlerem Besitz von weiteren Abgaben möglichst verschont bleiben". Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist voll konform mit den Hamburger Beschlüssen. - Ich erhebe dies zum Antrag.
(Vereinzelter Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren, wir haben uns eine Verfahrensordnung gegeben, an die der Präsident gebunden ist. Ich kann nur über die Anträge der Antragskommission abstimmen lassen. Sie ist Ihnen in der Sache entgegengekommen. Ich glaube, damit kann man leben.

Ich stelle den Antrag der Antragskommission in der modifizierten Fassung zur Abstimmung. Wer dem folgen will, den bitte ich um das Zeichen. - Schönen Dank. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommen. Damit ist gleichzeitig der Antrag E 28 verabschiedet.

Wir gehen über zu Antrag E 16. Hierzu liegt eine große Fülle von Wortmeldungen vor. Herr Stehle hat inzwischen seine Wortmeldung zurückgezogen. Er wird seinen Beitrag zu Protokoll geben. Ich möchte mich dafür bei ihm auch in Ihrem Namen bedanken. Zu Antrag E 16 haben sich Herr Lampersbach, Herr Rebstock, Herr Dr. Becker und Herr Hasinger zu Wort gemeldet. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, daß die Redezeitbegrenzung, die wir beschlossen haben, weiter gilt. Ich wäre Ihnen im Interesse des weiteren Ablaufs und der weiteren Anträge dankbar, wenn Sie von dieser Begrenzung keinen extensiven Gebrauch machen würden. - Herr Lampersbach.

Egon Lampersbach: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Liebe Freunde! Wir kommen mit diesem Antrag an einen Punkt, der im Hinblick auf den konjunkturellen Verlauf der letzten Monate Bedeutung gewinnt. Wenn wir feststellen mußten, daß im Jahre 1974 rund 25 000 Betriebe durch Konkurs oder stille Liquidation aus dem Wirtschaftsleben ausgeschieden sind und damit auch gleichzeitig eine Fülle dringend benötigter Arbeitsplätze nicht mehr zur Verfügung steht, sollte dies eigentlich für die Bundesregierung ein Alarmzeichen gewesen sein. Wir haben aber festgestellt, daß außer wortreichen Erklärungen in der praktischen Politik nichts getan worden ist, was hier zu einer Besserung, zu einer Änderung dieser katastrophalen Entwicklung geführt hätte. Die Bundesmittelstandsvereinigung hatte daher unter Kenntnisnahme der in einigen Bundesländern - ich darf hier Baden-Württemberg oder auch Bayern nennen - vorhandenen Mittelstandsförderungs-gesetze eine Gesamtvorlage als Rahmengesetzentwurf für die Bundes-

republik Deutschland vorgeschlagen. Der Ihnen vorliegende Antrag E 16 beinhaltet, daß die Bundestagsfraktion der CDU/CSU aufgefordert werden soll, schnellstmöglich in die Beratungen für ein derartiges Gesetz einzusteigen.

Ich glaube, meine Freunde, daß uns das nicht nur gut ansteht, sondern daß es unserer so schwer geprüften Bevölkerung, den Wechselwählern, die einer schlechten Politik ausgesetzt sind, guttut, wenn wir hier für Klarheit in der Gesetzgebung Sorge tragen. Wir werden durch die nachfolgenden Freunde noch Präzisierungen zu diesem Gesetzentwurf bekommen.

Wir sind uns auch über die Problematik, meine Damen und Herren, ein derartig umfassendes Gesetz zu schaffen, durchaus im klaren. Einige Freunde von uns haben die Frage gestellt, wieweit es noch sinnvoll sei, damit jetzt, praktisch ein Jahr vor Ende der Legislaturperiode, zu beginnen. Meine Damen und Herren, der Zeitpunkt ist, wenn Sie so wollen, immer falsch. Aber wir glauben, daß der Zeitpunkt jetzt sicherlich richtig ist, weil der Anfang zu einer derartigen Gesetzesvorlage immer richtig ist.

(Vereinzelt Beifall)

Das zweite: Wir haben in unserem Antrag einen Satz, der sicherlich zu Spekulationen Anlaß geben könnte. Ich meine den Hinweis auf das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz. Meine Damen und Herren, wir müssen feststellen, daß diese Regierung - die sozialliberale Koalition, wie sie sich nennt - ein vorhandenes Gesetz, das von allen Parteien getragen worden ist und auch noch getragen wird, nicht anwendet, sondern achtlos in der Schublade liegen läßt. Damit enthebt sich diese Regierung der Möglichkeit, in den katastrophalen Wirtschaftsablauf mit Hilfe eines vorhandenen Gesetzes einzugreifen.

Wir bitten daher, meine Damen und Herren, diesen Antrag E 16, so wie er Ihnen im vollen Wortlaut vorliegt, insgesamt anzunehmen. Ich würde mich sehr freuen, wenn die Antragskommission die angefügte Anmerkung, daß der Antrag ab Satz 2 überwiesen werden solle, zurücknehme, weil wir der Öffentlichkeit das Gesetz in Gänze vorstellen wollen, damit draußen Klarheit darüber besteht, was wir wollen und nicht nur eine fröhliche Größ-Gott-Formel übrigbleibt.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Rebstock, dann Herr Curt Becker.

Franz Rebstock: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie verlassen in wenigen Minuten unser Land Baden-Württemberg, ein Land, das mittelständisch geprägt ist. Es wird deshalb von besonderer Bedeutung sein, wenn Sie heute durch die Annahme des Antrages E 16 die zur Tradition gewordene positive Mittelstandspolitik der Union fortsetzen und unterstreichen würden.

(Vereinzelter Beifall)

Kurz- und langfristig kommt es sicherlich darauf an, im Interesse der Sicherung einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur die Leistungskraft der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der in der Wirtschaft tätigen freien Berufe zu erhalten und zu stärken, die Wettbewerbsnachteile auszugleichen und vor allem die Eigenkapitalbasis zu verbessern, um die Arbeitsplätze in der mittelständischen Wirtschaft zu sichern und auszubauen. Das, meine Damen und Herren, dürfen wir aber nicht allein den

CDU-regierten Ländern überlassen, sondern es ist dringend notwendig, daß koordinierte, zusammengefaßte wirksame Maßnahmen mit Hilfe eines Bundesmittelstandsförderungsgesetzes erfolgen; denn ich meine, die Länder können nicht Flickmeister der tatenlosen Mittelstandspolitik der Bundesregierung seien, die dem Mittelstand in ihren Aktionsprogrammen zwar verbale Liebeserklärungen abgibt, ihnen aber keine Aktionen folgen läßt.

(Vereinzelter Beifall)

Ich bitte Sie deshalb, meine Parteifreunde: Bekennen Sie sich voll zur Mittelstandspolitik der Union, indem Sie den Antrag zum Mittelstandsförderungsgesetz bejahen. Dafür danke ich Ihnen; denn mutige Mittelstandspolitik ist zum Wohle aller Bürger unseres Landes.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Herr Dr. Becker.

Dr. Curt Becker: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Ich habe im Auftrage der Antragsteller, also der Mittelstandsvereinigung, zu diesem Antrag noch eine Ergänzung vorzunehmen, und zwar folgende. In dem Absatz "Steuerpolitik" wollen wir die Beispiele wegfallen lassen, d.h. die Worte "u.a. durch Einführung des Verlustrücktrages, Schaffung einer steuerfreien Investitionsrücklage und durch eine mittelstandsgerechte Steuerharmonisierung in Europa (Gewerbesteuer)". Wir wollen diese Beispiele wegfallen lassen, weil diese Forderungen zu begrenzt sind. Dafür wollen wir hinter "eine Steuerpolitik, ... und mittleren Unternehmen" die Worte "gegenüber der Großwirtschaft" einfügen.

Ich bin der Auffassung, daß das Votum der Antragskommission, nur den ersten Satz des Antrages E 16 passieren zu lassen, damit praktisch überholt ist und man den gesamten Antrag, so wie jetzt vorgetragen, annehmen kann.

Ich möchte dazu bemerken, meine Damen und Herren, daß die Mittelstandsvereinigung unter den Maßnahmen in der Steuerpolitik ganz bestimmte Dinge versteht, die nicht im Antrag niedergelegt sind, die aber in der Öffentlichkeit bekannt sein müßten. Wir haben im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages auf dem Gebiet der Steuerpolitik im Interesse der Kapitalbildung und Investitionsbereitschaft des Mittelstandes, der mittelständischen Betriebe ganz bestimmte Forderungen gestellt. Diese Anträge sind von der Koalition niedergestimmt worden, und wir haben sie später im Plenum nicht wiederholt.

Wir sind aber der Auffassung, daß wir auf dem Gebiete der Steuerpolitik einige Forderungen dringend durchsetzen müssen. Das ist zunächst die Einführung des Verlustrücktrages, das ist eine steuerfreie Investitionsrücklage, das ist die Reduzierung der Vermögenssteuer von 0,7 auf 0,5 %, das ist die Abschaffung der Dauerschulden als Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer, und das sind Verbesserungen der steuerlichen Abschreibungen. Diese Forderungen müssen wir im Laufe der Zeit durchsetzen; denn im Interesse der Reduzierung der Arbeitslosigkeit und einer neuen Investitionsbereitschaft der Unternehmungen kommt sehr viel darauf an, daß man nicht durch zu hohe Steuern in die Substanz der Unternehmungen eingreift. Darum ist es nötig, daß wir diese Maßnahmen ergreifen.

Die Einzelheiten werden also nicht in den Antrag aufgenommen. Der Antrag ist generell gefaßt. Aber es ist notwendig, daß man draußen weiß, welche Überlegungen wir angestellt haben.

Ich möchte Sie bitten, den gesamten Antrag mit der Ihnen vorge-
tragenen kleinen Änderung anzunehmen.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Als letzter hat das Wort
Herr Hasinger.

Albrecht Hasinger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich
möchte mich für den Antrag in der soeben von Herrn Dr. Becker
vorgetragenen Form aussprechen.

(Beifall)

Ich tue das ausdrücklich für die Sozialausschüsse.

Natürlich wird es immer wieder Konflikte zwischen Arbeitnehmern
und Unternehmern im mittelständischen Bereich geben, und natür-
lich müssen diese Konflikte - und zwar ordnungspolitisch -
ausgetragen werden. Aber was ich sagen will, ist folgendes:
Es wäre ein Widerspruch, wenn wir, die wir für mehr Selbständig-
keit der Arbeitnehmer kämpfen - und innerhalb der CDU erfolg-
reich gekämpft haben -, nun nicht für ein Gesetz stimmten, das
die Stärkung der selbständigen Unternehmungen gegen den Sog der
großen Konzentration zum Inhalt hat.

(Beifall)

Es wäre eine Verarmung unserer Landschaft, wenn wir nur noch
einige wenige Großunternehmen hätten. Das wäre weniger Viel-
falt, weniger Pluralismus, weniger Wahlmöglichkeit, und zwar
nicht nur für Verbraucher, sondern auch für Arbeitnehmer.

(Beifall)

Und noch ein letzter Satz: Ich glaube, mit diesem Antrag wird
auch eine Teilantwort auf das Problem der multinationalen
Konzerne gegeben, das in erfreulicher Offenheit und Vourteils-
losigkeit gestern wiederholt angesprochen worden ist. Ich möchte
also dafür plädieren, daß die Empfehlung der Antragskommission
abgelehnt und der Antrag der Mittelstandsvereinigung in der von
Herrn Dr. Becker vorgetragenen geänderten Form zur Gänze akzep-
tiert wird.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission
spricht Herr Schwarz-Schilling.

Dr. Christian Schwarz-Schilling: Die Ausführungen von Herrn
Becker und insbesondere die warme Unterstützung von Herrn Has-
inger haben die Antragskommission veranlaßt, den Antrag Becker
zu unterstützen und zu empfehlen.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Sie haben die Empfehlung
der Antragskommission gehört. Sie empfiehlt Ihnen die Annahme
des Antrags der Mittelstandsvereinigung in der durch Herrn Kol-
legen Becker modifizierten Form. Wer dem zustimmen will, den
bitte ich um das Zeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Enthaltun-
gen? - Dies ist eine fast einstimmige Annahme.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir an dieser Stelle eini-
ge Bemerkungen zur Geschäftslage. Wir kommen in eine zunehmend
schwieriger werdende Situation. Sie haben mir eben dadurch ge-
holfen, daß Sie einer Redezeitbegrenzung auf fünf Minuten zu-
gestimmt haben. Wenn wir dabei bleiben, haben die letzten Kol-

legen nicht mehr die mindeste Chance, zu Wort zu kommen, wenn wir versuchen, unseren Zeitplan auch nur in etwa einzuhalten. Eine Reihe von Kollegen haben wissen lassen, daß sie zeitlich fest disponiert haben, und es kamen Wünsche nach oben, die restlichen Anträge durch Verweisung an den Vorstand oder Bundesparteiausschuß als erledigt zu betrachten.

(Beifall)

Ich sage Ihnen ganz offen, daß ich Ihnen dies nur sehr ungern vorschlagen würde, weil dann ein Teil der Anträge anders behandelt würde als die ersten, und das wäre mißlich. Der Präsident kann Ihnen eine Redezeitbegrenzung auf fünf Minuten vorschlagen. Sie könnten eine solche auf drei Minuten beschließen. Wenn Sie dem zustimmen, dann bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Schönen Dank. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist ein eindeutiges Votum für drei Minuten. Ich möchte nun meinerseits mit gutem Beispiel vorangehen. Ich hatte mich jetzt zur Begründung des Antrags E 17 zu Wort gemeldet. Ich sage Ihnen offen: Es fällt mir sehr schwer, darauf zu verzichten. Ich tue es dennoch. Zum Antrag E 17 gebe ich dem Kollegen Pohl das Wort.

Dr. Ottmar Pohl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dankenswerterweise hatte die Antragskommission diesen Antrag des Präsidiums bereits auf den Bundesvorstand ausgedehnt. Nur darf ich daran erinnern, daß die Gremienmitglieder der Landesrundfunkanstalten von den Landtagsfraktionen, also den Landtagen entsandt werden. Daher bin ich der Meinung, daß der Adressat dieses Antrags zu eng gefaßt ist. Nach meiner Meinung beziehen sich die Ziffern 1 und 2 auch auf die Landtagsfraktionen und die Landespartei vorstände. Ich würde Sie deshalb bitten, Herr Präsident, daß dieser Antrag entsprechend ausgedehnt wird. Zu den Ziffern 3 und 5 dieses Antrags habe ich nur anzumerken, daß wir bereits in Saarbrücken und vorher in Düsseldorf die gleiche Bitte an die Bundespartei gerichtet haben. Ich möchte wiederholt die herzliche Bitte äußern, lieber Herr Kohl, daß diese beiden Ziffern endlich in die Tat umgesetzt werden.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Hier ist ein Änderungsantrag gestellt worden. Die Antragskommission schlägt, wenn ich es richtig verfolgt habe, Annahme vor. Für die Antragskommission spricht Herr Schwarz-Schilling.

Dr. Christian Schwarz-Schilling: Die Antragskommission ist der Auffassung, daß man dem zustimmen kann. Ganz generell noch einmal zu dem, was die Antragskommission als Satz davor gesagt hat, nämlich: "Der Bundesvorstand wird aufgefordert, auf die Ausgewogenheit der Programme der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten hinzuwirken und ... dafür zu sorgen ...". Gerade die Zielsetzung, die erforderlich ist, muß hier in den Vordergrund gerückt werden, nämlich die "Ausgewogenheit der Programme der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten". Dem hat sich alles andere unterzuordnen, z. B. welche Leute in Frage kommen usw. Aus diesem Grunde ist das als Obersatz mit eingefügt worden; denn es ist die Zielsetzung der Christlich Demokratischen Union, daß die Staatsverträge auch eingehalten werden.

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Sie haben den Vorschlag gehört. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Zeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmige Annahme.

Ich hoffe, die Rechte des Präsidenten nicht zu überschreiten, wenn ich sage: Ich bedanke mich für dieses klare Votum.

(Beifall)

Wir gehen zu dem Antrag E 18 über. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Zeichen. - Danke. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist so beschlossen. Antrag E 19. Das Wort hat Herr Vogel für die Antragskommission.

Friedrich Vogel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Annahme dieses Antrags mit folgender Maßgabe. In der Präambel soll es in Übereinstimmung mit den Antragstellern nur noch heißen: "Der Bundesparteitag bringt seine tiefe Besorgnis über die bisherige Entwicklung der KSZE zum Ausdruck". Der Grund dafür liegt darin, daß wir auch in der Präambel nicht in der Form einer Unterstellung etwas aussagen wollen, was als Hinnahme gedeutet werden könnte, daß es auf der KSZE zu völkerrechtlich relevanten Ergebnissen kommt. Im übrigen soll im zweiten Absatz nach "Der Bundesparteitag stellt fest ..." im zweiten Absatz der Zusatz angefügt werden: "dieses" - gemeint ist das europäische Gleichgewicht - "wird außerdem durch die Entwicklung in Portugal gefährdet". Die Antragskommission empfiehlt Annahme mit der Maßgabe dieser Änderungen.

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Sie haben den Bericht zur Kenntnis genommen und die Empfehlung gehört. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um das Zeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Entschuldigung! Kommando zurück! Es lag noch eine Wortmeldung vor, die ich übersehen hatte: Herr Lorenz! - Er verzichtet. Ich bedanke mich. Wir treten erneut in die Abstimmung ein. - Wie ich höre, hat er nicht verzichtet. Oder?

Peter Lorenz: Nachdem Sie dem Antrag bereits zugestimmt haben, liebe Freunde, sehe ich keine Veranlassung mehr, dazu zu reden. Ich darf Ihnen für die Zustimmung danken.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Ich muß der Klarheit wegen die Abstimmung wiederholen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Zeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das war einstimmige Annahme. Wir behandeln jetzt Antrag E 20, verbunden mit Antrag E 27. Für die Antragsteller hat Frau Margarethe Kuppe, Baden-Württemberg, das Wort.

Frau Margarethe Kuppe: Ich will es ganz kurz machen. Die Antragsteller des Antrags E 27 sind selbstverständlich mit dem Text von E 20 vollinhaltlich einverstanden. Nur deckt sich unser Antrag nicht ganz mit E 20. Wir fordern, die Bundestagsfraktion möge ein Wahlgesetz in Angriff nehmen und mit gleichgerichteten Parteien einzubringen versuchen, das dazu führt, daß die europäischen Völker eine europäische verfassungsgebende Versammlung wählen können. Ich bin der Meinung, wenn wir 25 Jahre darauf gewartet haben, daß die Regierungen zu einer politischen Union Europas kommen, werden wir sie wahrscheinlich auch in den nächsten Jahren nicht erwarten können. Es ist so wie 1815 und 1848: Diejenigen, die ihre Macht selber mindern müssen, tun das nicht. Aus diesem Grunde glauben wir, daß angesichts der drängenden Not, in der sich die europäische Vereinigung demnächst vollziehen muß, dieser Weg über die unmittelbare Einschaltung der Völker selber, soweit sie es wollen, der richtige wäre.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Schönen Dank! - Für die Antragskommission spricht Herr Schönbohm.

Wulf Schönbohm: Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags E 20, weil er eine Konkretisierung unserer allgemeinen positiven Auffassung gegenüber Europa darstellt. Sie ist der Meinung, daß der Antrag E 27 durch E 20 mit umfaßt wird und darin eingebunden ist, so daß eine spezielle Behandlung von E 27 nicht erforderlich ist.

Es ist auch die Frage, ob es sinnvoll ist, sich bereits jetzt in Einzelheiten auf ein Wahlgesetz festzulegen.

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Danke schön! Wer bereit ist, der Empfehlung der Antragskommission zu folgen, gebe bitte das Zeichen. - Danke! - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen. Damit ist zugleich Antrag E 27 mit behandelt.

Ich rufe Antrag E 21 auf. - Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer bereit ist, der Empfehlung der Antragskommission zu folgen, gebe das Zeichen. - Danke! Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Ich rufe Antrag E 22 auf. Hierzu hat für die Antragskommission Herr Vogt das Wort.

Wolfgang Vogt: Namens der Antragskommission möchte ich noch zwei textliche Änderungen vortragen, die mit den Antragstellern und Delegierten besprochen worden sind.

Erstens. Auf Seite 2 des Antrags soll es im zweiten Absatz in der vierten Zeile heißen:

"... durch eine grundlegende, auf Stabilität gerichtete Kurskorrektur ..."

Zweitens. Auf derselben Seite soll es im drittletzten Absatz wie folgt heißen:

"Die Kreditaufnahme der öffentlichen Hand darf nicht zur Füllung von Inflationslöchern im Haushalt, sondern nur für Investitionen und damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen verwendet werden."

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen Annahme des Antrags mit diesen textlichen Änderungen.

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Jetzt hat Herr Müller-Hermann das Wort. Ihm folgt Herr Dr. Becker. Jedem der Redner stehen drei Minuten Redezeit zur Verfügung.

Dr. Ernst Müller-Hermann: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Ich begrüße ausdrücklich die Initiative, die hier ergriffen worden ist, in deren Mittelpunkt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit steht. Ich hätte es, offen gestanden, noch mehr begrüßt, wenn die Allianz der Antragsteller eine noch breitere Basis gehabt hätte. Wir hätten dann vielleicht manches noch etwas klarer formulieren können.

Aus der Sicht speziell der Bundestagsfraktion möchte ich drei Feststellungen treffen.

Erstens. Wir bleiben dabei, daß die öffentliche Verschuldung sich in Grenzen halten muß. Wir können nicht immer nur den bequemeren Weg gehen, Beschränkungen und Eingrenzungen der Staatsausgaben durch die öffentliche Verschuldung nicht in Angriff zu nehmen. Was wir im Augenblick brauchen, sind eine

weitere Senkung des Zinsniveaus und die Stabilisierung des Zinsniveaus auf einem niedrigen Level. Das wäre ein wichtiger Beitrag zur Belebung der Konjunktur.

Zweitens. Wir werden von seiten der Bundestagsfraktion ein eigenes Konzept zur Belebung des Wachstums in unserer Wirtschaft entwickeln. Wir denken dabei freilich nicht an einen Zahlenrausch, sondern an qualifiziertes, reales wirtschaftliches Wachstum.

Hierzu ist vieles an steuerlichen Maßnahmen erforderlich, vor allem aber die Wiederherstellung des Vertrauens in unsere Wirtschaft.

Drittens. Meine Damen und Herren, wir sind und wir bleiben die Partei der Solidarität. Das bedeutet aber in letzter Konsequenz, daß alle unsere Aussagen und alle unsere Forderungen in ihren Enden zusammenpassen müssen und daß wir unsererseits nicht mehr versprechen können, als wir halten können und als durchsetzbar ist. Wenn andere - z.B. die Regierung - mit zweifelhaftem Erfolg lügen, ist das kein Modell für uns. Unsere Glaubwürdigkeit hängt davon ab, daß wir dem deutschen Volk die volle Wahrheit sagen. Das heißt, daß wir dies zum Ausdruck bringen müssen: Die Korrektur der verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik der letzten Jahre und die Überwindung der langfristigen Schäden, die im Gefolge dieser Politik eingetreten sind, erfordern eine große gemeinsame Kraftanstrengung und zum Teil auch Opfer unseres ganzen Volkes sowie eine kraftvolle, überzeugende politische Führung, die wir unserem Land und unserem Volk wieder anbieten.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Schönen Dank! Das Wort hat jetzt Herr Dr. Becker.

Dr. Curt Becker: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Ich möchte zunächst einmal sagen, daß ich denjenigen, die den Antrag E 22 gestellt haben, sehr dankbar bin, daß sie die brennende Frage der Arbeitslosigkeit auf diesem Bundesparteitag angeschnitten haben.

(Vereinzelt Beifall)

Das war dringend nötig, weil dieses Thema draußen auf große Aufmerksamkeit stößt und den Menschen unter den Nägeln brennt.

Gestatten Sie mir ein Wort zum Prozedere. Eben wurde ein Beispiel für eine Übereinstimmung zwischen der Mittelstandsvereinigung und den Sozialausschüssen im Hinblick auf einen Antrag angeführt. Hier ist viel von Solidarität gesprochen worden. Auch Herr Wissmann hat von der Solidarität von CDU und CSU gesprochen. Der vorliegende Antrag kam gestern abend um 18.50 Uhr auf unseren Tisch. Es ist ein sehr wichtiger Antrag. Sie haben eben von Herrn Müller-Hermann gehört, daß es hier um sehr komplizierte Fragen geht. Ich meine, es wäre empfehlenswert gewesen, diesen Antrag mit dem zuständigen Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik der Partei vorzubespochen. Leider ist das nicht geschehen. Eine solche Besprechung kann aber nachgeholt werden. Ich bitte darum, in unserer Partei noch mehr Solidarität von einzelnen Vereinigungen und Gremien im Hinblick auf einzelne Sachgebiete zu ermöglichen und herbeizuführen.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Schönen Dank! Hierzu liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission in der Form, wie sie der Kollege Vogt vorgetragen hat, folgen möchte, gebe das Zeichen. - Schönen Dank! Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Wir haben uns jetzt noch mit dem Antrag M 5, also einem Antrag, der ursprünglich zur Mannheimer Erklärung eingebracht war, zu befassen. Die Antragssteller haben beantragt, diesen Antrag unabhängig von der Mannheimer Erklärung aufzurufen. Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, den Text als Entschließung zu verabschieden. Der Antragstext würde also beginnen: "Der Parteitag faßt folgende Entschließung:"; dann folgt der Text des Antrags M 5, wie Sie ihn in Ihrer gedruckten Vorlage finden. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission folgen will, gebe bitte das Zeichen. - Danke! Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einer Gegenstimme ist es so beschlossen.

Ich rufe Antrag E 23 auf. Für die Antragskommission hat Herr Schönbohm das Wort.

Wulf Schönbohm: Meine Damen und Herren! Der Antrag E 23 ist ein umfangreiches Papier. Es handelt sich hier um ein Aktionsprogramm, ein 10-Punkte-Programm zur Deutschlandpolitik. Die Antragskommission meint, daß es den Rahmen der augenblicklichen Diskussion sprengen würde, wenn man dieses Papier hier im Detail diskutierte und verabschiedete.

(Vereinzelt Beifall)

Sie empfiehlt daher, dieses Papier, dem im Grundsatz durchaus zuzustimmen ist, an den Bundesvorstand zu überweisen, der das Papier im einzelnen beraten und eine entsprechende Beschlußvorlage erarbeiten sollte.

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Zu diesem Antrag hat jetzt Herr Jäger das Wort.

Klaus Jäger, Wangen: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Eine ausgiebige Begründung dieses Antrages ist bereits in der gestrigen Debatte über die Mannheimer Erklärung gegeben worden. Ich kann es mir daher ersparen, hier auf Einzelheiten einzugehen.

Jeder Delegierte in diesem Raum hatte Gelegenheit, diesen Antrag zu studieren und zu überprüfen. Wir haben heute früh schon eine Reihe sachlich umfangreicher Anträge verabschiedet, bei denen wir natürlich auch über jeden einzelnen Punkt intensiv hätten diskutieren können. Bis jetzt sind wir in allen Beiträgen und in allen Gesprächen, die es im Hinblick auf diesen Antrag gegeben hat, nur auf Zustimmung zum Inhalt dieses Antrages gestoßen. Wir haben insbesondere die Zustimmung der Freunde aus der Fraktion gefunden, die in diesem Arbeitsbereich tätig sind und die die Materie kennen. Ich möchte deswegen - im Gegensatz zur Antragskommission - vorschlagen, daß Sie diesem Antrag jetzt im Grundsatz zustimmen und dem Bundesvorstand den Auftrag erteilen, eine redaktionelle Überarbeitung vorzunehmen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, dieses Verfahren empfiehlt sich um so mehr, als dieser Parteitag nicht ohne eine klare und deutliche Aussage zur Deutschlandpolitik auseinandergehen kann. Ich glaube, es ist wichtig, daß wir die Alternative, die das große Anliegen dieses Parteitages ist, nicht nur beschwören, sondern daß wir

sie durch einen aktiven Beschluß auch setzen und unseren Freunden draußen damit verdeutlichen.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Herr Köppler!

Heinrich Köppler: Herr Präsident! Meine lieben Freunde! Ich glaube, es geht hier nicht um eine Meinungsverschiedenheit in der Sache, sondern um die Frage, in welchem Stil wir wichtige Probleme auf diesem Parteitag behandeln. Herr Kollege Jäger, Sie haben gesagt, alle Delegierte hätten Gelegenheit gehabt, diesen Text durcharbeiten. Das ist eine Fiktion. Ich glaube nicht, daß das möglich war.

(Beifall)

Wenn man ihn überfliegt - und zu mehr waren wir nicht in der Lage -, dann wird man ihm wahrscheinlich in der Zielrichtung zustimmen können. Aber ich meine, wir entwerten ein so wichtiges Problem, wenn wir es quasi un- oder höchstens angelesen jetzt verabschieden. Wir sollten es überweisen, damit dieses Papier auf Grund der Initiative dieses Parteitages im einzelnen durchdiskutiert und dann für die Partei herausgegeben werden kann.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Herr Dr. Scheuer!

Dr. Gerhard Scheuer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe die Befürchtung, daß wir in diesem Augenblick nach einer zweitägigen sehr sachlichen, sehr konzentrierten Arbeit in die Unsitte früherer Parteitage zurückfallen, daß man, weil man meint, soundso viel nicht schaffen zu können, es an den Vorstand überweist. Das ist kein Mißtrauen gegenüber dem Vorstand. Wir haben ihn gerade erst mit großem Vertrauen gewählt. Aber, ich meine, es gehört zur Demokratie, daß die Parteitage als die höchsten Gremien über sachliche Dinge auch Beschlüsse fassen.

Ich darf daran erinnern, daß dies seit 1969, seit wir mit der neuartigen Ostpolitik der SPD konfrontiert sind, der sechste Bundesparteitag ist und wir noch auf keinem dieser Parteitage zur künftigen Deutschlandpolitik der CDU umfassend Stellung genommen haben.

(Vereinzelter Beifall)

Seit die Verträge und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts dazu vorliegen, ist dies der dritte Bundesparteitag. Wenn wir auch heute wieder ohne einen grundsätzlichen Beschluß zur künftigen Deutschlandpolitik der CDU auseinandergehen, wird man uns, glaube ich fragen, ob wir dem Thema ausweichen wollten. Ich meine, wir haben keinen Grund, ihm auszuweichen, denn die Position, die wir haben, ist die bessere. Wir haben das in diesem Papier ausführlich formuliert. Ich darf sagen, daß ihm eine monatelange Vorbereitung durch einen Fachausschuß und durch zahlreiche Bundestagsabgeordnete vorangegangen ist.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Zur Geschäftsordnung, Frau Dr. Christians.

Frau Dr. Monika Christians: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte das Tagungspräsidium, doch einmal festzustellen, wer von den Delegierten in der Lage war, dieses umfangreiche Papier zu lesen.

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Diese Frage wird sich jeder selbst beantworten müssen. Ich möchte nur sagen - dies gilt für

diesen Parteitag nicht mehr -: Es wäre sicher nützlich, wenn man derart umfangreiche Anträge rechtzeitig einbrächte,
(Beifall)

damit sie in den Tagungsunterlagen abgedruckt werden können. Herr Schmöle! - Er zieht seine Wortmeldung zurück. Für die Antragskommission spricht Herr Schönbohm.

Wulf Schönbohm: Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß die Antragskommission der Auffassung ist, daß ein Parteitag grundsätzlich nur dann arbeiten kann, wenn Delegierte und Vereinigungen grundlegende Anträge wie diese rechtzeitig einreichen. Das muß man natürlich vor allem von Bundestagsabgeordneten erwarten können, die genügend Erfahrung in der Partei und ihrer Arbeit haben.

(Beifall)

Das zweite, meine Damen und Herren: Man kann natürlich auch nicht einfach sagen: redaktionelle Überarbeitung. Wir wissen alle aus der eigenen politischen Erfahrung, daß redaktionelle Fragen auch immer politische, inhaltliche Fragen sein können, so daß dieses Verfahren nicht ganz unproblematisch ist. Wenn wir das Papier hier verabschieden wollen, dann müssen wir es im Detail diskutieren; denn in redaktionellen Fragen können auch viele politische Fragen stecken. Deswegen ist, wie wir meinen, die Überweisung an den Bundesvorstand das einzig richtige Verfahren, das wir jetzt praktizieren können.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Zur Geschäftsordnung, Herr Jäger!

Klaus Jäger: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Nachdem uns dieser Vorhalt gemacht worden ist, lassen Sie mich nur in einem Satz darauf hinweisen, daß dieses Papier vor Wochen eingereicht worden ist und daß hier nur ein kleiner Verfahrensfehler vorliegt. Da der Landesfachausschuß, der es eingereicht hat, als solcher nicht antragsberechtigt war, hat man uns gesagt: Ihr könnt es dann ja auf dem Parteitag mit 30 Unterschriften einbringen. Jetzt, nachdem wir bereits eine ganze Reihe von Papieren, die auch erst gestern abend eingereicht worden sind, verabschiedet haben, will man uns entgegenhalten, daß das Papier nicht rechtzeitig eingereicht worden sei. Nur dagegen möchte ich mich wehren.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Die Delegierten haben diese Erklärung zur Kenntnis genommen. Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen über den Antrag der Antragskommission ab. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um das Zeichen. - Danke! Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das erstere war eine deutliche Mehrheit. Wir gehen zum Antrag E 24 über. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Zeichen. - Danke! Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dies war Einstimmigkeit.

Antrag E 25! Frau Kuppe!

Frau Margarethe Kuppe: Meine Damen und Herren! Auch dem Bezirksvorstand der Frauenvereinigung für Württemberg-Hohenzollern, der dieses Papier rechtzeitig eingereicht hatte, war irrtümlicherweise beschieden worden, antragsberechtigt zu sein. Wir waren es aber nicht. Wir möchten Sie bitten, dieses Papier, das versucht, bestimmte Grundsätze nicht nur zu formulieren, sondern zu definieren, an die Grundsatzkommission der CDU zu überweisen.

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Schönen Dank! Wir stimmen ab. Wer zustimmt, den bitte ich um das Zeichen.

Danke! Gegenprobe! - Enthaltungen? - Danke! Angenommen!
Initiativantrag E 26! - Das Wort hat Frau Kuppe.

Frau Margarethe Kuppe: Mit diesem Antrag unterstützen wir konkret die bereits vorliegenden Anträge zum Geschichtsunterricht. Ich erlaube mir, darauf hinzuweisen, daß es in den SPD-regierten Bundesländern das Fach "Geschichte" als Sonderfach, als Einzelfach, schon nicht mehr gibt. Ich halte das für etwas, was man in einem europäischen Kulturvolk eine Kulturschande nennen könnte.
(Beifall)

Wir wünschen vor allem, daß die CDU-Landtagsfraktion auch dort, wo die CDU nicht die Kultusminister stellt, bei der Reform der Oberstufen der Gymnasien darauf achtet, daß Geschichte nicht auf Geschichte ab 1789 zusammenschumpft. Denn sonst fällt alles unter den Tisch, was die jahrhundertelange große deutsche Geschichte ausmacht.

(Beifall)

Heinrich Windelen, Tagungspräsidium: Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag folgen will, den bitte ich um das Zeichen. - Schönen Dank! Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dies war einstimmige Annahme.

Meine Damen und Herren, wir haben damit alle vorliegenden Anträge behandelt. Ich darf mich bei Ihnen sehr herzlich dafür bedanken, daß Sie es möglich gemacht haben, in der Zeit zu bleiben. Ich weiß, daß das für manchen Kollegen einen fast unzumutbaren Verzicht im Hinblick auf Ausführungen und Wortmeldungen bedeutet. Aber ich glaube, wir waren es dem Ablauf unseres Parteitages schuldig, daß wir alle Kollegen gleichermaßen behandelt haben. Ich übergebe das Präsidium an den Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Herrn Dr. Filbinger.

(Beifall)

Dr. Hans Filbinger, Tagungspräsidium: Meine lieben Parteifreunde! Am Schluß dieses Parteitages habe ich nun die Ehre, allen zu danken, die diesen Dank in reichem Maße verdient haben, in erster Linie allen Delegierten, die mit dieser bemerkenswerten Konzentration und mit großem Engagement an den Sitzungen des Parteitages teilgenommen und mitgearbeitet haben. Ich danke aber auch allen Parteimitgliedern, die sich in ihren Kreis- und Landesverbänden und in den Vereinigungen an der vorbereitenden Diskussion für diesen Parteitag beteiligt haben.

Ich danke unserem Generalsekretär Biedenkopf und dem Bundesgeschäftsführer Karl-Heinz Bilke

(Beifall)

sowie ihren Mitarbeitern für die umfangreiche Vorarbeit.

(Beifall)

Die Stadt Mannheim, der Direktor des Saalbaus Rosengarten, unser Parteifreund Faulhaber, und seine Mitarbeiter, aber auch die Mitarbeiter der Gastronomiebetriebe,

(Beifall)

sie haben uns betreut, sie haben uns hervorragende Gastfreundschaft gewidmet; sie haben uns mannigfach in vielen Hinsichten unterstützt. Wir danken ihnen hierfür sehr herzlich.

(Beifall)

Das Rote Kreuz, die Polizei und die vielen Ordner haben einen rückhaltlosen Einsatz in diesen Tagen gezeigt; wir sind ihnen zu großem Dank verbunden.

(Beifall)

Meine lieben Parteifreunde, die Feuerwehr mußte zweimal ausfahren, weil bei der Wärme der letzten Tage und der Hitze, die wir hier entwickelt haben, die Feuer-Sensoren Alarm geschlagen hatten.

(Heiterkeit und Beifall)

Die liebenswürdigen Hostessen haben -

(Lebhafter Beifall)

Ich bitte die Hostessen hereinzukommen!

(Anhaltender Beifall)

- Meine Damen und Herren, das war nun wirklich ein warmer Applaus und ein herzlicher Dank, den Sie zum Ausdruck gebracht haben. Da brauche ich von hier aus gar keinen verbalen Ausdruck des Dankes mehr zu bringen. Aber vielleicht noch eine statistische Bemerkung: 700.000 Blatt Papier sind von den Hostessen getragen worden - neben allem anderen - und viele Kilometer wurden zurückgelegt.

(Beifall)

Die Mitarbeiter der Organisation hinter den Kulissen, besonders die Damen im Tagungsbüro,

(Beifall)

hatten eine nicht leichte Aufgabe. Wir danken ihnen ganz besonders.

(Beifall)

Das gilt natürlich auch für die unermüdlichen Damen im Schreibbüro des Parteitages.

(Beifall)

Und nun ein besonderer Dank allen Mitarbeitern von Rundfunk, Presse, Fernsehen für ihr Interesse und ihre faire präzise Berichterstattung. Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

- Meine Damen und Herren, ich stelle fest, das war fast eine Ovation an die Massenmedien von diesem Parteitag. Auch das ist ein Novum in der Geschichte der Parteitage der CDU. Wir begrüßen das. Mein Dank gilt nun noch - meine lieben Parteifreunde, wem sollte dieser Dank nun noch gelten - in ganz besonderem Maße unserem Parteivorsitzenden Helmut Kohl.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Sie haben, lieber Freund Helmut Kohl, ein überwältigendes Votum dieses Parteitages erhalten. Mit Ihnen ist der gemeinsame Kanzlerkandidat von CDU und CSU gekürt. Jetzt gibt es nach diesem Parteitag nur einen gemeinsamen Weg: Vorwärts bis zum Erfolg 1976.

(Anhaltender stürmischer Beifall - rhythmischer Händeklatschen)

Meine lieben Parteifreunde, der Parteivorsitzende spricht ein kurzes Schlußwort. - Sie haben das Wort.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt):
Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Es sind arbeitsreiche und auch - angesichts des tropischen Klimas - harte Tage hier in Mannheim gewesen. Aber dieser Mannheimer Parteitag wird sicher in die Geschichte der CDU Deutschlands als ein Parteitag harter Arbeit eingehen, ernsthafter Entschlossenheit zum Sieg, aber auch als ein Parteitag der Kammeradschaft und freundschaftlicher Gesinnung untereinander.

(Beifall)

Ich will auch von mir aus all denen danken, die dazu beigetragen haben. Ich will hier für das Parteitagspräsidium unserem Freund Hans Filbinger danken, der uns voll in die Gastlichkeit dieses Landes Baden-Württemberg aufgenommen hat.

(Lebhafter Beifall)

Ich will allen Mitarbeitern danken, die zum Gelingen dieser Tage beigetragen haben.

Aber, meine Damen und Herren und liebe Freunde, ich will vor allem Ihnen danken, die Sie diesen Parteitag durch Ihre Beiträge, durch Ihre Präsenz durch viele, viele Stunden und unter diesen Bedingungen in diesem Saal durch Ihr Gesamtverhalten so gestaltet haben. Wer wie ich - und viele sind im Saal, die ähnliche Erfahrungen haben - die CDU Deutschlands seit über 20 Jahren kennt und ihre Parteitage mitgemacht hat, der wird vielleicht mit - ich will nur die Stunde des Parteitages herausnehmen - jenes Gefühl empfunden haben, als 28 Kandidaten sich für die Wahl zum Bundesvorstand vorstellten und eine Breite und eine Offenheit, aber auch eine Chance des Durchsetzens unserer Ideen und unserer Glaubwürdigkeit auch im personalen Teil unserer Politik deutlich wurde. Man kann schlicht und einfach sagen: Diese CDU Deutschlands hat die besseren Männer und Frauen in der deutschen Politik.

(Lebhafter Beifall)

Ich bedanke mich sehr herzlich für den persönlichen Vertrauensbeweis, der mir in vielerlei Beziehungen hilft. Es ist geschrieben worden, es sei ein Traumergebnis. Das ist es in der Tat. Ich mache mir keine Illusionen über die Chancen, ein solches Ergebnis zu wiederholen.

(Beifall)

Und ich füge hinzu - warum sollte ich das hier unter Freunden nicht tun -, daß ich wohl weiß, im Blick zurück auf die Geschichte unserer Partei, auf meine eigenen Erfahrungen und im Blick auf das, was uns bevorsteht, daß auf einem solchen Weg auch für mich persönlich das "Hosianna" und das "Kreuzigt ihn" sehr nahe beieinander liegen.

Auch im Menschlichen - und das ist wichtig - kann man besser überstehen, wenn man weiß, daß man nicht nur von der vordergründigen Rede um Solidarität des Tages ertragen und getragen wird, sondern daß man beisammensteht in dem selbstverständlichen Schulterschluß, wie er für uns als Mitglieder der CDU Deutschlands natürlich sein muß.

(Beifall)

Vor uns liegt gemeinsam ein schwerer Weg, aber ich baue auf Ihre Unterstützung, und Sie können damit rechnen, daß ich meine ganze Kraft, die ich zu Verfügung stellen kann, auf diesem Weg einsetzen werde.

(Beifall)

Wenn ich sage "wir", dann meine ich selbstverständlich - und das muß noch einmal deutlich gesagt werden, auch hier in Mannheim - die CDU und die CSU. Was immer da gewesen sein mag und was immer gesagt und geschrieben wird: wer noch einen Funken von politischem Verstand in unseren Unionsparteien hat, der muß doch wissen, wir werden unser Ziel nur gemeinsam und entschlossen erreichen können.

(Lebhafter Beifall)

Meine Freunde, dies ist nicht möglich - gemeinsam und solidarisch - wenn man nicht offen untereinander spricht. Eine politische Partei ist eine Gemeinschaft, in der auf natürlich-demokratische Weise auch unterschiedliche Meinungen und Gegensätze ausgetragen werden; aber es kommt immer auf den Geist und auf den Stil dieser Auseinandersetzung an.

(Beifall)

Gestern hat Hans Filbinger ein kluges Wort gesagt, das ich aufnehmen will und das für jeden von uns ohne jede Ausnahme gilt: Dies ist nicht die Stunde, um die Schlachten von gestern zu schlagen; dies ist die Stunde, um für unser Land für morgen zu siegen. Das ist die Aufgabe, die sich uns stellt.

(Lebhafter Beifall)

Dies heißt auch, daß wir uns in den nächsten Monaten und andert-halb Jahren als Partei zu profilieren haben, daß jeder in dieser Partei wissen muß, daß er zunächst Mitglied der CDU Deutschlands ist und erst dann in einer noch so wichtigen Vereinigung, und daß jeder einzelne im Alltag - auch im Interview mit der Zeitung wissen muß -, daß dies nicht die Zeit ist für die Profilierung des einzelnen, sondern die große Zeit der Profilierung der CDU Deutschlands.

(Lebhafter Beifall)

Ich bin sicher, meine Freunde, daß es nicht notwendig sein wird, daß ich als der Vorsitzende der Partei hier Amtsautorität einsetzen muß. Ich bin sicher, daß die Bitte genügt. Jeder versteht, daß wir aus den genannten Gründen zusammenzustehen haben.

(Beifall)

Dieser Parteitag hat viel über unseren Standort ausgesagt. Einige machen sich Gedanken darüber, ob wir nun nach links oder nach rechts rutschen würden oder gerutscht seien. Meine Damen und Herren, der Standort dieser Partei ist ganz klar: Die CDU wäre nicht mehr die CDU Deutschlands, wenn sie nicht die Partei der politischen Mitte unseres Volkes wäre. Das ist so, das war so, und das wird selbstverständlich so bleiben.

(Beifall)

Die CDU wird niemals eine Funktion des Zeitgeistes werden, weil eben unsere Prinzipien zeitlos sind. Das Erbe, dem wir verpflichtet sind, das wir nicht bloß in unserer Zeit bewahren, das wir fortentwickeln und verbessern wollen, das Erbe der christlich sozialen, der liberalen und der konservativen Idee macht es ganz und gar unmöglich, daß wir irgend jemanden oder irgendeine Gruppe in diesem Lande rechts oder links überholen wollen. Wir bleiben die große Volkspartei: Christlich Demokratische Union Deutschlands.

(Beifall)

Meine Freunde, auf diesem Parteitag hat auch jedermann erkennen können, daß wir nicht unterwegs sind auf der Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Die Diskussion um die Mannheimer Erklärung und das Programm "Frau und Gesellschaft" sind Zeugnisse für die wirkliche Fähigkeit unserer Partei, die Probleme unserer Mitbürger zu erkennen, und Sensibilität dafür zu haben, was den Bürger im Lande wirklich betrifft, und nicht, was ihm indoktriniert wird, eingeredet wird.

(Beifall)

Aus diesem Geist erheben wir den Anspruch auf die geistige und selbstverständlich auch die politische Führerschaft unseres Landes.

(Beifall)

Wir, die CDU Deutschlands, sind die Alternative für gescheiterte Politik von SPD und FDP, für Politik Helmut Schmidts, die zur sozialen Demontage unseres Landes führt.

(Beifall)

Wir stehen für Geist und Idee der personalen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit im Gegensatz zu jedem ideologisch verbrämten, bürokratisch verfaßten Sozialismus, der den Menschen in diesem Lande - dem einzelnen und der Gemeinschaft im Ganzen - nicht mehr Glück und nicht mehr Chance und nicht mehr Gerechtigkeit bringen kann.

(Beifall)

Politik um des Menschen willen, das ist der Maßstab für unser Tun. Wir wollen keine Politik auf dem Rücken der Arbeitslosen, der jungen Leute, die keinen Arbeitsplatz finden, der Kinderreichen und der älteren Mitbürger austragen. Das, was wir hier aus gutem Grund soziale Demontage genannt haben, ist die Folge und das Ergebnis der Politik des jetzigen Bundeskanzlers Helmut Schmidt.

(Beifall)

18 Monate bis zum Tag der Bundestagswahl ist für diese große Aufgabe nur eine kurze Zeit. Liebe Freunde, wir werden dieses Ziel, den Sieg, die Neubestellung für eine bessere Zukunft der Politik unseres Landes nur erreichen, wenn wir diese Zeit entschlossen nutzen. Wir heißt: Wir alle, die Mitglieder der CDU/CSU und alle unsere Freunde in der Bundesrepublik Deutschland. Dies ist möglich, wenn wir die über eine Million Mitglieder der beiden Schwesterparteien, der Jungen Union und der Schüler-Union auf dieses Datum 1976 hin förmlich entfesseln, und wenn wir draußen überall im Lande entschlossen um jede Stimme der Bürger unseres Landes kämpfen. Denn wir müssen die Alternative deutlich machen, nicht nur hier auf dem Parteitag, nicht nur in den Zirkeln unserer Partei, nein, draußen am Arbeitsplatz, in der Werkstatt, im Büro, in den Vereinen, in den Familien, in den Vereinigungen, überall dort, wo Politik in diesem Lande dadurch mitbestimmt wird, daß Information vermittelt wird.

Wir sind ausgezogen, einen neuen Anfang der deutschen Politik zu setzen. Wir, die CDU Deutschlands, wollen gemeinsam diesen neuen Aufbruch wagen aus dem Geist der Freiheit und der Solidarität, der Gerechtigkeit und der Offenheit, für unser Volk, für unser Vaterland. Und so grüße ich in dieser Stunde des Abschlusses des Mannheimer Parteitages unsere Mitbürger, unsere Mitglieder, Freunde und Anhänger in allen Landschaften unserer Bundesrepublik Deutschland, und ich grüße vor allem und voller Herzlichkeit von

diesem Mannheimer Bundesparteitag aus unsere Mitbürger im anderen Teil Deutschlands, in der DDR.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Und so, meine Freunde, wollen wir uns auf den Weg machen, uns des Wagnisses wohl bewußt. Und in diesem Geist wollen wir diesen Mannheimer Parteitag beschließen mit dem Lied der Deutschen: Einigkeit und Recht und Freiheit.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne.)

(Anhaltender starker Beifall und rhythmisches Klatschen)

Dr. Hans Filbinger, Tagungspräsidium: Der Parteitag ist geschlossen.

(Schluß der 6. Plenarsitzung: 13.35 Uhr)

Alternative '76
CDU

23. Bundesparteitag
23. – 25. 6. 1975
Mannheim

UNSERE POLITIK FÜR DEUTSCHLAND

- Mannheimer Erklärung -

(Vorlage des Bundesvorstandes)

I N H A L T

Präambel	1
<u>Ausgangslage</u>	5
1. Veränderungen der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Lage	5
1.1. Veränderung der politischen Machtverhältnisse	5
1.2. Verschärfung von Verteilungskonflikten	6
1.3. Anhaltende Konfrontation zwischen Ost und West	7
1.4. Europäische und internationale Zusammenarbeit	8
2. Veränderungen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland	9
2.1. Allgemeine politische Lage	9
2.2. Staat und Gesellschaft	12
2.3. Rolle der gesellschaftlichen Gruppen	13
<u>Politische Aufgabe</u>	16
1. Deutschland und die Welt	19
1.1. Deutschland- und Ostpolitik	19
1.2. Europapolitik	21
1.3. Das Atlantische Bündnis	22
1.4. Außenwirtschaftspolitik	23
1.5. Entwicklungspolitik	23
2. Aufgaben innerhalb der Bundesrepublik Deutschland	25
2.1. Wirtschafts- und Finanzpolitik	25
2.2. Gesellschaftspolitische Aufgaben und die Neue Soziale Frage	30
2.3. Die Verbesserung der Handlungsfähigkeit von Staat und Gesellschaft	35

PRÄAMBEL

Die CDU hat nach dem Zweiten Weltkrieg in Regierungsverantwortung an der Gestaltung der politischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland mitgewirkt und die Voraussetzungen für den Wiederaufbau unseres Landes und seine Aufnahme in die Gemeinschaft freier Völker geschaffen. Ihre Politik brachte inneren und äußeren Frieden, Freiheit, wirtschaftlichen Wohlstand, Sicherheit und soziale Gerechtigkeit.

Die veränderten Verhältnisse in der Welt und in unserem Lande gefährden heute das Erreichte. In diesen Veränderungen liegen jedoch auch Chancen, wenn es uns gelingt, auf die Herausforderungen unserer Zeit neue und zukunftsweisende Antworten zu geben. Die CDU sieht ihren politischen Auftrag darin, gemeinsam mit allen zur Verantwortung bereiten Kräften die Ziele des freien Teils Deutschlands zu bestimmen und politisch zu verwirklichen.

Diese Politik für Deutschland geht aus von der nüchternen Bestandsaufnahme der Situation in unserem Land und in der Welt. Vor diesem Hintergrund entwickeln wir eine Politik, die es dem einzelnen auch unter veränderten Lebensbedingungen ermöglicht, sich in der Gemeinschaft zu entfalten, seine persönlichen Lebensziele zu verwirklichen und zum Wohle des Ganzen beizutragen.

Grundaussagen unserer Politik sind:

1. Die tiefgreifenden Veränderungen der politischen und wirtschaftlichen Situation, bedingt durch

- die Verschiebung der politischen Machtverhältnisse,
- die Verschärfung von Verteilungskonflikten,
- die anhaltende Ost-West-Konfrontation,
- die Fortdauer des Sicherheitsrisikos,
- die neue Rolle der Entwicklungsländer und
- die neuen Probleme im Inneren

stellen die Bundesrepublik Deutschland im außen- und innenpolitischen Bereich vor neue und große Herausforderungen. Die Bewältigung dieser Herausforderungen erfordert neue Ideen, eindeutige Prioritäten und entschlossenes Handeln.

(Seite 7 - Seite 18)

2. Die neuen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen können nur bewältigt werden, wenn wir in unserer Politik dem unauflösbaren Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik Rechnung tragen. Spannungen und Konflikte im Inneren beeinträchtigen unsere Fähigkeit und Bereitschaft, Freiheit und Unabhängigkeit gegen alle Angriffe zu verteidigen. Umgekehrt kann aber auch eine wirtschaftlich gesunde und sozial gerechte Gesellschaft ohne wirksame Außen- und Sicherheitspolitik auf Dauer nicht bestehen.

(Seite 18 - Seite 19)

3. Ziel unserer Deutschlandpolitik ist die Erhaltung der Einheit der Nation und die Erringung von Freiheit und Einheit für das ganze deutsche Volk. Unserer Deutschlandpolitik liegt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Grundvertrag und die gemeinsame

Resolution aller Fraktionen des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972 zu Grunde. Die Bundesrepublik Deutschland mit West-Berlin als freier Teil Deutschlands sind Treuhänder der Selbstbestimmung und einer freiheitlichen Verfassung für alle Deutschen.

(Seite 19 - Seite 21)

4. Voraussetzung für den Bestand der Bundesrepublik Deutschland in Freiheit und Wohlstand ist ein freies und geeintes Europa. Nur durch ein geeintes und damit handlungsfähiges Europa können wir unsere eigene nationale Handlungsfähigkeit wiedererlangen, die wir in wichtigen Bereichen verloren haben. Die Einigung Europas erfordert die Schaffung einer ausgewogenen europäischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Ausbau der deutsch-französischen Zusammenarbeit ist ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur europäischen Einigung.
(Seite 21 - Seite 22)
5. Die Leistungsfähigkeit und Verteidigungskraft des Atlantischen Bündnisses muß gestärkt werden. Zugleich müssen wir zu Gewährleistung unserer eigenen außenpolitischen Handlungsfähigkeit die Existenz und Handlungsfähigkeit aller jener Völker sichern, mit denen wir zusammenarbeiten.
(Seite 22 - Seite 24)
6. Aufwendungen für die Entwicklungspolitik sind eine Investition in die Zukunft aller. Unsere Entwicklungspolitik ist die Voraussetzung für unsere Mitwirkung bei der Neugestaltung der Weltwirtschaftsordnung.
(Seite 24 - Seite 25)
7. Ziel unserer Ostpolitik ist die Aufrechterhaltung unserer politischen Unabhängigkeit, Handlungsfähigkeit und Souveränität auch gegenüber den Staaten Osteuropas. Dieses Ziel ist bei der Gestaltung unserer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit diesen Staaten konsequent zu berücksichtigen.
(Seite 21)

8. Wichtigstes Ziel unserer Wirtschaftspolitik ist die Überwindung von Inflation und Arbeitslosigkeit und die Erhaltung wirtschaftlicher Stabilität. Wir verwirklichen dieses Ziel durch

- die Wiederherstellung des Vertrauens der Bürger in die Soziale Marktwirtschaft,
- die Verbesserung der Investitionskraft der deutschen Wirtschaft,
- die Ausrichtung der Geldmenge der öffentlichen Haushalte und der Lohn- und Gehaltssteigerungen am volkswirtschaftlichen Leistungsvermögen.

(Seite 25 - Seite 30)

9. In der Gesellschaftspolitik müssen unsere Zielsetzungen im Bereich der Mitbestimmung, der Vermögensbildung, der beruflichen Bildung, der Humanisierung im Arbeitsleben und des Unternehmensrechts weiter verwirklicht und ausgebaut werden. Zugleich wenden wir uns der Neuen Sozialen Frage zu: Der Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit für die Schwachen und Bedürftigen in unserer Gesellschaft. Zu ihnen gehören die Nichterwerbstätigen, alte Menschen, Kinder, Behinderte und Alleinstehende. Ihre Bedürfnisse und Interessen sind bisher vernachlässigt worden.

(Seite 31 - Seite 36)

10. Die Fähigkeit von Staat und Gesellschaft, die ihnen gestellten Aufgaben zu erfüllen, ist zu verbessern. Dabei hat der Staat nicht die Aufgabe, für die Bürger eine Unzahl wirtschaftlicher Dienstleistungen zu erbringen. Vielmehr hat er die politischen Ziele der Gemeinschaft zu bestimmen, das Gemeinwesen nach den Grundsätzen der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit zu gestalten und weiterzuentwickeln, gegen Angriffe und Bedrohungen von außen zu schützen und im Inneren Freiheit, Sicherheit und den Rechtsfrieden zu wahren.

(Seite 36 - Seite 41)

Ausgangslage

1. Veränderungen der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Lage

1.1 Veränderung der politischen Machtverhältnisse

Die politischen Machtverhältnisse in der Welt haben sich in den letzten Jahrzehnten von Grund auf verändert. Die europäischen Staaten haben ihre frühere politische Stellung verloren. Sie sind heute auf die Rolle von Klein- und Mittelmächten beschränkt. Westeuropa ist nur noch gemeinsam und in vielen Bereichen nur im Rahmen des Atlantischen Bündnisses in der Lage, seine lebenswichtigen Interessen angemessen zu wahren. Zwischen den militärischen Supermächten, den USA und der Sowjetunion, besteht ein nukleares Patt. China ist als Großmacht in die Weltpolitik eingetreten. Mit dem Rückzug der Vereinigten Staaten aus Indochina hat sich das machtpolitische Gleichgewicht im Fernen Osten verändert. Die Spannungen im Nahen Osten und das Kartell der erdölproduzierenden Staaten bedrohen die Lebensfähigkeit der westeuropäischen Wirtschaft. Die wirtschaftliche und politische Bedeutung der Entwicklungsländer wächst.

Die tiefgreifende Veränderung der weltpolitischen Machtverhältnisse stellt die europäischen Staaten vor neue Herausforderungen. Die Erfüllung ihrer internationalen Aufgaben und ihre außenpolitische Sicherung erfordert von ihnen den Einsatz eines wesentlichen Teils ihrer wirtschaftlichen und politischen Kräfte.

Diesem Erfordernis sind die Westeuropäer bisher nur unzureichend nachgekommen. Ihre Politik ist noch immer häufig von der Annahme geprägt, ihre Stellung in der Welt sei unangreifbar. Ihre außen- und sicherheitspolitischen Interessen haben sie aufgrund dieser Fehleinschätzung nicht so wahrgenommen, wie dies erforderlich und möglich gewesen wäre. Ihr tatsächlicher Aufwand für außen- und sicherheitspolitische Aufgaben steht in keinem angemessenen Verhältnis mehr zur außenpolitischen Verantwortung und zum sicherheitspolitischen Risiko Westeuropas. Für den Ausbau ihrer internen Verteilungssysteme und für die Befrie-

digung innenpolitischer Bedürfnisse haben die westeuropäischen Staaten einen vergleichsweise hohen Aufwand geleistet. Aber die Früchte ihrer Sozial- und Gesellschaftspolitik sind gefährdet durch die Vernachlässigung der außen- und sicherheitspolitischen Interessen. Die Außen- und Sicherheitspolitik der westeuropäischen Staaten gerät zunehmend in Widerspruch zur tatsächlichen weltpolitischen Lage.

1.2 Verschärfung von Verteilungskonflikten

Das starke Wirtschaftswachstum der Industrieländer, darunter großer Teile Westeuropas, hat das weltweite Ungleichgewicht bei der Verteilung wichtiger Lebensgüter verstärkt. Davon ist vor allem die Vierte Welt betroffen, die weder über eine eigene leistungsfähige Wirtschaft noch über exportierbare Rohstoffe und Energieträger verfügt.

Die ungleiche Verteilung von Lebensgütern hat vorhandene weltweite Verteilungskonflikte verschärft; neue Verteilungskonflikte sind entstanden. Mit der drastischen Verteuerung und künstlichen Verknappung von Rohöl und einiger wichtiger Rohstoffe versuchen die rohstoff erzeugenden Länder der Dritten Welt, diese Konflikte zu ihren Gunsten zu entscheiden.

Die westlichen Industrieländer sind auf diese Auseinandersetzung nur ungenügend vorbereitet. Es ist ihnen bisher nicht gelungen, die Rohstoffproduzenten daran zu hindern, wichtige Weltmärkte zu schließen, wirtschaftliche Lasten weltweit neu zu verteilen und ihre wirtschaftliche Macht zunehmend auch zur Durchsetzung militärischer und machtpolitischer Ziele einzusetzen. Die Eingriffe in den freien Welthandel werden jedoch schon in absehbarer Zeit die weltweiten Wirtschaftsabläufe entscheidend verändern.

Für die westlichen Industrieländer ist es deshalb nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, sondern in erster Linie ein Akt der politischen Vernunft, aktiv an der Entwicklung in der Dritten und Vierten Welt mitzuwirken. Ziel dieser Mitwirkung muß es sein: die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Entwicklungsländer zu entfalten, den Lebensstandard ihrer

Völker zu heben, die Entwicklung stabiler und menschenwürdiger Ordnungen zu fördern und damit den langfristigen Bedrohungen zu begegnen, die den westlichen Industrieländern aus weltweiten Verteilungskonflikten erwachsen.

Darüber hinaus verpflichtet uns unser wirtschaftlicher Wohlstand zur Solidarität mit den Hungernden und Bedürftigen in der Welt. Die Völker in den Entwicklungsländern nehmen uns heute nach unserer eigenen Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit und Menschenwürde in Pflicht.

Die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Dritten und Vierten Welt verlangt von unserer eigenen Wirtschaft langfristige und tiefgreifende strukturelle Veränderungen. Im Bereich traditioneller Technologien werden den Industrienationen in Entwicklungsländern ernstzunehmende Konkurrenten erwachsen. Die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Industrienationen muß sich auf diese Entwicklung einstellen.

1.3 Anhaltende Konfrontation zwischen Ost und West

Die Außenpolitik des Westens ist seit Jahren um Entspannung bemüht, insbesondere die Politik der USA gegenüber der Sowjetunion. Eine wirkliche Sicherung des Friedens in Europa haben diese Bemühungen jedoch nicht bewirkt. Das Militärpotential der Sowjetunion und ihrer Verbündeten hat sich vielmehr erheblich vergrößert. Das militärische Ungleichgewicht in Europa ist gewachsen. Die militärische Macht der Sowjetunion wirft einen politischen Schatten auf Westeuropa. Die gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen der Westeuropäer haben deshalb nichts von ihrer besonderen Bedeutung verloren. Sie sind für die unmittelbare eigene Sicherheit ebenso entscheidend wie für die langfristige Leistungskraft der Atlantischen Allianz. Die Bundesrepublik Deutschland leistet ihren Beitrag zu den gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen der Westeuropäer vor allem durch die Bundeswehr. Die Bundeswehr nimmt damit eine Aufgabe wahr, die für die Sicherheit unseres Landes und des westlichen Bündnisses unverzichtbar ist.

Die sowjetische Politik ist auf der einen Seite an einer Zusammenarbeit mit dem Westen interessiert. Sie verspricht sich davon wirtschaftliche und technologische

Vorteile. Andererseits verfolgt sie die Absicht, den Weg zur Einigung des Westens zu verlegen und die westlichen Gesellschaften von innen her aufzuweichen. Die ideologische Auseinandersetzung zwischen Ost und West hat nichts von ihrer Schärfe eingebüßt. "Friedliche Koexistenz" ist auch nach amtlicher sowjetischer Interpretation die Fortsetzung der Auseinandersetzung antagonistischer Gesellschaften mit anderen, insbesondere ideologischen Mitteln. Sowjetische Politik ist bemüht, diese Konfrontation bis tief in die westlichen Gesellschaften hineinzutragen. Ihr Ziel ist es nicht, die materielle Substanz Westeuropas zu zerstören, sondern sein wirtschaftliches, wissenschaftliches und geistiges Potential allmählich zu neutralisieren oder auf die eigene Seite herüberzuziehen und die USA damit von Europa zu isolieren. Insgesamt bleibt sowjetische Politik durch einen langfristig angelegten Expansionskurs gekennzeichnet. Militärische Stärke dient dabei in erster Linie dem Zweck, den eigenen politischen Zielen Nachdruck zu verleihen.

Unsere Antwort auf diese Bedrohung erfordert eine Politik, die ihrer Werte gewiß ist und ihre politischen Ziele mit Festigkeit verfolgt. Wir leben mit der Sowjetunion auf einem Kontinent. Wir sind entschlossen, diese Nachbarschaft so friedlich und normal wie möglich zu gestalten. Daher sind wir zum Ausbau wirtschaftlicher, kultureller und wissenschaftlicher Beziehungen bereit. Erste Schritte auf diesem Wege sind getan.

Friedliche Nachbarschaft und Normalisierung haben aber, wenn sie nicht in Unterwerfung enden sollen, zwingende Voraussetzungen. Notwendig ist ein Gleichgewicht der Kräfte, das nicht einseitig zu Gunsten des Ostens verändert wird. Es muß für alle erkennbar auf der Grundlage unserer Fähigkeit und Entschlossenheit beruhen, unsere freiheitlichen Gemeinwesen gegen jeden Angriff und jeden Einmischungsversuch zu schützen.

1.4 Europäische und internationale Zusammenarbeit

Die Bundesrepublik Deutschland ist von den genannten Entwicklungen in besonderem Maße betroffen. Mit ihrer hohen Bevölkerungsdichte, ihrer Abhängigkeit von Nahrungsmittelleinfuhren,

ihrer Armut an unverzichtbaren Bodenschätzen und ihrer geographischen Lage hängt ihr Wohlergehen entscheidend von der fruchtbaren Zusammenarbeit mit anderen Völkern ab. Dies gilt für ihre innere Stabilität und Sicherheit, für die Lösung außenpolitischer Probleme und für die Verteidigung der Bundesrepublik im Falle eines militärischen Konflikts. Zur Erfüllung aller dieser Aufgaben hat sich die Bundesrepublik Deutschland in freier Selbstbestimmung fest mit der westlichen Gemeinschaft verbunden.

Die allgemeine weltpolitische Entwicklung zwingt jedoch nicht nur die Bundesrepublik Deutschland, sondern alle Länder Westeuropas und des Atlantischen Bündnisses zu enger Zusammenarbeit. In den Bereichen der Wirtschafts- und Verteidigungspolitik wirken sie bereits seit geraumer Zeit zusammen. Aber dieses Zusammenwirken hat bisher nicht zu einer gemeinsamen außen- und wirtschaftspolitischen Strategie der Europäischen Gemeinschaft geführt. Voraussetzung dafür ist die politische Integration Europas. Nur auf diesem Wege kann der politische Handlungsspielraum der europäischen Nationalstaaten wiedergewonnen werden, den die Teilnahme Europas an der Gestaltung einer neuen Weltordnung erfordert.

Ein geeintes Europa ist unverzichtbar, wenn die Mitgliedsländer auf Dauer in der Lage sein wollen, gegenüber den Weltmächten, den Erdöl- und Rohstoffproduzenten, den Entwicklungsländern und den Herausforderungen der Weltpolitik ihre eigenen berechtigten Ansprüche zu erheben. Gleichzeitig wäre ein geeintes Europa ein Beispiel für die Welt, wie Völker mit unterschiedlicher Geschichte, Sprache und Kultur im Rahmen einer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Ordnung zusammen leben und ihre Probleme gemeinsam bewältigen können.

2. Veränderungen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland

2.1 Allgemeine politische Lage

Die allgemeine politische Lage unseres Landes ist nach wie vor durch die Spaltung Deutschlands entscheidend geprägt. Innerhalb der Bundesrepublik bekennt sich heute die große Mehrheit der Bevölkerung zu unserer freiheitlichen, sozialen, rechtsstaatlichen und demokratischen

Staats- und Gesellschaftsordnung. Die Stabilität dieser Ordnung hängt ab von der engen Verbindung unseres Landes mit der freien Welt, von der Festigung unseres freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsverständnisses, von der politischen Arbeit aller demokratischen Parteien und Organisationen, von dem Bekenntnis zu unserer Geschichte und von unserer Liebe zu unserem Land, die unseren Willen zur Einheit in Freiheit umfaßt.

Im Bereich von Staat und Gesellschaft sind seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland die Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Bürger erheblich erweitert worden. Diese Rechte der Bürger sind eine solide Grundlage für das Wirken jeder demokratisch gewählten Regierung. Für die staatlichen Organe sind die Voraussetzungen geschaffen, die Interessen des Staates und aller Bürger wirkungsvoll nach innen und außen zu vertreten. Die demokratische Legitimation der Parlamente, Regierungen und Parteien verpflichtet diese, ihre politische Führungsaufgabe uneingeschränkt wahrzunehmen, die gemeinsamen Interessen aller zu wahren und auch gegenüber Sonderinteressen zu behaupten.

Die Einstellung der Bürger zum Gemeinwesen ist mehrdeutig. Einerseits werden sie immer wieder dazu verleitet, jeden nur denkbaren Anspruch an das Gemeinwesen zu stellen und dieses zu überfordern. Andererseits wissen sie, daß die Volkswirtschaft, genauso wie der private Haushalt, auf Dauer nicht mehr ausgeben kann als sie einnimmt. Die Bürger sind grundsätzlich bereit, dieser Einsicht zu folgen, sofern sie darauf angesprochen werden. Die große Mehrheit der Bevölkerung ist heute bereit, Entscheidungen, die das öffentliche Wohl betreffen, auch persönlich mitzutragen, wenn ihr diese Entscheidungen einsichtig sind.

Im Bereich der Wirtschaft hat sich in der Bundesrepublik Deutschland das Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft als freiheitliche Wirtschaftsverfassung durchgesetzt. Sie hat ihre außerordentliche wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit nachhaltig bewiesen. Durch die Soziale Marktwirtschaft war es möglich, wirtschaftliche Dynamik und soziale Sicherheit in bisher einzigartiger Weise miteinander zu verbinden. Aus

dieser Verbindung erwuchs ein hohes Maß an sozialem Frieden. Seit der Regierungsübernahme der SPD/FDP-Koalition im Herbst 1969 wurden die Bedingungen unserer modernen, freiheitlichen und sozialen Industriegesellschaft politisch allerdings nur noch unzureichend erfüllt. Die SPD/FDP-Koalition weckte bei den Bürgern in verantwortungsloser Weise Hoffnungen und Erwartungen, die die Kluft zwischen den Ansprüchen des einzelnen und der organisierten Gruppen und der Leistungsfähigkeit des Ganzen ständig vergrößerte. Die Ansprüche vieler gesellschaftlicher Gruppen verfehlen heute nicht nur das wirtschaftlich Mögliche, sondern zunehmend auch das sozial Notwendige. Leidtragende sind regelmäßig die sozial Schwachen. Im Bereich der Wirtschaft ist es der Koalition nicht gelungen, die Ziele des Stabilitätsgesetzes zu verwirklichen. Ihr Verhältnis zur Sozialen Marktwirtschaft ist gebrochen. Die Angriffe der Regierungskoalition auf die private Wirtschaftsverfassung lähmen die unternehmerische Initiative. Verfehlte und gescheiterte Reforminitiativen im Bereich der Gesellschaftspolitik führten zu ordnungspolitischer Unsicherheit. Die Überforderung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft schwächte ihre Investitionskraft. Die wirtschaftliche Entwicklung ist gegenwärtig im Inneren durch zunehmende strukturelle Spannungen gekennzeichnet, während sich gleichzeitig aus der veränderten internationalen Wirtschaftslage erhöhte Anforderungen an die Leistungskraft unserer Wirtschaft ergeben. Nachhaltige Störungen in den Wirtschaftsabläufen sind die Folge. Die Koalition hat sich als unfähig erwiesen, Wachstum und wirtschaftliche Dynamik zu erhalten. Arbeitslosigkeit, fehlende Ausbildungsplätze und Inflation sind die Kennzeichen ihres Scheiterns.

Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden wächst infolge der übermäßigen Ansprüche und Erwartungen außerordentlich rasch. Der Zwang, wichtige Zukunftsaufgaben wegen fehlender Geldmittel zurückstellen zu müssen, ist Ausdruck einer verfehlten Finanzpolitik. Die Finanzpolitik der SPD/FDP-Koalition hat die Anpassungsfähigkeit der Gesellschaft in wichtigen Bereichen geschwächt und zu einer weitgehenden Reformunfähigkeit geführt.

2.2 Staat und Gesellschaft

Staat und Gesellschaft wurden seit Gründung der Bundesrepublik von der fortschreitenden Verwirklichung einer freiheitlichen und sozialen Gesellschaftsordnung und dem ständigen Ausbau der rechtsstaatlichen Demokratie bestimmt. Der einzelne kann heute seine Rechte und Freiheiten mit größerer Aussicht auf Erfolg wahrnehmen als jemals zuvor in der deutschen Geschichte.

Diese Entwicklung hatte im allgemeinen eine Verfeinerung und Vervollkommnung der gesellschaftlichen Institutionen und Systeme zur Folge. Sie stellt aber auch in allen Bereichen von Staat und Gesellschaft höhere Anforderungen an die Fähigkeit zu führen. Die ständige, aktive Mitwirkung einer umfassend informierten Bevölkerung an den gesellschaftlichen Planungs- und Entscheidungsprozessen ist für die Erhaltung unserer heutigen Ordnung unverzichtbar.

Die schwieriger gewordenen Aufgaben im Inneren wie im internationalen Bereich, die hochgradige Arbeitsteilung in einer modernen Industriegesellschaft, die hohen Ansprüche der Bürger an die Gemeinschaft und die vermehrte Verantwortlichkeit des Staates und der Gesellschaft haben aber auch zu einer zunehmenden Komplizierung der gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen geführt. Die Kompliziertheit freiheitlicher Systeme in Verbindung mit den Anforderungen einer hochentwickelten Industriegesellschaft hat für viele Menschen zur Folge, daß sie trotz verbesserter Informationen wichtige Zusammenhänge in unserer Gesellschaft nur noch unzureichend durchschauen.

Hinzu kommt, daß undurchdachte Maßnahmen und Eingriffe in weiten Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft, ideologisch begründete Veränderungen bestehender und die Einrichtung immer neuer, vielfach überflüssiger oder unpraktikabler Institutionen und Organisationen zu einer zunehmenden Bürokratisierung weiter gesellschaftlicher Bereiche geführt haben.

Die Folge davon sind die Aushöhlung der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Bürger in Staat und Gesellschaft und ihre zunehmende Betreuung und Bevormundung. Wichtige Teilbereiche der Wirtschaft sowie des Bildungs- und Gesundheitswesens sind von dieser Entwicklung besonders betroffen. Die par-

teipolitische Ämterpatronage und die damit zunehmende Parteilichkeit wichtiger Ämter und öffentlicher Institutionen haben das Vertrauen der Bevölkerung in die Leistungsfähigkeit der staatlichen Verwaltung und der ihr dienenden Funktion geschwächt.

Der einzelne vereinsamt trotz aller Kommunikationsmöglichkeiten. Sein menschliches Dasein wird dadurch zunehmend beeinträchtigt. Bürokratien und gesellschaftliche Institutionen übernehmen soziale Aufgaben, können aber die für das Wohl des einzelnen unverzichtbaren zwischenmenschlichen Beziehungen nicht ersetzen. So entsteht das unübersehbare Bedürfnis nach Orientierung und verständlichen Antworten zum Sinn und Ziel eines freien Bürgerdaseins. Der gemeinsame Wiederaufbau nach dem Krieg war eine solche Orientierung. Mit seinem Abschluß hat dieses Ziel seine Verbindlichkeit verloren. Heute müssen neue und weiterführende Ziele und Aufgabenstellungen entworfen werden, an denen sich auch die nachfolgende Generation ausrichten kann.

Die Entwicklung der letzten Jahre ist schließlich durch die spürbare Beeinträchtigung der inneren Stabilität und äußeren Sicherheit unseres Gemeinwesens gekennzeichnet. Die allgemeinen weltpolitischen Veränderungen und die unzulängliche Regierungsarbeit von SPD und FDP: wie die Neuauflage historisch überholter Klassenkampfvorstellungen, die Verschärfung des Generationenkonflikts durch gemeinschaftszerstörende Bildungsinhalte, die Verkettung von Bevölkerungsgruppen durch Maßnahmen wie der Aktion "Gelber Punkt" und der bewußte Abbau des Leistungsgedankens haben die Widerstandskraft der Gesellschaft und ihre Fähigkeit gemindert, den großen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu entsprechen.

2.3 Rolle der gesellschaftlichen Gruppen

Mit der Verwirklichung der freiheitlichen und demokratischen Ordnung in unserem Lande ist die Bedeutung autonomer Verbände und Organisationen ständig gewachsen. Sie gehören heute zu den unverzichtbaren, verfassungsrechtlich gesicherten Bestandteilen unserer offenen und pluralistischen Gesellschaft. Sie nehmen bestimmte Interessen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen wahr, bilden

wirksame Gegengewichte gegen andere organisierte Interessen, die Ansammlung wirtschaftlicher Macht und gegenüber dem Staat. In ihnen vollziehen sich für die Funktion einer arbeitsteiligen Wirtschaft und Gesellschaft wesentliche Meinungs- und Willensbildungen. Damit strukturieren sie den Prozeß gesellschaftlicher Willensbildung und vermitteln zugleich zwischen den staatlichen Institutionen und dem Bürger.

Die für die Wohlfahrt des Landes erheblichen Interessen und Ansprüche werden allerdings nicht durch die organisierten Interessenvertretungen erschöpft. Weite Interessenbereiche werden durch Verbände oder Organisationen nicht ausreichend vertreten. Alte und junge Menschen, Kranke und Behinderte, aber auch wichtige Rollenfunktionen, wie die des Sparers oder des Bürgers im Verhältnis zur Verwaltung, finden häufig keine organisierte Fürsprache. Ihre Interessen sind im Konzert der organisierten Sonderinteressen benachteiligt. Sie angemessen zur Geltung zu bringen, ist eine wichtige Aufgabe des Staates und der politischen Parteien als Organe politischer Willensbildung.

Die autonomen Gruppen: Unternehmensverbände und Gewerkschaften Großunternehmen, Interessenverbände und Selbstverwaltungsorganisationen verfügen, wenn sie wirksam sind, über gesellschaftliche Macht. Diese Macht ist notwendig, wenn die Gruppe ihre legitime Aufgabe erfüllen soll. Sie kann jedoch den gesellschaftlichen Machthaushalt auch nachhaltig stören und die Funktionsfähigkeit des Staates in bestimmten Teilbereichen beeinträchtigen. Dies gilt für die Auseinandersetzungen organisierter Gruppeninteressen untereinander ebenso wie für das Verhältnis der Gruppen zum Staat oder zur Allgemeinheit. Der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht ist dafür ebenso Beispiel wie der Ausstand organisierter Spezialisten zum Nachteil der Allgemeinheit.

Von besonderer Erheblichkeit ist jedoch die Verbindung organisierter zu Lasten nicht organisierter Interessen. Beispielhaft dafür ist die Verbindung der gemeinsamen Interessen von Anteilseignern, Gewerkschaften und Management zu Lasten der Verbraucher und der Allgemeinheit. Dieser neue Konflikt stellt die Politik vor besondere Probleme.

Mehr denn je gewinnt dabei die Aufgabe des Staates an Bedeutung, seine Gesamtverantwortung gegenüber den gesellschaftlichen Gruppen durchzusetzen und die Interessen der Allgemeinheit zu wahren. Dem demokratisch legitimierten Staat ist es aufgegeben, den Rahmen zu setzen, in dem die Gruppen sowohl im Inneren wie nach außen tätig werden.

Die Macht organisierter Interessen berührt nicht nur ihr Verhältnis zum Staat, sondern auch die Stellung des einzelnen zur organisierten Gruppe. Große gesellschaftliche Gruppen und Wirtschaftsorganisationen haben heute gegenüber dem einzelnen vielfach eine faktische Macht, die mit der hoheitlichen Macht des Staates vergleichbar ist. Im Gegensatz zu staatlichem Handeln unterliegt sie jedoch keiner wirksamen politischen oder rechtlichen Kontrolle. Daraus ergeben sich weitreichende Folgen für den einzelnen, den Staat, aber auch die Gruppe selbst.

Politische Aufgabe

Unsere Politik für die Bundesrepublik Deutschland orientiert sich an dem Menschenbild, das dem Grundgesetz und der Christlich Demokratischen Programmatik, insbesondere der Präambel des Berliner Programms (Zweite Fassung) zugrunde liegt. Das Ziel unserer Politik ist, die Bedingungen zu schaffen und zu sichern, die es dem einzelnen ermöglichen, sich in der Gemeinschaft zu entfalten, seine persönlichen Lebensziele zu verwirklichen und zum Wohle des Ganzen beizutragen. Dafür muß der Bestand und die Wohlfahrt der Bundesrepublik Deutschland als freiheitliche, soziale und rechtsstaatliche Demokratie gesichert werden. Diese Aufgabe umfaßt das gesellschaftliche und staatliche Ganze und nicht nur die Summe von Individual- und Gruppeninteressen. Ihre Erfüllung ist ohne die Bereitschaft zu Dienst und Opfer für die Gemeinschaft nicht möglich.

Die Bundesrepublik Deutschland wurzelt in der Geschichte unseres Volkes, in unserer Kultur und in der Liebe der Menschen zu ihrem Vaterland. Aus dieser Verwurzelung erwächst die politische Kraft, die eine offene, freie und demokratische Gesellschaft erhält und ihr die notwendige Orientierung gibt. Wir sind bereit, Verantwortung für die Vergangenheit zu tragen, und wir haben den Willen, die Zukunft zu meistern.

Die Sicherung unserer nationalen Existenz in Freiheit hängt ab von der Entfaltung der politischen Grundwerte: Die Freiheit des einzelnen, der sich der Gemeinschaft verpflichtet weiß, die Gerechtigkeit und die Chancengleichheit für jedermann sowie die Solidarität aller Bürger, die auf der Eigenverantwortung der Person aufbaut. Diese Grundwerte sind Auftrag und Grenze unseres politischen Handelns. Mit ihrer Verwirklichung erfüllen wir das oberste Gebot aller Politik: die Wahrung der Würde des Menschen. Sie ist Ausgangs- und Zielpunkt unserer Politik.

Die Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bedingen und begrenzen einander. Politisches Handeln, das der Würde des Menschen verpflichtet ist, muß stets an allen Grundwerten gemessen werden.

Entscheidend für den Inhalt praktischer Politik ist deshalb nicht nur die Verwirklichung der Grundwerte als solche, sondern die Ausgestaltung ihres Verhältnisses zueinander. Dieses Verhältnis ist stetigem Wandel unterworfen. Neue Bedingungen und Notwendigkeiten führen zu veränderten Prioritäten und Dringlichkeiten in der Verwirklichung der Grundrechte. Zeiten der Krise erfordern ein anderes Gleichgewicht von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als Zeiten anhaltender ungestörter Entwicklung. Die Einschätzung dieser Prioritäten und Dringlichkeiten ist der eigentliche Gegenstand politischer Auseinandersetzung. In der richtigen Gestaltung des Verhältnisses der Grundwerte zueinander bewährt sich der politische Auftrag zu ihrer Verwirklichung. Die Grundsatzprogrammkommission der CDU hat die Aufgabe, die Grundlagen für die Durchführung dieses Auftrages zu schaffen.

Eine Politik für Deutschland setzt ein zutreffendes Verhältnis von Innen- und Außenpolitik voraus. Außen- und Innenpolitik bedingen einander in ihren Voraussetzungen und Folgen. Wir können unseren Beitrag zur Friedenssicherung, zur Gestaltung einer neuen Weltordnung und damit zur Lösung der Probleme in der Welt nur leisten, wenn wir durch unsere Innenpolitik den inneren Frieden sichern, Wirtschaft und Gesellschaft leistungsfähig erhalten und Freiheit und soziale Gerechtigkeit verwirklichen. Spannungen und Konflikte im Inneren beeinträchtigen die Bereitschaft und die Fähigkeit, Freiheit und Unabhängigkeit nach außen zu schützen. Umgekehrt ist die beste Sozial- und Wirtschaftsordnung, die gerechteste Gesellschaft lebensunfähig ohne eine wirksame und leistungsfähige Außen- und Sicherheitspolitik.

Neben der Verwirklichung der Grundrechte im eigenen Land verleihen die Aufgaben, die uns in der Gemeinschaft der Völker gestellt sind, unserem politischen Handeln langfristig Zweck und Richtung. Sie liefern den Maßstab für den politisch richtigen Einsatz der Kräfte unseres Staates, der Wirtschaft, der gesellschaftlichen Einrichtungen und der Bürger selbst. Sie sind wesentlich durch unser nationales Interesse mit bestimmt. Ohne die Bestimmung dieses Interesses wiederum lassen sich keine politisch eindeutigen innenpolitischen Prioritäten entwickeln, die mehr sind als das Ergebnis des jeweiligen Kräfteverhältnisses unter den gesellschaftlichen Gruppen.

Für die Strategie der CDU hat deshalb weder die Außen- noch die Innenpolitik Vorrang, sondern die Entwicklung eines an unseren nationalen Interessen ausgerichteten Gleichgewichts von Außen- und Innenpolitik. Dieses Gleichgewicht muß seinen Ausdruck auch in unserer Bereitschaft finden, unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Leistungsfähigkeit dienstbar zu machen dem Schutz unseres Landes vor äußerer Bedrohung und der Überwindung von Not, Elend und bedrohlichen Ungerechtigkeiten in der weltweiten Verteilung von Gütern und Chancen. Beides dient der Sicherung unserer Freiheit.

Besondere Probleme ergeben sich für unsere Außenpolitik aus dem internationalen Wettbewerb mit Staaten, die bei ihren außenpolitischen Entscheidungen nur in geringem Maße auf die innenpolitischen Auswirkungen ihres Handelns Rücksicht nehmen müssen und deren außenpolitische Handlungs- und Reaktionsfähigkeit deshalb nur im begrenzten Umfang durch innenpolitische Bedingungen beschränkt ist. Ihnen muß durch eine Strategie des solidarischen Handelns in der Gemeinschaft der freien Völker, insbesondere eines freien Europas, und durch die Sicherung einer breiten Zustimmung der Bevölkerung zu unseren außenpolitischen Zielsetzungen begegnet werden.

Die außenpolitische Handlungsfähigkeit unseres Staates erfordert somit unter den gegenwärtigen Bedingungen, daß

- das nationale Interesse eindeutig formuliert,
- die nationale Identität gestärkt,
- der politische Konsensus über unsere außenpolitischen Ziele erweitert
- und die Einsicht in die Notwendigkeit gesichert wird, die gesellschaftlichen Interessen und Bedürfnisse den Gesamtinteressen auch insoweit unterzuordnen, als sie durch die Bedingungen der außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Handlungsfähigkeit bestimmt werden.

Unsere einheitliche Gesamtstrategie im außen- und innenpolitischen Bereich verlangt, daß wir das Verhältnis der öffentlichen Ausgaben für den sicherheitspolitischen, außenwirtschaftlichen und den sozial- und gesellschaftspolitischen Bereich überprüfen. Das Ergebnis dieser Überprüfung muß der größeren Bedeutung außen- und sicherheitspolitischer Aufgaben Rechnung tragen. Ihre Finan-

zierung berührt weniger bestehende Verpflichtungen und gesetzliche Zusagen als vielmehr die Zuweisung des künftigen Zuwachses der Einnahmen im Rahmen der öffentlichen Haushalte. Die Sicherung eines solchen Zuwachses durch angemessenes Wachstum der eigenen Volkswirtschaft ist somit auch aus Gründen der außenpolitischen Handlungsfähigkeit unerlässlich.

. Deutschland und die Welt

Unsere wichtigste außenpolitische Aufgabe ist die Sicherung unserer nationalen Existenz durch unseren aktiven Beitrag zum Frieden in der Welt.

Wir leisten diesen Beitrag durch

- den Abbau von Spannungen und Konflikten im innerdeutschen Verhältnis und im Ost - West-Verhältnis,
- unsere Mitarbeit bei der Einigung Europas,
- unsere Mitwirkung bei der Sicherung und Festigung des Atlantischen Bündnisses,
- unsere Teilnahme bei der weltweiten, wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit aller Völker,
- unser Engagement in der Dritten und Vierten Welt.

1.1 Deutschland- und Ostpolitik

Das Ziel unserer Deutschlandpolitik ist: Freiheit und Einheit für das ganze deutsche Volk zu erringen. Bis das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung über seine Einheit entschieden hat, ist die Bundesrepublik mit West-Berlin als freier Teil Deutschlands Treuhänder einer freiheitlichen Verfassung auch für die Menschen im unfreien Teil unseres Vaterlandes. Um die Einheit der Nation zu erhalten und zu bestätigen, unterstützen und fördern wir die Aufrechterhaltung aller geistigen, kulturellen und historischen Gemeinsamkeiten. Diesem Ziel dient insbesondere auch die Verbesserung der zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands.

Berlin behält auch in Zukunft seine besondere Stellung. West-Berlin muß frei sowie wirtschaftlich, geistig und kulturell lebensfähig bleiben. Die Verantwortung für die Lebensfähigkeit West-Berlins trägt die Bundesrepublik

Deutschland. Dieser Verantwortung ist durch Lippenbekenntnisse und finanzielle Leistungen allein nicht genüge getan. Die Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik Deutschland müssen vielmehr umfassend gesichert und fortentwickelt werden. Berlin muß davor bewahrt werden, in das Abseits politischer Gleichgültigkeit zu geraten.

Für den Inhalt unserer vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der DDR ist entscheidend, was das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung zum Grundvertrag und alle Fraktionen des Deutschen Bundestages in ihrer gemeinsamen Resolution vom 17. Mai 1972 als Auftrag der Bundesrepublik Deutschland formuliert und als Grenzen vertraglicher Regelung festgestellt haben. In diesem Rahmen ist es das Ziel unserer Politik: Spannungen abzubauen; der Aufrechterhaltung ideologisch bestimmter Feindbilder in der DDR entgegenzuwirken; im Wettstreit der Systeme unsere freiheitliche Demokratie offensiv zu verteidigen; für die Menschen, denen in der DDR die Menschenrechte versagt werden, einzutreten; unser geistesgeschichtliches Erbe und unsere Geschichte vor ideologischer Verfälschung zu schützen sowie den Gedanken der Einheit lebendig zu erhalten.

Gegenüber den Staaten Osteuropas sind wir trotz aller ideologischen Gegensätze zu fairer Zusammenarbeit bereit. Wir respektieren ihre unterschiedlichen nationalen Interessen und Entwicklungen. Wir sind bereit, die in der Vergangenheit geschlossenen Verträge mit Leben zu erfüllen. Dabei müssen Leistung und Gegenleistung in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen.

Im Verhältnis zu den Staaten Osteuropas müssen wir trotz aller Bemühungen um eine Entspannung von der Fortdauer der ideologischen Konfrontation ausgehen. In der ideologischen Auseinandersetzung müssen wir deshalb klare Positionen beziehen. Bei der Gestattung unserer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit den Staaten Osteuropas muß unseren sicherheitspolitischen Bedürfnissen uneingeschränkt Rechnung getragen werden.

In unserer Außenpolitik treten wir für die Verwirklichung der Menschenrechte in der ganzen Welt ein. Dies gilt auch gegenüber den Staaten Osteuropas und der Sowjetunion.

1.2 Europapolitik

Unsere Europapolitik ist getragen von der Überzeugung, daß die Erhaltung der Bundesrepublik Deutschland in Freiheit und Wohlstand nur in einem freien und geeinten Europa möglich ist. Dabei liegt die Sicherung unserer Freiheit nicht nur in unserem eigenen Interesse. Sie wird auch vom Auftrag unserer Verfassung gefordert, die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit zu sichern.

Unser Beitrag zur Einigung Europas liegt im materiellen wie im geistig-ideellen Bereich. Wir sind bereit, für die Aufrechterhaltung, Stärkung und Sicherung der freiheitlichen Ordnung in Westeuropa Leistungen zu erbringen und einen Teil unserer Wirtschaftskraft dafür einzusetzen.

Ebenso wie für unsere eigene freiheitliche Ordnung ist auch für eine freiheitliche Ordnung des vereinten Europa die Mitwirkung der gesellschaftlichen Gruppen unerlässlich. Unsere Politik schafft die Voraussetzungen dafür, daß die gesellschaftlichen Gruppen bei der Einigung Europas ihren Beitrag leisten können. Zu diesem Zweck wirken wir darauf hin, daß sich bei den verschiedenen Gruppen gemeinsame Grundauffassungen in den entscheidenden Fragen entwickeln.

Voraussetzung für die Weiterentwicklung und Stärkung der europäischen Handlungsfähigkeit ist die Erweiterung und Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Aus dieser Zusammenarbeit müssen entscheidende Impulse für ein gemeinsames europäisches Handeln erwachsen. Solche Impulse sind für die Gemeinschaft unerlässlich.

Zu den vordringlichen Aufgaben gemeinsamen europäischen Handelns gehören im gegenwärtigen Zeitpunkt die Herausforderungen, die sich aus den Entwicklungen in Südeuropa und der Türkei ergeben. Ziel unserer Politik ist, dazu beizutragen, diese Staaten enger als bisher in den europäischen Verbund einzubeziehen und das wirtschaftliche und soziale Nord-Süd-Gefälle in Europa im Rahmen angemessener Entwicklungspläne abzubauen. Zur Verwirklichung dieses Ziels müssen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland direkt und durch die europäischen Institutionen verstärkt bereitgestellt werden.

Wir leisten damit einen Beitrag für die Stabilität Europas als Voraussetzung seiner politischen Handlungsfähigkeit. Wirtschaftliche Leistungen der Bundesrepublik, die dazu dienen, die politische Handlungsfähigkeit Europas zu sichern, haben Vorrang vor Leistungen gegenüber anderen Drittländern einschließlich der Länder des Ostblocks. Mit der Sicherung der Handlungsfähigkeit Europas leisten wir zugleich einen unverzichtbaren Beitrag für die Dauerhaftigkeit der Atlantischen Allianz.

1.3 Das Atlantische Bündnis

Die Aufgaben, die uns in der Atlantischen Allianz gestellt sind, sind bisher nur unzureichend gelöst worden. Die Verteidigungskraft, Wirksamkeit und Leistungsfähigkeit der Atlantischen Allianz muß dringend gestärkt werden. Ein wichtiger Beitrag dazu ist die weitgehende Vereinheitlichung der Waffensysteme. Die ständig zunehmende Last der Verteidigungskosten kann nur durch eine Standardisierung der militärischen Ausrüstungen gemindert werden. Dabei muß dem Interesse Europas an der Aufrechterhaltung einer leistungsfähigen Rüstungsindustrie Rechnung getragen werden.

Unbeschadet aller militärischen und sicherheitspolitischen Erfordernisse hängt der dauerhafte Bestand der Allianz davon ab, daß die Staaten, die sie tragen, in ihren grundlegenden Zielen und Werten übereinstimmen. Die Sicherung und Erhaltung dieser Übereinstimmung innerhalb der Allianz ist ein wichtiges Ziel unserer Politik.

Die Zusammenarbeit der atlantischen Partner darf sich jedoch nicht in der Verteidigung unserer Freiheit erschöpfen. Daneben ist heute den Herausforderungen zu begegnen, die aus dem raschen Wandel und den ständig wachsenden Abhängigkeiten in der Welt herrühren. Diese Herausforderungen können wir Europäer nur gemeinsam mit unseren atlantischen Partnern umfassend und nachhaltig lösen. Sie erfordern, daß wir unsere bisherige Zusammenarbeit in einer Vielzahl von Bereichen intensivieren. Dazu gehört die weitere Gestaltung und Entwicklung unserer freiheitlichen und demokratischen Strukturen auf der Grundlage unseres gemeinsamen politischen, kulturellen und religiösen Erbes.

1.4 Außenwirtschaftspolitik

Unsere außenpolitische Handlungsfähigkeit ist jedoch nicht nur bestimmt durch unsere eigene nationale Handlungsfähigkeit und die Handlungsfähigkeit Europas sowie des Atlantischen Bündnisses. Sie ist auch abhängig von der Handlungsfähigkeit aller jener Völker, mit denen wir zusammenarbeiten oder mit denen wir bei der Lösung der weltweiten Wirtschafts- und Verteilungsprobleme im Wettbewerb stehen.

Die Handlungsfähigkeit dieser Völker zu sichern und zu stärken, liegt deshalb in unserem eigenen Interesse. Wenn das Ausland unsere Exporte nicht mehr bezahlen kann, verlieren wir im eigenen Land Arbeitsplätze. Wenn Entwicklungsländer ohne Rohstoffe und Energiebasis ihre Menschen nicht mehr ernähren können, wird eine beschleunigte weltweite Radikalisierung die Folge sein. Sie wird nicht nur die Sicherheit der betroffenen Länder, sondern auch unsere Sicherheit bedrohen.

Bei der Abwehr dieser Bedrohung spielt unsere eigene Außenwirtschaftspolitik sowie unsere Mitwirkung bei der europäischen Außenwirtschaftspolitik eine wichtige Rolle. Als stärkste Wirtschaftsmacht der Europäischen Gemeinschaft und als eine führende Welthandelsnation muß die Bundesrepublik Deutschland ihre außenwirtschaftlichen Interessen im Zeichen internationaler Verantwortung wahrnehmen.

1.5 Entwicklungspolitik

Die Entwicklungspolitik hat eine doppelte Aufgabe zu erfüllen. Sie muß zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Entwicklungsländer beitragen und dadurch deren Chance verbessern, ihre Probleme in Zukunft selbst meistern zu können. Gleichzeitig muß sie einen Beitrag zur Sicherung unserer eigenen Existenz leisten.

Entwicklungspolitik ist eine Investition in die Zukunft aller. Zugleich ermöglicht sie unsere Mitwirkung bei der Neugestaltung der Weltwirtschaftsordnung. Durch diese Mitwirkung wollen wir erreichen, daß die Grundsätze des freien Welthandels aufrechterhalten und weiter ausgebaut werden. Wir sind bereit, unsere Märkte den Entwicklungsländern zu öffnen. Gleichzeitig müssen wir aber auch sicherstel-

len, daß unser Zugang zu den Energie- und Rohstoffquellen und den neuen Märkten der Entwicklungsländer gesichert bleiben.

Zur Verwirklichung unserer Ziele muß die deutsche Entwicklungspolitik stärker in die Gesamtpolitik eingeordnet werden. Sie ist eng mit der Außenpolitik, der Außenwirtschaftspolitik, der Sicherheitspolitik und der auswärtigen Kulturpolitik zu koordinieren. Dabei entspricht es den deutschen Interessen, wenn für die Durchführung unserer Entwicklungspolitik europäische Einrichtungen benutzt werden. Darüber hinaus ist die Entwicklungspolitik ein Bereich, in dem stärker als bisher europäische Initiativen zu entfalten sind.

In Anbetracht der unterschiedlichen Entwicklungen in der Dritten und Vierten Welt ist auch in der Entwicklungspolitik zu differenzieren. Gegenüber den Ländern der Vierten Welt, die um ihr Überleben ringen, muß die Hilfe überproportional gesteigert werden. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, neben finanzieller Hilfe auch die Arten von Dienstleistungen bereitzuhalten, die zum Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur in diesen Ländern notwendig sind. Unser Bildungssystem muß unsere Fähigkeit sichern, solche Dienstleistungen zu erbringen.

Gegenüber den weiter fortgeschrittenen Ländern der Dritten Welt muß an die Stelle der Hilfe weitgehend der Handel treten. Auch hier müssen Leistungen erbracht werden, die über den Rahmen des rein Wirtschaftlichen hinausgehen und die langfristigen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu diesen Ländern sichern (Ausbildung, Berufsbildung, Technologie, Forschung und Entwicklung). Unsere Fähigkeit, entsprechende Leistungen unter Berücksichtigung der politischen, kulturellen und historischen Besonderheiten der Entwicklungsländer anzubieten, wird langfristig über unsere eigene Rolle in der Welt und damit auch unsere Wohlfahrt entscheiden. Sie zu sichern und auszubauen, muß eine vorrangige Aufgabe unseres Bildungswesens werden.

Im Rahmen der Entwicklungshilfe sollten solche Länder Vorrang genießen, die uns und der Europäischen Gemeinschaft politisch oder wirtschaftlich besonders verbunden sind.

2. Aufgaben innerhalb der Bundesrepublik Deutschland

Schwerpunkte unserer Politik sind

- die Wiedergewinnung wirtschaftlicher Stabilität und die Erhaltung und Steigerung der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft,
- die Lösung gesellschaftspolitischer Aufgaben und die Neue Soziale Frage,
- die Verbesserung der Handlungsfähigkeit von Staat und Gesellschaft.

2.1 Wirtschafts- und Finanzpolitik

Wichtigstes Ziel einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik ist die Wiedergewinnung und langfristige Erhaltung der gesamtwirtschaftlichen Stabilität. Von den wichtigsten Zielen der Wirtschaftspolitik - Vollbeschäftigung bei Stabilität, angemessenes Wachstum und außenwirtschaftliches Gleichgewicht - ist zur Zeit keines verwirklicht. Inflation, Stagnation und Arbeitslosigkeit führen zu schweren Nachteilen für den einzelnen und zu sozialen Ungerechtigkeiten. Sie gefährden die politische Stabilität unseres Landes.

Die Hauptaufgabe einer erfolgreichen Stabilitätspolitik ist die Beseitigung der Inflation. Sie ist die entscheidende Ursache für die wirtschaftliche Stagnation und Arbeitslosigkeit. Die gewaltige Erhöhung des privaten und öffentlichen Verbrauches ging zu Lasten der Investitionen und damit zu Lasten des Wachstums der Wirtschaft und der Sicherheit der Arbeitsplätze. Darüber hinaus hat die Investitionsbereitschaft der deutschen Wirtschaft unter der investitionsfeindlichen Politik der SPD/FDP-Koalition gelitten. Die Wiedergewinnung von Stabilität, Wachstum und Arbeitsplatzsicherheit setzt eine kräftige Wiederbelebung der privaten und öffentlichen Investitionstätigkeit voraus.

Unsere Politik zur Wiedergewinnung und dauerhaften Sicherung der Stabilität hat folgende Ziele:

- Wiederherstellung des Vertrauens der Bürger in eine konsequente Politik der Sozialen Marktwirtschaft;
- Verbesserung der Investitionskraft der deutschen Wirtschaft durch die Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen ihrer Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit so-

wie die Erweiterung der Möglichkeiten breiter Bevölkerungskreise, sich an der Unternehmensfinanzierung zu beteiligen;

- Ausrichtung der Geldmenge, der öffentlichen Haushalte und der Lohn- und Gehaltssteigerungen am volkswirtschaftlichen Leistungsvermögen.

Entscheidend für die Wiedergewinnung der Stabilität ist die Wiederherstellung des Vertrauens in eine konsequente Politik der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft ist ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm für alle. Ihre Grundlagen sind Leistung und soziale Gerechtigkeit, Wettbewerb und Solidarität, Eigenverantwortung und soziale Sicherung, dezentrale Steuerung durch Märkte und Tarifautonomie, Machtkontrolle durch Gewaltenteilung und staatliche Aufsicht, Freiheits-sicherung durch das Angebot von Alternativen und die Teilhabe des einzelnen am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt. Die Soziale Marktwirtschaft ist die notwendige Entsprechung einer demokratischen, sozialen und freiheitlichen Staatsordnung. Sie gewährleistet die Anpassung der Gesellschaft an die veränderten Umweltbedingungen und ermöglicht die Bewältigung des Wandels in Freiheit.

Die Gewährleistung gesellschaftlicher Anpassungsprozesse ist eine zentrale politische Aufgabe. Ihre Erfüllung erfordert die Bereitschaft der Bevölkerung, an den notwendigen strukturellen Veränderungen mitzuwirken, unpopuläre Entscheidungen hinzunehmen und unnötige soziale Konflikte zu vermeiden. Voraussetzung für diese Bereitschaft ist die umfassende Information der Bevölkerung. Die Unterlassung notwendiger Anpassungsprozesse verschärft die sozialen Konflikte von morgen.

Die Sicherung der Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft erfordert ausgewogene Marktstrukturen. Hierzu gehört vor allem eine gesunde mittelständische Wirtschaft. Mittelständische Unternehmen können sich oft besser auf rasche Veränderungen der Marktlage einstellen als Großunternehmen.

Erfindungsgeist und Initiative, Bereitschaft zum unternehmerischen Risiko und die Erschließung neuer Möglichkeiten sind bei vergleichbarem Aufwand in der mittelständischen Industrie oft höher entwickelt als in Großunternehmen. Die mittelständischen Unternehmen in Handwerk, Gewerbe und Handel erfüllen deshalb

eine unverzichtbare Aufgabe in einer sich wandelnden Gesellschaft. Ziel unserer Politik ist deshalb, die Leistungsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen zu stärken, ihre Chancengleichheit im Markt zu sichern, geeignete Instrumente zur Beschaffung von Haftungskapital bereitzustellen, steuerrechtliche Benachteiligungen abzubauen und durch eine konsequente Wettbewerbspolitik die Gefährdung ausgewogener Marktstrukturen zu verhindern.

Übermäßige Unternehmenskonzentrationen sind freiheitsgefährdend und erschweren die notwendigen Anpassungsprozesse. Ihnen ist durch entschlossene Anwendung der Wettbewerbsgesetze zu begegnen. Soweit erforderlich, ist die Wettbewerbsgesetzgebung, vor allem im Bereich der Fusionskontrolle, zu verbessern. Durch eine europäische Wettbewerbspolitik ist sicherzustellen, daß der für die Marktwirtschaft unverzichtbare Wettbewerb auch bei multinationalen Unternehmen gewährleistet ist.

Die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft sind jedoch nicht auf den Bereich der gewerblichen Wirtschaft beschränkt. Sie sind auch in Bereichen, wie dem Gesundheits- und Bildungswesen, dem Umweltschutz oder der Energieversorgung, anwendbar. Zwar kann das Angebot in diesen Bereichen nicht wie bei industriellen Gütern und Dienstleistungen über Märkte organisiert und gesteuert werden. Die Güter und Leistungen dieser Bereiche können jedoch ebenso wie industrielle Güter und Dienstleistungen dezentralisiert, leistungsbezogen und im Wettbewerb erbracht werden. Unsere Politik erstrebt freiheitliche und soziale Lösungen auch in jenen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft, die nicht ausschließlich über Märkte gesteuert werden können.

Die Verwirklichung dieses Ziels erfordert Initiativen vom einzelnen und von den Verbänden, freien Trägern und genossenschaftlichen Organisationen. Unsere Politik sichert den notwendigen Freiraum für Initiative und verschafft den Grundsätzen der Subsidiarität, Selbstverwaltung und Selbsthilfe auch in der nachindustriellen Gesellschaft Geltung. Diese Politik steht im Gegensatz zur sozialistischen Strategie, die unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durch die Übertragung immer größerer Wirtschafts- und Dienstleistungsbereiche auf den Staat

und öffentliche Einrichtungen von Grund auf verändern will. Nach dieser Strategie soll der Staat zum größten Anbieter von Gütern und Dienstleistungen werden.

Durch die Übernahme eines wesentlichen Teils der Dienstleistungen durch den Staat, wird dessen Finanzkraft sowie seine Leistungs- und Steuerungsfähigkeit überfordert. Noch schwerer wiegt, daß dem Staat auf diese Weise wirtschaftliche und gesellschaftliche Macht wächst, die zu einer zunehmenden Abhängigkeit des einzelnen von staatlichen und öffentlichen Einrichtungen und damit zu einer Abnahme individueller Freiheit führt. Dabei ist der Bürger, der in allen Lebensbereichen vom Staat betreut wird, außerstande, diesen Staat politisch noch wirksam zu kontrollieren.

Die Durchsetzung einer freiheitlichen Ordnungspolitik, in der nachindustriellen Dienstleistungsgesellschaft, ist eine politische Herausforderung, die mit der Durchsetzung der marktwirtschaftlichen Ordnung nach der Währungsreform im Jahre 1948 verglichen werden kann. Unsere Politik zielt darauf ab, so wie damals auch heute die Initiative des einzelnen zu mobilisieren und die Bereitschaft der Bevölkerung zu eigener Leistung und zur Mitwirkung zu wecken. Individuelle Initiative und Leistung sind für die Bewältigung der vor uns liegenden Probleme unerlässlich.

Um die Investitionskraft der deutschen Wirtschaft wieder herzustellen, muß ein mittelfristiges, einkommenspolitisches Konzept mit dem Ziel entwickelt werden, eine stabilitätsgerechte Lohn- und Gehaltspolitik im gewerblichen und öffentlichen Bereich zu sichern. Voraussetzung für die Verwirklichung eines solchen Konzeptes ist die Gewährleistung von Verteilungsgerechtigkeit bei Einkommen und Vermögen. Die Wiederherstellung der Investitionskraft der deutschen Wirtschaft darf nicht zu Verteilung Ungerechtigkeiten im Bereich der Vermögensbildung führen. Die von der CDU angestrebte Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand dient diesem Ziel. Der Staat soll im wirtschaftlichen Bereich grundsätzlich nicht selbst investieren. Er kann durch eine Rückführung der globalen Belastung auf die reale Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, durch die Förderung technologischer Entwicklungen und durch die Verbesserung der Instrumente des Kapitalmarktes die privatwirtschaftliche Initiative und Risikobereitschaft fördern. Soweit staatliche Investitionen ausnahmsweise erforderlich sind, soll die Möglichkeit erhalten bleiben, sie zu privatisieren. Auf diese Weise wird der Ballung wirtschaftlicher Macht in den Händen der öffentlichen Verwaltung entgegengewirkt.

Die Sanierung der öffentlichen Haushalte erfordert, finanzpolitische Prioritäten zu setzen und den Anteil der öffentlichen Investitionen gegenüber den laufenden Ausgaben zu vergrößern. Die ziellose Ausgabenwirtschaft der letzten Jahre kann nicht länger fortgesetzt werden. Sie hat zu einer schnell wachsenden Verschuldung und damit zu einer immer drückender werdenden Zinsbelastung der öffentlichen Hand geführt. Auf Dauer zerstört sie die Grundlagen unserer wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit.

Zur Sanierung der öffentlichen Haushalte trägt bei

- die Entlastung des Staates im Dienstleistungsbereich durch nichtstaatliche Leistungsträger,
- die umfassende Reform der öffentlichen Verwaltung einschließlich der Überprüfung der einschlägigen Gesetzgebung mit dem Ziel, Personalkosten einzusparen,
- die Steigerung der Wirksamkeit und Gerechtigkeit des sozialpolitischen Aufwandes. Hierzu gehören die Überprüfung einkommensunabhängiger Vergünstigungen, die Überprüfung des Ausbildungsförderungsgesetzes und die Ausweitung der Darlehensfinanzierung bei der Stipendiengewährung,
- der Abbau von Subventionen, die Strukturanpassungen verhindern oder verzögern,
- die energische Rationalisierung von Bundesbahn und Bundespost unter Einschluß der Beseitigung überholter Vergünstigungen.

Mit der Wiederherstellung von Preisstabilität, Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum tritt die Frage nach der Qualität des Wachstums in den Vordergrund. Ein Wachstum, das dem sozialen Wohlbefinden der Menschen dienen soll, erfordert Maßnahmen wie regionale Strukturpolitik, menschengerechte Siedlungsstrukturen, Verbesserung des Umweltschutzes, nachhaltige Sicherung der Energieversorgung, Vermögensbildung und Neuregelung des Unternehmensrechts. Welche Wege hier einzuschlagen sind, hat die CDU bereits 1973 mit ihren gesellschaftspolitischen Beschlüssen auf dem Hamburger Parteitag gezeigt.

2.2 Gesellschaftspolitische Aufgaben und die Neue Soziale Frage

Im Bereich der Gesellschaftspolitik müssen

- die gesellschaftspolitischen Ziele, die durch die Soziale Marktwirtschaft, die bestehenden sozialen Einrichtungen und unsere Hamburger Parteitagebeschlüsse aus dem Jahre 1973 vorgezeichnet sind, weiter verwirklicht und ausgebaut werden,
- die neuen sozialen Probleme, die durch die tiefgreifenden Verschiebungen gesellschaftlicher Macht in den letzten Jahren und Jahrzehnten eingetreten sind, in Angriff genommen werden.

Bei der Verwirklichung der gesellschaftspolitischen Ziele, die durch unsere freiheitliche und soziale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vorgezeichnet sind, haben wir in der Vergangenheit wichtige Erfolge errungen. Vor allem in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wurde unter der politischen Führung der Unionsparteien der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital erheblich entschärft. Dem berechtigtem Anliegen der sozialen Bewegung, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für die breiten Schichten des Volkes zu schaffen, wurde in vielfältiger Weise Rechnung getragen. Die Arbeitnehmer sind heute besser denn je vor wirtschaftlichen Risiken geschützt.

Die umfassende Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der breiten Schichten des Volkes war ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu größerer sozialer Gerechtigkeit. Mit ihrem Programm der Verbesserung der beruflichen Bildung, dem Ausbau der Mitbestimmung und der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand setzt die CDU diesen Weg fort. Durch die Reform der beruflichen Bildung sollen für die heranwachsenden Generationen bessere Berufs- und Lebenschancen geschaffen werden. Durch den Ausbau der Mitbestimmung wird der persönliche Entscheidungs- und Verantwortungsbereich von Millionen Arbeitern und Angestellten erweitert. Unsere Vermögenspolitik stärkt die wirtschaftliche Freiheit unserer Bürger. Sie macht aus wirtschaftlich Abhängigen Teilhaber der Wirtschaft. Durch alle diese Maßnahmen erstrebt die CDU eine weitere Stärkung der Stellung des Arbeitnehmers im Unternehmen und einen grundlegenden Wandel des Verhältnisses von Arbeit und Kapital. Arbeitnehmer, Kapitaleigner und Unternehmensleitung sollen künftig in einem partnerschaftlichen Verhältnis zueinander stehen. Die Verwirklichung dieses Ziels wurde bisher durch die Mehrheit der SPD/FDP-Koalition im Bundestag vereitelt.

Neben den bisherigen gesellschaftspolitischen Aufgaben sind in Zukunft aber auch noch andere drängende Probleme zu lösen. Zu dem Konflikt zwischen Arbeit und Kapital sind Konflikte zwischen Produzenten und Nichtproduzenten, zwischen organisierten und nichtorganisierten Sonderinteressen von Bevölkerungsgruppen, zwischen Minderheiten und der übrigen Gesellschaft, zwischen Stadt und Land und zwischen den Machtausübenden und Machtunterworfenen innerhalb der organisierten autonomen Gruppen getreten.

Die Mächtigen in unserer Gesellschaft sind heute nicht mehr allein die Kapitaleigner, sondern Kapitaleigner und Arbeitnehmer zusammen. Kapitaleigner und Arbeitnehmer sind heute in mächtigen Verbänden organisiert, die nicht nur die jeweiligen Sonderinteressen ihrer Mitglieder gegenüber der anderen Seite durchzusetzen versuchen, sondern die ebenso wirkungsvoll ihre Sonderinteressen gegenüber den nichtorganisierten Bevölkerungsgruppen behaupten. Die Nichtorganisierten, alte Menschen, Mütter mit Kindern, oder die nicht mehr Arbeitsfähigen, sind den organisierten Verbänden in aller Regel unterlegen. Hier stellt sich die Neue Soziale Frage.

Die verbreitete Neigung, die mit ihr verbundenen Konflikte unbeachtet zu lassen, ist darauf zurückzuführen, daß in unserer Gesellschaft Interessenkonflikte zwischen Starken und Schwachen, zwischen Produzenten und Nichtproduzenten, zwischen Erwerbstätigen und nicht mehr im Beruf Stehenden häufig zu Gunsten der Stärkeren und zu Lasten des Schwächeren entschieden werden. Die Politik der gegenwärtigen Bundesregierung beruht geradezu auf einem Bündnis der Starken gegen die Schwachen. Da die Schwachen - die Nichtproduzenten, die Alten und die Kinder - als Gruppe keine Mehrheit bilden, besteht für sie darüber hinaus die Gefahr, daß sie in unserer Gesellschaft auch politisch benachteiligt werden. Eine solche Entwicklung ist mit unserer Verfassung, insbesondere mit den in ihr verankerten Grundrechten und mit dem Sozialstaatsprinzip, unvereinbar.

Der Staat kann die neuen sozialen Fragen nur lösen, wenn er bereit und in der Lage ist, sich der wirklichen sozialen Probleme in unserem Land anzunehmen. Ein Staat, der sich bedingungslos

mit dem Produzenteninteresse - sei es auf Seiten des Kapitals oder auf Seiten der Arbeitnehmer - verbündet, ist hierzu außerstande. Ein Sozialvertrag zwischen Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften ist ungeeignet, den berechtigten Anliegen der Schwachen in unserer Gesellschaft Rechnung zu tragen.

Die bisherige Betonung des Konfliktes zwischen Arbeit und Kapital hat häufig die Probleme der wirklich Schwachen und Bedürftigen in unserer Gesellschaft verdeckt. Hierzu gehören die schwierige Stellung der Frau mit ihrer oft unerträglichen Mehrfachbelastung von Erwerbstätigkeit, Kindererziehung und Haushaltsführung, die Wahrung der Menschenwürde im Alter, die Lage der Gastarbeiter, die soziale Sicherung älterer Selbständiger, die Probleme der Kinder in einer Welt der Erwachsenen, die Frage der Erziehungsfähigkeit unserer Familien und die Schwierigkeiten von Behinderten und Alleinstehenden. Hinzu kommen Probleme wie die Zerstörung der Umwelt, inhumane Stadtplanungen, familienfeindliche Wohnungen und das Phänomen gesellschaftlich bedingter Krankheiten.

Die neuen sozialen Probleme erfordern eine Fortentwicklung der Sozialpolitik. Dabei geht es in unserem Land, in dem die Bürger bereits 1975 DM 300 Milliarden für soziale Aufgaben aufwenden, nicht in erster Linie um eine Erhöhung des Anteils am Sozialprodukt. Wichtiger ist vielmehr die Verbesserung der sozialen Wirksamkeit dieser Mittel und die Gewinnung ausreichender Bewegungsspielräume, um auch die Probleme der Neuen Sozialen Frage lösen zu können.

Zu den Bereichen, in denen ein verbesserter Einsatz finanzieller Mittel möglich ist, gehört die Familie. Die Familie ist der wichtigste Ort individueller Geborgenheit und Sinnvermittlung. Ihre Funktionsfähigkeit wurde in der Vergangenheit geschwächt. Die Folge davon ist die ständige Zunahme von körperlichen und geistigen Störungen bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Ziel unserer Sozialpolitik ist deshalb die Stärkung der Familie und - wo erforderlich - ihre Unterstützung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Durch die Förderung der Entfaltung des Menschen, insbesondere der Kinder und Jugendlichen in der Familie, beugen wir zerstörerischen Entwicklungen vor, wie sie im Alkoholismus, Drogenkonsum und Kriminalität zum Ausdruck kommen. Die nachträgliche Beseitigung bereits eingetretener Schäden ist nicht nur inhuman, sondern auch unwirtschaftlich.

In engem Zusammenhang mit unserer Familienpolitik steht unsere Politik für die Frau. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist in allen Bereichen des Lebens uneingeschränkt zu verwirklichen. Dabei ist die Stellung der Frau so zu gestalten, daß sie weder sozial noch gesellschaftlich, noch wirtschaftlich benachteiligt wird, wenn sie entweder vornehmlich in der Familie oder vornehmlich in einem Beruf tätig ist. Besondere Bedeutung hat dabei die Ausgestaltung der Alterssicherung der Frau. Die eigenständige soziale Sicherung der Frauen, die Gewährung von Erziehungsgeld und das familienpolitische Programm sind einige unserer Antworten auf die Neuen Sozialen Fragen. Ihre Verwirklichung hängt ab von der Wiedergewinnung wirtschaftlicher Stabilität.

Auch im Bereich der staatlichen Fürsorge für alte und hilfsbedürftige Menschen können die finanziellen Mittel besser als bisher eingesetzt werden. Umfassende Abhängigkeiten des einzelnen von der Gemeinschaft, wie sie heute häufig geschaffen werden, sind nur in besonderen Notlagen gerechtfertigt. In der Regel müssen staatliche Maßnahmen darauf hinwirken, die eigenständige Lebensführung und Entscheidungsfreiheit alter und hilfsbedürftiger Menschen soweit als möglich zu erhalten und gegebenenfalls wieder herzustellen. Maßnahmen hierfür sind der Bau alten- und invalidengerechter Wohnungen, der Ausbau ambulanter sozialer Dienste und die Betreuung dieser Menschen in ihren angestammten Lebensbereichen. Besonders wichtig ist allerdings, daß die Bürger wieder stärker als bisher freiwillige soziale Dienste und Leistungen füreinander erbringen. Nur so kann einem der größten Probleme alter und hilfsbedürftiger Menschen, nämlich ihrer Vereinsamung, begegnet werden. Unsere Politik zielt darauf ab, die Bereitschaft der Bürger zum Dienst an Mitmenschen zu wecken und zu stärken.

Im Bereich des Gesundheitswesens ist ein besserer Einsatz der finanziellen Mittel besonders dringend erforderlich. In diesem Bereich steigen Kosten und Ansprüche außerordentlich schnell an. Künftig müssen wir Erwartungen, Leistungsvermögen und Leistungsbereitschaft besser als bisher miteinander in Einklang bringen, wenn unser Gesundheitswesen nicht schon in Kürze wegen finanzieller Schwierigkeiten zusammenbrechen soll. Unser Ziel

ist die Bewahrung und der Ausbau der sozialen Sicherheit, insbesondere auch im Gesundheitswesen. Gerade deshalb können wir aber in unserer Gesundheitspolitik nicht auf den Gedanken der Wirtschaftlichkeit verzichten.

Um die soziale Wirksamkeit der Aufwendungen im Bereich des Gesundheitswesens zu verbessern, müssen vor allem seine Strukturen von Grund auf überprüft werden. Alle Beteiligten, also Ärzte, Krankenhausträger, die Pharma- und medizinisch-technische Industrie und nicht zuletzt die Patienten, müssen hier zusammenwirken, um den rasch wachsenden Abstand zwischen den Ansprüchen, die sie an das System stellen, und seinen realen Möglichkeiten wieder zu verringern. Darüber hinaus muß der einzelne stärker als bisher bereit sein, Verantwortung für sich selbst und seine Umwelt zu tragen. Kein Gesundheitswesen der Welt kann auf Dauer Patienten helfen, die sich für ihre Gesundheit nicht verantwortlich fühlen.

Zur Bewältigung der Neuen Sozialen Frage gehört auch die Verbraucherpolitik. Anders als die Produzenten haben die Verbraucher in unserer Gesellschaft keine organisierte Vertretung, die ihre berechtigten Interessen gegenüber den Produzenten wahrnehmen. Sie müssen deshalb in die Lage versetzt werden, ihre Interessen im Rahmen unserer freiheitlichen Marktwirtschaft individuell und wirkungsvoll zu vertreten. Eine umfassende Verbraucheraufklärung und -information durch den Staat und durch öffentliche oder privatwirtschaftliche Einrichtungen dienen dieser Aufgabe. Verbraucheraufklärung und -information müssen deshalb verstärkt und ausgebaut werden.

Die Stärkung der Familie, die Bereitschaft zu sozialen Diensten, die Verbesserung des Gesundheitswesens oder die Ausgestaltung der Verbraucherpolitik ist ohne Mitwirkung der Bürger nicht möglich. Diese Mitwirkung liegt im Interesse des einzelnen selbst. Sie zu fördern, ist Aufgabe der Bildungspolitik. Unsere Schulen müssen deutlicher als bisher die Werte der Solidarität und des Engagements des einzelnen für die Gemeinschaft vermitteln. Das einseitige Anspruchsdenken, das von der SPD/FDP-Koalition in den letzten Jahren in unvertretbarer Weise gesteigert wurde, ist keine geeignete Grundlage für die Lösung der vor uns liegenden Probleme. Wir müssen die Bürger wieder von der Notwendigkeit überzeugen, sich für das Wohl ihrer Mitbürger und des Gemeinwesens einzusetzen. Unser Leitbild ist der sozial engagierte und motivierte Bürger,

der über den eigenen Interessen nicht die Bedürfnisse seiner Mitbürger und des Gemeinwesens vergißt. Was das Gemeinwesen für den Bürger leisten soll, kann es nur durch die Bürger leisten. Ein Gemeinwesen, das allen dient, muß auch alle - je nach ihren Kräften - in Pflicht nehmen.

2.3 Die Verbesserung der Handlungsfähigkeit von Staat und Gesellschaft

Die Handlungs- und Leistungsfähigkeit von Staat und Gesellschaft müssen gesteigert werden, wenn wir den zunehmenden Belastungen im Inneren und von außen auch in Zukunft erfolgreich standhalten wollen. Ziel unserer Politik ist deshalb

- die Leistungs- und Handlungsfähigkeit der Gesellschaft zu steigern,
- die Entscheidungs- und Durchsetzungsfähigkeit des Staates zu stärken,
- die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Einrichtungen zu erhöhen,
- die Kontrolle staatlichen Handelns durch die Bürger und die von ihnen berufenen Organe zu verbessern.

Für die Steigerung der Handlungs- und Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft müssen ihre dezentralen und offenen Strukturen erhalten und weiter ausgebaut werden. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe spielen die autonomen Gruppen und Verbände eine wichtige Rolle. Durch ihre konstruktive Mitwirkung bei der Lösung wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Aufgaben haben wir in der Bundesrepublik Deutschland besondere Erfolge erzielt.

Voraussetzung solcher Erfolge ist die Einordnung der autonomen Gruppen und Verbände in das gesellschaftliche Ganze und das Gemeinwohl. Das ist Ausdruck des allgemeinen sozialstaatlichen Grundsatzes, nach dem alle vom Staat gewährte Autonomie den Anforderungen der Gemeinwohlverträglichkeit unterworfen ist. Mit der Verwirklichung des Sozialstaatsprinzips wurde der Gedanke der Sozialpflichtigkeit von Eigentum auf alle Formen gesellschaftlicher Machtpositionen erstreckt.

Zugleich ist die Einordnung der autonomen Gruppen in das gesellschaftliche Ganze Ausdruck ihrer begrenzten Legitimation. Im Gegensatz zum Staat, der von der Gesamtheit aller Bürger legitimiert ist, vertreten die autonomen Gruppen immer nur gesellschaftliche Teilbereiche und deren Sonderinteressen. Aus dieser unterschiedlichen Legitimation folgt, daß ein Sozialvertrag zwischen Staat und autonomen Gruppen nicht möglich ist und daß der Staat seine Autorität nicht mit den Gruppen teilen kann.

Umgekehrt können die Gruppen Verletzungen ihrer verfassungsrechtlich gewährleisteten Autonomie durch den Staat zurückweisen. Dies heißt allerdings nicht, daß der Staat die autonomen Gruppen gänzlich sich selbst überlassen darf. Die veränderte Stellung des einzelnen in der autonomen Gruppe erfordert vielmehr, daß unsere Rechtsordnung auch hinsichtlich der demokratischen Gestaltung der Gruppen und des Verhältnisses der Verbände zu ihren Mitgliedern durchgesetzt wird. Dies gilt insbesondere in den Bereichen des Minderheitenschutzes, der Verbandspublizität, der Schiedsgerichtsbarkeit und der Sicherung der demokratischen Willensbildung im Verband. Die berechtigten Interessen und Bedürfnisse des einzelnen müssen auch im Rahmen des Verbandes berücksichtigt werden.

Die Stärkung der Stellung des einzelnen innerhalb der autonomen Gruppen und in der Gesellschaft ist eine grundlegende Voraussetzung für die Steigerung der Handlungsfähigkeit von Staat und Gesellschaft. Nur eine Gemeinschaft, die die Freiheit des einzelnen und seine wirtschaftlichen und sozialen Entfaltungsräume achtet und sichert, kann darauf bauen, daß der einzelne seine Fähigkeiten für ihre Erhaltung einsetzt und sich mit ihr solidarisch erklärt. Eine solche freiheitliche Gemeinschaft hat aber auch einen Anspruch auf die Solidarität und Mitwirkung ihrer Bürger. Erst die Verbindung von Freiheit und Solidarität ermöglicht der Gemeinschaft, ihre Aufgaben gegenüber dem einzelnen und nach außen zu erfüllen und damit der Verwirklichung des Menschen zu dienen.

Aus der Gemeinschaftsbezogenheit individueller Freiheiten und Entfaltungsmöglichkeiten folgt, daß sich die Gemeinschaft gegen den Mißbrauch individueller Freiheitsrechte zur Wehr setzen muß. Wer die freiheitliche Grundordnung als Ganzes bedroht, gefährdet die Freiheitsrechte des einzelnen. Der Staat hat die Pflicht, diese Bedrohung abzuwenden. Ziel unserer Politik ist ein Staat, der bereit und in der Lage ist, dieser Pflicht uneingeschränkt nachzu-

kommen. Freiheitlichkeit und Autorität des Staates sind keine Gegensätze. Sie ergänzen einander. Der freiheitliche Staat, der sich nicht gegen seine Feinde verteidigt, verspielt die Freiheit seiner Bürger.

Die Auseinandersetzung mit politischen Extremisten und Terroristen muß deshalb offensiv geführt werden. Das politische Klima der letzten Jahre, in dem Extremismus und Terrorismus gedeihen konnten, muß von Grund auf geändert werden. Extremismus und Terrorismus sind anders als bisher mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen. Die Öffentlichkeit muß rückhaltlos über das Ausmaß der Gefahr sowie über die Ziele und Methoden der kriminellen Organisationen und Verfassungsfeinde unterrichtet werden. Wer die Gefährdung der inneren Sicherheit verharmlost, unterstützt die Feinde unserer Freiheit. Feinde unserer freiheitlichen Ordnung können öffentliche Ämter nicht ausüben.

Die Autorität, die der freiheitliche Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt, beruht auf der bewußten und freiwilligen Anerkennung seines Handelns durch die Bürger. Die Entscheidungs- und Durchsetzungsfähigkeit des Staates hängt in der freiheitlichen Demokratie nicht in erster Linie von der verfassungsrechtlichen Stellung seiner Organe, sondern von der Zustimmung seiner Bürger ab. Ein Staat, der diese Zustimmung nicht findet, ist entweder nicht freiheitlich oder nicht handlungsfähig.

Der freiheitliche Staat kann die Zustimmung der Bürger nur erwarten, wenn das Leitbild seiner Politik eine freiheitliche, gerechte und solidarische Gesellschaft ist. Dazu gehören die unbedingte Wahrung von Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit sowie das ständige Streben nach einem Höchstmaß sozialer Gerechtigkeit. In einer solchen Politik verbinden sich die Zielvorstellungen der vom Volk gewählten und legitimierten Vertreter mit der Bereitschaft der Bürger, die gemeinsamen Ziele zu tragen und zu verwirklichen.

Diese Bereitschaft zu wecken und zu erhalten, ist eine der Hauptaufgaben einer freiheitlichen Bildungspolitik. Die sozialdemokratische Bildungspolitik hat diese Aufgabe nicht erfüllt. Vielmehr hat sie die positive Einstellung der Bürger zu ihrer Geschichte und zu unserer Staats- und Gesellschaftsordnung geschwächt. Ziel unserer Politik ist die Stärkung eines richtig verstandenen Patriotismus, der eine notwendige Bedingung für die gemeinsame Bewältigung innerer und äußerer Schwierigkeiten ist.

Weitere Voraussetzung für die Zustimmung der Bürger zu staatlichem Handeln ist die wirksame, leistungsgerechte und wirtschaftliche Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben. Diesem Erfordernis wird der Staat gegenwärtig nicht mehr gerecht. Durch die ständige Ausdehnung staatlicher Tätigkeit auf immer weitere Lebensbereiche werden durch die Regierungskoalition die Organe des Staates überlastet. Die übermäßige Ausweitung der staatlichen Aufgabenbereiche hat zu einer übermäßigen Bürokratisierung von Staat und Gesellschaft und zu dem ständigen Nachlassen der Leistungen des Staates in seinen eigentlichen Verantwortungsbereichen geführt. Diese Entwicklung wird vom Bürger als Schwächung des Staates empfunden. Er leidet unter der zunehmenden Reglementierung seines Daseins, die seine Initiative, seine Eigenverantwortung und seine Freiheit beeinträchtigt.

Nach unserem Staatsverständnis ist es nicht die vorrangige Aufgabe des Staates, für die Bürger eine Unzahl wirtschaftlicher und administrativer Dienstleistungen zu erbringen. Im Gegensatz zur SPD sind wir nicht der Auffassung, daß die Erweiterung der staatlichen Einflußnahme und des staatlichen Angebots an Dienstleistungen gleichbedeutend mit gesellschaftlichem Fortschritt ist. Die Befriedigung der Nachfrage nach Dienstleistungen ist für uns in erster Linie Aufgabe der gesellschaftlichen Einrichtungen: der Unternehmen, Verbände und freien Träger im sozialen Bereich. Die Aufgabe von Staat und Regierung ist es, die politischen Ziele der staatlichen Gemeinschaft zu bestimmen, das Gemeinwesen nach den Grundsätzen der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit zu gestalten und zu entwickeln, gegen Angriffe und Bedrohungen von außen zu schützen und im Inneren Freiheit, Sicherheit und den Rechtsfrieden zu wahren.

Dabei dürfen sich auch die staatlichen Verwaltungen und Einrichtungen nicht der Notwendigkeit verschließen, sich den sich ständig verändernden Bedingungen anzupassen und so ihren Beitrag zur Bewältigung des Wandels in Freiheit zu leisten. Zur Verbesserung der Leistungs- und Anpassungsfähigkeit der staatlichen Einrichtungen gehören

- die Anpassung der öffentlichen Verwaltung an die veränderten Aufgabenstellungen und Bedürfnisse der Bevölkerung,
- die Dezentralisation der öffentlichen Verwaltung:
Verwaltungs- und Planungsentscheidungen sollen möglichst bürger-nah fallen; der zunehmenden Anonymität von Verwaltungs- und Planungsvorgängen ist entgegenzuwirken,

- die bessere Abstimmung von Planungen und Entscheidungen mit Mitteln, die einer weiteren Bürokratisierung entgegenwirken und die gegenwärtige Schwerfälligkeit von Planungsprozessen abbauen,
- die eindeutige Regelung von Zuständigkeitsfragen,
- die Vereinfachung der Gesetzgebung und die Verbesserung der Rechtspflege,
- die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung in den Städten, Gemeinden und Kreisen,
- der Ausbau der Informations-, Initiativ- und Mitwirkungsrechte der Bürger in allen öffentlichen Bereichen, insbesondere im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung.

Eine Gemeinschaft wird nur mitgetragen von dem, der an ihr gestaltend mitwirken kann. Die aktive Beteiligung der Bürger am öffentlichen Leben und die umfassende demokratische Kontrolle staatlichen Handelns gewährleisten die Stabilität einer freiheitlichen Gesellschaft. Die Bürger müssen deshalb stärker als bisher die Möglichkeit erhalten, im öffentlichen Leben ebenso mitzuwirken und mitzubestimmen wie am Arbeitsplatz oder als Verbraucher. Hindernisse auf diesem Weg, wie die Verquickung von öffentlichen Interessen mit Parteiinteressen, sind konsequent zu beseitigen. Im Gegensatz zu sozialdemokratischer Politik dient unsere Politik weder den Interessen einer Gruppe noch der bloßen Machterhaltung der Partei. Unsere Politik steht im Dienste aller Bürger.

N a m e n v e r z e i c h n i s

Ahmrehn 188

Badeck 81

Dr. Barzel 192

Dr. Becker 326, 333

Beckmann 94, 96, 97, 110, 292

Behnke 64, 218

Benedix 82

Bender 215

Prof. Dr. Beske 69, 73, 75

Bethmann, Frhr. von 254

Prof. Dr. Biedenkopf 108, 119, 125, 167, 267

von Bismarck 82, 230

Dr. Blüm 82, 229

Blumenfeld 75, 197

Brausewetter 62, 81

Breuel 260

Brickwedde 108, 136, 264

Briesc 140

von Bülow 256

Burggraf 131, 322, 324

Prof. Dr. Carstens 46

Dr. Christians 216, 332

da Costa 21

Diepgen 273

Doss 68, 111

Dübel 111-128, 130, 133, 135-141

Echternach 83

Ellers, Baroness 19

Dr. Filbinger 12, 18, 19, 20, 22, 23, 90, 148, 150, 151, 166,
335

Dr. Geissler 233, 267, 307, 313

Dr. Glaser 96

Dr. Gradl 320

Griesinger 83, 276, 286, 287, 292, 293

Dr. Gruhl 243

Prof. Dr. Hahn 84, 241
Dr. Hartwig 258
Haaßengier 315, 317
Hasinger 108, 219, 327
Hasselmann 84, 199, 202, 204, 205, 208, 209, 212, 213, 215,
216-221, 224, 227, 228
Hauser 112, 121
Heinzel 106
Dr. Hellwig 286, 288
Hennig 209
Herrera-Campins 22
Hieronymi 260, 313
Hoffmann 295, 296
Hüniken 93, 124

Jäger 122, 208, 331, 334
Dr. Jahn 203
Janning 323

Kanther 78-86
Katzner 91, 221
Keck 312
Kessler 117, 126, 143
Kettenis 306
Kiep 69, 94, 141, 146, 183, 236
Klein (Stolberg) 254

Dr. Klepsch 208
Köppler 91, 133, 332
Dr. Kohl 7, 24, 79, 100, 103, 130, 135, 136, 140, 150, 212,
289, 337
Kolb 116, 143
Krapp 138
Kuppe 127, 261, 329, 334, 335

Lamers 132, 213
Lampersbach 84, 324
Langguth 84
Dr. Laurien 80, 237
Dr. Lenz 62
Limbach 125, 239, 311
Lorenz 46, 61, 62, 64, 65, 67, 68, 84, 329

Dr. Mahler 126
Dr. Marx 180
Dr. Mertes 190
Meyer 133
Dr. Michels 107
Dr. Müller-Hermann 248, 330
Müller 308

Närger 104
Dr. Narjes 199

Dr. Obermüller-Kochs 288, 293, 308

Pflüger 263
Pierothe 65, 245
Pohl 328

Rawe 85
Prof. Ratzel 16
Rebstock 325
Reckers 250
Dr. Riesenhuber 323
Dr. Ritz 86, 231
Dr. Röder 64
Rollmann 296, 300

Dr. Schäuble 246
Scherer 86
Dr. Scheuer 217, 332
Schleinzer 18
Schmitz 104
Schmöle 86
Schönbohm 97, 111-113, 252, 316, 319, 330, 331, 334
Dr. Gerhard Schröder 86
Horst Schröder 242
Dr. Schwarz-Schilling 87, 240, 319, 327, 328
Starlinger 294
Stavenhagen 266
Dr. Stoltenberg 91, 140, 224
Dr. Strahmann 142
Dr. h.c. Strauß 151
Stroetmann 106, 123, 144
Sturke 130

Terlinden 137, 274
Dr. Todenhöfer 204
Tremmel 118, 139

Dr. Bernhard Vogel 87, 107
Friedrich Vogel 87, 94, 98, 99, 101, 102, 106, 114, 129, 136, 329
Vogt 287, 330

Dr. Waffenschmidt 88, 248

Dr. Wagner 105

Dr. Wallmann 88, 258, 260, 261, 263, 264, 266, 267, 271, 274

Dr. von Weizsäcker 88, 167, 179, 183, 188, 190, 192, 195, 197,
198, 220

Dr. Wex 91, 277, 299, 300

Dr. Wilms 293, 297, 299, 300

Will-Feld 310

Windelen 88, 293, 294, 295, 296, 297, 300, 306, 307, 314, 317,
319, 321, 324, 327, 328, 329, 330, 334, 335

Wissmann 89, 142-144, 146, 147, 227, 312, 315

Dr. Wörner 89, 205

Dr. Worms 92, 94, 102, 103, 106, 110, 114, 115, 117, 119, 121,
124, 127, 146, 147

von Wrangel 195

Dr. Wulff 144, 147

Prof. Dr. Zeitel 90, 230, 231, 233, 235, 237, 239, 241, 242, 243
244, 246, 248, 250, 252, 254, 256, 258

Anhang

B e s c h l u ß p r o t o k o l l

Zu TOP 2: Folgendes Tagungspräsidium wurde einstimmig gewählt:

Ministerpräsident
Dr. Hans Filbinger MdL (als Präsident)

Frau Ruth Beckmann MdL
Prof. Dr. Fritz Beske
Siegfried Dübel
Frau Minister Annemarie Griesinger MdL
Wilfried Hasselmann MdL
Peter Lorenz MdA
Bernd Neumann MdBBü
Heinz Soénius MdL
Dr. Walter Wallmann MdB
Dr. Richard von Weizsäcker MdB
Heinrich Windelen MdB
Matthias Wissmann
Prof. Dr. Gerhard Zeitel MdB

Zu TOP 3: Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

Zu TOP 4: Die Verfahrensordnung wurde einstimmig angenommen.

Zu TOP 5: Die vom Bundesvorstand eingesetzte Antragskommission wurde einstimmig wie folgt bestätigt:

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf (als Vorsitzender)

Frau Ursula Benedix MdB
Karl-Heinz Bilke
Minister Dr. Heinrich Geißler MdL
Dieter Haaßengier MdL
Frau Dr. Renate Hellwig MdL
Heiko Hoffmann MdB
Dr. Gerhard Mahler
Dr. Heinz Riesenhuber
Dr. Christian Schwarz-Schilling MdL
Wulf Schönbohm
Hans Terlinden
Friedrich Vogel MdB
Wolfgang Vogt MdB.
Frau Dr. Helga Wex MdB
Frau Dr. Dorothee Wilms
Dr. Bernhard Worms MdL

Zu TOP 6: In die Mandatsprüfungskommission wurden einstimmig gewählt:

Manfred Kanther MdL (als Vorsitzender)
Franz Grandl
Hans-Albrecht Körner
Günter Meyer
Martin Schiestl

Zu TOP 7: In die Stimmzählkommission wurden einstimmig gewählt:

Andreas Nathan

(als Vorsitzender)

Bernhard Bauer	Hans Lummer
Luth Bergemann	Herbert Nolte
Hartmut Bonnemeyer	Franz Oechsle
Heinz Budde	Gerd Ozimek
Ulrich Bunkowitz	Roland Pawelec
Hans Dachtler	Walter Penther
Hans Drifthaus	Gerhard Quast
Karl-Heinz Enderes	Gerhard Riebartsch
Heinz-Jürgen Engberding	Karl Rainer Rindfleisch
Konrad Frielingsdorf	Gerold Rummler
Johannes Großkortzenhaus	Leonhard Schebben
Richard Hettinger	Klaus Schlösser
Franz Hildenbeutel	Wilhelm Volk
Fritz Keller	Karl-Heinz Vorbrücken
Walter Kettmann	Helmut Witzel
Willi Kierdorf	Rolf Wollziefer
Georg Klose	Peter Wynands
Hans-Gert Lelickens	Matthias Xhonneux
Johannes Leveling	Martin Zwickl

Zu TOP 9:

Der Bundesparteitag nahm den politischen Bericht des Parteivor-
sitzenden zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 10:

Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-
Fraktion des Deutschen Bundestages zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 11:

Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Bundesschatzmeisters
zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 12:

Der Bundesparteitag nahm den Bericht der Rechnungsprüfer zustim-
mend zur Kenntnis.

Zu TOP 13:

Die Mandatsprüfungskommission erstattete am 23.6.1975 folgenden
Bericht:

"Nach dem Statut können die Landesverbände insgesamt 728 voll
stimmberechtigte Delegierte entsenden. Hinzu kommen die beiden
voll stimmberechtigten Ehrenvorsitzenden, so daß insgesamt
730 voll wahl- und stimmberechtigte Delegierte Mitglieder die-
ses Parteitages sein können.

Die Exil-CDU kann 50 Delegierte mit eingeschränktem Stimmrecht entsenden.

Nach Stand 15.00 Uhr waren 710 voll stimmberechtigte Delegierte anwesend und im Besitz ihrer Stimmunterlagen.

Von den 50 Exil-CDU-Delegierten sind 49 anwesend.

Der Parteitag ist beschlußfähig."

Zu TOP 14:

Die Entlastung des Bundesvorstandes erfolgte einstimmig. Der Bundesvorstand enthielt sich der Stimme.

Zu TOP 15: Neuwahl des Bundesvorstandes

Wahl des Vorsitzenden

Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen:	707
Enthaltungen:	6
Ja:	<u>696</u>
Nein:	5

Gewählt wurde Dr. Helmut Kohl.

Wahl der fünf Stellvertretenden Vorsitzenden

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	715
ungültig:	4
gültig:	711
erforderliche Mehrheit:	356

Es erhielten:	Dr. Stoltenberg	640
	Katzer	592
	Dr. Filbinger	571
	Frau Dr. Wex	526
	Köppler	473

Ferner erhielt: Dr. Dregger 433

Wahl des Bundesschatzmeisters

Gesamtzahl des abgegebenen Stimmen:	704
ungültig:	1
gültig:	703
erforderliche Mehrheit:	352

Ja:	<u>594</u>
Nein:	54
Enthaltungen:	55

Gewählt wurde Walther Leisler Kiep.

Wahl der 20 weiteren Mitglieder

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	715
ungültig:	1
gültig:	714
erforderliche Mehrheit:	358

Gewählt wurden in der Reihenfolge
der erhaltenen Stimmen:

1. Dr. von Weizsäcker	653
2. Lorenz	631
3. Dr. Vogel, Bernhard	608
4. Dr. Dregger	586
5. Hasselmann	570
6. Dr. Schröder	560
7. Wissmann	526
8. Scherer	523
9. Frau Benedix	492
10. Badeck	486
11. Frau Griesinger	480
12. Dr. Wörner	455
13. Dr. von Bismarck	436
14. Dr. Blüm	429
15. Windelen	422
16. Dr. Langguth	415
17. Dr. Ritz	393
18. Prof. Dr. Hahn	388
19. Neumann	375
20. Prof. Dr. Zeitel	360

Ferner erhielten:

Dr. Waffenschmidt	356
Vogel, Friedrich	347
Dr. Schwarz-Schilling	344
Echternach	298
Lampersbach	285
Dr. Wallmann	276
Schmöle	257
Rawe	246

Zu TOP 16:

Die Wiederwahl der Herren Erik Blumenfeld MdB und Alfons Horten zu Rechnungsprüfern für 1975 - 1977 erfolgte einstimmig in offener Abstimmung.

Zu TOP 17:

Der Bundesparteitag nahm zunächst in offener Abstimmung sämtliche Empfehlungen der Antragskommission bei mehreren Gegenstimmen und Enthaltungen an. In der Schlußabstimmung wurde die so veränderte Geschäftsordnung der CDU in offener Abstimmung bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen.

Zu TOP 18: *)

Der Bundesparteitag nahm zunächst in offener Abstimmung die Empfehlungen der Antragskommission mit den nach § 41 Satz 3 Statut erforderlichen satzungändernden Mehrheiten bei zum Teil mehreren / wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen an, ausgenommen die Empfehlungen zu § 28 Abs. 1 Satz 2 Statut (Delegiertenschlüssel - Anträge B 106 - B 111).

Auf Antrag des Bundesvorsitzenden beschloß der Bundesparteitag bei wenigen Gegenstimmen:

"Der Bundesvorstand wird aufgefordert, dem nächsten Bundesparteitag eine Beschlußvorlage mit dem Ziel vorzulegen, den Delegiertenschlüssel der wachsenden Mitgliederzahl anzupassen."

Die Anträge B 5 A, B 6 und B 132 wurden an den Bundesvorstand zur weiteren Behandlung überwiesen.

Außerdem beschloß der Bundesparteitag in offener Abstimmung bei 3 Gegenstimmen ohne Enthaltungen:

1. Die Landesverbände haben bis zum 31. Dezember 1977 ihre Satzungen und sonstigen Rechtsvorschriften an das Statut, die Finanz- und Beitragsordnung und die Parteigerichtsordnung anzupassen.
2. Der Generalsekretär wird ermächtigt, redaktionelle Änderungen vorzunehmen, die bei der Bekanntmachung der Neufassung des Statuts, der Finanz- und Beitragsordnung, der Parteigerichtsordnung, der Geschäftsordnung sowie der Ordnung des Bundesvorstandes für die Bundesfachausschüsse der CDU ggfs. zur Klarstellung des Textes erforderlich sind. Im Falle einer notwendigen redaktionellen Änderung muß der Generalsekretär dem Bundesvorstand Bericht erstatten.

Zu TOP 19:

Der Bundesparteitag beschloß in offener Abstimmung bei mehreren/ wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen folgende neue Beitragsregelung:

1. Jedes Mitglied der Partei hat regelmäßig einen Beitrag zu entrichten.
2. Die Höhe des monatlichen Beitrages ergibt sich im einzelnen durch Selbsteinschätzung des Mitgliedes nach seinem Einkommen.
3. Für die Selbsteinschätzung gilt folgende vom Bundesparteitag beschlossene Tabelle:

*) Anmerkung: Zu TOP 17 (Geschäftsordnung) und TOP 18 (Statut und Parteigerichtsordnung) erscheint in Kürze eine neue Broschüre der CDU-Bundesgeschäftsstelle, die die beschlossenen Änderungen berücksichtigt.

Nettoeinkommen in DM	Beitrag in DM
bis 1.500,--	5,-- bis 8,--
1.500,-- bis 3.000,--	8,-- bis 30,--
3.000,-- bis 6.000,--	30,-- bis 100,--

Mitglieder mit höheren Monatseinkommen als DM 6.000,-- zahlen entsprechend höhere Beiträge.

4. Für Hausfrauen, Schüler, Studenten, Bundeswehrsoldaten, die ihren Wehrdienst ableisten, Zivildienstleistende, Auszubildende, Arbeitslose und Rentner beträgt der Beitrag DM 3,-- pro Monat.
5. Der Kreisverband kann in besonderen Fällen Mitgliedsbeiträge erlassen, ermäßigen oder stunden (§ 4 Abs. 2 der Finanz- und Beitragsordnung).
6. Diese Beitragsregelung tritt am 1.7.1976 in Kraft.

Antrag D 11 wurde an den Bundesfinanzausschuß überwiesen.

Zu TOP 20:

Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Generalsekretärs zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 21: "Mannheimer Erklärung"

Der Bundesparteitag beschloß in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und Enthaltungen:

"Der 23. CDU-Bundesparteitag Mannheim 1975 nimmt die 'Mannheimer Erklärung' des Bundesvorstandes der CDU in den Grundsätzen und Zielrichtungen zustimmend zur Kenntnis. Der Bundesparteitag überweist alle zur 'Mannheimer Erklärung' eingegangenen Anträge (M 1 - M 4) an den Bundesvorstand mit der Maßgabe, sie zusammen mit den Vorschlägen, Anregungen und Stellungnahmen bei der endgültigen Abfassung der 'Mannheimer Erklärung' zu berücksichtigen."

Zu TOP 22:

Nachdem der Bundesparteitag über die Anträge A 1 bis A 34 sowie die dazu gehörenden Empfehlungen der Antragskommission offen Einzelabstimmungen durchgeführt hatte, nahm er in der offenen Schlußabstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und Enthaltungen die folgende Vorlage an:

Frau und Gesellschaft

Präambel

"Die Frau muß an der Gestaltung unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens und aller gesellschaftspolitischen Maßnahmen vollen Anteil haben. Der Frau muß der Platz in unserer Gesellschaft gesichert werden, der sowohl dem Grundgesetz der Gleichberechtigung als auch ihrem besonderen Lebenslauf entspricht. Leitbild unserer Familienpolitik ist die partnerschaftliche Familie."

Diese Zielsetzungen des Berliner Programms der CDU werden durch den Beschluß "Frau und Gesellschaft" konkretisiert. Die CDU bekundet damit ihren Willen, die Normen des Grundgesetzes nach Gleichberechtigung von Mann und Frau und nach Schutz von Ehe und Familie (Art. 3 und 6 GG) im Alltag zu verwirklichen. Die CDU will Antworten geben auf die normativen und strukturellen Veränderungen in der Gesellschaft, um so ein größeres Maß an Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu schaffen.

Ein zentraler Gestaltungsgrundsatz ist dabei das Prinzip Partnerschaft. Er muß in Ehe und Familie und in der Arbeitswelt, im gesellschaftlichen und politischen Leben verwirklicht werden.

Die Anwendung des Prinzips Partnerschaft auf die Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft ist Teil unserer gesamtgesellschaftlichen Ordnungsvorstellung. Das bedeutet eine langfristige, in die Zukunft reichende gesellschaftsgestaltende Aufgabe. Ihre gesetzgeberische Verwirklichung ist nur möglich auf der Grundlage solider wirtschaftlicher Verhältnisse und ist nur Schritt für Schritt im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten durchsetzbar. Sie muß jedoch schon jetzt in Angriff genommen werden, um den politischen Zielvorstellungen im Berliner Programm der CDU gerecht zu werden.

Grundsätze

Das Grundgesetz gebietet in Art. 3 und 6 die Gleichberechtigung von Mann und Frau und den Schutz von Ehe und Familie. Die CDU leitet daraus ab:

Mann und Frau sollen ihre Rolle in Ehe und Familie, im Beruf und öffentlichen Leben frei, also weitgehend unabhängig von materiellen Wängen, gestalten können.

Die von Mann und Frau gemeinsam wahrgenommene Verantwortung für die Gestaltung von Ehe und Familie und damit auch für die Gesellschaft muß anerkannt werden.

Die Erziehung der Kinder ist gemeinsame Aufgabe von Mann und Frau.

Eine freie Wahl ist nur möglich, wenn die verschiedenen Tätigkeitsbereiche (Haushalt und außerhäusliche Arbeitswelt) als gleichartig bewertet werden.

Die Leistungen im Haushalt und bei der Erziehung sind "Berufstätigkeit", die im Rahmen der volkswirtschaftlichen Leistungsbilanz erfaßt werden muß.

Das Einkommen eines oder beider Ehegatten ist unabhängig von der Aufgabenverteilung in der Familie als ein gemeinsames Familieneinkommen anzusehen. Über seine Verwendung wird einvernehmlich entschieden. Jedem der beiden Ehegatten steht ein angemessener Betrag für eigene Bedürfnisse zur Verfügung.

3. Eine über die Familie hinausgehende Verantwortung für die Gesellschaft weist auch der überwiegend in der Familie tätigen Frau neue Aufgaben zu. Dies trifft insbesondere auf Frauen zu, deren Erziehungsaufgaben den eigenen Kindern gegenüber erfüllt sind.

Aus diesen Leitsätzen ergeben sich insbesondere konkrete Zielvorstellungen für die Bereiche

- Bildung
- Beruf
- Familie
- soziale Sicherung.

Bildung

4. Bereits bei der Kindererziehung im Elternhaus müssen geschlechtstypische Rollenklischees vermieden werden. Dazu bedarf es einer verstärkten Schulung und Fortbildung der Eltern.

5. Jungen und Mädchen sind in der Sekundarstufe I und II grundsätzlich auf ihre Aufgabe in der partnerschaftlichen Familie vorzubereiten. Hierzu gehört eine Grundinformation in Erziehungslehre und Hauswirtschaft.

6. Die Information und Beratung über alle weiterführenden Schulen und Ausbildungsgänge ist zu verbessern.

7. Die Aufnahme einer Berufsausbildung für Mädchen ist stärker und gezielter durch Elternhaus, Schule und Berufsberatung zu fördern. Der Konzentration der Mädchen auf nur wenige Berufsbereiche muß durch eine differenzierte Form der Berufsberatung entgegengewirkt werden.

8. Die Mindest- und Höchstaltersgrenzen bei der Aufnahme in Einrichtungen der beruflichen Bildung sind flexibler zu handhaben, damit sie dem Lebenslauf der Frau entsprechen.

9. Hauswirtschaft ist im berufsbildenden Bereich als beruflicher Schwerpunkt mit gestuften Anforderungen (Grund- und Fachbildung) zu entwickeln.

Es sind Berufsfelder festzulegen, die auf der Tätigkeit in der Familie aufbauen.

10. Bei Umschulungs-, Fortbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen ist zu gewährleisten, daß die jeweilige Lebenssituation der Frau in den Unterrichtsmethoden und in der organisatorischen Durchführung mehr als bisher berücksichtigt wird.

11. Im Rahmen der Weiterbildung, insbesondere beim Bildungsurlaub, soll innerhalb vorhandener Bildungseinrichtungen eine Bildungszeit für die in der Familie tätige Frau vorgesehen werden.

Beruf

12. Die Tarifpartner sollen bei der Festlegung der Kriterien für die Arbeitsbewertung die Fähigkeiten weiblicher Arbeitnehmer (z.B. Fingerfertigkeit, psychische Belastbarkeit) stärker als bisher berücksichtigen. Sofern Bewertungskriterien bei unteren Lohngruppen (z.B. bei sogenannten Leichtlohngruppen) gegen diese Grundsätze verstoßen, sind sie zu ändern.

13. Das Angebot an qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen ist zu vermehren. Hierbei soll der öffentliche Dienst Vorbild sein. Teilzeitarbeitskräfte dürfen nicht benachteiligt werden bei Aufstiegsmöglichkeiten, Entlohnung und Kündigungsschutz. Teilzeitarbeit ist eine gleichberechtigte Arbeitsform.

14. Auf längere Sicht sollen alle Arbeitnehmer die Möglichkeit erhalten, die Arbeitszeit auf Antrag bis auf die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit zu ermäßigen, wenn sie mit mindestens einem Kind unter 16 Jahren oder einem pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen in häuslicher Gemeinschaft leben und diese Person tatsächlich pflegen.

15. Auf längere Sicht soll möglichst vielen Arbeitnehmern die Möglichkeit eines Urlaubs ohne Lohn- bzw. Gehaltszahlung bis zur Dauer von drei Jahren zur Betreuung und Pflege eines Kindes unter 16 Jahren oder eines pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen eröffnet werden.

16. Die Mutterschutzgesetzgebung ist nach medizinischen Gesichtspunkten zu verbessern. Das schließt langfristig den Anspruch auf unbezahlten Sonderurlaub mit ein.

17. Arbeitgeber, Betriebs- und Personalräte haben darauf hinzuwirken, daß bei Beförderungen Frauen nicht benachteiligt werden.

Familie

18. Die CDU tritt für die Einführung eines Erziehungsgeldes für Kinder bis zu drei Jahren ein. Das Erziehungsgeld soll in Stufen eingeführt werden.

19. Beratungsdienste (Gesundheitsberatung, Erziehungsberatung, Beratung im Zusammenhang mit dem § 218 StGB) sind von freien Trägern, Bund, Ländern und Gemeinden auszubauen. Dies kann nur in Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten geschehen.

20. Die Gesundheitsvorsorge ist mit dem Ziel zu verbessern, die relativ hohe Säuglings- und Müttersterblichkeit zu reduzieren.

21. Erziehungseinrichtungen, die die Erziehungsarbeit der Familie unterstützen und ergänzen, sind auszubauen. Kinderkrippen und Kindergärten sind nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten dem Bedarf und den Bedürfnissen der Kinder anzupassen. Den Eltern ist in diesen Einrichtungen ein ausreichendes Mitwirkungsrecht einzuräumen. Die außerfamiliäre Unterbringung von Kindern unter drei Jahren kann nur ein Notbehelf sein.

22. Der öffentlich geförderte Wohnungsbau soll in ausreichendem Maße Wohnungen für kinderreiche, junge und unvollständige Familien, für Familien mit behinderten Kindern und von Gastarbeitern, sowie für alleinstehende und ältere Menschen bereitstellen.

23. Einrichtungen der Müttererholung und Müttergenesung sowie Familienfreizeitangebote sollen ausgebaut und auch alleinstehenden Frauen mit Kindern zugänglich gemacht werden.

24. Im Wohnungs- und Städtebau sind verstärkt Wohnformen anzubieten, die unvollständigen und überlasteten Familien Hilfen geben, wie Essensdienst, Kinderbetreuung usw. (Service-Häuser).

Soziale Sicherung

25. Durch die Einführung der "Partnerrente" soll für alle Frauen eine eigenständige Sicherung im Alter und bei Invalidität geschaffen werden.

Die Partnerrente ist nach folgenden Prinzipien auszugestalten:

- Die vor der Ehe erworbenen Rentenanwartschaften verbleiben wie bisher jedem Ehepartner getrennt.

- Die während der Ehe erworbenen Rentenansprüche werden Jahr für Jahr auf beide Ehegatten je zur Hälfte verteilt. Die nicht erwerbstätige Frau, die sich ausschließlich den Kindern widmet, erwirbt während der Ehe eigene Rentenansprüche.

- Stirbt einer der Ehepartner, erhält der andere neben der ihm dann zustehenden eigenen Rente zusätzlich einen aus der Rente des verstorbenen Ehegatten abgeleiteten "Ehegattenzuschlag", sofern ihm eine Erwerbstätigkeit z. B. wegen Erziehung der Kinder, wegen Invalidität, wegen Alters, wegen Arbeitsplatzrisikos oder sonstiger Härtefälle nicht zugemutet werden kann. Die eigene Rente und der Ehegattenzuschlag werden also beim Tod des Ehegatten auch dann und so lange fällig, wie Kinder zu erziehen sind.

Für langjährig nicht erwerbstätige Frauen, die eine Berufstätigkeit als Hausfrau und Mutter ausgeübt haben, muß eine zufriedenstellende Lösung des Problems gefunden werden, die über die vorgenannten Kriterien der Zumutbarkeit von Erwerbstätigkeit hinausgeht.

Die unbedingte Witwenrente entfällt und wird durch den bedingten Ehegattenzuschlag gleichermaßen für Mann und Frau ersetzt.

- Wird ein Ehegatte früher als der andere invalide oder erreicht er früher die Altersgrenze, soll ein Renteneinkommen gewährt werden, das in seiner Höhe die nach geltendem Recht zu gewährende Rente nicht unterschreiten soll, sofern und solange der andere Ehegatte kein größeres Erwerbseinkommen erzielt und ihm eine Erwerbstätigkeit auch nicht zugemutet werden kann.

Das neue Modell soll unter Beachtung folgender Bedingungen eingeführt werden:

- Bereits realisierte Rentenansprüche werden dem neuen System nicht unterworfen.

- Bei bestehenden Ehen wird den Ehegatten ein gemeinsam auszuübendes bedingtes Wahlrecht eingeräumt.

- Für künftige Ehen gilt die Partnerrente uneingeschränkt.

- Das Modell gilt analog auch für andere Alterssicherungsansprüche als die aus der gesetzlichen Rentenversicherung (z. B. Beamtenversorgung).

- Das Modell soll kostenneutral ausgestaltet werden.

26. Die CDU will eine gezielte Anhebung der Witwenrenten im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten bis zur Einführung der "Partnerrente".

27. Zeiten der Kindererziehung sind durch Einführung von "Erziehungsjahren" in der Rentenberechnung zu berücksichtigen.

28. Die mitversicherte Ehefrau soll ihren Krankenversicherungsanspruch selbst geltend machen können.

29. Die zu Hause tätige Frau soll durch eine Pflichtunfallversicherung gegen das Unfallrisiko im Haushalt gesichert werden.

30. Bei der Bewertung von pauschalen Ausfallzeiten in der Rentenversicherung sollen Frauen den Männern gleichgestellt werden.

Zu TOP 23:

Folgende Sonstige Anträge wurden vom Parteitag angenommen:

E 1:

Koordination zwischen Partei und Fraktion

Der Bundesvorstand der CDU wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß die Koordination und Kooperation zwischen Bundespartei und Bundestagsfraktion verbessert wird. Immer noch arbeitet eine Vielzahl von Gremien auf allen Ebenen von Partei und Fraktion unkoordiniert neben- und gegeneinander. Die Erhöhung der politischen Schlagkraft und die Geschlossenheit der politischen Aussage der Unionsparteien können aber nur erreicht werden, wenn eine verbesserte Koordination zwischen den verschiedenen Ebenen der Partei und der Fraktion praktiziert wird. Der Bundesparteitag empfiehlt daher dem Bundesvorstand, folgende Anregungen aufzugreifen:

- vierteljährlich gemeinsame Sitzungen von Parteivorstand und Fraktionsvorstand
- regelmäßige Tagungen der Vorsitzenden der Bundestagsfraktion sowie der Vereinigungen
- halbjährliche Tagungen der wissenschaftlichen Stäbe von Bundes- und Landesparteien sowie Bundes- und Landtagsfraktionen
- Zusammensetzung der Bundesfachausschüsse unter Berücksichtigung der Fachleute von Bundestagsfraktion, Landesparteien und Vereinigungen.

Der Generalsekretär erstattet dem Bundesausschuß spätestens in einem Jahr einen Bericht über den Stand und die erfolgten Maßnahmen auf diesem Gebiet.

Kooperation zwischen CDU und CSU

Die Kooperation zwischen CDU und CSU muß entschieden verbessert werden; die gemeinsamen Sitzungen der Präsidien von CDU und CSU reichen dazu nicht aus. Daher werden Bundesvorstand und Präsidium aufgefordert, in Verhandlungen mit der CSU-Führung Zustimmung für folgende neue Satzungsbestimmungen beider Parteien zu erzielen:

1. Angleichung und Zusammenschluß möglichst aller bestehenden Vereinigungen der CDU und CSU zu einer jeweils einheitlichen Bundesvereinigung nach dem Vorbild der Jungen Union. Diese Forderung gilt insbesondere für Frauenvereinigung, Sozialausschüsse, kommunale Vereinigung, Wirtschaftsvereinigung und Mittelstandsvereinigung.
2. Die Konstituierung gemeinsamer Bundesfachausschüsse von CDU und CSU zur Beratung bundespolitischer Themen.
3. Schaffung eines speziellen Gremiums zur Koordination der internationalen Arbeit von CDU und CSU.
4. Rechtzeitig vor jeder Bundestagswahl tritt ein gemeinsamer Unionskongreß von CDU und CSU zusammen, der den Kanzlerkandidaten der Union wählt und die Leitlinien für die Wahlkampfaussagen der Union festlegt. Der Unionskongreß setzt sich aus dem Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion zusammen sowie einer gleichen Anzahl von Delegierten der beiden Parteien entsprechend ihrer Stärke in der Fraktion.
Der Unionskongreß entscheidet grundsätzlich in allen Sach- und Personalfragen mit 2/3 Mehrheit.
5. Gemeinsame Diskussion und Verabschiedung eines Grundsatzprogramms von der CDU und der CSU.

Über das Ergebnis der Verhandlungen wird dem Bundesparteiausschuß spätestens im Frühjahr 1976 Bericht erstattet.

Größere Beteiligung der Mitglieder bei Nominierungen

Der Bundesvorstand der CDU wird aufgefordert, dem Bundesausschuß bis Anfang 1976 einen für die gesamte CDU verbindlichen Verfahrensvorschlag zur Beschlußfassung vorzulegen, der eine größere Beteiligung der Parteimitglieder und / oder Wähler bei der Nominierung der Kandidaten für die Bundestagswahlen garantiert. Auf Erfahrungnn und Vorschläge von Gliederungen der CDU sowie ausländischer Parteien (z.B. der ÖVP) soll dabei zurückgegriffen werden.

Hauptamtliche Mitarbeiter der Partei

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen Stellen der CDU dafür Sorge zu tragen, daß spätestens bis zum Herbst 1976

1. in allen Kreisverbänden hauptamtliche Kreisgeschäftsführer tätig und die Kreisgeschäftsstellen den Erfordernissen einer modernen Partei entsprechend ausgestattet werden,
2. für die hauptamtlichen Mitarbeiter einheitliche Laufbahnverhältnisse durch die Erarbeitung einer attraktiven Berufs- und Laufbahnordnung hergestellt werden, mit der qualifizierte Mitarbeiter auf Zeit für die Arbeit der CDU gewonnen werden können.
3. für die hauptamtlichen Mitarbeiter eine einheitliche Besoldungs- und zentrale Anstellungsregelung herbeigeführt wird,
4. durch Rationalisierungsmaßnahmen und entsprechende Ausstattung ein Verbundsystem der Dienstleistungen von Bundesgeschäftsstelle, Landesgeschäftsstelle, regionalen Dienstleistungszentren und Kreisgeschäftsstellen geschaffen wird, mit dem die Effektivität der Parteiarbeit nachhaltig verbessert wird. Dabei ist darauf zu achten, daß mit der Schaffung dieses Verbundsystems keine neuen politischen Zentren entstehen und die derzeitige dezentrale Organisation die der staatlichen föderalen Ordnung entspricht, nicht beeinträchtigt wird,
5. durch alle Maßnahmen der Reform der Parteiarbeit den Mitgliedern der Partei erleichtert wird, an der Willensbildung der Partei in allen politischen und organisatorischen Fragen teilzunehmen und für die Ziele der CDU in der Öffentlichkeit einzutreten.

Auswahl von Abgeordneten

Die Auswahl von Abgeordneten darf nicht allein von persönlichen Beziehungen, der Zugehörigkeit zu bestimmten Vereinigungen und Parteigremien und der Dauer der Parteimitgliedschaft abhängig gemacht werden. Um die Auswahl von Abgeordneten objektiver, sachbezogener und durchsichtiger zu machen, müssen den Parteimitgliedern Auswahlkriterien an die Hand gegeben werden. Der Bundesparteitag empfiehlt seinen Mitgliedern vor allem an Hand folgender Kriterien zu entscheiden:

- Dauer und Intensität der Parteiarbeit, auf welchen Ebenen und mit welchem politischen Effekt
 - Engagement im vorkonkreten Raum
 - Ausgewiesene Fachkenntnisse in bestimmten politischen Bereichen und Bereitschaft zur Einarbeitung in neue Probleme
 - geordnete persönliche und berufliche Verhältnisse
 - glaubwürdige Vertretung des politischen Standorts der Union, auch in programmatischen Grundsatzfragen
 - Attraktivität für wahlentscheidende Wählergruppen im Wahlkreis.
- Auch die Rechenschaftslegung von Abgeordneten über ihre parlamentarische Tätigkeit muß objektiviert werden. Dazu könnten als Beurteilungshilfe dienen:
- Resonanz der Diskussionsbeiträge in Parlament und Öffentlichkeit
 - Resonanz der Initiativen und Anfragen in Parlament und Öffentlichkeit

- Funktionen in der Fraktion und im Parlament
- Mitarbeit in Ausschuß- und Fraktionsitzungen
- Zahl und Resonanz der Veranstaltungen im vorpolitischen Raum
- Präsenz in der Partei
- regelmäßiger Kontakt zum Wähler
- Art und Häufigkeit der Presseberichte über Abgeordnetentätigkeit.

Derartige Qualifikations- und Tätigkeitsbeschreibungen sollen nicht die inhaltliche Diskussion über die politischen Vorstellungen des Kandidaten/Abgeordneten ersetzen, sondern ergänzen und die Entscheidung für das Mitglied/den Delegierten erleichtern; je ausführlicher die Qualifikation des Kandidaten diskutiert und geprüft worden ist, je besser kann man dem Wähler die Nominierung des Kandidaten verdeutlichen.

E 7:

Der Bundesvorstand wird beauftragt, mit Hilfe der von der CDU geführten Landesregierungen und der CDU-Landtagsfraktionen dahin zu wirken, daß

1. im öffentlichen Lehr- und Bildungsangebot die ungeteilte deutsche Geschichte und die in ihr im europäischen Zusammenhang gewachsene Einheit der deutschen Nation einen ihrer Bedeutung entsprechenden Platz erhält;
2. der Geschichtsunterricht in allen Schulformen mit einer genügend großen Stundenzahl ausgestattet wird, die es ermöglicht, die deutsche Geschichte als Ganzheit zu lehren;
3. die Kultusministerkonferenz endlich entschieden jenen Versuchen entgegenwirkt, die der Spaltung der Nation durch eine ideologische und klassenpolitische Aufspaltung der deutschen Geschichte Vorschub leisten;
4. die Bundesrepublik Deutschland als der freiheitlichste Staat unserer Geschichte erkannt und anerkannt wird und daß im Zusammenhang damit ein Zugehörigkeitsgefühl entwickelt wird, das trotz der Teilung Deutschlands wirksam genug ist, gesamtdeutsches Bewußtsein zu tragen und zu stärken.

E 8 Ziffer 2:

Der 17. Juni als Nationaler Gedenktag wird beibehalten.

E 9 in der Fassung der Antragskommission:

Der Bundesvorstand wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz auf eine Verringerung der Wahltermine hinzuwirken.

E 10:

Das Recht der Ehescheidung, insbesondere seiner Folgen, ist so zu gestalten, daß nachteilige Folgen für die nicht berufstätigen Frauen ausgeschlossen werden.

E 14:

Die Reformvorstellungen der CDU bezüglich der beruflichen Bildung sind in konkreter und zusammengefaßter Form darzustellen. Dazu gehört auch eine Gegenüberstellung der Vorschläge der Bonner Regierungskoalition sowie eine allgemein verständliche Begründung zu den eigenen Vorschlägen, mit der Abhebung der Vorschläge des politischen Gegners.

E 15 und E 28:

Die Fraktion der CDU/CSU im Bundestag und die von CDU und CSU regierten Länder werden aufgefordert, bei der Gesetzgebung des Bundes, insbesondere auch bei der Bundesbaugesetznovelle, darauf hinzuwirken, daß die privaten Haus- und Grundeigentümer, insbesondere mit kleinem und mittlerem Besitz nicht mit weiteren Abgaben belastet werden, die über die auf dem Hamburger Parteitag 1973 beschlossenen Abgaben hinausgehen. Dabei sind solche Belastungen strikt zu vermeiden, die sich auf die Baukosten und damit auch auf die Mieten steigernd auswirken.

E 16:

Die CDU-CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages wird aufgefordert, unverzüglich den Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der freien Berufe und zur Sicherung der Arbeitsplätze in der mittelständischen Wirtschaft als umfassende Konzeption der Mittelstandsförderung des Bundes vorzulegen. Durch diesen Gesetzentwurf sollen die strukturpolitischen Instrumente des Bundes in ähnlich verbindlicher Weise zusammengefaßt werden, wie dies im Bereich der Konjunkturpolitik durch das Gesetz zur Förderung von Wachstum und Stabilität geschehen ist. Da sich zwei Drittel aller Arbeitsplätze im mittelständischen Bereich befinden und dieser Bereich Hauptopfer der verfehlten Konjunktur- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung geworden ist, muß der schnellen Verabschiedung eines Bundesmittelstandsförderungsgesetzes Priorität zukommen. Im Interesse der Erhaltung der Arbeitsplätze, der Steigerung der Wettbewerbskraft und der Schaffung einer ausgewogenen Struktur sind dabei vordringlich geeignete Maßnahmen in folgenden Bereichen mit folgender Zielsetzung erforderlich:

- eine Steuerpolitik, die die Eigenkapitalausstattung und Investitionskraft der kleinen und mittleren Unternehmen gegenüber der Großwirtschaft fördert,
- eine leistungsorientierte Wettbewerbspolitik, die im Interesse des Verbrauchers die Vielzahl der Anbieter am Markt durch Beseitigung von Machtmißbrauch und Abbau von Wettbewerbsverzerrungen erhält und
- eine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die die Gründung neuer selbständiger Existenzen fördert, bestehende Unternehmen sichert und den in der mittelständischen Wirtschaft tätigen Selbständigen wie auch ihren Mitarbeitern und den freien Berufen die ihnen zustehende soziale Sicherung gewährleistet.

E 17 Ziffer 1-5

Der Bundesvorstand und die Landtagsfraktionen werden aufgefordert, auf die Ausgewogenheit der Programme der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten hinzuwirken und zu diesem Zwecke:

1. dafür zu sorgen, daß in die Rundfunkgremien nur Mitglieder entsandt werden, die bereit und in der Lage sind, diese Aufgabe voll wahrzunehmen,

2. die Maßnahmen zur Unterstützung und Förderung in Ausbildung befindlicher Journalisten zu verstärken,
3. unverzüglich die personellen und sachlichen Voraussetzungen für eine kontinuierliche Auswertung der Sendungen der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten in der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen,
4. die von der Union nominierten Mitglieder der Rundfunk- und Fernsehgremien regelmäßig über die Ergebnisse zu unterrichten und gemeinsam mit diesen der Verletzung rechtlicher Bestimmungen auf geeignetem Wege entgegenzuwirken,
5. die Medienreferate in der Bundesgeschäftsstelle so auszustatten, daß diese den Gremienmitgliedern - vor allem auch in Programmfragen - verstärkt Zuarbeit leisten können.

E 18:

In ihrer Mannheimer Erklärung hat die CDU Grundsätze und Werthaltungen formuliert, die sowohl im Grundsatzprogramm eine weitergehende Interpretation erfahren als auch zu stärkeren Umsetzungsmaßnahmen auffordern müssen.

Das Bekenntnis zu den Grundwerten einer freiheitlichen Politik ist mit der Verantwortung verbunden, diese Werthaltungen in Politik umzusetzen.

"Die Autorität, die der freiheitliche Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt, beruht auf der bewußten und freiwilligen Anerkennung seines Handelns durch die Bürger" (Mannheimer Erklärung).

Die politische Bildung hat dies in Familie, Schule, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung vorzubereiten und mitzutragen.

Der Bundesparteitag fordert alle daran Mitwirkenden auf, zur Verwirklichung dieses Zieles beizutragen und die dafür erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

E 19:

Der Bundesparteitag bringt seine tiefe Besorgnis über die bisherige Entwicklung der KSZE zum Ausdruck.

Die noch immer anhaltenden unmenschlichen Zustände, voran der Schießbefehl, an der Grenze quer durch Deutschland und durch Berlin schüren den Unfrieden und fördern nicht das Konferenzziel der Entspannung.

Die seit Wochen in Szene gesetzten Angriffe auf den Status von Berlin, auf die Stellung der Westmächte in Berlin, auf Ministerreisen nach Berlin und auf die Inanspruchnahme von westlichen Rechten aus dem Viermächte-Abkommen über Berlin wecken Zweifel an der Entspannungsbereitschaft der Sowjetunion und der DDR; sie bedrohen die Sicherheit am Angelpunkt des europäischen Gleichgewichts. Dies wird außerdem durch die Entwicklung in Portugal gefährdet.

Die seit dem Viermächte-Abkommen betriebene Abgrenzungspolitik der DDR schafft neue Hindernisse gegen mehr Freizügigkeit und stört die erstrebte Zusammenarbeit.

Der Bundesparteitag fordert die Bundesregierung daher auf, die Verhandlungen der KSZE erst abzuschließen, wenn unzweideutig klargestellt ist,

1. daß die Prinzipien der Achtung der Menschenrechte und des Rechts auf Selbstbestimmung keinen geringeren Rang als andere Prinzipien des Konferenzkatalogs haben,
2. daß die Ergebnisse der Konferenz auch indirekt kein neues europäisches Völkerrecht schaffen, das es den Oststaaten erlauben würde, den Ostverträgen eine einseitige Auslegung in ihrem Sinne zu geben,
3. daß sich die Forderung nach Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit nicht als "Anschlag" auf die Unverletzlichkeit der Grenzen und auf die territoriale Integrität der Staaten deuten läßt,
4. daß die Konferenztexte (sei es direkt oder indirekt, formal oder materiell)
 - keine friedensvertragliche Regelung für Deutschland vorwegnehmen,
 - keine Rechtsgrundlagen für bestehende Grenzen und Demarkationslinien schaffen,
 - die geltenden Verträge in keiner Weise berühren und die Viermächteverantwortung für ganz Berlin und für Deutschland als Ganzes unangetastet lassen;
5. daß die wiederaufgenommenen östlichen Angriffe auf den Status von Berlin endgültig aufhören und die Erleichterungen, die im Gefolge der Konferenzergebnisse erwartet werden, rechtlich und tatsächlich auch für Berlin gelten,
6. daß die Erweiterung und der Ausbau der Europäischen Gemeinschaft zu einer Europäischen Union durch keine Bestimmung der Konferenztexte behindert werden können.

E 2o:

Die Staaten des freien Europa stehen in Gefahr, politisch, wirtschaftlich und militärisch in wachsende Anhängigkeit zu geraten. Um Selbstbestimmung, Wohlstand und Aktionsfähigkeit Europas zu sichern, wird ihr baldiger Zusammenschluß immer dringender.

Europa darf für uns kein kommunistisches Europa werden. Wir wollen aber auch kein sozialistisch-kollektivistisches Europa.

Deshalb fordert die CDU:

Unser Europa soll ein freiheitliches und selbstbewußtes Europa sein,

- ein Europa der Menschenrechte und der freien Entfaltung der Persönlichkeit,
- ein Europa der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der sozialen Gerechtigkeit,
- ein Europa der Sicherheit und der atlantischen Partnerschaft.

Die "Europäische Union", von den Staatschefs der EG als Ziel bis 1980 beschlossen, muß mehr als nur ein wirtschaftlicher Zusammenschluß sein. Um zu bestehen, muß sie eine politische Union werden.

Darin sollen die historisch gewachsene Eigenart und Selbständigkeit der europäischen Nationen erhalten und zugleich die politische Handlungsfähigkeit Europas in Gemeinschaftsangelegenheiten gestärkt werden.

Unser Ziel bleibt nach wie vor ein europäischer Bundesstaat mit demokratischer Verfassung.

Dieses Ziel ist nur in Etappen erreichbar. Aufbauend auf der bisherigen Grundlage der Gemeinschaft hält die CDU folgende Organe für erforderlich:

1. Ein politisches Entscheidungszentrum, wofür der "Europäische Rat" der Regierungschefs ein möglicher Ansatz ist.
2. Ein direkt gewähltes Europäisches Parlament.
3. Eine Staatenkammer zur Wahrung der nationalen Interessen.
4. Einen Gerichtshof für die Auslegung der Verträge und Gesetze.

Die CDU betrachtet als vordringliche Maßnahmen:

1. Direktwahlen zum Europäischen Parlament bis 1978 und eine entscheidende Stärkung der Befugnisse dieses Parlaments, vor allem auf dem Haushaltsgebiet und durch Übertragung eines Legislativ- und Vetorechtes sowie eines Mitwirkungsrechtes bei der Einsetzung der Exekutive.
2. Als unerläßliche Voraussetzung für die gemeinsame Agrar-, Regional-, Energie- und Sozialpolitik ist der Ausbau der Europäischen Gemeinschaft zu einer Wirtschafts- und Währungsunion voranzutreiben, die eine Stabilitätsgemeinschaft sein muß. Dafür wird eine gemeinsame Wirtschaftspolitik benötigt, die ohne zentrale Entscheidungsbefugnisse nicht mehr möglich ist.
3. Die Menschenrechtskonvention des Europarates muß bindendes Gemeinschaftsrecht werden, das jedem einzelnen Bürger einen gerichtlichen Anspruch sichert.
4. Die Mitgliedstaaten der EG müssen so schnell als möglich zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik kommen. Diese Politik sollte zumindest von den Staaten gemeinsam betrieben werden, die dazu bereit sind. Ein wesentliches Element hierfür ist die deutsch-französische Zusammenarbeit. Die Festigung des partnerschaftlichen Verhältnisses mit den Vereinigten Staaten im Atlantischen Bündnis bleibt die Grundlage der Verteidigung Europas.

Die CDU wird der Europapolitik wieder deutlichen Vorrang verschaffen und alle Kräfte in Bewegung setzen, um dem Willen der Völker nach europäischer Einigung zum Durchbruch zu verhelfen. "Wir Europäer werden unsere inneren und äußeren Herausforderungen nur gemeinsam bestehen oder jedes Land wird für sich souverän zugrunde gehen" (Helmut Kohl).

E 21:

Die Fraktionen der CDU und CSU im Bundestag und in den Landtagen werden aufgefordert:

- Im Interesse einer einfachen, sparsamen und bürgernahen Verwaltung alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Zuständigkeitsreform innerhalb der öffentlichen Verwaltung (Funktionalreform) zu beschleunigen,
- bei allen neuen Gesetzesinitiativen genaue Angaben darüber zu verlangen, welche neuen Stellen im öffentlichen Dienst und welche zusätzlichen Verwaltungskosten sowie Folgekosten erforderlich werden, um die jeweiligen Gesetzesinitiativen durchzuführen,
- bei der Finanzausstattung der Gemeinden das Dotationsprinzip mit umfangreichen Einzelbewilligungsverfahren einzuschränken und den Gemeinden mehr Mittel zum eigenverantwortlichen Einsatz im Rahmen der Gesetzes zur Verfügung zu stellen.

E 22:

Die Wahrnehmung der berechtigten Anliegen der 26,2 Mio. Arbeitnehmer in der Bundesrepublik steht im Mittelpunkt der Politik der CDU.

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich heute in der schärfsten Wirtschafts- und Finanzkrise seit ihrem Bestehen. Alle Ziele des Stabilitätsgesetzes sind verfehlt. Mit ihrer Inflationspolitik setzte die Bundesregierung eine Entwicklung in Gang, die nicht nur die Preisstabilität, das reale Wachstum und das außenwirtschaftliche Gleichgewicht gefährdete, sondern letztlich zu einer gefährlichen Arbeitslosigkeit und zu einer Zerrüttung der Staatsfinanzen führte.

Heute verzeichnen wir 2 Mio. Arbeitslose und Kurzarbeiter, sinkende private und öffentliche Investitionen, eine alarmierende Zunahme von Zusammenbrüchen, insbesondere mittelständischer Unternehmen, eine Schrumpfung des Bruttosozialproduktes bei gleichzeitig sinkenden Steuereinnahmen des Staates sowie eine nach wie vor hohe Preissteigerungsrate.

Die SPD/FDP-Regierung ist nicht in der Lage, diese Krise zu bewältigen. Um dem Eingeständnis ihrer Unfähigkeit zu entgehen, verschleierte sie die tatsächlichen Folgen dieser Politik für den Staat und den Bürger und versucht damit zugleich, dringend notwendige Entscheidungen bis nach den Bundestagswahlen 1976 zu verschleppen.

Demgegenüber fordert die Union unverzüglich Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit, zur Überwindung der Rezession und zu Sanierung der Staatsfinanzen. Ein dauerhafter Abbau der Arbeitslosigkeit kann nur durch eine grundlegende, auf Stabilität gerichtete Kurskorrektur in der Wirtschaftspolitik erfolgen. Im Mittelpunkt einer neuen Wirtschaftspolitik steht die Wiedergewinnung des wirtschaftlichen Wachstums, die nur durch eine dauerhafte Erhöhung

der Investitionskraft der Wirtschaft und der öffentlichen Haushalte zu erreichen ist.

- Vordringlich ist eine Steigerung der Nachfrage im privaten und öffentlichen Investitionsbereich. Die vergangenen Monate haben gezeigt, daß Prämien nicht zu zusätzlichen Investitionen führen, wenn die Nachfrage zur Auslastung der Kapazität fehlten.
- Wir brauchen eine gezielte Wachstumspolitik. Die öffentliche Hand sollte durch rasch realisierbare Programme helfen, Lücken in der in- und ausländischen Nachfrage auszugleichen, insbesondere Umwelt- und Infrastrukturinvestitionen fördern.
- Eine Kreditaufnahme der öffentlichen Hand darf nicht zur Füllung von Inflationslöchern im Haushalt, sondern nur für Investitionen und damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen verwendet werden.
- Von der Bundesregierung fordern wir wirksame Vorschläge zur Sanierung der Staatsfinanzen, ohne die ein inflationsfreies Wachstum nicht zu erreichen ist.
- Eine Politik, die das Wachstum der Wirtschaft fördert, muß untrennbar verbunden sein mit Maßnahmen zur Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital der Wirtschaft. Die CDU bekräftigt daher ihre vermögenspolitischen Beschlüsse des Hamburger Parteitagess von 1973. Sie fordert die Tarifpartner auf, bei künftigen Tarifverhandlungen investive Lohnabschlüsse zu vereinbaren.
- Ein besonders drückendes Problem ist die Jugendarbeitslosigkeit. Jugendliche, die keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erhalten, sind heute eine der wichtigsten Gruppen der Chancenlosen in unserer Gesellschaft. Wir wollen durch ein gezieltes Programm
 - a) dort zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen, wo sie fehlen,
 - b) Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß und Sonderschülern eine ihnen gemäße berufliche Bildung ermöglichen, die auch den Abschluß an die allgemeine berufliche Bildung eröffnet,
 - c) durch gemischte Arbeitsmarkt- und Berufbildungsmaßnahmen das Arbeitsplatzangebot für Jugendliche erweitern.
- Arbeitnehmerinnen werden von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit überdurchschnittlich betroffen. Das schafft zusätzliche Probleme innerhalb der Familie, da die meisten Frauen aus materiellen Gründen berufstätig sind. Es besteht die Gefahr, daß der bereits erreichte Grad an Gleichberechtigung von Mann und Frau im Berufsleben wieder rückgängig gemacht wird. Eine diskriminierende Behandlung von Arbeitnehmerinnen darf es auch in wirtschaftlich schwierigen Situationen nicht geben. Der hohe Prozentsatz arbeitsloser Arbeitnehmerinnen macht deutlich, daß neben der Schaffung einer ausreichenden Anzahl von Arbeitsplätzen durch langfristige Maßnahmen eine Verbesserung der Situation der Frau im Berufsleben erreicht werden muß.

Solche Maßnahmen sind:

- a) eine Verbesserung der schulischen und beruflichen Ausbildung;
- b) eine umfassende Bildungs- und Berufsberatung, die auch auf die speziellen Belange der Frau eingeht;
- c) eine Erweiterung der Zahl von Ausbildungsberufen für Frauen;
- d) Angebote von Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten in Wohnortnähe.

E 29:

Die Soziale Marktwirtschaft allein ist in der Lage, die Herausforderungen von morgen in Freiheit und Gerechtigkeit zu bestehen.

Die Soziale Marktwirtschaft als "wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm für alle" (Berliner Programm Ziffer 61) ist in ihrer gewachsenen Dimension als gesellschafts-, sozial- und wirtschaftspolitischer Ordnungsrahmen einerseits und als human-ethisches Prinzip andererseits das sicherste Bollwerk gegen Sozialismus, Kommunismus und Totalitarismus. Zu ihrer Entfaltung, (insbesondere zur Lösung der "Neuen Sozialen Fragen") als auch zu ihrer Erhaltung müssen daher ihre ordnungspolitischen Rahmenbedingungen maßgebend bleiben.

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, durch ein entsprechend breit angelegtes Informationsprogramm alle Parteimitglieder zu überzeugenden Trägern dieser, auf unserer ethischen Grundüberzeugung ruhenden ökonomisch und gesellschaftspolitischen Prinzipien zu machen. Unser ganzes Volk muß die Soziale Marktwirtschaft verstehen lernen, um durch sie in Freiheit bestehen zu können.

E 24:

Bundesparteitage der CDU finden in Zukunft in aller Regel unter Einschluß des Wochenendes statt.

E 26:

Der Bundesvorstand der CDU wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß die Landtagsfraktionen der CDU und die der CDU angehörenden Kultusminister in den verschiedenen Bundesländern sich dafür einsetzen, daß die Pläne zur Reform des Geschichts- und Gemeinschaftskundeunterrichtes an den Schulen im Bundesgebiet nicht zur Beeinträchtigung oder gar zur Aufhebung dieser Fächer führen.

Das bedeutet gegenwärtig insbesondere eine nachdrückliche Einflußnahme

- auf die Ausbildungsgänge der Geschichts- und Gemeinschaftskundelehrer, damit in diesen Fächern sachliche und wissenschaftlich fundierte Information und nicht ideologische Indoktrination geboten wird;
- auf die Lehrplankommissionen bezüglich deren personeller Zusammensetzung und deren Zielsetzung, wobei für die Aufstellung von Richtlinien und die Auswahl von Lehrbüchern auf den sachkundigen Rat wissenschaftlich als besonders befähigt ausgewiesener Historiker nicht verzichtet werden darf;
- auf die Zielsetzung der genannten Reformpläne, besonders in Zusammenhang mit der Reform der Oberstufen der Gymnasien;
- auf alle für diese Pläne zuständigen Entscheidungsgremien.

Die Anträge E 2, E 3, E 5, E 8 Absatz 1, E 12 und E 27 wurden als erledigt erklärt.

Die Anträge E 11, E 17 Ziffer 6, E 23 und E 25 wurden an die zuständigen Gremien überwiesen.

Die Anträge E 6 und E 13 wurden von den Antragstellern zurückgenommen.

Der Antrag E 4 wurde abgelehnt.

